Opposition und Widerstand:

Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit „Offene „Arbeit“ Jena 1970-1989

vorgelegt von
Henning Pietzsch M.A.
aus Berlin

Von Fakultät I – Geisteswissenschaften der Technischen Universität Berlin zur Erlangung des akademischen Grades Doktor der Philosophie
-Dr. phil.-

genehmigte Dissertation

Promotionsausschuss:

Vorsitzender: Prof. Dr. Werner Dahlheim
Berichter: Prof. Dr. Wolfgang Benz
Berichter: Priv. Doz. Siegfried Heimann

Tag der wissenschaftlichen Aussprache: 11. März 2004

Berlin 2004
D 83

Henning Pietzsch, 1962 in Zeitz geboren, schloss eine Lehre als Installateur ab und leistete 1981/82 seinen Militärdienst. Pietzsch arbeitete bis zu seiner Ausreise 1988 zehn Jahre aktiv in der kirchlichen Jungen Gemeinde mit. Der zweite Bildungsweg ermöglichte ihm ein Studium der Geschichte und Politikwissenschaft, in dessen Anschluss er bis 2001 bei der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin arbeitete. Danach war er Stipendiat der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin.

Henning Pietzsch
Gotenstraße 58
10829 Berlin
Tel.: 030/78716245
E-Mail: HPietzsch@aol.com
Internet: http://hometown.aol.de/hpietzsch/OffeneArbeit.html

Wissenschaftliche Betreuer:

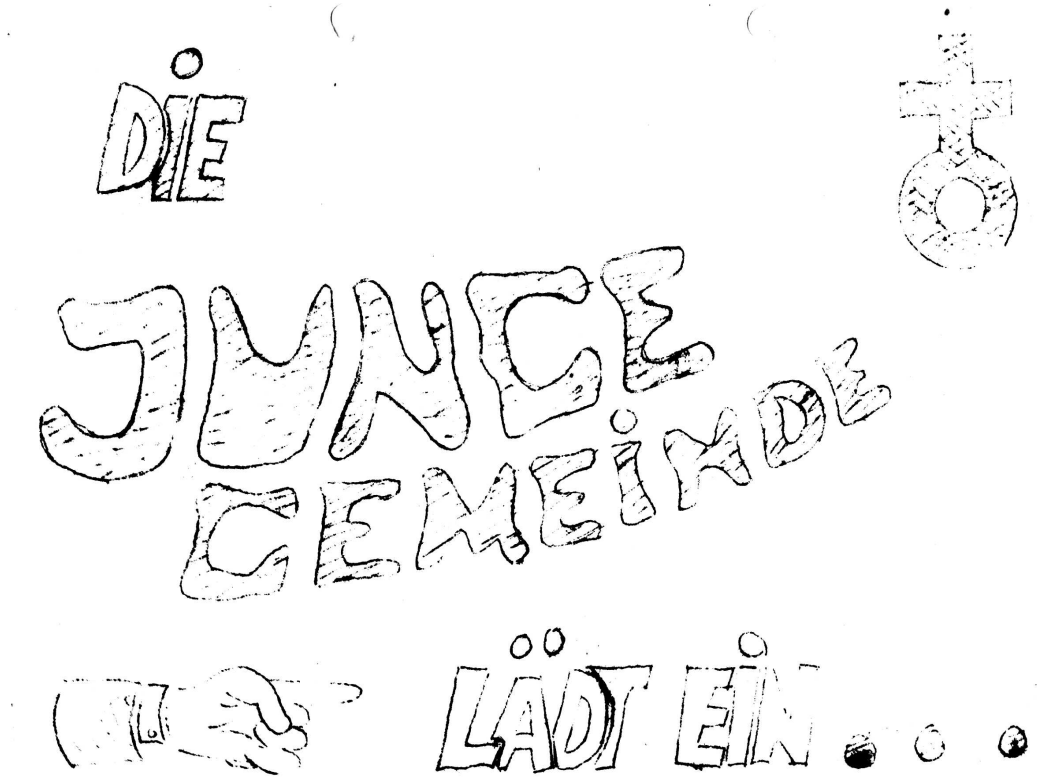
Prof. Dr. Wolfgang Benz
Zentrum für Antisemitismusforschung
Technische Universität Berlin
Ernst-Reuter-Platz 7
10587 Berlin

Prof. Dr. Detlef Pollack
Lehrstuhl für Vergleichende Kultursoziologie
Europa-Universität-Viadrina
Große Scharrnstrasse 59
15230 Frankfurt (Oder)

Priv. Doz. Dr. Siegfreid Heimann
Otto-Suhr-Institut
Ihnestr. 26
12195 Berlin

Danksagung:
Die vorliegende Arbeit wäre ohne die Anregungen und Hinweise von vielen Menschen kaum durchführbar gewesen. Ich danke sehr Gero Nosper (†)und meiner Mutter. Mein besonderer Dank gilt Herrn Professor Dr. Wolfgang Benz von der Technischen Universität Berlin, Herrn Professor Dr. Detlef Pollack von der Viadrina-Universität Frankfurt/Oder sowie Priv. Doz. Dr. Siegfreid Heimann für die wissenschaftliche Betreuung und Begleitung. Die Stiftung Aufarbeitung der SED-Diktatur Berlin ermöglichte die finanzielle Absicherung. Danken möchte ich auch den Mitarbeitern der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin, vor allem Andreas Otto und Tom Sello, sowie Uwe Kulisch vom Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena.

Berlin im September 2003



Inhaltsverzeichnis:

Einleitung		S. 5
1.	Die Generation der politischen Sozialisation 1969 – 1976	S. 23
1.1	Die frühen siebziger Jahre – Uwe Koch und der Beginn der Offenen Arbeit	S. 29
1.2	Neuer Wind – der Sozialdiakon Thomas Auerbach	S. 46
1.2	Die Offene Arbeit zieht Kreise – Verbindungen zur Jenaer Kulturopposition	S. 63
1.4	Die Macht der Staatssicherheit - Wirkung und Folgen der Biermann-Ausbürgerung	S. 77
2.	Die politische Generation 1977 – 1983	S. 98
2.1	Rückzug und Erneuerung - Generationswechsel und neue Konzepte	S. 100
2.2	Wendepunkt - der Tod von Matthias Domaschk	S. 125
2.3	Offene Arbeit und Jenaer Friedensgemeinschaft	S. 149
2.4	Die Kirche, das Ministerium für Staatssicherheit und die Presse in der Bundesrepublik Deutschland	S. 220
2.5	„Stasineurose“ und Weißer Kreis - Flucht als letzter Ausweg	S. 229
3.	Die Generation der religiösen Bekenntnisse 1984 – 1989	S. 235
3.1	Die Erneuerung der Offenen Arbeit mit Hilfe der Kirche und des Ministeriums für Staatssicherheit	S. 239
3.2	Emanzipation und neues Selbstverständnis	S. 251
3.3	Die Offene Arbeit zieht aus	S. 274
4.	Offene Arbeit und die friedliche Revolution 1989/90	S. 294
Dokumente		S. 306
Literatur- und Quellenverzeichnis		S. 384
Index: Presseartikel zu Jena 1982 – 1989		S. 392
Index: Operative Vorgänge und Operative Personenkontrolle 1970 – 1989		S. 398
Index: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit 1970 – 1989		S. 403

EINLEITUNG

Die vorliegende Arbeit befaßt sich mit der Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit der Offenen Arbeit[1] (OA) in Jena zwischen 1970 und 1989. Am Beispiel der Jungen Gemeinde Stadtmitte[2] wird untersucht, welche Voraussetzungen, Formen und Wirkungen des politischen Widerstandes gegen die DDR-Diktatur abzuleiten sind. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Wechselwirkung zwischen dem Selbstverständnis der Akteure[3] und ihren Aktionen und den repressiven Maßnahmen durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) und andere staatliche Stellen sowie zwischen Offener Arbeit und Kirche. Die Entstehungs-, Verlaufs- und Wirkungsgeschichte der Jungen Gemeinde Stadtmitte soll herausgearbeitet, die Aktivitäten und Erfahrungen in den verschiedenen generativen Gruppen und ehemaliger Akteure sollen im Vergleich von Selbstzeugnissen, schriftlichen Quellen sowie Akten des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit gegenübergestellt und bewertet werden. Anliegen ist es dabei auch, die repressiven Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Akteure in ihrer Dimension darzustellen. Ziel ist es weiterhin, die sozialen und strukturellen Voraussetzungen und Bedingungen sowie Organisationsformen der Gruppen der Offenen Arbeit und den Politisierungsprozeß der Akteure sichtbar zu machen. Insgesamt geht es darum, die Lebenswelten der

[1] Der Begriff „Offene Arbeit“ (OA) geht aus dem vom Pfarrer Claus-Jürgen Wizisla aus Leipzig im Oktober 1971 bei einer Tagung verschiedenster kirchlicher Jugendarbeiter in Halle das erste Mal öffentlich benutzten Arbeitsbegriff „offene Jugendarbeit“ hervor. Die ersten Jungen Gemeinden mit dem Charakter einer offenen Jugendarbeit entstanden Ende der sechziger Jahre in Rudolstadt, Saalfeld und Zella-Mehlis. 1970 kam Jena hinzu. Erst Ende der siebziger Jahre setzt sich der Begriff „Offene Arbeit“ mit seinen Inhalten als eigenständiger Arbeitszweig der kirchlichen Jugendarbeit im Rahmen der Institution Kirche durch. Vgl. Kirche von Unten Hg.: Wunder gibt es immer wieder - das Chaos ist aufgebraucht, es war die schönste Zeit. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten, Berlin 1997, S. 17 f. Ehrhart Neubert zählt achtzehn Orte auf, die er der allgemeinen Offenen (Jugend-) Arbeit zuordnet. Mit dieser Ergänzung waren es nach meiner Recherche insgesamt mindestens 22. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. 2. Aufl., Bonn 1999. S. 966.

[2] Die Junge Gemeinde Stadtmitte war eine von mehreren Jungen Gemeinden in verschiedenen kirchlichen Sprengeln in Jena. Sie ist als einzige der Offenen Arbeit in Jena zuzuordnen. Wenn nicht ausdrücklich von der Jungen Gemeinde Stadtmitte gesprochen wird, steht die Formulierung „Junge Gemeinde“ stellvertretend allgemein für die Offene Arbeit in der DDR.

[3] Ein „Akteur“, der sich in der Jungen Gemeinde Stadtmitte oder deren Umfeld sozial, kulturell und politisch engagierte oder auch nur am Leben der Jungen Gemeinde teilnahm, wurde in der Regel umgangssprachlich als „Mitglied der JG“ bezeichnet. Diese Bezeichnung benutzten die Jugendlichen auch untereinander zur Identifizierung und Abgrenzung, die Kirchengemeinde und das Ministerium für Staatssicherheit zur Umschreibung dieser nicht eingrenzbaren Gruppe. Die Bezeichnung „Mitglied der JG“ mußte nicht mit dem Selbstverständnis des Einzelnen übereinstimmen. Etwa die Hälfte der Jugendlichen der Offenen Arbeit waren eingetragene Mitglieder Evangelischen Kirche. Der Begriff „Akteure“ ersetzt die Bezeichnung „Mitglied der Jungen Gemeinde Stadtmitte“, um eine vereinfachende Vereinheitlichung zu erlangen.

verschiedenen „Generationen“[4] in ihrer Entwicklung und Veränderung darzustellen. Der zu untersuchende Zeitraum bezieht sich unter Einbeziehung relevanter historischer und politischer Ereignisse auf die siebziger und achtziger Jahre. Die Arbeit ist chronologisch und deskriptiv angelegt. Dadurch soll eine inhaltliche Tiefe über Akteure und Ereignisse erreicht werden.

Die Untersuchung nähert sich dem Thema auf vier Wegen. Neben themenrelevanter Literatur werden unveröffentlichte und veröffentlichte Quellen des Ministeriums für Staatssicherheit herangezogen.[5] Ein Teil der verwendeten Literatur und Akten des Ministeriums für Staatssicherheit bezieht sich auf Akteure, die bereits bekannte Personen der Zeitgeschichte sind. Bisher resultierte das vorherrschende historische Bild über die Geschichte der Offenen Arbeit im wesentlichen aus den Erfahrungen zentraler Personen der Oppositionsgeschichte, das hauptsächlich durch ihre Aussagen geprägt wurde. Aus diesem Grund legte der Autor darauf Wert, Quellenmaterial aus Akten und von Akteuren in die Arbeit einzubeziehen, das ergänzt oder bisher unveröffentlicht ist.[6] Zeitzeugengespräche erweitern die Literatur und die Quellen. Der Autor führte eine schriftliche Befragung von ehemaligen Akteuren der Offenen Arbeit und deren Umfeld aus Jena mittels Fragebogen durch. In zwei Wellen wurden 218 Fragebögen versandt. Es gab 53 Rücksendungen. Die Rücklaufquote betrug damit 24,3 %. Bei den Adressaten des Fragebogens handelt es sich um keine zufällige Stichprobe. Vielmehr wurden die Akteure gezielt angesprochen. Der wesentliche Teil des Adressenmaterials stammt aus der Adreßdatenbank des Matthias-Domaschk-Archivs Berlin (MDA Berlin). Der Fragebogen beinhaltet einen geschlossenen und einen offenen Frageteil, so daß die Fragen einmal in einem Ankreuzteil knapp zu beantworten waren und zum andern die Akteure in Textform Stellung nehmen konnten. Schwerpunkte der Befragung waren der soziale, familiäre und religiöse Hintergrund der Akteure, der Einstieg und die Motive für ein Interesse an der Jungen Gemeinde, die Aktivitäten in diesem Zusammenhang sowie die Veränderung der politischen oder religiösen Einstellung durch religiöse oder Repressionserfahrungen. Die Antworten der

[4] Der Begriff „Generation“ bezieht sich in der vorliegenden Arbeit nicht auf Erklärungen der Bevölkerungswissenschaft oder Soziologie. Der Begriff orientiert sich hier chronologisch an politischen Brüchen im Rhythmus von sieben Jahren und dem altersbedingten Austausch der jeweiligen Generation durch neue Akteure.

[5] Die genutzten Archive sind das Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ Jena sowie das Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin. Es wurden die Akten der Bundesbehörde für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR genutzt. Darüber hinaus stellten Thomas Grund, Matthias Kuppke, Hedwig-Wilma Boldoceda und Harry Zöller private Dokumente und unveröffentlichtes Material zur Verfügung. Fragebögen, Zeitzeugengespräche und Schriftwechsel ergänzen die Quellen.

[6] Ein wesentlicher Teil des Quellenmaterials und einige Zeitzeugengespräche für die siebziger Jahre beruhen auf einer unveröffentlichten Vorarbeit von Thomas Grund in Zusammenarbeit mit dem Thüringer Archiv für Zeitgeschichte. Grund, Thomas: JG-Heft. Archiv für Zeitgeschichte Matthias-Domaschk im Verein „Künstler für Andere“ e.V., Hummelshain/Schmölln, Jena 1996.

Teilnehmer zu den offenen Fragen sind entweder zusammenfassend dargestellt oder als wörtliches Zitat wiedergegeben.[7] Erläuterungen zu Sachzusammenhängen oder Personen in den Zitaten wurden durch halbrunde Einklammerung kenntlich gemacht. Den allgemeinen Hintergrund des Interesses bildet die Fragestellung, wie sich unter den repressiven Bedingungen der Herrschaft der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in der DDR politische Opposition und Widerstand in Jena herausbilden, formieren und wirken konnten.

Die Quellenlage ist insgesamt unterschiedlich. Für die Frühzeit zwischen 1969 und 1971 liegen nur wenige Quellen oder Dokumente vor. Die wesentlichen Erkenntnisse stützen sich daher auf Berichte von Zeitzeugen aus ihrer persönlichen Nachsicht und hier vorrangig auf Aussagen von Uwe Koch.[8] Die Zeit zwischen 1971 und 1977 stützt sich auf Literatur sowie Quellen des Ministeriums für Staatssicherheit. Zeitzeugen-Berichte ergänzen beides. Wichtige Akteure sind hier der ehemalige Jugenddiakon der Jungen Gemeinde Thomas Auerbach[9] und der Schriftsteller Lutz Rathenow.[10] Für die Zeit nach 1977 nimmt die Menge an Quellenmaterial zu. Neben Täter- und Opferakten sind dies vor allem zentrale Informationen und Lageberichte der Hauptabteilung XX der Bezirks- und Kreisverwaltung Gera und Jena des Ministeriums für Staatssicherheit sowie verschiedene Dokumente des ehemaligen Rates der Stadt Jena. Für 1989 und die Zeit danach stützt sich der Autor wieder auf Zeitzeugen und insbesondere auf ein Gespräch mit dem heutigen Jugendwart der Jungen Gemeinde Stadtmitte Lothar König.[11] Als kirchlicher Mitarbeiter war er bereits seit den siebziger Jahren mit der Offenen Arbeit eng verbunden.

Die Arbeit folgt „generativen“ Brüchen und unterteilt sich in vier Zeitphasen.[12] Die erste Phase erschließt die Zeit zwischen 1969 und 1976. Schwerpunkte sind die Entstehungsgeschichte der Jungen Gemeinde Stadtmitte 1969/70 und deren weiterer Aufbau bis 1976. Von besonderem Interesse sind dabei die Verbindungen zwischen der Jungen Gemeinde und der Jenaer „Kulturopposition“ zwischen 1973 und 1975 sowie die nachfolgenden Ereignisse aus Anlaß der Biermann-Ausbürgerung 1976/77. Die

[7] Die Inhalte der Fragebögen wurden in der Arbeit außer bei Zitaten anonymisiert verwendet. Bei Zeitzeugengesprächen oder personenbezogenen Akten des Ministeriums für Staatssicherheit werden die Namen der Opfer und Täter genannt, sofern diese nicht um Anonymisierung gebeten haben. In diesen Fällen wird nur auf die personenbezogene Akte des Ministeriums für Staatssicherheit verwiesen.

[8] Uwe Koch war als Jugendlicher Akteur in der Jungen Gemeinde Mitte des Lutherspengels und von 1969 bis 1970 Hauptinitiator bei der Herausbildung der Jungen Gemeinde Stadtmitte in der Johannistraße 14.

[9] Thomas Auerbach war ab Mitte 1971 der erste von der Kirche offiziell eingesetzte Jugendwart, der die Junge Gemeinde bis zu seiner Abschiebung in den Westen 1977 als Leiter der Jungen Gemeinde betreute.

[10] Lutz Rathenow war einer der Hauptinitiatoren des Arbeitskreises Literatur zwischen 1973 und 1975.

[11] Lothar König ist seit 1990 Jugendwart der Jungen Gemeinde Stadtmitte in Jena.

[12] Die generativen Brüche sind vom fast vollständigen Austausch der jeweiligen Akteure der Jungen Gemeinde gekennzeichnet und stehen im engen Zusammenhang mit innen- wie außenpolitischen Vorgängen.

zweite Phase geht auf die Zeit 1977 bis 1983 ein. In der Folge der Ausbürgerung von Wolf Biermann im Herbst 1976 kam es in Jena seit Mitte 1977 zu einem ersten generativen Wechsel. Prägende Kennzeichen dieser Phase waren die Versuche neuer inhaltlicher Konzepte und ein verändertes politisches Selbstverständnis der Akteure gegenüber der Staatsmacht und der Institution Kirche. Seinen besonderen Ausdruck fand dies in der beginnenden DDR-weiten Vernetzung der Gruppen der Offenen Arbeit seit 1979. Der Tod von Matthias Domaschk im April 1981 in der Geraer Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit war eine entscheidende Zäsur bei der Herausbildung des politischen Widerstandes. In der Folge brachen viele Akteure mit der Institution Kirche und mit dem DDR-Staat. Die Herausbildung der Jenaer Friedensgemeinschaft (FG) 1982/83 war in diesem Zusammenhang sichtbarster Ausdruck dieser Zäsur. Bei einem erheblichen Teil der betroffenen Akteure verstärkten die Auseinandersetzungen mit Staat und Kirche neben Ohnmacht und Wut auch Trotz und Mut. Der Rückzug ins Private wegen politischer Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit oder die „Flucht in den Westen“ schienen jedoch am Ende für die meisten die einzige Alternative zu sein. Die dritte Phase erschließt die Jahre 1984 bis 1989. Ausgangspunkt war auch hier der fast vollständige Austausch der bisherigen Akteure. Religiöse Bekenntnisse und die Lust am Leben bildeten für die neue dritte Generation die wesentliche Klammer. Die anfänglich verstärkte Kontrolle der Jungen Gemeinde durch die Kirchenleitung sowie der zunehmende Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter (IM) durch das Ministerium für Staatssicherheit sollten die Junge Gemeinde als oppositionelles Potential entschärfen und endlich „trocken legen“. Dieser Plan ging aber nur teilweise auf, denn wichtige Mitglieder der Kirchengemeinde standen gleichzeitig zunehmend verstärkt hinter dem, was Offene Arbeit in dieser Zeit war. Vor allem der damalige Jenaer Superintendent Udo Siebert und der Studentenpfarrer Michael Dorsch engagierten sich mit Ausdauer und Geduld für die Jugendlichen, die sich zu keinem Zeitpunkt für rein religiöse Konzepte vereinnahmen ließen. Persönliche Emanzipation und ein neues politisches Selbstverständnis der Jugendlichen gingen eigene, neue Wege. Seit Mitte der achtziger Jahre vernetzten sich die verschiedenen regionalen Gruppen der Offenen Arbeit immer stärker zu einer überregionalen oppositionellen Bewegung. Viele Akteure der Offenen Arbeit engagierten sich gleichzeitig in anderen unabhängigen oppositionellen Gruppen. Offene Arbeit, Frauen-, Dritte Welt-, Schwulen-, Lesben-, Aktions-, Theater-, Musik- und Projektgruppen prägten so das Bild Jenas. Für die letzte Phase der DDR 1989 wird darauf eingegangen, welche Rolle die Offene Arbeit beim gesellschaftlichen Umbruch spielte. Die bisherigen Vermutungen weisen darauf hin, daß die Junge Gemeinde Stadtmitte keinen wesentlichen Anteil am politischen Umwälzungsprozeß in Jena hatte. Viele Akteure hatten das Land inzwischen verlassen oder engagierten sich außerhalb der Jungen Gemeinde. Abschließend geht der Autor kurz auf die Entwicklung der Jungen

Gemeinde Stadtmitte nach 1990 ein. Der jetzige Jugendwart Lothar König berichtet über die Weiterführung der Arbeit und seine Erfahrungen damit.

Der Autor setzt sich in seiner Arbeit nicht mit der Möglichkeit einer eigenen Definition darüber, was Opposition und Widerstand in der DDR waren oder ausmachten, auseinander.[13] Grundlage für die eigene Charakterisierung von Opposition und Widerstand sind die Intensität des abweichenden Verhaltens sowie Motive und Handlungen. Die allgemeinen Kriterien für eine Ablehnung des politischen Systems der DDR bestimmen sich durch eine gesellschaftliche Verweigerungshaltung. Eine solche als resistentes Verhalten gekennzeichnete Haltung umschließt sämtliche Formen nichtkonformen Auftretens und bestimmt sich durch eine generelle Unzufriedenheit mit dem gesellschaftlichen System. Resistenz war aus dieser Perspektive eine unspezifisch regimekritische Haltung ohne konkrete politische Ziele oder Handlungen. Oppositionelles Denken und Handeln richteten sich dagegen auf persönliche Selbstbehauptung und gesellschaftliche Veränderungen. Widerstand war für diesen Zusammenhang die stärkste Form der politischen Auseinandersetzung. Widerständiges Handeln richtete sich wie oppositionelles Verhalten auf das Ziel gesellschaftlicher Veränderungen und nutzte politische Mittel, die aus der Perspektive der Diktatur illegal waren. Resistenz, Opposition und Widerstand richteten sich gleichermaßen, aber in zeitlich und inhaltlich unterschiedlicher Qualität und Abfolge, gegen eine persönliche, geistige oder gesellschaftliche und politische Bevormundung und Vereinnahmung durch die herrschende Ideologie des SED-Regimes. Alle drei Formen - Resistenz, Opposition und Widerstand - konnten sich in einer Person oder Gruppe temporär überlagern. Das zentrale Unterscheidungskriterium für eine Zuordnung sind deshalb die Ziele und die daraus folgende Handlungsbereitschaft. Ausgangspunkte für Opposition und Widerstand waren bei den Jugendlichen der Offenen Arbeit persönliche Konflikte mit Eltern und/oder gesellschaftlichen Vorgängen, Erfahrungen mit staatlicher Repression oder Zurückweisungen durch die Kirche. Die jeweilige Konfliktlinie konnte die Handlungsbereitschaft zu Opposition und Widerstand zeitlich und inhaltlich verstärken oder abschwächen.[14]

Die vorliegende Arbeit ist keine Gesamtdarstellung der Oppositionsgeschichte Jenas, sondern eine zusammenhängende Darstellung der Geschichte kirchlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena und deren Umfeld. Persönliche Erinnerungen

[13] Zum Problem der Definition von Opposition und Widerstand vgl. Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000, S. 57 ff. Kowalczuk, Ilko-Sacha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk Hg.: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung - Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, 2. Aufl., Bonn 1999.

[14] Dallwitz, Ehring: Schwerter zu Pflugscharen. Die Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982, S. 34.

ehemaliger Akteure können deshalb von der gegenwärtigen Darstellung über Ereignisse, Abläufe und Formen von Opposition und Widerstand abweichen.[15]

Daß die DDR eine politische Diktatur war, ist eine unbestrittene Tatsache.[16] Was die charakteristischen Besonderheiten dieser Diktatur mit ihrem totalitären Machtanspruch und den Möglichkeiten zu politischem Widerstand ausmachte, wird im Vergleich zur nationalsozialistischen-Diktatur deutlich, aber unterschiedlich dargestellt und interpretiert.[17] Ein wesentliches Merkmal aller totalen Herrschaftssysteme ist die konsequente repressive Unterdrückung jeglicher Meinungsfreiheit, von politischer Mitbestimmung ganz zu schweigen.[18] Politische Opposition und Widerstand waren aus ideologischer Sicht der Machthaber in der DDR-Diktatur im Gegensatz zur politischen Kultur westlicher Demokratien[19] illegal. Beides, Opposition und Widerstand, führte in unzähligen Fällen zu strafrechtlicher Verfolgung, wenn auch in unterschiedlichen Ausmaßen. Mit allen Mitteln, aber stets in Abhängigkeit von der außenpolitischen Lage[20], bekämpfte die DDR-Diktatur mit größter Ausdauer vor allem diejenigen Menschen, die für eine inhaltliche und praktische Veränderung des Staates im Sinne eines demokratischen Sozialismus wertvoll gewesen wären. Ob die DDR und die Idee

---

[15] Der Historiker geht notwendigerweise von einer vielschichtigen Quellenbasis aus, und es steht ihm potentiell eine unbegrenzte Zahl von Quellen zur Verfügung. Hieraus muß eine Auswahl getroffen werden. Jacob Burckhard sagte, es gäbe genaugenommen keine endgültige historische Methode; was der Historiker aber beherrschen müsse sei, daß er wissen müsse, wie er lesen soll. Vgl. Lukacs, John: Hitler. Geschichte und Geschichtsschreibung, München 1999, S. 17. „Übrigens ist jede Methode bestreitbar, und keine endgültig. Jedes betrachtende Individuum kommt auf seinen Wegen, die zugleich sein geistiger Lebensweg sein mögen, auf das riesige Thema zu, und mag dann diesem Wege gemäß seine Methode bilden.“ Vgl. Burckhard, Jacob: Über das Studium der Geschichte (1868/1873). In: Hardtwig, Wolfgang Hg.: Über das Studium der Geschichte, München 1990.

[16] Vgl. Weber, Jürgen: Die DDR - eine totalitäre Diktatur von Anfang an. Zur Einleitung. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994. Vgl. Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976: „Die Politik der SED ist auf die weitere allseitige Stärkung des sozialistischen Staates der Arbeiter und Bauern als einer Form der Diktatur des Proletariats gerichtet.“

[17] Vgl. Arendt, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, 7. Aufl., Zürich 2000, S. 814 ff. Jesse, Eckhard Hg.: Totalitarismus im 20.Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996, S. 9 ff. Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis Heute, Darmstadt 1997, S. 35 ff. Eckert, Reiner: Die Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren. Die Widerstandsforschung über die NS-Zeit als methodisches Beispiel. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk Hg.: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, S. 68 ff.

[18] Vgl. Weber, Hermann: Vorwort. In: Meckel/Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre Friedensarbeit - kommentierte Quellentexte, Köln 1994.

[19] Deutscher Bundestag Hg: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1998, S. 22, Artikel 20. [Staatsstrukturprinzipien, Widerstandsrecht], Abs. (1): „Die Bundesrepublik ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat... (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“

[20] Vgl. Probst, Lothar: Opposition und Widerstand in der DDR. Beispiele aus einer regionalgeschichtlichen Untersuchung in Mecklenburg-Vorpommern. In: Pollack/Rink Hg.: Zwischen Verweigerung und Opposition, S. 193.

eines demokratischen Sozialismus zu retten gewesen wären, kann an dieser Stelle nicht erörtert werden.[21]

Willfähriger Handlanger des SED-Regimes bei der politischen Verfolgung war das „Schild und Schwert der Partei", das Ministerium für Staatssicherheit.[22] Die Entscheidungsgewalt darüber, wer verfolgt wurde, lag aber in letzter Instanz stets bei den verantwortlichen SED-Funktionären, die Verantwortlichkeit für die angewandten Methoden dagegen beim Ministerium für Staatssicherheit. Trotzdem gab es aber faktisch keine Handlungen des Ministeriums für Staatssicherheit, die nicht durch Parteifunktionäre sanktioniert wurden. Das Ministerium für Staatssicherheit war insofern in direkter Abhängigkeit von den SED-Funktionären ein selbständig handelndes Machtinstrument der SED. Schon der geringste Verdacht einer politischen Abweichung konnte den zumeist Ahnungslosen für das Ministerium für Staatssicherheit zum erbitterten Feind des SED-Staates werden lassen, der rücksichtslos bekämpft werden mußte. Im Sprachgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit war ein solcher Mensch „feindlich-dekadent" und gehörte unter „operative Kontrolle" oder sollte durch einen „operativen Vorgang"„zersetzt" [23] werden. Zentrale Abteilung zur „Bearbeitung", „Durchdringung" und „Zersetzung" oppositioneller Gruppen und Einzelpersonen in der ehemaligen DDR war die von Berlin aus geleitete Hauptabteilung XX (HA XX) des Ministeriums für Staatssicherheit.[24] Sie gliederte sich in 10 Abteilungen (XX/1 bis XX/10) mit Referaten und Unterabteilungen. Entsprechend der Anzahl der Bezirke in der DDR gab es die Abteilung XX in den 15 Bezirksverwaltungen (BV) und hier weiter untergliedert in insgesamt 211 Kreisdienststellen (KD). Auf dem heutigen Gebiet von Thüringen gab es drei Bezirksverwaltungen (BV Gera, BV Erfurt, BV Suhl) mit insgesamt 35

[21] Vgl. Jander, Martin: Formierung und Krise der DDR-Opposition, S. 52. ff. „Um als eigenständiges Gebilde zu existieren, war sie (die DDR, d. A.) entweder auf die Kontinuität der außenpolitischen Faktoren ihrer Existenz oder auf die Entwicklung innerer Legitimationsmechanismen angewiesen, die eine Weiterexistenz als eigenständiges Staatsgebilde einleuchtend bei ihren Bürgern hätte begründen können."

[22] Zu den hauptamtlichen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit vgl. Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1995.

[23] „"Zersetzung" unterscheidet sich von Folter, Haft und Tötung. Zersetzung war ein wesentliches Instrument der Verfolgung in der Honecker-Zeit und löste den zumeist offenen Terror der Ulbricht-Ära bis 1970 ab." Vgl. Pingel-Schliemann, Sandra: Observieren, zersetzen, liquidieren. Zersetzungsstrategien des Ministeriums für Staatssicherheit gegen „feindlich-negative" Kräfte in der DDR, Dissertation, Hamburg 2000, S. 5 ff. Ein wichtiges persönliches Beispiel für Zersetzungsstrategien des Ministerium für Staatssicherheit zeigt Reiprich, Siegfried: Der verhinderte Dialog. Meine politische Exmatrikulation, Berlin 1996, S. 110 ff. Vgl. auch Raschka, Johannes: Zwischen Überwachung und Repression - Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989. In: Kuhrt/Buck/Holzweißig Hg.: Am Ende des realen Sozialismus, Opladen 2001, Bd. 5, S. 20 ff.

[24] Zu dieser und den nachfolgenden Abkürzungen über das Ministerium für Staatssicherheit vgl. Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Hg.: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 5. Aufl., Berlin 2002.

Kreisdienststellen. Zuständig für die KD Jena war die BV Gera.[25] Die Abteilungen der Haupt-, Bezirks- und Kreisämter gliederten sich in die Referate Politischer Untergrund (PUT), Politisch-Ideologische Diversion (PID) und Spionageabwehr. Die Abteilungen XX/2 (Jugend), XX/4 (Kirche) und XX/7 (Kunst- und Kulturbereich) waren die zentralen Abteilungen bei der Bekämpfung „feindlich-negativer" Kräfte aus der Offenen Arbeit. Befehls- und Handlungsgrundlagen für die politische Verfolgung und Repression waren die „Richtlinien" des Ministers für Staatssicherheit Erich Mielke.[26] Sie regelten die Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit zur „Beobachtung" und „Bekämpfung" politisch auffällig gewordener Personen. Zu den Aufgaben des Ministeriums für Staatssicherheit gehörten neben dem gezielten Einsatz von Abhörtechnik und konspirativen Wohnungsdurchsuchungen die systematische Diskreditierung der betroffenen Akteure in der Öffentlichkeit, die Organisierung beruflicher und gesellschaftlicher Mißerfolge sowie das Erzeugen von Mißtrauen in den privaten Kreisen der Akteure.[27] Grundlegendes Dokument des Ministeriums für Staatssicherheit war dafür die Richtlinie 1/76 vom 1. Januar 1976. Hier normierte das Ministerium für Staatssicherheit erstmals seine „Zersetzungsmaßnahmen". Gleichzeitig ist diese Richtlinie das erste Dokument, in dem die Arbeit am „Operativen Vorgang" (OV) in einer eigenen Vorschrift geregelt wurde.[28] Besonders wichtig für die Arbeit mit Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) der Staatssicherheit war die Richtlinie 1/79 vom Januar 1979. Sie regelte die Neueinstufung und Bewertung der IM-Tätigkeit. „Wichtigste operative Kräfte" waren danach die meist im aktiven oder vermuteten Kern einer oppositionellen Gruppe angesiedelten „Inoffiziellen Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung" (IMB). Nicht selten schlichen sich IMB gezielt in das Vertrauen von Akteuren, um ihre vom Ministerium für Staatssicherheit in Auftrag gegebenen „Zersetzungsmaßnahmen" durchzuführen.[29] Die zahlenmäßig größte IM-Gruppe war

[25] Vgl. Pingel-Schliemann, Sandra: Observieren, zersetzen, liquidieren, S. 90 f. Vgl. Stein, Eberhard: Agonie und Auflösung des MfS - Streiflichter aus einem Thüringer Bezirk, Hg.: Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR. „Mit Planwirtschaft gegen die Außerplanmäßigen", S. 37. f.

[26] Vgl. Ministerium für Staatssicherheit. Der Minister: Richtlinie 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung von Operativen Vorgängen (OV), BStU, ZA, Bd. I., Dok. 3234. Vgl. Raschka, Johannes: Zwischen Überwachung und Repression - Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989, Hg.: Kuhrt/Buck/ Holzweißig im Auftrag des Bundesministeriums des Inneren, Bd. 5, S. 25 ff und S. 37. f. Gill/Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991. S.368. Herz, Andrea: Bürger im Visier. Eine Institution schuf den alltäglichen Argwohn - das MfS in Thüringen, Hg.: Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, S. 54 f und S. 68 ff.

[27] Vgl. Wawrzyn, Lienhard: Der Blaue. Das Spitzelsystem in der DDR, Berlin 1990. Pingel-Schliemann, Sandra: Observieren, zersetzen, liquidieren, S. 194 ff.

[28] Vgl. Pingel-Schliemann, Sandra: Observieren, zersetzen, liquidieren, S. 194 ff. u. S. 202 f. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 1999, S. 26.

[29] Vgl. Pingel-Schliemann, Sandra: Observieren, zersetzen, liquidieren, S. 118.

die der „Inoffiziellen Mitarbeiter Sicherheit“ (IMS). Sie waren in allen Bereichen der DDR-Gesellschaft zu finden. Ihre Hauptaufgabe bestand seit der Richtlinie 1/79 in der „politischen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches“. Daneben gab es noch die „Kontaktpersonen“ (KP), die im engeren Sinn fast jeder sein konnte. Die „Gesellschaftlichen Mitarbeiter Sicherheit“ (GMS) waren in aller Regel Personen in öffentlichen Funktionen, beispielsweise Abschnittsbevollmächtigte (ABV) der Volkspolizei (VP) in Wohngebieten, SED-Funktionäre auf betrieblicher Ebene, aber auch z. B. Hausmeister in staatlichen Einrichtungen wie in Studentenwohnheimen.

Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit erarbeiteten die Einsatz- und Maßnahmepläne, bearbeiteten die „Operativen Vorgänge“ und „Operativen Personenkontrollen“ und stimmten diese mit den leitenden SED-Funktionären ab.[30]. Für die Zeit zwischen 1971 und 1989 wurden insgesamt 30 Operative Vorgänge, ein Archivierter Operativer Vorgang, 3 Zentrale Operative Vorgänge, 15 Operative Personenkontrollen, 2 Haftuntersuchungs-Vorgänge, 3 Zentrale Materialablagen sowie eine Allgemeine Personenablage recherchiert, die im direkten Zusammenhang mit der Offenen Arbeit Jena stehen. Aus diesen Akten geht hervor, daß mindestens 60 Inoffizielle Mitarbeiter, 4 Kontaktpersonen und 3 Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit gegen die Offene Arbeit in Jena im Einsatz waren, einige davon über Jahre. Die Recherchen zu Opposition und Widerstand in Jena ergaben, daß das Ministerium für Staatssicherheit gegen mindestens 70 Personen aus der Offenen Arbeit Jena und deren Umfeld zwischen 1971 und 1989 Operative Vorgänge oder Operative Personenkontrollen eröffnete. Zu diesen betroffenen Personen ist das jeweilige persönliche Umfeld von Familie und Freunden mit einzubeziehen. In den dem Autor vorgelegenen Akten des Ministeriums für Staatssicherheit konnten insgesamt 281 ehemalige Akteure der Jungen Gemeinde und deren Umfeld festgestellt werden. Für die Zeit zwischen 1986 und 1988 kommen weitere 25 Personen hinzu, die zum Umfeld der Offenen Arbeit gehörten, und gegen die durch die Kreisdienststelle Jena ein Operativer Vorgang angelegt wurde. Weitere 33 Personen wurden darüber hinaus in einer Operativen Personenkontrolle „erfaßt“ und „bearbeitet“. Im Einzelnen wurden 1986 zehn Operative Vorgänge, 1987 acht Operative Vorgänge und fünfzehn Operative

[30] Vgl. Ammer, Thomas: Strukturen der Macht - Die Funktionäre im SED-Staat. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 20 ff. Vollhans, Clemens: „Ausführendes Organ der Diktatur des Proletariats“. Das Ministerium für Staatssicherheit. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 51-72. Über den Umgang mit den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit, ihrer Struktur, mit dem Spitzelsystem und der Akteneinsicht sowie die Geschichte des Ministeriums für Staatssicherheit vgl. Krone, Tina, Irena Kukutz, Henry Leide: Wenn wir unsere Akten lesen. Handbuch zum Umgang mit den Stasi-Unterlagen, 2. Aufl., Berlin 1997.

Personenkontrollen sowie 1988 weitere sieben Operative Vorgänge und achtzehn Operative Personenkontrollen neu eingeleitet.[31]

Die repressiven Strafrechtsparagraphen 97, 98, 99, 100, 106, 107, 213, 214, 218, 219, 220 und 249 des DDR-Strafgesetzbuches (StGB) belegen in diesem Zusammenhang das unerschöpfliche und beliebige Ausmaß an Unterdrückungsparagraphen der DDR-Justiz gegen oppositionelles und widerständiges Verhalten.[32]

Der maßgeblich größte Teil der DDR-Bevölkerung war nach dem Mauerbau angesichts der realen politischen Bedingungen geschickt an das System von Strafe, Trennung, Lob, also Sanktion und Gratifikation angepaßt.[33] Der bis Anfang der sechziger Jahre sichtbarere politische Widerstand gegen die SED-Herrschaft hatte sich mit dem Bau der Mauer spürbar abgeschwächt oder zerbrach, die politischen Gegner waren weitgehend und skrupellos aus dem Weg geräumt und die Abstimmung mit den Füßen zunächst gestoppt.[34] Erst mit der Studentenbewegung in Westdeutschland und West-Berlin, aber noch mehr geprägt durch die Ereignisse 1968 in Prag, begann eine neue, junge Generation in Ostdeutschland erneut Fragen zu stellen und sich zu Wort zu melden. Dabei stellten die wenigsten das System selbst in Frage, sondern seinen Zustand. Im Gegenzug verschärfte die SED-Führung ihr Kontroll- und Repressionssystem im Inneren mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Zwang der SED nach außenpolitischer Anerkennung verfeinerte schließlich die Methoden der politischen Verfolgung und mündete in verschärftem repressivem Druck gegen jede sichtbare politische Abweichung. Mit einem Male konnte der fragende junge Mensch zum „Konterrevolutionär“ werden, weil er Fragen stellte.[35] Damit war Opposition aus der Perspektive des Staates und des Ministeriums für Staatssicherheit bereits jedes nichtkonforme Verhalten gegen das gesellschaftliche System der DDR. Der Ausgangspunkt für Opposition und Widerstand war für die meisten Akteure der Offenen Arbeit zunächst eine unspezifisch regimekritische Haltung. Sie wurde ausgelöst durch familiäre oder soziale Spannungen, ideologischen Druck oder war einfach nur jugendgemäßer Protest. Im Wechsel von Repression und Gegenwehr entwickelte sich daraus oppositionelles und widerständiges Verhalten. Unangepaßtes und resistentes Verhalten war in der DDR an sich politisch, strebte aber weitergehend

[31] Vgl. Übersicht über die vom Ministerium für Staatssicherheit angelegten OV, OPK sowie ZOV. In: Findbuch, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena.

[32] Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1969, S. 68, 70, 71, 107 und 116. Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1988, S. 34-36, 59 und 64. Vgl. Herz, Andrea: Bürger im Visier, S. 60.

[33] Vgl. Pollack, Detlef: Politischer Protest, Opladen 2000, S. 30. Maaz, Hans-Joachim: Das gestürzte Volk. Die unglückliche Einheit, Berlin 1991, S. 81-97.

[34] Vgl. Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung - eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, S. 192 f.

[35] Reiprich, Siegfried: Der verhinderte Dialog, S. 74.

aus einer gewachsenen oppositionellen Haltung heraus politische Veränderungen im Land an und konnte in konkreten Fällen durch politische Ziele und Handlungen zu politischem Widerstand werden.

Unter den verschiedenen Perspektiven zur Beurteilung der Geschichte von Opposition und Widerstand gegen die ehemalige DDR-Diktatur nimmt die Periode der Amtszeit von Erich Honecker, Staatsratsvorsitzender und Generalsekretär der SED, einen besonderen Stellenwert ein. Die qualitativ neue Entwicklung oppositioneller Aktivitäten im Umfeld der Kirchen begann nicht zufällig Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre. Als Honecker 1971 die Nachfolge von Walter Ulbricht antrat, erlebte die DDR nach ihren innenpolitischen Krisen in den fünfziger und sechziger Jahren und im Ergebnis des Mauerbaus 1961 eine kurze Phase wirtschaftlicher und politischer Beständigkeit. Viele Menschen erhofften sich vom Machtwechsel unter Honecker neben der versprochenen Anhebung des materiellen Lebensstandards kulturelle Freiheiten und politische Reformen. Diese Hoffnungen wurden schnell enttäuscht. Daraus folgend formierte sich seit Mitte der siebziger Jahre eine öffentlich sichtbare Protesthaltung, zunächst weitgehend unter prominenten Intellektuellen und Künstlern. Die links-intellektuelle „Kulturopposition“[36] hinterließ besonders wegen der öffentlichkeitswirksamen und zum Teil spektakulären Ereignisse um Wolf Biermann[37] (1976), Robert Havemann[38] (1976), Jürgen Fuchs[39] (1977) und Rudolf Bahro[40] (1977) eine tiefe und nachhaltige Wirkung in der DDR-Gesellschaft, jedoch ohne unmittelbare politische Folgen. Erst in einem langandauernden Prozeß setzte sich in breiten Schichten der Bevölkerung allmählich die Erkenntnis durch, daß die DDR mit ihren bündnispolitischen Abhängigkeiten eine unreformierbare Gesellschaft ist. Mit Beginn der achtziger Jahre verstärkte sich aus dieser Erkenntnis heraus langsam eine wachsende und dauerhafte Resistenz unter größeren Teilen der Bevölkerung, die sich gegen das politische Regime richtete. Öffentlich wirksame, geschlossene und politische Opposition und Widerstand gegen die DDR-Diktatur gab es vor 1989 nur zu den Ereignissen um den 17. Juni 1953. Und auch dort, wo sich Opposition und Widerstand punktuell konkret herausbildeten, war dies in der Öffentlichkeit meistens nur am Rande wahrnehmbar und im Verhältnis zur Bevölkerung in der Regel von nur geringer Bedeutung für die allgemeinen politischen Verhältnisse. Oppositionelle und widerständige Handlungen erreichten erst durch die Verbreitung in den Medien der Bundesrepublik ab Anfang der achtziger Jahre eine größere Aufmerksamkeit in der Bevölkerung, zeigte aber erst langfristig eine Rückwirkung auf die DDR-Gesellschaft.

[36] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 201 f. u. 239.
[37] Ebenda, S. 154 f.
[38] Ebenda, S. 155 ff. Vgl. Robert-Havemann-Gesellschaft e.V. Hg.: Havemann, Robert, Kurzbiographie, Dokumente, Auswahlbibliographie, Berlin 1994.
[39] Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 244 ff.
[40] Ebenda, S. 230.

Die Akteure und Gruppen zielten mit ihrer Kritik am politischen System im wesentlichen darauf ab, die offensichtlich gewordenen politischen und gesellschaftlichen Widersprüche nicht nur zu benennen, sondern auch durch eingefordertes öffentliches Mitspracherecht verändern zu wollen. Ihre Forderungen gingen dabei in letzter Konsequenz selten so weit, das gesellschaftliche Prinzip des Sozialismus in Frage zu stellen.

Einen hohen Stellenwert für die allmähliche, breite Herausbildung von Opposition und Widerstand im Jahr 1989 nimmt die Entwicklung der Offenen Arbeit in Thüringen ein. Besonders hier entstand und entwickelte sich seit Anfang der siebziger Jahre zunehmend ein gesellschaftskritisches Potential von Jugendlichen, das für die weitere Ausformung von Opposition und Widerstand in den achtziger Jahren von großer Bedeutung war. Frühzeitig engagierten sich kirchliche Mitarbeiter für einzelne Jugendliche und Gruppen.[41] Ein Teil der Jugendlichen, der in die Offene Arbeit strömte, war nicht christlich vorgeprägt oder gebunden. Dennoch nahmen auch diese Jugendlichen protestantisch geprägte Wertvorstellungen wie selbstverständlich für sich in Anspruch und vertraten sie offen nach außen, so zum Beispiel in der Frage des Wehrdienstes[42] und der Friedensarbeit[43]. Seit Ende der siebziger Jahre mobilisierten und verschärften die zunehmende Militarisierung der beiden politischen Blöcke und die daraus resultierende Zukunftsangst der Menschen die Auseinandersetzung mit der staatlichen Friedenspolitik in der DDR erheblich. Akteure der Offenen Arbeit suchten in ihrer begrenzten Bewegungsfreiheit nach tragfähigen politischen Forderungen und Zielen gegen die politisch-dogmatische Friedenspolitik der DDR. Durch ihren politischen Widerstand erfuhren in den achtziger Jahren Begriffe wie persönliche Freiheit und Verantwortung durch politisches Engagement für den Frieden eine neue Bewertung für die politische Auseinandersetzung. Ihr unerhörter Anspruch war neben eigener persönlicher Offenheit der Versuch eines selbständigen und individuellen Lebens in einer für sie geschlossenen Gesellschaft. Die Strategie der Offenheit war für die Offene Arbeit in der gesamten DDR zugleich Titel und Programm. Der Versuch des Ausstieges aus der verordneten politischen Unmündigkeit war deshalb schon an sich politisch. Die daraus folgenden repressiven Reaktionen und Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit in Zusammenarbeit mit anderen staatlichen Stellen belegen im Nachhinein nur zu deutlich, welche Angst bei den Herrschenden gegenüber selbständig

[41] Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a. Hg.: Die „Andere“ Geschichte. So besteht nun in der Freiheit zu der uns Christus befreit hat..., Erfurt 1993. Eisert-Bagemihl, Lars, Ulfrid Kleinert Hg.: Zwischen sozialer Bewegung und kirchlichem Arbeitsfeld. Annäherung an die Offene Jugend (-) Arbeit, Leipzig 2002.

[42] Koch, Uwe: Das Ministerium für Staatssicherheit, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee. In: Sachbeiträge (6), Hg.: Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, 3. Aufl., 1999, S. 7. Vgl. Pollack, Detlef: Politischer Protest, S. 66 ff.

[43] Pollack, Detlef: Politischer Protest, S. 77 ff.

denkenden und agierenden Menschen herrschte. Seinen Ausdruck fand diese Angst vor allem in den „Maßnahmeplänen“ zur „Zersetzung und Zurückdrängung feindlich negativer Gruppen“. Deren Zweck war eindeutig die Unterdrückung jeglicher Meinungsäußerung und vor allem die Verhinderung von Öffentlichkeit. Zahlreiche Dokumente des Ministeriums für Staatssicherheit belegen die langfristige Wirksamkeit eines vom Ministerium für Staatssicherheit konstruierten und tatsächlichen politischen Widerstandes.[44]

Eine wichtige Rolle in der politischen Auseinandersetzung spielten die Verantwortlichen der Kirche.[45] In Jena fanden verschiedene Gruppen der kirchlichen Jugendarbeit seit Anfang der siebziger Jahre in der evangelischen Kirche staatlich nicht reglementierte Räume vor. Sie dienten als Versammlungsorte zur Ausgestaltung und Umsetzung eigener sozialer, kultureller, religiöser und politischer Bedürfnisse. Das führte in seinem Ergebnis oft zu Lebensentwürfen, die den gesellschaftlichen Normen der DDR widersprachen. In offensichtlich unvermeidbarer Konfrontation mit dem staatlichen Repressionsapparat entwickelten sich daraus Formen von Opposition und Widerstand. Bis auf einen jeweiligen Kern an Akteuren waren die Gruppen der Offenen Arbeit insgesamt keine homogene personelle Einheit. Die Offene Arbeit kann dennoch in ihrer Gesamtheit und aus ihrem Entwicklungsprozeß heraus als ein wesentlicher Teil einer „oppositionellen Bewegung“ unter dem Dach der Kirche beschrieben werden. Die Gruppen waren unterschiedlich organisiert, strukturiert und orientiert in ihren Interessen und Zielen, aber auch in ihren Motiven und Formen von Opposition und Widerstand. Mit der Potenzierung des repressiven Drucks durch das Ministerium für Staatssicherheit und anderer staatlicher Organe verstärkten sich der solidarische Zusammenhalt untereinander und der Grad der Politisierung. Sichtbaren Ausdruck fand dies in der Entstehung der Jenaer Friedensgemeinschaft und der sich anschließend potenzierenden Ausreiseproblematik. Die Entstehung von Gruppen und deren weitere Entwicklung war von Anfang an durch hohe Spontaneität und Fluktuation gekennzeichnet.

Widersprüchlich bleibt in diesem Zusammenhang die ambivalente Rolle und der evangelischen Kirche in Thüringen. Sie stand als Dulder und ständiger Vermittler zwischen den Gruppen, staatlichen Stellen und dem Ministerium für Staatssicherheit stets im Verdacht, der instrumentalisierte Überwachungsgehilfe des Staates zu sein. Zahlreiche Dokumente über IM legen dies nahe. Andererseits war die Kirche in ihrer Rolle als Bewahrer und Helfer in der Not wichtigste außerstaatliche Sozialisationsinstanz. Als einzige (offiziell) staatsunabhängige Institution war sie mit

[44] Vgl. Herz, Andrea: Bürger im Visier, S. 37 f.

[45] Henkys, Reinhard: Die Kirchen im SED-Staat zwischen Anpassung und Widerstand. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat, Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 199 ff. Latk, Klaus-Reiner: Stasi-Kirche, Uhldingen 1992. Keine Billige Gnade! Stasistrukturen in der Thüringer Kirche. In: telegraph Nr. 7/91, Berlin 1991.

ihrem religiösen Wertekatalog von „Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ eine politische und zugleich soziale Gegenkraft in der DDR.[46] Sie war in ihren Räumen relativ unabhängig von staatlicher Bevormundung und schützte und sanktionierte die Bedürfnisse und Handlungen der Jugendlichen nach ihren Kriterien. Gleichzeitig konnten hier die Jugendliche jenseits der ideologischen Erwartungen von Partei und Staat demokratisches Verhalten üben und Selbstbewußtsein herausbilden. Die evangelische Kirche war aus dieser Perspektive und in dieser Funktion nicht nur ein räumliches Sammelbecken für unzufriedene und regimekritische Jugendliche, für sogenannte Aussteiger und potentiell Ausreisewillige. Unter dem Dach der evangelischen Kirche versammelte sich ohne Zweifel das bedeutendste Potential einer sowohl religiösen als auch politisch motivierten Opposition gegenüber dem Alleinherrschaftsanspruch der SED. Die Konfliktlinie zwischen der SED mit ihrem Ideologie- und Machtmonopol auf der einen Seite und dem kritisch-oppositionellen Potential der Offenen Arbeit auf der anderen Seite führte aber dazu, daß sich einzelne Gruppen in Jena seit Anfang der achtziger Jahre zunehmend von der Kirche abwandten, um unabhängig von ihr für eigene politischen Vorstellungen und Ziele einzutreten. Hintergrund war der zurückhaltende, wenn nicht sogar ablehnende Umgang mit diesen Gruppen durch die Kirche in Konfliktsituationen mit dem Staat. Dies führte zwangsläufig zu Auseinandersetzungen über die Rolle der Kirche in der real-sozialistischen Gesellschaft und ihren Umgang mit Andersdenkenden. Im Ergebnis entwickelte sich die Offene Arbeit seit Mitte der achtziger Jahre zu einer DDR-weiten „Bewegung von unten“, die sich gleichermaßen gegen den Herrschaftsanspruch der SED wie gegen die mangelnde politische Unterstützung der Kirche richtete. In ihrer Gesamtheit war die Offene Arbeit zwischen 1970 und 1989 ein Ausdruck sozialer, kultureller, aber auch ethischer und intellektueller Bedürfnisse einer neuen Jugendgeneration, die die verordnete Ideologie und Herrschaft der SED nicht widerspruchsfrei hinnehmen wollte.

In der Forschung wurden bisher Fragen nach der Entstehung und Entwicklung der kirchlichen Jugendarbeit der Offenen Arbeit weitgehend vernachlässigt.[47] Offen blieb auch eine Reflexion auf das Selbstverständnis der Akteure. Die Darstellung der kirchlichen Opposition und deren politischen Ziele und Handlungen kommen nicht über

[46] Vgl. Probst, Lothar: Opposition und Widerstand in der DDR. Beispiele aus einer regionalgeschichtlichen Untersuchung in Mecklenburg-Vorpommern. In: Pollack/Rink Hg.: Zwischen Verweigerung und Opposition, S. 201.

[47] Als Beispiel für den kulturellen Zusammenhang: Vgl. Kaiser/Petzold: Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen, Konflikte, Quartiere 1970-1989, Berlin 1997, S. 269-316. Vgl. Forschungsstelle Osteuropa Hg.: Eigenart und Eigensinn: alternative Kulturszene in der DDR 1980-1990, Bremen 1993.

die bekannten Schlaglichter hinaus. Das Übergangsfeld zwischen alltäglicher Verweigerung, politischer Opposition und Widerstand ist nur teilweise aufgearbeitet.[48]

Die Aufarbeitung von Opposition und Widerstand in der DDR wird in der Öffentlichkeit insbesondere durch zahlreiche, aber zumeist subjektiv verfaßte Veröffentlichungen sichtbar. Daran haben Medien und ehemalige Akteure der DDR-Opposition einen unterschiedlich großen Anteil. Die Medien richten ihr Hauptinteresse in der Regel kurzfristig auf spektakuläre Ereignisse der Oppositionsgeschichte.[49] Erinnerungen und Biographien ehemaliger SED-Funktionäre und Kader des Ministeriums für Staatssicherheit bieten dagegen den Versuch nachträglicher Legitimation ihrer früheren Herrschaft. Sie entwerfen in subjektiven Erinnerungen ein Bild als Geschichte von „oben".[50] Ehemalige Akteure der Opposition veröffentlichten inzwischen zahlreiche Aufsätze und Dokumentationen zu ihrer persönlichen Geschichte. Ihr Blick richtete sich vor allem auf die Täter.[51]

---

[48] Bisherige Arbeiten zu Jena: Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 1999. Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED: Die „Friedensgemeinschaft Jena" Anfang der achtziger Jahre, Magister-Abschlußarbeit, Göttingen 1997. Über Struktur, Täter und Opfer des Ministeriums für Staatssicherheit: Pingel-Schliemann, Sandra: Observieren, zersetzen, liquidieren. Zersetzungsstrategien des Ministeriums für Staatssicherheit gegen „feindlich-negative" Kräfte in der DDR, Dissertation, Hamburg 2000. Debes, Martin: Durchdringen und Zersetzen. Die Bekämpfung der Opposition durch das Ministerium für Staatssicherheit im Jahre 1989, Manebach 1999. Debes Untersuchung bezieht sich weitgehend auf das Jahr 1989. Die Beispiele zu Gruppen aus Jena sind teilweise zeitlich oder in ihren Zusammenhängen falsch zu- und eingeordnet.

[49] Ein typisches Beispiel für Jena ist der tragische Tod von Matthias Domaschk am 12.04.1981 in der Haft-Untersuchungsanstalt Gera des Ministeriums für Staatssicherheit. Domaschk kam hier auf bisher ungeklärte Weise ums Leben. Vgl. Malzahn, Claus-Christian: „Ihr sollt in Tränen ersaufen". Über den ungeklärten Tod eines DDR-Dissidenten. In: Spiegel Nr. 20 vom 17.05.1993, S. 11 ff. Vgl. Praschl, Gerald: Die Stasi, ein Toter und die späte Sühne. In: Super ILLU Nr. 42 vom 12.10.2000, S. 16 f. Vgl. Torsten Schuster: Ansichten zu Deutschland - Liedermacher Wolf Biermann im Super ILLU-Zeitzeugen-gespräch „Ich hatte eine Scheiß-Angst vor dem Westen". In: Super ILLU 10/2000. Vgl. Querengässer, R.: Späte Suche nach einem geheimen Versteck. Freunde von Lutz Rathenow verbargen in der Wagnergasse Schriftgut vor der Stasi. In: Ostthüringer Zeitung (OTZ) vom 15.08.2000. Vgl. Rathenow, Lutz: Die Auflösung der DDR vor ihrem Ende. Beobachtungen und Erfahrungen eines Dissidenten. In: Frankfurter Rundschau (FR) vom 08.05.2000.

[50] Zum Beispiel IMS „Milan" Mathias Wedel (Schriftsteller). Vgl. Reiprich, Siegfried: Der verhinderte Dialog. Meine politische Exmatrikulation, Berlin 1996, S. 74. Vgl. Simon, Günter: Tischzeiten. Aus den Notizen eines Chefredakteurs 1981 bis 1989, 1. Aufl., Berlin 1990. Vgl. Grimmer, Reinhard, Werner Irmler, Willi Opitz, Wolfgang Schwanitz Hg.: Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Berlin 2002.

[51] Vgl. Gerbergasse 18. Forum für Geschichte und Kultur, Hg.: Geschichtswerkstatt Jena e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten Thüringen für die Stasiunterlagen. Vgl. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Losgehen und Ankommen. Jugendkultur in der DDR Ende der 70er Jahre am Beispiel der Jugendgroßveranstaltungen JUNE 78 JUNE 79 in Rudolstadt, Hg.: Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk", Erfurt 1999. Vgl. Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a. Hg.: Die „Andere" Geschichte. So besteht nun in der Freiheit zu der uns Christus befreit hat..., Erfurt 1993, S. 5 ff. Vgl. Kroh, Ferdinand Hg.: Freiheit ist immer Freiheit... Die Andersdenkenden in der DDR. Sieben Beiträge aus Jena und ein Beitrag aus Halle, Berlin 1988, S. 94 ff. Vgl. Kenawi, Samirah: Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre, Berlin 1995, S. 177 ff. Vgl. Jahn, Walter: Du bist wie Gift. Erinnerungen eines Vaters, Hg.: Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des

Ein Hauptdefizit bei der Aufarbeitung von kirchlicher Opposition und Widerstand für die siebziger und achtziger Jahre besteht in der Entstehungs- und Entwicklungs- sowie Wirkungsgeschichte der Offenen Arbeit. Einzig zu Jena und Berlin liegen bisher wenige Arbeiten vor. Udo Scheer[52] beschreibt in seiner Arbeit zu Jena ausführlich das oppositionelle Potential des Arbeitskreises Literatur (AKL) der Jenaer Kulturopposition von 1973 bis 1975. Weiterhin geht er auf die Biermann-Ausbürgerung 1976/77 sowie die Folgeentwicklung der oppositionellen Aktivitäten nach dem Tod von Matthias Domaschk 1981 in der Geraer Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit ein, und berichtet über Aktionen der Jenaer Friedensgemeinschaft 1982/83 sowie deren Resonanz für 1989. Für die Darstellung der Offenen Arbeit reicht ihm ein einziger Absatz. Ein oppositionelles und widerständiges Handeln und Wirken der Offenen Arbeit stellt er danach für die achtziger Jahre sogar in Frage. Lediglich ein Bedürfnis nach Diskussion und Positionsfindung sei in Jena allgemein ungebrochen gewesen. Daraus resultiere nach seiner Einschätzung Ende der achtziger Jahre auch die Entstehung der einzig von ihm genannten oppositionellen Gruppe, die aus der Offenen Arbeit hervorging, die Gruppe „Künstler für Andere“. Das Nachlassen oppositioneller Aktivitäten in den achtziger Jahren in Jena begründet er damit, daß die „Machtverwalter“ (SED und Ministerium für Staatssicherheit) die Stadt zwischen 1984 und 1987 fest im Griff gehabt hätten. Belege liefert Scheer dafür nicht. Weitere oppositionelle Gruppen für die Zeit nach 1983 innerhalb und auch außerhalb der Offenen Arbeit Jena werden von ihm weder angeführt noch in seine Oppositionsgeschichte einbezogen. Seine Arbeit bleibt somit ein wichtiges Fragment subjektiver Erinnerungsgeschichte. Eine zweite Arbeit zu Jena von Antje Hirsch beschäftigt sich ausschließlich, dafür aber ausführlich mit der Jenaer Friedensgemeinschaft.[53] Sie untersucht in ihrer Arbeit anhand wissenschaftlicher Literatur das Gesellschaftsmodell der DDR und betont als Ursache für Opposition und Widerstand besonders Generation übergreifende Konflikte. Hieraus erklärt sie die Entstehungsgründe der Friedensgemeinschaft Jena, um anschließend auf die Auseinandersetzungen mit dem SED-Staat und die Rolle der Kirche einzugehen. Im Ergebnis reflektiert sie, daß die Entstehung der Friedensgemeinschaft Jena ad interna, also aus den gesellschaftlichen Bedingungen der DDR selbst heraus, begründet sei. Alles, was die Akteure dachten und taten, sei aus den konkreten Konflikten mit der DDR-Gesellschaft entstanden. Der Entwicklungsprozeß der Akteure aus ihrem Bezug zur Offenen Arbeit hin zu einer bewußten politischen Opposition im Konflikt mit der

---

Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Reihe C, Monographien, Erfurt 1996. Vgl. Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk. Die Geschichte eines politischen Verbrechens in der DDR und die Schwierigkeiten, dasselbe aufzuklären, Hg.: Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Reihe C, Monographien, Erfurt 1996.

[52] Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 226 f.

[53] Vgl. Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED, Göttingen 1997.

Kirche wird von ihr kaum wahrgenommen. Sie stellt nur am Rande fest, daß die Offene Arbeit eine Rolle für die Formierung der Friedensgemeinschaft Jena spielte. Welche, läßt sie dabei offen. Eine wichtige, aber kaum wahrgenommene Arbeit zur Offenen Arbeit ist das 1997 erschienene Buch der Kirche von Unten (KvU) Berlin.[54] Die Einführung gibt einen kurzen aber guten Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Offenen Arbeit in der DDR, wobei Jena eine zentrale Rolle einnimmt. Ein folgender Erlebnisbericht erlaubt einen Einblick in die Welt der damaligen Akteure und deren Interesse an der Offenen Arbeit in Berlin. Im weiteren werden die kirchlich organisierten Berliner Blues-Messen und die Entwicklung der Punker-Szene in Berlin vorgestellt. Danach beschreiben die Autoren in dokumentarischem Stil den langen Prozeß der Auseinandersetzungen zwischen der Berliner Offenen Arbeit mit ihrer Landeskirche um eigene Räume, auf deren Höhepunkt 1987 die von der Offenen Arbeit ausgehende und getragene DDR-weit organisierte Kirche von Unten entsteht. Die Akteure und Strukturen der Kirche von Unten spielten für die friedliche Revolution 1989 in Berlin und anderen Städten, in denen Gruppen der Offenen Arbeit existierten, eine große Rolle. Als bisher einziges wissenschaftliches Standardwerk, das die DDR-Oppositionsgeschichte zwischen 1949 und 1989 erschließt, gilt das Buch von Ehrhart Neubert. Wichtige Ereignisse der Jenaer Opposition und der Offenen Arbeit sind darin thematisch auf einzelne Kapitel verteilt dargestellt. Zusammenhängende Erkenntnisse über die Entwicklung und Bedeutung von Opposition und Widerstand in der Offenen Arbeit und insbesondere in Jena sind so für den Leser nur schwer nachvollziehbar. Neubert unterlaufen bei der zeitlichen Einordnung und der Interpretation von Akteuren auch einige wenige Fehler. Er verortet beispielsweise die Entstehung der Jenaer Friedensgemeinschaft und der Ausreisegemeinschaft „Weißer Kreis“ in Jena auf das Jahr 1982. Tatsächlich entstand und agierten beide Gruppen erst ein Jahr später.[55] Sie solidarisierten sich auch nicht, sondern grenzten sich sogar grundsätzlich von einander ab.[56] Ein Beispiel für eine überzeichnete Interpretation ist die Rolle des Jenaers Matthias Domaschk. Dieser habe nach Ehrhart Neubert Anfang der achtziger Jahre zum Kern der Opposition in der DDR gehört.[57] Domaschk kam 1981 unter bislang ungeklärten Umständen in der Untersuchungshaftanstalt Gera des Ministeriums für

[54] Kirche von Unten Hg.: Wunder gibt es immer wieder - das Chaos ist aufgebraucht, es war die schönste Zeit. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten, Berlin 1997.

[55] Vgl. Neubert, Ehrhart: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren. In: Engelmann/Vollnhals Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999, S. 388.

[56] Vgl. Rub, Frank: Wir haben leider eine große Chance vertan. Von der Ablehnung, mit dem „Weißen Kreis“ zusammenzugehen. In: Gerbergasse 18., Heft 2/96, S.15. Hier beschreibt Rub sehr klar die Differenzen zwischen der Friedensgemeinschaft und dem Weißen Kreis. Auch die Junge Gemeinde Stadtmitte hatte zum Weißen Kreis keine Kontakte, obwohl Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte an Protestaktionen des Weißen Kreises teilnahmen und es so personelle Überschneidungen gab.

[57] Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 432.

Staatssicherheit zu Tode. Sein Tod hatte großen Einfluß auf die weitere Herausbildung der Jenaer Opposition Anfang der achtziger Jahre. Zum Zeitpunkt seines tragischen Todes war Domaschk aber kein politisch aktiv handelnder Akteur, weder in der Jungen Gemeinde Stadtmitte noch in einem anderen oppositionellen Kreis. Doch genau das weist ihm Neubert in seiner Beurteilung undifferenziert zu und stilisiert ihn neben anderen Akteuren zum „Kern der Opposition in der DDR“. Das aufgebaute Bild dient so lediglich einer gut gemeinten Legendenbildung, die nur wenig mit der historischen Tatsache zu tun hat. Woher Neubert seine Informationen für diese Interpretation bezieht, läßt er dabei offen. Die Aufzählung derjenigen Akteure, die für Neubert zum Kern der Opposition gehörten, scheint eher willkürlich oder zufällig zu sein.[58] Insgesamt schreibt Neubert der Offenen Arbeit für die Herausbildung von Opposition und Widerstand in der DDR aber zu Recht eine sehr hohe Bedeutung zu. 2002 erschien zuletzt ein Buch zur Offenen Arbeit in der DDR aus Sicht ehemaliger kirchlicher Mitarbeiter.[59] Insgesamt kommen hier mit den Herausgebern 15 Autoren zu Wort. Im Zentrum der einzelnen Beiträge geht es stets um die Frage der religiösen Verantwortung des einzelnen kirchlichen Mitarbeiters gegenüber den Jugendlichen und die Form, wie die jeweilige Jugendarbeit ausgefüllt werden sollte. Die Frage nach der Form der Jugendarbeit ist dabei die zentrale und wichtigste Fragestellung. Hierbei wird deutlich, daß die Jugendlichen ein anderes Verständnis von offener Jugendarbeit hatten als die meisten kirchlichen Mitarbeiter. Der klare Gegensatz zwischen dem, was aus Sicht der Jugendlichen Offene Arbeit gewesen ist und dem, was aus Sicht der Kirche offene sozialdiakonische Jugendarbeit war, wird im Buch nur unscharf nachgezeichnet. Insgesamt bekommt der Leser einen Überblick über die sozialdiakonische Jugendarbeit in der DDR in der Auseinandersetzung mit der Offenen Arbeit. Offene Arbeit wollte weitgehend selbstbestimmt und institutionell unabhängig agieren, offene kirchliche Jugendarbeit sollte die Jugendlichen dagegen im Sinne karitativer Verantwortung in die kirchliche Arbeit und deren Strukturen einbinden. Diese unterschiedlichen Ansätze sorgten für ständige Auseinandersetzungen zwischen Kirche und Jugendlichen. Ein Blick auf aktuelle Fragestellungen der kirchlichen Jugendarbeit zeigt auf, was aus dieser Vergangenheit für die Zukunft der kirchlichen Jugendarbeit gelernt wurde.

Die allgemeine wissenschaftliche Forschungsarbeit zu Opposition und Widerstand in der DDR umfaßt eine breite Themenpalette mit unterschiedlichsten Ansätzen. Hervorzuheben ist die Arbeit der Enquete-Kommission des Bundestages zur Aufarbeitung der Folgen der SED-Diktatur. Wissenschaftliche Analyse in Form von Expertisen von Sachverständigen und persönliche Erinnerungen und Darstellungen ehemaliger Akteure werden als zwei wesentliche Stränge zusammengeführt und

[58] Mehr zu Domaschk vgl. oben Kapitel 2.2, Wendepunkt - der Tod von Matthias Domaschk.
[59] Eisert-Bagemihl, Lars, Ulfried Kleinert Hg.: Zwischen sozialer Bewegung und kirchlichem Arbeitsfeld. Annäherungen an die Offene Jugend (-) Arbeit, Leipzig 2002.

verbinden auf diese Art und Weise akademische Fachöffentlichkeit mit publizistischer Öffentlichkeit.[60] Es ist festzustellen, daß einem erheblichen Zuwachs an empirischem Wissen über Entwicklungsverlauf (Phasen), Strukturen und soziale Zusammensetzung der Gruppen, deren Zusammenarbeit und Vernetzung und deren inhaltlich übergreifende politische Ziele vor allem auf der Struktur- und Makroebene eine Unterbelichtung des Prozesses der Entwicklung des politischen Protestes auf der Mikroebene gegenüber steht. Nach wie vor liegt ein großer Fundus an biographischen Selbstzeugnissen, Akten von Opfern des Ministeriums für Staatssicherheit und Täterakten sowie verschiedenes schriftliches Quellenmaterial zahlreicher ehemaliger Akteure unerschlossen in zeitgeschichtlichen Archiven. Die weitere Erschließung und Dokumentation der Geschichte der Offenen Arbeit Jena ist ein wichtiger Beitrag zur Gesamtgeschichte von Opposition und Widerstand in der DDR. Anliegen der Arbeit ist es deshalb, mit Hilfe des vorhandenen Quellenmaterials detailliert über die bekannten Schlaglichter der bisherigen Aufarbeitung zur Geschichte von Opposition und Widerstand in Jena hinauszukommen und dabei insbesondere die Rolle der Jungen Gemeinde Jena zu beleuchten, einzuordnen und zu bewerten.

1. DIE GENERATION DER POLITISCHEN SOZIALISATION 1969 - 1976

Das politische System der DDR war auf Gewaltenkonzentration anstelle Gewaltenteilung ausgerichtet. Die Folge war politische Entmündigung und Reglementierung der Menschen in allen Lebensbereichen. Die diktatorisch organisierte politische Macht der SED, beschränkt auf eine enge Führungsgruppe als Kommandozentrale, wollte und konnte aus ideologischem Prinzip politische Mitbestimmung und Öffentlichkeit nicht zulassen. Der permanent propagierte Fortschrittsglaube einer auf Unterschiedslosigkeit gerichteten Gleichmacherei als Solidargemeinschaft sollte die Menschen gleichzeitig über die „in Wirklichkeit bürokratisch verfaßte konservative Ständeordnung mit absolutistischem Führungsapparat“[61] hinweg täuschen. Damit verbunden war der Verlust an persönlicher und politischer Freiheit, was in der Praxis für die Menschen in der DDR nichts anderes hieß als konkrete Verweigerung von politischem und gesellschaftlichem Mitspracherecht. Hinter dem Mißtrauen gegen die eigene Bevölkerung standen

[60] Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und das Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur. Protokolle der 67. - 69. öffentlichen Kommissionssitzung. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Hg.: Deutscher Bundestag, Band VII/1-2, S. 139 ff.

[61] Vgl. Drescher/Hilligen/Neumann Hg.: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, 8. Aufl., München 1992, S. 160 ff.

persönliche wie historische Erfahrungen der politischen Nomenklatura aus der Zeit der Weimarer Republik und des Faschismus in Deutschland, aber auch die Erfahrungen des gnadenlosen Umganges mit Menschen in der Sowjetunion stalinistischer Ausprägung. Kirche war für diesen Zusammenhang ein historischer Überrest bürgerlich-revisionistischen Denkens und vermeintlicher Hort und Handlanger des Revisionismus und Faschismus gewesen. Vorbelastet mit zum Teil historischer Schuld und diesem Urteil im Hintergrund versuchte die Kirche, unter den neuen politischen Verhältnissen in der DDR ihre Rolle zu finden. Das positive Erbe der Bekennenden Kirche hatte durch den ideologischen und einengenden Zugriff des Staates nur wenige Chancen, sich zu entfalten.[62] Dennoch flossen aus dem Erbe der Bekennenden Kirche und in Anlehnung an Bonhoeffers Thesen einige Vorstellungen in die kirchliche Jugendarbeit ein. Danach sollte der Jugend in der Kirche die Rolle zukommen, die Worte Gottes zu hören und die Lehre Christi neu zu verkünden. Nicht die Frage danach, was die Jugend sei und welches Recht ihr in den Gemeinden zukomme sei dabei von Bedeutung, sondern was die Gemeinde ist und welcher Ort der Jugend in ihr zukomme.[63] Die Anlehnung an Bonhoeffers Theologie zur Rolle der Jugend in den Gemeinden ist deshalb hervorzuheben, weil in ihr das Recht zum politischen Widerstand gegen Tyrannei als religiöse Grundhaltung und Bekenntnis zum Glauben ein wesentlicher Bestandteil war.[64] Hieraus legitimierten sich in den fünfziger und sechziger Jahren innerhalb der Kirche teilweise der kirchliche Widerstand gegen die politische Unterdrückung und religiöse Bevormundung durch die SED.[65] Besonders in den zwischen 1949 und 1953 neu entstandenen Jungen Gemeinden[66] wird dieser Widerstand deutlich.[67] Das hatte

[62] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 53 ff.

[63] Vgl. Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse, München 1983.

[64] Vgl. Klemperer, Klemens von: Naturrecht und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Frage des deutschen „Sonderwegs“. In: Steinbach, Peter, Johannes Tuchel Hg.: Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994, S. 43-53.

[65] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, Bonn 1999, S. 71.

[66] Übergreifende Bezeichnung für die unterschiedlichen Formen der evangelischen Jugendarbeit (Gruppen, Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreise usw.) für Jugendliche innerhalb der Kirchengemeinden, Kirchenkreise und Landeskirchen. Vgl. Ellen Überschär: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945-1961, Stuttgart 2003.

[67] Da neben der Freien Deutschen Jugend (FDJ), die sich anfänglich zu weltanschaulicher Toleranz und Überparteilichkeit bekannte, andere Jugendorganisationen nicht zugelassen wurden, sind seit 1945/46 die Kirchen selber (und nicht besondere Verbände oder Werke) Träger ihrer Jugendarbeit. Die anfänglich zwischen Kirchen und FDJ bestehenden Kontakte und Verbindungsstellen wurden nach dem 3. FDJ-Parlament (1949 Verpflichtung der FDJ auf die Ziele der SED) aufgelöst. Der Beschluß der 2. Parteikonferenz der SED (1952) zum „Aufbau des Sozialismus“ führte allgemein zu einer Verschärfung des innenpolitischen Klimas in der DDR. Den Jungen Gemeinden und der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) wurde staatsfeindliche Tätigkeit vorgeworfen. Es kam zu Verhaftungen und anderen Maßnahmen, die jedoch - im Zuge des beginnenden Neuen Kurses - auf Grund von Verhandlungen zwischen Regierung und Kirchen am 10.06.1953 weitgehend rückgängig gemacht wurden. Die kirchliche Jugendarbeit blieb jedoch in einem angespannten kirchenpolitischen Klima in den 50er Jahren zahlenmäßig rückläufig. Überörtliche Zusammenkünfte, Fahrten, Bibelrüstzeiten usw. unterlagen restriktiven Vorschriften. Die Jungen Gemeinden konsolidierten sich in den 60er Jahren und

auch auf die Entstehung der Offenen Arbeit Auswirkungen.[68] Gleichzeitig war die Gegenwehr innerhalb der Kirche gegen die politischen Verhältnisse in der DDR manchmal noch an alte konservative Vorstellungen oder einen diffusen Antikommunismus angelehnt. Ein Resultat daraus war die ideologische Legitimation für eine politische Verfolgung kirchlicher Mitarbeiter sowie die zunehmende politische Unterdrückung der Jungen Gemeinden durch SED und Ministerium für Staatssicherheit.[69] Im weiteren Prozeß der Säkularisierung der DDR-Gesellschaft wurde von Seiten des Staates der religiöse Anspruch der Kirche auf Verkündung der Worte Christi im öffentlichen Raum nicht nur zurückgedrängt, sondern per Gesetz durch offizielle Trennung von Staat und Kirche geregelt. Die protestantische Kirche in der DDR entwickelte und formierte sich daraus in der Folge unter zunehmendem Druck durch die SED in einem langen Prozeß zur „Kirche im Sozialismus“ in notwendiger Abgrenzung zu den Westkirchen.[70]

Die Geschichte der Offenen Arbeit ist deshalb von Bedeutung, weil sie die Geschichte von zahlreichen verschiedenen Jungen Gemeinden unter dem Dach der Evangelischen Kirche in der DDR seit 1970 ist. Pfarrer Claus-Jürgen Wizisla aus Leipzig prägte erstmals 1972 in einem Arbeits- und Thesenpapier den Arbeitsbegriff der „offenen Jugendarbeit“. Im Laufe der Zeit entwickelte und veränderte sich der Arbeitsbegriff zum Eigennamen, kurz OA.[71] Der neue Ansatz zur kirchlichen Jugendarbeit bei Wizisla beruhte vor allem auf Erfahrungen mit Jugendlichen in der Auseinandersetzung mit der DDR-Realität. Offene Jugendarbeit sollte danach keine traditionelle Betreuungsarbeit für sogenannte „gestrandete Jugendliche“ oder gar kirchliche Erziehung mehr sein, sondern knüpfte bewußt an die sichtbar gewordene Verweigerungshaltung vieler Jugendlicher gegenüber der bestehenden DDR-Gesellschaft an. Ziel war, die zur „inneren Emigration“ getriebenen Jugendlichen in einen Prozeß der Sozialisation zu bringen und zu begleiten, Emanzipation durch

---

gewannen in den 70er Jahren zunehmend an Anziehungskraft auch auf nicht kirchlich gebundene Jugendliche wegen des Diskussionsraumes, der jugendgemäßen Umgangsformen usw. In: Digitale Bibliothek, Band 32, Enzyklopädie der DDR, S. 3545. Vgl. DDR-Handbuch Junge Gemeinde, Bundesministerium des Innern Hg., S. 694.

[68] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 185: „Ein wichtiges Zentrum der Offenen Arbeit bildete sich (seit Mitte der sechziger Jahre, d. A.) um den Pfarrer von Braunsdorf in Thüringen, Walter Schilling. Sein Vater war als volksverbundener konservativ-pietistischer Superintendent in der Nazizeit Mitglied der Bekennenden Kirche.“

[69] Ebenda, S. 71 und S. 74 ff.

[70] Vgl. Krusche, Werner: DDR-Kirchen müssen Erfahrungen des Kleinerwerdens verarbeiten. In: epd-Dokumentation Nr. 5, 1978. Bischof Werner Krusche sagte 1977: „Kirche im Sozialismus ist nicht Kirche gegen den Sozialismus. Sie ist nicht die fünfte Kolonne des Westens, sie hat auch nicht die Rolle der fehlenden Opposition zu spielen. [...] Die Kirche versucht in der DDR-Gesellschaft, den schmalen Grad zwischen Opposition und Opportunismus zu gehen, den Weg der kritischen Solidarität in mündiger Mitverantwortung.“, S. 74.

[71] Kirche von Unten Hg.: Wunder gibt es immer wieder - das Chaos ist aufgebraucht, Berlin 1997, „Das große ´O´ und das kleine ´O´“, S. 17 ff.

Integration und Kritikfähigkeit sowie eigene Urteilsbildung in Meinungsfreiheit zu befördern. Als Gegenentwurf zur SED-Pädagogik ging es Wizisla dabei nicht um eine erneute Vereinnahmung oder Manipulation der Jugendlichen durch die Religion, sondern um das „Menschsein im Sinne Gottes, wie Jesus gelebt hat“.[72] Die Entfaltung der Jugendlichen war für ihn aus theologischer Sicht und Verantwortung heraus die „Fortsetzung der Inkarnation Gottes in Jesus Christus durch situationsbezogene Entfaltung des Evangeliums im Umgang mit den Jugendlichen.“[73] Mit dieser Auslegung wich Pfarrer Wizisla allerdings von den traditionellen Vorstellungen der diakonischen Jugendarbeit weit ab. Die nicht religiös gebundenen Jugendlichen griffen diese Angebote der kirchlichen Mitarbeiter auf und entwickelten sie dort, wo es ihnen möglich war, eigenständig und provokatorisch auf ihre Bedürfnisse gerichtet weiter. Innerhalb der Institution Kirche führte das häufig zu Auseinandersetzungen über die Gewährung von Freiraum. Denn während sich der sozialdiakonische Arbeitszweig der Kirche in seinem religiösen Bezug darauf beschränken wollte, „gestrauchelte“ Jugendliche zu „heilen“ im Sinne einer Integration in die bestehenden Verhältnisse, erhob die heranwachsende Generation der Jugendlichen einen Anspruch auf Veränderung der einengenden gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse. Das unterstrichen die Jugendlichen nicht zuletzt durch ihre unangepaßten Lebensäußerungen, die ursprünglich stark an die westliche „Hippie-Bewegung“ anknüpften und viele Jahre Identifikations- und Kristallisationspunkt im Selbstverständnis zahlloser Jugendlicher war. Nicht selten unterstellten die Jugendlichen der diakonisch orientierten Jugendarbeit der Kirche einen instrumentalisierbaren „Helferkomplex“. Vor allem dagegen richtete sich ihr Protest innerhalb der Kirche genauso wie gegen die ideologisch verordnete Unmündigkeit durch die SED. Deshalb war die Kirche „[...] nicht glücklich über dieses Kuckucksei, das sich ihr ins Nest gelegt hatte. Sie versuchte, die Gruppen auf christliche Inhalte festzunageln, nahm OA-Räume mit scheinheiligen Begründungen wieder weg, setzte sich für kriminalisierte MitarbeiterInnen und Jugendliche nicht oder viel zu wenig ein. Nur in wenigen Städten wie Erfurt und Jena gab es einige wenige standhafte Kirchenfürsten, die sich Kraft ihrer Funktion vor die OA stellten und so eine kontinuierliche Arbeit über Jahre ermöglichten.“[74] Die Kirche übersah an vielen Orten, daß die Lebens- und Protestformen der Jugendlichen insgesamt ein Ausdruck überregionaler kultureller, sozialer und politischer Gesellschaftsprobleme in der DDR war. Die Offene Arbeit war ein gesamtgesellschaftliches Phänomen und überforderte oft

[72] Wizisla, Claus-Jürgen: Thesen zur Begründung und Zielsetzung offener Jugendarbeit 1972, vervielfältigtes Material, Archiv Walter Schilling. In: Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 85.
[73] Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 185.
[74] Kirche von Unten Hg.: Wunder gibt es immer wieder - das Chaos ist aufgebraucht, Berlin 1997, S. 13.

die lokalen Kirchengemeinden. Disziplinlosigkeit, Unordnung, Schmutz, Unruhe, Streß und laute Musik waren allgemeiner Standard der meisten Jugendlichen und signalisierten den Ausstieg aus den vorgelebten Konventionen und der „Doppelzüngigkeit“ der DDR-Gesellschaft. Ihre darüber hinaus gehenden sozialen, kulturellen, religiösen und politischen Bedürfnisse und Ansprüche waren dagegen Gestaltungswille.[75] Mit den Lebensformen und Bedürfnissen der Jugendlichen in der Offenen Arbeit entwickelte sich vor allem in Jena in einem mehrfach gebrochenen Prozeß seit Anfang der siebziger Jahre eine resistente oppositionelle und widerständige Protesthaltung mit basisdemokratischem Charakter heraus, die auf die weitere Entwicklung von Opposition und Widerstand in den achtziger Jahren in der DDR insgesamt einen großen Einfluß ausübte.

Mit dem Heranwachsen einer in der DDR geborenen und sozialisierten Generation „verweltlichter“ Jugendlicher begann seit Anfang der siebziger Jahre ein Prozeß der Öffnung der Kirche in den säkularen Raum der Gesellschaft hinein. Vor allem die Pfarrer Wizisla und Schilling, aber auch junge kirchliche Mitarbeiter auf Gemeindeebene waren es, die durch ihr persönliches Engagement zur Öffnung der Kirche für nicht konfessionell gebundene Jugendliche recht schnell in der lokalen Öffentlichkeit eine wachsende Breitenwirkung erreichten. Wichtigste Person für die Entwicklung der Offenen Arbeit in Thüringen war Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf. Schon zu DDR-Zeiten bezeichnete man ihn als den „Vater der Offenen Arbeit“. Bereits Ende der fünfziger Jahre initiierte er offene Rüstzeiten für Jugendliche aus verschiedenen Thüringer Regionen. Dabei soll es ihm stets gelungen sein, allen Gesprächen und Diskussionen in ihrer Offenheit sein ganz persönliches religiöses Sahnehäubchen aufzusetzen. „Der alte Mann auf dem Berg und Braunsdorf waren so etwas wie die geistige Zentrale der OA. [...] Seit 1969 entstanden in Rudolstadt, Saalfeld und Zella-Mehlis die ersten offenen Jungen Gemeinden unter dem Dach der Kirche. Seit 1970 kamen in Jena, Erfurt, Suhl, Weimar und teilweise auch in Gera schnell neue Gruppen zusammen. Offen sein hieß aber zunächst, nicht offen zu sein für alles, dafür aber offen zu sein für jeden. Dabei bediente man sich religiöser Bekenntnisse wie diesem: „Kommt zu mir, die ihr mühselig beladen seid, so will ich euch Ruhe geben (Matth.11, 28).“ [76] Es gab viele Gründe, die zu einer Öffnung der Kirche hinein in die Gesellschaft zwangen. Einen wesentlichen Grund für den Beginn der offenen kirchlichen Jugendarbeit beschreibt Walter Schilling: „Der Weg der Kirchen in der DDR ist ein Weg der Erfahrungen, die Christen und Kirchen auf dem Weg in eine „Welt ohne Gott“ machen. Ein Experiment, das zu neuen Einsichten, Denkweisen und Verhaltensmustern hinführen mußte und hinführte. [...] Der Weg der

[75] Ebenda, S. 17 ff.

[76] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft. Alle weiteren aufgeführten Zeitzeugengespräche aus JG-Heft sind unveröffentlicht.

Kirchen in der DDR war ein Weg zwischen der durch Jesus Christus versprochenen Freiheit und der Anpassung an die realen Verhältnisse, sprich Unfreiheit."[77] Doch war es der religiöse Hintergrund, der die Offene Arbeit so attraktiv machte für die Jugendlichen? Waren es die Umgangsformen in den Gemeinden, religiöse Vorstellungen als Gegengewicht zur realen Welt oder die andächtige Sprache der Pfarrer, die Erfahrungen mit der offiziellen Jugendpolitik des Staates, gemeinsame Wünsche und Hoffnungen der Jugendlichen oder gar die Tradition der Kirche selbst? Wesentlichster Punkt, so die These des Autors, war die vorurteilsfreie Akzeptanz und Annahme der Jugendlichen ohne ideologische oder religiöse Zwänge. Keiner mußte an Gott glauben. Keiner, der dazu gehören wollte, sollte draußen vor der Tür bleiben. Gerade diese Erfahrung mit der Kirche stand im krassen Gegensatz zur sozialistischen Realität. Der Versuch einer Neuinterpretation der christlichen Ethik mit ihrem Anspruch auf unvoreingenommene Annahme in Offenheit gegen jeden mit Rede- und Bewegungsfreiheit im kirchlichen Raum fiel bei den Jugendlichen auf fruchtbaren Boden, aber auch die Aufnahme humanistischer Wurzeln und der daraus abgeleitete Anspruch auf Menschenwürde und freie Entfaltung der Persönlichkeit durch umfassende Bildung und Erziehung. Diese Verknüpfung mit dem egalitären Anspruch der Aufklärung auf gleiche Menschenrechte stand im Gegensatz zu der ideologisch mißbrauchten Sozialismus-Theorie mit ihrer Gleichmacherei. Einschränkend sei angemerkt, daß dieser enorme Anspruch nicht von allen Mitarbeitern der Kirche und ihren Gemeindemitgliedern so mitgetragen wurde. Da gab es diejenigen, die in konservativer Tradition nur ihren Glauben leben wollten in Treue zu Gott. Es gab auch diejenigen, die im kirchlichen Raum vor allem eine persönliche Nische sahen. Nicht zuletzt gab es aber auch diejenigen, die, oft in kirchenleitender Funktion, mit der „ungeliebten", aber real vorhandenen Staatsmacht „kungelten", schlimmer noch - sich mit ihr verbündeten.[78] Diejenigen kirchlichen Mitarbeiter aber und deren Gemeinden, die innerhalb der Kirche den schwierigen Weg zwischen religiöser Bindung und gelebter Freiheit im DDR-Sozialismus gehen wollten und oft genug dafür Repressalien verschiedenster Qualität ertragen mußten, waren auch diejenigen, die den Weg der Offenen Arbeit seit Anfang der siebziger Jahre erfolgreich begründeten. Einzelne Akteure aus dieser Zeit begleiten den Weg der Offenen Arbeit bis heute.

[77] Schilling Walter: Zitiert nach Lenski/Schön/Grund/Kulisch u. a. Hg.: Die „Andere" Geschichte, S. 5.
[78] Ebenda, S. 5.

1.1 DIE FRÜHEN SIEBZIGER JAHRE – UWE KOCH UND DER BEGINN DER OFFENEN ARBEIT

Nicht alle Akteure der Offenen Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte sind in Erinnerung geblieben oder wieder auffindbar. Diejenigen aber, die in der Erinnerung blieben, waren zumeist wichtige Akteure. In Thüringen waren das für die frühen siebziger Jahre in Jena neben dem damaligen Theologiestudenten Uwe Koch der Jugenddiakon Thomas Auerbach und Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf.[79]

Uwe Koch wurde am 4. September 1950 in Jena geboren und kommt aus einer Arbeiterfamilie. Sein Vater arbeitete als Feinmechaniker beim Volkseigenen Betrieb (VEB) Carl Zeiss Jena, seine Mutter war als selbständige Schneiderin tätig. Kirchliche Kontakte erhielt er durch seine Mutter, die zur Kirchengemeinde Stadtmitte (Stadtkirche St. Michael) gehörte. 1964 wurde er in dieser Kirche konfirmiert. Danach war für Uwe Koch zunächst ein Jahr „Pause von der Kirche". Ab 1966 engagierte er sich dann wieder in seiner Kirchengemeinde. Im Gemeindehaus Lutherstraße 3 traf sich zu dieser Zeit regelmäßig eine Gruppe Oberschüler als „Junge Gemeinde Mitte". Die Treffen fanden jeden Donnerstag in den Räumen der Kirchengemeinde statt. Geleitet wurde der Kreis vom damaligen Superintendenten Friedrich Zilz. „Das Ganze war wie ein netter, braver kirchlicher Jugendkreis, so wie er damals üblicherweise lief, wo man zusammensaß unter Leitung des Herrn Superintendenten, der dann am Ende der Tafel residierte und ein Thema mit uns besprach."[80] Das war also noch vor 1969, als die ersten sogenannten Gammler im Zentrum Jenas[81] auf dem Holzmarkt herumstanden und Passanten erschreckten oder sich in der Gaststätte „Ratszeise"[82] betranken. Während die

[79] Koch, Uwe, 1969-1972 Theologiestudent in Jena. Im Sommer 1970 kam Thomas Auerbach nach Abschluß seiner Ausbildung als Jugenddiakon im Falkhaus Eisenach nach Jena. Er übernahm 1971 die Leitung der Jungen Gemeinde bis zu seiner Abschiebung in den Westen 1977. Walter Schilling, Pfarrer in Braunsdorf (ein Bergdorf im Dreieck der Kleinstädte Saalfeld, Rudolstadt und Bad Blankenburg), hatte in den 60er Jahren mit Jugendlichen aus den Jungen Gemeinden in Rudolstadt und Saalfeld eine Scheune neben seinem Pfarrhaus zu einem Rüstzeitheim umgebaut und dort bereits einen Ansatz für die offene kirchliche Jugendarbeit entwickelt. Vgl. Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a. Hg.: Die „Andere" Geschichte, ..., S. 28 ff. Hier sind die „Zersetzungsmaßnahmen" des Ministeriums für Staatssicherheit Anfang der 70er Jahre gegen Walter Schilling dokumentiert. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989**,** S. 185 und S. 426 f.

[80] Zitat Uwe Koch aus Brief vom 07.12.2000 an den Autor.

[81] Als zentraler Treffort und als Ort für politische Aktionen der Jenaer Opposition spielte das Zentrum der Jenaer Altstadt eine wichtige Rolle. Es ist relativ klein und von allen Seiten gleich gut zu erreichen. Auch die Junge Gemeinde Stadtmitte befand sich im Altstadtzentrum. Jena hatte 1968 ohne den Neubau-Stadtteil Jena-Neulobeda ca. 50.000 Einwohner. 1990 hatte Jena insgesamt ca. 100.000 Einwohner.

[82] Die „Ratszeise" war 1968 eine spärlich eingerichtete Selbstbedienungsgaststätte im alten Rathaus auf dem Marktplatz, die hauptsächlich von Arbeitern aus Dienstleistungsberufen wie Straßenreinigung und Müllabfuhr, aber auch von Bauarbeitern frequentiert wurde. Polizeirazzien waren zu der Zeit an der Tagesordnung.

Gammler alles „Scheiße“[83] fanden, also jede Autorität, diskutierten Oberschüler der ersten Jungen Gemeinde Mitte über Gott und Religion. Einen Kontakt zwischen den Oberschülern der Jungen Gemeinde Mitte und den Schülern und Lehrlingen von den Plätzen der Stadt gab es bis 1969 nicht. Die Gruppe der Oberschüler der Jungen Gemeinde Mitte bestand zunächst zwischen 1966 und 1969 aus ca. 15 jungen Leuten. Die meisten dieser Oberschüler kamen aus Akademikerfamilien aus der Gegend um den Jenaer Philosophenweg. „[...] ich fiel da etwas raus, meine Eltern waren Arbeiter. Ich war streckenweise das einzige Arbeiterkind in der Truppe.“[84] Trotzdem besuchte auch Uwe Koch seit Ende 1966 die Carl Zeiss-Spezialschule „Johann Gottlieb Fichte“, an der er eine Berufsausbildung mit Abitur begann. Im Frühjahr 1968 wurde er für die Nationale Volksarmee der DDR (NVA) gemustert. Er lehnte den Militärdienst mit der Waffe grundsätzlich ab und wollte stattdessen als Bausoldat zur Armee gehen. Bei seiner Musterung durch das Wehrkreiskommando Jena gab er seine Bausoldaten-Erklärung ab. Seine wichtigste politische Prägung erfuhr Uwe Koch jedoch wie viele andere Akteure der späteren Jenaer Opposition und der Offenen Arbeit bei den Ereignissen des „Prager Frühlings“ 1968. Den 21. August 1968 erlebte er als Teilnehmer einer Veranstaltung der Evangelischen Allianzkonferenz in Bad Blankenburg/Thüringen. „Der Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR war für mich unerträglich.“[85] Seine kirchlichen Erfahrungen und die politische Prägung durch den „Prager Frühling“ bewogen ihn dann noch im September des gleichen Jahres zu dem konsequenten Schritt der Totalverweigerung des Militärdienstes. Im Ergebnis seiner Handlung wurde er innerhalb von 14 Tagen vom Abitur ausgeschlossen und von der 11. Klasse der Zeiss-Spezial-Oberschule verwiesen. Damit stand er ohne abgeschlossene Berufsausbildung auf der Straße. Vorübergehend konnte er von Oktober bis Dezember 1968 als Hilfskrankenpfleger im Sophien-Krankenhaus in Weimar arbeiten. Dann entschied er sich, Theologie zu studieren und mußte sich, da er ja kein Abitur hatte, auf die Sonderreifeprüfung an der Universität vorbereiten. Dies tat er von Januar bis Mai 1969 als Gasthörer am Katechetenseminar am Johannes-Falk-Haus in Eisenach. Dort bekam er auch erste Kontakte zu anderen, später ebenfalls aktiven Akteuren der Offenen Arbeit, die damals bereits am Falkhaus in Ausbildung waren, so

[83] „Scheiße“ fanden die „Gammler“, die zu einem großen Teil zugezogene Bauarbeiter oder Facharbeiter aus anderen Städten waren und entweder beim Bau der Satellitenstadt Jena-Neulobeda arbeiteten oder in den großen Kombinaten, ihre Langeweile. Jugendeinrichtungen gab es nur wenige, Diskotheken waren noch nicht erfunden, und jugendgemäße Tanzveranstaltungen fanden in der Regel etwa einmal im Monat in den umliegenden Dörfern statt. Die Musikprogramme waren in 40% „Westmusik“ und 60% Eigentitel bzw. DDR-Produktionen lizenziert. Jugendklubs entstanden erst nach den Weltfestspielen 1973 in der DDR. Um Einlaß in Diskotheken und Tanzgaststätten zu erhalten, war bis Mitte der 70er Jahre für männliche Gäste vorgeschrieben, Anzug und Schlips zu tragen. Grund, Thomas: JG-Heft. Vgl. Rauhut, Michael: Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964-1972, Berlin 1993.

[84] Zitat Uwe Koch aus Brief vom 07.12.2000 an den Autor.

[85] Ebenda.

zu Thomas Auerbach und Lothar Rochau[86] Im Mai 1969 nach Jena zurückgekehrt, erlebte Uwe Koch Auflösungstendenzen seiner bisherigen Jungen Gemeinde Mitte im Lutherhaus, bedingt durch das Weggehen des bisherigen Jenaer Superintendenten Friedrich Zilz als Oberkirchenrat nach Eisenach. Da klar war, daß Uwe Koch ab September 1969 in Jena Theologie studieren würde, fragte Zilz ihn, ob er bereit wäre, die Junge Gemeinde für einige Zeit zu leiten. So begann Uwe Koch im Oktober 1969 in eigener Regie mit der Weiterführung der Jungen Gemeinde in den Räumen der Lutherstraße 3. Da die Räume einen sehr geschlossenen und unkommunikativen Eindruck auf ihn machten, bemühte sich Koch von Anfang an um andere Kirchenräume. „Und dann merkten wir auf einmal sehr schnell, daß wir uns in diesem Kreis selber nicht mehr genug waren. Oder um es mal hochtrabend zu sagen: Wir haben begriffen, daß Kirche eigentlich nur dann Kirche ist, wenn sie Kirche für andere ist. Das haben wir damals nicht so formuliert, das ist jetzt so die Interpretation im Nachhinein. Und wir haben gesagt, wir brauchen Leute in der kirchlichen Jugendarbeit, die eigentlich vorher mit Kirche nichts zu tun gehabt haben und die noch mal ganz was anderes mit uns und auch mit dieser Kirche machen. Und dann haben wir Sachen gemacht, die damals im Jahre 69 abenteuerlich waren. Wir haben kleine Zettelchen gemacht und haben da schön mit Tusche drauf geschrieben „Jugend trifft sich donnerstags Lutherstraße 3“, die haben wir dann auf Streichholzschachteln geklebt und sind damit durch die Kneipen gezogen und haben überall die Streichholzschachteln auf die Tische gelegt. Und dann sind wir losgezogen und haben Leute gezielt angesprochen und haben die eingeladen. Und es passierte das Unvorstellbare: Die kamen auch tatsächlich in diese Lutherstraße, wo wir erst durch alle möglichen kirchlichen Amtszimmer gehen mußten. Und es passierte genau dies, daß dann auf einmal Leute, die nicht nur nicht nach Kirche aussahen, sondern auch noch nie irgendwas von Kirche gehört hatten, in diesen Räumen auftauchten. Und das ging nur ein paar Wochen gut, dann fingen die da an zu rauchen, und das war ja furchtbar. Und dann fingen die an, einen Kasten Bier mitzubringen, das war noch furchtbarer. Und innerhalb von wenigen Wochen stand fest, wir brauchen erstens einen anderen Raum, und wir brauchen zweitens einen größeren Raum. Dann begannen die zähen Verhandlungen, die dazu führten, daß das entstand, was sich damals einfach Junge Gemeinde Stadtmitte nannte, später dann auch mal Zentrale Junge Gemeinde (ZJG) hieß. Also, wir durften zunächst

[86] Lothar Rochau übernahm ab 1977 nach seiner Ausbildung im Falkhaus Eisenach als Jugenddiakon die Junge Gemeinde in Halle-Neustadt. Zwischen ihr und der Jenaer Jungen Gemeinde bestanden bis 1988 enge Verbindungen. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 295. Neubert; Ehrhart: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren. In: Engelmann/Vollnhals Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999, S. 385. Rochau; Lothar: Halle-Neustadt: Reflexion über die Offene Arbeit. In: Eisert-Bagemihl/Kleinert Hg.: Zwischen sozialer Bewegung und kirchlichem Arbeitsfeld. Annäherungen an die Offene Jugend (-)Arbeit, Leipzig 2002, S. 163 ff.

gastweise einmal in der Woche den Raum des Kirchenchores (in der Johannisstraße 14, Hinterhaus) nutzen. Der damalige Stadtjugendpfarrer von Jena, Hans Gellner, war bei der Suche nach einem geeigneten Raum behilflich. Im April 1970 erhielt die Gruppe der Jungen Gemeinde diesen ersten eigenen Raum im Hinterhaus der Johannisstraße 14 a fest für sich als Treffort. Dort befanden sich weiterhin auch Räume des kirchlichen Stadtchores und der Chorprobenraum, den der damals zuständige Kantor der Stadtkirche, Horst Fröhlich, leitete und der erst nach großem Hickhack einen Teil der leerstehenden Räume für die Jugendlichen freigab."[87] Das war die Geburtsstunde der Jungen Gemeinde Stadtmitte, die bis heute existiert.

Die Junge Gemeinde Stadtmitte im Hinterhaus Johannisstraße 14 konstituierte sich in der Anfangsphase zwischen 1969 bis 1970 unter Begleitung des Stadtkirchenpfarrers Horst Baldeweg. Wichtige Akteure der ersten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte waren die bisherigen Oberschüler Wingolf Häßler, Johannes Amlacher und Wolfram Hädicke aus dem Kreis der Jungen Gemeinde Mitte des Luthersprengels.[88] Zum engeren Kreis gehörten in der Anfangszeit auch Reinhard Amlacher, Ulrich Hanke, Regine Krauße, Ilse Kreji und eine Sybille, deren Nachname nicht mehr bekannt ist.[89] Weitere Akteure waren seit 1969 Doris Liebermann, seit 1970 Maja Petersdorf, ab 1971 Thomas Grund, Peter Rösch und Reinhard Klingenberg und seit 1972 Achim Dömel.[90] Auch Akteure des späteren Arbeitskreises Literatur hatten bereits erste Kontakt zur neuen Jungen Gemeinde, so u. a. seit 1970 Wolfgang Hinkeldey.[91] Der Kreis der Jungen Gemeinde wurde zunächst im ersten Halbjahr 1970 von Uwe Koch und seinem damaligen Kommilitonen Friedrich Schneider geleitet. Auch sein Kommilitone Michael „Konstantin" Stanescu wirkte gelegentlich in diesem Kreis

[87] Zeitzeugengespräch mit Uwe Koch 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

[88] Wingolf Häßler, 1969 Oberschüler (Abiturient), Gründungsmitglied der ersten Jungen Gemeinde Stadtmitte, absolvierte später eine kirchliche Ausbildung im Falkhaus Eisenach zum Jugendwart. Johannes Amlacher, 1969 Oberschüler, gehörte 1969 ebenfalls zum Gründungskreis der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Wolfram Hädicke, Gründungsmitglied der Jungen Gemeinde Stadtmitte, 1969 Oberschüler, 1972 - 1977 Theologiestudium, heute Superintendent.

[89] Information ohne nähere Angaben zu den Personen: Brief Uwe Koch vom 07.12.2000 an den Autor.

[90] Doris Liebermann, 1969 als Schülerin erste Kontakte zur Jungen Gemeinde, 1975 bis zur Ausreise 1977 aktive Akteurin, heute Journalistin. Maja Petersdorf, 1970 Schülerin und Studentin, bis 1975 Akteurin der Jungen Gemeinde Stadtmitte, heute Klinikreferentin. Thomas Grund, 1971 Schüler und Lehrling, bis 1990 aktiver Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte, heute Sozialarbeiter. Peter Rösch, 1971 Schüler und Lehrling, aktiver Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte bis zur Ausreise 1982 nach West-Berlin. Reinhard Klingenberg, 1972 Theologiestudent, Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte bis zur Ausreise 1982 nach West-Berlin. Achim Dömel, 1982 Lehrling als Dekorateur und Plakatmaler, Kontakte zur Jungen Gemeinde Stadtmitte seit 1972 bis zur Ausreise 1980, 1975/76 am Lesekreis der Jungen Gemeinde beteiligt, heute im Marketing-Service tätig. Alle Angaben aus Fragebogen vom 23.11.2000, Archiv Autor.

[91] Wolfgang Hinkeldey, 1970 bis zur Abschiebung in den Westen 1977 von 1973 - 1975 Akteur im Arbeitskreis Literatur, 1974 bis 1975 Mitglied einer unabhängigen Theatergruppe, 1975 - 1976 Akteur im Lesekreis und Kontakte zur Jungen Gemeinde Stadtmitte. Angaben aus Fragebogen vom 23.11.2000, Archiv Autor.

mit.[92] Als IM „Bartholomäus Runge“ gab er bereits 1971 eine erste persönliche Einschätzung über den „Leiter“ der Jungen Gemeinde Uwe Koch an das Ministerium für Staatssicherheit weiter: „Uwe Koch ist Student des II. Studienjahres Theologie. Er stammt aus Jena und wohnt in der Saalbahnhofstraße. [...] Er ist Mitglied der FDJ-Gruppe Theologie. Hier gehört er laut Einschätzung des Studenten der Theologie Gröger zum linksradikalen Flügel. Er vertritt oft APO[93]-Manieren (im Aussehen und in seiner Stellung zu verschiedenen Problemen).“[94] Zwei Monate später berichtete IM „Bartholomäus Runge“ über Koch und seine Stellung in der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Erstmals beobachtete er hier die soziale Breite der Teilnehmer. Die Vermischung der verschiedenen sozialen Schichten war für die damalige kirchliche Jugendarbeit keineswegs typisch und gerade deshalb von Bedeutung für das Ministerium für Staatssicherheit. „Uwe Koch ist der Leiter einer jungen Gemeinde in der Stadtmitte. Er hat einen sehr starken Zuspruch zu verzeichnen. Bei den Teilnehmern sind fast alle Schichten zu verzeichnen, so u. a. Schüler, Lehrlinge, teilweise Studenten, Bauarbeiter und Zeiss-Angehörige.“[95]

Gespräche von Uwe Koch u. a. mit Wingolf Häßler, der damals im Stadtteil Jena-Ost wohnte, und mit Walter Schilling, den Koch im Herbst 1969 in Braunsdorf kennen gelernt hatte, führten Anfang 1970 zu Überlegungen, die Junge Gemeinde als Freiraum für Jugendliche von der Straße zu öffnen. Doch wie weit konnte dieser Freiraum gehen? Die ersten Auseinandersetzungen mit den Jugendlichen und der Kirchengemeinde ließen nicht lange auf sich warten. „An das Rauchen war in den neuen Räumen im Hinterhof Johannisstraße 14 zu dieser Zeit noch gar nicht zu denken, wenn ich mich zurückerinnere. Die Diskussion war ja nicht, ob man in diesem Raum rauchen durfte, die Diskussion war, ob man die Kippe schon auf der Straße ausmachen mußte oder erst im Hof.“[96] Doch unabhängig von diesen anfänglichen „Betriebsstörungen“ erhöhte sich schell der Zulauf. Seit Anfang 1970 kamen innerhalb von drei, vier Monaten bis zu 50 neue Jugendliche in der Jungen Gemeinde zusammen. Von Zuhause brachte Uwe Koch sein Tesla-Tonbandgerät[97] mit, so daß jugendgemäße, zumeist westliche Musik gespielt werden konnte. „Ich erinnere mich, daß stundenlang Iron Butterfly's „In A-Gadda-Da-Vida“ lief. Die anderen Jugendlichen brachten ebenfalls ihre Bänder mit Musik von

[92] IM „Bartholomäus Runge“, MfS Reg.-Nr. X/645/69, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 1.
[93] APO = außerparlamentarische Opposition, nach 1966 in der BRD entstandene politische, locker organisierte Bewegung studentischer, aber auch gewerkschaftlicher Gruppen innerhalb der sich formierenden neuen linken Studentenbewegung (langer Marsch durch die Institutionen).
[94] IM „Bartholomäus Runge“, MfS Reg.-Nr. X/645/69, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[95] IM „Bartholomäus Runge“, MfS Reg.-Nr. X/645/69, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft. Dokumentenanhang Dok. 2.
[96] Zeitzeugengespräch mit Uwe Koch 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[97] Spulentonbandgerät aus CSSR-Produktion, das damals nur ganz wenige Jugendliche besaßen und deshalb eine Besonderheit für die Jugendlichen war.

Deep Purple, John Mayall, Jimi Hendrix und Eric Clapton mit. Irgendein anderer brachte Brot mit, wieder andere brachten Schmalz mit, und auf einmal gab es ein buntes Gewimmel von unterschiedlichen Leuten bei jugendgemäßer Musik mit Schmalzstullen und Bier."[98] Hier hörten sie nun unzensiert ihre Musik und hörten vom revolutionären Aufbegehren in Prag 1968. Vietnam lag als offene Wunde im Kampf der Systeme vor ihren Fernsehaugen, und sie erfuhren vom Kampf ihrer Altersgenossen während der Studentenunruhen in West-Berlin. Sie erfuhren vom „aufrechten Gang" und später vom Tod Rudi Dutschkes, dessen revolutionäre Visionen von der Entlarvung des Machtmißbrauchs der Herrschenden „ein barbarisches, aber schönes Leben versprach."[99] Sie erahnten in ihren Utopien die Möglichkeiten von einem aufrechten und nicht gekrümmten Gang im Sozialismus. Und weil sie instinktiv die bestehende Diktatur mit ihrem offensichtlichen Machtmißbrauch ablehnten, hörten sie neben „Ton-Steine-Scherben" (T.S.S.)[100] schrillen Hardrock, versoffen gemeinsam ihren Lohn und pöbelten gegen die Welt, ihre Welt, eine für sie nicht nachvollziehbare sozialistische Welt. Die plakativen Songs von T.S.S., die ihrer Ablehnung gegen die bestehende Trostlosigkeit Ausdruck zu geben vermochten, zentrierten sich für sie u. a. in dem wohl bekanntesten Liedtitel: „Keine Macht für Niemand". Und auf einmal trafen sich die Jugendlichen nicht mehr nur an einem Tag in der Woche in den Räumen der Jungen Gemeinde. „Wir wollten diesen Raum ganz und gar für uns haben, wollten diesen Laden jeden Tag aufmachen dürfen. [...] Und dann passierte noch was ganz Entscheidendes. Ich bin dann im Herbst 1970 ca. 6 Wochen im Krankenhaus gewesen, und da sagte der Gemeindekirchenrat, also wenn der Uwe Koch nicht mehr da ist, da muß ein anderer Ansprechpartner her, sonst machen wir den Laden hier dicht, wenn nicht irgendeiner da ist, der seinen Namen hingibt. Und da kam die Idee zu sagen, das kann nicht mehr nur einer machen, wir brauchen einen Vorbereitungskreis, es muß eigentlich eine Teamleitung für so einen Verein geben, denn es mußte ja jemand die „Schlüsselgewalt" und Verantwortung gegenüber der Kirchengemeinde haben. Da entstand die Idee, einen Vorbereitungskreis[101] zu gründen, der gemeinsam die Abende inhaltlich und organisatorisch verantwortete. Die beiden Amlachers und Ulli Hanke waren die ersten Akteure im Stamm dieses VK. Im Juli 1971 kam ich noch einmal in das Krankenhaus. Das war der eigentliche Anfang für den Vorbereitungskreis, diese Zeit ohne mich zu gestalten. Durch mich kam eine stärkere kulturelle Prägung der Jungen Gemeinde dazu, aber auch eine politische. Ich habe, wie schon gesagt, 1968 die Armee total verweigert. Diesen Inhalt brachte ich natürlich in die Gruppe ein. Nach der

[98] Zeitzeugengespräch mit Uwe Koch 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[99] Vgl. Dutschke, Gretchen: Rudi Dutschke. Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Eine Biographie, München 1988. Dutschke starb am 24. Dezember 1979 an den Spätfolgen des Attentates von 1968.
[100] Ton-Steine-Scherben (T.S.S.) war die bekannteste deutsche Band, die aus der 68er Studentenrevolte in West-Berlin hervorging. Ihre Liedtexte prägten die Jugendlichen der Offenen Arbeit.
[101] VK oder VT = Vorbereitungskreis bzw. Vorbereitungsteam der Jungen Gemeinde.

Jungen Gemeinde gingen wir immer in Kneipen und sprachen Lehrlinge an. Ich wollte Kirche (Junge Gemeinde, d. A.) nach außen öffnen. Das hatte etwas mit den Erfahrungen zu tun, die ich im Rüstzeitheim in Braunsdorf unter Leitung von Walter Schilling gemacht hatte.“[102] Vom Krankenbett aus schrieb Koch einen Brief an den Akteur Wolfram Hädicke und „seine Leute“, in dem er Hinweise, Anregungen und Vorstellungen zur thematischen Arbeit der Jungen Gemeinde übermittelte und Vorschläge machte, wie es in der Jungen Gemeinde ohne ihn als Leiter in der Zeit seines Krankenhausaufenthaltes weiter gehen könne. Der Brief zeigt neben der allgemeinen Sorge um die Arbeit der Jungen Gemeinde auch das enge persönliche Verhältnis zwischen Koch und „seinen Leuten, der Meute“. „Lieber Wolfram! Heute sollst auch Du Post von mir bekommen, es soll ja keiner vernachlässigt werden, aber zuerst sind es wohl doch die Omas und die Tanten, denen man schreiben muß. Gestern Abend habe ich zur JG-Zeit sehr an Euch gedacht; man hängt doch mehr an der Meute, als man meistens zugibt. Seid bitte mit der Themenwahl in den kommenden Wochen vorsichtig, laßt Euch nicht durch radikale Vorschläge (besonders Johannes) zu Unvorsichtigkeiten verleiten. Wenn Ihr Euch über etwas unklar oder uneinig seid, dann fragt (Pfarrer, d. A.) Gellner oder Kosmalla. Ich würde es für wichtig halten, auch jetzt während der Ferien immer wieder Meinungsforschung zu betreiben. Es bieten sich ja verschiedene Möglichkeiten an, z. B. Meinungskasten. Hier wäre gute Vorarbeit für September zu leisten: an einem der Abende eine Liste herumgeben, auf der Themen stehen. Jeder sollte drei Themen, die ihn interessieren, ankreuzen. Vorschläge wären zum Beispiel: Freiheit; Che Guevara; Glaubensbekenntnis heute; Das andere Afrika im zehnten Jahre nach der Ermordung Patrice Lumumbas (17.01.1961), Ngyen Giap, General, Dichter + Philosoph im Dschungel Vietnams; Geburtenkontrolle; Wer war Jesus aus Nazareth; Kindertaufe - ein religiöser Gewaltakt, pro + kontra, Armut und soziale Lehre im NT u. a .m. Ihr werdet sicher einiges streichen und andere Vorschläge haben, aber bedenkt einmal gemeinsam die Möglichkeiten einer solchen Umfrage. Übrigens, das fällt mir jetzt gerade ein, falls Ihr an einem der Abende kein Programm auf die Beine bekommt, geht mit den Leuten ungeniert ins Kino, wenn ein halbwegs vernünftiger Film läuft. Nutzt die Zeit, versucht in Gesprächen in kleinen Gruppen
(3 - 4 Leute) bei „Stammpublikum“ Interesse für Gesprächsarbeit zu wecken; denkt immer daran, daß wir im Herbst über Jesus reden müssen, müssen deshalb, weil die Leute es erwarten, weil sie es von uns hören wollen. Wenn dann das “Stammpublikum” - blödes Wort - aber uns allen ist noch nichts Besseres eingefallen - noch enger zusammenrückt, wird das die Gruppenarbeit erleichtern, denn dann können wir kleine Stammarbeitsgruppen bilden und “Laufkundschaft” darauf aufteilen. Ihr seht, obwohl mir die Ärzte jedes Nachdenken verboten haben, mache ich mir doch Gedanken.

[102] Zeitzeugengespräch mit Uwe Koch 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

Abends lese ich unter der Bettdecke „Homiletik[103] d. Gesprächs“ und „Protestantismus u. Revolution“; ganz ohne Arbeit geht´s halt wirklich nicht. Noch eines: Nicht vergessen, jetzt schon intensive Kollekte zu sammeln für Jahresfest, es ist wichtig, immer wieder ansagen. So, das war es für´s erste. Ich habe Dir, lieber Wolfram, den Brief geschrieben, weil du am ruhigsten nachdenkst und am klarsten entscheidest, besprich bitte die wichtigen Dinge mit Ulli und Johannes, für heute sei recht herzlich gegrüßt, Dein Uwe“[104]

Im Spätherbst 1970 tauchten nach der Erinnerung von Uwe die ersten jungen Arbeiter und Lehrlinge aus den Jenaer Kombinaten auf, die mit Kirche überhaupt nichts zu tun hatten, unter ihnen auch Thomas Grund mit Spitznamen „Schlampe“. Später wurde er umbenannt in „Kaktus“, weil er sich nicht rasierte und sich stattdessen einen langen Bart wachsen ließ.[105] „Wir hatten zu diesem Zeitpunkt (Spätherbst 1970, d. A.) mittlerweile einen Doppelraum mit einer großen Zwischentür in der 1. Etage des Hinterhauses Johannisstraße 14. Darin waren zwei Öfen, die beheizt werden mußten, ein Klavier und zwei Dutzend Stühle.“[106] Der Raum füllte sich in diesem Herbst sehr schnell, so daß Uwe Kochs Stammplatz als Gesprächsleiter das Fensterbrett war. Der Vorbereitungskreis kümmerte sich darum, daß der Nachschub für Brot und Schmalz klappte und stets ein Kasten Bier da war. Thematisches wurde zumeist noch von Uwe Koch angeboten. „Bereits in dieser ersten Phase, als wir nur einen Frei-Raum und Gesprächsmöglichkeit an zwei Abenden anboten, hatten wir Walter Schilling eingeladen. Walter kam dann im Winter 1970/71 mehrmals nach Jena, obwohl er zu dieser Zeit auch mit der entstehenden offenen Jungen Gemeinde in Saalfeld jede Menge zu tun hatte. Mit ihm zusammen wurde im Sommer 1971 der Gedanke geboren, eine größere Veranstaltung zu organisieren, in der Bands, Autoren und Künstler ihre Werke vorstellen könnten.“[107] „Wir haben dann auch mit Thomas Auerbach gemeinsame Veranstaltungen versucht, es war aber dann schon die Zeit, wo die “Gottesdienste - mal anders” bereits liefen. Diese „Gottesdienste - mal anders” kamen aus Sachsen. Dietrich Mendt und die Leute probierten das aus. Dorthin fuhren dann Leute aus anderen Städten

[103] Homiletik: Lehre von der Predigt und ihrer Geschichte.
[104] Koch, Uwe: Brief vom 9. Juli 1971, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[105] Thomas Grund ist der einzige Akteur, der von 1971 bis 1990 in der Offenen Arbeit Jena aktiv war. Nachdem bereits seit 1977 ständige Vorladungen zum Volkspolizei-Kreisamt erfolgten, wurde er zwischen 1979 und 1981 als IM „Matthias“ vom Ministerium für Staatssicherheit geführt. Seine Bereitschaft zu Gesprächen mit dem Ministerium für Staatssicherheit bezog sich auf eine konspirative Absprache zwischen ihm und Pfarrer Walter Schilling. Ausgangspunkt war dabei die Überlegung, Informationen vom Ministerium für Staatssicherheit abzuschöpfen. Mit den Ereignissen um den Tod von Matthias Domaschk im April 1981 wurde die Sinnlosigkeit erkennbar und die „Zusammenarbeit“ mit dem Ministerium für Staatssicherheit beendet. Danach wurde Thomas Grund erst im OV „Kreuz“, Reg.-Nr. X/206/85, und danach im OV „Dach“, Reg.-Nr. X/1486/88, weiter „bearbeitet“. Vgl. Punkt 2.3. Offene Arbeit und Friedensgemeinschaft.
[106] Zeitzeugengespräch mit Uwe Koch 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[107] Ebenda.

und haben dann natürlich dort abgeguckt. Die Saalfelder haben kopiert, in Jena ging es 71 los. Dietrich Mendt war in Karl-Marx-Stadt Pfarrer, in der Kreuzkirche, und dort waren auch die ersten „Gottesdienste - mal anders". Pfarrer Hauskeller machte es in Zella-Mehlis und in Sondershausen."[108] Ein typisches Beispiel für einen solchen Vorläufer der späteren Werkstätten und die Umschreibung eines religiösen Inhaltes zugeschnitten auf die Sprache der Jugendlichen in einer kirchlichen Veranstaltung ist ein Programmdokument aus Rudolstadt von 1969. Hier werden formale kirchliche Handlungen, wie die Einführung eines neuen Jugendwartes in die Gemeindearbeit, mit jugendgemäßen Interessen auf eine für diese Zeit typischen Art und Weise verknüpft, was eine Annäherung der kirchlichen Mitarbeiter an die Bedürfnisse der Jugendlichen deutlich werden lässt.

Gottesdienst - mal anders! am Sonnabend, dem 27. September 1969, 17.30 Uhr
in der Stadtkirche zu Rudolstadt.[109]

Glockengeläut

1. I see a red door
   Begrüßung (Schilling)
2. I am free (Spiritual)
   Diese Kirche (Schneider)
3. I run for your life
   Generationen in der Kirche (Schilling)
4. Hey, Joe (Traditional)
   (Köhler)
5. Back door Eigenkomposition)
   Lesung: Psalm 147
6. Roll over
   Einführung des Jugendwarts
7. He´s a really nowhere man
   Matth. 15, 1-2
   Gemeinsame Erarbeitung der Fragestellung
8. evtl.: Baby is black (Traditional)
   Matth. 15, 3-6, 16-20
   Predigt (Schilling)
9. Deep water (Spiritual) (Eigenkomposition)
   Gebetsaufforderung
10. Vaterunser

Verabschiedung und Einladung in den Jugendraum

An diesem Programm für einen „Gottesdienst - mal anders" wird deutlich, wie die benutzte, vom DDR-Staat verpönte „West-Musik" bei öffentlichen Aushängen kaschiert

[108] Pfarrer Hans Gellner: Zu dieser Zeit in Jena Jugendpfarrer. Jugendpfarrer bedeutete, zusätzlich zur Arbeit des Pfarramtes Jugendarbeit in der Gemeinde zu machen, ohne zusätzliche Vergütung, versteht sich, zitiert nach Grund Thomas: JG-Heft.

[109] Programmflyer. Original stammt aus den privaten Unterlagen von Walter Schilling. In: Grund, Thomas: JG-Heft.

werden mußte. „Musik von Eric Burdon und Jimi Hendrix wurde zum „Traditional“ und „I`m free“ von den „Who“ zum „Spiritual“. Aus diesem Grunde durften auch die Namen der Bands (damals Beatgruppen genannt) nicht auf dem Programmflyer genannt werden, nicht einmal der Name „Beatles“.“[110] Die Anlehnung an westliche Vorbilder, vor allem in der Musik, hatte für die Attraktivität der neuen Form der kirchlichen Jugendarbeit außerordentliche Bedeutung.

Gleichzeitig bekam Uwe Koch ein „West-Buch“ in die Hände über den im Ruhrpott angesiedelten „Werkkreis Literatur der Arbeitswelt“. Dieser Kreis nannte seine Veranstaltungen, bei denen man sich gegenseitig vorlas, „Werkstatt-Tage“. **„**Diesen Begriff habe ich dort geklaut und eingeführt für die 1. Werkstatt der JG Stadtmitte. In der Literatur wird zwar immer wieder behauptet, Thomas Auerbach habe den Begriff erfunden, aber Walter Schilling hat mir noch einmal bestätigt, daß meine Erinnerung richtig ist.“[111]

Bei dieser ersten Werkstatt der Jungen Gemeinde Stadtmitte trat auch die erste Band der Jungen Gemeinde „Peaceful Dead“[112] auf, die sich im Herbst 1971 gründete. Ihre wichtigsten Bandmitglieder waren Reiner Mohn und Michael Steinhorst, Spitzname „Pastor“. Die Band der Jungen Gemeinde probte anfangs in einem Pfarrhaus im Stadtteil Winzerla, in dem damals auch Jugendwart Thomas Auerbach wohnte. Wingolf Häßler machte kurze Zeit als Gitarrist in der Band mit, stieg dann aber wieder aus. Weitere engagierte junge Leute in der Band waren Manfred Bein, „Beini“, und einer mit dem Spitznamen „Postler“. In einem ihrer ersten Songs geht es um ihre Sicht des Alltages, ihr Selbstverständnis, ihre Beziehung zu Gott und um die Bedeutung der Jungen Gemeinde für ihr Leben.

Kleine Selbstkritik[113]
Meine Seele hat ´nen Ausweis, doch da steht nicht viel drin
Nur daß ich ein armer Spinner vor Gott dem Herren bin
Jeden Tag da bau ich Scheiße und ich fühl´ mich dabei in
und da sag ich mir ganz leise, das hat alles seinen Sinn.
Junger Mensch mach was aus deiner Jugendzeit,
lerne strebsam, lerne Mensch zu sein
Üb´ den Willen, nimm dir für die Tugend Zeit,
reihe dich in unsre Reihen ein.
Ja mein Leben ist im Ganzen eine Kosinusfunktion

[110] Zitat Grund, Thomas. In Grund Thomas: JG-Heft.
[111] Brief Uwe Koch vom 07. Dezember 2000 an den Autor. Thomas Auerbach stellte diese Sicht erneut in Frage. Telefongespräch mit Auerbach vom 8. Januar 2003.
[112] Zur Band gehörten: Bein, Manfred „Beini“ (Flöte), Napiontek, Gehrhart „Nabi“ (Baß), Schaaf, Karl-Heinz „Schäfchen“, Suizid 1975 (Schlagzeug), Schau, Hans-Joachim „Geige“, Suizid 1974 (Geige), Steinhorst, Michael verh. Brose „Pastor“ (Texte und Gesang), Thalmann, Wolfgang „Lumpi“ (Gitarre 1971). Zeitweise gehörten zur Band: Wingolf Häßler und Reiner Mohn.
[113] „Kleine Selbstkritik“ war 1971 eines der ersten Lieder der Band der Jungen Gemeinde „Peaceful Dead“. Text: Michael Brose geb. Steinhorst, genannt „Pastor“, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

Erst bin ich von mir begeistert und dann spiel ich Telefon
Rechter Hand halt ich den Hörer und ich ruf mich selber an
Und dann sag ich mir ganz leise, daß ich mich nicht leiden kann.
Meine Fehler sind sehr zahlreich und ich kenn sie alle gut
Doch in ganz bestimmten Stunden packt mich immer eine Wut
Ich bin doof, ich hab ´ne Meise, Rindvieh und Rhinozeros
Und dann bau ich wieder Scheiße und es geht von vorne los.
Junger Mensch...
In der Woche mal ´nen Lichtblick, Donnerstags da ist JG
Und ich spreche über Keuschheit, schau Susann ins Dekolleté
Und wir wärmen unsre Seelen an verträumtem Karorauch
Und es wallt aus Bibelstellen uns die Wahrheit über´n Bauch
Und der Che kommt an die Reihe, Mao, Torres, Castro dann
Zölibat und Bischofsweihe und die Diskussion fängt an
Ganz zum Schluß folgt dann mit Inbrunst ein Gebetsstrom Mann für Mann
Und dann geh´n wir in die Kneipe, denn die ist gleich nebenan.
Junger Mensch...
In der Kneipe hockt die Bande und es ist schon ziemlich spät
Hinter Brillen blickt es einsam, aus den Bärten tropft der Met
Lauter Hippies, lauter Kunden, asozial, abnorm verdreckt
Und sie haben ihre Seele in der Pubertät versteckt.
In der Ecke sitzt ein Schwarzer, zugewachsen das Gesicht
Und der denkt und denkt und denkt sich, Scheiße denken soll man nicht
Doch jetzt quillt die Seele über, siehe da, jetzt kotzt er schon
Und sein stumpfer Gegenüber hört nicht zu, er kennt den Ton.
Und wir werden voll und voller, bis der Saft die Stimmung schenkt
Und so wird dann unsre Feigheit in Courage umgelenkt.
Und wir schlagen uns ganz freundlich auf die Schädel mit Krawall
Aus der Ecke plätschert friedlich Flötensolo Jethro Tull.
Meine Seele hat ´nen Ausweis und da steht nicht viel drin
Nur daß ich ein armer Spinner vor Gott dem Herren bin.
Jeden Tag da bau ich Scheiße und ich fühl mich dabei in
Und dann freu ich mich ganz leise
Daß ich´s nicht alleine bin.

„Und nun müßte man eigentlich einmal erzählen, wie das alles angefangen hat, damals, als sich „Peaceful Dead“ hier in Jena in der JG gründete. Ich raste noch mit sehr kurzen Haaren rum, war kurz vor dem Rausschmiß bei Zeiss Jena, man wollte mich hinweg komplimentieren, da saß ich in der Friedenskirche[114] und drosch auf der Gitarre rum, und plötzlich trat zur Tür herein unser lieber Jugendwart Thomas Auerbach. Er war damals auch ein wenig Extremist und trug eine Armbanduhr am kleinen Finger, ansonsten war er ganz o. k., und er forderte uns auf, doch eine Jugendband zu

[114] Friedenskirche: Kirche außerhalb der mittelalterlichen Stadtmauer im jetzigen Zentrum Jenas mit historischem Friedhof und einer großen Rasenfläche davor. Diese wurde von der Jungen Gemeinde Stadtmitte, aber auch von anderen Gemeindegruppen regelmäßig für Veranstaltungen genutzt.

gründen."[115] „Sie schleppten irgendwelches Gerümpel in die Kirche. Und erst beim zweiten Hinsehen merkte ich, daß es sich wohl um Musikinstrumente handeln müsse. „Pastor" fragte, können wir hier üben? Die Bude steht doch sowieso die ganze Woche leer. Wir haben auch schon den Popen gefragt, der hat nichts dagegen. Und du, bist du hier Kirchendiener. Nein, sagte ich betreten, oder so was ähnliches. Ich bin der Jugendleiter. „Pastor" erwiderte: Stör uns nicht mit deinem Gequatsche. Kannst ja mal zuhören. Einstweilen hörte ich aber außer dem Lärm, den sie beim Aufbauen ihrer undefinierbaren Anlage machten, gar nichts. Diese Anlage war sehenswert. Irgendwelche selbst zusammengebauten Lautsprecher und Verstärker, unheimlich viele Drähte, ein unvollständiges, zerschrammtes Schlagzeug und zusammengeflickte Gitarren. [...] Im Handumdrehen hatten sie die Orgelempore in ein Chaos verwandelt. Ihre Musik kriegte ich damals bei jener ersten Probe ebenso wenig wie auf der zweiten und dritten zu hören. Da hatten sie mit ihrer Anlage zu tun. Und auch später, als sie dann spielten, führten sie nebenbei einen ständigen Kampf gegen die Tücken der Technik. Aber sie ließen sich nicht beirren und machten Musik, und wo sie auftraten, war die Kirche voll. Im staatlichen Bereich hätten sie damals wegen der ideologischen Schräglage ihrer Texte und der Unvereinbarkeit ihrer Musik mit dem „nationalen Kulturerbe" und dem realsozialistischen Gegenwartsschaffen nicht auftreten können. Natürlich paßte es auch einigen Gralshütern kirchlicher Traditionen nicht, daß ein paar Jugendliche, die Jesus zwar für einen guten Mann, ansonsten aber wenig von seinen beamteten Nachfolgern hielten, ausgerechnet in der Kirche Lärm für andere Jugendliche machten. Von Musik sprachen jene alten Herren in dem Zusammenhang gar nicht erst. Wir haben damals viel miteinander erlebt. Wir erarbeiteten in monatelangen Proben Programme zu bestimmten Themen wie Generationskonflikt oder Lehrlingsproblemen. Damit traten wir dann in verschiedenen Kirchen auf. Jedes mal ging irgend etwas schief. Einmal fehlte der Schlagzeuger. Ein anderes Mal fiel die Anlage aus. Ein drittes Mal konnten wir kein Auto zum Transport der Instrumente, Boxen und Verstärker auftreiben. Da trommelten wir einfach zwanzig Fans zusammen, die das ganze Zeug auf dem Buckel zur Bahn schleppten. Irgendwie hat es also immer geklappt."[116]

Wie chaotisch der Spaß zum Teil auch außerhalb Jenas lief, beschreibt Walter Schilling: „Wann Peaceful Dead ihren Auftritt in Braunsdorf gemacht haben - wo der Strom ausfiel wegen Gewitter und mit ihren bunten Lämpchen, über die wir uns so köstlich amüsiert haben und wo dann ziemlich haarig diskutiert wurde anschließend, was „Pastor" ganz schwer getroffen hat - das muß eigentlich 1971[117] gewesen sein. Die

[115] Zeitzeugengespräch mit Michael Steinhorst 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

[116] Auerbach, Thomas: Geige. In: Auerbach/Hinkeldey/Kirstein u.a.: ddr konkret. Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land, Berlin 1978.

[117] Diese Zeitangabe kann nach bisherigen Angaben anderer Akteure nicht zutreffen, da sich die Gruppe erst im Herbst 1971 gründete. Der Autor geht deshalb von 1972 aus, auch wenn die Akteure nachstehend laut Braunsdorfer Gästebuch bereits im Sommer 1971 in Braunsdorf waren. Rüsten der Jungen Gemeinde

bunten Lampen von „Pastor“ haben einen so negativen Eindruck gemacht, da ist die Stimmung umgeschlagen. Nach dem Gästebuch von Braunsdorf sind die im Juni 71 bereits in Braunsdorf gewesen. Ja, hier haben wir es, Thalmann, Auerbach, Schau, Grund, Fritze, Steinhorst, im August 1971. Hier steht auch noch Napi und Beini, 13. bis 16.8.71.“[118]

Welche Bedeutung Pfarrer Schilling und das Rüstzeitheim Braunsdorf bereits in der Frühzeit der Jungen Gemeinde und darüber hinaus für ganz Thüringen hatten, ist aus einem IM-Bericht von 1972 zu erfahren. Die persönliche und politische Bedeutung von Schilling änderte sich zu keiner Zeit und steht als einzigartiges Kontinuum für die gesamte kirchliche Jugendarbeit der Offenen Arbeit in der DDR: „Schilling leitet in Rudolstadt und Umgebung die Jugendarbeit. Zentrum seines Tätigkeitsfeldes ist neben den JG in Rudolstadt die Kirche (mit Kirchenheim) in Braunsdorf (besonders am Wochenende). Schilling verfügt über umfangreiche Beziehungen zu höheren Kirchenstellen (Bischof in Eisenach) und über einen sehr großen Einflußbereich. Er selbst besitzt ein umfangreiches Allgemeinwissen und besonders auf philosophischem und politischem Gebiet sehr umfangreiche Kenntnisse. Durch sein Kirchenheim gelang es ihm, Verbindungen zu vielen Jungen Gemeinden des Bezirkes, im Raum Thüringen und darüber hinaus (Naumburg z. B.) zu knüpfen. Diese werden durch häufige Besuche der Jungen Gemeinde in Rudolstadt sowie der Rudolstädter in den anderen Jungen Gemeinden gefestigt. Dabei leistet Schilling eine umfangreiche Kleinarbeit. So gibt er jedem Mitglied der Rudolstädter Jungen Gemeinde allgemeine Informationen oder auch teilweise nur Grüße mit. Besonderen Mitgliedern anderer Jungen Gemeinden (Rudolstadt oder Braunsdorf) gibt er konkrete Aufträge, wenn es sich um bekannte VT-Mitglieder handelt oder gibt ihm unbekannten Mitgliedern im Verlaufe des Gespräches Hinweise. Meistens schlägt er dann Themen für die Gestaltung der folgenden Abende vor. So wurde nach „Schlampes“ Besuch in Rudolstadt das Programm abgeändert und das Thema „Warum beten wir?“ behandelt. [...] Er entwickelt sich immer mehr zum Informations- und Organisationszentrum der Jugendarbeit im Raum Thüringen. Besonderes Hauptaugenmerk legt er neben Rudolstadt auf Jena. Hier sind besonders die regelmäßigen Beziehungen zu Koch und Amlacher zu nennen. Er gilt für alle, die ihn kennen, als das Ideal.“[119]

Seit Ende 1971 gab es bereits erste Querverbindungen zwischen der Jungen Gemeinde Stadtmitte zu Akteuren aus der sogenannten Kulturszene in Jena. Dazu

---

Stadtmitte wurden zunächst seit Mitte 1970 in kleineren Gruppen und ab 1972 fast regelmäßig mit größeren Gruppen durchgeführt. Es liegt hier die Vermutung nahe, daß Walter Schilling die Eintragung im Gästebuch zeitlich mit dem Auftritt der Band in Braunsdorf aus eigener Erinnerung falsch zuordnet.

[118] Zeitzeugengespräch mit Walter Schilling, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

[119] IM „Reiner Barth“, Frank Günther. OV „Pegasus“, MfS Reg.-Nr. X/66/75. Bericht vom 06.03.1972. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 3.

gehörten vor allem Gerd Sonntag und Lutz Rathenow.[120] Beide wohnten damals in der Käthe-Kollwitz-Straße in der Nähe des Planetariums. Aus der wohnlichen Nähe und den Querverbindungen einzelner Akteure von beiden Gruppen entwickelten sich später feste Kontakte, vor allem zu dem von Lutz Rathenow 1973 initiierten und bis 1975 existierenden Zirkel „Schreibender Junger Arbeiter" in Jena-Neulobeda. Die Mitglieder des „Zirkels" lasen gelegentlich im Studentenclub „Rose"[121] und kamen anschließend auf Grund der räumlichen Nähe auf ein Bier in die Junge Gemeinde**.** „Auf diese Weise tauchte auch Jürgen Fuchs bereits Ende 1971 das erste Mal in der JG auf."[122] Jürgen Fuchs studierte zu dieser Zeit in Jena Arbeitspsychologie. Die Junge Gemeinde wurde schon ab 1971 zum städtischen Schmelztiegel von verschiedenen Jugendkreisen der Stadt. Es kamen Leute aus einer ganz jungen Szene von Malern und Autoren, also Leute wie Gerd Sonntag und Lutz Rathenow, aber auch andere heute nicht mehr so bekannte Akteure, die hier auf einmal eine Melange bildeten. Auch der Theologiestudent und später politisch sehr aktive Reinhard Klingenberg gehörte schon in dieser Zeit nach Uwe Kochs Erinnerung zu der Truppe um Gerd Sonntag und Lutz Rathenow. Dann waren da noch die ehemaligen Oberschüler aus der Anfangszeit der Jungen Gemeinde Mitte im Luthersprengel und sehr zahlreich die neuen „Kunden"[123] aus der Szene, die meisten von ihnen noch Lehrlinge. 1972 entstand aus diesem Gemisch an Jugendlichen die erste Lesebühne der Jungen Gemeinde Stadtmitte, in der offiziell verbotene Texte oder schwer zugängliche Literatur vorgestellt und verbreitet wurden.[124] Auch Autoren des 1975 aufgelösten Literaturzirkels um Lutz Rathenow und Jürgen Fuchs lasen gelegentlich hier, und heranwachsende nonkonforme Künstler wie Frank Rub und Lutz Leibner stellten später in der Jungen Gemeinde Stadtmitte sowie in anderen Räumen der Kirche ihre Werke aus. Ohne kollektiven Leistungsdruck und ideologischen Bekenntniszwang konnten sich in diesem Rahmen die Kreativitätspotentiale der Jugendlichen entfalten, was die Herausbildung einer sich politisierenden Gemeinschaft förderte. Das Hinterhaus in der Johannisstraße 14 war damit von Anfang an ein Zentrum verschiedenster Jugendgruppen mit zum Teil unangepaßten Lebens- und Ausdrucksformen geworden. Schon nach kurzer Zeit strahlte dieses Zentrum überregional aus und besaß eine hohe Anziehungskraft.

Ab Sommer 1972 fuhren die Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte regelmäßig mehrmals im Jahr als größere Gruppe zur Rüste ins Rüstzeitheim Braunsdorf, um dort

---

[120] Gerd Sonntag, Maler, Lutz Rathenow, Schriftsteller und 1973 Initiator des Arbeitskreises Literatur (AKL).

[121] „Rose": FDJ-Studentenklub in der Johannisstraße 16, zwei Häuser neben der Jungen Gemeinde Stadtmitte, Johannisstraße 14.

[122] Brief Uwe Koch vom 07.12.2000 an den Autor.

[123] Der Begriff „Kunden" war ein Nachfolgebegriff für Gammler seit Anfang der siebziger Jahre und bis zum Ende der DDR gebräuchlich zur Bezeichnung von Jugendlichen, die sich vor allem durch ihre äußere Erscheinung gegen die DDR-Gesellschaft abgrenzen wollten.

[124] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989. S. 293.

Pfarrer Walter Schilling zu besuchen. Zugleich kamen auch viele andere Jugendliche aus anderen Jungen Gemeinden, so aus Saalfeld, Rudolstadt, Gera und Plauen. Das führte schnell zu persönlichen überregionalen Kontakten und Freundschaften. Es vermittelte den Jugendlichen aber auch das Gefühl, nicht allein zu sein. Sie stellten fest, daß ihre zunächst individuell erscheinenden Konflikte und Probleme mit der staatlichen Ideologie keine Einzelphänomene waren. Sie waren durch die übergreifenden Kontakte und Freundschaften nicht mehr die isolierten Außenseiter, sondern begriffen sich jetzt über die jeweiligen Gruppen hinaus als eine soziale Gemeinschaft mit gemeinsamen jugendkulturellen Interessen im Rahmen der Institution Kirche.

Im Herbst 1972 gab es den ersten massiven Krach mit der Kirchengemeinde in Jena, der, wie Uwe Koch ihn heute einschätzt, auf die erste massive Druckwelle des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber der Kirche zurückzuführen wäre. Der ausgeübte Druck seitens der Kirchgemeinde zielte besonders auf die bereits ausgemachte „Skandalfigur“ Thomas Auerbach, die das Ministerium für Staatssicherheit von Anbeginn weghaben wollte aus Jena. In seiner Rolle als neuen „Leiter der Jungen Gemeinde“ sah das Ministerium für Staatssicherheit schon 1972 die heraufziehende Gefahr für eine Politisierung der Jugendlichen, was auch aus Sicht der Kirche weit über die eigentlichen Aufgaben der Kirche als Ort der religiösen Sozialisation hinausging. Ein erster Fall der offenen Auseinandersetzung zwischen der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Kirchenleitung auf Grund von staatlichen Repressionsmaßnahmen ergab sich 1973. Einer der Akteure der Musikband der Jungen Gemeinde Stadtmitte „Peaceful Dead“, Michael Steinhorst („Pastor“), wurde Anfang 1973 mit dem Vorwurf eines asozialen Lebenswandels verhaftet und kam für 16 Monate in ein Arbeitserziehungslager.[125] Nach seiner Entlassung gab „Pastor“ Anfang 1975, bevor er durch staatliche Auflage von Jena wegziehen mußte, in der Wohnung von Uwe Koch in der Saalbahnhofstraße 6 ein letztes Konzert mit der Band „Peaceful Dead“.[126] Trotz Unterstützung durch andere Akteure und insbesondere Thomas Auerbach brach der Kontakt zu ihm danach weitgehend ab, weil sich „Pastor“ ins Private zurückzog. Die kriminalisierende Zersetzungsarbeit des Ministeriums für Staatssicherheit hatte dadurch einen ersten großen Erfolg im repressiven Kampf gegen die Junge Gemeinde in Jena. Im weiteren Ergebnis dieser Auseinandersetzung zerfiel auch die JG-Band. Das Verhältnis zur Kirchenleitung war von da an gestört und von gegenseitigem Mißtrauen geprägt.

---

[125] Staatliche „Arbeitserziehungslager“ waren geschlossene Anstalten. Hier sollten die zumeist „asozialen“ Jugendlichen durch Erziehung zur Arbeit dazu gezwungen werden, sich den gesellschaftlichen Normen zu unterwerfen. Die Bedingungen waren wie im Gefängnis. Bis Mitte der achtziger Jahre existierte für diese Zwangsmaßnahme ein sogenannter „Asozialenparagraph“.

[126] „Mein Pastormitschnitt aus der JG nach seinem Knastaufenthalt stammt von 1975.“ Brief Thomas Grund vom 18.06.2002 an den Autor.

1974 hatte die Junge Gemeinde Stadtmitte einen weiteren Rückschlag hinnehmen müssen. Karl Heinz Schau, genannt „Geige“ und ebenfalls Mitglied der ersten Band der Jungen Gemeinde „Peacful Death“, beging im Februar 1974 Selbstmord. „Noch Silvester 1973 haben wir zusammen in Jena in meiner Wohnung gefeiert. Ich habe „Geiges“ Grab auf dem Nordfriedhof noch bis Anfang der 90er Jahre besucht, da in der unmittelbaren Nähe auch meine Mutter beigesetzt war.“[127] In einem Treffbericht des IM „Helmut Falke“ alias Dietrich Große vom 9. März 1974 informierte dieser seinen Führungsoffizier Leutnant Schmidt über die Auseinandersetzung mit dem Selbstmord und die Auswirkung auf die Junge Gemeinde Stadtmitte.[128] Danach erfuhren die meisten jugendlichen Besucher der Veranstaltung am 28. Februar 1974 vom Selbstmord des Hans-Joachim Schau am 25. Februar. Auerbach und andere erarbeiteten daraufhin einen Nachruf. In ihm fragte Auerbach die Jugendlichen nach den Schlußfolgerungen für sich und die Junge Gemeinde und kam zu der Ansicht: „Wir haben sicherlich manche Worte von Schau zu leicht genommen, ihnen keine Beachtung geschenkt.“[129] Renate Groß, spätere Freundin von Matthias Domaschk, meinte dazu: „Wir sind noch zu schwach. Wir haben noch zu wenig inneren Zusammenhalt.“[130] Die Jugendlichen schlossen sich laut o. g. IM-Bericht den Schlußfolgerungen von Auerbach und Groß an. Pfarrer Gellner erzählte einige Tage später auf der Monats-Jugendrüste der Jenaer Gemeinde: „Das Geschehene darf uns nicht zurückwerfen. Es soll unseren Zusammenhalt festigen. Wir müssen vorwärts schauen.“[131] Nach dem IM-Bericht nahmen am 5. März cirka 50 bis 60 Jugendliche an der Trauerfeier teil, auch Jugendliche aus Rudolstadt. „Die Junge Gemeinde Stadtmitte war fast vollzählig, wie auch die Junge Gemeinde des Albert-Schweizer-Sprengels und des Jacobus-Sprengels. Weiterhin war Pfarrer Hertzsch, Baldeweg und Schilling erschienen. Einige Personen gingen noch mal in den Raum der Aufbahrung. Die Sitzplätze in der Trauerhalle reichten nicht aus. So mußte ein großer Teil dem Trauerakt stehend beiwohnen. Auerbach fiel es schwer, so sagte er jedenfalls, den Nachruf zu verlesen.“[132] Auerbach verwies im Nachruf noch einmal darauf, daß die Junge Gemeinde dem Toten viel zu verdanken habe und „Wir müssen, jeder einzelne für sich, die Ursache des Selbstmordes bei uns selbst suchen. Uns fehlt noch der innere Zusammenhalt. Wir sind noch zu schwach.“[133] „Was der Herr Falke nicht erwähnt, ist die ohnmächtige Wut der Freunde, die Geige noch einmal aufgebahrt sehen wollten. Er war verstümmelt. Die Haare kurz

[127] Brief Uwe Koch vom 07.12.2000 an den Autor.
[128] IMV „Helmut Falke“, MfS Reg.-Nr.: X/800/71. Treffbericht vom 09.03.1974. Grund, Thomas: JG-Heft. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 4.
[129] Ebenda.
[130] Ebenda.
[131] IMV „Helmut Falke“, MfS Reg.-Nr.: X/800/71. Treffbericht vom 09.03.1974. Grund, Thomas: JG-Heft.
[132] Ebenda.
[133] Ebenda.

geschoren und nach hinten gekämmt. Diese Aufbahrung brachte dem Toten keine Achtung entgegen. Ich habe mich damals hauptsächlich mit dem Argument auseinandergesetzt, einem Satz im Abschiedsbrief unseres Freundes Geige: „Ich hoffe, ihr seht an meinem Beispiel, wie sinnlos ein Selbstmord ist“.[134] Die emotionale Betroffenheit über diesen Selbstmord sensibilisierte im Weiteren das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte in Abgrenzung zum Staat, denn diesen machten die meisten Jugendlichen verantwortlich für das Scheitern und den Selbstmord des Schau. Das Bemühen um den Einzelnen in der jungen Gemeinde erhielt dadurch einen politischen Charakter.

Im Frühjahr 1973 zog sich Uwe Koch aus einigen seiner Funktionen im Vorbereitungskreis der Jungen Gemeinde Stadtmitte und auch als Vertreter der Offenen Arbeit im Gemeindekirchenrat und Sprengelrat zurück, da er seine Hauptprüfungen an der Theologischen Fakultät abzulegen hatte. Im September 1973 heiratete er und zog anschließend mit seiner Frau Bettina nach Gera. Bis dahin hatte Koch bei seinen Eltern gewohnt. Mit seinem Wegzug wurden seine Kontakte nach Jena geringer. Spätere Zusammentreffen liefen häufig über Walter Schilling. Nach seinem Vikariat in Gera war Koch zwischen 1976 bis 1983 als Stadtjugendpfarrer in Rudolstadt tätig. Hier arbeitete er eng mit Walter Schilling zusammen. Wichtige Höhepunkte dieser Arbeit waren vor allem die JUNE-Großveranstaltungen der Offenen Arbeit 1978 und 1979[135], aber auch andere kleiner gemeinsam geplante und durchgeführte Werkstätten oder Veranstaltungen in Rudolstadt, Saalfeld und Jena. Durch die überregionale Zusammenarbeit hatte Uwe Koch dann ab 1978 wieder engeren Kontakt nach Jena. 1983 wurde er dadurch zu einer zentralen Verbindungsperson zwischen verschiedenen oppositionellen Friedensgruppen in Thüringen. Er beteiligte sich beispielsweise seit 1981 im Altendorfer Friedenskreis um Pfarrer Scripa aus Altendorf bei Jena. Zwischen diesem Kreis und der Jenaer Friedensgemeinschaft entwickelte sich über Uwe Koch 1983 kurzzeitig eine intensive Zusammenarbeit, die aber mit der Abschiebung der Jenaer Akteure in den Westen wieder endete.[136] Danach spielte Uwe Koch für die Ereignisse in der Jungen Gemeinde Stadtmitte und in Jena nur noch eine geringe Rolle.

---

[134] Grund, Thomas. In: Grund, Thomas: JG-Heft.

[135] Vgl. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Losgehen und Ankommen. Jugendkultur in der DDR Ende der 70er Jahre am Beispiel der Jugendgroßveranstaltungen June 78 June 79 in Rudolstadt, Hg.: Matthias-Domaschk-Archiv im Verein „Künstler für Andere“ e.V., Erfurt 1999. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 297.

[136] Der Altendorfer Friedenskreis wurde von den Pfarrern Martin Scriba/Altendorf, Konrad Jahr/Jena und Uwe Koch/Rudolstadt gegründet. Das Ministerium für Staatssicherheit legte zur „Operativen Kontrolle“ 1982 den ZOV „Kreis“ an. Dieser bestand aus drei Teilvorgängen: TV I, Reg.-Nr. X/1323/82, 05.11.82 - 1989, TV II, Reg.-Nr. X/980/8, 1985 - 29.10.1986 und TV III, Reg.-Nr. X/957/85, 1985 - 17.07.1989. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 468. Gegen den Altendorfer Friedenskreis waren als IM eingesetzt die Mitglieder des Friedenskreises Vikar Michael (Constantin) Stanescu (IM „Bartholomäus Runge“) und Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke (IM „Brenner“). Beide waren auch in die Offene Arbeit eingebunden.

1.2 NEUER WIND - DER SOZIALDIAKON THOMAS AUERBACH

Thomas Auerbach gehört wie Uwe Koch zur Nachkriegsgeneration. Er wurde am 26. Juli 1947 in Leipzig als Sohn einer bürgerlichen Familie geboren. Geprägt von frühen familiären Erfahrungen - seine vier älteren Geschwister hatten die DDR bereits vor dem Mauerbau verlassen - engagierte er sich seit 1963 in der Jungen Gemeinde in Gera.[137] Als er dann 1965 den Wehrdienst verweigerte, wollte das Ministerium für Staatssicherheit diese Situation zu einem erpresserischen Anwerbungsversuch als IM nutzen. Doch Auerbach hielt stand und lehnte jede Mitarbeit konsequent ab. Gleichzeitig setzte er seinen damaligen Superintendenten in Gera davon in Kenntnis. Gemeinsam gelang es, ihn den Fängen des Ministeriums für Staatssicherheit zu entziehen und die Einberufung zur Armee mit religiösen Argumenten erfolgreich abzuwehren. Mit diesen Erfahrungen im Hintergrund stand Auerbach später immer wieder anderen vom Ministerium für Staatssicherheit bedrängten Jugendlichen zur Seite. Im Jahr 1966 wurde er Vorsitzender des Evangelischen Stadtjugendkonvents in Gera. Nach seiner Lehre als Elektromonteur begann er 1967 eine kirchliche Ausbildung zum Jugendwart am Johannes-Falk-Haus in Eisenach. Hier setzte er mit seinem Kommilitonen Thomas Neubauer bei der damaligen Hausleitung durch, einen ständigen Jugendarbeitskreis einzurichten, der über die Grenzen der Ausbildung hinaus Jugendliche aus der Stadt einbeziehen sollte. Dort trafen sich dann die Jugendlichen mit den Auszubildenden des Falkhauses. Er selbst schätzt das nachträglich so ein: „Auf jeden Fall war es so, daß damals eine ganz besondere Zeit war, auch in Eisenach. Es waren Leute da, Langhaarige mit Fellwesten und Bärten, und das waren Leute, die waren überall rausgeflogen aus den Jugendclubhäusern, die hingen also an den Ecken rum. Und wir haben damals das gemacht, wovon wir schon aus Rudolstadt und Saalfeld gehört hatten. Wir haben unser Haus aufgemacht, also bei unserer Hausleitung durchgesetzt, daß wir dort einen ständigen Jugendkreis hatten mit diesen Jugendlichen, heute würden wir sagen Hippies, die Stasi (Ministerium für Staatssicherheit, d. A.) hat sie als „Tramper“ bezeichnet, sie selbst haben sich damals als „Kunden“ bezeichnet, und es entwickelte sich da sehr schnell eine kontinuierliche Jugendarbeit mit denen, das heißt, die waren zunächst einmal einen Tag in der Woche da und dann waren sie bald jeden Tag in der Woche da. Und dann wurde uns das von der Hausleitung auch angekreidet und als so eine Art Revolution ausgelegt. Das ging also bis dahin, daß die Leute auch bei uns gewohnt haben im Falkhaus, oder daß dann Kunden aus ganz Thüringen über das Wochenende das Falkhaus okkupierten. Das hat der Leitung

[137] Die DDR hatte geopolitisch an Stelle der früheren Länder 15 Bezirke geschaffen. Gera war Bezirkshauptstadt. Jena gehörte zum Bezirk Gera, Eisenach zum Bezirk Erfurt. Die Evangelische Kirche hielt sich dagegen an die traditionellen Kirchenbezirke. Jena und Eisenach gehörten zur Thüringer Landeskirche.

natürlich nicht gepaßt. Es ist dann so gewesen, daß man Neubauer und mir auch gedroht hat, das ging also bis hin zur Entfernung aus dem Falkhaus, wenn wir uns denn nicht disziplinieren lassen und wenn wir das nicht einschränken. Wie gesagt, dazu ist es nicht gekommen, weil wir auch Sympathien hatten. Der damalige Brüderpfarrer Krüger hat auch diese Arbeit mitgetragen. Der Hausvater hat schlicht und einfach resigniert. Und die Kontakte zu diesen Leuten aus Eisenach, die gab es dann bis in die 70er Jahre hinein, die kamen dann ja auch zu unseren Werkstätten."[138] Die gesellschaftlich ausgegrenzten Langhaarigen, Tramper und Beatfans fanden also im Falkhaus Freiraum für ihre jugendliche Gegenkultur und bildeten damit neue Formen des gemeinschaftlichen Zusammenlebens heraus. Auerbach war mit seinem Engagement Anfang der siebziger Jahre aber nur einer der Akteure einer neuen Generation kirchlicher Mitarbeiter, die sensibel für die sozialen Probleme waren und zugleich schrittweise auf politische Veränderungen hinarbeiten wollten. Die allgemeine kirchliche Jugendarbeit war Anfang der siebziger Jahre nach wie vor weitgehend von der traditionellen Arbeit des Jungmännerwerkes im Sinne der Diakonie geprägt. Die Jugendwarte wurden aus dieser Sicht nach ihrer Ausbildung vom Jungmännerwerk der Evangelischen Kirche in die Gemeinden ausgesandt. Dort sollten sie u. a. die Pfarrer neben den herkömmlichen religiösen Aufgaben in der Gemeindearbeit unterstützen. Neben dem Jungmännerwerk gab es auch ein Mädchenwerk in der Thüringer Kirche, das allerdings für die Herausbildung der Offenen Arbeit kaum eine Rolle spielte. Das machte besonders den Jugendwart Thomas Auerbach rebellisch. Ihm schien die traditionelle Trennung der Geschlechter besonders in der kirchlichen Jugendarbeit nicht mehr zeitgemäß. „So ein Konzept, wie es das Jungmännerwerk hatte, konnte für uns nicht stimmen. Unsere Arbeit war grundsätzlich geschlechtergemischt, wir hatten auch nicht das streng pietistische Missionsziel."[139] Mit diesem Verständnis für seine Arbeitsaufgaben innerhalb der Gemeinde setzte er sich über die bestehenden Konventionen innerhalb der Kirche hinweg, was ihm bei den traditionellen Gemeinden nicht nur Freunde einbrachte. 1973 tauchte er z. B. mit einer gemischten Gruppe der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena im Heim des Jungmännerwerkes Neudietendorf auf, „...was in diesem erlauchten Kreis natürlich zunächst einmal große Verblüffung und Ablehnung hervorrief. Wir haben uns dann aber durchgesetzt, so daß man uns als OA (Offene Arbeit, d. A.) auch akzeptierte, obwohl es da viele Auseinandersetzungen gab und die pietistisch geprägte Jugendarbeit des Jungmännerwerkes eine ganz, ganz andere war als unsere."[140]

Im Sommer 1970 kam Auerbach nach Abschluß seiner kirchlichen Ausbildung nach Jena und absolvierte als Praktikant bis zur Einsegnung ein kirchliches

[138] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[139] Ebenda.
[140] Ebenda.

Anstellungsjahr. Seine feste Anstellung 1971 als Jugendwart knüpfte sich dann an einen Arbeitsauftrag für die kirchliche Jugendarbeit in Jena. „Ich habe zunächst einmal sämtliche Jugendkreise in Jena besucht, war natürlich in dieser Art und Weise schon vorbelastet von Eisenach her und habe natürlich einen Kreis gesucht, der mir geeignet schien, in Jena anzufangen und habe diesen Kreis in Stadtmitte gefunden. Da waren damals Leute da wie Uwe Koch, Johannes Amlacher, Wolfram Hädicke, Uli Hanke, Christine Klotz und andere, auch Mädchen waren da, an deren Namen ich mich nicht mehr erinnere, die in der Anfangsphase in diesem Kreis keine große Rolle gespielt haben. Er war zu der Zeit nicht unbedingt das, was man unter Offener Arbeit versteht, weil ein wesentliches Element fehlte, und das waren Jugendliche aus anderen Kreisen, die nicht Oberschüler waren. Das hat sich dann sehr bald geändert. Dann kamen also Leute von Zeiss und von anderen Betrieben, Lehrlinge, junge Facharbeiter, und es kamen auch Studenten. Was also immer das Spezifikum dieses Kreises ausmachte, daß keine Gruppe von Jugendlichen unter sich war, sondern daß es dort eine erstaunliche Mischung gab, die sehr befruchtend auch für die Arbeit dieses Kreises war.“[141] Auerbachs Anspruch war nicht, die Jugendlichen religiös zu missionieren, sondern ihre Interessen zu thematisieren. So entstand nach und nach ein Kommunikationsraum, der auch eine begrenzte Öffentlichkeit bot. Die bedürfnisorientierten Gestaltungsmöglichkeiten zogen von Anfang an gleichermaßen Lehrlinge, junge Facharbeiter, Abiturienten, Studenten und Künstler an, von denen viele nicht konfessionell vorgeprägt oder gebunden waren.[142] Daß die Junge Gemeinde ein Anziehungspunkt für unterschiedliche Gruppen und Kreise von Jugendlichen in Jena werden konnte, resultierte vor allem aus Auerbachs Konzept in der Jugendarbeit, das im Vordergrund die Eigenständigkeit der Jugendlichen ausbeuten sollte. Mit seinem Konzept wollte Auerbach aber nicht nur auffällige soziale Jugendliche erreichen oder kulturelle Defizite der Gesellschaft auffangen, sondern zugleich bestehende politische Mißstände offen ansprechen und mit den Jugendlichen diskutieren. Sein Ziel war, mit den Jugendlichen gemeinsam Lösungsstrategien für persönliche und gesellschaftliche Probleme in ihrem direkten Umfeld zu entwickeln. Nötige Unterstützung fanden die Jugendlichen bei ihm deshalb auch, wenn es um Wohnungsfragen oder Schwierigkeiten in Familie oder im Arbeitsbereich ging. Auerbachs persönliche Solidarität galt aber besonders den gesellschaftlich Ausgegrenzten. Straffällig gewordene, politische Häftlinge oder andere durch die Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit psychosomatisch Erkrankte, denen z. B. Haft wegen Verletzung der verbindlichen

[141] Ebenda.

[142] Von insgesamt 218 verschickten Fragebögen wurden von 53 beantwortet. Für den Gesamtuntersuchungszeitraum gaben 18 Personen an, daß sie ein religiöses Elternhaus oder eine religiöse Vorprägung hatten. 35 Personen hatten dagegen keines von beiden. Das sind im Durchschnitt 66 % oder 2/3 aller Jugendlichen. Fragebogenaktion in zwei Wellen vom 18.10.2000 bis 14.12.2000, Archiv Autor.

Arbeitspflicht drohte, erfuhren bei ihm konkreten Beistand, so u. a. durch Vermittlung von Ärzten, die krankschrieben oder durch gezielte Gespräche mit Vorgesetzten und Behörden. Mit ihm als „Jugendleiter“ kam es seit 1972 zu einer kontinuierlichen Arbeit der Jungen Gemeinde. Er löste sich gleichzeitig von den bisherigen Konzepten der kirchlichen Jugendarbeit mit ihrem rein sozialdiakonischen Anspruch. Stattdessen orientierte er sich in der inhaltlichen Auseinandersetzung an einer strukturierten und in ihren Methoden westlichen Gruppenpädagogik und Gruppendynamik orientierten und beeinflußten Jugendarbeit. Nicht sozialdiakonischer Dienst sollte im Vordergrund stehen, sondern das Prinzip der Hilfe zur Selbsthilfe. Sein Motiv dafür leitete Auerbach aus seinem atheistischen Selbstverständnis zum Evangelium ab.

Hauptumschlagplatz der Ideen der Jugendlichen war der Vorbereitungskreis, das VT (auch als Vorbereitungsteam, -treffen oder -kreis bezeichnet). Der seit Ende 1971 regelmäßig stattfindende Vorbereitungskreis forderte die Jugendlichen zur Mitarbeit in der Jungen Gemeinde auf. Hier sollten die Jugendlichen sie interessierende Themen aufgreifen und deren Umsetzung planen. Gleiches galt für die seit 1972 regelmäßig stattfindenden Werkstätten der Jungen Gemeinde. Die Themen waren jugendorientiert und vielfältig. Ausgangspunkt der Idee für Werkstätten waren die Veranstaltungen in Rudolstadt unter dem Namen „Gottesdienst einmal anders“, wo Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf seit Ende der sechziger Jahre die offene Jugendarbeit betreute, die Uwe Koch für Jena aufnahm und Thomas Auerbach weiterführte. Darüber und über die Aktivitäten und Kontakte nach Rudolstadt und das kirchliche Jugendheim Braunsdorf vernetzte sich die Offene Arbeit in Thüringen seit Anfang der siebziger Jahre. Die Werkstätten waren neben den thematischen Inhalten auch beliebte soziale und kulturelle Treffpunkte, wo zahlreiche Teilnehmer aus verschiedenen Regionen zusammenkamen, sich gegenseitig kennen lernten, Informationen austauschten und sich daraus oft langfristige Freundschaften begründeten. Ging es in der ersten Hälfte der siebziger Jahre bei den Werkstatt-Themen zumeist noch um Kirche und Tradition im Verhältnis zu den Jugendbedürfnissen mit westlicher Ausprägung, so wurden Mitte der siebziger Jahre politische Themen wie beispielsweise das Problem der produktiven Normen in den Betrieben oder die Auseinandersetzung mit Ideologien stärker aufgegriffen. Diese Themenverschiebung spiegelte sich auch in den Themenabenden wieder. Die Jugendlichen diskutierten über die kapitalistische Produktionsweise und ihr Lohnsystem im Vergleich und in Anwendung auf sozialistische Arbeits- und Produktionsverhältnisse. Weitere Themen waren Wehrdienst, Tod und Aggression, aber auch Themen wie Ikonenmalerei, um die Bedeutung von Heiligenbildern als Leitbilder in der christlichen Religion für die Gegenwart nachzuvollziehen. In den Räumen der Jungen Gemeinde konnten sich die Jugendlichen ungezwungen treffen und über ihre Probleme auf den Arbeitsstellen austauschen, sie konnten ihre Erfahrungen weitergeben und lernten so ihre eigene Meinung zu artikulieren. Nicht wenige von ihnen vertraten

diese dann auch offen nach außen. Dieses offene Verhalten führte zu gesellschaftlichen Repressionen in Lehre oder Beruf und in vielen Fällen zur politischen Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit.

Junge Künstler aus der Jenaer Kulturszene der siebziger Jahre, und hier besonders diejenigen, die im staatlichen Rahmen der Klubs der Freien Deutschen Jugend (FDJ) keine Auftrittsmöglichkeiten bekamen, fanden in den Räumen der Kirche und der Jungen Gemeinde eine Möglichkeit für Auftritte und probten auch über dieses Umfeld ihren kulturellen Aufstand. Der aus diesen Zusammenhängen 1975 entstandene Lesekreis der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit Akteuren aus verschiedenen Jenaer Gruppen zog sich dagegen in private Wohnungen zurück.[143] Das erklärt sich daraus, daß in diesem Kreis Jugendliche zusammenkamen, die meinten, nur in einem eigenen Kreis außerhalb der Jungen Gemeinde intellektuell und künstlerisch arbeiten zu können, als das in der Jungen Gemeinde auf Grund ihrer weitläufig personellen Verflechtung möglich gewesen wäre. Für die Zusammensetzung der jeweiligen Gruppen spielten persönliche Beziehungen und gemeinsame Interessen eine wichtige Rolle. Im Lesekreis wurden neben literarischen Texten und Themen besonders die ideologischen Klassiker wie Lenin, Trotzki, Mao, Che Guevara, Dutschke u. a. revolutionäre Figuren der Weltgeschichte gelesen und zitiert. Der rechtlich ungeschützte Raum Wohnung wurde jedoch schnell ein Opfer repressiver polizeilicher Maßnahmen. Das Ministerium für Staatssicherheit verfügte in Jena über seinen IM „Helmut Falke“ (Dietrich Große) über genaueste Informationen zum Lesekreis. Die Folge waren zahlreiche Hausdurchsuchungen und vorübergehende Festnahmen. Die meisten Jugendlichen verstanden sich zu dieser Zeit politisch als links orientiert. Über ihre ideologische Auseinandersetzung wagten sie einen theoretischen Ausgleich zwischen christlicher und atheistischer Welt. Ihr politisches Selbstverständnis definierten viele als soziale, kulturelle oder politische Basisbewegung. In ihren Visionen traten sie für ein gesellschaftliches Konzept des „Dritten Weges“ und des „Demokratischen Sozialismus“ ein.[144] Für einige andere Jugendliche war die Beteiligung an Aktionen und Veranstaltungen der Jungen Gemeinde nur eine temporäre Möglichkeit, eine kurze Reise. Ein Ankommen schien ihnen nicht wichtig zu sein. Themen wie Glaubensbekenntnis und Freiheit wurden deshalb wie selbstverständlich aufgenommen und diskutiert. Dazu hörten und sangen sie immer wieder Lieder von Hannes Wader,

[143] Grund, Thomas: JG-Heft.

[144] „Dem Konzept der sozialen Marktwirtschaft wurde seit den 50er Jahren das des Demokratischen Sozialismus gegenübergestellt. Als Ziel des demokratischen Sozialismus läßt sich die Absicht bezeichnen, eine soziale Ordnung zu schaffen, in der gleiche Lebenschancen für alle gewährleistet und Konfliktmöglichkeiten damit minimalisiert sind. Die Freiheit wurde ausdrücklich als oberster Grundwert des demokratischen Sozialismus bezeichnet, eingebunden in eine sittliche Pflicht zur Solidarität.“ Vgl. Fenske, Hans, Dieter Mertens u.a.: Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt a. M. 1987, S. 533.

Franz Josef Degenhardt, der Gruppe „Ihre Kinder“, Wolf Biermann und vor allem „Ton-Steine-Scherben“. Einige orientierten sich in ihren Ansprüchen an der Hausbesetzer-Szene in West-Berlin, zu der Thomas Auerbach persönliche Kontakte hatte. „Ich hatte auch schon sehr früh Kontakte zu Leuten, die in West-Berlin in besetzten Häusern als Sozialarbeiter gearbeitet haben, unter anderem am Georg-von-Rauch-Haus, wo ja Ton-Steine-Scherben her sind, die uns natürlich über ihre Häuserkämpfe unterrichtet haben, mit denen wir auch gesprochen und diskutiert haben, mit denen wir uns auch getroffen haben. Da fällt mir ein Name ein, das ist Manfred Kappeler. Das hat uns natürlich auch politisch beeinflußt. Und deswegen haben wir eben nicht nur Biermann gehört, sondern eben auch T.S.S. Das war uns aus dem Herz gesprochen, wenn die eben gesungen haben „Das ist unser Haus”, und das war für uns zum Beispiel das Haus in der Gorkistraße 1.“[145] Die Wohnung in der Gorkistraße 1 war 1973 die erste Wohnkommune in Jena. Gerade hier ergab sich für die Bewohner ein direkter Bezug zu dem Song von „Ton-Steine-Scherben“ mit einem realen Hintergrund, den die Jugendlichen in ihrer Situation in Jena wiederzufinden glaubten. Von der inhaltlichen Auseinandersetzung der damals wohl wichtigsten westdeutschen Musikgruppen und deren Einfluß auf die Junge Gemeinde berichtete am 25. März 1974 in seinem Treffbericht der IM „Helmut Falke“ über die Veranstaltung vom 15. März.[146] Die Leitung des Abends hatte Thomas Grund übernommen. Laut IM versuchte er, die beiden West-Berliner Bands „Meine Kinder“ [147] und „Ton-Steine-Scherben“ zu vergleichen und kam dabei zu folgendem Standpunkt: „Meine Kinder vertritt den pessimistischen Teil der Bevölkerung. Ton, Steine, Scherben erkennen schon Zusammenhänge und bekunden, daß man etwas tun könne. Beide sprechen sie aber Mißstände an. Die Diskussion der Anderen war recht hohl. Es war zu erkennen, daß ihnen die Grundlagen zu solchen Überlegungen fehlen. Die Trillhase und Auerbach vertraten die Auffassung, daß beide Gruppen nicht die Grundursache für die in ihren Liedern geschilderten Mißstände erkennen und aufzeigen.“[148]

Auch in der Auseinandersetzung mit der Kirchengemeinde um die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte bezogen die Jugendlichen Inhalte der T.S.S.-Songs auf ihre Situation, so beispielsweise den Song „Georg-von-Rauchhaus“. Um die Art und Weise der Nutzung der Räume gab es einen ständigen Kampf mit der Kirchengemeinde. Von Seiten der Kirche, aber noch mehr von der des Staates wurde in allen Jahren immer wieder der Versuch unternommen, den Jugendlichen die Räume als Treffort zu entziehen oder an bestimmte Auflagen zu binden. Doch die Jugendlichen betrachteten die Räume im Hinterhaus Johannisstraße 14 inzwischen als ihre Räume und das Haus

[145] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[146] IM „Helmut Falke“, MfS Reg.-Nr. X/800/71. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 5.
[147] Die Gruppe „Meine Kinder“ verwechselte der IM mit „Ihre Kinder“.
[148] IM „Helmut Falke“, MfS Reg.-Nr. X/800/71. Grund, Thomas: JG-Heft.

als ihr Haus. Aus diesem ließen sie sich nicht mehr so einfach vertreiben. Die Junge Gemeinde Stadtmitte war für viele ein Zufluchtsort vor den ideologischen Barrieren und doch nicht für alle ein „Zuhause“, die hinkamen. Sie war ein Stück Freiheit und soziale Identität auf dem Boden des „real-existierenden Sozialismus“. Von hier aus wollten sie, ausgehend von ihren abgetrotzten Freiräumen, die Gesellschaft der DDR von innen heraus verändern. Dazu erschien ihnen eine vorbehaltlose Kritik an der, wie sie meinten, Bürokratie notwendig. Der DDR-Bürokratie und damit der ganzen Gesellschaft setzten sie den Versuch eines selbstbestimmten jugendkulturellen Lebens entgegen, wo ideologische Bevormundung und dogmatische Reglementierungen draußen bleiben sollten. Den Auseinandersetzungen mit der Kirchengemeinde und dem Staat konnten sie sich jedoch nicht entziehen. „Die Auseinandersetzung mit der Kirchengemeinde und mit der Superintendantur ist zunächst einmal so gewesen, daß dem Kreis JG Stadtmitte ein Pfarrer zugeordnet war. Das war zunächst der Herr Baldeweg, ein recht umständlicher Mensch, der zwar einen guten Willen hatte und sich auch dort in die Diskussion begeben hat, aber manches eben nicht verstanden hat, die Anliegen von Jugendlichen vor allem nicht verstanden hat, und der auf Grund seiner Argumentation von den jungen Leuten unheimlich Feuer kriegte, der dann ausschied, sich gewissermaßen etwas gekränkt zurückzog. In dieser Phase bin ich dann voll verantwortlich für diesen Kreis geworden. Ich muß sagen, gestützt worden ist unsere OA (Offene Arbeit, d. A.) in Jena auch hauptsächlich durch Hans Gellner. Der war damals noch Jugendpfarrer, einer der ganz wenigen Leute, der zwar selbst nicht aus so einer Richtung kam und selbst so eine Arbeit auch nicht machte, der aber immer 100 % hinter uns stand, beispielsweise in den Auseinandersetzungen 1976. Es wäre aber auch noch etwas über das Verhältnis JG - Kirche zu sagen. Das war immer ein sehr gespanntes. Was machen die da eigentlich? Die haben da Matratzen und keine Stühle, und wenn es Stühle sind, dann sind sie bunt angestrichen und dann steht Stühlchen der DSF drauf oder so, aber meistens hocken sie auf Matratzen, machen die da Gruppensex. Solche Sachen sind im Gemeindekirchenrat gefallen, und auf der anderen Seite gab es von Anfang an auch ein sehr gespanntes Verhältnis zum Staat. Ich erinnere an die fortlaufenden Versuche, uns IM´s reinzuschicken. Wir hatten ja damals eigentlich gesagt: Alles, was hier gesagt wird, ist öffentlich, das können wir auch verantworten. Das Wesentliche im Umgang miteinander ist Vertrauen und, auch das wußten wir damals schon, wenn also irgendeiner angesprochen wird und wenn jemand erpreßt wird von der Staatssicherheit, dann ist das beste Mittel, zum Freund gehen, zur Oma, zum Jugendwart gehen und erzählen. In dem Moment ist man für die wertlos. Das hat auch bei etlichen Leuten geklappt. Ich erinnere da an die Auseinandersetzung um die Verhaftung von Schwester Thomas[149], wo man dann solche Sachen mit Uta Trillhase[150]

[149] Thomas Kretschmer, Krankenpfleger, 1973 Versuch der Republikflucht. Zwischen 1973 und 1974

versucht hat, und wo wir das dann auch bzw. ich bei staatlichen Stellen anbringen konnte."[151]

Die Konflikte mit der sozialistischen Gesellschaft und mit der Kirche waren vorprogrammiert. Vielen Jugendlichen ermöglichte die Junge Gemeinde erstmals, eigene Fähigkeiten auszuprobieren oder ethische und moralische Werte kennen zu lernen, die nicht im Drehbuch der offiziellen Ideologie standen. Und obwohl die Interessen und die Bedingungen für die Jugendlichen stets unterschiedlich waren, die repressiven Erfahrungen im Umgang mit ihnen und das daraus hergeleitete politische Selbstverständnis der Jugendlichen ähnelten sich. Wichtig war ihnen aber vor allem soziale Gemeinschaft unter Gleichgesinnten und die Möglichkeit zur Umsetzung eigener Interessen. Von dieser grundsätzlichen Erfahrung berichtet beispielhaft Thomas Kretschmer. „Ich habe 1972 im Herbst mit der Krankenpflegerausbildung angefangen. Ich war da schon in der katholischen Jungen Gemeinde. Habe ein paar Leute aus der JG gekannt, bin da immer mal eingeladen worden ins Hinterhaus. Die Leute waren mir auch angenehmer, die Katholiken waren so brav. Da gab es auch mal eine Zeitlang Überschneidungen. Gegenseitige Besuche bei Feten, die Päckchenaktion am Heiligen Abend oder auch Diskussionsrunden." [152] [...] „Bevor ich abhauen wollte (in den Westen, d. A.), 1973, hatte ich Kontakt zur evangelischen Jungen Gemeinde in Jena. Auerbach gehörte neben Walter Schilling und anderen zu den Leuten, die die sogenannte offene Jugendarbeit angefangen haben. Sie öffneten die kirchlichen Räume für Jugendliche aus den unterschiedlichen Ecken, mit und ohne christliches Bekenntnis. Nicht mit dem Schwergewicht einer christlichen Erziehung, sondern um einen Raum zu schaffen, wo man miteinander sprechen konnte über die Sachen, die einen belasteten. Natürlich hatte man da auch Gesprächspartner, die von der christlichen Ethik her argumentierten. Diese Junge Gemeinde unterschied sich aber erheblich von Jugendgruppen in ordentlichen Kirchengemeinden. Es war ein total chaotischer Haufen, ein Sammelsurium auch von Verlorenen und von Kaputten. Es waren Leute dabei, die angehende Alkoholiker waren, die schon schwere Probleme hatten als junge Leute. Es kam auch vor, daß Einzelne dieser Gruppe in den Knast marschierten, seltener wegen krimineller Sachen, schon eher, weil sie abhauen wollten. Es war alles anders, als ich es

---

Haft und Anwerbeversuch durch Ministerium für Staatssicherheit, 1972 bis 1975 Akteur der und Kontakte zur Jungen Gemeinde, Gemeindepädagogen-Ausbildung, Wehrdienstverweigerer, dann Bausoldat, 1985 erneute Verhaftung. Vgl. Sedler, Schumann, Schurich: Glaubenskrieg. Kirche im Sozialismus. Zeugnisse und Zeugen eines Kulturkampfes. Sie haben ihren Märtyrer davon fliegen sehen, Berlin 1995, S. 18 ff.

[150] Zu Uta Trillhase liegen keine weiteren Informationen vor. Sie ist im OV „Pegasus", MfS Reg.-Nr. X/66/75, erfaßt. Dem OV ging nach Aussage von Peter Rösch ein versuchter Anwerbeversuch durch das Ministerium für Staatssicherheit voraus - eine übliche Praxis, Akteure aus den Gruppen entweder „unter Druck" zu setzen bzw. zur IM-Tätigkeit anzuwerben. Brief von Peter Rösch vom 15.03.2002 an den Autor.

[151] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

[152] Ebenda.

mir mit meinen bürgerlichen Vorstellungen, die ich von zu Hause mitgebracht hatte, als normal vorgestellt hatte. Dieser Kreis war in Thüringen sicherlich auch eine Ausnahme, sieht man einmal von Braunsdorf bei Saalfeld ab. Später kamen noch Saalfeld und Rudolstadt hinzu. Die Herausbildung der offenen Jugendgruppen ging von kirchlichen Mitarbeitern aus. Zu der Zeit, als ich das kennen lernte, gab es sie schon vier, fünf Jahre. Es waren nicht nur politische Dinge, die da angesprochen wurden. Es waren auch Fragen der Moral, der Lebensführung überhaupt - zum Beispiel Abtreibung - ja oder nein? Diese Gruppen waren nicht an die Kirchengemeinden gebunden. Die offenen Jugendgruppen und die Jungen Gemeinden existierten immer nebeneinander. Es kam vor, daß Leute, die in den normalen Kirchengemeinden zu Hause waren, auch zu den offenen Abenden nach Jena-Stadtmitte gegangen sind. Es war der erste Versuch einer kirchlichen Sozialarbeit, die damals noch gar keinen Namen hatte und für die es auch keine ausgebildeten Leute gab. Ich denke, daß die Studentenbewegung in Westdeutschland Ende der 60er Jahre einen ganz entscheidenden Anstoß dazu gegeben hat. Das war auch ein bißchen Wegkommen von den gängigen theologischen Formeln. Als ich aus der Haft rauskam, habe ich mich wieder dieser Gruppe zugewandt. Sie hat mich mindestens genauso geprägt wie die 16, 17 Jahre katholische Erziehung zu Hause. Ich denke, daß mein Konvertieren zum lutherischen Glauben auch etwas damit zu tun hat. Ich war nach dem Knast gleich wieder da, wo ich herkam. Ohne Ausbildung wieder in der Krankenpflege. Das eigentliche Zuhause: die Junge Gemeinde Stadtmitte. Wir haben in Jena in einem Kommune-Selbstversuch gelebt. Hinterhaus. Halb schwarz gewohnt, halb mit Zustimmung des Hausbesitzers. Und als das nicht mehr ging, bin ich nach Blankenburg gegangen zu einem Heim für schwerstbehinderte Kinder."[153]

Neben den Auseinandersetzungen um Räume und Inhalt der Arbeit der Jungen Gemeinde kümmerte sich Thomas Auerbach auch um persönliche Probleme der Jugendlichen, so beispielsweise um Haftentlassene, Alkoholgefährdete und bei der Wohnungssuche. Ein ständiger Anlaufpunkt war hier vor allem die Abteilung Inneres des Rates der Stadt. Über seine typischen Erfahrungen mit staatlichen Stellen erzählt Thomas Auerbach: „Es gab damals einen Chef der Abteilung Inneres, den Herrn Schindler, ein Mann, der eigentlich für einen SED-Funktionär recht umgänglich war, dem ich dann solche Sachen ganz frech vorgelegt habe und gesagt habe: Hier, die Leute werden von der Stasi (Ministerium für Staatssicherheit, d. A.) erpreßt, tun Sie da bitte etwas. Und er hat das auch getan, er hat da angerufen, und damit war die Dekonspiration gegeben. Es ist so gewesen, daß mir dann von Schindler gesagt wurde: Sie holen uns die Leute von der Straße weg. Das sind Leute, die wir eigentlich nicht mehr erreichen mit unserem staatlichen Jugendhilfeorgan, dafür sind wir Ihnen

[153] Vgl. Zitat Thomas Kretschmer. In: Sedler, Schumann, Schurich: Glaubenskrieg. Kirche im Sozialismus. Zeugnisse und Zeugen eines Kulturkampfes. Sie haben ihren Märtyrer davon fliegen sehen, Berlin 1995, S. 24 f.

eigentlich dankbar. Das hat er aber nur so hinter vorgehaltener Hand gesagt. Und ich habe mich dann gefragt, was ich denn hier mit meiner Arbeit eigentlich mache, denn das wollte ich nun nicht, dem Staat ein Unruhepotential von der Straße schaffen. Ich denke mal, wir haben es de facto eben auch gemacht, und es gab dann aber trotzdem parallel laufend immer wieder knallharte Aktionen gegen die JG, ich erinnere da an die Berlinverbots-Affäre 1973 zu den Weltfestspielen. Da hatten alle wesentlichen Leute von der JG Berlin-Verbot. Wir haben das dann eingeklagt, wir haben uns beschwert. Dann hatten wir das einmalige Erlebnis, daß der Referent für Kirchenfragen und der stellvertretende Bürgermeister, der Herr Schindler, in die JG kamen, sich in kirchliche Räume begeben haben, was für Staatsfunktionäre damals unmöglich war, und haben einen Abend gemacht über ihre Eindrücke von den Weltfestspielen, er hatte auch Dias mit und hat sich einer knallharten Diskussion gestellt. Ich habe mich auch 1976, als ich verhaftet war, auch immer auf Schindler berufen, und er ist ja dann 1977 wahrscheinlich u. a. über diese Affäre gestolpert und aus seinem Amt entfernt worden. Auch als wir 1973 zu dem Gottesdienst nach Saalfeld-Graba wollten und aus dem Zug geholt worden sind, haben wir uns auch beschwert und haben dann das Fahrgeld zurückbekommen, und der Herr Schindler hat sich bei uns entschuldigt, nur das hat uns wenig genutzt. Ich wußte bei jedem Gespräch, mit wem ich es zu tun hatte. Er hat da immer seinen Schreibtisch aufgemacht und da eine Flasche Schnaps raus geholt und gesagt: Na, Herr Auerbach, trinken wir erst mal einen. Und ich habe immer gesagt: Nein, mit Ihnen trinke ich nicht, Herr Schindler. Obwohl ich ja kein Kostverächter war. Aber da ließ sich manches doch ganz gut klären. Wenn wir da beispielsweise kamen, ob das nun die kleine Gabi oder die rote Karin war, und da wußte man auf dem Wohnungsamt schon immer, jetzt kommt der schon wieder mit einer Schwangeren. Ich habe auch immer gesagt, wenn wir (in der Jungen Gemeinde, d. A.) kein Bier mehr trinken dürfen, können wir den Laden zumachen. Wir essen auch zusammen, warum sollen wir da nicht auch zusammen trinken. Wir haben ja dann auch die tollen Agapemahle gemacht mit belegten Brötchen, Bier und ordentlich Wein. Weihnachten habe ich immer Meßwein geholt, und da haben wir uns dann mit Meßwein besoffen.“[154]

Wichtige Bereiche der Gruppenbildung waren neben den offenen Räumen der Jungen Gemeinde Wohnkommunen. Wohnkommunen und später auch offene Wohnungen wurden zum Teil in Anlehnung an westliche Vorbilder als Wohngemeinschaften verstanden, die anfangs oft mit wechselnden Bewohnern meistens in zunächst illegal besetzten Wohnungen oder Häusern gegründet wurden. Die Bezeichnung Wohnkommune oder offene Wohnung hing vom Selbstverständnis der jeweiligen Bewohner ab, konnte aber auch von der rechtlichen Mietsituation her bestimmt sein (1 Hauptmieter mit vielen Untermietern oder ein Hauptmieter, der seinen

[154] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

Raum ohne rechtliche Grundlage zur Verfügung stellt). Anfang der siebziger Jahre entstanden in Jena die ersten Wohnkommunen nach Vorbildern in der Bundesrepublik. Später kamen auch offene Wohnungen dazu. Offene Wohnung hieß im Gegensatz zur Kommune, daß diese Wohnungen neben der Wohngemeinschaft auch ein Treffort für Jugendliche war, wo sie sich ohne Vorabsprache täglich trafen. Die Mieter der Wohnung wechselten hier in der Regel nicht wie in Kommunen. Hauptmieter war hier oft nur eine Person. Aus diesem Grund konnten die offenen Wohnungen meist längerfristig als Anlaufpunkte dienen. Wer als „Szenegänger“ nicht auf bestimmte Gruppen oder Personen festgelegt war, konnte in einem Rundgang durch die Stadt die verschiedenen offenen Wohnungen aufsuchen und sich dort aufhalten, wo er die gewünschten Informationen bekam oder einfach nur Anschluß fand. Der Bedarf an solchen Wohn- und Trefforten stieg an. Bis zum Ende der DDR blieben sie ein wesentlicher Ort für oppositionelle Treffen. Die wichtigste Wohnkommune in den siebziger Jahren war zweifellos die ideell nachgeahmte sogenannte K 1, „Kommune Gorkistraße 1“ zwischen 1973 und 1976. Hier wohnten in einer sehr heruntergekommenen Altbauwohnung zeitweise bis zu zwanzig Jugendliche. Neben ihr waren in den siebziger Jahren die offenen Wohnungen in der Schloßgasse 3, Jahnstraße 10, Katharinenstraße 4, am Inselplatz 10, Markt 24, Pfaffenstieg 6, in der Wagnergasse 27 oder Am Rähmen 3 wichtige Anlaufpunkte.[155] Über diese und andere Wohnungen lernten sich die Jugendlichen untereinander persönlich kennen. Nach und nach bildete sich eine sozial durchmischte jugendkulturelle Szene in der Stadt heraus. Neben dem jeweiligen Interesse an einer solchen Wohn- und Lebensform förderte gerade auch die Tatsache der permanenten Wohnungsnot die Entstehung von Kommunen und offenen Wohnungen. Denn es war nicht einfach, überhaupt an Wohnraum heranzukommen. Oft waren es purer Zufall oder trickreiche Ideen, um als Jugendlicher an eine Wohnung heran zu kommen. Die Frage nach der Legalität spielte dabei meist eine untergeordnete Rolle. „Ich bin ja September 1974 aus dem Knast gekommen, nach dem Abhauen, dem Abhauversuch. 15 Monate war ich drin, da war für mich klar, ich such mir so was - such eine Möglichkeit, wo man mit Leuten zusammen wohnen kann, und das mache ich jetzt. Ich hatte keinen Dunst gehabt, wie es in der Zone mit Wohnungsämtern läuft. Ich bin ins Westviertel, was ich als angenehme Wohngegend empfand, und hatte Glück, daß mir einer ziemlich schnell sagte, hier im Hinterhaus steht eine ehemalige Bäckergesellenhütte leer, vorne war eine Bäckerei und oben hatten die Gesellen gehaust. Inzwischen ist es so schlecht, daß man es nicht mehr vermieten kann, sagte die Besitzerin. Und die Besitzerin hat erst böse geschaut, und dann hat sie es mir für ein

[155] Angaben stammen weitgehend von Gerold Hildebrand, Akteur der Jungen Gemeinde 1976 bis 1981. Er lebte von Januar 1979 bis Dezember 1981 in der offenen Wohnung Wagnergasse 27. In diesem Haus bestanden gleichzeitig drei offene Wohnungen: Gerold Hildebrand, Reinhard und Christina Klingenberg, Waldemar und Gabi Holtorff.

Apfel und Ei vermietet. Und dann weiß ich noch, bin ich zu dir und zu Blase gegangen und habe gesagt, Leute ich habe eine Höhle, wenn ihr jemanden wißt, der etwas sucht, der soll nur kommen. Damals war ich noch offen für alles, wenn da hartgesottene Kriminelle gekommen wären, hätte ich auch nichts dagegen gehabt. Und der Blase wußte einen, der gerade aus dem Wohnheim gefeuert war, das war der Willi. Und diesen ersten Winter habe ich mit dem Willi zähneklappernd in der Hütte gesessen. Wir hatten zwar einen heizbaren Ofen, aber keine Kohlen. Willi hatte sein bißchen Lehrlingsgeld 80,- Mark, ich hatte ein bißchen verdient als Hilfspfleger 300,- Mark, aber das war natürlich, die Bude war vollkommen verrottet, in einem Zimmer ist uns der Fußboden durchgebrochen, so verrottet war das, hundekalt, da sind wir abends Kohlen mausen gegangen beim Kohlenhandel mit Einkaufsbeutel, erst einmal geguckt und dann... Beutel voll gemacht, und dann hatten wir 3 Tage eine warme Bude. Wir haben viele Tage im Bett verbracht, weil es einfach zu kalt war. Wir haben es dann geschafft, mittags aufzustehen, schnell zum Dr. Büttner rüber zu laufen, ihm zu erklären, daß es unmöglich ist, arbeiten zu gehen, wir sind so krank. Und im frühen Frühjahr, Januar 75, brachte der Willi die Maik und die Thea aus Berlin mit, die dort auch aus dem Internat rausgeflogen sind, die haben dort in Weißensee gearbeitet in der Behindertenanstalt und müssen sich dort ein lustiges Leben gemacht haben. Wollten eh weg. Die Hütte war groß genug, daß jeder ein eigenes Zimmer haben konnte. Willi und Maik hatten sich ziemlich schnell zusammen geschmissen. Thea hat ganz lange für sich gewohnt, dann kam ein Weilchen später der Bernd Markowsky dazu, und wenn ich mich recht erinnere, so in der 2. Hälfte des Sommers 75 bin ich dann ganz übel krank geworden, lag eine Weile im Krankenhaus. Und als ich dann wiederkam, wußte ich nicht mehr, wer da wohnt. Da war ein solches Durcheinander, und das Durcheinander war überhaupt nur möglich, weil wir überhaupt keine Strukturen hatten. Welche Spielregeln gelten, wer kümmert sich um was. Die Miete haben wir regelmäßig bezahlt, und das Klo, was im Vorderhaus war, haben wir reihum sauber gemacht, damit wir mit den Bewohnern im Vorderhaus keinen Krach kriegten, das war auch alles. Ansonsten die ewige Abwaschfrage. Auch die Frage, warum wir zusammen wohnen wollten, wohnten wir zufällig zusammen oder wollten wir auch was zusammen machen. Das waren Sachen, die haben wir angefangen zu diskutieren, als es viel zu spät war. Und im Herbst 75 war es eigentlich so weit, daß es für viele Leute eine Absteige war. Der Gedanke an Kommune war da schon weg. Ich bin dann auch ausgezogen, das war mir dann zu wuchtig. Die Jahnstraße. Das muß im Frühsommer gewesen sein, also Mai oder Juni 75, wir sind, also nicht nur die Gorkistraße, auch andere aus der JG, also du ja auch (Gesprächspartner ist hier Thomas Grund, d. A.) dauernd in der Stadt unterwegs gewesen und haben nach dreckigen Fenstern von leer stehenden Wohnungen geguckt. Und ich weiß noch, also du kamst vom Wohnungsamt, nachdem du gedacht hast, wir melden 3 und kriegen eine und enttäuscht warst und gesagt hast, denen melden wir gar

nichts mehr, die haben sich alles auf den Tisch gezogen und haben sich gefreut. Die, für die du die Wohnung haben wolltest, ist auch wieder leer ausgegangen. Oft war es ja erfaßt (die Wohnungen beim Wohnungsamt, d. A.), aber es ist oft immer mal was dazwischen gewesen, wovon die gar nichts wußten. Bei einer Suchaktion sind wir auf die Jahnstraße getroffen. Das war wohl Gründerzeit mit sehr hohen Decken, mit riesigen großen Räumen, und ich glaube, wir sind das erste Mal eingebrochen, um sie uns anzusehen und waren total begeistert. Und haben dann mitgekriegt, daß es da einen Hausverwalter gibt, der da die Mieten kassiert und fürs Schneeschippen zuständig ist. Und da dachten wir, wenn da Not am Mann ist, da haben wir eine Chance, da rein zu kommen. Da kam der Bibe[156] aus Gera, und seine Freundin hat in Erfurt studiert, und die haben versucht, auf halbem Wege eine gemeinsame Bleibe gesucht, weil sie so kaum zusammen kommen konnten. Und da fiel uns die Wohnung wieder ein. Der hatte erst eine Weile in der Gorkistraße mitgehaust in der Küche auf dem Kanapee, da wollten wir es versuchen. Da kam uns die Idee, wir besorgen uns ein FDJ-Hemd, wir mußten ja irgendwie an dem Hausverwalter vorbei, der wohnte mit im Haus. Und einfach so rein, da hätte der die Polizei geholt. Wir wußten da noch nicht, daß es eine Zeiss-Wohnung war.[157] Wir dachten, das wäre eine Stadtwohnung. Mit Stadt hatten wir ja an anderen Stellen erlebt, wo wir dachten, nein, das hatten wir schon. Im schlimmsten Fall eine Strafe, und das Ding hätte sich gegessen. Beim Überlegen, wie kommen wir an den Hausverwalter ran, wie stimmen wir den für uns günstig, haben wir uns widerstrebend ein FDJ-Hemd angezogen. Ich habe damals das erste Mal in meinem Leben bewußt ein FDJ-Hemd getragen. Du mußt dir vorstellen, diese verstrunsten Gestalten. Mit FDJ-Hemd, und der große Handwagen stammte vom Kohlenhandel, wenn irgendwo mal Grobmüll war, da hatten wir uns immer bei denen den Handwagen geborgt, sind dann in die Stadt getigert und haben unsere Schränke aufgeladen, die wir uns ausgesucht hatten. Und da haben wir diesen Wagen beladen mit alten Eimern und einer Leiter, so daß das aussah wie Handwerkszeug, und sind fröhlich singend zu dem Hausverwalter gegangen und haben Guten Tag gesagt, wir sind die FDJ-Jugendbrigade von Zeiss Dingsbums da. Das mit dem Zeiss war Zufall, wir hätten auch sagen können, wir sind eine Brigade von sonst wo her, aber daß das Zeiss war, das war wohl wahrscheinlich das Stichwort. Ach Jungs, das ist aber schön, ihr kommt wohl wegen der Wohnung, na alles klar. Bibe hatte damals einen Job bei Zeiss, bei Zeiss in Gera. Da sollte das damals auch geregelt werden, aber Zeiss hatte sich anfangs total quer gestellt. Die sollten da auch wieder raus, aber der Verwalter, der fand das total in Ordnung, hat uns auch sofort alles geglaubt, hat uns die Wohnung aufgeschlossen, na Klasse Jungs,

[156] Kirstein, Marian „Bibe“, im OV „Pegasus“ erfaßt, MfS Reg.-Nr. X/66/75, Akteur im Lesekreis und Akteur im Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte 1975 bis 1977.

[157] Betriebseigene Wohnung des damaligen VEB Carl Zeiss Jena. Solche Wohnungen durften nur an Betriebsangehörige vermietet werden.

die Wohnung, da wäre es ja schade drum. Da haben wir drei Leute vorgestellt, die da einziehen sollten, Bibe´s Freundin und der Otto. Und da haben wir als FDJ-Jugendbrigade noch 2 Tage symbolisch mitgemacht, und dann war uns klar, die renovieren das selber. Der Zirkus ging dann erst 3 Wochen später los, als die bei Zeiss gemerkt haben, daß sie da einen neuen Mieter drin haben. Und Bibe hat dann angefangen sich zu bemühen, leise einen Mietvertrag zu bekommen, und die Betriebswohnung geben sie nicht her. Und da haben wir erst mitgekriegt, daß das nicht Stadt ist. Da sind die noch geschlossen zu einer Stadtverordneten, die damals im Westviertel zuständig war, einer alten Dame, und haben ihr die Geschichte erzählt. Aber das habe ich nicht mehr so richtig miterlebt. Die wäre total begeistert gewesen und wäre wohl mit einer Strafe von 400,- bis 500,- Mark pro damals Hausbewohner (zufrieden gewesen, d. A.) und hatten einen Mietvertrag.“ [158]

Überregionale Bedeutung erlangte 1975 die Wohngemeinschaft Gartenstraße 7.[159] Zahlreiche Akteure des damaligen Arbeitskreises Literatur und der Jungen Gemeinde erlebten hier ihren ersten großen Bruch mit der staatlichen Macht durch einen brutalen Polizeiübergriff auf die Bewohner und ihre Gäste am 18. Januar 1975. In der Folge kam es zu Hausdurchsuchungen bei mehreren Akteuren und zu vorübergehenden Festnahmen. Aus diesem Erlebnis heraus begann sich eine solidarische oppositionelle Szene zu formieren. Im Empfinden einzelner Akteure war die Polizeiaktion in der Gartenstraße eine wesentliche Voraussetzung für ihre Politisierung. Die jungen und älteren Jugendlichen schweißten sich hier zusammen.[160] Ihr stärkstes politisches Mittel für einen ersten gemeinsamen Protest wurden die zahlreichen Eingaben an die staatlichen Stellen. Nicht die Einzeleingabe selbst jagte den SED-Genossen Angst ein, sondern die Tatsache, daß sich hier von polizeilicher Willkür Betroffene gemeinsam wehrten. „Ich weiß, daß die hinterher sich alle beschwert hatten, Eingaben geschrieben haben, und daraufhin wurden sie noch mal alle geholt und wurden beknietscht (von der Abt. für Eingabewesen des Rates der Stadt, d. A.), ihre Eingaben zurück zu ziehen. Und die, die sie zurückgezogen haben, wurden sofort in U-Haft geholt, die kriegten ein Verfahren wegen Verleumdung dran. Und die, die sie aufrecht erhalten haben, denen ist nichts passiert. Und daraufhin kam es dann zu der Sammlung, da kam dann die Ordnungsstrafe.“[161]

Akteure, Polizei und das Ministerium für Staatssicherheit - waren gleichermaßen von den Vorgängen und seinen Auswirkungen überrascht. Die Akteure fragten sich allerdings, ob die Polizei nur zufällig überreagiert hatte und gegen wen und was sich der Übergriff tatsächlich richtete. Tatsächlicher Hintergrund war, daß das Ministerium für

[158] Zeitzeugengespräch mit Thomas Kretschmer 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[159] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 42.
[160] Zeitzeugengespräch mit Thomas Kretschmer 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[161] Zitat Thomas Grund In: Grund, Thomas: JG-Heft.

Staatssicherheit in Erfahrung bringen wollte, wie viele Jugendliche sich inzwischen in diesem „negativ-feindlichen“ Umfeld versammelten. Dazu braucht man einen Anlaß, um offizielle Verhöre durchführen zu können. Nach den Verhören und Verhaftungen folgten weitere Hausdurchsuchungen und die Ordnungsstrafen. Eine Tonbandrolle mit Aufnahmen von Wolf Biermann erhärtete beim Ministerium für Staatssicherheit den Verdacht, es hier mit einer politisch oppositionellen Gruppe zu tun zu haben. Die folgenden repressiven Maßnahmen festigten wiederum bei den Jugendlichen den Verdacht der gezielten politischen Verfolgung, worauf sie ihre Gegenwehr verstärkten. Neben den schriftlichen Eingaben an zuständige und übergeordnete Organe organisierten sie jetzt Solidaritätsaktionen auch weit über Jena hinaus. In Jena selbst organisierten sie eine Aktion zum Rutenschneiden im Saaletal. Organisator der Rutenschneideaktion war die damalige Freundin von Roland Jahn. Sie erklärte die Aktion gegenüber dem zuständigen Betriebsleiter in Dornburg als Solidaritätsaktion einer FDJ-Gruppe, die für eine „Soli-Aktion“ Geld brauche und dafür arbeiten wolle.[162] Für viele war dies das zentrale solidarische Erlebnis in der Jenaer Szene, auch weil sich hier verschiedene Akteure aus unterschiedlichen Gruppen begegneten. Im Ergebnis dieser Solidarisierung bildete sich eine stadtübergreifende oppositionelle Szene heraus, die bis zur Biermann-Affäre Ende 1976 politisch aktiv war. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte genau das Gegenteil erreicht. Die vermutete „feindlich-negative“ Gruppe gab es jetzt in Form einer oppositionellen Szene. Einige Akteure organisierten in dem bereits bestehenden Kontaktnetz zu anderen Gruppen in der ganzen DDR Geldspenden, um die auferlegten Ordnungsstrafen oder die anstehenden Anwaltskosten der Inhaftierten zu übernehmen. „Wir hatten innerhalb von 4 Wochen über 4000,- Mark gesammelt. Es kam sogar Geld aus Wismar und Rostock**.** In Jena haben uns wildfremde Leute angesprochen und uns Geld gespendet.“[163] IM „Helmut Falke“ berichtete dazu: „[...] im Anschluß an diesen Konvent unterhielt ich mich mit Grund. Er erzählte mir, daß er heute und am Sonntag, d. 16. 3., zu Koch nach Gera fährt. Er informierte mich weiterhin, daß in der Strafsache Gartenstraße bisher 3500,- M an Solidaritätsgeldern für die Verurteilten gesammelt wurde. Er habe daran einen Sammelbeitrag von 225,- M erbracht.“[164]

Das gemeinsame Erlebnis der Solidarität erzeugte bei den Jugendlichen eine weitere Abgrenzung gegen die politischen Machthaber und solidarisierte sie untereinander über bisherige individuelle Unterschiede. Plötzlich waren sie eine Solidargemeinschaft**.** Selbst sogenannte biedere Bürger solidarisierten sich, wenn sie

[162] Peter Rösch im Brief an den Autor vom 15.03.2002.
[163] Zitat Peter Rösch aus Brief an den Autor vom 15.03.2002.
[164] IM „Helmut Falke“, MfS Reg.-Nr. X/800/71 von 1971-1979. Bericht aus Handakte Thomas Grund, IM „Mathias“, MfS Reg.-Nr. X/57/77, Teil I, Bl. 32, Archiv Thomas Grund. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 6.

von den „unsauberen Vorgängen“ in der Gartenstraße erfuhren. „Was ich bei der Geschichte am stärksten gespürt habe, war die Solidarität der Leute um uns herum, zu denen wir dann zum Teil auch hingegangen sind, um sie zu fragen, was sie erlebt haben, wie sie es erlebt haben. Mit Tonbandgerät auf dem Tisch wollte niemand sprechen. Wir haben also viele Gedächtnisprotokolle gemacht, aber wo die geblieben sind, weiß ich nicht. Die, die das mitgekriegt haben, waren entsetzt. Ich kann mich erinnern, daß eine alte Frau aus der Nachbarschaft in der Gartenstraße zu uns sagte, sie wohnt ja nun schon ganz, ganz lange hier, und sie hat erlebt, wie 1933 Kommunisten abgeholt worden sind von der Gestapo, und das war kein Haar anders. Das hat uns natürlich stolz gemacht. Es war eine tolle Geschichte, wie das brave, biedere Bürger in der Umgebung politisiert hat, zum Nachdenken gebracht hat. Ich habe im Städtischen Krankenhaus gearbeitet, und ich habe das natürlich überall erzählt. Allen Leuten, die es hören wollten, habe ich die Gartenstraßen-Geschichte erzählt. Die Reaktionen auf meine Geschichte waren erstaunlich. [...] Das kann doch nicht sein, die saubere, friedliche DDR. Eine Solidaritätsaktion, die aber nichts mit Geld zu tun hatte, habe ich noch miterlebt. Das war zu der Gerichtsverhandlung, wo die Bewohner der Gartenstraße, und ich weiß nicht, wer noch dazu in Gera verknackt wurde wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt und öffentlicher Herabwürdigung, ich weiß es nicht mehr. Es hatten Leute Eingaben gemacht, und danach hatten einige diese wieder zurückgezogen. Also waren die Eingaben gelogen. Als diese Gerichtsverhandlung war, sind viele Leute aus Jena und aus der JG, aus dem Freundeskreis nach Gera gefahren, wollten mit dort sein. Wir haben nicht einmal gehofft, in den Gerichtssaal hinein zu kommen. War auch nicht, der war bis auf den letzten Platz besetzt, aber von keinem von uns. Alles Herren in Anzügen. Also standen wir draußen vorm Gericht, konnten die sogar sehen, es hat im Erdgeschoß stattgefunden, konnten auch mal winken. Die Polizei war völlig unsicher, was sie mit uns machen sollte. Wir sind da so in Zweiergruppen auf und ab flaniert und waren eben da. Es gab hin und wieder eine Ausweiskontrolle, aber das war´ s dann auch. Wir hatten auch ganz schön Angst gehabt. Der Gerichtsapparat, die vielen Polizisten. Ich kann mich erinnern an einen frühen Morgen, als ich vom Nachtdienst heim kam, bin ich immer durch die Johannisstraße gegangen, und da hat immer der selbe Polizist seine letzte halbe Stunde Nachtstreife abgerissen. Wir haben uns nach einer Weile schon freundlich Guten Morgen gesagt, und eines Morgens hat er mich angesprochen. Wohnst du nicht da hinten im Westviertel, hast du nicht auch zu dieser Truppe gehört? Das war kurz nach der Gartenstraßen-Geschichte. Ich weiß nicht, ob das ein IM war, der etwas mehr wissen wollte, jedenfalls hat der mir dann erzählt, daß er sich erinnern kann, daß einer seiner Vorgesetzten diese Sache vorher schon einmal diskutiert hat und gesagt hat, daß da ein Nest ausgehoben werden muß, ein potentielles

Verbrecher- und Kriminellennest. Wir haben uns danach stärker als Gruppe begriffen. Das war vorher nicht so stark.“[165]

Die Junge Gemeinde Stadtmitte war in Jena trotz zahlreicher Anfeindungen innerhalb der Gemeinde und von Seiten des Staates nie inhaltlich oder politisch isoliert. Seit 1971 bestanden Kontakte zur Katholischen Jungen Gemeinde, etwas später zur Evangelischen Studentengemeinde und zum Theologenkonvikt. Weitere Verflechtungen entwickelten sich zur Jungen Gemeinde in Burgau, in Lobeda und besonders zur Melanchthongemeinde. Die wichtigsten Ansprechpartner und der eigentliche Rückhalt innerhalb der Kirchengemeinde waren der Superintendent, der Studentenpfarrer, der Kreisjugendpfarrer und später auch der Stadtjugendpfarrer. Die Aktivitäten der Jungen Gemeinde Stadtmitte zogen immer auch Jugendliche aus den umliegenden Gemeinden an, umgekehrt war es seltener. Daraus entstand eine Vielschichtigkeit an Interessen und Zielen, die umgesetzt werden sollten und konnten. Beispiele sind die bereits erwähnte Band „Peaceful Death”, die Lesebühne, eine Theatergruppe sowie der Arbeitskreis Wehrdienstverweigerer (AKWV) der Jungen Gemeinde. Aus den Verbindungen zwischen Akteuren der ersten Lesebühne der Jungen Gemeinde Stadtmitte und dem Arbeitskreis Literatur entwickelte sich nach der Polizeiaktion in der Gartenstraße ein politischer Arbeits- und Lesekreis. Hierüber liefen dann auch die weiteren und zum Teil zahlreichen Kontakte zu Jürgen Fuchs, Wolf Biermann und Robert Havemann.

Die Verknüpfung verschiedener Szene-Gruppen erhöhte die Bedeutung der Jungen Gemeinde als zentraler Anlaufpunkt der Offenen Arbeit, wo sich Lehrlinge, junge Arbeiter und Abiturienten mit ähnlichen sozialen, kulturellen und politischen Interessen versammelten. Thomas Auerbach und den anderen Akteuren gelang es, die Junge Gemeinde Stadtmitte zu einem überregionalen jugendkulturellen, sozialen und politischen Zentrum der Offenen Arbeit zu machen. Eine große Bedeutung hatten dabei die jährlichen Werkstätten, wo das oppositionelle Potential zusammenkam. Die repressiven Reaktionen und Maßnahmen des Staates verstärkten das Zusammengehörigkeitsgefühl und erzeugten eine weiterführende politische Solidarisierung untereinander. Polizeiaktionen, Hausdurchsuchungen, Ordnungsstrafen und Verhaftungen politisierten die Jugendlichen zunehmend. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen mit den staatlichen Organen organisierte Auerbach gemeinsam mit Akteuren aus anderen Szene-Gruppen der Stadt Proteste gegen die Biermann-Ausbürgerung. In der Folge kamen wiederum Akteure der Jungen Gemeinde und des Lesekreises ins Gefängnis und wurden von hier aus über erzwungene Anträge zur Ausreise in den Westen abgeschoben. Auerbach und die anderen Verhafteten standen vor der Alternative, sich entweder in den Westen abschieben zu lassen oder langjährige Haftstrafen auf sich zu nehmen. Die meisten der Betroffenen entschieden sich letztlich

[165] Zeitzeugengespräch mit Thomas Kretschmer 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 42 ff.

für den Westen. Ein wesentlicher Hintergrund für die Entscheidung Auerbachs, in den Westen zu gehen, war aber nicht allein der repressive Druck von Seiten des Staates, sondern auch der fehlende Rückhalt in der eigenen Kirchengemeinde. Auerbach war durch sein persönliches und politisches Engagement in der Jungen Gemeinde vielen Anfeindungen ausgesetzt. Der größte Teil der Mitglieder der Kirchengemeinde sah in seiner Jugendarbeit die traditionelle kirchliche Jugendarbeit verletzt, weil man in der Jungen Gemeinde vor allem christliche Inhalte mit der Lupe suchen könne. Das Verhalten der Jugendlichen galt ohnedies als unangepaßt und widersprach den religiösen und ethischen Bedürfnissen der Gemeindemitglieder. Auerbach und die Jugendlichen der Offenen Arbeit paßten nicht in das Bild eines DDR-Jugendlichen,[166] das die „Kirche im Sozialismus“ mittrug. Die Kirche verweigerte den Betroffenen ihren Beistand gegen die politischen Repressionen des SED-Machtapparates. Auerbach sah damit sein Verhältnis zur Kirche als gebrochen an und der Versuch eines selbstbestimmten Lebens in der DDR schien gescheitert. Aber auch das Denunziantentum durch IM stand schon früh gegen das, was sich gerade erst entwickelte hatte. Seit 1971 war die Junge Gemeinde fester Bestandteil der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit. Die härtesten Konsequenzen daraus waren Versuche zur Anwerbung als IM, soziale und gesellschaftliche Ächtung, Verhöre, Verhaftung und Vertreibung.[167] Der Verlust von Auerbach bedeutete für die soziale Gemeinschaft der Jungen Gemeinde einen tiefen Einschnitt, für die nachfolgende Generation jedoch zugleich Krise, Herausforderung und Neuanfang.[168]

1.3 DIE OFFENE ARBEIT ZIEHT KREISE - VERBINDUNGEN ZUR JENAER KULTUROPPOSITION

Die Kontakte und Verbindungen zwischen den Akteuren der Jenaer alternativen Kulturszene und der Jungen Gemeinde Stadtmitte waren für die Herausbildung oppositionellen und widerständigen Verhaltens in Jena für die zweite Hälfte der siebziger Jahre wichtige Indikatoren.[169] Der Arbeitskreis Literatur (AKL) war seit seiner offiziellen Gründung im Dezember 1973 in diesem Zusammenhang neben der Jungen Gemeinde die wichtigste Gruppe in Jena. „Die Kontakte zum Lesekreis (also zwischen

[166] Vgl. Mählert, Ullrich: „Die gesamte junge Generation für den Sozialismus begeistern“. Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend. In: Weber, Hermann Hg.: Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994, S. 73 ff.

[167] Zeitzeugengespräch mit Thomas Kretschmer 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

[168] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

[169] Hildebrand, Gerold: Zehn sind manchmal mehr als zehntausend. Die Jenaer Friedensgemeinschaft 1982/83. In: Gerbergasse 18, Heft 3, 1997, S. 2 ff. Hg.: Geschichtswerkstatt Jena e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten Thüringen für die Stasiunterlagen. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, Bonn 1999, S. 240 f.

der Jungen Gemeinde und dem Arbeitskreis Literatur, d. A.) bestanden eh. Es gab dann intensivere Kontakte, das kann man alles im OV „Pegasus“ nachlesen, nach der Solidaritätsaktion des Lesekreises für Portugal, wo diese Leute dann Unterschriften gesammelt haben gegen den Militärputsch in Portugal und die Forderung an das Neue Deutschland gestellt wurde, das zu veröffentlichen. Das war am 26.1.1976. Ich war aber in diesem Lesekreis schon vorher. Manche Leute hat aber zum Beispiel die stark doktrinär linke Meinung von Bernd Markowsky abgestoßen, obwohl er mit dem, was er gesagt hat, durchaus Recht hatte, wobei ich von uns allen sagen muß, wir haben uns ja in gewisser Weise in so einem Prozeß 1973/74 angenähert, haben unsere Ziele miteinander abgeglichen und haben sehr viele Gemeinsamkeiten festgestellt, was also die Veränderung der Gesellschaft in der DDR betraf. Wir sind damals aber noch […] ausgegangen von einem realen Sozialismus, der eigentlich nur zu verbessern ist, wo Grundvoraussetzungen eigentlich da sind in dieser Gesellschaft, also beispielsweise die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, und nach den sozialistischen Klassikern mußten wir die Bürokratie kritisieren. Wir haben das auch versucht mit verschiedenen Aktionen, z. B. indem wir einen Jugendförderplan für die Post gemacht haben und ähnliche Dinge. Ich bin beispielsweise 1974 in die CDU eingetreten.“[170] Peter Rösch formuliert in der Rückschau für diesen Zusammenhang seine mit Auerbach gemeinsame politische Vorstellung als eine Vorstellung vom „demokratisch freiheitlichen Sozialismus“, die sie zu dieser Zeit diskutierten und verbreiteten.[171] Der Arbeitskreis Literatur und die Junge Gemeinde Stadtmitte waren in ihren Ausgangslagen, Interessen und Zielen zunächst ganz und gar verschiedene Gruppen. Was beide von Anfang an und unabhängig voneinander einte, war das Prinzip der Offenheit. Ein konspiratives Vorgehen blieb durch die repressiven Reaktionen seitens des Staates später nicht aus. Beide Gruppen setzten sich kritisch mit der gesellschaftlichen Realität in der DDR auseinander und waren ein Versuch einer sozialen und kulturellen Alternative gegenüber der offiziellen staatlichen Jugend- und Kulturpolitik. Die wichtigsten Akteure des Arbeitskreises Literatur waren neben dem Initiator und Gründer Lutz Rathenow Bernd Markowsky, Wolfgang Hinkeldey, Siegfried Reiprich und Udo Scheer.[172] Zentrale Personen für die Politisierung der Gruppe waren Jürgen Fuchs und

[170] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach 1995, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[171] Peter Rösch aus Brief an den Autor vom 15.03.2002.
[172] Lutz Rathenow, 1973 Student der Geschichte und Germanistik an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, 1977 im Zusammenhang mit der Biermann-Ausbürgerung Verhaftung und Exmatrikulation, danach 1977 Umzug nach Ost-Berlin, dort tätig als Transportarbeiter, freier Theatermitarbeiter und freischaffender Autor, wichtige illegale Verbindungsquelle zwischen Jenaer Opposition und westlicher Presse bis 1989. Bernd Markowsky, 1967 bis 1976 Buchdrucker, Schlosser, Buchverkäufer, Wäschereiarbeiter, Fräser, Mitbegründer des Arbeitskreises Literatur, einer Kabarettgruppe, einer Theatergruppe, szenische Lesungen und Aufführungen in der Jungen Gemeinde, 1977 Ausbürgerung nach West-Berlin. Siegfried Reiprich, Mitbegründer des Arbeitskreises Literatur, 1975 Philosophiestudium, 1976 Exmatrikulation, danach bis 1979 Hilfsarbeiter und erneutes Studium, 1978/79

Wolf Biermann. Zwei wesentliche Ursachen kamen zusammen, die zur Gründung des Arbeitskreises führten: die politischen Bedingungen in der DDR und das Aufbegehren einer neuen DDR-Jugendgeneration. Der nach außen hin überraschende Machtantritt Erich Honeckers am 3. Mai 1971 und der VIII. Parteitag der SED vom 15. bis 19. Juni 1971 wurden allgemein als Signal der Erneuerung verstanden, so auch von den Akteuren des Arbeitskreises Literatur. Manchem mochte es wie Freiheitsglocken in den Ohren geklungen haben, als der neue erste Mann im Staat während der 4. Tagung des Zentralkomitees am 17. Dezember 1971 den neuen Kurs der Partei mit dem berühmten Satz bekräftigte: „Wenn man von den festen Positionen des Sozialismus ausgeht, kann es meines Erachtens auf dem Gebiet der Kunst und Kultur keine Tabus geben."[173] Eingebettet in das auf dem VIII. Parteitag der SED verkündete Programm von „Einheit der Wirtschafts- und Sozialpolitik", erweckte die zugestandene geistige Öffnung einige Hoffnung bis hin zur Vision, der Sozialismus könnte mit seiner dogmatischen Vergangenheit brechen und eine humanistische, demokratische Ordnung anstreben. Auch im Kulturbereich schien relative Mündigkeit angesagt: „Die Schriftsteller und Künstler sollten [...] vor allem in ihren Verbänden und deren Parteiorganisationen einen offenen, sachlichen, schöpferischen Meinungsstreit darüber führen, wie der neue Gegenstand immer besser gemeistert werden kann. Das setzt eine enge Verbindung der Künstler mit dem Leben und ihr bewußtes, tiefes Verständnis für die Entwicklung unserer Gesellschaft voraus. Dann werden die Schriftsteller und Künstler ohne Zweifel nicht nur die richtigen, unserer Gesellschaft nützlichen Themen in den Mittelpunkt ihres Schaffens stellen, sondern auch die ganze Breite und Vielfalt der neuen Lebensäußerungen erfassen und ausschöpfen."[174] Erich Honecker rief die jungen Leute also dazu auf, eigene Kreativität in die „Erneuerung der sozialistischen Kultur" einzubringen. Zumindest wollten die Akteure des Arbeitskreises Literatur, geübt im Interpretieren und Zwischen-den-Zeilen-lesen, das so verstehen, wenn Honecker sagte: „Gegenwärtig wirken über eine Million Bürger, darunter sehr viele junge Menschen, in Volkskunstgruppen und Zirkeln. Diese Bewegung nimmt einen wichtigen Platz im kulturellen Leben ein. Ihre Impulse sollten mehr als bisher genutzt werden, um den

---

Gründung eines illegalen Lesekreises, 1980 wieder exmatrikuliert, 1981 Ausreise nach West-Berlin. Udo Scheer, 1973 bis 1975 Mitglied des Arbeitskreises Literatur. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 230-244. Scheer als ehemaliges Mitglied des Arbeitskreises Literatur beschreibt in seinem Buch die Entstehung und den Fall des Arbeitskreises Literatur in hervorragender Weise. Dabei vernachlässigt er aber die Bedeutung dieses Arbeitskreises über seine eigenen Interessen hinaus und geht in seiner Wahrnehmung nur auf einige Berührungspunkte mit der Offenen Arbeit ein. Den gemeinsamen Weg hin zu einer politisch oppositionellen Szene schreibt er weitgehend allein dem Wirken des Arbeitskreises Literatur zu.

[173] Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995, S. 140. Vgl. Scheer Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 14.

[174] Honecker, Erich: Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S. 77. Vgl. Scheer Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 15.

kulturellen Alltag in den Kreisen, Städten und Gemeinden zu bereichern."[175] In der Realität waren jugendgemäße Freizeitangebote Mangelware, zumeist von der FDJ organisierte Pflichtveranstaltungen mit politischen Phrasen durchsetzt. Die Jugendlichen sollten sich für das paramilitärische Treiben der Gesellschaft für Sport und Technik begeistern lassen oder von Leistungssport in Sportvereinen träumen. Soziale und kulturelle Aktivitäten, die die Bedürfnisse der Jugendlichen erreichten, gingen oft auf Eigeninitiativen zurück. Gemeinsame Partys, auf denen westliche Musik gespielt wurde oder Wanderungen, waren für Jena typische Eigeninitiativen.

Lutz Rathenow**,** befragt nach seinen persönlichen Vorraussetzungen, Erfahrungen und seiner Entwicklung, sagt: „Ich kann […] sagen, daß ich in einem Elternhaus aufgewachsen bin, in dem der Vater Leiter des städtischen Verkehrs war und in der Partei und im wesentlichen schon mitmachte und meine Mutter immer gegen die DDR war, so daß ich von Anfang an sehr starke feindliche Schübe feindlichen Bewußtseins bekam. Und Diskussionen, ob die Kommunisten schlimmer sind als die Nazis oder nicht, führten (dazu, daß d. A.) ich eher eine gewisse häusliche Opposition aufbaute dagegen, daß die Kommunisten die Schlimmsten sind. So am Anfang. Das hat meiner gewissen linken Sozialisation bis zum 14./15. Lebensjahr Vorschub geleistet. Ich war dann außerordentlich politisch interessiert und in einem Kreis von Leuten, im wesentlichen in meiner Schule, in meiner Klasse, engagiert. Ich war immerhin an der EOS (Erweiterte Oberschule, d. A.). Und ich hatte da auch Probleme wegen der Haare und dieser ganzen Pop-Kultursachen, aber immerhin, ich war dort. Die Lehrer nahmen einen irgendwo ernst. Es gab auch mal Aussprachen, es gab Diskussionen über das Offiziers-Dasein, man wurde mal von der Schule geschickt am ersten Schultag, um zum Friseur zu gehen. Aber es war eine Ebene, die einen vorerst nicht ins totale Abseits stellte. Es gab keine Verhaftung. Die Stasi (Ministerium für Staatssicherheit, d. A.) kam bis zu meiner ersten Festnahme 1976 nicht direkt auf mich zu. Das ist eine Sache, wo man im Nachhinein fragen kann, warum eigentlich nicht, warum haben sie das nicht in der Periode vorher schon versucht. Das haben sie mir dann auch so gesagt: Wir hätten früher auf Sie zukommen müssen. Über die Schule hinaus hatte ich zu der Zeit auch schon Kontakte zu Menschen außerhalb der Klasse wie zu dem Maler Gerd Sonntag, Lutz Leibner und Helmut Döderlein, ein heute am Rande befindlicher Mensch. Es gab überall in Jena Leute, die einen sehr stark in dieser Politisierung mit Diskussionsstoff, mit Büchern, mit Anregungen, mit Straßendiskussionen beschäftigten. Das West-Radio spielte für uns eine große Rolle, besonders der Norddeutsche Rundfunk, noch mehr als der Bayrische Rundfunk. Der Norddeutsche brachte, im Nachhinein betrachtet, u. a. Musikstücke von Frank Zappa, Emsi Five, My Generation, The Who, Street Feeling und Rolling Stones. Etwas später war dann 1973 „Keine Macht für Niemand" von

[175] Ebenda Scheer. S. 15.

„Ton-Steine-Scherben“ angesagt, Musik, die andere Sender nicht brachten. Es gab auch politisch kabarettistische Sendungen im Rundfunk. Damit hätte ich dann wahrscheinlich auch schon den Geschmack einiger Leute in der damaligen offenen Jugendarbeit mit getroffen. Also, es war sozusagen Rebellion war Alltag. [...] Janis Joplin, Jimi Hendrix, Bob Dylan, […] (die d. A.) Stones faszinierten uns mit ihrem Protest gegen die Spießigkeit und erzeugten ein diffuses Verlangen nach Freiheit. Dieses Verlangen sollten die Funktionäre der FDJ-Leitungen vor allem über die viel zu wenigen Jugendklubs kanalisieren [...] Es war eine Übernahme der westlich geprägten Nach-68er-Zeit mit ganz speziellen Gefühlsmustern Ost. Das verband mich mit einem fiktiven „wir“ schon vor 1973, 1974, wo ich auch schon jemand wie Thomas Auerbach oder andere Leute der Jungen Gemeinde wahrnahm, obwohl sie für mich nicht das Zentrum waren, auch nicht sein sollten. Ich kann das heute nicht mehr richtig, […] nicht mehr genau und ehrlich sagen, was der Hauptgrund für unsere Verbindungen war. Ich war im Grunde so linksradikal eine Weile, daß ich kirchenfeindlich eingestellt war, ganz klar. Das hat sich dann aber relativ rasch abgebaut, aber ist doch eine Ausgangsstellung, sozusagen die Kirche wäre mir wie ein freiwillig gewähltes Abstellgleis am Anfang gewesen. Zum anderen war es für mich so, daß ich doch eher zu Leuten hin tendierte, die sich entweder sehr stark politisch oder auch künstlerisch beschäftigen wollten.“[176] „Intensives Hören frecher Jugendsendungen weckte Sehnsucht nach revolutionären Veränderungen. Der Preis eines Che-Guevara-Posters lag knapp unter dem der Rolling Stones. Freunde dachten wie ich, sicher eine Minderheit, uns reizte jedenfalls die Hauptstadt auch als Möglichkeit, kritische Westinformationen aus erster Hand zu bekommen. Ich traf Maoisten, hörte zum ersten Mal den Begriff „Anarchosyndikalismus“. Ich denke an die Black Panther Party, Sektion Jena, die wir gründeten. Aus Berlin kam erstes Studienmaterial. Darunter haßsprühende Anklagen eines farbigen Bürgerrechtskämpfers gegen die Regierung seines Landes. Wir diskutierten heftig über seine einzige kritische Anmerkung zur sowjetischen Politik: Sie versäume es, die Zentren des amerikanischen Industriekapitals mit Atombomben auszuradieren!“[177] „[...] Und in diesem Zusammenhang kam es zu den ersten Politisierungsversuchen mit der Gründung der Black-Panther-Party 1971, in dem Jahr, wo ich zur Armee eingezogen worden bin und immer ein paar Tage mitgearbeitet habe. In dieser Phase war auch eine Unterschriftensammlung für die Freilassung und Freiheit von Angela Davis. Wir haben bereits Unterschriften gesammelt, noch bevor es offizielle Sachen in der DDR gab. Das war also sozusagen so ein erster linksradikaler Schub. Und im Grunde habe ich das alles mitgemacht, was ich dann auch in den 80er Jahren noch gemacht habe, nämlich mit einer gewissen sensiblen Blindheit dafür, als lebe ich in einer Umgebung, die mir vieles ermöglicht. Daß das nicht so war, darauf haben mich

[176] Zeitzeugengespräch mit Lutz Rathenow am 08.01.2001 in Berlin mit dem Autor.
[177] Zitat Lutz Rathenow. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 15.

ständig andere Leute hingewiesen. Die meinten: Sag mal, tickst du noch richtig, mit Gerd Sonntag eine Partei gründen zu wollen, hier in der DDR, na sag mal. Als ich Gerd Sonntag darauf ansprach und ihn schon eintragen wollte, sagte ich ihm, na wenn du nicht richtiges Mitglied werden willst, schreibe ich dich eben auf die Liste der assoziierten Mitglieder drauf. Da sagt er, bitte das läßt du mal sein, weißt du, wo du lebst, hier kann man keine Partei gründen. Daraufhin sagte ich, das sehe ich gar nicht ein, warum nicht. Ich habe allerdings dann einen Stupser, einen kleinen ersten Schock gekriegt, als ein Hotte, den ich nur unter seinem Spitznamen Hotte kenne, [...] er soll ja wohl auch eifrig Berichte für das MfS geschrieben haben, als er mir die Gründung einer Zeitung vorschlug. Das war wohl 1971. Er wollte die Druckmaschine besorgen, und ich sollte die Artikel schreiben. Das schien mir dann doch ein bißchen viel des Möglichen zu sein, das geht nicht einfach so eine Zeitung gründen, klar. Ja, ich kann mir vorstellen, wenn ich im Nachhinein meine Akten lese und den Mechanismus der Stasi (Ministerium für Staatssicherheit, d. A.) bei der Aktenauswertung so ansehe, ist es so, daß wenn man in sehr rascher Folge schnelle Entwicklungsschübe vollzieht, hatten die Stasi-Leute (Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, d. A.) eine gewisse bürokratische Trägheit, das nachvollziehen zu können, um über ihre Berichte, ihre Auswertungen, ihre Pläne angemessen darauf zu reagieren. Und als sie 1971 erstmals gecheckt haben, in welche Richtung mein Aufbegehren geht, bin ich zur Armee einberufen worden. Und bei der Armee war ich vor allem eins - unauffällig. Trotzdem war die Armeezeit für mich ein starker Einschnitt in dem Sinne, weil mir die autoritäre Potenz der DDR hier zum ersten Mal und das Land selbst so richtig auf den Sack ging. Das muß ich wirklich so sagen. Ich meine, mir wäre jede Armee lästig gewesen. Aber eine, die einen am Wochenende nicht nach Hause ließ, ich hatte u. a. fünf Monate Ausgangssperre, das war schon im Grunde ein Ansatz zu einer gewissen Depression in der Zeit, in der ich auch nicht geschrieben habe, wo man auch gewisse Gefährdungen durchlebte, die man dann auch selbst an sich beobachten konnte. Also, ich kam im April 1973 von der Armee dann zurück, und dann brauchte es wieder eine Zeit, sich darauf einzustellen. Da wurde der Arbeitskreis Literatur gegründet.“[178] „Die meisten der frühen Arbeitskreismitglieder, Markowsky, Hinkeldey, mich und andere einte das Interesse an Rock-Musik. Wir bevorzugten die härteren Sachen, die durchaus auch in der westlichen Welt zu provozieren wußten. Bei Jugendtanzveranstaltungen, zum Beispiel im „Kulturhaus Nord", lernte ich einige der späteren Arbeitskreismitglieder kennen.“[179]

Rathenow und die anderen Akteure glaubten 1973, mit der Gründung des Arbeitskreises den neuen Kurs in der DDR-Kulturpolitik für ihre künstlerischen Interessen nutzen zu können. Unterstützt von einer Mitarbeiterin des Kulturhauses Jena-

[178] Zeitzeugengespräch Lutz Rathenow am 08.01.2001 in Berlin mit dem Autor.
[179] Zitat Lutz Rathenow. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 16.

Neulobeda schloß Rathenow im Dezember 1973 einen Vertrag mit dem neu eröffneten Kulturhaus im Plattenneubauviertel mit 14000 „Wohneinheiten“. Mit diesem Vertrag konnte er seine zuvor im elterlichen Wohnhaus als „Freitee-Treffen“ zelebrierten Zusammenkünfte fortan als „Arbeitskreis Literatur und Lyrik“ etablieren. Nebenan gab es Nähzirkel und Kochkurse. „Es ging zu der Zeit nicht um Alles oder Nichts, es ging um Mehr oder Weniger. Literatur, Lieder und die bildende Kunst schienen einen relativen Freiraum für eigenständiges Denken und die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Ordnung zu bieten. Zugleich wurde von den Vorsichtigeren der neurotische Gedanke ausgesprochen, die Staatssicherheit nicht durch zu kritische Texte auf den Kreis aufmerksam zu machen. Werke von Ernst Bloch, Herbert Marcuse und Robert Havemann kursierten. Maoistische und trotzkistische, westliche und sozialismuskritische osteuropäische Literatur wurde gelesen, wie man ihrer habhaft wurde, also unsystematisch. [...] Wir waren ziemlich schnell in den Höhen der Weltliteratur, auch wenn wir sie nicht alle verstanden, sicher auch beeinflußt von einem Schuß Politkitsch von links, Majakowski und ähnliche Leute, aber von Anfang an mit ziemlich vielen irritierenden Momenten. [...]] In den Schreibversuchen und Diskussionen ging es nicht selten um eine Positionsfindung zwischen dem eigenen gesellschaftlichen Ideal, dem Prager Frühling und der erfahrenen DDR-Wirklichkeit. Wir erhitzten uns an den zentralistischen Strukturen, Meinungsmanipulation, dem Auftrag der Nationalen Volksarmee. [...] Die Diskussionen erwuchsen aus dem Glauben, die sozialistische Ordnung sei verbesserbar, es fehle nur die richtige sozialistische Haltung, eine Haltung, bei der sich der Arbeitskreis Literatur auf Robert Havemann und Wolf Biermann berufen konnte. Zu beiden bestanden Kontakte, vor allem durch Jürgen Fuchs, etwas später unter anderem auch durch Bernd Markowsky und Wolfgang Hinkeldey. Bei aller Unterschiedlichkeit unserer Erfahrungen standen wir unter dem Einfluß einer sozialistischen Erziehung, die suggerierte, jeder sei ein wichtiges Teil des Ganzen und gerade sein Beitrag sei für die Gesellschaft unentbehrlich. [...] Das war auch Arbeitskreis Literatur, daß wir nach der Tagung irgendwo hin hingegangen sind. Es gab erschöpfende Welt- und Sinndiskussionen. Natürlich redeten wir auch über Sozialismus. Aber das war einfach auch ein Code für Leben. Es ging nicht unbedingt um Sozialismus, wenn wir ihn verbessern wollten. So wie man einem Mädchen nicht unbedingt seine Plattensammlung zeigen wollte, wenn man es nach Hause einlud, um seine Plattensammlung zu zeigen. Interessant war wirklich, daß Kreise von Studenten und Oberschülern mit Leuten, die aus dem Lehrlings- und Arbeitermilieu kamen, zusammentrafen.“ [180]

Die intensiven Verbindungen zu Jürgen Fuchs und über ihn zu Wolf Biermann verstärkten den gesellschaftskritischen Ansatz der Gruppe erheblich. Ein weiterer

[180] Zitat Lutz Rathenow. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 16 f.

Berührungspunkt zwischen Akteuren des Arbeitskreises und anderen Gruppen in der Szene war das gemeinsame Interesse an zeitgemäßer Jugendmusik. Über den jeweiligen Freundeskreis ergaben sich schnell weitere persönliche Kontakte und Beziehungen. Aus solchen Zusammenhängen entstand der Arbeitskreis Literatur mit individuellen Interessen an Kunst, Literatur und Philosophie.

Der Arbeitskreis wollte durch seine Anbindung an das Neulobedaer Kulturzentrum von Anfang an in der offiziellen Kulturlandschaft einen eigenen Platz einnehmen. Damit stand er aber gleichzeitig von Anfang an unter Kontrolle der FDJ-Kreisleitung, die diese Eigeninitiative zunächst wohlwollend aufnahm. Der Kreis der Interessenten und Zuhörer erweiterte sich schnell. Nach dem Schneeballsystem kamen immer mehr neue Leute hinzu, andere blieben wieder fern. Zu den wöchentlichen Veranstaltungen kamen durchschnittlich zwischen 30 und 100 Jugendliche zusammen.[181] Alle sozialen Schichten waren vertreten, junge Arbeiter genau so wie Abiturienten und Studenten. Über die Form der literarischen Artikulation und Auseinandersetzung strebten die Akteure nach eigenen Varianten zur gesellschaftlichen Einmischung. Sie versuchten, die legalen politischen Handlungsräume mit ihren Interessen und Zielen zu verknüpfen und beteiligten sich an offiziellen politischen wie kulturellen Veranstaltungen, so beispielsweise im Sommer 1974 am Bezirks-Poetenseminar in Greiz und nachfolgend als Bezirksdelegation am DDR-weiten Poetenseminar in Schwerin. Letzteres führte zum politischen Eklat. Das Auftreten der Gruppe beim Poetenseminar in Schwerin erregte sogar bis zum Zentralrat der FDJ in Berlin Aufsehen. Neben dem offensiven Auftreten der Akteure in Diskussionen um Feindesliebe und Overkill war das Vortragen zweier Kinderlieder von Wolf Biermann durch Bernd Markowsky der entscheidende Aufhänger für den Eklat. In der Auseinandersetzung mit den FDJ-Betreuern solidarisierten sich nur wenige Teilnehmer des Seminars mit den Betroffenen. Das beförderte den Zusammenhalt der Akteure des Arbeitskreises untereinander. Sie reisten geschlossen vom Poetenseminar ab.[182] Als Nachspiel kam es auf Drängen der Akteure zu einer Aussprache mit dem Rat der Stadt Jena, jedoch ohne weiteren Erfolg in der Sache. Jürgen Fuchs und Wolf Biermann solidarisierten sich daraufhin. Die Staatssicherheit reagierte mit der Eröffnung des OV

[181] Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 16. Angaben von Lutz Rathenow. Nach Ehrhart Neubert sollen später sogar bis zu etwa 200 Personen in verschiedenen Arbeitsgruppen am Arbeitskreis Literatur teilgenommen haben. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, Bonn 1999, S. 241: „Junge Künstler aus der Umgebung kamen hinzu und bald wurden Arbeitsgruppen eingerichtet, in denen etwa 200 junge Leute mitarbeiteten.“ Die Arbeitsgruppen gab es, die genannte Anzahl von 200 jungen Leuten dagegen dürfte nach Recherche des Autors nicht stimmen. Sie bezieht sich hier möglicherweise undifferenziert auf die geschätzte Gesamtgröße der Jugend- und Kulturszene in Jenas Mitte der siebziger Jahre. Vgl. Scheer, Udo: Opposition in den siebziger Jahren hat auch Spaß gemacht. Jenaer Kultur im Widerspruch. In: Gerbergasse 18, Heft 2, 1996, S. 5 ff., Hg.: Geschichtswerkstatt Jena e.V. in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten Thüringen für die Stasiunterlagen.

[182] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 27 ff.

„Pegasus“ am 27. Januar 1975.[183] Dieser erfaßte bis zum 06. Dezember 1976 neben Jürgen Fuchs alle wichtigen Akteure des Arbeitskreises. Darüber erkannte das Ministerium für Staatssicherheit die Beziehungsgeflechte zwischen dem Arbeitskreis Literatur und der Jungen Gemeinde. Auch der Diakon Auerbach war inzwischen für das Ministerium für Staatssicherheit gefährlich genug, um hier „bearbeitet“ zu werden. Der zentrale Vorwurf gegen die im Operativen Vorgang „erfaßten und bearbeiteten“ Personen war, die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse unter „Mißbrauch der Lyrik“ auf dem Weg eines evolutionären Prozesses verändern zu wollen.

Am Beginn repressiver Maßnahmen durch das Ministerium für Staatssicherheit stand die „Disziplinierung“. Einer der ersten Schritte dazu war der Versuch einer Anwerbung zur konspirativen Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Ziel war dabei, die Gruppe mit IM zu infiltrieren. Auch wenn ein solcher Anwerbeversuch mal scheiterte, konnte das Ministerium für Staatssicherheit Verunsicherung unter den Akteuren auslösen und einschätzen, welche Akteure sich möglicherweise herausbrechen oder beeinflussen lassen. Als ein Beispiel dafür steht Siegfried Reiprich, den das Ministerium für Staatssicherheit zunächst durch die Einberufung zur Armee von der Gruppe des Arbeitskreises getrennt hatte. Die gezielte Einberufung zur Armee gehörte zu den Strategien des Ministeriums für Staatssicherheit und sollte Betroffene vom bisherigen Umfeld isolieren, einschüchtern und Unterordnung lehren. Im Dezember 1974 sollte Reiprich während seiner Armeezeit als IM geworben werden. Er lehnte jegliche Zusammenarbeit ab und setzte sich damit nur weiterer repressiver Verfolgung aus. Ähnlich erging es Jürgen Fuchs und zahlreichen anderen. Ein weiteres Mittel des Ministeriums für Staatssicherheit war die gezielte Einmischung in das berufliche und persönliche Leben. Auch hier verfolgte das Ministerium für Staatssicherheit am Beginn die Strategie einer Disziplinierung. Zunächst kam es nur zu Androhungen von Relegation und Exmatrikulation. Fügte sich der Betroffene nicht, folgte in der Regel die Durchführung. Ausbildung oder Studium waren damit nicht mehr möglich. Das abgestufte Instrumentarium des Ministeriums für Staatssicherheit zur Verhinderung sogenannter „staatsfeindlicher Aktivitäten“ bestand im wesentlichen aus vier Schritten:[184]

[183] OV „Pegasus“, MfS Reg.-Nr. X/66/75, gegen die Personen Jürgen Fuchs, Lutz Rathenow, Wolfgang Hinkeldey, Siegfried Reiprich und Thomas Auerbach, am 27.01.1975 eröffnet, am 06.12.1976 abgeschlossen. Vgl. Haase, Baldur: Mielke kontra Pegasus. Berufs- und Laienautoren, Literaturinteressierte des ehemaligen Bezirkes Gera im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit. Hg.: Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 2001.

[184] Vgl. Herz, Andrea: Bürger im Visier, S. 46 ff.

- **Disziplinierung** durch Aussprachen, Förderangebote oder Drohungen (Studienplatz, Wohnung, Reiseverbote und PM 12[185], Behinderung der beruflichen Weiterentwicklung)
- **Isolation** von als negativ eingestuften Personen oder Gruppen (Einberufung zur Armee, Rufmord durch Verbreitung von Gerüchten über eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit, Inhaftierung, Abschiebung in die Bundesrepublik)
- **Zerrüttung** persönlicher Verhältnisse durch Ausübung von moralischem und psychischem Druck (Arbeitsstelle, Familie und Freundeskreis)
- **Kriminalisierung** über Hausdurchsuchungen, vorübergehende Festnahmen, Haftstrafen (wobei es auch zur Methode gehörte, daß IM den zu „Bearbeitenden" im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit zu Straftaten von politischem Protest bis zu Steuervergehen zu bewegen versuchten, damit ein Ermittlungsverfahren durch die Abt. IX des Ministeriums für Staatssicherheit eingeleitet werden konnte)

In allen vier Bereichen war die Strategie der Erpressung die wichtigste Methode, um Betroffene gefügig zu machen.

Bis etwa Ende 1974 begriffen sich die Akteure des Arbeitskreises Literatur und der Jungen Gemeinde Stadtmitte in ihrem Selbstverständnis kaum als politisch Oppositionelle, Widerständler oder gar Staatsfeinde. Sie waren in ihrem Selbstbild eher Resistoren[186], die versuchten, ihre ideellen Utopien vom Sozialismus und Kommunismus auf sozialer und kultureller Ebene umzusetzen. Ihnen ging es dabei nicht um die Abschaffung der DDR oder des Sozialismus, ihnen ging es um eine Verbesserung des Sozialismus durch politische Reformen.[187] Ihre wichtigste Maxime war die von Jürgen Fuchs übertragene: „Sprechen wir im Klartext". Inspiriert davon führte der Arbeitskreis beispielsweise zu diesem Thema am 08. Oktober 1974 einen Diskussionsabend mit dem Titel: „Herrensprache und Sklavensprache" durch. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte inzwischen auch zahlreiche IM in der Gruppe und im Umfeld platziert, so die IM „Bartholomäus Runge", „Werner Tietz", „Helmut Falke", „Regina", „Peter", „Elke Knoll", „Tilo Buchholz", „Hans-Peter Bronsky", „Andre", „M. Schneider", „Coja", „Ute Krahl", „Muck", „Schreiber", „Milan" und „Irmgard Dietzel". Insgesamt kontrollierten und spionierten 39 Inoffizielle Mitarbeiter

[185] PM 12 war ein von der Volkspolizei ausgehändigter vorläufiger Personalausweis, wenn der reguläre von der Polizei eingezogen war. Ursprünglich ausgegeben an haftentlassene Kriminelle. Vom Ministerium für Staatssicherheit zum Instrument der politischen Kontrolle umfunktioniert. Für denjenigen, der einen solchen Ausweis bekam, bestand die polizeiliche Auflage einer ständigen Meldepflicht bei der Polizei. Dies konnte einhergehen mit einer Bewegungseinschränkung als Reise- oder Aufenthaltsverbot außerhalb des Wohnortes. Bei polizeilichen Kontrollen wurden PM 12-Inhaber als Vorbestrafte eingestuft und auch so behandelt.

[186] Reiprich, Siegfried. In: Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Zum Selbstverständnis der Akteure 1973, S. 8.

[187] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 33.

(IM) und Gesellschaftliche Mitarbeiter Sicherheit (GMS) des Ministeriums für Staatssicherheit den Arbeitskreis Literatur. In einem Zeitraum von zwei Jahren lieferten sie jeweils zwischen einem Bericht und vierzig Berichten. Davon sind die meisten im Operativen Vorgang „Pegasus“ erhalten. Die „fleißigsten“ IM waren IM „Peter“ mit 15 Berichten, „Regina“ mit 20 Berichten und besonders „Helmut Falke“ mit 40 Berichten, der parallel dazu auch in der Jungen Gemeinde eingesetzt war.[188] Ziel aller Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit war die „Zersetzung“ der Gruppe um Lutz Rathenow.[189] **„**Diktatur entlarvt sich in ihrer Sprache. Diese Sprache stößt auf, und sie stößt ab. Ihre aufgeblähten Adjektive, Genitivkonstruktionen, Substantivierungen, ihre stupiden Aufforderungen „durchzuführen“ und „insbesondere“ ihre nachdrücklichen Füllwörter gaben der Sprache der Nachrichten, der offiziellen Kommuniques und der Parteibeschlüsse eine Struktur, die auf der frühen kommunistischen Agitationssprache aufbaute. Im militärischen und Sicherheitsbereich konserviert, lebte vor allem der Wortmüll der vorausgegangenen katastrophalen Diktatur deutscher „Übermenschen“ weiter.“[190]

Um das Ziel der „Zersetzung“ zu erreichen, waren Informationen und Belastungsmaterial nötig. Nicht selten wurden „staatsfeindliche Handlungen“ konstruiert und anschließend von der sozialistischen Strafjustiz in Haftstrafen umgesetzt. Das waren Urteile im Namen des Volkes zur Abschreckung des Volkes.[191]

---

[188] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 34.

[189] Herz, Andrea: Bürger im Visier, S. 57.

[190] Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 38.

[191] Herz, Andrea: Bürger im Visier, S. 62. Folgende Strafparagraphen der DDR kamen zur Anwendung: §§ 97 und 98 Spionage: Sammlung von Nachrichten, die gegen die DDR gerichtete Organisationen, Gruppen und Personen unterstützen - Freiheitsstrafe von 2 bis 12 Jahren. Diese Paragraphen wurden mit dem 3. Strafrechtsänderungsgesetz vom 28. Juni 1979 in einer Phase verstärkter politischer Repression erweitert, verschärft bzw. geändert: § 99 Landesverräterische Nachrichtenübermittlung von „der Geheimhaltung nicht unterliegenden Nachrichten zum Nachteil der Interessen der DDR - Freiheitsstrafe 2 bis 12 Jahre, § 100 Landesverräterische Agententätigkeit: Staatsfeindliche Verbindungen - Freiheitsstrafe 1 bis 5 Jahre, 1979 verschärft in: Landesverräterische Agententätigkeit - Freiheitsstrafe 1 bis 10 Jahre, § 106 Staatsfeindliche Hetze „mit dem Ziel, die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung der Deutschen Demokratischen Republik zu schädigen oder gegen sie aufzuwiegeln“ durch 1. das Einführen, Herstellen oder Verbreiten von Schriften, Gegenständen oder Symbolen, die die gesellschaftlichen Verhältnisse diskriminieren, 2. das Androhen von Verbrechen gegen den Staat, 3. das Diskriminieren von Repräsentanten oder gesellschaftlicher Einrichtungen - Freiheitsstrafe 1 bis 5 Jahre, 1979 erweitert und verschärft in Freiheitsstrafe von 2 bis 10 Jahren, § 107 Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß: Staatsfeindliche Gruppenbildung - Freiheitsstrafe 3 bis 12 Jahre, 1979 umgeändert in: Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß (im Sprachgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit weiterhin „Staatsfeindliche Gruppenbildung“) - Freiheitsstrafe 1 bis 5 Jahre, § 213 Ungesetzlicher Grenzübertritt, § 214 Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit, § 218 Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele, § 219 Ungesetzliche Verbindungsaufnahme - Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 3 Jahre, 1979 Verschärfung in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 5 Jahre, § 220 Staatsverleumdung - Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 2 Jahre, 1979 als „Öffentliche Herabwürdigung“ erweitert und verschärft in Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 5 Jahre, § 249 Asoziales Verhalten: Gefährdung der öffentlichen Ordnung durch asoziales Verhalten - Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 5 Jahre, ab 1979 Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis 2 Jahre. Vgl. Joestel, Frank:

Um dem Ziel einer juristischen Verfolgung näher zu kommen, rief die Leitung der Kreisdienststelle Jena des Ministeriums für Staatssicherheit Ende 1974 sogar eine neue „zeitweilige Vorgangsgruppe“ zusammen.[192] Ihre Aufgabe war die Informationsbeschaffung und „Auswertung aller erreichbaren Quellen“, so Meldestellen der Volkspolizei, Kaderakten aus den Betrieben, Berichte staatlicher Kontaktpersonen (KP) und Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit (GMS) in Universität, FDJ, Kulturhaus und Wohngebiet. Zusätzlich sollte es wieder zum „zielgerichteten Einsatz“ von IM kommen. Auch eine Post- und Telefonüberwachung wurde eingeleitet. Konspirative Wohnungsdurchsuchungen sollten belastendes Material ausfindig machen. Gleiches erhoffte sich das Ministerium für Staatssicherheit vom Einsatz von Abhörtechnik.[193] Es galt, unfassende Informationen über den Personenkreis im Literaturzirkel zu bekommen über die Verbindungen in die DDR und das Ausland, die politisch ideologischen Positionen der einzelnen Akteure, ihre „negativen“ und „feindlichen“ Aktivitäten und über persönliche Konkurrenzen und Widersprüche innerhalb der Gruppe.[194] Vor allem die bestehenden Verbindungen und Kontakte zu anderen DDR-Künstlern und Intellektuellen interessierten, und dabei besonders diejenigen, die bereits als „Feinde“ ausgemacht waren. Zu ihnen zählten Jürgen Fuchs und Wolf Biermann und in der Phase zwischen 1975 und 1977 Reiner Kunze, Bettina Wegner, Sibylle Havemann und Gerulf Pannach, der „Biermann von Leipzig“ und

---

Verdächtigt und beschuldigt. Statistische Erhebung zur MfS-Untersuchungstätigkeit 1971-1988. In: Engelmann, Roger, Vollnhals, Clemens Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999, S. 303 ff.

[192] Sie bestand aus Leutnant Schmidt als Leiter, Oberfeldwebel Stephan und Leutnant Schiffel aus der Abt. XX/7 der BV Gera. Die unmittelbare „operative Einflußnahme, Leitung, Kontrolle und Mitwirkung“ erfolgte durch Leutnant Linßner, Referatsleiter der Abt. PiD (Politisch ideologische Diversion) der KD Jena, und Hauptmann Wirkner, Referatsleiter der Abt. XX/7 der BV Gera. Für die Kontrolle und Anleitung der „Bearbeitung“ der im Operativen Vorgang Erfaßten waren Hauptmann Eck, stellvertretender Leiter der KD Jena, und Hauptmann Hohberger, stellvertretender Abteilungsleiter der Abt. XX der BV Gera, zuständig. Verantwortet wurde die Einsatzkonzeption durch Major Erhardt, Leiter der KD Jena, und durch Oberstleutnant Müller, Leiter der Abt. XX in der BV Gera. Seit Februar 1976 war Oberstleutnant Horn Beauftragter des Leiters der Bezirksverwaltung und gleichzeitig Leiter dieser Vorgangsgruppe. Vgl. OV „Pegasus“, Reg.-Nr. X/66/75, BStU, Bl. 58-62. Vgl. Udo Scheer: Vision und Wirklichkeit, S. 38. Vgl. Engelmann, Roger, Vollnhals, Clemens Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999.

[193] Neben der Vorgangsgruppe Leutnant Schmidt wurde die Mitwirkung der Abteilung VIII zur konspirativen Wohnungsdurchsuchung und Beobachtung, der Abteilung 26 zur Telefonüberwachung und der Abteilung XX/2 zum Schriftvergleich festgelegt. Solche gemeinsame konspirativ durchgeführte Ermittlungsverfahren waren für die Betroffenen nicht selten verbunden mit Untersuchungshaft von unbestimmter Dauer - nicht weil Verdunklungsgefahr gegeben war, sondern als gezielte Maßnahme zur Zermürbung der Inhaftierten und zur Verunsicherung der Freunde. Das Spektrum der im „Besonderen Teil“ des Strafgesetzbuches der DDR vom 12. Januar 1968 vorgesehenen Paragraphen war damit zur politischen Verfolgung so breit gefächert und dehnbar, daß bei Bedarf jederzeit Strafprozesse möglich waren.

[194] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 39.

Texter der Renft-Combo. Aber auch die Kontakte zur Jenaer Szene und die zur Jungen Gemeinde Stadtmitte interessierten das Ministerium für Staatssicherheit.

Bis zur Eröffnung des OV „Pegasus“ 1975 waren die Kontakte zwischen dem Arbeitskreis Literatur und der Jungen Gemeinde Stadtmitte eher Kontakte zweier verschiedener Gruppen innerhalb einer gemeinsamen Stadt- und Jugendkulturszene. In der darauf folgenden Zeit vermischten sich die Gruppen in gemeinsamen kulturellen und politischen Aktivitäten. Deshalb kann von dieser Zeit an trotz unterschiedlicher Ausformungen der einzelnen Gruppen und ihrer spezifischen Interessen von einer städtischen Vernetzung der jugendkulturellen oppositionellen Szene gesprochen werden. „Für mich wird überhaupt das Hauptproblem bei der Beantwortung der Frage, wie intensiv die Kontakte zwischen AKL (Arbeitskreis Literatur, d. A.) und JG (Junge Gemeinde, d. A.) waren, sein, was sind die Kreise der Jungen Gemeinde gewesen, wie weit kenne ich Leute bewußt als Vertreter dieser Kreise, wie weit kenne ich ihre Namen, wie weit kenne ich ihre Spitznamen, wie weit würde ich sie kennen, wenn du mir jetzt die Fotos vorlegen würdest. Also [...] ich bin nie mit dem Bewußtsein herum gegangen, Vertreter dieser Kreise zu unterscheiden von anderen. Das ging natürlich alles schillernd ineinander über.“[195]

Trotz wachsender übergreifender Gruppenzusammenhänge bestimmten auch die politische Einstellung zur DDR und das Maß an oppositionellem Verhalten die subjektive Zuordnung zu konkreten Gruppen. Lutz Rathenow resümiert beispielsweise in seiner Nachsicht auf den Arbeitskreis, daß er sich trotz seiner Verbindungen zu Jürgen Fuchs und anderen oppositionellen Persönlichkeiten bis 1975 eher als nicht oppositionell verstanden habe. Seinem Selbstbild von damals stellt er heute gegenüber, daß er und der Arbeitskreis Literatur dennoch „objektiv“ betrachtet oppositionell gewesen seien. „Ich will sagen, wir verstanden uns damals zwar nicht als Opposition, aber ich denke, und ich halte es nicht nur für eine Selbsttäuschung im Nachhinein, daß wir im Grunde ziemlich früh, um das beliebte DDR-Wort „objektiv“ zu verwenden, objektiv oppositionell waren.“[196] Erklärbar wird diese unterschiedliche Selbsteinschätzung zunächst durch den veränderten temporären Blick des Zeitzeugen. Es wird aber auch deutlich, daß die damaligen Akteure ein unterschiedliches Selbstverständnis für ihre jeweilige Rolle entwickelten und unterschiedliche Ansätze verfolgten, um ihre Vorstellungen gegenüber dem sozialen und kulturellen Leben, ihre Kritik oder ihre Hoffnungen auf gesellschaftliche Reformen umzusetzen. Die Aufforderungen Honeckers, sich auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einzulassen und sich einzumischen, endeten in den meisten Fällen in der Opposition. Die aktiv Handelnden hatten im Grunde nur zwei Alternativen, entweder sie paßten sich letzten Endes vorbehaltlos staatlichen Vorgaben und Normen in der Hoffnung an, langfristig

[195] Zeitzeugengespräch mit Lutz Rathenow am 08.01.2001 mit dem Autor.
[196] Ebenda.

über diesen Weg eigene Vorstellungen durchsetzen zu können, oder sie gerieten bei offener Kritik sehr schnell in Konfrontation und waren dadurch automatisch oppositionell. Die Geschichte des Arbeitskreises Literatur ist für diesen Zusammenhang eine typische Geschichte der Gratwanderung zwischen Anpassung und konkreter Opposition für die erste Hälfte der siebziger Jahre. Sie zeigt den Prozeß einer Entwicklung auf, wie Jugendliche oppositionell wurden. „Uns war natürlich schon klar, daß wir zum Teil bewußt etwas aufnehmen, was wir nur pro forma aufnahmen. Wir haben über das Ziel unseres konkreten Handelns hinaus bestimmte Diskussionen, glaube ich, vermieden, und zwar Diskussionen, in welche Lebenssituation uns das wirklich bringt, was das wirklich ist, worauf das hinaus läuft. Wir wollten unser Handeln als konstruktive Mitarbeit in der DDR sehen, aber gerade in Gesprächen mit Jürgen Fuchs ist mir doch relativ früh klar geworden, daß eine Konfrontationsbereitschaft eine Voraussetzung von unserer Seite her bedeutet, die über dieses bisherige Handeln hinaus geht. [...] Also es war auch ein instinktives Suchen nach maximaler Rebellion, die nicht sofort zur Kriminalisierung führt. Ich glaube, da war auch von meiner Seite her eine Spur Anpassung, die sich später durch die Ereignisse um die Biermann-Affäre verwandelt hat.“[197]

Die Bereitschaft, kritisch zu denken und sich dazu öffentlich zu äußern, war für die Gruppe des Arbeitskreises Literatur wie für die der Jungen Gemeinde bis Ende 1974 ein weitgehend gemeinsames Merkmal. Während die Akteure der Jungen Gemeinde aber aus ihrer Sozialisation heraus bereits stärker politisiert waren und schon seit 1971 unter direkter Beobachtung des Ministeriums für Staatssicherheit standen, gab es für den Arbeitskreis Literatur bis Ende 1974 noch eine „Schonfrist“. Durch Kontakte zu Wolfgang Diete[198] und Hans-Helmut Kurz[199] aus der Gartenstraße, zu Achim Dömel[200] und vor allem zwischen Thomas Auerbach und Bernd Markowsky entwickelte sich seit Anfang 1975 ein gruppenübergreifendes Geflecht an persönlichen Beziehungen, aus dem eine politisierende Szene hervorging. Gruppenspezifische Unterschiede und Interessen verloren sich allmählich in der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner, der SED und dem Ministerium für Staatssicherheit. Im Ergebnis bildete sich

[197] Ebenda.

[198] Wolfgang Diete (Tarzan), damals Krankenpfleger im Karolinenheim Apolda, Wehrdienstverweigerer, bearbeitet im OV „Parasit“ (MfS Reg.-Nr. X/534/82), bis zur Ausreise der Familie mit ihren zwei Kindern 1982 nach West-Berlin zweieinhalb Jahre Fensterputzer.

[199] Hans-Helmut Kurz (Ponder), damals Fensterputzer, 1970 Bausoldaten-Erklärung, seit 1974 Kontakte zur Offenen Arbeit und zum Arbeitskreis Literatur, Hauptorganisator von Wanderungen in der „Szene“, Mitorganisator der Veranstaltung der Jungen Gemeinde im September 1976 zur Biermann-Ausbürgerung, enge Beziehungen zu Peter Rösch und Thomas Auerbach, 1982 Ausreiseantrag aus politischer Verbitterung, 1983 nach West-Berlin ausgereist.

[200] Achim Dömel, damals Dekorateur und Plakatmaler, 1972 - 1980 Kontakte zur Offenen Arbeit, 1975 - 1976 Teilnahme am Lesekreis der Offenen Arbeit, 1976 Teilnahme an Protestresolution zur Biermann-Ausbürgerung und an Wanderungen bis 1981, enge Beziehungen zu Thomas Auerbach, Ausreiseantrag 1979, Ausreise nach West-Berlin im Juni 1982.

eine neu vernetzte, politisch motivierte Teil-Gruppe in Jena heraus, die sich zwischen Sommer 1975 bis Anfang 1977 vor allem über den neuen Lesekreis der Jungen Gemeinde definierte.

Die Erfahrungen mit der Staatsmacht und deren repressiven Methoden brachten etwas in Bewegung, was es vorher so nicht gab, nämlich eine über verschiedene Gruppen hinweg gehende Solidarisierung und Politisierung. Das stärkte nicht nur den sozialen Zusammenhalt untereinander, es beförderte zusätzlich die Auseinandersetzung mit den systemimmanenten Bedingungen und Problemen. Darüber hinaus verstärkten die konkreten Erfahrungen des Polizeiübergriffes auf die Bewohner und Gäste der Wohnung Gartenstraße die bisher eher geringe Protesthaltung der Jugendlichen. Nachfolgend entwickelte sich daraus zumeist eine vollständige Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Es setzte damit ein Prozeß ein, der die politische Protesthaltung durch die temporäre Solidaritätsgemeinschaft weiter ausdifferenzierte. Diese neue solidarische Gemeinschaft wuchs so in ihrem Ergebnis über den bisher individuellen Protest und Widerstand Einzelner hinaus und wurde zu einer oppositionellen Kraft, die ihre erste Bewährungsprobe schon wenig später zu bestehen hatte. Nach den Ereignissen um die Gartenstraße kam es unter den betroffenen Akteuren auch zu ersten Anträgen auf Ausreise in die BRD. Parallel entwickelte sich bei denen, die in Jena bleiben wollten, und das waren zu dieser Zeit noch die meisten, ein starkes Bedürfnis nach greifbarer Opposition. Zwar versuchte das Ministerium für Staatssicherheit, diese Entwicklung aufzuhalten und „zurückzudrängen“. Verhindern konnte es diese Entwicklung aber nicht mehr.

1.4 DIE MACHT DES MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT - WIRKUNG UND FOLGEN DER BIERMANN-AUSBÜRGERUNG

Das Jahr 1976 markierte für die Junge Gemeinde und deren weitere Entwicklung einen wichtigen Wendepunkt. Die Probleme des Arbeitskreises Literatur mit staatlichen Stellen und der FDJ hatten sich seit Anfang 1975 verschärft. Das führte seit Sommer 1975 zu einer engeren Zusammenarbeit zwischen Akteuren des Arbeitskreises und der Jungen Gemeinde. Sie beschritten nun gemeinsam politische Wege, wenn auch nicht in allen Bereichen. Ein „Arbeiten“ im Sinne dessen, was sich Rathenow und andere Arbeitskreismitglieder bisher für den Arbeitskreis Literatur vorstellten, war inzwischen zunehmend unmöglich geworden. Gleichzeitig hatte das Ministerium für Staatssicherheit in dieser Phase seinen Repressionsdruck merklich verstärkt. Das kam vor allem darin zum Ausdruck, daß vom Ministerium für Staatssicherheit gesteuerte persönliche Spannungen zwischen Arbeitskreismitgliedern geschürt und Gerüchte über Spitzeltätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit in Umlauf gebracht wurden. Es

entstand ein Klima des Mißtrauens. **„**Ich kannte schon 1973/74 Auseinandersetzungen mit Stasi-Mitarbeitern (Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, d. A.). So z. B. wie ich bei Jürgen Fuchs mit Wolf Biermann, […] quasi auch als Spitzel überprüft wurde, ob ich einer bin, weil der „Andreas Röhler“[201] sagte, ich sei möglicherweise auch einer - er hat sich Biermann gerade als IM bekannt. Und ich muß sagen, diese Überprüfung wurde recht klug von denen geführt und hatte mindestens das Niveau von bestimmten Staatssicherheits-Debatten, die nach 1990 stattgefunden haben mit einem Punkt, daß Wolf Biermann damals noch die Haltung hatte, das sind auch unsere Genossen. Diese linke Terminologie war gerade bei Havemann und Biermann, die ich ja auch in Jena dann kennen lernte, […] bei mir relativ stark, bei Jürgen Fuchs weniger. Sie war aber dann bei uns, anders als bei Havemann und Biermann, der das bis zu seiner Ausbürgerung durchhielt, im Abklingen. Nach der Lektüre von Solschenizyn, man hat dann zu viel gelesen, verlor man die Lust an diesen Phrasen. Und ich habe auch Jürgen Fuchs als jemanden kennen gelernt, der dann keine Lust hatte, bis zum Schluß seines Lebens auf so ein unabhängiges linkes Bewußtsein Wert zu legen, der keine Lust hatte, diese Klassenkampf-Sprache im Denken zu übernehmen, während Biermann einem damals schon noch entgegen hielt, also wir haben auch Genossen, wir haben auch unsere Genossen in der Staatssicherheit, und, weil er auch ab und zu mal von jemand angequatscht wurde am Biertisch oder so und meinte, er hätte das im Griff. Das ist etwas, das gehört zu den Verdiensten von Jürgen Fuchs und sicher auch von denen, die dann in anderen Kreisen, möglicherweise Auerbach oder andere, eine Sensibilität dafür schufen: Wenn du mit der Stasi (Ministerium für Staatssicherheit, d. A.) zusammen arbeitest, hast du das nicht im Griff.“[202]

In der Konsequenz der „Zersetzungsarbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit löste sich der Arbeitskreis Literatur im Juni 1975 selbst auf.[203] Einberufungen zur Armee wie die von Gerd Sonntag im November 1975 und die Exmatrikulation von Siegfried Reiprich vom Studium im Januar 1976 setzten den repressiven Maßnahmekatalog gegen den Arbeitskreis fort. Ein Teil des Arbeitskreises ging in die Illegalität, so Lutz Rathenow**.** Dies sei ein erster Indikator dafür gewesen, daß es nicht mehr möglich sein würde, die kulturpolitischen Forderungen einer neuen Generation in den Schranken der DDR-Kultur zu halten.[204] Die literarische Substanz des

[201] Lutz Rathenow, auf den seit 1972 der IM „Andreas Röhler“ (MfS Reg.-Nr. ist nicht bekannt) angesetzt wurde, fiel dieser Strategie fast zum Opfer. Zeitzeugengespräch mit Lutz Rathenow am 08.01.2001 mit dem Autor.

[202] Zeitzeugengespräch mit Lutz Rathenow am 08.01.2001 mit dem Autor.

[203] Erhart Neubert und Udo Scheer behaupten allerdings, der Arbeitskreis Literatur wurde durch das Ministerium für Staatssicherheit aufgelöst. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 293. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 89 ff. Rathenow behauptet dagegen, daß die Selbstauflösung des Arbeitskreises einem realistisch angenommenen Verbot vorausging. Zeitzeugengespräch mit Lutz Rathenow am 08.01.2001 mit dem Autor.

[204] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 92.

Arbeitskreises, in den Grabenkämpfen mit SED, FDJ und Ministerium für Staatssicherheit ausgezehrt, verstärkte die Verbindung und den Zusammenhalt zwischen den Mitgliedern des Arbeitskreises Literatur und Akteuren der Jungen Gemeinde. Man war, wie Thomas Auerbach in seiner Nachsicht formuliert, „[...] gemeinsam für etwas und gleichzeitig gegen etwas." Und „Dieses Gemeinsam-gegen-etwas-sein hat Zusammenhalt geschaffen, Spannungen überbrückt, die es auch gab. Aber ich muß sagen, in den siebziger Jahren gab es noch nicht diese unerträgliche Auseinandersetzung, die in den achtziger Jahren in der Szene stattfand. Im Gegenteil, man hatte breite Kontakte, hat sich mit allen unterhalten."[205] Als gemeinsamer Nenner stand der undogmatische soziale, kulturelle und politische Austausch im Vordergrund, der sich gegen die ideologische Vereinnahmung richtete. Zugleich war die „Szene" in den siebziger Jahren noch nicht soweit ausdifferenziert, und die Räume der Jungen Gemeinde hatten eine weit höhere Bedeutung als Ort „breiter Kontakte".

Wie die gemeinsame geistig-kulturelle und politische Arbeit und die gesellschaftliche Auseinandersetzung der beiden Gruppen aussahen, zeigen zwei IM-Berichte von 1975 und 1976 auf. Der erste Bericht ist von IM „Helmut Falke" vom 29. Dezember 1975 über einen Abend der Jungen Gemeinde am 20. November 1975, an dem Bernd Markowsky vom aufgelösten Arbeitskreis Literatur einen literarischen Abend gestaltete. Über die Teilnehmer wurde hier wenig berichtet, auch nicht darüber, wie viele Personen anwesend waren. Die Teilnehmerzahl an den Abenden der Jungen Gemeinde schwankte je nach Interesse und Aktualität. Der IM legte aber Wert darauf herauszustellen, daß es zwischen Akteuren der Jungen Gemeinde und Bernd Markowsky geistige und kulturelle Unterschiede gäbe. „Die Masse der anwesenden JG-Mitglieder (Mitglieder der Jungen Gemeinde, d. A.) konnte mit dem Dargebotenen von M. nichts anfangen. D. h., sie begriffen weder den Inhalt noch den Sinn dessen, was M. erreichen wollte. Das war auch der Grund dafür, daß, trotz M´s Aufforderung zur Diskussion, niemand nachkam. Die einzigen, die M. begriffen hatten, waren Auerbach und Klingenberg. Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß der Abend auf die JG-Mitglieder befremdet gewirkt hat."[206] Daß es Unterschiede in Anspruch und Umsetzung zwischen den jeweiligen Gruppen gab, war nichts Außergewöhnliches. Nur das

[205] Auerbach, Thomas: Zitiert nach Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 88.

[206] Operativer Vorgang (OV) „Pegasus", MfS Reg.-Nr. X/66/75 vom 06.12.1976 der Bezirksverwaltung Gera (BV) des Ministeriums für Staatssicherheit, BStU, Bl. 243-246, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft. Erfaßte Akteure im OV „Pegasus" waren Jürgen Fuchs, Lutz Rathenow, Wolfgang Hinkeldey, Martin Hinkeldey, Bernd Markowsky, Marian Kirstein, Sybille Havemann, Thomas Auerbach, Achim Dömel, Wolfgang Diete, Lutz Leibner, Gerd Lehmann, Kerstin Graf, Uwe Behr, Walfred Meier, Doris Liebermann, Uta Trillhase, Renate Groß, Franziska Rohner, Thomas Grund, Reinhard Klingenberg, Angelika Rublack, Siegfried Reiprich, Gudrun Zöllner und Roland Jahn, eingesetzte IM waren „Helmut Falke", „Andre", „Peter", „Hans-Peter Bronsky", „Milan", „Irmgard Dietzel" und „Olaf Bong"; Schlußbericht Vorgangsgruppe Horn, Nowack, Schiffel, Lippoldt. Vgl. Index Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit 1970 - 1989. Vgl. Index Operative Vorgänge und Operative Personenkontrollen 1970 - 1989. Vgl. Dokumentenanhang, Dok. 7.

Ministerium für Staatssicherheit glaubte, hieraus neue Ansätze für ihre weitere „Zersetzungsarbeit“ zu finden und wollte ein Zusammengehen der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit den Mitgliedern des Arbeitskreises und gleichzeitig eine Vergrößerung des Einflußkreises verhindern. Daß das Zusammengehen der beiden Gruppen aber letztlich vor allem ein Ergebnis der bereits erfolgten „Zersetzungsarbeit“ war, realisierte das Ministerium für Staatssicherheit nicht. Das Besondere an einem solchen Abend der Jungen Gemeinde war deshalb der Umstand, daß die einen, die sich durchaus im künstlerischen Selbstbild als elitäre Gruppe verstanden, nun in der Jungen Gemeinde auftraten und damit das Gegenteil der ursprünglichen Ziele des Ministeriums für Staatssicherheit herauskam. Diese „Notgemeinschaft“, die aus den repressiven Zusammenhängen entstand, probierte sich nun miteinander aus und entwickelte neue Gemeinsamkeiten und Gegensätze. Der gemeinsame Katalysator dieser Entwicklung war also die repressive Politik des SED-Regimes.

Der zweite Bericht stammt von IM „Runge“. Er informierte über eine Veranstaltung der Jungen Gemeinde in Altlobeda (Stadtteil Jenas) im Rahmen des Jugendkonvents 1976, an dem auch eine Gruppe italienischer Jugendlicher teilnahm. Der Bericht zeigt, welche Vernetzungen inzwischen über Jena hinaus bestanden. Zugleich erstellte der IM ein persönliches Profil des damals 18jährigen Matthias Domaschk. Durch diesen Bericht geriet Domaschk erstmalig ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit. Auch über Thomas Auerbach und seine „private“ Sichtweise als Marxist ist hier zu erfahren. Über die aufgeführte Diskussion zu der Frage, ob sich ein Christ in der DDR politisch engagieren solle und wenn ja wie, wird die ganze Bandbreite der politischen Auseinandersetzung deutlich. Es wird an diesem Bericht auch sichtbar, wie viele Informationen das Ministerium für Staatssicherheit durch solche „qualifizierten“ IM-Berichte über einzelne Personen, Themen und Probleme erfuhr. Der IM „Runge“ war mit Abstand der langjährigste und intelligenteste IM, der die Junge Gemeinde gezielt unterwanderte und im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit zu beeinflussen suchte.[207]

Das Jahr 1976 spielte für die weitere Entwicklung der Offenen Arbeit in der Jungen Gemeinde Stadtmitte noch in anderer Hinsicht eine große Rolle. Thomas Auerbach war auf Grund familiärer Probleme Ende 1975 in die Wohnkommune Gorkistraße 1 gezogen. Darüber intensivierten sich seine persönlichen Beziehungen zu Akteuren der Jungen Gemeinde und seine Kontakte zu ehemaligen Arbeitskreismitgliedern wie Bernd Markowsky. Im Bedürfnis auf gemeinsames Leben markierte Auerbach vor allem aus diesen Erfahrungen seinen Anspruch für das, was er unter offener Arbeit im Gegensatz zur diakonischen Sozialarbeit in der offiziellen Kirche kennen gelernt hatte, was seine Konflikte mit der Kirche nur verstärkte. „Ich bin

[207] Vgl. Berichtsband des IMV „Bartholomäus Runge“, MfS Reg.-Nr. X/645/69. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 8.

ja Ende 1975 auch dahin gezogen. In der Gorkistraße 1 Hinterhaus waren Anfang 1976 etwa 15 Leute angemeldet. Wir haben ja nicht nur zusammen Jugendarbeit gemacht, sondern wir haben zusammen gelebt. Wir waren an den Wochenenden zusammen, sind zusammen weggefahren, sind zusammen gewandert. Das war zusammen leben, zusammen feiern, zusammen lachen, zusammen trinken, mit allen Schwierigkeiten. Deswegen habe ich so ein Konzept von der sozialdiakonischen Arbeit nie so vertreten können, weil ich nie der Meinung war, daß man Leute irgendwie therapieren müßte oder anleiten müßte, sondern daß man Hilfe zur Selbsthilfe geben muß, Platz, sich zu organisieren und etwas miteinander zu machen."[208] Das Ministerium für Staatssicherheit verstärkte seinen Druck auf Auerbach und nutzte dazu seine kirchlichen IM in Jena. Sie sollten Auerbach von der „haltlosen" Art und Weise seiner Jugendarbeit abbringen. Diese sei kaum mit dem kirchlichen Verständnis zu vereinbaren. Allein Auerbach ließ sich trotz zunehmender Repressionsversuche nicht beirren. Die permanenten, vom Ministerium für Staatssicherheit gesteuerten Disziplinierungsversuche seitens der Kirche brachten ihn aber fast dazu, seine Stellung als Jugendwart in der Offenen Arbeit Jena aufzugeben, einmal um sich den ständigen Angriffen zu entziehen, zum anderen um nun einen „anständigen" Beruf zu erlernen. Die große Unterstützung aus dem Freundeskreis brachte ihn von diesem offiziellen Rückzug ab. Schon damals war den meisten Jugendlichen der Jungen Gemeinde bewußt, daß die Offene Jugendarbeit kirchliche Mitarbeiter brauchte, die auf ihrer Seite standen, sie gegen die Angriffe der Institution Kirche und des Staates schützten und als Verantwortliche gegenüber der Kirche innerhalb der Gruppe anerkannt waren. Diese in den Augen der Kirche „Nestbeschmutzer" brauchten neben einem starken Rückhalt in der Gruppe ein enormes Selbstvertrauen, um im Spannungsfeld zwischen Gruppe, Kirche und Staat standzuhalten. „Es war ja in der Phase Anfang 1976 so, daß, wie ich heute weiß, gegen mich mittels mehrerer IM´s Maßnahmen liefen. Das war u. a. Superintendent Christoph Thurm, IM „Körner"[209], Burkhardt Gröger, von dem ich nicht erwartet habe, daß er mit in diese Linie reinhaute. Ende 1975 oder Anfang 1976, genau weiß ich das nicht mehr, gab es ein Disziplinierungsgespräch, also ganz konkret um die OA (Offene Arbeit, d. A.), daß die also so nicht mehr weiterzumachen wäre. An diesem Disziplinierungsgespräch nahm Hans Gellner auch teil, Superintendent Thurm, Burkhardt Gröger. Pfarrer Gellner stand dabei zu mir, und ich sagte damals zunächst mal: Ich höre jetzt auf als Jugendwart, ich mache die Arbeit auch weiter, aber ich lerne jetzt noch einmal einen ordentlichen Beruf und habe mich dann auch beworben als Steinmetz und hatte da auch schon fast einen Lehrvertrag unterschrieben, habe mich aber dann noch einmal breit schlagen lassen, da sie auch nicht durchkamen, denn wir

[208] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach, zitiert nach Grund, Thomas. In: JG-Heft.
[209] Bei IM „Körner" handelt es sich um IM „Bruno Köhler", Christoph Thurm, Superintendent in Jena bis 1978, danach Oberkirchenrat in Eisenach, MfS Reg.-Nr. X/460/75.

haben ja trotzdem gemacht, was wir wollten und hatten ja auch Unterstützung von anderen Leuten, nicht gerade aus der Pfarrschaft. Jedenfalls habe ich mich noch einmal breit schlagen lassen, die Arbeit weiterzumachen."[210]

Wichtigster Arbeitskreis der Jungen Gemeinde Stadtmitte war zwischen 1975 und 1976 der Lesekreis, in dem zahlreiche Akteure aus den jeweiligen Gruppen zusammen kamen. Der inzwischen hohe Grad der Politisierung führte auf Grund der repressiven Erfahrungen der Akteure zu teilweiser Konspiration in den einzelnen Arbeitsgruppen des Lesekreises. Dennoch gelang dem Ministerium für Staatssicherheit auch hier die Platzierung eines IM. IMV „Helmut Falke" war regelmäßiger Teilnehmer des Lesekreises und in der Jungen Gemeinde. Beruflich war er zu dieser Zeit bei der Post tätig. 1975 hatte er über eine FDJ-Aktion das Thema „Jugendförderungsplan"[211] in den Lesekreis eingebracht. Der Lesekreis nahm das Thema auf und erarbeitete eigene Ideen für einen Jugendförderungsplan des sozialistischen Postbetriebes, die dann in der Jungen Gemeinde öffentlich besprochen und diskutiert werden sollten. IM „Helmut Falke" berichtete, wie es bei einem dieser Treffen in der Jungen Gemeinde vor sich ging und welche Akteure dabei eine zentrale Rolle spielten, welche Akteure kommen wollten und dann tatsächlich anwesend waren. Interessant an dem Vorgang ist, das ein IM selbst Initiative ergriff, um ein Thema in die Gruppe zu lancieren. Ob das im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit geschah, ist nicht bekannt und muß offen bleiben. In der Regel waren IM dazu angehalten, keine eigene Initiative zu entwickeln, weil sonst die Gefahr bestand, sich in Bereichen, die von Seiten des Ministeriums für Staatssicherheit kriminalisiert wurden, zu Wortführern zu machen. Auf der anderen Seite liegt die Vermutung nahe, daß das Ministerium für Staatssicherheit erst über ein solches durch IM inszeniertes Thema an Informationen gelangte. Schließlich war das Ministerium für Staatssicherheit permanent daran interessiert, wer potentieller „Gegner" ist und wer nicht, und von wem welches „negativ-feindliche Gefahrenpotential" ausgehen würde. Solche Informationen dienten dann der Eröffnung oder der Weiterführung von „Maßnahmeplänen" des Ministeriums für Staatssicherheit. „Auerbach forderte den [...].auf, über die bisherigen Ergebnisse mit dem überarbeiteten Jugendförderungsplan zu berichten. Auerbach und [...] lasen gemeinsam den neu erarbeiten Jugendförderungsplan vor. Der [...] las den alten Teil, während Auerbach dann die Veränderungen, die gemeinsam zum letzten Lese-Kreis von einer Gruppe erarbeitet wurden vor. Daß dieser Abend durch den [...] mit Hilfe dieses

[210] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach, zitiert nach Grund, Thomas. In: JG-Heft.

[211] Jugendförderungspläne sollten als ideologisch ausgerichtete Aufgabe von FDJ-Gruppen in den Betrieben erarbeitet und vorgeschlagen werden. Ziel der Pläne war, Planerfüllungsrichtlinien auszubauen und durch neue Zielstellungen möglichst zu überbieten. Dabei ging es auch um sogenannte „Neuerervorschläge" für die Anhebung der Leistung von Mensch und Maschine. Schon deshalb war es etwas Außergewöhnliches, wenn sich eine kirchliche Gruppe „anmaßte", staatlich besetzte Ziele und Programme aufzugreifen.

Jugendförderungsplanes gestaltet werden sollte, hatte Auerbach bereits am Montag mit Leo abgesprochen. Der Leo ist dem Unterzeichneten nicht persönlich bekannt. Leo, so weiß er aber zu berichten, ist in den Kreisen Haußer[212] sehr gut bekannt. Er soll möglicherweise im Kirchenkonvikt[213] wohnen. Im Rahmen der Diskussion tat sich besonders der Prokosch hervor. Dazu ist folgendes zu sagen. Er hat von Auerbach einmal ein Heft erhalten mit dem Titel "Klassenkampf und Revolution". Dieses Heft ist in der BRD verlegt. Der Herausgeber müßte, es ist nicht genau bekannt, die Organisation „Der Falken" sein. T. warf die Frage auf, wie und wann er sich vorstellt, die Massen zu erreichen. Da in diesem Heft dargestellt wird, anhand von Beispielen, wie man in der Organisation „Der Falken" die Leute mobilisiert. Von dem [...] wurde die Frage aufgeworfen, ob die Anwesenden in der Lage seien, ihn bei der Gestaltung des FDJ-Lehrjahres zu unterstützen. Er erläuterte dazu, daß in Vorbereitung Fragen erarbeitet werden, die zur Diskussion in den einzelnen Studiengruppen anregen sollen. Im Prinzip wurde eine Hilfe bejaht, aber im speziellen Fall abgelehnt, da man insgesamt eine Gefährdung der Person des [...] sah. Der Prokosch ergänzte dann noch, daß er im Funkwerk in Berlin selbst erlebt habe, wie wegen solch einer Sache innerhalb kürzester Zeit der hauptamtliche FDJ-Sekretär dreimal wechselte - gewechselt wurde. Der [...] wurde beauftragt, sich zum nächsten Mal noch einmal ganz konkret zur obigen Problematik vorzubereiten und den überarbeiteten Jugendförderungsplan noch einmal mitzubringen, um dann auch noch einmal die einzelnen überarbeiteten Passagen speziell herausstellen zu können."[214] Thomas Auerbach stand als Jugendwart stets im Mittelpunkt der Beobachtungen des IM. Aber auch die Anwesenden wurden beobachtet und eingeschätzt. Hierbei interessierten neben dem Verhalten auch die neuesten Informationen und Kontakte zwischen den Akteuren. „Ohne irgendwelche Überleitungen kam es noch zu der Äußerung, daß einige Anwesende, die bekannt sind: Tarzan, wahrscheinlich Prokosch, Achim Döhmel und Auerbach in der Zeit vom 11. - 18. nach Berlin fahren wollen. Dort wäre ein Treffen mit irgendwelchen Leuten aus Westberlin vereinbart. Auerbach wurde in diesem Zusammenhang darüber gefragt, ob er Nachricht hätte. Er verneinte und teilte mit, daß er sich diesbezüglich noch einmal telefonisch erkundigen werde. Es kam die Frage, ob das sein Bruder (Auerbachs Bruder) möglicherweise vergessen habe und er antwortete, auf seinen Bruder sei 100%iger Verlaß."[215] Die Kontakte zu den West-Berlinern knüpfte Auerbach ganz gezielt über seine Familie. Ihr vertraute er. Um aber solche Kontakte zu realisieren,

[212] Stadtbekannte Szenekneipe im Zentrum von Jena „Grüne Tanne", wo sich die „Kunden" der Stadt regelmäßig trafen. Diese Kneipe war neben der Jungen Gemeinde Stadtmitte für die Jugendlichen jahrelang die Informationsbörse der Stadt, auch für das Ministerium für Staatssicherheit.
[213] Wohnhaus oder -heim für Studenten der Theologie an der Universität.
[214] OV „Pegasus", MfS Reg.-Nr. X/66/75, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 9.
[215] Ebenda.

waren Vorabsprachen notwendig. Diese liefen in der Regel über die Post. In einigen Fällen verfügten Akteure auch über Telefon. In beiden Fällen organisierte das Ministerium für Staatssicherheit Informationen durch Postüberwachung oder Abhörtechnik. Darüber hinaus verhinderte das Ministerium für Staatssicherheit das Durchkommen von Post oder organisierte Störungen im Telefonnetz, wenn bekannt war, wann telefonischer Kontakt aufgenommen werden sollte. „Auerbach erkundigte sich bei Grund, ob er morgen Nachmittag, am 8. 1., von seinem Apparat aus anrufen könne. Grund sagte zu und Auerbach teilte ihm mit, daß er gegen 14.00 Uhr bei ihm sei.“[216]

Ein weiteres Beispiel für den hohen Grad der Politisierung der Jungen Gemeinde 1976 ist ein Brief des Lesekreises an das „Neue Deutschland“ (ND), das publizistische „Zentralorgan der SED“. Ausgangspunkt war eine Solidaritätsaktion des Lesekreises für Portugal, für die zahlreiche Unterschriften gegen den Militärputsch in Portugal gesammelt wurden.[217] Auch diese Aktion stand außerhalb der offiziellen Staatspolitik von Partei und FDJ. In dem Brief an das „Neue Deutschland“ bat die Gruppe um die Veröffentlichung ihres Solidaritätsschreibens mit den Unterschriften. Die Reaktion des „Zentralorgans“ war die Ablehnung der Veröffentlichung des offenen Schreibens und der ca. 3000 Unterschriften. Stattdessen meldete das „Neue Deutschland“ diesen unerhörten Vorgang außerhalb der internationalen SED-Solidaritätsbewegung an das Ministerium für Staatssicherheit in Gera weiter. In Gegenreaktion auf die Ablehnung verfaßte die Gruppe des Lesekreises jedoch einen weiteren Brief an die Redaktion. Darin verurteilte sie die Ignoranz des „Neuen Deutschland“ gegenüber ihrem Anliegen und griff die gesteuerte Medienpolitik in der DDR deutlich an. Dabei wies sie besonders auf die Doppelzüngigkeit in der Berichterstattung hin. Um das Ganze ideologisch abzusichern und um die Genossen mit ihren eigenen „Waffen“ schlagen zu können, nutzte sie Lenin-Zitate. Dieses Vorgehen war bei offiziellen Schreiben eine typische Doppelstrategie oppositioneller Gruppen in der DDR. Man nutzte die Sprache der Mächtigen, um sich Gehör zu verschaffen, auch um die Machthaber an ihre „Versprechen“ zu erinnern und den eigenen Anspruch auf Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu dokumentieren, was ja gleichzeitig eine ideologische Hauptforderung der SED war. „Es gab noch ein Nachspiel. Wir haben also im Lesekreis ausgewertet, haben mit dem Solidaritätskomitee der DDR einen Riesenbriefwechsel geführt und so unsere Erfahrungen gesammelt, wie man abgebügelt wird, wenn man die Parolen der Bonzen beim Wort nimmt - Plane mit, regiere mit! Das war für junge Leute

[216] OV „Pegasus“, MfS Reg.-Nr. X/66/75, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

[217] Vgl. Auerbach, Thomas: Widerständiges und oppositionelles Verhalten. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg.: Deutscher Bundestag, Band VII/1-2, S. 160 ff.

ganz, ganz wichtig."[218] Die nachfolgende Hinwendung an das Solidaritätskomitee der DDR blieb ebenfalls erfolglos und erstickte letzen Endes in einem zermürbenden Briefwechsel. Verfaßt wurden diese Briefe an das „Neue Deutschland" und an das Solidaritätskomitee der DDR von einer Teilgruppe des Lesekreises um Thomas Auerbach und Bernd Markowsy. IM „Helmut Falke" hat den Inhalt eines dieser Briefes, noch bevor er abgeschickt werden konnte, seinem Führungsoffizier überbracht. Die Gruppe hatte in Reaktion auf ein Antwortschreiben des DDR-Solidaritätskomitees vom 09. Januar1976 am 15. Februar 1976 einen weiteren Brief geschrieben:

> Liebe Genossen!
> Vielen Dank für Ihr Schreiben vom 09.01.76.
> Wir verstehen, daß Ihnen unverständlich ist, daß wir mit Umfang, Qualität und Aktualität der Nachrichtenübermittlung in Presse, Rundfunk und Fernsehen nicht zufrieden sind. Im Gespräch mit der Kollegin [...], die sich für die Beantwortung unseres Briefes verantwortlich erklärte, wurden wir in unserer Ansicht allerdings bestätigt. Sie hat uns Dinge erzählt, die uns völlig neu waren. Wie etwa, daß schon völlig klar sei, daß Portugal für die nächste Zeit ein bürgerlicher Staat bleibt und wofür etwa die Solidaritätsspenden verwandt werden oder daß die portugiesischen Militärs Linksradikale seien, die von den Imperialisten bezahlt und irregeleitet werden. Alles Dinge, die für uns nicht überprüfbar sind. Was wir aber überprüfen konnten, war falsch. In Angola kämpfen kubanische Soldaten. Die Kollegin behauptet aber, es handele sich um eine imperialistische Verleumdung, die soz. Staaten handeln nach den Prinzipien der friedlichen Koexistenz und Nichteinmischungspolitik, und sie war der Meinung, es handele sich um Wirtschaftsspezialisten. Am Tag nach dem Gespräch mit ihr am 17.1.76 erschien im ND eine umfangreiche Stellungnahme F. Castros, die bestätigte, daß kubanische Soldaten in Angola auf der Seite der nationalen Befreiungsfront MPLA kämpfen. Die Informationspolitik hat der Kollegin da einen Streich gespielt. Nun gut, das kann vorkommen, was aber nicht vorkommen darf, ist, daß sie sich selber einen Streich gespielt und in ihrem missionarischen Eifer Dinge behauptet, die weder Hand noch Fuß haben. Das ist einer fruchtbaren und auch unter uns solidarischen Zusammenarbeit nicht gerade förderlich. Zur Gefahr der Bürgerkriege, vor der die Kollegin dauernd warnte, im Zusammenhang mit der Politik der soz. Staaten, der Solidarität mit den um ihre Befreiung kämpfenden Völkern und der Volksbewaffnung. Lenin schreibt dazu im Militärprogramm der proletarischen Revolution. Zitat aus W. Lenin Ausgewählte Werke - Band 1, S. 875: „Bürgerkriege sind auch Kriege. Wer den Klassenkampf anerkennt, der kann nicht umhin, auch Bürgerkriege anzuerkennen, die in jeder Klassengesellschaft eine natürliche, unter gewissen Umständen unvermeidliche Weiterführung, Entwicklung und Verschärfung des Klassenkampfes darstellen. Alle großen Revolutionen bestätigen, daß Bürgerkriege zu verneinen oder zu vergessen hieße, in den äußersten Opportunismus zu verfallen und auf die soz. Revolution zu verzichten." Auf Seite 877 des gleichen Werkes heißt es weiter, „...dazu kommt noch eine weitere allgemeine Erwägung. Eine unterdrückte Klasse, die nicht danach strebt, Waffenkenntnis zu gewinnen, in Waffen geübt zu werden, Waffen zu besitzen, eine solche unterdrückte Klasse ist nur wert, unterdrückt, mißhandelt und als Sklave behandelt zu werden." Wenn diese Auffassung als überholt angesehen wird, muß dazu auch theoretisch Stellung bezogen werden. Muß die Frage diskutiert werden, öffentlich.
> Wir verbleiben mit soz. Gruß

[218] Zeitzeugengespräch mit Thomas Auerbach, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.

[...] 69 Jena, Jahnstr. 10 und
Klaus-Dieter Siegel, 69 Jena, Lutherstr. 47[219]

Die staatlichen Behörden steigerten angesichts solcher Aktionen im Gegenzug ihre Repressionsmaßnahmen gegen die Junge Gemeinde in Jena und die Offene Arbeit in ganz Thüringen. Diese Maßnahmen bewegten sich zwischen täglichen Drohungen und Erpressungsversuchen und regelrechter Verfolgung einzelner Jugendlicher oder kirchlicher Mitarbeiter. Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf reagierte in einem offenen Brief im September 1976 an den damaligen Thüringer Landesbischof Bräcklein auf dieses Ausmaß an Repressionen. „Da gibt es Spitzelerpressungen in der Jungen Gemeinde, verweigerte Studienplätze und Qualifizierungsmöglichkeiten, Jugendliche, die jahrelang nur wegen ihrer Zugehörigkeit zur Jungen Gemeinde nicht zum Musikmachen zugelassen wurden, solche, denen der Ausweis entzogen wurde bis hin zum Verbot, zum FDJ-Festival zu fahren, das geht bis zum Rufmord.“[220] Daneben organisierte das Ministerium für Staatssicherheit gezielte Polizeikontrollen und Zuführungen, bei denen auch Gewalt gegen die Jugendlichen angewendet wurde. Die zentrale Angriffsperson der Offenen Arbeit in Thüringen war für das Ministerium für Staatssicherheit von Anfang an Pfarrer Walter Schilling selbst und mit ihm das Rüstzeitheim Braunsdorf. Jeder Angriff gegen ihn und das Rüstzeitheim richtete sich deshalb gegen die gesamte Offene Arbeit in der DDR. Ziel war es, die Zusammenkünfte in Braunsdorf und Schillings Einfluß auf die einzelnen Gruppen der Offenen Arbeit in den verschiedenen Städten einzudämmen, wenn nicht ganz zu verhindern. Gerade zwischen Schilling und der Offenen Arbeit Jena bestanden seit Anfang der siebziger Jahre engste Beziehungen. Schilling gab nicht nur geistige Anregung und leistete praktische Hilfe, er unterstützte die Offene Arbeit in Jena und der ganzen DDR als einziger Pfarrer vorbehaltlos und oft am Rande der Katastrophe für sich und seine Familie. Das Ministerium für Staatssicherheit streute über ihn Gerüchte über seine angebliche inoffizielle Mitarbeit aus und schikanierte auch seine Familie. Parallel dazu versuchte das Ministerium für Staatssicherheit, Druck auf die Thüringer Kirchenleitung auszuüben, um die Schließung des Rüstzeitheims Braunsdorf zu erreichen. Die „Wirksamkeit“ Schillings über das Rüstzeitheim sollte unterbunden werden. Am geeignetsten erschien dafür der Weg über eine Hygienekontrolle im Rüstzeitheim. So erschien am 29. Juli 1974 zum wiederholten Male die Hygiene-Inspektion des Landkreises Rudolstadt, um das Heim zu kontrollieren. Sie legte dabei so hohe Maßstäbe an, die sonst nur bei einem Kurhotel gerechtfertigt gewesen wären. Dementsprechend stellte die Inspektion zahlreiche sogenannte „Mißstände“ fest. Die zentralen Punkte der Mängelliste waren die Überbelegung des Heimes und der

[219] OV „Pegasus“, MfS Reg.-Nr. X/66/75, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[220] Schilling, Walter: Brief vom 13.09.1974 an Bischof Ingo Bräcklein, Braunsdorf, Archiv Schilling, zitiert nach Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 292.

allgemein ungepflegte Eindruck der anwesenden Jugendlichen.[221] Schwerwiegender war jedoch der zur gleichen Zeit gestartete Angriffsversuch, Walter Schilling als Pfarrer zu diskreditieren, um ihn ganz aus Braunsdorf zu vertreiben. Dazu initiierte das Ministerium für Staatssicherheit eine Kampagne der Kriminalisierung, die ein disziplinarisches Vorgehen der Kirchenleitung gegen ihn erzwingen sollte. Am 21. August 1974 wurde Schilling vor den Landesbischof Ingo Bräcklein zitiert. Die hier erhobenen Vorwürfe sind dem Landeskirchenrat von hohen staatlichen Stellen zugeleitet worden. Der zentrale Vorwurf der Kirchenleitung lautete, Walter Schilling beginge „grobe Entstellungen der seelsorgerlichen Arbeit“, indem er einem jungen Mann, der sich der Einberufung zur NVA entziehen wollte, zwei Tage lang Unterschlupf gewährte und dies der vor Ort nachfragenden Polizei gegenüber verschwiegen habe. Schilling konnte diesen Versuch der Kriminalisierung nicht zurückweisen, begründete aber sein Handeln mit seinem Verständnis vom seelsorgerischen Auftrag gegenüber dem Jugendlichen, der sich in Not befunden habe - ein Argument, dem sich auch die Kirchenleitung nicht ganz entziehen konnte. Damit nahm er sich aber gleichzeitig die Möglichkeit einer persönlichen Verteidigung und der Verteidigung seiner bisherigen offenen Jugendarbeit. Im Ergebnis des Gespräches zwischen Schilling und Bräcklein informierte der Bischof den Rat des Bezirkes Gera und bestätigte die Richtigkeit der Vorwürfe. Um offenbar eine weitere Kriminalisierung Schillings durch eine juristische Verfolgung umgehen zu können, entschied der Landeskirchenrat, ihm einen Verweis laut Amtszuchtgesetz auszusprechen und forderte ihn dazu auf, die Pfarrstelle zu wechseln. Außerdem verfügte er unter Umgehung der zuständigen Gremien die sofortige Schließung des Heimes Braunsdorf. Damit schienen die Pläne des Ministeriums für Staatssicherheit aufgegangen zu sein[222], doch das Gegenteil trat ein. Der Vorgang löste in allen Jungen Gemeinden der Offenen Arbeit in Thüringen einen Sturm des Protestes aus und führte zu einer breiten Solidarisierung mit Walter Schilling. Gleichzeitig verstärkten sich zwischen den Jungen Gemeinden die ortsübergreifenden Kontakte und Beziehungen. Damit war die Offene Arbeit keine Angelegenheit mehr von scheinbar isoliert agierenden Einzelpersonen oder Gruppen. Sie war zu einer Größe in der Kirche herangewachsen, die nicht zu übersehen und auch nicht mehr ohne Folgen für die Kirche zu beseitigen war. Der Landeskirchenrat gab trotz der Proteste vorerst nicht nach, Schilling kämpfte aber weiter. Er verfaßte eine umfangreiche kirchenrechtliche Beschwerde und wandte sich damit an die Kirchensynode. Einzig der Saalfelder Superintendent Dietrich Große, der zu dieser Zeit in Saalfeld mit einer Gruppe der Offenen Arbeit zusammenarbeitete, stellte sich in dieser Situation offen auf die Seite Schillings. Da der Landeskirchenrat keine weitere

[221] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 292.
[222] OV „Reaktionär“, MfS Reg.-Nr. X/295/71. Vgl. Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a. Hg.: Die „Andere“ Geschichte, S. 28-92.

öffentliche Auseinandersetzung vor der Synode im November 1974 wünschte, erreichte Große auf diplomatischem Weg innerhalb der Landeskirche einen Kompromiß, in den Schilling schließlich einwilligte. Er wurde danach zwar als Heimleiter des Rüstzeitheimes Braunsdorf abgesetzt, konnte aber weiter als Pfarrer in Braunsdorf arbeiten. Zudem sollte das Rüstzeitheim mit einem neuen Heimleiter wieder eröffnet werden. Der dann bei der Wiedereröffnung am 16. Januar 1975 als Heimleiter eingesetzte Diakon behinderte die Arbeit von Walter Schilling und der Offenen Arbeit in Braunsdorf nicht.[223] Die Auseinandersetzungen um das Heim und um die Stellung Walter Schillings in Bezug auf die Offene Arbeit hielten weiter an. Der Angriff des Ministeriums für Staatssicherheit 1974 war nicht der letzte, sondern erst der Anfang. Und schon in dieser Situation um Walter Schilling 1974/75 nährte sich bei vielen Akteuren aus der Offenen Arbeit der Verdacht, daß die Amtsträger der Thüringer Kirche und die Kirchenleitung vom Ministerium für Staatssicherheit unterwandert sein müßten. So vermutete beispielsweise der damalige Rudolstädter Superintendent Manfred Sondershaus, der auch bei anderen Gelegenheiten oppositionelle Bestrebungen stützte, gegenüber dem Landeskirchenrat, daß der Staat und das Ministerium für Staatssicherheit in der Kirchenleitung „Gewährsleute“ haben müßten, da sonst die Angelegenheit mit Schilling anders verlaufen wäre. Ein Verdacht, der sich später bestätigte.[224] Im Ergebnis ging die Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit gegen Walter Schilling und die Offene Arbeit nicht auf. Es gelang weder, Walter Schilling als zentrale Person und geistiges Haupt zu neutralisieren, noch eine Zersplitterung der Gruppen in Thüringen zu erreichen. Der vorübergehende Ausfall des Heimes Braunsdorf als Anlaufpunkt bewirkte im Gegenteil eine Ausbreitung und Dezentralisierung der Arbeit. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre entwickelten sich Jena, Erfurt und Halle neben Braunsdorf, Rudolstadt und Saalfeld zu Zentren der Offenen Arbeit. Gleichzeitig kam es zu einer Ausweitung der Tätigkeit Walter Schillings. Wenn die Gruppen nicht mehr zu ihm kommen könnten, gehe er eben zu ihnen, so sein Slogan. Ihm gelang es dadurch, die Thüringer Gruppen zusammenzuhalten und überregional zu festigen. Darüber hinaus beriet und beeinflußte er bald auch die Arbeit von weiteren neu entstandenen Gruppen der Offenen Arbeit in der gesamten DDR. Mit seiner überzeugenden Art und mit seiner Jugendarbeit erstritt er auch innerhalb der Thüringer Kirche eine größere Akzeptanz für die Offene Arbeit, die der Landeskirchenrat nun stärker berücksichtigen mußte. Ein weiterer Verdienst von Walter Schilling war die Weitergabe seiner persönlichen Erfahrungen mit den Strategien der Repressionen des Ministeriums für Staatssicherheit. Als einziger Pfarrer organisierte Walter Schilling auf diesem Gebiet schon seit Mitte der siebziger Jahre eine

[223] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S.292. Auch Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a. Hg.: Die „Andere“ Geschichte, S. 5 ff.
[224] Vgl. Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a. Hg.: Die „Andere“ Geschichte, Erfurt 1993.

systematische Gegenwehr. Seine wirksamste Methode war dabei die Öffentlichkeitsarbeit. Sein zentrales Anliegen hieß Aufklärung über Ziele, Wirkung und Folgen der repressiven Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit. Er entwickelte dazu aus den verschiedenen Erfahrungen praktische Verhaltensregeln, die er dann an andere kirchliche Mitarbeiter und Jugendliche der Offenen Arbeit weitergab. Sein „Anti-MfS-Papier“ nannte er sinnigerweise „Richtlinien zum Schutz vor dem Eindringen Unbefugter“.[225]

So gewagt und gefährlich die Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit auch war, sie nahm teilweise auch komische Züge an. Immer wieder berichten Zeitzeugen, wie sie sich in Cafés oder Kneipen öffentlich über das Ministerium für Staatssicherheit und deren Arbeit lustig machten. Gleichzeitig galt dies auch als vermeintlicher Schutz vor dem Zugriff des Ministeriums für Staatssicherheit, besonders wenn es um Anwerbeversuche von Akteuren aus der Jungen Gemeinde oder deren Umfeld ging. „Das habe ich dann 1976/77 kennen gelernt im Zusammenhang mit der Ausbürgerung Biermanns, daß wir uns in einem Café trafen, und da waren dann auch Leute dabei, die Junge Gemeinde waren. Das Café, was dann abgerissen worden ist in der Wagnergasse, hier hat zum Beispiel einmal Jagger über einen Anwerbe-Versuch gesprochen und daß er jetzt noch mal hin muß und daß wir dann über mehrere Tische hinweg darüber geredet haben, wie er sich dort so zu verhalten hat und das danach gleich zwei, drei anderen sagen solle, und daß er mal Grüße ausrichten solle und so. Und das war so eine Form der Neutralisierung durch Information, die ich zu den spezifischen Qualitäten von oppositionellem Verhalten zählen würde.“[226]

Ihre erste unvermeidbare Auseinandersetzung mit der Staatssicherheit erlebte die Offene Arbeit in Jena Ende 1976 im Zusammenhang mit der Biermann-Ausbürgerung. Aus verschiedenen Gruppen mit ursprünglich unterschiedlichen sozialen und kulturellen Interessen hatte sich seit Anfang 1975 eine gruppenübergreifende oppositionelle Szene in Jena herausgebildet. Wesentlicher Anlaß dafür war der Polizeiübergriff auf die Bewohner der Gartenstraße 7 im Januar 1975 und die sich anschließende Solidarisierung über Jena hinaus. Ein zweiter Anlaß war die Auflösung des Arbeitskreises Literatur im Juni 1975, der damit der Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit zwar zuvorkam, damit aber gleichzeitig das bisherige Podium in der gesellschaftlichen Öffentlichkeit einbüßte. Ein weiterer Grund für die Herausbildung einer oppositionellen Szene war das Zusammenwachsen der Gruppen der Offenen Arbeit aus verschiedenen Städten zu einer regional übergreifenden kirchlichen Jugendszene mit vielen gemeinsamen Aktivitäten. Die „Szene“ der kirchlichen Jugendarbeit war gleichzeitig Publikum und Öffentlichkeit für die Akteure des Arbeitskreises Literatur. In Jena führte diese Entwicklung zusätzlich zur Annäherung

[225] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 293 und 434 f.
[226] Zeitzeugengespräch mit Lutz Rathenow am 08.01.2001 mit dem Autor.

zwischen Junger Gemeinde und ehemaligen Mitgliedern des Arbeitskreises. In seiner Folge entstand Mitte 1975 der Lesekreis. Diese Verbindung bot den Arbeitskreismitgliedern im Rahmen kirchlicher Räume Öffentlichkeit, den Akteuren der Jungen Gemeinde ermöglichte sie einen vertiefenden Zugang zu literarischen und theoretischen Themen. Dadurch verstärkte sich insgesamt die politische Zusammenarbeit. Wegen der zum Teil brisanten politischen Literatur, die im Lesekreis gelesen und diskutiert wurde, waren die Verbreitung von Büchern und gemeinsame Treffen zum Teil konspirativ angelegt. Das galt besonders für die Beschaffung und Verteilung der Literatur, die zum Teil über illegale Kanäle in West-Berlin organisiert wurde und dann über ein konspiratives Ausleihsystem „reihum ging". In mehreren Arbeitskreisen von drei bis fünf Personen arbeiteten die Akteure des Lesekreises im politischen Selbststudium. Hier entwickelten sie u. a. eigene theoretische Gesellschaftskonzepte[227]. Das Hauptgewicht ihrer Arbeit lag in der Aufklärungsarbeit. Öffentlichkeit und Offenheit für die aufgegriffenen Themen gewährleistete Jugendwart Thomas Auerbach in den Räumen der Jungen Gemeinde. Das Gefühl einer Zusammengehörigkeit verstärkte sich dadurch. Seit 1976 wurden zahlreiche Aktivitäten gemeinsam in der Öffentlichkeit durchgeführt. Ein wichtiger Höhepunkt war dabei die von der Jungen Gemeinde jährlich initiierte „Werkstatt" am 15. und 16. Mai 1976. Neben einer damals bekannten Leipziger Blues-Band wurde ein „Kundenstück" von Pfarrer Thomas Neubauer über Lehrlingsprobleme und Spießertum aufgeführt.[228] Es gab eine Liederbühne, auf der der später DDR-weit bekannte Liedermacher Gerhard Schöne auftrat und Bernd Markowsky und Jürgen Fuchs ihre Stücke lasen. Der Andrang war so groß, daß die Veranstaltungsorte hoffnungslos überfüllt waren. Laut Bericht des IM „Helmut Falke" waren am 15. Juni 1976 ca. 250 Personen bei den Veranstaltungen anwesend.[229] Neben dem Verbreiten von „antisozialistischem Gedankengut" kämen „... viele der Trampertypen allein [...] wegen dem Gruppenerlebnis, daß man wieder mal das Antiatomwaffenzeichen tragen und dreckige Jeans anziehen konnte."[230]

Das Potential, das sich hier öffentlich sichtbar ausbreitete, forderte das Ministerium für Staatssicherheit erneut heraus. Schlüssel-OV war in diesem Zusammenhang der Operative Vorgang „Pegasus". Er richtete sich gezielt gegen Akteure des ehemaligen Arbeitskreises Literatur und der Jungen Gemeinde. Schlüssel-IM waren der IM „Helmut Falke" und der IM „Runge". Sie hatten bei der

[227] Thomas Auerbach: Widerständiges und oppositionelles Verhalten. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg.: Deutscher Bundestag, Band VII/1-2, S. 160 ff.

[228] Thomas Neubauer, Kommilitone von Thomas Auerbach am Falkhaus Eisenach, nach seiner Ausbildung Ausreise nach West-Berlin, Verfasser einiger literarischer Bühnenwerke, darunter das „Kundenstück".

[229] OV „Pegasus", MfS Reg.-Nr. X/66/75, Bd. II, S. 424, BStU, Abschlußbericht, Bd. III, Bl. 92.

[230] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 108 f., S. 119 f.

„Bekämpfung“ deshalb eine Schlüsselposition inne, weil sie zentrale Akteure des Lesekreises und der Jungen Gemeinde kannten und zum Teil mit ihnen befreundet waren. Der spürbare repressive Druck von Seiten des Ministeriums für Staatssicherheit und anderer staatlicher Organe bewirkte aber im Gegenteil den Zusammenhalt der kirchlichen Jugendszene in Jena. Die teilweise sehr persönlichen Verbindungen zu Jürgen Fuchs und über diesen zu Wolf Biermann und Robert Havemann intensivierten gleichzeitig die politische Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft.[231] Wolf Biermann brachte die in Jena spürbare Dramatik der Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit in seinem Jenaer Memfis-Fan-Club-Blues 1975 auf den Punkt.[232] Thomas Auerbach hatte Biermann zum Herbstfest am 1. November 1976 in die Junge Gemeinde eingeladen. Zunächst schien berechtigte Hoffnung zu bestehen, daß Biermann zu dieser Herbstwerkstatt 1976 nach Jena kommen würde. Doch „...dazu kam es nicht mehr, denn der liebe Wolf hatte damals Angst, hierher zu kommen, weil er seine Westreise gefährdet sah, und dann war für uns ja alles sehr schnell zu Ende.“[233] Wäre nicht die unverhoffte Auftrittsgenehmigung in Westdeutschland und gleichzeitige Ausbürgerung von Biermann im November 1976 dazwischen gekommen, wäre der Besuch realisiert worden. Kontakte und Absprachen zu seinem Auftritt in der Jungen Gemeinde gab es ja bereits.[234] Kurz vor der Ausbürgerung hatte Biermann mit seinem offiziell genehmigten Auftritt in der Prenzlauer Nikolaikirche am 12. September 1976 noch einmal einen Anflug von Hoffnung darüber verbreiten können, daß das ungeliebte bürokratische System vielleicht doch nicht ganz so repressiv und verknöchert sei, wie alle Erfahrungen bisher zeigten. Biermann hatte offiziell Auftrittsverbot und konnte nun seit langem erstmals wieder öffentlich auftreten. Um so dramatischer fiel die Reaktion in Jena auf seine Ausbürgerung aus. Am 16. November 1976 gab die DDR-Nachrichtenagentur offiziell bekannt, daß dem Liedermacher Wolf Biermann das Recht auf weiteren Aufenthalt in der DDR entzogen sei. Viele Jenaer fühlten sich durch diese Nachricht nicht nur überrascht, sie fühlten sich persönlich betroffen und enttäuscht. Ihre Hoffnungen auf eine reformierbare DDR waren mit einem Schlag dahin. In spontaner Zusammenkunft berieten noch am gleichen Abend 24 Personen in der Jungen Gemeinde über mögliche Gegenreaktionen. Man beriet zunächst über die Möglichkeit einer Protestdemonstration, über Protestschreiben und Informations-Faltblätter zum Verteilen unter den Arbeitern der Betriebe. „Die Leute waren verständlicherweise völlig hysterisch. Einig waren wir uns in dem Gefühl: Jetzt sind sie zu weit gegangen, das

[231] Ebenda, S. 108 f., S. 141.
[232] Ebenda, S. 132 ff. Der Song „Die Stasiballade“ wurde auf der Schallplatte „Wolf Biermann - aah-ja!“ veröffentlicht.
[233] Zitat Thomas Auerbach. In: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages). Hg.: Deutscher Bundestag, Band VII/1-2, S. 162 ff.
[234] Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 135 f.

hätten sie niemals tun dürfen, und wenn wir jetzt still halten, ist alles verloren. Als ich ins Zimmer trat, erkannte ich meine Freunde kaum wieder, wilde Gesichter, besonders die Frauen, Doris, Maria, die oft zurückhaltend gewesen waren. Warum habe ich nicht damals schon fotografiert? Man würde erschrecken. Sie waren wie Furien, schrieen mich an: „Wir müssen etwas tun!“ Sie kamen auf die wildesten Ideen, Transparente malen, auf die Straße gehen. Sie waren so aufgewühlt, daß ich versuchte, eine andere Autorität wie Havemann und Fuchs ins Spiel zu bringen. Ich habe vorgeschlagen, die Proteste von Grünheide aus koordinieren zu lassen. Da gab es erst mal Streit. Sie fanden es ehrenrührig, daß sie nicht selber entscheiden sollten, was zu tun sei. Ich argumentierte, es geht nicht darum, um Erlaubnis zu fragen, sondern darum, etwas zu tun, hinter dem alle stehen können. Mit Tommy Auerbachs Stimme entschied eine Mehrheit dafür, daß ich nach Grünheide fahre. Am nächsten Tag ist dann der Offene Brief der Schriftsteller veröffentlicht worden. Es war das Sinnvollste, was man in der Situation machen konnte und vergleichsweise ungefährlich, sich mit ihrem Protest solidarisch zu erklären. Mir war schon klar, daß auch das nicht ungefährlich war. Aber wenn was passieren sollte, dann hätten wir eben auch die Unterstützung von denen, die unterschrieben haben. Ich bin noch in der Nacht zu Havemann gefahren, der Weg dahin war auch schon völlig verrückt. Biermann war ja ein paar Mal in Jena, hatte ein Privatkonzert bei Leibners gegeben, hat viel erzählt, war sehr lebendig und interessant. So sind wir ihm auch näher gekommen. Es war eine freundschaftliche Beziehung.“[235]

Am Tag darauf, am 17. November 1976, erschien die „Erklärung der Berliner Schriftsteller“ zur Ausbürgerung Biermanns.[236] Akteure vom Lesekreis, der Jungen Gemeinde und der Evangelischen Studentengemeinde versammelten sich erneut, um über weitere Schritte nachzudenken. Man einigte sich an diesem Abend vorerst darauf, keine eigenen Schritte zu unternehmen und abzuwarten, welche Informationen Bernd Markowsky von seiner Fahrt nach Berlin zu Robert Havemann mitbringen würde. Am 18. November 1976 versammelten sich mehr als 60 Personen in den Räumen der Jungen Gemeinde. Markowsky war inzwischen aus Berlin zurück, und die Berliner Resolution wurde verlesen. Auerbach verlas anschließend den Kommentar dazu aus dem „Neuen Deutschland“. Auch Walter Schilling war gekommen und unterstützte durch eigene Ansprache die Meinungsbildung. Er warnte ausdrücklich vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit, daß eine Solidarisierung mit Biermann durch eine Unterschriftensammlung für jeden Einzelnen gefährlich sei und unabsehbare Folgen haben könnte. Dennoch war gerade er es, der durch seine solidarischen Worte und seine Unterschrift viele ermutigte, sich dem Protest anzuschließen. Auf der ausgelegten Liste unterschrieben 41 Personen. Andere

[235] Zitat Bernd Markowsky. In: Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 140 f.
[236] Vgl. Krug, Manfred: Abgehauen. Ein Mitschnitt und Ein Tagebuch, 5. Aufl., Berlin 1998. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 143.

unterschrieben nicht aus Gewissensnot oder aus Angst vor den möglichen Folgen. IM „Helmut Falke“ hielt sich auftragsgemäß mit seiner Unterschrift zurück. Im weiteren Verlauf des Abends kamen dann noch weitere 17 Unterschriften hinzu, so daß insgesamt 58 Unterschriften geleistet wurden. Auch Studenten der Theologischen Fakultät der Universität Jena schlossen sich an. Noch in der gleichen Nacht informierte dagegen IM „Helmut Falke“ die Jenaer Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit, was dort sofort erhöhte Einsatzbereitschaft auslöste. Am Morgen des 19. November 1976 begann das Ministerium für Staatssicherheit um 6.00 Uhr mit den ersten Verhaftungen.[237] Im Visier standen besonders diejenigen, die die Resolution unterschrieben hatten. Die Nachricht von den Verhaftungen in Jena platzte dann am 19. November nachmittags mitten in eine Sitzung des Ersten Stellvertreters für Innere Angelegenheiten des Rates des Bezirkes Erfurt und des amtierenden Thüringer Landesbischofs Bräcklein in Eisenach. Oberkirchenrat Wolfram Johannes (IM „Nettelbeck“), enger Mitarbeiter im Landeskirchenrat, berichtete am 25. November1977 über die Reaktion des Bischofs in der Sitzung mit den Genossen. „Beide Seiten äußerten dazu, daß gegenwärtig nichts unternommen werden könne, sondern daß man die Untersuchungsergebnisse der Untersuchungsorgane abwarten müsse.“[238] Am 26. und am 29. November 1976 folgten weitere Berichte. Darin informierte IM „Nettelbeck“, daß der Landeskirchenrat bestürzt darüber war, daß nichts in Eisenach von den Vorgängen in Jena vor den Verhaftungen bekannt gewesen sei.[239] Bestürzung, Unsicherheit und Unentschlossenheit prägten die Reaktion der Thüringer Landeskirche. Letztlich interessierte sie sich nicht für die Verhafteten, sondern war eben bestürzt darüber, daß die politische Protestaktion in kirchlichen Räumen stattfand und daß Theologiestudenten und kirchliche Mitarbeiter beteiligt waren. Jugendwart Thomas Auerbach und Pfarrer Walter Schilling galten als die Initiatoren. Die Thüringer Landeskirche distanzierte sich von den Vorgängen in Jena und entzog ihren involvierten kirchlichen Mitarbeitern jeden Schutz vor dem willkürlichen Zugriff des Staates. Die kirchlichen IM hatten also Erfolg. Sie beeinflußten und steuerten im Landeskirchenrat die Haltung gegenüber den Betroffenen im Interesse der SED. Auf der anderen Seite suchte die Kirche immer noch nach ihrem Stand in der sozialistischen Gesellschaft. Das „vertrauensvolle Verhältnis“ zum Staat sollte nicht getrübt werden. Die Entsolidarisierung mit politisch Verfolgten war deshalb insgesamt nur eine Konsequenz aus der These von der „Kirche im Sozialismus“.[240] Oberkirchenrat Schäfer aus Weida

[237] Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 146 f.

[238] IMV „Nettelbeck“, vom 25.11.1976. IMV „Nettelbeck“, BV Erfurt, Abt. XX/4, MfS Reg.-Nr. IX/163/73, S. 1, BStU, Bl. 272, Bericht, Erfurt 25.11.1976. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 10.

[239] IMV „Nettelbeck“, vom 29.11.1976. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 11.

[240] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 249: „Bischof Werner Krusche sagte 1977: Kirche im Sozialismus ist nicht Kirche gegen den Sozialismus. Sie ist nicht die fünfte Kolonne des Westens, sie hat auch nicht die Rolle der fehlenden Oppositionspartei zu spielen. [...]

(IM „Gerstenberger“) bezeichnete den Liedermacher Wolf Biermann als einen „Handlanger des Imperialismus“. Thomas Auerbach und zwei weitere Jugendliche, die sich an der Unterschriftenaktion beteiligten, bezeichnete er als „Mitglieder eines neomarxistischen Kreises“. Pfarrer Schilling schätzte der IM als eine „Gefahr für das gute Verhältnis zwischen Staat und Kirche“ ein, Schilling habe als Mitinitiator der Unterschriftenaktion nach der Verhaftung Auerbachs sogar die Absicht, die Junge Gemeinde Stadtmitte zu übernehmen, um sie weiter zu einem Zentrum der Opposition auszubauen. Im Gegensatz zu den uneinsichtigen, politisch aufmüpfigen Akteuren der Jungen Gemeinde und des Lesekreises war die Thüringer Landeskirche jederzeit „... auf allen Ebenen zu Gesprächen und Formen der Zusammenarbeit mit den Vertretern der staatlichen Organe bereit“.[241] Am 28. März 1977 teilte IM „Nettelbeck“ mit, daß die Landeskirche beabsichtige, den Diakon Auerbach aus seiner Funktion in der Gemeinde zu entlassen, Auerbachs geistige Haltung, „...nicht die Gewähr dafür bietet, in Zukunft derartige „Zwischenfälle“ zu vermeiden.“ Er solle deshalb in einem pflegerischen Bereich der Landeskirche eingesetzt werden.[242]

Zwischen 19. und 21. November 1976 wurden vom Ministerium für Staatssicherheit mindestens 45 Personen „zugeführt“, und weitere 11 mußten Verhöre bis zu 72 Stunden ertragen. In 15 Wohnungen fand eine Hausdurchsuchung statt. Verhaftet wurden anschließend in Jena insgesamt 8 Personen: Thomas Auerbach, Uwe Behr, Kerstin Graf, Marian Kirstein, Gerd Lehmann, Bernd Markowsky, Walfred Meier und Wolfgang Hinkeldey. Sie mußten bis zu einem dreiviertel Jahr ins Gefängnis, ohne daß jemals eine offizielle Anklage erhoben wurde. Sie alle wurden, zum Teil aus dem Gefängnis heraus, in den Westen abgeschoben.[243] Den anderen Verhafteten und Beteiligten in Berlin, so Christian Kunert und Gerulf Pannach von der Renft-Combo sowie Jürgen Fuchs, der Mitte 1976 nach Berlin gezogen war und inzwischen bei Robert Havemann in Grünheide wohnte, erging es nicht anders. Einer der wichtigen Akteure in der Phase der Biermann-Solidaritätsaktion in Jena war neben Bernd Markowsky und Thomas Auerbach Wolfgang Hinkeldey (Ditsche). Er gehörte zwischen 1973 und 1975 zum Arbeitskreis Literatur um Lutz Rathenow. 1974 bis 1975 war er an der von Markowsky initiierten Theatergruppe beteiligt. Seit 1975 arbeitete er im Lesekreis mit. In seinem Selbstverständnis gehörte er zwar nicht zum Kreis derjenigen, „wo JG dran stand“.[244] Trotz seiner persönlichen Distanz hatte er dennoch persönliche und freundschaftliche Kontakte zur Jungen Gemeinde, insbesondere zu Thomas Auerbach, der hier als Mensch die gruppenübergreifende Klammer bildete.

Sie versucht in der DDR den schmalen Weg zwischen Opposition und Opportunismus zu gehen, den Weg der kritischen Solidarität in mündiger Verantwortung.“

[241] IMV „Nettelbeck“ vom 25.11.1976 und 21.01.1977. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 12 und Dok. 13.

[242] IMV „Nettelbeck“, vom 28.03.1977. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 14.

[243] Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk, S. 7 f. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 150 f.

[244] Fragebogen vom 23.11.2000, Archiv Autor.

Nach Darstellung von Wolfgang Hinkeldey war der Lesekreis aber eher ein privater Kreis und die kirchliche Jugendarbeit in Jena ein vom Ministerium für Staatssicherheit geduldetes und kontrolliertes Sammelbecken regimekritischer Jugendlicher. Zahlreiche Berichte von Thomas Auerbach über seine Kontroversen mit den „Kirchenfunktionären“ verstärkten seine distanzierte Einstellung gegenüber der Jungen Gemeinde, aber auch gegen die SED-Herrschaft. Hinkeldey´s politisches Engagement resultierte letztlich wie bei vielen anderen aus der Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen in der DDR. Deshalb suchte er im Arbeitskreis Literatur und später im Lesekreis nicht nur soziale Gemeinschaft, sondern vor allem den geistigen Austausch mit Gleichgesinnten. Gemeinsame kulturelle und musikalische Interessen mit seinen Freunden beförderten den jugendkulturellen Zusammenhang, der sich über die zahlreichen Wanderungen und gemeinsamen Fahrten zu Musikveranstaltungen verstärkte. Neben seinen Aktivitäten im Lesekreis nahm Hinkeldey auch an Lesungen in der Jungen Gemeinde teil, insbesondere bei Werkstätten, wo sich ein breit gefächertes Szenepublikum versammelte. Seinen politisch motivierten Widerstand konzentrierte er auf die Wehrdienstfrage, indem er den Waffendienst im SED-Staat prinzipiell ablehnte. Damit gehörte er zu denjenigen Verweigerern, die sich am deutlichsten gegen die bestehenden politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR über die Wehrdienstfrage abgrenzten. Gerade auch deshalb hatte es das Ministerium für Staatssicherheit besonders auf ihn abgesehen. Die Solidarisierung mit Biermann war für das Ministerium für Staatssicherheit ein geeigneter Anlaß, um Hinkeldey zu kriminalisieren. Aus Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit gehörte er schon längst zum Kern des „oppositionellen Personenzusammenschlusses“. Hier bot sich nun die Gelegenheit, Hinkeldey endlich zu verhaften. Im Haftbeschluß vom 11. Dezember 1976 heißt es: „H. gehört seit 1973 zum Kern einer Personengruppierung in Jena, welche auf einer revisionistisch politisch-ideologischen Plattform sich das Ziel gestellt hat, gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR aufzuwiegeln und den real existierenden Sozialismus durch einen „demokratischen Sozialismus“ zu ersetzen. Sie unternehmen umfangreiche Aktivitäten zur Schaffung einer konterrevolutionären Massenbasis [...].“[245] Dieser Vorwurf entsprach„staatsfeindliche Hetze“ und war gem. § 106 (1) Ziff. 1 u. 2 StGB strafbar mit Gefängnis bis zwei Jahre.[246]

Jüngere Akteure wie beispielsweise Matthias Domaschk wurden in der Folge der Biermann-Ausbürgerung und der damit verbundenen Proteste in Jena erstmals mit der Macht des Ministeriums für Staatssicherheit direkt konfrontiert.[247] Ihre politischen und persönlichen Abgrenzungen gegen die DDR-Gesellschaft waren in der Regel bis zu

[245] Haftbeschluß Untersuchungsvorgang, MfS Reg.-Nr. X/722/76 vom 11.12.1976. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 15.
[246] OV „Pegasus“, MfS Reg.-Nr. X/66/75, Schlußbericht vom 06.12.1976, S. 1-9, BStU, Bl. 243-252.
[247] Vgl. Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk, S. 7 f.

dieser repressiven Erfahrung noch nicht so stark ausgeprägt. Vor allem auf die Jüngeren aus der Jungen Gemeinde traf das zu, denn nicht wenige der Ende 1976 mit Verhören Überzogenen und Bedrängten waren erst seit kurzem in der kirchlichen Jugendszene oder deren Umfeld engagiert. Zu ihnen zählten u. a. Achim Dömel seit 1975 im Zusammenhang mit dem Lesekreis, Till Noack seit 1975, er war 1982 - 1983 Initiator der ersten unabhängigen Jenaer Ökogruppe, Lutz Reimer war seit 1975 in Jungen Gemeinde und im Lesekreis aktiv sowie Gerold Hildebrand und Christine Lieberknecht, beide seit 1976 in der Jungen Gemeinde.[248] Sie und zahlreiche andere Akteure erlebten gemeinsam mit den Älteren in dieser Situation die Macht des Ministeriums für Staatssicherheit. Viele dieser Erfahrungen gingen in die weiteren Aktivitäten der Offenen Arbeit ein. Wichtiger jedoch war nach der Abschiebung der Inhaftierten am 04. September 1977 in den Westen die sich hieraus entwickelnden Kontakte und Beziehungen zwischen den sogenannten Exil-Jenaern und den in Jena verbliebenen Freunden. Die Exil-Jenaer, und hier insbesondere der Schriftsteller Jürgen Fuchs und Thomas Auerbach, bildeten die Basis für die politische und oppositionelle Achse Jena - West-Berlin.[249] Diese Achse wurde in den weiteren Auseinandersetzungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit und der SED-Herrschaft zu einer der stärksten Waffen. Neben dem „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ waren das „Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung Demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West - in ganz Deutschland“ sowie das „Diskussionsforum zur Einheit Deutschlands“ wichtige linke und intellektuelle Medien. Im Oktober 1977 veröffentlichte die Gruppe der Ausgebürgerten im Informationsdienst des „Komitees zur Verteidigung und Verwirklichung Demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West - in ganz Deutschland“ eine Erklärung zu den Vorgängen in Jena.[250] Sie berichteten hier von der

[248] Achim Dömel, Junge Gemeinde 1975-1980, Inhaftierung 1975, PM 12, Verhaftung nach Biermann-Resolution. Till Noack, Junge Gemeinde 1975-1983, Öko-Gruppe 1982-1983, Interessengemeinschaft Ökologie im Kulturbund der DDR 1985-1989, Vorbereitung einer illegale Zeitung 1980/81 und einer Demonstration 1982, Klebezettelaktion 1983. Lutz Reimer, Junge Gemeinde 1975-1978, Unterschriftensammlung Biermann-Ausbürgerung. Gerold Hildebrand, Offene Arbeit 1976-1997 in Jena und Berlin, Unterschriftensammlung Biermann-Ausbürgerung, Schweigekreis 1982, Reservedienstverweigerer, mehrere Festnahmen und Verhöre, PM 12, Verbindung zur polnischen „Solidarnosc“, Beteiligung an der Kirche von Unten und Auflösung des Ministeriums für Staatssicherheit 1989 in Berlin, Teilnahme in der Bürgerbewegung. Christine Lieberknecht, Theologiestudentin, Junge Gemeinde 1976-1980, Solidaritätsaktionen nach Biermann-Ausbürgerung für Verhaftete, Hilfe für Ausreisewillige, Evangelische Schülerarbeit, enge Kontakte zur Evangelischen Studentengemeinde, heute Landtagspräsidentin des Thüringer Landtages. Alle Angaben aus Fragebogen vom 20.10. und 23.11.2000, Archiv Autor.

[249] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 177 ff. Vgl. Jahn, Roland: Widerständiges und oppositionelles Verhalten. In: Protokoll der 67. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Widerstand, Opposition, Revolution VII, 1, S. 174.

[250] Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung Demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West - in ganz Deutschland. Informationsdienst Nr. 4, Okt./Nov. 1977, S. 10 f. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 16.

Solidarisierung mit Biermann, von den Verhaftungen in Jena und den Haftbedingungen, und sie berichteten von dem „Kuhhandel“ zwischen der Regierung der BRD und der DDR. Für die acht Ausgebürgerten sollen danach insgesamt 320.000,- DM Devisen an die DDR geflossen sein.

Rückschauend kommentiert Thomas Auerbach die siebziger Jahre als Zeitzeuge vor der Enquete-Kommission aber auch so: „Mir ist bei all dem Erschütternden und Traurigen, was hier gesagt wurde, eigentlich wichtig, eines zu sagen: Opposition in den siebziger Jahren hier in dieser Stadt hat Spaß gemacht.“[251] Zu den Motiven und Voraussetzungen formuliert er weiter: „Zwei Dinge, die für uns wichtig waren: das war zum einen der „Prager Frühling“, das waren die Ideen des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“. Das hat geprägt. [...] Zusammenfassend: Was haben wir kritisiert? Was war uns wichtig? - Wir haben die bürokratischen Verhaltensweisen der Staats- und Wirtschaftsfunktionäre kritisiert. Uns haben nicht zu rechtfertigende Unterschiede in der Entlohnung von Arbeitern und Funktionären gestört, uns hat die ungenügende oder fehlende Mitbestimmung von Arbeitern im Betrieb und bei der Lenkung und Leitung des Staates gestört. Wir haben die schöne Parole „Arbeite mit, plane mit, regiere mit!“ ernst genommen. Weiter war uns wichtig, daß die Publikationsorgane der DDR sich mit gemachten Fehlern und mit bestehenden Mängeln offen auseinandersetzen, daß Kritiker wie Biermann und Havemann in diesen Publikationsorganen zu Wort kommen sollten. Jeder sollte sich damit öffentlich auseinandersetzen können. [...] Als wir dann in Haft saßen und unsere Anklage nach § 106 „Staatsfeindliche Hetze“ erweitert werden sollte auf § 107 „Staatsfeindliche Gruppenbildung“, bei mir im schweren Fall drei bis zwölf Jahre, gab es eine schöne Begründung, und die habe ich jetzt sogar endlich einmal wörtlich bekommen. Damals durfte man das ja immer nur schnell lesen, und dann wurde es einem wieder weggezerrt. In dieser Begründung steht, und das stand auch bei den anderen acht Leuten drin, meinen Freunden, die da mit mir inhaftiert waren: Auerbach steht im dringenden Tatverdacht, vom Frühjahr 1975 bis zum 19. November 1976 in Jena einer staatsfeindlichen Gruppe angehört und deren Tätigkeit, die sich gegen den real existierenden Sozialismus in der DDR richtete, durch Aktivitäten unterstützt zu haben, um die weitere Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft zugunsten eines demokratischen Sozialismus zu verändern. Darauf sind wir heute noch stolz.“[252]

[251] Zitat Auerbach, Thomas: Widerständiges und oppositionelles Verhalten. In: Protokoll der 67. Sitzung der Enquete-Kommission Bd. VII, 1, S. 157 ff.
[252] Zitat Auerbach, Thomas: Widerständiges und oppositionelles Verhalten. In: Protokoll der 67. Sitzung er Enquete-Kommission Bd. VII, 1, S. 157 ff.

2. DIE POLITISCHE GENERATION 1977 - 1983

Die außen- wie innenpolitischen Bedingungen hatten sich durch die Einbindung der DDR in internationale Organisationen wie die UNESCO 1972 und die UNO 1973 wesentlich gewandelt. Neben den außenpolitischen Erfolgen der völkerrechtlichen Anerkennung legte die Führung der SED zugleich neue Grundlagen für die innenpolitische Verfolgung Andersdenkender. In der Folge des KSZE-Prozesses mußte sie von allzu offensichtlicher Repression gegen die eigene Bevölkerung abrücken, da sich die DDR international zur Einhaltung und Wahrung der Menschenrechte verpflichtet hatte. Zwischendurch schien es, als wolle die SED-Führung den Anfang der siebziger Jahre propagierten Kurs der gesellschaftlichen Öffnung wieder aufnehmen und fortsetzen. Das forderten insbesondere die „Kulturschaffenden“ und ein Teil der „Intelligenz“. Noch in dem auf dem IX. Parteitag der SED (1976) verabschiedeten Programm beschwor die SED deshalb die große Bedeutung der künstlerischen und gesellschaftlichen Entwicklung. Sie solle in einer Atmosphäre gedeihen, „[...]die sich durch hohe ideelle, moralische und ästhetische Ansprüche an die Kunstschaffenden, durch verständnisvolles Verhalten gegenüber den Künstlern sowie durch die Förderung aller Talente charakterisiert.“[253] Die Künstler und Schriftsteller in der DDR hatten immer wieder eine stärkere Teilhabe an der gesellschaftlichen Diskussion und deren Gestaltung gefordert. Ihr Anspruch war dabei, nicht nur die Vorzüge der DDR-Gesellschaft zu thematisieren, sondern auch die Defizite des bestehenden „realen Sozialismus“ aufzuzeigen. Eine öffentliche Auseinandersetzung über die DDR-Kulturpolitik widersprach den politischen Zielen Honeckers. Im Beschluß des SED-Politbüros vom 25. Januar 1977 heißt es: „Jeder Künstler, dessen Werke dem Frieden, dem Humanismus, der Demokratie, der antiimperialistischen Solidarität und dem realen Sozialismus verpflichtet sind, hat reiche Wirkungsmöglichkeiten. Die Grundfrage ist und bleibt die künstlerische Verantwortung im und für den Sozialismus. Durch ihre Kulturpolitik fördert die SED die Entwicklung einer schöpferischen Atmosphäre, die durch hohe ideelle, moralische und ästhetische Ansprüche und durch prinzipienfestes und zugleich vertrauensvolles Verhalten gegenüber den Schriftstellern und Künstlern gekennzeichnet ist.“[254] Die Umsetzung dieser politischen Ankündigungen hinterließ tiefe Spuren bei den Künstlern. Unter dem Eindruck der Abschiebung zahlreicher Künstler und Biermann-Sympathisanten begann sich die Diskussion über die Rolle des Künstlers in der DDR und über das Wesen der sozialistischen Gesellschaft zu erneuern. Eine zunehmende Bedeutung spielten dabei auch die westlichen Medien. Einen Aufschwung erfuhr die innenpolitische Auseinandersetzung 1977 mit dem im Westen

[253] Das „Programm der SED“ vom IX. Parteitag, 1976 verabschiedet.
[254] Kulturpolitisches Wörterbuch, 2. Aufl., Berlin 1978, S. 404.

veröffentlichten Buch „Die Alternative“ des DDR-Ingenieurökonomen Rudolf Bahro.[255] Das Buch hatte aber eine erhebliche Rückwirkung auf die Auseinandersetzung mit dem politischen System der DDR und erfaßte auch Teile der Bevölkerung, die nicht zu den „Kulturschaffenden“ oder zur „Intelligenz“ gehörten.[256]

Die internationale Lage setzte dazu ihre eigenen Bedingungen. Wollte die DDR im Spiegel der internationalen Presse und Politik als „friedliebender Staat“ bestehen, der die Menschrechte achtete, so durfte es keine Spuren der Repressionen gegen politisch Verfolgte geben. Aus diesem Grund mußte das „Schild und Schwert“ der Partei, das Ministerium für Staatssicherheit, seine Methoden zur politischen Verfolgung anpassen und „verfeinern“. Die erforderliche „Zersetzungsarbeit“ schien dafür das geeignete Mittel zu sein. „Märtyrer-Effekte“ wie bei der Biermann-Ausbürgerung sollten sich nicht wiederholen.[257] Ziel des Ministeriums für Staatssicherheit war es deshalb, die „Durchdringung“ und „Zersetzung“ der „feindlich-negativen Kräfte“ möglichst lautlos zu gestalten.

In der Thüringer Landeskirche verstärkte das Ministerium für Staatssicherheit seit 1978 seine Aktivitäten mit der Wahl des neuen Landesbischofs Dr. Werner Leich. Dabei ging es dem Ministerium für Staatssicherheit nicht mehr nur um einzelne Personen. Die gesamte Institution Kirche sollte effektiv „unterwandert“ werden, weil es dem Ministerium für Staatssicherheit nicht gelang, einen ihm genehmen IM-Kandidaten (ein bereits als Inoffizieller Mitarbeiter tätiger Superintendent) als Bewerber für das Amt des Landesbischofs zu favorisieren. Der dem Staat eher reserviert gegenüberstehende neue gewählte Landesbischof Werner Leich wurde ohne sein Wissen seit seinem Amtsantritt 1978 vom Ministerium für Staatssicherheit in einem IM-Vorlauf[258] als Kontaktperson „Meister“ geführt.[259]

Die zentralen oppositionellen Themen in der Phase zwischen 1977 und 1983, die hauptsächlich im Rahmen der DDR-Kirchen artikuliert wurden, waren das neue Gesetz

---

[255] Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus. Erstausgabe Köln, Frankfurt a. M. 1977, Berlin 1990. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 201.

[256] Vgl. Kroh, Ferdinand: Havemanns Erben - 1953 bis 1988. In: Kroh, Ferdinand Hg.: Freiheit ist immer Freiheit... Die Andersdenkenden in der DDR, Berlin 1988, S. 10 ff.

[257] Zum Wandel der Verfolgungsmethoden Vgl. Ebenda, S. 146 ff.

[258] IM-Vorlauf = Vorlaufakte zur Prüfung von zu gewinnenden oder bereits angeworbenen inoffiziellen Mitarbeitern. Sofern keine Anwerbung möglich war, wurde die betreffende Person im IM-Vorlauf als „Kontaktperson“ geführt. Das traf aber zumeist nur auf offizielle Persönlichkeiten zu wie beispielsweise hier auf Bischof Leich.

[259] Vgl. Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a. Hg.: Die „Andere“ Geschichte, Erfurt 1993. Heidingsfeld/ Schröter: „Meister“. Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke. idea Dokumentation 15/96. Bischof Leich war kein IM. Die IM-Vorlaufakte wurde zwar vom Ministerium für Staatssicherheit angelegt und geführt. Der Bischof hat jedoch keine Erklärung über eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit unterschrieben. Die geführten Gespräche mit den hauptamtlichen Mitarbeitern hatten für ihn stets offiziellen Charakter. Das wird daran deutlich, weil der Bischof seine Gesprächsnotizen stets in den Sitzungen des Thüringer Landeskirchenrates auswertete.

zur Landesverteidigung und die Einführung der Wehrerziehung an den Schulen und in der Lehre 1978, die Forderung eines zivilen Wehrersatzdienstes 1981, das Wehrdienstgesetz von 1982, wonach auch Frauen im Mobilisierungsfall zum Militärdienst herangezogen werden konnten, sowie die allgemeine internationale Debatte um Abrüstung der beiden politischen Blöcke. Der NATO-Doppelbeschluß von 1981 und im Gegenzug die Stationierung sowjetischer SS-20-Raketen 1982 auf dem Territorium der DDR verschärften die gesellschaftliche und politische Auseinandersetzung in Ost und West zusätzlich.

Die Ende der siebziger Jahre in der DDR entstandene und von der Kirche getragene DDR-Friedensbewegung konnte sich im Gegensatz zur westdeutschen Friedensbewegung nicht zu einer allgemeinen Massenprotestbewegung entwickeln. Die diktatorischen Bedingungen und zahlreiche Repressionen verhinderten das. Das Postulat, „für den Frieden“ zu sein, wurde aber in der Folge für viele in der politischen Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft zum Synonym für eine grundsätzlich ablehnende Haltung gegen das bestehende sozialistische System. Verschiedenste Motive zur politischen Auseinandersetzung verschränkten sich auf diese Art und Weise Anfang der achtziger Jahre zu Opposition und Widerstand.

2.1 RÜCKZUG UND ERNEUERUNG - GENERATIONSWECHSEL UND NEUE KONZEPTE

Die Ereignisse Ende 1976 mündeten in zahlreichen Verhaftungen und Abschiebungen in die Bundesrepublik. Die Junge Gemeinde Stadtmitte und deren Umfeld waren dadurch erheblich verunsichert. Der überwiegende Teil derjenigen, die sich an der Protestaktion gegen die Biermann-Ausbürgerung beteiligt hatten, zog sich ins Private zurück. Einige wenige engagierten sich aber auch weiterhin in der Jungen Gemeinde. Lutz Rathenow war nach Ost-Berlin gezogen. Jürgen Fuchs, Thomas Auerbach und sechs weitere Akteure kamen direkt aus dem Gefängnis in den Westen. Die anderen wurden nach bewährter Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit weiterbearbeitet und beispielsweise erst einmal zur Armee einberufen, um sie im Sinne einer Disziplinierung dem „feindlich-negativen“ Umfeld zu entziehen. Die Szene sollte endgültig zerschlagen werden.

Für die Zeit zwischen 1977 und 1983 sind auch die meisten Fälle von Selbstmord im Umfeld der Jungen Gemeinde bekannt. Nachdem es schon 1974 und 1975 zum vollendeten Selbstmord kam, so Hans-Joachim Schau (Geige) 1974 und K.-H. Schaaf (Schäfchen) 1975, erhöhte sich die Anzahl der Selbstmordversuche seit 1977 erheblich. Nicht in jedem Fall ist der Selbstmord aber eindeutig auf politische Motive oder die gesellschaftlichen Bedingungen zurückzuführen. Trotzdem bestehen auch immer

Wechselbeziehungen zwischen einem Individuum und seinem gesellschaftlichen Umfeld. Viele hatten repressive Erfahrungen gemacht in der Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Verhältnissen. In Abhängigkeit situativer Depressionen waren die Suizide deshalb ein Ausdruck von Anomalie gegenüber der Gesellschaft. Selbstmord begingen nach Auskunft von Zeitzeugen zwischen 1977 und 1981 insgesamt sechs Personen aus dem Umfeld der Offenen Arbeit. Annette Urban Ende der siebziger Jahre, Pfarrerstochter aus Schöndorf, Uwe Deutschmann aus Saalfeld im März 1977, Gerd Kroll (Krolli) 1977, Krankenpfleger in der Jenaer Psychiatrie, Regina Richter 1978, Schwesternschülerin im Sophienhaus Weimar, Lothar Seitz 1981 nach Haftentlassung und Arbeitsplatzbindung in Zella-Mehlis sowie Karin Petzold am 17. Februar 1981 wegen des politisch-gesellschaftlichen Drucks und der daraus resultierenden persönlichen Beziehungsprobleme. Resignation, Hoffnungslosigkeit und psychische Probleme waren die allgemeinen Ursachen für versuchten oder vollendeten Selbstmord. Ungeklärte Todesfälle sind der Tod von Matthias Domaschk 1981 in der Untersuchungshaft Gera des Ministeriums für Staatssicherheit, von Matthias Holzbauer, der kurz nach seiner Ausreise in den Westen 1984 in einem See ertrunken sein soll, von Phillip Schwarz, der kurz nach seiner Flucht aus der DDR in den Westen starb und von Petra Sommer, die Anfang der achtziger Jahre einen Suizidversuch während der Untersuchungshaft in Gera begangen haben soll. Vier weitere „namenlose“ Fälle sind aus Jena für das Jahr 1981 bekannt, darunter eine junge Frau mit zwei Kindern und drei weitere Personen, deren Motive vermutlich in den Belastungen und Konflikten mit staatlichen Behörden und Organen zu suchen sind.[260]

Die „Szene“ der Offenen Arbeit war 1977 nach den Auseinandersetzungen mit der Staatsmacht stark geschwächt. Viele Akteure blieben der Jungen Gemeinde fern und trugen sich mit dem Gedanken der Ausreise. Neben der resignierten Haltung dieser Akteure gab es aber inzwischen eine Reihe von neuen, jungen Akteuren, die nach und nach mit eigenen Ansprüchen in die Junge Gemeinde hineinwuchsen. Ein Merkmal dieser neuen Generation wurde vor allem die sich verändernde Rolle der Frauen. Sie artikulierten immer deutlicher ihre persönliche und gesellschaftliche Situation und suchten nach alternativen Lebensformen in Partnerschaft, Kindererziehung und in der politischen Auseinandersetzung. Zentrale Frage wurde hierbei die Rolle der Frauen für die Erhaltung des Friedens. Sollten sie in Anbetracht der drohenden Kriege überhaupt noch Kinder gebären? Begonnen hatte diese Entwicklung bereits in der ersten Generation bis Ende 1977 mit Doris Liebermann, Renate Groß und Marianne Stanescu. Sie arbeiteten zum Teil in der Kirchengemeinde und engagierten sich gleichzeitig in der Jungen Gemeinde. Ende 1976 kamen mit Christine Behr, Beate Dittmer, Dorothea

[260] Alle Angaben zu den Selbstmorden stammen aus Fragebogen vom 23.11.2000, Archiv Autor. Zeitzeugen sind: Gerold Hildebrand, Christine Lieberknecht, Doris Liebermann, Thomas Grund, Horst Petzold, Peter Picciani und Ute Friedrich.

Fischer und einer Ramona das damals in Ausbildung stehende Krankenschwesternquartett in die Junge Gemeinde Stadtmitte. Die jungen Frauen waren anfänglich wie viele Jugendliche nur Zuschauer und bewunderten erst einmal die „Gurus“ der Gruppe. Nach den Auflösungserscheinungen und dem Generationswechsel gewannen sie ab 1977 immer mehr an Einfluß auf die sich neu herausbildende Gruppe. Dazu beteiligten sie sich am Vorbereitungskreis, in dem neben dem informativen Austausch auch die wichtigsten Entscheidungen über die Vorgänge in der Jungen Gemeinde Stadtmitte getroffen wurden. 1978 kamen hier noch weitere junge Frauen hinzu und verstärkten die weibliche Präsenz. Sie alle hatten durchaus unterschiedliche Voraussetzungen, Motive und Ziele. Christina Klingenberg (geb. Springer) war beispielsweise stark politisch motiviert. Christina Gellner hatte als Tochter des Jenaer Pfarrer Hans Gellner religiöse Voraussetzungen, Motive und Ziele für ihr Engagement. Ute Hinkeldey wiederum war durch ihren Bruder Wolfgang Hinkeldey mit staatlichen Repressionen vertraut und deshalb ebenfalls stark politisch motiviert. Die männlichen Akteure blieben jedoch insgesamt in der Überzahl. Auch einige wenige Akteure aus der Zeit vor 1976 engagierten sich weiterhin in der Jungen Gemeinde Stadtmitte, so Manfred Bein (Beini), Thomas Grund (Kaktus), Ulfried Hermann (Bröckel) und Peter Rösch (Blase). Ab 1976 rückten dann die meisten Jüngeren der zweiten Generation nach, so Horst Strohbach (geb. Petzold), Reinhard Klingenberg, Uwe Sinnig (Käse), Kay Osterloh (Oster), Carsten Hahn, Peter Kähler, Stefan Ziegan (Harzer), Christian Karl (Mao), Peter Gräfe (Goofy), Clemens Gerlach, Lutz Reimer, Jochen M. Heinecke und Gerold Hildebrand. Neben vielen weiteren Jugendlichen kamen seit 1978 noch Klaus-Peter Wenzel, Bernhard Hirt (IM „Bernd Dürg“) und Jens Eisenberg (Eisi, IM „Leonardo“ bis 1980, danach IM „Frank“ bis 1989) hinzu.[261]

Dem Ministerium für Staatssicherheit gelang es, parallel zu der Entwicklung in der Jungen Gemeinde Stadtmitte neue IM einzuschleusen. Die Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit war simpel. Die IM sollten als Besucher auftreten und sich nach und nach Bezugspersonen in der Gruppe suchen. Über diese Kontakte und Beziehungen sollten sie dann die Informationen für das Ministerium für Staatssicherheit abschöpfen.

1977 stand zunächst die Frage im Vordergrund, welcher kirchliche Mitarbeiter oder Pfarrer der Jenaer Gemeinde der Nachfolger von Jugendwart Thomas Auerbach werden sollte. Der Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge“) hatte seit Anfang der siebziger Jahre Zugang zur Gruppe und schien deshalb am geeignetsten. Zumindest sollte er aus der Perspektive der Kirchengemeinde die Verantwortung solange übernehmen, bis ein geeigneter Nachfolger diese Stelle neu besetzen würde. Stanescu sah seinerseits die Gelegenheit gekommen, im Interesse der Kirchenleitung und des

[261] Angaben aus Fragebogen vom 23.11.2000, Archiv Autor. Zeitzeugengespräch mit Gerold Hildebrand vom 13.07.2001.

Ministeriums für Staatssicherheit die Führungsrolle in der Jungen Gemeinde zu übernehmen. Das Ziel seiner zukünftigen Arbeit in der Jungen Gemeinde sollte aber nicht der Aufbau oder die Wiederbelebung der Jungen Gemeinde mit ihrer politischen Ausrichtung sein. Um sich wiederholende Konflikte mit der Staatsmacht von vornherein auszuschließen, formulierte er gegenüber dem Kirchenrat und dem Ministerium für Staatssicherheit ganz offen: „...die einzige Möglichkeit, dieser politischen Zwickmühle aus dem Weg zu gehen, wäre, wenn ein provisorischer Leiter versuchen würde, in möglichst kurzer Zeit diese JG zum Einschlafen zu bringen mittels einiger Tricks in der Themengestaltung u. ä.“[262] Stanescu wollte die Junge Gemeinde Stadtmitte „trocken legen“. Deshalb bemühte er sich auch in dieser Phase, als Leiter für die Gruppe aufzutreten. Im Februar 1977 berichtete er dem Ministerium für Staatssicherheit von seinen Verhandlungen mit Superintendent Christoph Thurm (IM „Bruno Köhler“)[263] und der Jenaer Kirchenleitung zur längerfristigen Übernahme der Gruppe. Problematisch für ihn war vor allem die Tatsache, daß er zu dieser Zeit als Vikar verantwortlich war für die Pfarrstelle in Drackendorf nahe Jena-Neulobeda, was für ihn bei der Übernahme eine Doppelbelastung durch Pfarrstelle und Junge Gemeinde ergab. In den Verhandlungen mit der Kirchenleitung bezichtigte er Auerbach in Abwesenheit als „Rädelsführer“, der mit der Unterschriftenaktion gegen die Biermann-Ausbürgerung eine juristische Straftat begangen habe und damit voll verantwortlich für die politische Auseinandersetzung zwischen der Jungen Gemeinde und dem Staat sei. Gleichzeitig räumte er ein, man könne aus den bisherigen Erfahrungen die Junge Gemeinde Stadtmitte nicht wie eine beliebige Gruppe behandeln. Deshalb solle man davon absehen, die Junge Gemeinde aufzulösen, was auch im Interesse der Kirchengemeinde sei. Die durch eine Auflösung versprengte Gruppe würde sich auf einer anderen Ebene zusammenfinden und sei dann nicht mehr kontrollierbar. Deshalb trete er dafür ein, daß die Junge Gemeinde beim Neuaufbau einen fest umrissenen Leiter bekomme, der die Verantwortung gegenüber der Kirchengemeinde und dem Staat tragen könne. Dieser müsse dann organisieren, daß die Junge Gemeinde über einige Tricks in der Themengestaltung langsam einschlafe bzw. die politisch motivierten Jugendlichen auf längere Sicht fern bleiben. Auffällig ist, daß die Jugendlichen in diesem Bericht im Gegensatz zu Thomas Auerbach als Leiter relativ gut wegkommen. Um die Jugendlichen werde man sich deshalb im karitativen Interesse der Kirche weiter

[262] IM-Bericht über Junge Gemeinde Stadtmitte vom 13.01.1977. Aus dem Berichtsband des IM „Bartholomäus Runge“, MfS Reg.-Nr. X/645/69, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 17.

[263] Christoph Thurm, Superintendent in Jena bis 1978, danach Oberkirchenrat im Thüringer Landeskirchenrat, IM „Bruno Köhler“. Vgl. Lenski/Schön/Grund/Kulisch: Die „Andere“ Geschichte, Erfurt 1993, Anhang, Pkt. 9, II.

kümmern müssen.[264] Hier wird deutlich, wie zentral die hierarchische Stellung eines verantwortlichen Leiters innerhalb der Institution Kirche beurteilt wurde. Dies stand aber im Gegensatz zu dem, was Offene Arbeit anstrebte, nämlich eine offene Gemeinde ohne dogmatische Ansprüche und hierarchische Strukturen. Auch das Ministerium für Staatssicherheit ging stets von der Vorstellung aus, es müsse in jeder Gruppe „Rädelsführer“ geben. Zwar gab es in der Offenen Arbeit auch immer hierarchische Gruppenstrukturen. Sie waren aber nicht vergleichbar mit denen kirchlicher Hierarchie, erst recht nicht mit den Vorstellungen des Ministeriums für Staatssicherheit. An der Frage nach einem Nachfolger für den Jugenddiakon Auerbach wird deutlich, wie sehr sich die Ängste der Kirchengemeinde vor politisch handelnden Jugendlichen mit den Zielen des Ministeriums für Staatssicherheit überschnitten, auch wenn die Motive andere waren. Die Chance beider die Junge Gemeinde Stadtmitte auf Dauer zu entpolitisieren oder zu beseitigen, war in dieser Phase so gut wie nie wieder. Allein die Konstellation durch den Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge“) an exponierter Stelle schien dafür Garantie zu sein. Auf die Ereignisse Ende 1976 bezogen meinte er zynisch, sich um die „unverschuldet“ in Not geratenen Jugendlichen kümmern zu wollen. Tatsächlich wollte er aber das politische Potential der „Irregeleiteten“ aufhalten. Die Jugendlichen sollten an die Hand genommen und unter zentraler Verantwortung eines neuen Leiters der Jungen Gemeinde religiös angeleitet werden. Über diesen Weg wollte er seine religiöse Sicht für die Bewältigung ihrer Alltagsprobleme vermitteln. Dabei half ihm seine pädagogische Fähigkeit.[265] Allein sein Ziel der entpolitisierten Gruppe und der permanenten Kontrolle im Interesse des Ministeriums für Staatssicherheit war verwerflich und gelang nur teilweise. Die feste Kontrolle durch die Kirchenleitung oder das Ministerium für Staatssicherheit blieb Illusion.

So unerträglich die hierarchischen Strukturen der Kirche den meisten Jugendlichen in der Jungen Gemeinde auch waren, sie sicherten in Jena den Fortbestand der Räume und damit den Fortbestand der Offenen Arbeit. Noch wichtiger war aber, daß sich die Jugendlichen hinter die hierarchischen Prinzipien der Kirche zurückziehen und Schutz einfordern konnten gegen den kontrollierenden staatlichen Zugriff. Mit diesem ambivalenten Spannungsfeld mußten die Gruppen der Offenen Arbeit genau so umgehen lernen wie die Verantwortlichen der Kirche ihre Ansprüche gegenüber der Offenen Arbeit relativieren mußten. Die Umgangsformen zwischen beiden verschärften sich aus diesen Differenzen heraus oft und waren nicht selten von persönlichen Auseinandersetzungen geprägt. Nur wenige Jugendliche der Offenen Arbeit sahen in

[264] IM-Bericht über Junge Gemeinde Stadtmitte vom 13.01.1977. Aus dem Berichtsband des IM „Bartholomäus Runge“.

[265] Hierfür nutze Stanescu oft pädagogische Literatur aus der Bundesrepublik. Vgl. Erl, Willi: Gruppenpädagogik in der Praxis. 2. Aufl. Tübingen 1969. Ders.: Methoden moderner Jugendarbeit. Tübingen 1967.

der Kirche deshalb tatsächlich einen wirksamen Schutzfaktor gegen Repression politische Verfolgung.

Vikar Stanescu, IM „Bartholomäus Runge“, hatte mit seiner Strategie der religiösen Verantwortung durchaus Befürworter in der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Ihm war aber nicht klar, wie er dies einschätzen sollte. In den privaten handschriftlichen Aufzeichnungen aus seinem Nachlaß heißt es dazu: „Nach Anfragen von VT-Mitgliedern[266] (bezüglich der Stellung des Leiters der Jungen Gemeinde in der Gruppe, d. A.) sagte Thomas Grund (Kaktus): `Mensch Leute, ihr müßt einsehen, daß wir nicht ohne einen Kirchenvertreter auskommen, der eventuell eine Aussage machen kann, wie etwas wirklich gelaufen ist, wenn etwas passiert.` [...] Der Sup wertete die Haltung von Kaktus als vernünftig, Runge gibt aber zu bedenken, daß diese Haltung unter Umständen negativ sein kann, nämlich daß Kaktus sich + seine Position in der JG als gefestigt ansieht und einen ständigen „Aufpasser“ als besser austricksbar beurteilt.“[267]

IM „Bartholomäus Runge“ hatte dem Ministerium für Staatssicherheit in der Phase des Neubeginns zahlreiche Berichte geliefert. Darin beurteilte und analysierte er die Ursachen der politischen Auseinandersetzung zwischen Junger Gemeinde Stadtmitte und Staat, den Zustand der Gruppe und seine eigene Stellung. Sein erklärtes Ziel war es, die Gruppe zu übernehmen und im Interesse des Ministeriums für Staatssicherheit und der Kirchenleitung zu entpolitisieren. Letztlich scheiterte er, weil er der Doppelbelastung als Verantwortlicher für die Kirchengemeinde Drackendorf und für die Junge Gemeinde Stadtmitte nicht gewachsen war. Er bekam auch innerhalb der Kirchengemeinde nicht genügend Unterstützung. Die für ihn wichtige Wohnungsfrage konnte von der Kirchenleitung in Jena nicht gelöst werden. Wichtiger für sein Scheitern war jedoch die Tatsache, daß es ihm nicht gelungen war, innerhalb der Jungen Gemeinde Stadtmitte ein stabiles Vertrauensverhältnis zu den Akteuren aufzubauen. Viele Jugendliche lehnten ihn persönlich ab. Stanescu fühlte sich dadurch, zwischen Kirchengemeinde und Junger Gemeinde stehend, zunehmend als „Ausputzer“ und war im weiteren Verlauf nicht mehr ernsthaft daran interessiert, als Leiter zu fungieren. Der Kirchenleitung ging es hingegen im gesamten Prozeß der Neubesetzung vor allem um die Außenwirkung der Jungen Gemeinde insgesamt als Teil der Kirchgemeinde. Die Junge Gemeinde Stadtmitte sollte, und hier stimmten Stanescu und Kirchenleitung in ihren Zielen ja überein, nicht den Eindruck erwecken, daß hier weiterhin Politisches

[266] VT-Mitglieder waren Akteure, die sich aktiv im Vorbereitungskreis der Jungen Gemeinde beteiligten. Sie bestimmten zumeist, welche Themen aufgenommen wurden und verhandelten über den Stand einzelner Gruppenmitglieder in der Jungen Gemeinde, so auch darüber, ob und wenn ja welcher kirchliche Mitarbeiter als neuer Leiter der Jungen Gemeinde in Frage käme. Nicht selten kam es dabei zur Bildung von „Fraktionen“, die sich gegenseitig bekämpften oder auch ergänzten.

[267] Handschriftliche Aufzeichnung vom 24.03.1977 aus dem privatem Nachlaß von Michael „Konstantin“ Stanescu, IM „Bartholomäus Runge“, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 18.

geschieht. Die Kirchenleitung unterschätzte aber ihrerseits, daß die Jugendlichen mit dem Neuanfang auch die geistigen und politischen Impulse der Biermann-Affäre aufnahmen und für eigene Aktivitäten nutzen würden. Vergeblich hatte sie gehofft, oppositionelle Bestrebungen durch die Anstellung eines neuen Jugendwartes entschärfen zu können. Der Jugendwart sollte in verantwortlicher Stellung die Junge Gemeinde nach dem Willen der Kirchenleitung leiten. Doch das Gegenteil trat ein. Auch dem 1978 neu angestellten Jugendwart Carsten Christ gelang es in der Folge kaum, sich innerhalb der Gruppe durchzusetzen. Vor allem die jungen Frauen sorgten in dieser schwierigen Situation dafür, daß es mit der Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte inhaltlich weiter ging, und sie sorgten auch dafür, daß innerhalb der sich neu bildenden Gruppe bisherige Gruppenhierarchien aufbrachen. Karin Pforte berichtet in einem Zeitzeugengespräch von ihren Erfahrungen, den Veränderungen in der Gruppe und den Schwierigkeiten. Erstmals taucht hier auch der Begriff der „Macher“ auf. „Macher“ waren diejenigen, die innerhalb der Gruppe besonders anerkannt waren. Diese Anerkennung resultierte abgestuft entweder aus erworbenem Respekt durch politische Konfrontationen, aus der Fähigkeit oder Begabung, Themen und Sachverhalte darstellen zu können oder einfach aus der zahlreichen und aktiven Teilnahme an den Aktionen der Jungen Gemeinde. Zogen sich die „Macher“ aus der Gruppe zurück oder neutralisierten sich durch persönliche Auseinandersetzungen, so schwächte dies die gesamte Junge Gemeinde. Nachdem es Stanescu 1977 nicht gelang, die Gruppe zu übernehmen und die Kirchenleitung die Junge Gemeinde erneut weitgehend sich selbst überließ, kam es innerhalb der Jungen Gemeinde bis 1978 zu Richtungskämpfen über Inhalte und Ziele. Die Richtungskämpfe lähmten in dieser Situation die Fähigkeit der Jungen Gemeinde zum politischen Handeln mehr als die „Zersetzungsmaßnahmen“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Allerdings muß hier offen bleiben, inwieweit das Ministerium für Staatssicherheit solche Auseinandersetzungen mit inszenierte. Hierfür gibt es aber keine Belege. In dieser Situation ergriffen die jungen Frauen ihre Chance und wurden ihrerseits zu „Machern“. „Ich kann mich erinnern, es gab 1978 eine starke Phase, da wollte eigentlich gar nichts mehr in der JG gehen, da herrschte tiefe Depression. Keiner hat sich irgendwie zugetraut, die JG zu machen, das wieder aufzubauen, und es sah so aus, als ob alles zusammenbrechen wollte. Es gab dann ganz wenige, ganz junge Stimmen, also Thea (Dorothea Fischer, d. A.) kam dann ganz verstärkt, die dann sagten, das kann nicht so bleiben, wir müssen jetzt was machen, es geht hier um uns. Der Bedarf, den hier die ganze Sache abdeckt, der besteht immer noch, es gibt immer noch Jugendliche, und wir sind ja auch noch da. Und das hat dann auch eine ganze Weile gebraucht. Einer hat dann was versucht, und dann gab es dieses Machtgerammel, dann war es den anderen nicht recht und man meinte, wieso profiliert sich jetzt der hier, was soll das. Es gab dann auch ziemlich viele Auseinandersetzungen wegen der Orientierungslosigkeit der Leute. Jeder Vorstoß, den einer machte, der war

schon mutig. Das hat dann wirklich eine ganze Zeit gebraucht, bis sich ein neuer Vorbereitungskreis gefunden hatte, und da war ich auch ein bißchen dabei, und dann ganz langsam so pö a pö stabilisierte sich das dann wieder seit Anfang 1978. Das hat ein gutes Jahr gebraucht. Davor herrschte ein ziemliches Desaster. Und es gab dann auch von der Kirchenseite her ziemlich viel Druck, also jetzt sind wir genug aufgefallen, jetzt hatten wir genug Ärger, jetzt müssen wir hier mal eine Nummer kürzer treten und christliche Jugendarbeit betreiben."[268]

Die gruppeninternen Auseinandersetzungen machten sich oft an einzelnen Personen fest. Sie überlagerten die Konflikte mit der Kirche und mit dem Staat. Das zeigt sich wieder beispielhaft an der Auseinandersetzung um den Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge"). Ihn lehnten ohnehin die meisten in der Gruppe ab, weil sie ihn in der Zeit bis 1978 tatsächlich als „Aufpasser" im Interesse der Kirchenleitung beurteilten. Sein realer Einfluß auf die Geschehnisse in der Jungen Gemeinde wurde deshalb insgesamt als gering eingeschätzt. Karin Pforte meint dazu: „...Konstantin, fand ich, war eher ein konservativer Typ, den habe ich nie so richtig ernst nehmen können. Für mich war das nicht unbedingt einer, dem ich vertraut hätte."[269] Thomas Grund hält dagegen: „Nur er hat ja Sachen ganz schön vorangetrieben durch seine Erfahrungen und methodischen Vorgehensweisen. Und wenn er was übernommen hatte, dann hat das auch sehr gut funktioniert."[270] Trotzdem, so Karin Pforte „… das war mit Konstantin nur deshalb, weil das halt ein geschickter Mann war, also einer der zugeteilt war, da waren wir, glaube ich, alle irgendwie skeptisch. Der war halt immer da, das was er machte, das hatte auch Hand und Fuß, aber so richtig, er war halt keiner von uns, so hätten wir früher das gesagt."[271] Die verschiedenen Standpunkte machen deutlich, daß Stanescu als kirchlicher Mitarbeiter einen unsicheren Stand in der Jungen Gemeinde hatte. Er war halt keiner von der Gruppe, sondern von der Kirche als Aufpasser auf die Junge Gemeinde angesetzt. Das machte die Jugendlichen mißtrauisch und beschreibt die eine Seite. Die andere Seite war hingegen positiv eingenommen von den pädagogischen und methodischen Fähigkeiten des IM und wollte von ihm lernen. Thomas Grund war dann auch einer der wenigen Akteure der Jungen Gemeinde, die mit ihm lange Zeit enger zusammenarbeiteten. Er führte mit ihm gemeinsam seit 1977 verschiedene Veranstaltungen und Projekte für die Junge Gemeinde durch. Beide kannten sich bereits aus der Zeit vor 1976.

Persönliche Kontakte und Beziehungen entschieden oft darüber, was in der Jungen Gemeinde lief und was nicht. Sie entschieden auch über die eigene Stellung in der Gruppe. Obwohl die Junge Gemeinde als Ganzes gesehen den Eindruck einer

[268] Zeitzeugengespräch mit Karin Pforte. In: Grund Thomas: JG-Heft.
[269] Ebenda.
[270] Zitat Grund, Thomas. In: JG-Heft.
[271] Zeitzeugengespräch mit Karin Pforte. In: Grund Thomas: JG-Heft.

homogenen Einheit hinterließ, bestimmte sich im Detail das Leben oft durch Richtungskämpfe und persönliche Vorlieben. Die Gruppenzusammensetzung konnte sich täglich verändern. Trotz der vielen Inoffiziellen Mitarbeiter gelang es dem Ministerium für Staatssicherheit nur selten, diese Zusammenhänge wirklich zu durchschauen, was auch eine wesentliche Ursache für zahlreiche falsche oder unzutreffende Berichte war. Aber auch die Junge Gemeinde hatte Informationsbedarf, vor allem im Zusammenhang mit den Stimmungen und Meinungen in der Stadtgemeinde. Thomas Grund war der einzige Vertreter der Gruppe, der seit 1977 regelmäßig am Stadtkonvent teilnahm. Dadurch bekam er mehr Einblick in die kirchlichen Vorgänge der Stadtgemeinde. Daraus resultierte auch seine Einstellung, daß die Kirche stärker in die Pflicht genommen werden müsse, um Konfrontationen mit der Staatsmacht abzuwenden. Gleichzeitig forderte er von der Kirche, sie müsse die Jugendlichen stärker vor Repressionen schützen. Grund glaubte aus seinen Erfahrungen mit Stanescu auch, dieser sei der geeignete Mann, zukünftig die Junge Gemeinde anzuleiten. Insofern war die Vermutung von Stanescu, Grund wolle ihn nur deshalb als Leiter der Jungen Gemeinde, weil ein offizieller „Aufpasser“ besser auszutricksen sei, falsch. Grund war vom Gegenteil überzeugt, „...wir haben (durch die gemeinsame Arbeit d. A.) einen wesentlich besseren Draht zueinander gekriegt, und ich habe Sachen auch anders eingeschätzt.“[272]

Ein anderer Punkt, der Grund und Stanescu enger zusammenbrachte, war die seelsorgerische Arbeit von Stanescu. Privat hatte Grund 1978 gerade eine schwierige Phase, „...wo daheim alles baden ging, wo die Sache mit Heike abging.[273] Das war auch die Phase, da habe ich in der Gorkistraße 1 gewohnt. Da war erst mal Party angesagt, da bin ich mit Beate abgeschossen und lauter solche Geschichten, da habe ich noch Karin aufgerissen, das war erst mal chaotisch.“[274] Grund wandte sich mit seinen Problemen an Stanescu, der gern zuhörte, denn nur so erhielt er über die aktuellen Gruppenzusammenhänge gesicherte Informationen. Die positiv distanzierte Freundschaft zwischen beiden hielt bis zum Ende der DDR. Stanescu wurde 1990 als IM „Bartholomäus Runge“ enttarnt.

Neben den konkreten Problemen mit der Kirchengemeinde und den Auseinandersetzungen mit dem Staat bestimmten auch die privaten Beziehungen untereinander und vor allem die zwischen Männern und Frauen das Leben der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Daraus resultierte nicht selten die Themenwahl, das inhaltliche und politische Interesse der Gruppe und die einfache Frage danach, wer was und zu

[272] Zitat Grund, Thomas. In: JG-Heft.
[273] Gemeint ist die private Lebenssituation, die zu dieser Zeit durch Trennung von der bisherigen Lebenspartnerin geprägt war.
[274] Zitat Grund, Thomas: In Grund, Thomas: JG-Heft.

welchen Themen machen konnte oder durfte. Privates und Junge Gemeinde vermischten sich hier miteinander und bildeten für einzelne sogar eine Einheit.

Ende 1978 entstand ein zweiter Vorbereitungskreis innerhalb der Gruppe der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Die zum Teil nebeneinander agierenden Vorbereitungskreise setzten sich nach gemeinsamen Voraussetzungen, Interessen und Zielen zusammen, wobei die persönlichen Freundschaften und Beziehungen eine wesentliche Rolle spielten. Trotzdem gab es auch immer personelle und räumliche Überschneidungen zwischen den Gruppen. Keine der Gruppen handelte letztlich isoliert von der anderen. Spätestens bei den Veranstaltungen in den Räumen der Jungen Gemeinde kamen sie alle wieder zusammen und diskutierten die offenen Fragen zumeist sehr heftig. Wichtige Akteure der beiden Kreise waren Thomas Grund (Kaktus), Karin Pachaly (geb. Pforte), Dorothea Rost (geb. Fischer), Michael Rost (Rosti), Wolfgang Hinkeldey (Wolle), Uwe Sinnig (Käse), Stephan Ziegan (Harzer), Ute Hinkeldey, Peter Rösch (Blase) und Gerold Hildebrand (Hilli). Über diesen Kern hinaus sammelten sich zumeist weitere Freundes- und Bekanntenkreise. Manche arbeiteten zeitweise in der Jungen Gemeinde mit, andere blieben eher „JG-Gänger". Wieder andere Jugendliche zählten sich im eigenen Selbstverständnis zum konsumierenden Publikumsumfeld.[275]

1977 wurde ein neuer Kreisjugendpfarrer ernannt. Pfarrer Siegfried Nenke von der Schillergemeinde in Jena-Ost wurde von der Kirchengemeinde beauftragt, die weitere Arbeit in der Jungen Gemeinde im Jenaer Kirchenkreis zu betreuen und zu beaufsichtigen. Er war damit neben dem Jugendwart Karsten Christ der wichtigste kirchliche Ansprechpartner für die Jugendlichen der Junge Gemeinde Stadtmitte. Nicht bekannt war, daß er gleichzeitig IM war.[276] Er sollte aus Sicht Ministeriums für Staatssicherheit den gescheiterten IM „Bartholomäus Runge" ersetzen.

Für die Akteure der zweiten Generation rückten neue Probleme und Chancen ins Blickfeld. Vor allem die persönlichen Rivalitäten zwischen einzelnen Akteuren, die spürbar gewachsene neue Gruppenhierarchie und der allgemeine Umgang der Männer mit den Frauen brachte die jungen Frauen auf die „Palme". Einige kannten die Rivalitäten und ihre Folgen noch aus der Zeit mit Thomas Auerbach und versuchten nun, sich in einem eigenen Lernprozeß gegen die erneut dominierenden Männer der Gruppe durchzusetzen. „Was mich am meisten gestört hat, also der Gipfel davon, und in Ansätzen gab es das ja schon unter Auerbach, war, wenn das Chaos zu groß schien, dann erhob sich ein männliches Machtwort, und die Sache war klar. Und dann gab es

[275] JG-Gänger waren umgangssprachlich diejenigen, die sich nicht aktiv an der JG-Arbeit beteiligten. Sie konsumierten zumeist nur die Veranstaltungen und standen der JG-Arbeit eher distanziert gegenüber.

[276] Pfarrer Siegfried Nenke (IMB „Brenner" und IMS „Peter Weiß"), seit September 1977 Kreisjugendpfarrer in Jena. Einige Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte nannten ihn „den roten Siegfried", „das alte Wurzelmännchen" oder „giftiges Wurzelmännchen", „Stänkerfritze", „Gruselgraps" und „nervende Witzfigur".

das Chaos halt nicht mehr. Das zum einen. Zum anderen, also ich habe schon immer Ärger auf Leute gehabt, die Sachen boykottieren, nur weil es einer macht, nur weil jemand mutig ist, das zu machen, da gab es eine sehr starke Tendenz nach Auerbach, und eine zweite Tendenz, die mir auch sehr früh klar wurde, es gab in Jena irgendwie immer starke Probleme damit, wenn Frauen engagiert waren. Und das kam wohl auch aus der Zeit mit Auerbach, da waren die Frauen irgendwie eher für Küche, Herd und Schlafstube. Da gab es Leute in der JG, die verstanden es, Frauen von hinten anzugehen, ihnen ihr Engagement madig zu machen. [...] Ich hätte auch gerne viel mehr Sachen gemacht, wenn die Unterstützung und die Einigkeit untereinander größer gewesen wäre. Na ja ich meine, so ganz ist diese Tendenz nie rausgegangen. Der Vorbereitungskreis hat sich ja dann gespalten, dann gab es den Vorbereitungskreis 2. [...] Das muß ungefähr ein Jahr später, so 1979 gewesen sein, da stiegen die Leute aus dem anderen, dem ersten Kreis aus. Die fanden es im eigentlichen VT-Kreis zu totalitär. Ich war dadurch auch wirklich oft die Angeschossene, wo die Meinung aufkam, so geht das ja nicht, die kommt hier an und sagt das und das, da machen wir nicht mehr mit, wir machen unser eigenes Ding. Klar hat man sich da geärgert. Aber auf der anderen Seite, und heute weiß ich, daß das ganz normal ist, jeder hat da gelernt oder besser die meisten, eben mit solchen Gruppenprozessen umzugehen, den eigenen Weg zu finden, wie man Sachen durchsetzt, wie man Sachen auf den Tisch bringt."[277] Als positive Chance für die Erhaltung und Weiterführung der Offenen Arbeit in der DDR erwiesen sich die seit 1978 verstärkenden überregionalen Kontakte zu anderen Jungen Gemeinden, und hier vor allem die engen Beziehungen nach Halle. Jugenddiakon Lothar Rochau leitete dort die Gruppe der Jungen Gemeinde Halle-Neustadt seit 1976.[278] Schnell entwickelten sich persönliche Freundschaften zwischen Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der in Halle. Die gemeinsam aufgenommene und weitergeführte Diskussion über Sinn oder Unsinn der Offenen Arbeit und das, was von dieser Arbeit zu verlangen bzw. zu erwarten sei, erweiterte sich schnell auch auf andere Junge Gemeinden in weiteren Städten. Seit Beginn der Offenen Arbeit Anfang der siebziger Jahre gab es Befürworter oder Ablehner für diese Form der kirchlichen Jugendarbeit. Strittig war vor allem die Frage, wie politisch bzw. unpolitisch eine solche Junge Gemeinde sein sollte oder sein mußte. Die Befürworter einer politischen Arbeit waren der Ansicht, die Offene Arbeit sei an sich politisch, weil sie Alternativen zur Gesellschaft suche und neue Lebenskonzepte nicht nur dulde, sondern konkret zu leben versuche. Dies sei religiös vertretbar, denn auch Jesus habe neue Wege gegen die etablierte Priesterschaft gesucht und beschritten. Dafür sei er geächtet und verfolgt worden. So ergehe es auch den Jugendlichen, die wegen ihrer Suche nach alternativen

[277] Zeitzeugengespräch mit Karin Pforte. In: Grund, Thomas: JG-Heft.
[278] Rochau, Lothar: Halle-Neustadt: Reflexionen über die Offene Arbeit. In: Eisert-Bagemihl/Kleinert Hg.: Zwischen sozialer Anpassung und kirchlicher Bewegung, S. 163.

Lebensformen repressive Erfahrungen mit den staatlichen Organen erdulden müßten. Dies mache es für kirchliche Mitarbeiter unmöglich, der Konfrontation mit dem Staat auszuweichen, wenn man die Jugendlichen ernst nehmen wolle. Die ablehnende Haltung eines politischen Konzeptes der kirchlichen Jugendarbeit brachte dagegen zum Ausdruck, man dürfe nicht um jeden Preis von den bestehenden religiösen Grundsätzen der Kirche abrücken. Die Arbeit mit der Jungen Gemeinde sei zwar vom christlichen Auftrag her bestimmt, sie sei aber eben auch nicht beliebig und nur von den Bedürfnissen der Jugendlichen her bestimmt, sondern als diakonisches Werk zu verstehen und erst recht keine Anleitung zu politischem Protest. Die Ablehner einer politischen Arbeit interpretierten die Rolle der Jungen Gemeinde als religiöse Lebensgemeinschaft, die zwar offen sei für gesellschaftlich bedrängte Jugendliche, aber nicht für eine politische Konfrontation.[279] „Endlose und ergebnislose Diskussionen waren zumeist die Folge dieser gegensätzlichen Sichtweise. Irgendwie ist die JG nach der 76er Sache verkommen zu so einer Art Profilierungsversuchsschule für jeden, der intelligent genug war, die Türklinke runterzudrücken und in den Raum zu kommen. Das war ja auch richtig, denn es gab sonst fast keine Möglichkeiten, aber so konnte man unmöglich JG-Arbeit machen. Das mußte sich zerfranzen und totlaufen. Es hat keine Instanz gegeben, die am allerschlimmsten Punkt mal gesagt hätte: Gut jetzt. Stop.“[280]

Die unstrukturierten Gruppenzusammenhänge der Offenen Arbeit und persönliche Rivalitäten führten schließlich immer wieder zur Herausbildung von Teilgruppen. Solche Teilgruppen verstanden sich als Freundeskreis. Um einzelne Akteure bildeten sich eigenständige Mikrokosmen, die dann einen unterschiedlichen Anteil am Leben der Jungen Gemeinde Stadtmitte hatten. Im eigenen Selbstverständnis zählten sich diese Akteure zumeist nur temporär zur Jungen Gemeinde Stadtmitte gehörend oder auch nur zum Umfeld. Einzelne Gruppenmitglieder identifizierten sich auch nicht in jeder Sache mit dem, was in der Jungen Gemeinde Stadtmitte an Aktivitäten passierte oder angestrebt wurde. Gleichzeitig nutzten sie aber die Möglichkeiten der inhaltlichen Auseinandersetzung und die der Räume, vor allem, um sich hier zu treffen, so Z. B. zu den regelmäßigen Themenabenden oder besonders gern zu den Werkstätten. Einige

[279] Vgl. Eisert-Bagemihl/Kleinert Hg.: Zwischen sozialer Anpassung und kirchlicher Bewegung. Leipzig 2002. Hier wird noch einmal nachträglich die Diskussion um die „richtigen“ Konzepte für die kirchliche und die Offne Jugendarbeit geführt. Manche behaupten hier, die Offene Arbeit hatte keine inhaltlichen Konzepte. Andere sprechen von Konzepten in Ansätzen, wieder andere beschreiben Konzepte je nach persönlicher Erfahrung. Fakt ist, daß es seit Ende der siebziger Jahre ständige Diskussionen über Inhalt und Form der Offenen Arbeit gab, und zwar auf allen Ebenen. Fakt ist auch, daß die Kirche Konzepte oder zumindest die inhaltliche Diskussion zur Offenen Arbeit auf allen Ebenen behinderte. Vgl. Autorenkollektiv: Wunder gibt es immer wieder - das Chaos ist aufgebraucht, es war die schönste Zeit. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der KIRCHE von UNTEN, Berlin 1997.

[280] Zeitzeugengespräch mit Karin Pforte. In: Grund, Thomas: JG-Heft.

Akteure scheiterten in dem Versuch, eigene Teilgruppen aufzubauen.[281] Auch hier kam es immer wieder zu persönlichen Vorbehalten gegen andere Akteure und umgekehrt. Allgemein konnten solche Vorbehalte das Auftreten in der Jungen Gemeinde betreffen oder den Umgang mit Freunden und Partnern. Oft ging es dabei auch ganz banal darum, wer mit wem ins Bett geht oder wer gerade in der Jungen Gemeinde das Sagen hatte. Oft hing davon auch ab, wer sich und seine Richtung in der Gruppe durchsetzen konnte. Ein Beispiel für das Scheitern in der Gruppe ist der Jugendwart Karsten Christ. Als kirchlicher Mitarbeiter hatte er von vornherein eine schwere Stellung in der Jungen Gemeinde. Aus den Konflikten und Erfahrungen der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit der Kirchenleitung und dem staatlichen Repressionsapparat 1976 und 1977 geriet er in die Rolle eines Scharniers zwischen Kirchenleitung und Junger Gemeinde. Er kam Ende 1978 nach Jena und ersetzte Vikar Michael „Constantin“ Stanescu, IM „Bartholomäus Runge“. Seine Aufgabe war es, die gesamte Junge Gemeinde der Kirchgemeinde Jena im kirchenpolitischen und religiösen Interesse zu führen und die bestehenden Gruppendifferenzen in der Jungen Gemeinde Stadtmitte ausgleichen. Mögliche neue politische Aktivitäten dieser Gruppe sollte er in Bahnen lenken, die vor der Gemeinde- und Kirchenleitung als vertretbar galten. Dies gelang ihm aber nur teilweise. Nach Ansicht von Zeitzeugen sei er eine zu schwache Persönlichkeit gewesen, um sich in der Gruppe überhaupt durchsetzen zu können. Er habe zwar vieles auf den Weg gebracht und organisiert, sein geringer Einfluß auf die verschiedenen Teilgruppen der Jungen Gemeinde Stadtmitte resultierte aber eben gleichzeitig aus der bestehenden Gruppenstruktur der verschiedenen Teilgruppen. So sei es ihm nicht möglich gewesen, alle zu erreichen und für seine religiösen Vorstellungen der Arbeit einer Jungen Gemeinde zu gewinnen. Außerdem hätten ihn die häufigen Debatten um seine Autorität innerhalb der Gruppe stark aufgerieben. Die Kirchenleitung mußte deshalb vor den chaotischen und antiautoritären Strukturen der Jungen Gemeinde Stadtmitte kapitulieren.[282] Besonders die immer wieder erneuerte Forderung der Kirchenleitung nach autoritären Strukturen wurde von den jungen Frauen scharf angegriffen.

[281] Ein Beispiel ist Carsten Osse (Ossi), dem es Anfang der achtziger Jahre nicht gelang, sich innerhalb der Jungen Gemeinde Stadtmitte gegen andere dominierende Akteure durchzusetzen. „In früherer Zeit war er sehr angenehm, aber er hat irgendwann einen komischen Abstieg begonnen. Er ist irgendwie durchgedreht, Starallüren oder ich weiß nicht, was für ein Problem der hatte. Ich mache ja solche Sachen nicht nur fest an seinem öffentlichen Auftreten in der JG, sondern mich beeindruckte dann viel mehr, wenn ich in seiner Wohnung sitze und sehe, wie er mit Frau und Kind umging. Da war sehr frühzeitig für mich der Ofen aus, aber wirklich aus. So jemanden kann ich dann nicht ernst nehmen und akzeptieren.“ Zeitzeugengespräch mit Karin Pforte. In: Grund Thomas: JG-Heft. Carsten Osse verh. Fruntke, 1977 bis 1983 Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte, Geigenbauer, lebt heute in Kanada.

[282] „Karsten, der arme Kerl, den kannte ich ja schon lange vorher, und wir hatten ja schon viele Nächte am Lagerfeuer verbracht, aber der hat auch große Probleme mit sich selbst gehabt, seine eigene Rolle da auszufüllen. Ich glaube auch, er stand unter extremem Druck, Vorbilder erfüllen zu müssen á la Auerbach, Kaktus (Thomas Grund, d. A.) war auch noch da und im Nacken dann Walter Schilling als ständiger Mentor. Karsten hätte es besser getan, sich frei zu machen und wegzugehen. Das hat er viel zu

Beide Punkte, die veränderte Gruppenstruktur in Teilgruppen sowie die anhaltende Debatte über autoritäre Strukturen waren die zwei wichtigsten Unterschiede zur ersten Generation der Jungen Gemeinde vor 1977. Ein weiterer wichtiger Punkt waren die Themen. In Anlehnung an die Erfahrungen von 1976 und 1977 nahmen die Jugendlichen jetzt verstärkt solche Themen auf, die auf antiautoritäre Umgangsformen und antimilitaristische Politik in der Gesellschaft gerichtet waren. Beispiele dafür sind die Wolfgang-Borchert-Abende vom 28. Juni und vom 6. Dezember 1977. Am 2. August 1977 veranstaltete die Junge Gemeinde Stadtmitte eine Günter-Kunert-Lesung, am 30. Mai 1978 eine Hesse-Lesung und am 25. Juli 1978 eine Ephraim-Kishon-Lesung. Zur Herbstwerkstatt am 18. Oktober 1977 führten Akteure das Stück „Die Polizei“ von Slawomir Mrozek auf. Die Theatergruppe bestand aus Horst Strohbach (verh. Petzold), Gerold Hildebrand, Uwe Sinnig, Karin Petzold, Klaus-Peter Wenzel, Thomas Grund und Reinhard Klingenberg. Auch der später sehr bekannte DDR-Liedermacher Gerhard Schöne[283] trat hier auf. Darüber hinaus gab es aber auch Themenabende zu religiösen Themen. Prof. Hertzsch[284] von der Theologischen Fakultät Jena gestaltete beispielsweise mehrere Abende zu religiösen Themen, u. a. einen Abend über Sozialismus aus theologischer Sicht, mehrere Abende über die Entstehungsgeschichte der Bibel im ersten und zweiten nachchristlichen Jahrhundert, über Aberglauben im Mittelalter sowie über religiöse Führer des Bauernkrieges und die Reformation im 16. Jahrhundert. Die Herausbildung von verschiedenen Teilgruppen und Strömungen innerhalb der Jungen Gemeinde beförderte die Themenvielfalt. Religiöse Themen übernahmen in der Regel die Mitarbeiter der Kirche. Oberkirchenrat Hans Schäfer aus Eisenach, IM „Gerstenberger“, [285] besuchte beispielsweise die Junge Gemeinde Jena am 18. Juni 1977. Aber auch der neue Kreisjugendpfarrer Siegfried

---

spät gemacht. Deswegen ist er am Anfang so unsicher aufgetreten, daß er in der kurzen Zeit, die man da so hat, bis die Leute alle so ein Bild von einem haben, eigentlich seine Chancen verspielt hat. Er wollte einer von den Gleichen sein und hat nicht akzeptiert, daß er aber als Jugendwart nicht einer unter Gleichen sein konnte. Er war eben der Jugendwart und hätte in dieser Funktion eine Zentralfigur sein müssen. Davor hatte er sich aber gescheut. Das hat ihn eine Menge Ansehen gekostet. Ich habe ja Karsten auch später noch erlebt, als ich bei Pfarrer Nenke (IM „Brenner“, d. A.) als Gemeindehelferin gearbeitet habe. Da hatte ich ja das Vergnügen, mittwochs im Konvent alle zu treffen, so auch Kaktus und Karsten.“ Zeitzeugengespräch mit Karin Pforte. In: Grund, Thomas: JG-Heft.

[283] Gerhard Schöne wurde besonders in den achtziger Jahren durch seine Kinderlieder in der DDR allgemein bekannt. Er veröffentlichte mehrere Schallplatten.

[284] Klaus-Peter Hertzsch, seit 1974 Professor für praktische Theologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Seit 1978 Mitglied der Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Das Ministerium für Staatssicherheit führte gegen ihn den Operativen Vorgang „Zersetzung“, MfS Reg.-Nr. X/699/70.

[285] Oberkirchenrat Hans Schäfer (IM „Gerstenberger“) spielte im Zusammenhang mit den Folgen des Todes von Matthias Domaschk 1981 eine zentrale Rolle für Jena. Er versuchte im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit, Walter Schilling, der in dieser Zeit besonders eng mit den Jenaern zusammenstand, zu „neutralisieren“ und so von politischen Protestaktivitäten innerhalb der Institution Kirche abzuhalten. Vgl. Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a. Hg.: Die „Andere“ Geschichte, S. 347 f.

Nenke (IM „Peter Weiß“ und IM „Brenner“) kam oft nun in die Junge Gemeinde Stadtmitte und übernahm Themenabende.

Pfarrer Siegfried Nenke, Superintendent Christoph Thurm, Pfarrer Kudszus und Vikar Stanescu waren in der Umbruchsphase der Jungen Gemeinde Stadtmitte zwischen 1977 und 1978 die entscheidenden Vertreter der Kirchengemeinde der Stadt.[286] Sie waren für die Jugendarbeit verantwortlich und wollten die Motivation und Hinwendung der Gruppe zur Religion durch häufige religiöse Ansprache positiv beeinflussen. Wenig Berücksichtigung fand dabei das zentrale Anliegen der Gruppe nach politischem Rückhalt in der Gemeinde. Die Akteure instrumentalisierten die Auseinandersetzung mit religiöse Themen nicht für einen nach außen gerichteten Selbstzweck, um damit Religiosität vorzutäuschen oder zu demonstrieren, sondern sie interessierten sich für diese Themen, weil sie hier Antworten auf Fragen der Gegenwart suchten. Am wichtigsten blieben aber der soziale Kontakt untereinander und die jugendkulturellen Gemeinsamkeiten, deren äußere Identität durch Aussehen, Kleidung und Musik gekennzeichnet war. Die zahlreichen Wanderungen und Reisen mit bis zu 100 Personen, die wöchentlichen, monatlichen und jährlichen thematischen Veranstaltungen sowie die vielen Feste belegen als ein charakteristisches Merkmal der Offnen Arbeit eindrucksvoll das soziale, kulturelle und politische Zusammengehörigkeitsgefühl der Jugendlichen über den Rahmen der Jungen Gemeinde Stadtmitte hinaus. Die neue „Generation“ von Frauen sensibilisierte für bis dahin zumeist tabuisierte Themen: Ehe und Partnerschaft, Schwangerschaftsabbrüche, der Zusammenhang von Aggressionen in Beziehungen und Gesellschaft, ideologische und persönliche Vorurteile und Feindbilder, Suchtgefahren und Einsamkeit sowie die Rechte der Frauen in der Gesellschaft. Neben solchen praktischen Fragestellungen stellten sich die Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte aber auch philosophische Fragen, so zum Beispiel „Was ist der Mensch“ oder „Was wollen wir“. Sie befaßten sich mit Kunst, Literatur und Science Fiction. Nebenher gab es aber auch Tee-, Mal-, Quiz-, und Bastelabende**.**

Die komprimiert dargestellte Bandbreite der Themen macht deutlich, wie vielschichtig die Interessen und wie aktiv die Jugendlichen trotz der inneren Spannungen und der Auseinandersetzungen mit der Kirchgemeinde waren. Auch die Anzahl der Besucher und Teilnehmer nahm ständig zu und entwickelte die Junge Gemeinde Stadtmitte zum Ausgangs- und Austragungsort vieler Ideen und Interessen. Vorbereitet und organisiert wurden die Abende allerdings zunehmend im privaten Kreis. Auf Grund der vorhandenen Teilgruppen fanden die Vorbereitungskreise zeitweise nur selten in den Räumen der Jungen Gemeinde Stadtmitte statt. Meistens

[286] Drei kirchliche Mitarbeitern waren IM des Ministeriums für Staatssicherheit: Christoph Thurm, IM „Bruno Köhler“, MfS Reg.-Nr. X/640/75, Superintendent in Jena bis 1978, danach Oberkirchenrat in Eisenach. Pfarrer Siegfried Nenke, IM „Peter Weiß“ und „Ernst Brenner“, seit 1978 Kreisjugendpfarrer in Jena. Vikar Michael „Constantin“ Stanescu, IM Bartholomäus Runge“.

trafen sich die Akteure reihum bei denjenigen, die gerade an Themen aktiv beteiligt waren. Weitere beliebte „Trefforte“ waren für die Jugendlichen die Kneipen. Hier kam es zur Durchmischung der verschiedenen Gruppen der Jungen Gemeinde und den sozialen Schichten. Besonders beliebte Szenekneipen waren die „Lutherbörse“ im Westviertel, die Kneipen „Zur Noll“, „Roter Hirsch“ und vor allem die Kultkneipe „Hauser“ in der unmittelbaren Nähe der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Daneben gab es aber noch andere Treffmöglichkeiten, wo sich die netzwerkartigen Zusammenhänge der verschiednen Gruppen überlagerten. Einer dieser Treffpunkte war z. B. die Mensa der Friedrich-Schiller-Universität. Hier trafen sich zum Frühstück oder zur Mittagszeit Akteure, zumeist aus dem Umfeld der Studenten. Auch das Theologenkonvikt spielte zeitweise eine Rolle als Treffort für Partys und Zusammenkünfte. Die Kontakte und Beziehungen zur Evangelischen Studentengemeinde begannen sich Anfang der achtziger Jahre in vielfältigen Formen zu entwickeln.

Die Gruppenerfahrungen und Auseinandersetzungen der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit Staat und Kirche führten bei einigen Akteuren zu dem Bedürfnis, eine kirchliche Ausbildung anzustreben. Mehrere begannen deshalb Ende der siebziger Jahre ein Theologiestudium, so Christiane Behr, Willi Krüger, Marie-Renate Boldt und Jochen-M. Heinecke. Karin Pforte, Thomas Grund und Dorothea Fischer beschlossen ihrerseits im September 1979, eine kirchliche Katecheten-Ausbildung am Burkharthaus in Potsdam zu beginnen. „Na ja, das haben wir ja dann zusammen beschlossen und haben einen heroischen Dreierbeschluß gefaßt. Thea, Kaktus und ich, wir gehen ans Burkharthaus und lernen das jetzt richtig, damit sie uns nicht mehr an den Karren fahren können, damit wir auch wissen, was wir tun, damit dieses ganze Gezeter auch mal ein Ende hat, und das haben wir ja auch getan. Also, einfach um auch Handwerk zu bekommen. [...] Es ist ja tatsächlich 1976 auch etwas zerbrochen, was nicht wieder gekittet werden konnte. Es hat sicher auch an der sogenannten Führerfigur gelegen, die gefehlt hat oder daran, daß die Leute dann im Anschluß nicht mehr bereit waren, jemand als Führerfigur zu akzeptieren. Potentiale waren ja da. Da war zwar Kaktus, ich oder auch Thea und auch andere Leute, die durchaus das Potential hatten. Aber man hat sie nicht gelassen. [...] Vor 1977 hatte jemand wie ich ja auch keine Chance. Da waren die Führungsplätze besetzt und man bekam da seine Lebenshilfe. Jetzt, also 1977/78, hätte man seinen Teil machen können und gibt auch ein bißchen wieder ab, wenn man das entsprechende Alter hat, denn da sieht man eben besser, was man tut und anschließend verläßt man die JG wieder, so wie Walter Schilling immer wieder gepredigt hat. Wegbegleiter wollen wir sein, ein Stück, ein besonderes Stück des Weges wollen wir dabei sein, und dann müssen die Leute aber in die Selbständigkeit entlassen werden. So wäre es wahrscheinlich gekommen, aber dann kam es anders. Die JG wurde kopflos, und da waren dann plötzlich ganz viele Leute, die wie ich versucht haben, irgend etwas zu machen. Doch meistens war es ziemlich krampfig, denn es ging meist

nicht um das Thema, sondern um die persönlichen Streitereien, wer steht jetzt wo in der Hierarchie und warum. Das war nie mein Interesse. Ich bin mir darüber klar, daß ich eine dominante Person bin, und wenn ich in irgendeinen Raum komme, kann man meine Anwesenheit kaum ignorieren. So bin ich nun mal auf die Welt gekommen.“[287]

Eine weitere Differenzierung innerhalb der Jungen Gemeinde Stadtmitte bildete sich durch die unterschiedliche Wahrnehmung und Einstellung zum politischen System der DDR heraus. Zahlreiche Akteure lehnten inzwischen das DDR-System grundsätzlich ab, besonders diejenigen, die die Ereignisse Ende 1976 im Zusammenhang mit der Biermann-Affäre erlebt hatten. Unterschiedlich beurteilt wurde auch die politische Veränderbarkeit des Systems, was nicht selten Konflikte in der Gruppe verursachte. Einige waren der Ansicht, durch geschickte Anpassung und unter Ausnutzung der möglichen Freiräume in der Kirche ihr Bedürfnis nach Selbstbestimmung weitgehend erhalten und ausbauen zu können. Andere versuchten sich an gesellschaftlichen Utopien, wobei die Bandbreite der Vorstellungen von reformierbar bis hin zu konkreten Veränderungen reichte. Diffuse maoistische und anarchistische Vorstellungen kursierten dabei genauso wie vermeintlich politische Lösungen, die die gesellschaftlichen Widersprüche auflösen sollten. Diese Auseinandersetzungen spiegelten sich vor allem in der literarischen und inhaltlichen Arbeit mit Themen wie Macht und Machtmißbrauch oder antiautoritäre Erziehung wider. Persönliche Freiheit, verstanden als weitgehend selbständiges Handeln in Eigenverantwortung, war dabei jedoch stets die zentrale Gemeinsamkeit aller. Dem standen unrealistische Konzepte und Ansprüche einer gesamtgesellschaftlichen Teilhabe und Mitgestaltung gegenüber.

Neben Akteuren mit politischen und gesellschaftspolitischen Utopien gab es auch solche, deren Ablehnung der real-existierenden DDR-Gesellschaft auf konkrete Ziele gerichtet war. Am deutlichsten kam dies zum Ausdruck in der Frage des Wehrdienstes. Regelmäßig führte die Junge Gemeinde Stadtmitte jedes Jahr zu den Fragen des Wehrdienstes Themenabende als „Gesetzesabend“ durch. Hier konnten sich die Jugendlichen über die rechtlichen Grundlagen für den Wehrersatzdienst, die Möglichkeiten des Wehrersatzdienstes und über Konsequenzen der Wehrdienstverweigerung informieren.[288] Wenn der Wehrdienst nicht sowieso grundsätzlich aus pazifistischen Gründen abgelehnt wurde, so lehnten manche den Wehrdienst zumindest in der DDR ab. Die einzige legale Möglichkeit der Ablehnung bestand in der DDR im Bausoldatendienst als Ersatzdienst ohne Waffe. Der Einsatz

[287] Zeitzeugengespräch mit Karin Pforte. In: Grund Thomas: JG-Heft.

[288] Vgl. Koch, Uwe: Das Ministerium für Staatssicherheit, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee, Hg.: Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, 3. Aufl., 1999.

erfolgte dennoch unter militärischem Gesichtspunkt. Die Soldaten leisteten vorrangig militärische Hilfsaufgaben. Erfahrungen mit politischer Repression durch die Staatssicherheit und Erlebnisberichte über die Verhältnisse in der Armee von älteren Akteuren prägten dabei oft nachhaltig die Einstellung jüngerer Jugendlicher, deren Armeedienst bevorstand. Beispiele dafür sind die Veröffentlichungen von Jürgen Fuchs nach seiner Abschiebung in der Bundesrepublik: „Gedächtnisprotokolle", Vernehmungsprotokolle" und „Fassonschnitt".[289] Der Autor berichtet hier über seine repressiven Erfahrungen während der Biermann-Affäre, über den Prozeß seiner Ausbürgerung und Erfahrungen in der Nationalen Volksarmee der DDR. Obwohl die Bücher in der Bundesrepublik veröffentlicht und dadurch nur schwer zugänglich waren, hatten sie eine erhebliche Rückwirkung auf die nachfolgende Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Andere Akteure berichteten nach ihrer Entlassung aus dem Bausoldatendienst über ihre Erfahrungen als Bausoldat: „Als ich 1979 vom Bausoldatendienst zurückkam, habe ich in Jena, Weimar, Saalfeld und Erfurt Vorträge gehalten, wie man den Wehrdienst verweigert und die ganze Problematik darum. Deswegen hatte ich später bei meiner Verhaftung im Gefängnis das Problem der sogenannten Wehrkraftzersetzung."[290] Die Auseinandersetzung mit der Frage des Wehrdienstes sensibilisierte und veränderte die politische Einstellung zur DDR entscheidend mit. An ihr verlief auch Ende der siebziger, Anfang der achtziger Jahre die Trennlinie zwischen den Akteuren, die sich mit dem System in der DDR aktiv politisch auseinandersetzten und denjenigen, die die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte vorwiegend im Rahmen ihrer generativen Bedürfnisse als sozialen und kulturellen Freiraum nutzen wollten. Dabei ist festzuhalten, daß von Repressionen betroffene Akteure eher bereit waren, politisch aktiv zu werden und sich mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR intensiver auseinander setzten als solche, die politische Themen ganz oder teilweise ablehnten.

Auch für die Frauen in der Jungen Gemeinde Stadtmitte gewann die militärische Bedrohung und ihre ideologische Instrumentalisierung zunehmend an Bedeutung. Die Einführung des Wehrkundeunterrichtes an den Polytechnischen Oberschulen (POS) in der DDR 1978, die Ausrufung des Kriegsrechtes in Polen 1981 und die Änderung des Wehrgesetzes der DDR 1982, wonach Frauen im Kriegsfall Armeedienst leisten sollten, beschwor die Gefährlichkeit der internationalen Militarisierung in fast allen Lebensbereichen spürbar herauf. Eine der Frauen, die durch ihr Engagement und ihre Auseinandersetzung mit der Friedenspolitik der DDR 1982 zur zentralen Mitbegründerin der Jenaer Friedensgemeinschaft wurde, war Dorothea Fischer. Ihr Weg in die Junge Gemeinde Stadtmitte und ihre Herauslösung zum politischen Akteur steht

[289] Fuchs, Jürgen: Gedächtnisprotokolle, 1977. Ders.: Vernehmungsprotokolle, 1978. Ders.: Fassonschnitt, 1984.
[290] Zitat Peter Rösch aus Brief an den Autor vom 15.03.2002.

beispielhaft für die innere Entwicklung der Jungen Gemeinde zwischen 1977 und 1983. Dorothea Fischer kam Ende 1976 in einer stark politisierten Phase in die Junge Gemeinde. Hier erlebte sie nach der Biermann-Ausbürgerung die politisch motivierte Abschiebung von Thomas Auerbach und den Neuanfang der Gruppe. „Die JG hat mich sehr beeindruckt. Soviel Andersartigkeit auf einem Haufen zu erleben, das hat mich sehr angezogen, auch über welche Themen man ganz offen reden konnte und, daß ich mich über meine Probleme, die ich zu der Zeit in der Medizinischen Fachschule hatte, mit anderen austauschen konnte. Es war so ein Gefühl, ich bin nicht alleine. Negativ könnte ich sagen, ich hatte den Eindruck, daß ich darum kämpfen mußte, daß ich in der JG akzeptiert werde, daß ich wahrgenommen werde von diesen großen Helden, zu denen ich natürlich nicht gehörte. Wir waren anfangs die Putzmädchen aus der Fachschule. Wir haben uns durch Putzen, Saubermachen und Kloschrubben eine Akzeptanz erobert. Zu meiner Anfangszeit gab es halt noch diese großen Leute, die eine feste Autorität hatten. Durch die Knastgeschichte nach der Biermann-Ausbürgerung fiel das dann alles weg. Später hatte ich ja auch so eine Rolle, nachdem ich in die JG hineingewachsen war. 1977 war dann auch irgendwie Platz da, den ich ausfüllen konnte, den niemand anders hatte. Nachdem Tommy (Thomas Auerbach, d. A.) im Knast war, war so eine Orientierungslosigkeit in alle Richtungen vorhanden. Einmal politisch, was mit den Freunden passiert, die im Knast sind, und was diejenigen machen können, die jetzt noch da sind und was man überhaupt JG-mäßig noch machen kann. So ab Ende 1978 habe ich ganz viele JG-Abende mit Horst Strohbach vorbereitet, aber auch dann mit Carsten (Hahn, d. A.) und Goofy (Peter Gräfe, d. A.). Ich habe immer Kontakte zu anderen hergestellt und versucht, vieles miteinander zu verknüpfen. Die Zeit ab Sommer 1979 hatte ich genügend eigene Probleme, da lief bei mir erst einmal in der JG nichts mehr. Ich habe dann nach 1979 angefangen, in der JG wieder aktiv zu werden. Das lief dann aber schnell darauf hinaus, wieder raus zu gehen. Danach war dann auch so die Zeit, wo sich außerhalb der JG die Friedensgruppe herausbildete und seit Mitte 1982 bis April 83 langsam zur Friedensgemeinschaft Jena organisierte. Da habe ich dann auch gezielt Leute angesprochen, ob sie mitmachen wollen, so z. B. Ute Hinkeldey. Wir waren beide etwa gleich alt und in der gleichen Situation, nämlich schwanger zu sein.“[291] Die Mitstreiter für den sich herausbildenden Friedenskreis rekrutierten sich aus den verschiedenen Teilgruppen der Jungen Gemeinde Stadtmitte, und hier zumeist dort, wo persönliche Beziehungen und Kontakte bestanden. „Eine der Gruppen von Leuten, die viel herumgereist ist, waren z. B. Goofy (Peter Gräfe, d. A.), Schnapp (Ronald Schnabel, d. A.), und Carsten (Hahn, d. A.). Die Gruppen bildeten sich zumeist wohnungsbedingt. Da gab es eine Gruppe um Kaktus (Thomas Grund, d. A.) in der Melanchthonstraße, dann die um Blase (Peter Rösch, d. A.), eine um Matz

[291] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer. In: Grund Thomas: JG-Heft.

(Matthias Domaschk, d. A.) und Renate (Ellmenreich geb. Groß, d. A.) und dann noch Gruppen, die die JG nicht so tangiert haben wie z. B. die Leute aus der Gartenstraße um Tarzan (Wolfgang Diete, d. A.) und Ponder (Hans-Helmut Kurz, d. A.). Dann gab es ja auch diese Gruppe um Ossi (Carsten Osse, d. A.) und Knete (Thomas Ködel, d. A.). Ossi kam so Ende 1978, Anfang 1979 in die JG. Ich habe mich einmal zu der Gruppe um Kaktus gezählt, aber auch zu der Gruppe um Horst (Strohbach verh. Petzold, d. A.)." [292] Über diese Kontakte und Beziehungen aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte heraus erweiterte sich der Friedenskreis über Jena hinaus und bildete so ein weiteres neues eigenständiges Netzwerk.

Ein entscheidender Impuls für Dorothea Fischer, sich seit 1980 aus der direkten Mitarbeit in der Jungen Gemeinde Stadtmitte zurückzuziehen und eigene Wege der politischen Arbeit zu suchen, waren die sich verstärkenden Zugriffe des Ministeriums für Staatssicherheit auf die Gruppe. „Kaktus erzählte mir von seinem Stasi-Kontakt etwa im Frühjahr/Sommer 1978. Mein erster Eindruck war irgendwie, daß ich geehrt war, daß mir so ein Vertrauen entgegengebracht wird. Das war wie ein richtig tolles Lob. Dazu kam dann auch Angst, daß ich auch ja keinen Fehler mache, daß ich mich nicht verquatsche, daß mein Verhalten nichts verrät. Irgendwann war das dann so zweischneidig. Kaktus hat gesagt, ich könnte jederzeit mit ihm darüber reden und hat mir auch noch gesagt, daß Blase Bescheid weiß und daß ich mit Blase darüber reden könnte, was ich auch ein oder zweimal gemacht habe.[293] Und dann kam das Problem, daß ich nicht wußte, inwieweit Kaktus bestimmte Sachen erzählt und inwieweit ich ihn in Schwierigkeiten bringe, wenn ich bestimmte Aktionen machen will oder forcieren will. Das war so richtig zweischneidig. Das hat mit eine Rolle gespielt bei meiner Entscheidung, außerhalb der JG weiterzumachen. Einmal um Kaktus nicht in Konflikte zu bringen und um sicher zu sein, daß Kaktus bestimmte Sachen nicht weiß. Wobei das aber nie mein Vertrauen zu Kaktus beeinflußt hat. Ich hatte nie das Gefühl, daß mich Kaktus verraten würde. Ich hatte auch nie den Eindruck, Kaktus könnte so in die Mangel genommen werden, daß er um sich zu retten, alles Mögliche auffliegen lassen könnte. Aber ich habe einen gewissen Selbstschutz entwickelt. Was ich mir im Nachhinein vorwerfe ist, daß ich irgendwann zu ängstlich war oder zu unsicher, viel mehr mit Kaktus darüber zu reden."[294]

Die zunehmenden Gerüchte um eine „Unterwanderung" der Jungen Gemeinde Stadtmitte durch das Ministerium für Staatssicherheit führten zeitweise zu einer erheblichen Verunsicherung unter den Akteuren und beeinflußte die gemeinsame

[292] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer. In: Grund Thomas: JG-Heft.

[293] Peter Rösch bestätigt seine Mitwisserschaft, räumt aber ein, er habe Grund stets geraten, er solle seine Kontakte zur Staatssicherheit schnellstens abbrechen, da er keine Chance habe, sein Ziel einer Gegenkonspiration erfolgreich durchzuführen. Aus Brief an Autor vom 15.03.2002.

[294] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer. In: Grund Thomas: JG-Heft.

politische Arbeit erheblich. Doch trotz dieser aufbrechenden Zerwürfnisse und Konflikte um die Staatssicherheit bemühte sich besonders Dorothea Fischer weiterhin darum, den Kontakt zur Jungen Gemeinde Stadtmitte nicht zu verlieren. Ein wichtiger Grund dafür war die Tatsache, daß sich vor allem hier neue Mitstreiter für eine unabhängige politische Arbeit finden ließen. „Ich bin zwischendurch auch so weiterhin in die JG gegangen, auch als ich wegen der Friedensgemeinschaft 1982/83 unterwegs war, aber da war ich dann nicht mehr im Vorbereitungskreis (VT) der JG. Als 1982 die Gerüchte auftauchten, daß Kaktus (Thomas Grund, d. A.) bei der Stasi ist, das war eine Herausforderung an mich. Da bin ich rumgelaufen und habe gesagt, Kaktus ist nicht bei der Stasi. Und wenn euch das so fertig macht, dann überlegt, wie ihr euch verhaltet, daß er das auch erzählen kann. Wie das Gerücht aber aufkam und aus welcher Ecke, das kann ich nicht sagen. Die Spannungen, die von dem Moment an in der JG und im Umfeld vorhanden waren, haben die Energien auf sich gezogen, dieses ewige immer darüber diskutieren zu müssen. Das hat ganz viel Kraft und Energie gekostet, da habe ich besonders die Gespräche mit Ossi in Erinnerung. Damit hat die Stasi richtig was erreicht.“[295]

Ein weiteres wichtiges Moment für den oppositionellen Wertegang von Dorothea Fischer war ihre Kritik an der inhaltlichen und politischen Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte in dieser Phase. Auch ihre Kritik an der Kirchenleitung, die verstärkt versuchte, die Gruppe auf religiöse Themen festzulegen, war wohl begründet. Die Hintergründe dafür waren ihr allerdings unbekannt. Hier spielten vor allem die beiden IM, der Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke und der Vikar Stanescu, eine wesentliche Rolle. Die anfänglich allgemeine Sympathie der Jugendlichen besonders gegenüber Pfarrer Nenke schlug bei einigen schnell um. Für Karin Pforte war Pfarrer Nenke in der Nachsicht beispielsweise ein „Arschloch“, „…Und zwar in jeder Beziehung. Na gut, er war sehr literaturbelesen und ein großer Kunstfreund und vielleicht auch ein Freund der gesunden Ernährung, und das war’s aber dann auch schon. Klar, am Anfang hat er sich auch sehr jovial gegeben, aber was ich da in diesem Pfarrhaus und auf dieser Stelle erlebt habe, auch mit seiner komischen Frau, das ging dann wirklich bis zur Beleidigung. Da will ich auch gar nicht erst anfangen, Beispiele zu erzählen. Das war einfach unter aller Sau, was da lief. Da wurde man ja auch richtig ausgetrickst, entweder von ihm oder von ihr, und da wurden auch mal schnell irgendwelche Sachen untergeschoben. Meine Schuppenflechte hatte ich ja damals auch schon und durfte dann plötzlich keine Kinder mehr unterrichten wegen angeblicher Ansteckungsgefahr, gleichzeitig war ich ja schwanger und mußte trotzdem immer noch auf dem Boden rumkriechen und Archivschränke auswischen und solche Sachen.“[296] Auch Dorothea Fischer fand in ihrer Nachsicht deutliche Worte zu Pfarrer Nenke: „Ein giftiges

[295] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer. In: Grund Thomas: JG-Heft.
[296] Zeitzeugengespräch mit Karin Pforte. In: Grund Thomas: JG-Heft.

Wurzelmännchen war Jugendpfarrer Nenke, das immer auftauchen mußte, um sein Gift zu versprühen, alles kaputt zu reden oder um rumzustänkern. Dem habe ich nicht einmal mehr sein christliches Vokabular abgenommen. Es war einfach nur ein Stänkerfritze. Als wir beispielsweise als Friedensgemeinschaft 1983 Kontakt zum Altendorfer Friedenskreis aufgenommen haben, traf ich dort Nenke. Ich war völlig abgenervt, daß dieser Typ dort auch rumsaß. Er kam zum Glück nicht so zu Wort gegenüber dem stimmgewaltigen Uwe Koch und auch den anderen aus dem Friedenskreis. Nenke war eine lächerliche, nervende Witzfigur. Ich habe den auch nicht ernst genommen, auch nicht als Feind ernst genommen, einfach nur als Nervensäge und dann noch seine merkwürdige Frau dazu.[297] Die hier geäußerten und sehr emotionalen Worte scheinen etwas überzogen. Sie beschreiben gleichzeitig sehr drastisch das Mißtrauen der Akteure gegenüber Pfarrer Nenke und die Kirchenleitung, aber auch die Wut und die Enttäuschung darüber, daß sie mit ihrem Mißtrauen Recht behalten sollten. Weniger drastisch fällt das Urteil über Vikar Stanescu aus. Doch auch er hatte in dieser Phase nur wenig Vertrauen unter den Jugendlichen, weil er den tagesaktuellen politischen Themen auswich und stattdessen religiöse Themen favorisierte. „Ich habe noch so die Erinnerung, daß Konstantin (Vikar Michael „Konstantin“ Stanescu, IM „Bartholomäus Runge“, d. A.) immer gerne christliche Themen gemacht hat oder wollte, daß es geschieht.“[298] Eher Bedauern über das Scheitern kommt hingegen zum Ausdruck bei der Beurteilung des damaligen Jugendwartes Karsten Christ. „Im Gegensatz dazu war Karsten Christ jemand, den man ernst nehmen mußte, auch wenn ihn nicht alle so richtig wahrnahmen. Leider hat Karsten bei Auseinandersetzungen in der JG immer den kürzeren gezogen. Die anderen aus der Zeit vor 1977 konnten sich auf ihre Traditionen berufen, die waren schon so lange dabei, und das konnte Karsten Christ nicht. Ich habe Karsten so als vorsichtigen Menschen in Erinnerung, der abtastet, um erst einmal herauszukriegen, was anliegt. Karsten war nicht mutig genug. Er war auch meines Erachtens nicht konsequent genug. Er hat sich selbst zu sehr außen vorgelassen. Blase hatte z. B. unwahrscheinlich viele Kontakte, der hatte eine ganze Lobby an Leuten hinter sich. Bei Karsten ist mir das nicht in der Erinnerung.“[299] Christ hatte nicht nur keine Fürsprecher unter den führenden Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte, er galt eben auch aus den bisherigen Erfahrungen der Jugendlichen heraus mit der Kirchengemeinde als deren Vertreter und war somit genauso vertrauensunwürdig wie die beiden IM Pfarrer Nenke und Vikar Stanescu. Neben der Auseinandersetzung mit der Kirche haben aber auch ganz alltägliche, eher private Entscheidungen das weitere politische Handeln von Dorothea Fischer wesentlich beeinflußt. „Ich habe ja dann auch 1979 die Ausbildung am Burckharthaus angefangen, zusammen mit Karin Pforte, auf

[297] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer. In: Grund Thomas: JG-Heft.
[298] Ebenda.
[299] Ebenda.

Anregung von Kaktus hin. Das hatte für mich etwas mit der Übersetzung zu tun. Man kann Christentum praktizieren, ohne ein einziges Mal das Wort Gott, Beten und Religion in den Mund zu nehmen. In der Konsequenz habe ich nach meiner Erinnerung den Jenaer Friedenskreis wesentlich ins Leben gerufen."[300] Viel schwerwiegender für ihr weiteres Handeln war jedoch eine Abtreibung, die Folgen für sie und ihre Erfahrung daraus. „Angefangen hat es 1980 zunächst mit meiner Abtreibung, und die habe ich seelisch nicht verkraftet, weil die mir von Freunden eingeredet wurde. „In diese Welt kannst du keine Kinder mehr setzen!" so das Argument. Die Entscheidung, mir das Kind wegmachen zu lassen, war damit überhaupt nicht meine Entscheidung. Um die Argumente der anderen für mich ablehnen zu können, die ich mir vorher quasi geborgt hatte, wurde mir klar, ich muß irgend etwas machen. Ich muß beweisen, daß es anders ist. Ich kann nicht nur so dahinleben. Ich bin dann 1981 wieder öfters in die JG gegangen, habe aber nebenbei angefangen, Leute um mich zu suchen, um etwas anderes außerhalb der JG zu machen. Da gab es dann unseren Kreis mit Goofy (Peter Gräfe, d. A.), Carsten (Hahn, d. A.), Käse (Uwe Sinnig, d. A.), Harzer (Stephan Ziegan, d. A.), Rosti (Michael Rost, d. A.), Ute (Hinkeldey, d. A.) und Horst (Strohbach, d. A.). Wir haben damit angefangen, in der Antike herumzukramen, und was es so für Ideen gab, die man davon noch heute umsetzen kann. Einer von uns hat immer einen Abend vorbereitet. 1982 kam dann aus unserem Kreis die Idee zu einer Schweigeminute."[301] Aus ihr und den folgenden Repressionen entwickelte sich dann Anfang 1983 die Friedensgemeinschaft Jena, an der neben Dorothea Fischer zahlreiche andere Akteure aus Jena und weiteren Orten beteiligt waren.

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zur Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte vor 1977 bestand in dem gewachsenen und dezentralen Gruppennetz sowie in dem selbstbestimmten Aufbegehren gegenüber allen Machtstrukturen, ob in Familie, Kirche, Gesellschaft oder in der Welt. Ein Teil der Akteure ging gegenüber der Kirche zunehmend auf Distanz. Sowohl Vikar Michael „Konstantin" Stanescu und Karsten Christ als Jugendwart als auch Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke gelang es nicht, sich im Interesse einer Entpolitisierung in der Gruppe erfolgreich zu profilieren oder durchzusetzen. Das vom Ministerium für Staatssicherheit genehmigte Ziel des IM „Bartholomäus Runge", die Junge Gemeinde Stadtmitte durch religiöse Themen einschlafen zu lassen, konnte nicht verwirklicht werden. Im Gegenteil, die religiösen Beeinflussungsversuche der Kirche und die „Zersetzungsarbeit" des Ministeriums für Staatssicherheit bewirkten nur eine Zunahme der politischen Arbeit außerhalb der Kirchenräume. Diese neue oppositionelle Basis, ihre politische Arbeit und das dazugehörige Netzwerk der Offenen Arbeit in der DDR, war ebenso wenig von Seiten der Kirche faßbar wie von staatlicher Seite oder dem Ministerium für Staatssicherheit.

[300] Ebenda.
[301] Ebenda.

Die Mehrheit der oppositionell handelnden Akteure des Jenaer Friedenskreises kam aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte oder aus Freundeskreisen im Umfeld. Auf gemeinsamen Festen, zu Werkstatt-Tagen und anderen kulturellen und politischen Veranstaltungen, wo ein vielschichtiger Austausch stattfinden konnte, lernten sich die Akteure meistens kennen. Die Veranstaltungen der Jungen Gemeinde Stadtmitte bildeten somit die zentrale Grundlage für persönliche Freundschaften und gemeinsame politische Schnittpunkte. Besonders die Kirche mußte in dieser Phase lernen, daß die Junge Gemeinde Stadtmitte wie die übrige DDR-weite Offene Arbeit keine hierarchisch organisierte Gruppe mit einem oder wenigen Ansprechpartnern war. Sie mußte auch lernen, daß die Offene Arbeit eine sich ständig wandelnder Größe innerhalb einer subkulturellen Jugendszene war und daß dieser Prozeß stark in Abhängigkeit von den repressiven Reaktionen des Staates abhing. Die „Zersetzungsarbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit sorgte zeitweise für große Verunsicherung unter den Jugendlichen und bewegte nicht wenige zu konspirativem Handeln. Es konnte aber auch sein, daß ein Akteur, der gestern noch als Ansprechpartner für die Kirchenleitung galt, kurze Zeit später kaum noch wichtig war für Entscheidungsprozesse innerhalb der Jungen Gemeinde. Gerade in diesem Punkt hat sich die Kirche in ihrem Verhältnis zur Jungen Gemeinde Stadtmitte stets schwer getan. Die Differenzierung in verschiedene Teilgruppen innerhalb der Jungen Gemeinde war auch ein Ausdruck für das gewachsene Selbstbewußtsein der Jugendlichen. Viele wollten sich nicht mehr ausschließlich auf das „schützende“ Dach der Kirche verlassen oder berufen, wenn sie politische Vorstellungen äußerten und einforderten. Unter dem Dach der Kirche erfuhren zahlreiche Jugendliche für ihr oppositionelles Aufbegehren nicht selten Maßregelungen und Eingrenzungsversuche im Interesse der staatlichen Kirchenpolitik, sobald politische Themen den Status quo von Staat - Kirche berührten. Es gab zwar den allgemeinen kirchlichen Konsens „Frieden und Gerechtigkeit für alle Menschen“ mit Worten einzufordern, aber die Frage danach, wie dies in der sozialistischen Realität zu erreichen sei, blieb offen. Die ambivalente Haltung der Kirche zu dieser Frage erzeugte unter den Jugendlichen ein permanentes Spannungsfeld in der innerkirchlichen wie politischen Auseinandersetzung. Für die Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte wurde dadurch der kirchliche Anspruch nach Frieden und Gerechtigkeit in der Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität zur instrumentalisierten Worthülse als Ausdruck des von der SED propagierten ideologischen Klassenkampfes.[302]

[302] Vgl. Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch Alternative Gruppen in der DDR. Opladen 2000. Pollack untersucht hier theoretische Aspekte des politischen Protestes verschiedner oppositioneller Gruppen in der DDR sowie ihre organisatorischen, kulturellen und bewegungsexternen Voraussetzungen und Bedingungen für den Protest. Er hinterfragt dazu die Theorie der neuen sozialen Bewegung und stellt Überlegungen zum Begriff Gruppe an. Über eine begriffliche Klärung, was oppositionell, politisch

Obwohl die Auseinandersetzungen der Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit Staat und Kirche ab 1981 an Schärfe zunahmen, blieben die von Seite der Kirche abgesicherten Räume ein zentraler Ort, von dem aus zahlreiche öffentliche, politische Aktionen ausgingen. Diese Tatsache gewinnt hauptsächlich vor dem Hintergrund an Bedeutung, weil eine solche „komfortable“ Raumsituation in fast keinem anderen Ort, wo es Offene Arbeit gab, über einen solch langen Zeitraum Bestand hatte. Vor allem für diesen Zusammenhang hatten die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte also eine besonders große Bedeutung. „Die JG gab einen Raum, um sich zu organisieren, auszutauschen und um sich zusammenzuschließen in konkreten Aktionen. Es war ein fester Fels in der Brandung der Verdummung und Depression.“[303]

Kernpunkte in der politischen Auseinandersetzung blieben für die männlichen Jugendlichen jedoch das Wehrdienstproblem[304] und die versuchte Kriminalisierung durch das Ministerium für Staatssicherheit oder andere staatliche Organe. Deren gleichzeitiger Versuch, das soziokulturelle Milieu der Offenen Arbeit als asozial zu brandmarken, führte ebenfalls nicht zum Erfolg oder zur Isolation einzelner Gruppenmitglieder. Die willkürlichen Zugriffe des Ministeriums für Staatssicherheit verstärkten dagegen das Bewußtsein und das Bedürfnis unter den Jugendlichen, sich energischer zu Wehr zu setzten als bisher.[305] Dadurch spielte auch die Frage der Ausreise aus der DDR für die weitere Auseinandersetzung seit Beginn der achtziger Jahre eine zunehmende Rolle.[306]

Der entscheidende Auslöser für konkretes politisches Handeln erwuchs bei den meisten Jugendlichen aus der Notwendigkeit heraus, gegen den willkürlich und repressiv verfügten Machtanspruch der SED-Diktatur aufzutreten. Eine bloße Abgrenzung gegen die ideologische Vereinnahmung des SED-Staates reichte vielen seit Anfang der achtziger Jahre nicht mehr aus. Ihr politisches Handeln verstanden sie im eigenen Selbstverständnis dennoch oft nicht als politischen Widerstand sondern als einen Rechtsanspruch. Diesen leiteten sie vor allem aus der Schlußakte von Helsinki 1975 ab.[307] Durch die Unterschrift der Regierung der DDR unter die Menschenrechtskonvention anerkannte sie gemeinsam mit weiteren 27 Staaten die

---

alternativ und widerständig sei, versucht er die Rolle der politisch alternativen Gruppen im Umbruchsprozeß von 1989 einzuordnen.

[303] Osterloh, Kay (Oster), Akteur der Jungen Gemeinde von 1977 bis zu seiner Inhaftierung 1984, danach Abschiebung aus der Haftanstalt Bautzen II nach Westdeutschland, zuletzt Diplom-Sozialpädagoge in der Drogenberatung, Fragebogen vom 23.11.2000, Archiv Autor.

[304] Vgl. Eisenfeld, Bernd: Wehrdienstverweigerung als Opposition. In: Henke/Steinbach/Tuchel Hg.: Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999. S. 241 ff.

[305] Jander, Martin: Der Protest gegen die Biermann – Ausbürgerung - Stimulans der Opposition. In: Henke/Steinbach/Tuchel Hg.: Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999. S. 281 ff.

[306] Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung - eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk Hg.: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Berlin 1995

[307] Neubert, Ehrhart: Der KSZE-Prozeß und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR. In: Henke/Steinbach/Tuchel Hg.: Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999. S. 295 ff.

Wahrung der Menschenrechte. Besonders wichtig für die Menschen in der DDR war dabei die Passage über die Grundfreiheiten.[308] Einer der Zeitzeugen resümiert in eigener Nachsicht dazu: „Aus einer chaotischen Siebziger-Jahre-Generation ist etwas erwachsen mit Vehemenz, das viele Namen bekommen hat, sich politisch aber nicht einordnen läßt, weil es kein politischer Widerstand war, sondern ein menschliches Aufbegehren einer Generation, die die Traditionen des Schweigens nicht mehr dulden oder fortfahren wollte.“[309]

2.2 WENDEPUNKT - DER TOD VON MATTHIAS DOMASCHK

Der bis heute ungeklärte Tod von Matthias Domaschk am 12. April 1981 in der Geraer Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit ist der spektakulärste Fall von Repression in Jena, wo ein Mensch durch Maßnahmen der Staatssicherheit zu Tode kam. Der Tod von Domaschk war für die weitere Herausbildung von Opposition und Widerstand in Jena deshalb von besonderer Bedeutung, weil er zum Auslöser eines konkreten politischen Widerstandes wurde.

Matthias Domaschk wurde 1957 in Görlitz geboren. 1970 zog seine Familie nach Jena in das Neubaugebiet Jena-Neulobeda. Dort hatte er erste Kontakt zur Jungen Gemeinde und ließ sich hier 1972 konfirmieren. Über seine damalige Freundin Renate

[308] Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Bundesrepublik Deutschland Hg.: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. KSZE-Dokumentation, Bonn 1975. Buch mit Dokumenten zu den KSZE-Verhandlungen. „Der Warschauer Pakt schlägt schon 1967 eine Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) vor. Die Konferenz soll vor allem zur Auflösung der bestehenden Allianzen beitragen und die USA - als nicht-europäischen Staat - aus Europa hinausdrängen. Im Zuge der weltweiten Entspannungspolitik sowie nach Inkrafttreten der Ostverträge und des Grundlagenvertrages. Mitte der 70er Jahre wächst dann in Ost und West das Interesse an einer weitreichenden Verständigung. Schließlich wird die KSZE am 3. Juli 1973 in Helsinki eröffnet. An der Konferenz nehmen 7 Staaten des Warschauer Paktes, 13 neutrale Länder und die 15 NATO-Staaten teil. Die Beteiligung der USA und Kanadas erfolgt auf ausdrücklichen Wunsch der EG-Staaten. Nach zweijährigen Verhandlungen in Genf wird die KSZE-Schlußakte am 1. August 1975 in Helsinki unterschrieben. Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich in dieser Absichtserklärung zur Unverletzlichkeit der Grenzen, zur friedlichen Regelung von Streitfällen, zur Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten sowie zur Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Außerdem wird die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Umwelt vereinbart. In Folgekonferenzen soll die Umsetzung der KSZE-Schlußakte in den einzelnen Staaten geprüft werden. nicht autorisiert, verbreitet sich nun aber blitzartig im ganzen Land. Die Bundesrepublik Deutschland und die Deutsche Demokratische Republik nehmen gleichberechtigt an der KSZE teil. Für das SED-Regime ist dies ein wichtiger Schritt zur internationalen Anerkennung. Der DDR geht es vor allem um die Anerkennung des Status quo in Europa und um die Nichteinmischung in ihre inneren Angelegenheiten. Die Menschenrechte werden jedoch auch nach Unterzeichnung der Schlußakte nicht beachtet. Deshalb spricht sich die CDU/CSU-Opposition im Bundestag gegen die KSZE aus. Für sie täuschen die Beschlüsse von Helsinki nur über die Wirklichkeit hinweg.“ In: http://www.dhm.de/lemo/objekte/pict/ NeueHerausforderungen_buchKSZE/index.html.

[309] Picciani, Peter (geb.Kähler), Liedermacher und Akteur im Umfeld der Jungen Gemeinde seit 1980 mit Kontakten zum Freundskreis in der Gartenstraße um Maria und Wolfgang Diete (Tarzan), zum Künstlerehepaar Rub und zu Akteuren der Jungen Gemeinde, so Stefan Ziegan (Harzer) u. a., heute freiberuflicher Bildhauer, Fragebogen vom 23.11.2000, Archiv Autor.

Ellmenreich (geb. Groß) lernte er 1975 Akteure aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte und dem Lesekreis um Thomas Auerbach kennen, wo er sich bald aktiv beteiligte. Damit gehörte er zu den jungen Akteuren der Übergangsphase zwischen der ersten und der zweiten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte. In der Jungen Gemeinde Lobeda lernte Domaschk auch den Vikar Michael „Konstantin" Stanescu, IM „Bartholomäus Runge", kennen. Dieser berichtete in einem IM-Bericht vom 3. März 1976 erstmals über Domaschk.[310] Den IM interessierte dabei besonders, daß Domaschk auf einer Veranstaltung der Jungen Gemeinde in Lobeda mit Schreibmaschine vervielfältigte Gedichte und Kurzgeschichten von Jürgen Fuchs verteilt und bereits enge persönliche Kontakte zu Bernd Markowsky und Siegfried Reiprich vom ehemaligen Arbeitskreis Literatur unterhalten habe, die sich jetzt im Lesekreis engagierten. Durch diese Verbindungen bekäme Domaschk schnell Zugang zur Literatur von Fuchs und anderen oppositionellen Autoren. Über welche Kanäle die Texte von Wolf Biermann, Jürgen Fuchs und Reiner Kunze in die Hände von Domaschk gelangten, blieb dem IM „Bartholomäus Runge" vorerst unklar. Fest stand für diesen nur, daß Domaschk die Schriften der Autoren im Rahmen einer kirchlichen Veranstaltung der Jungen Gemeinde anderen Jugendlichen illegal zur Verbreitung anbot und weitergab. Zu diesem Zeitpunkt war Domaschk 18 Jahre alt und lernte beim VEB Carl Zeiss Jena den Beruf als Feinmechaniker mit Abitur-Abschluß. Seit seinem 18. Geburtstag wohnte er gemeinsam mit seiner Freundin Renate Ellmenreich (geb. Groß) in deren Wohnung Am Rähmen 3 im Stadtzentrum Jenas. „Dort versorgt er sich selber und lebt von seinem Lehrlingsgeld, wobei er von einer Reihe von Jugendlichen aus Jena unterstützt wird. Er nennt diese Unterstützung „Solidarität der Jugendlichen". Matthias D. spielt für einige Jugendlichen so etwas wie ein Idol, da die Problematik zwischen Elternhaus und Jugend bei verschiedenen Personen auftritt, aber die meistens nicht den Mut besitzen, von zu Hause auszuziehen, und sie sehen nun in dem, in der Handlung von D., daß er zu Hause ausgezogen ist, eine gewisse Heldentat."[311]

Der Eltern-Kind-Konflikt als Generationskonflikt verschärfte sich für Domaschk zusätzlich durch das aus seiner Sicht politische „Mitläufertum" seines Vaters, was für viele Jugendliche in diesem Alter eine prägende Erfahrung mit ihren Eltern war. Sein konsequenter Schritt in die räumliche Unabhängigkeit vom Elternhaus verschaffte ihm deshalb in seinem sozialen Umfeld Anerkennung und Respekt. Gemeinsame Erfahrungen in Schule und Elternhaus forderten die gegenseitige Solidarität und den Zusammenhalt der Jugendlichen untereinander heraus. Der Spaß am Leben, Musik, das Feiern und Diskutieren waren dabei gemeinsame Nenner. „Wir lebten damals halt zusammen wie alle jungen Leute, hatten wenig Geld, aber viel Spaß. Mit den Freunden

[310] Aus dem Berichtsband des IM „Bartholomäus Runge", MfS Reg.-Nr. X/645/69, In: Grund, Thomas: JG-Heft.
[311] Ebenda.

saßen wir abends zusammen und diskutierten, spielten auch, feierten Feste. Am Wochenende gingen wir oft wandern. Die wunderschöne Umgebung Jenas lockte uns. Außerdem fühlten wir uns in der Natur freier nach einer ganzen Woche in der Schule oder auf der Arbeitsstelle. Wir konnten Musik machen - Gitarren, Flöten, Mundharmonikas waren fast immer dabei - ohne daß uns irgendwelche Nachbarn damit nervten, die Polizei rufen zu wollen, weil sie sich in ihrer Fernsehruhe gestört fühlten oder wahrscheinlicher, weil sie Neid empfanden bei unserer Ungezwungenheit, die sie sich eben nicht mehr trauten. Manchmal rösteten wir uns Brot mit Speck am Lagerfeuer. Immer aber führten wir eine offene Diskussion ohne Angst vor ungebetenen Mithörern. Der gegenseitige Erfahrungsaustausch war hilfreich, die gemeinsame Analyse und der Vergleich von offizieller Ideologie und erfahrener Realität half uns, eigene Meinungen zu entwickeln, in denen wir uns auch gegenseitig vergewisserten.“[312] Domaschk lernte in diesem Umfeld auch, sich mit politischen Fragen und Themen seiner Zeit auseinander zu setzen. Damit, so Renate Ellmenreich, wollte er sich auch abgrenzten von den seiner Meinung nach Angepaßten und Kleingeistern seiner Elterngeneration.[313] Für den neuen Lesekreis organisierte er mit seiner Freundin seit Anfang 1976 Treffen in deren Wohnung. Parallel dazu baute er mit ihr eine geheime Bibliothek für den Lesekreis auf. In der gemeinsamen Wohnung fanden nun zahlreiche Lesungen statt, auch mit Lutz Rathenow und Jürgen Fuchs, zu denen bis zu dreißig Leute kamen. Obwohl Domaschk in dieser Zeit viel las, war er nicht der Theoretiker in der Gruppe, so Renate Ellmenreich. Trotzdem beteiligte er sich immer wieder an den politischen und philosophischen Diskussionen und der Entwicklung einer „alternativen Staatsidee“. Er versuchte sich an Klassikern wie Hegel, Marx und Lenin. Revolutionäre Ereignisse der jüngsten Geschichte begeisterten ihn zunächst mehr als die politische Auseinandersetzung mit der Gegenwart der DDR-Realität. Er interessierte sich für die Pariser Kommune 1871, die Münchner Räterepublik 1919, den Kronstädter Aufstand der russischen Matrosen 1921 und den Spanischen Bürgerkrieg 1936 - 1939.

Im November 1976 folgten die Ereignisse um die Biermann-Ausbürgerung in Jena. Domaschk war einer der 41 von den insgesamt 60 Personen, die sich am Abend des 19. November in der Jungen Gemeinde durch ihre Unterschrift mit der „Erklärung der Berliner Schriftsteller“ solidarisierten. Wenige Tage später wurden er und seine Freundin Renate so wie weitere ca. 50 Personen durch die Polizei dem Ministerium für Staatssicherheit zum Verhör zugeführt. Gleichzeitig durchsuchte das Ministerium für Staatssicherheit inzwischen illegal ihre und 13 weitere Wohnungen in Jena. Bücher, Abschriften davon, Zeitschriften aus Ost und West und anderes Material wurden beschlagnahmt. Für das Ministerium für Staatssicherheit war dieser massive Einsatz erst einmal ein Erfolg. Parallel dazu festigte sich die Gruppensolidarität der Betroffenen

[312] Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk, S. 5.
[313] Ebenda, S. 5.

untereinander. „Von der Ausbürgerung Wolf Biermanns erfuhren wir aus dem Radio. Wir waren zunächst alle recht kopflos. Dann kam jemand mit der hoffnungsvollen Nachricht: Morgen liest Jurek Becker im Volkshaus. Natürlich wollte man uns nicht alle reinlassen. Jurek Becker hat dann aber drauf bestanden, hat sich vor seiner Lesung mit der Resolution einiger Schriftsteller in Berlin solidarisch erklärt und uns somit den entscheidenden Tip für den nächsten Schritt gegeben. Am nächsten Abend war wieder JG-Treffen. Natürlich war die Ausbürgerung Biermanns das einzige Thema, wir hörten Lieder und Texte von ihm vom Band und unterschrieben, mit Herzklopfen zwar, aber innerlich sicher, die Schriftstellerresolution. Fast ruhig-gelassen gingen wir nach Hause in dem Gefühl, endlich irgendwas getan zu haben. Der innere Druck nahm in dieser Nacht ab. Am nächsten Morgen waren schon die ersten Freunde verhaftet. Als wir von den Verhaftungen unserer Freunde erfuhren, war der ganze Druck natürlich wieder da. Matthias meldete sich krank, und wir begannen in unserer Wohnung, Briefe zu schreiben an andere Gruppen in der DDR und an bekannte Persönlichkeiten, um ihnen mitzuteilen, was passiert war und um Unterstützung zu bitten. Matthias hat mit dem Motorrad einige dieser Briefe aus der schon fast hermetisch abgeriegelten Stadt herausgebracht. Auch Dietrich Große, IM „Helmut Falke“, saß mit in unserer Wohnung. Später bei den Verhören stellten wir fest, daß die einzigen Briefe, von denen die Stasi nichts wußte, die waren, die wir schrieben, als IM „Helmut Falke“ gerade mal „seine Oma anrufen“ ging. Da war er unter uns enttarnt. Am Abend dieses schwarzen Freitags lief im Fernsehen die Übertragung des Kölner Biermann-Konzertes. Wir waren der Meinung, daß wir uns diesen Genuß verdient hatten und beschlossen, zu Freunden zu gehen, die einen Fernseher hatten. Unten vorm Haus aber stand schon eine acht Mann starke Beobachtungsabteilung der Stasi. Es gelang uns an diesem Abend noch einmal, diese zu täuschen. Während die anwesenden Frauen mich in die Mitte nahmen und humpelnd durch die Stadt zur Frauenklinik schleiften - alle fünf Minuten mußte ich stehen bleiben und Wehen simulieren - konnten die Männer unbeobachtet aus der Wohnung über den Boden und ein benachbartes Dach entkommen. Durch den Kellergang der Frauenklinik gelang auch uns das Abhängen der Beobachtungscrew, und wir genossen alle zusammen und unbehelligt drei Stunden Biermann im Fernsehen.“[314]
Am 20. November 1976, einem Samstag, wurden Matthias Domaschk und seine hochschwangere Freundin gegen Mittag in ihrer Wohnung verhaftet, die Wohnung in ihrer Abwesenheit durchsucht. Als beide zu dem sie abholenden Pkw liefen, fielen die ersten Schneeflocken dieses Winters, und Domaschk „...summte leise: „Du, laß dich nicht erschrecken...“[315] Beide wurden auf die Kreisdienststelle des Ministeriums für Staatssicherheit Am Anger 13 in nebeneinander liegende Räume gebracht und dort verhört. Domaschk schwieg, so wie es in den Vorbereitungsübungen der Gruppe um

[314] Ebenda, S. 8.
[315] Ebenda, S. 8.

Thomas Auerbach oft geprobt wurde. Was er zu diesem Zeitpunkt nicht wußte war, daß seine hochschwangere Freundin schon nach wenigen Stunden wieder entlassen wurde aus „Angst vor der Schweinerei einer Geburt in der Dienststelle“.[316] Als er dann bis in die Nacht hinein immer noch nicht geredet hatte, ließ sein Vernehmer, Oberleutnant Horst Köhler, im benachbarten Raum, in den mittags für Domaschk sichtbar seine Freundin verbracht wurde, ein Tonband mit Frauenschreien laufen. Domaschk glaubte, seine Freundin zu hören und brach innerlich zusammen. Er fing an zu reden. Am nächsten Morgen wurde er gegen 8.00 Uhr entlassen und begegnete auf dem Heimweg seiner Freundin auf der Straße, die gerade unterwegs war, um die anderen Freunde von seiner Verhaftung zu informieren. „Ich werde nie vergessen, mit welchem Erschrecken in den Augen, blaß wie ein Laken, er mich und meinen noch gesunden dicken Bauch anstarrte. Wir gingen dann im Paradiesgarten spazieren, um uns zu beruhigen und eine weite Wiese um uns zu haben, wo wir jeden sehen konnten, der sich uns näherte. Ich glaube, er hat es nie verwunden, so fies von Köhler reingelegt worden zu sein.“[317] Gegen Dutzende Jenaer aus verschiedenen Gruppenzusammenhängen wurden in der Folge der Biermann-Proteste Operative Vorgänge eingeleitet - die schärfste Form der „Bearbeitung“ durch das Ministerium für Staatssicherheit. Domaschk und seine Freundin wurden seitdem bis 1978 im OV „Kanzel“ vom Ministerium für Staatssicherheit „bearbeitet“.[318]

Nach der Geburt der Tochter Julia im Dezember 1976 änderte sich zunächst der Lebensalltag von Domaschk. Doch trotz der neuen privaten Lebenssituation blieb er an der Seite seiner Freundin Renate weiterhin politisch aktiv und wirkte nicht eingeschüchtert durch die Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit. Spielerisch entwickelte er Ideen, wie man sich den Observanten des Ministeriums für Staatssicherheit entziehen könne und lieferte sich mit ihnen regelrechte Verfolgungsspiele. Viel härter als die Beobachtung durch das Ministerium für Staatssicherheit traf ihn die gesellschaftliche Ächtung in der Folge der Biermann-Affäre. Domaschk wurde Anfang 1977, vier Wochen vor Beendigung seiner Lehre, von der Abiturausbildung relegiert. Zwar durfte er die Grundlehre zum Feinmechaniker beenden, der Abiturabschluß wurde ihm aber verwehrt, so daß ein späteres Studium unmöglich wurde. Fast schon als Trotzreaktion hielten er und seine Freundin an dem eingeschlagenen politischen Weg fest und verstärkten ihren persönlichen Einsatz. Die Ereignisse in Jena und der repressive Druck führte beide Pfingsten 1977 nach Prag, wo sie Kontakt zur Gruppe „Charta 77“ um Petr Uhl[319] aufnahmen. Sie berichteten hier von

[316] Ebenda, S. 8.
[317] Ebenda, S. 9.
[318] OV „Kanzel“, MfS Reg.-Nr. X/18/78.
[319] Petr Uhl war einer der Sprecher der am 01.09.1977 gegründeten Charta 77. Er war Mitherausgeber einer illegalen Zeitschrift in der ehemaligen CSSR und wurde mehrfach inhaftiert.

den Verhaftungen und den Menschenrechtsverletzungen in Jena und verfaßten darüber mit den Tschechen ein Protokoll als Charta-Dokument.[320] Die Aufnahme dieser internationalen Kontakte blieb dem Ministerium für Staatssicherheit nicht verborgen[321], auch nicht die Verbindungen zu dem am 10. Dezember 1976 gegründeten „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ in West-Berlin um den Schriftsteller Hannes Schwenger.[322] Hauptanliegen des Schutzkomitees war die Herstellung von Öffentlichkeit in der Bundesrepublik über politische Verfolgung und Haft in der DDR. Ein weiteres Anliegen war die ideelle und materielle Hilfe. Mit von der Partie war auch wieder das Ministerium für Staatssicherheit. Viele Kontakte und Bücherlieferungen zwischen dem Schutzkomitee und den Jenaer Akteuren liefen zeitweise über den IM „Heinz Müller“[323] aus Ost-Berlin. Dieser sollte beispielsweise Ende 1977 eine Büchersendung mit 40 Exemplaren von Rudolf Bahros „Die Alternative“[324] sowie eine Schreibmaschine nach Jena weitervermitteln. Die Schreibmaschine ging aber erst einmal an die Abt. XX der Bezirksverwaltung Gera des Ministeriums für Staatssicherheit, bevor beides, Bücher und Schreibmaschine, zu den Akteuren gelangten.[325] Auch Domaschk und seine Freundin suchte der IM „Heinz Müller“ im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit persönlich auf. Seit Januar 1977 besuchte er sie drei Mal in Jena. Besonders wichtig war ihm dabei herauszufinden, über welche Kanäle die weiteren Verbindungen zwischen dem Schutzkomitee und der Jenaer „Szene“ liefen. Das Ministerium für Staatssicherheit fürchtete vor allem die westliche Öffentlichkeit. IM „Heinz Müller“ sollte die konkreten Kontakte herausfinden, über die Informationen über die Oppositionellen der DDR in die Bundesrepublik gelangten. In seiner selbstgewählten Tarnung als „Bürgerrechtler“ avancierte IM „Heinz Müller“ im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit für das Schutzkomitee zeitweise zum Hauptübermittler von Informationen und Sachwerten zwischen Ost und West.

---

[320] OV „Qualle“, MfS Reg.-Nr. X/943/80, Bezirksverwaltung des Ministeriums für Staatssicherheit, Befragungsprotokoll des Matthias Domaschk vom 11.04.1981, BStU, Bl. 217. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 181 ff.

[321] Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk, S. 12.

[322] Hans Schwenger wurde im OV „Kontakt“, MfS Reg.-Nr. XV/4074/77, „bearbeitet“. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 177 ff. Vgl. Walther, Joachim: Sicherungsbereich Literatur, Berlin 1996, S. 327.

[323] IMV „Heinz Müller“, Michael Deicke, MfS Reg.-Nr. X/21/73, war 1977 Hauptinformant für die Kontakte in die DDR und nach Jena. Er selbst gab sich als „Bürgerrechtler“ und als verstoßener Sohn eines bekannten DDR-Schriftstellers aus. Er kam aus Thüringen, lebte zu der Zeit in Ost-Berlin, wo er auch Kontakte zu Fuchs und Rathenow aufnahm. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 180 ff.

[324] Mehr zu Rudolf Bahro vgl. Fricke, Karl-Wilhelm: Opposition und Widerstand, Köln 1984, S. 181 ff. Kroh, Ferdinand: Havemanns Erben - 1953 bis 1988. In Kroh, Ferdinand Hg.: Freiheit ist immer Freiheit... Die Andersdenkenden in der DDR, Berlin 1988, S. 23 f. Hausleitner, Mariana: Die Stasi hat nicht viel erreicht. Erinnerungen an die Arbeit des West-Berliner Sozialistischen Osteuropakomitees (SOK). In: Horch & Guck, Historisch-literarische Zeitschrift des Bürgerkomitees >15. Januar< e.V., Heft 34, Berlin 2001, S. 39 f.

[325] OV „Kanzel“, MfS Reg.-Nr. X/18/78, Bd. 2, Bl. 254.

Gleichzeitig belieferte er das Ministerium für Staatssicherheit mit den gewünschten Informationen zur Überwachung der Aktivitäten der Akteure, um gegen sie strafrechtlich vorgehen zu können.[326] Zum Teil gelang den Akteuren eine Informationsübermittlung auch ohne den IM. Auf die Anregung von Hannes Schwenger ging die in Jena aufgegriffene Idee zurück, mit der osteuropäischen Opposition weitere Kontakte aufzunehmen. Er schlug deshalb vor, sich mit ihr europaweit zu organisieren. Dieser Idee folgend fuhren Domaschk und seine Freundin Pfingsten 1977 auf eigene Faust und in Absprache mit Lutz Hesse[327], der mit Petr Uhl bereits persönlich bekannt war, nach Prag, um sich dort konspirativ mit ihm und anderen tschechischen Akteuren der „Charta 77“ zu treffen. Der moralische Rückhalt durch die Verbindungen zum „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ sowie die Kontakte zu den Akteuren der „Charta 77“ bewirkten für Domaschk und seine Freundin eine Phase der politischen Hoffnungen und des Aufbegehrens. Ende 1977 schwächten sich ihre politischen Aktivitäten jedoch ab, was wesentlich auf die „Zersetzungsarbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit zurückging.[328]

Ein erster größerer Schub von Anträgen auf Ausreise folgte den Ereignissen um die Biermann-Affäre in der Jenaer Szene.[329] Viele Akteure zogen sich desillusioniert ins Private zurück. Andere wurden zur Armee einberufen, so auch Domaschk im Herbst 1977. Trotz großer Vorbehalte verweigerte er den Armeedienst nicht und stellte auch keinen Bausoldatenantrag.[330] Inwieweit die Einberufung zur Armee auf direkte Veranlassung durch das Ministerium für Staatssicherheit erfolgte, muß offen bleiben. Dies ist aber wahrscheinlich, weil es zur Praxis des Ministeriums für Staatssicherheit gehörte, dadurch Akteure vom bisherigen Umfeld zu isolieren und zu disziplinieren. Die Armeezeit überstand Domaschk nicht gut und veränderte ihn in seiner Persönlichkeit.

---

[326] Vgl. Neubert, Ehrhart: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren. In: Engelmann/Vollnhals Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999. S. 375 ff.

[327] Lutz Hesse, ein Freund von Domaschk und Ellmenreich aus Pirna.

[328] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 182 und S. 169 f. Vgl. OV „Kanzel“, MfS Reg.-Nr. X/18/78, Bd. 2, BStU, Bl. 229.

[329] „Mit der Ausbürgerung des bekannten Liedersängers Wolf Biermann Ende 1976 beginnt eine neue Handhabung in der DDR-Ausreisepolitik. Viele bekannte Intellektuelle und Künstler der DDR, die diesen Schritt der Regierung kritisierten, werden zur Ausreise gedrängt. Auch weniger bekannte regimekritische Bürger und Mitglieder oppositioneller Gruppen, die ihren Unmut über die DDR-Führung öffentlich äußern, können für sich und ihre Familien Ausreiseanträge stellen, die Aussicht auf Erfolg haben. Viele von ihnen Melden sich 1977 in Mareinfelde an.“ Vgl. Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V., Berlin Hg.: Fluchtziel Berlin. Die Geschichte des Notaufnahmelagers Berlin-Marienfelde. Berlin 2000, S. 29. 1976 meldeten sich insgesamt 3048 DDR-Übersiedler in Mareinfelde Berlin, 1977 2809 Personen, darunter viele aus Jena.

[330] Armeedienst ohne Waffe. Zur Entstehung und Entwicklung des Bausoldatendienstes in der DDR vgl. Ehring/Dallwitz: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982. Koch, Uwe: Das Ministerium für Staatssicherheit, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten in der Nationalen Volksarmee, 3. Aufl., Naumburg 1999. Vgl. Neubert, Ehrhart: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren. Anm. 40 und 41, S. 394.

Nur mit wenigen Freunden hielt er in dieser Zeit engeren Briefkontakt. In seinen Briefen schrieb er sich dann die verletzten Gefühle und Gedanken von der Seele:

> nach liebe fragen kann ich nicht
> nach schönheit fragen will ich nicht
> aber nach unserem leben
> denn es ist liebe und schönheit
>
> mit blinden augen
> sehen sie mich an
> mit leerer stimme
> brüllen sie mich an
> mit abgehackten händen
> wühlen sie im wohlstand[331]

Noch während seiner Armeezeit trennte sich seine Freundin Renate vom ihm. Das war zusätzlich zu den unerträglichen Bedingungen in der Armee ein harter Schlag für ihn. Äußerlich legte er sich einen Panzer zu und resignierte innerlich. Nach seiner Armeezeit Ende April 1979 zog er sich weitgehend ins Private zurück. Er wechselte seine Arbeitsstelle, arbeitete nun im Schichtdienst[332] und fand schell eine neue Freundin, Kerstin Hergert. Seine bisherige Freundin Renate Ellmenreich hatte inzwischen einen Antrag auf Ausreise gestellt und ging im Juli 1980 in Folge der Zersetzungsmaßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit mit der gemeinsamen Tochter Julia nach Frankfurt am Main. Damit schien die Zersetzungsstrategie gegen beide aufgegangen zu sein. Das Glück mit seiner neuen Freundin sollte nicht lange währen. Kerstin Hergert wurde am 20. Dezember 1979 wegen „asozialer Lebensweise“ zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt.[333] Es gelang ihr im Anschluß nicht, die Auflagen der Arbeitsplatzbindung zu befolgen und sich damit den gesellschaftlichen Normen zu unterwerfen. Im Mai 1980 mußte sie deshalb ihre Haftstrafe antreten und kam in das berüchtigte Frauengefängnis Hoheneck.[334] Domaschk wollte seiner Freundin helfen und zeigte Geduld, indem er auf sie wartete, sich hinter sie stellte. In seiner Freizeit las er wieder und reiste wie vor seiner Armeezeit im Land umher. Mit seinem Freund Peter Rösch (Blase), der in der Jungen Gemeinde Stadtmitte bis zu seiner Ausreise 1982 aktiv war, fuhr er beispielsweise 1980 in die CSSR und nach Polen, wo vor allem Peter Rösch immer wieder versuchte, persönliche Kontakte zu dortigen oppositionellen Gruppen

[331] Zwei Gedichte, die Matthias Domaschk während seiner Armeezeit bei der Nationalen Volksarmee verfaßte, und jeweils in einem Brief vom 04.06.1978 und vom Januar 1979 an Klaus-Dieter Siegel (Heppe) schickte, Archivbestand MDA Berlin. Vgl. Horch & Guck, Heft 33, Berlin 2001, S. 81 f.

[332] Ellmenreich Renate: Matthias Domaschk, S. 12.

[333] Vgl. Schacht, Ulrich Hg.: Hohenecker Protokolle. Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR, Zürich 1984, S. 289 ff., Gespräch mit Kerstin Hergert. Zeng, Matthias: Asoziale in der DDR. Transformation einer moralischen Kategorie, Hg.: Landeszentrale für die Unterlagen der Staatssicherheit Thüringen, Münster 2000.

[334] Hildebrand, Gerold: Matthias Domaschk. Eine turbulente und unvollendete Jugend in Jena. In: Horch & Guck, Sonderheft 1, 2003, S. 21.

herzustellen. Es kam auch mehrmals im sozialistischen Ausland zu Ost-West-Treffen zwischen den Jenaer Jugendlichen der zweiten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte und den ehemaligen Akteuren der ersten Generation.[335] Domaschks allgemeiner Kontakt zur Jungen Gemeinde Stadtmitte ließ dagegen nach. Seine begrenzte Verbindung gestaltete sich vor allem über Peter Rösch (Blase) und zentrale Veranstaltungen wie Werkstätten. Domaschk war zu dieser Zeit ohne weitergehende politische Ambitionen. Was ihn und Rösch über Jena hinaus verband, waren neben ihrer Freundschaft der Bekannten- und Freundeskreis in Weimar und Zeitz sowie das gemeinsame Interesse an Reisen.[336]

1980 geriet Domaschk dann erneut ins Visier des Ministeriums für Staatssicherheit.[337] Im Operativen Vorgang „Qualle“, den das Ministerium für Staatssicherheit gegen seine Freunde Peter Rösch und Gerold Hildebrand eröffnet hatte, wird er als Person in deren persönlichem Umfeld aufgeführt.[338] Insgesamt wurden im Eröffnungsbericht vom 9. Juni 1980 35 Akteure als sogenannte Kontaktpersonen aufgelistet, die danach entweder „Mitglieder“ der Jungen Gemeinde waren oder zum persönlichen Umfeld der bearbeiteten Personen gehörten.[339] Der Operative Vorgang „Qualle“ gehörte für das Ministerium für Staatssicherheit neben den Operativen Vorgängen „Parasit“, „Opponent“ und „Exponent“ zwischen 1980 und 1984 zu den sogenannten Schlüssel-OV bei der „Bekämpfung und Bearbeitung“ des „feindlich-negativen Potentials“ aus Junger Gemeinde und Umfeld. Unter Führung von Major Würbach, Hauptmann Köhler und Leutnant Schütz des Ministeriums für Staatssicherheit wurden für den Operativen Vorgang „Qualle“ u. a. die IM „Matthias“, „Bartholomäus Runge“, „Lenz-Blümel“, „Schneider“, „ Bernd Dürg“, „Krodel“ und „Becker“ der Kreisdirektion Jena zum Einsatz gebracht. Sie sollten die Akteure ausspionieren, verunsichern und die Junge Gemeinde Stadtmitte kriminalisieren helfen.[340] Der IM „Klaus Steiner“ war als Spitzel zunächst hauptsächlich gegen

[335] Im Sommer 1980 fand ein Ost-West Treffen in Polen statt, Silvester 1980/81 fand ein Treffen in Karlsbad in der CSSR (heute Tschechien) statt. An beiden Zusammenkünften nahm Domaschk teil.

[336] OV „Qualle“, MfS Reg.-Nr. X/943/80. Befragungsprotokoll des Matthias Domaschk vom 11.04.1981, BStU, Bd. 1, Bl. 214 und 216.

[337] Ebenda. Eröffnungsbericht vom 23.05.1980, BStU, Bd. 1, Bl. 27.

[338] Ebenda. Bl. 20-34. Deshalb sind hier fast alle maßgeblichen Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte und aus deren Umfeld aus dieser Zeit aufgeführt. Das Hauptinteresse des Ministeriums für Staatssicherheit galt den Verbindungen nach Osteuropa und zu ehemaligen Jenaern, die in West-Berlin lebten. Das Problem der Wehrdienstgegner und die Ausreise-Antragsteller standen ebenfalls im Zentrum des Interesses.

[339] Ebenda. Einschätzung zu linksextremistischen und trotzkistischen Zentren, Organisationen, Einrichtungen, Personengruppen und Einzelpersonen vom 09.06.1980, Bd. 2, BStU, Bl. 83 und Bl. 110. Zwischenbericht KD Jena vom 24.06.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 224-235. Lageeinschätzung vom 14.07.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 260-266.

[340] Zum Ausmaß vgl. Index Operative Vorgänge und Operative Personenkontrollen 1970 - 1989. Index Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit 1970 - 1989. Vgl. OV „Qualle“, Ergänzung zum Eröffnungsbericht vom 10.06.1980, Bd. 1, BStU, Bd. 1, Bl. 35.

Siegfried Reiprich aus dem Operativen Vorgang „Opponent“ eingesetzt.[341] Er lieferte am 10. März 1981 seinem Führungsoffizier, Hauptmann Roland Mähler von der Kreisdienststelle Jena, einen Bericht über Domaschk, der zum verhängnisvollen Anlaß für die wenige Zeit später erfolgte Verhaftung von Domaschk und Rösch wurde. In dem Bericht schreibt IM „Klaus Steiner“, daß er bei einem Besuch des Reiprich eine männliche Person angetroffen habe. „Es könnte sich dabei um einen mit Spitznamen „Matz“ bezeichneten handeln. Er ist 1,70 - 1,75 m, schlank, überschulterlanges Haar, das er manchmal zu einem Zopf gebunden trägt, er trägt einen Bart an Oberlippe und Kinn, hat ein hochnäsiges Auftreten und wird auf ein Alter von ca. 25 Jahren geschätzt. Zu ihm hat Reiprich einen sehr guten und höchstwahrscheinlich auch vertrauten Kontakt. Dieser „Matz“ macht in der neuen Wohnung des „R“ Maurerarbeiten. Bei diesen Zusammenkünften kam es manchmal zu sehr interessanten Gesprächen, an denen einige Male Christine „R“ teilnahm, und eben erwähnter „Matz“. Die Gesprächsinhalte waren politisch-ideologisch angelegt. Zum Ausdruck kam, daß dieser „Matz“ eine inhaltlich feindlichere und spitzere Position als Reiprich in den Gesprächen annahm. Der Unterschied besteht darin, Reiprichs Meinungen zeigen wenigstens inhaltlichen Geist und fundiertes Wissen, während dieser „Matz“ sehr spontan und relativ unlogisch seine Äußerungen zu politischen Problemen kundtut. Eines der Hauptgegenstände der Diskussion bildeten Terroristen bzw. „Rote Brigaden“, die es in kap. (kapitalistischen, d. A.) Ländern gibt. Die Meinung des „Matz“ ist dahin zu konkretisieren, daß er solche terroristischen Handlungen bzw. die Handlungen solcher „Roten Brigaden“ mit Gewalt für den einzigen Ausweg in unserer Gesellschaft bei der Beseitigung der herrschenden Mißstände sieht. Bei der Schilderung verstrickte er sich recht schnell in krasse Widersprüche, was vermutlich auf ein fehlendes Wissen seinerseits zurückzuführen ist. Inhaltlich sagte er in etwa: Wenn ich die Möglichkeit hätte eine solche Gruppe aufzumachen, dann würde ich es tun. [...] Für mich entstand der Eindruck, daß Reiprich eigentlich gar nichts an der Gesprächsführung mit diesem „Matz“ gelegen war, [...]. Zweckoptimismus des Reiprichs bestand darin, daß dieser auf „Matz“ angewiesen war, da dieser für ihn Deckenwände putzte und andere Arbeiten ausführte und sich nicht auf eine weitere Konfrontation mit “Matz“ einließ. Der „Matz“ seinerseits versuchte immer wieder den Reiprich auf seine Positionen zu ziehen und wie mir schien, auf eine um den „Matz“ organisierte Gruppe aufmerksam zu machen. Dies sind von mir vage Vermutungen. Scheinbar gehören dieser Gruppe solche Leute an wie Osse, von mir bereits erwähnter „Lotte“, Bein, Manfred, ein gewisser Franke, Wolfgang. Die Mitglieder dieser Gruppe haben eine einheitliche feindlich-negative Einstellung zur DDR, besuchen teilweise Veranstaltungen der JG Stadtmitte und das Albert-Schweizer-Haus in Jena-Ost. Ich betone meine Vermutungen gehen dahin, daß „Matz“ versucht,

[341] IM „Klaus Steiner“, Thomas Haßelmeier, MfS Reg.-Nr. X/613/79. Vgl. OV „Opponent“, MfS Reg.-Nr. X/231/80.

den Reiprich als ideologischen Kopf für diese Gruppe zu gewinnen. Bestärkt wird mein Verdacht dadurch, daß „Matz“ ja auch aus reiner Kameradschaftlichkeit dem Reiprich die Wohnung renoviert, denn geldliche Gegenleistungen sind von Reiprich kaum zu erwarten.“[342] Der IM kassierte für seinen Bericht eine saftige Sonderprämie von 500 Mark.[343] Das war damals immerhin ein gutes Monatseinkommen. Dem Bericht zufolge wollte also Matthias Domaschk den exmatrikulierten Philosophiestudenten Siegfried Reiprich als ideologischen Kopf für eine terroristische Vereinigung nach dem Vorbild der Roten Brigaden in Italien gewinnen.[344] Ohne die „vagen Vermutungen“ ihres Spitzels wie sonst üblich zu prüfen, übernahm das Ministerium für Staatssicherheit wie elektrisiert die Initiative und schlug am 10. April 1981 zu. Als Domaschk mit seinem Freund Rösch (Blase) am Wochenende vom 10. bis 12. April 1981 zu einer Geburtstagsfeier von Freunden nach Berlin fahren wollte, wurden beide ohne für sie ersichtliche Gründe am Abend aus dem Zug heraus in Jüterbog verhaftet. Äußerer Anlaß für die Verhaftung war die vom Ministerium für Staatssicherheit vorgebrachte Unterstellung, beide hätten vor, den gleichzeitig in Berlin stattfindenden X. Parteitag der SED vom 11. bis 16. April 1981 durch gezielte politische Aktivitäten öffentlichkeitswirksam zu stören. Tatsächlicher Hintergrund war die Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit, durch solche Maßnahmen in gezielten Verhören Informationen abzuschöpfen. Gleichzeitig wollte das Ministerium für Staatssicherheit unter der als hoch oppositionell eingestuften Jenaer Szene der Jungen Gemeinde weitere „Verunsicherung“ erzeugen, um dadurch das politische und kritische Potential „zurückzudrängen und zu zersetzen“.[345] Wichtig dafür waren aber nicht nur Informationen über die Akteure selbst und deren Vernetzungsstrukturen untereinander. Auch die Kontakte in verschiedene Städte und Regionen sowie zur polnischen „Solidarnosc“ und in die CSSR interessierten die Genossen. Dies alles wollten sie herausfinden und zukünftig unterbinden. In diesem Zusammenhang sollten vor allem die vermeintlichen „Rädelsführer“ erkannt und festgesetzt werden. Doch noch mehr interessierten die „Rückverbindungen“ zu den ehemaligen Jenaer Akteuren in West-Berlin wie Jürgen Fuchs und Thomas Auerbach.[346] Ideologischer Ansatz war dabei für das Ministerium für Staatssicherheit die These von der „Fremdsteuerung“ einer Opposition in der DDR. Peter Rösch (Blase) unterstellte das Ministerium für Staatssicherheit sicher nicht zu Unrecht, Kontakte nach Polen und in die CSSR mit dem

[342] Vgl. OV „Opponent“, MfS Reg.-Nr. X/231/80. IM „Klaus Steiner“, Tonbandabschrift vom 23.03.1981, Bd. XII, BStU, Bl. 305-306. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 19.
[343] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 203 ff. Reiprich, Siegfried: Der verhinderte Dialog, S. 149.
[344] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 230.
[345] OV „Qualle“, MfS Reg.-Nr. X/943/80. Zwischenbericht vom 24.06.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 224-235.
[346] Ebenda. Eröffnungsbericht vom 23.05.1980, Bd. 1, BStU, Bl. 24-25. „Rückverbindungen“ war eine Wortschöpfung des Ministeriums für Staatssicherheit und bezog sich auf aus der DDR in die BRD und nach West-Berlin Ausgereiste.

Ziel einer internationalen Opposition herstellen zu wollen.[347] Für Domaschk traf dies jedoch nicht zu, auch wenn er 1980 an der Seite von Rösch an einem Treffen mit Arbeitern der Solidarnosc in Gdansk teilnahm.

Erst einmal in die Fänge des Ministeriums für Staatssicherheit geraten, sollte Domaschk durch seine persönliche Beziehung zu Rösch (Blase) zum Informant und zum Instrument des Ministeriums für Staatssicherheit gemacht werden. Sich selbst keiner Vergehen bewußt, erzählte Domaschk nach gründlicher psychologischer „Vorbearbeitung" in mehr als 13stündiger Dauervernehmung zwischen dem 11. und 12. April 1981 seinen Vernehmern Roland Peißker und Hans-Joachim Seidel von der Bezirksverwaltung Gera und Hauptmann Horst-Henno Köhler von der Kreisdienststelle Jena des Ministeriums für Staatssicherheit[348] über Verhältnisse und Akteure der Jungen Gemeinde. Was er erzählte, resultierte aus seiner subjektiven Sicht und Kenntnis. Insgesamt konnte er aber nur wenig „preis" geben, weil er schlicht nicht viel wußte. Er berichtete über seine Beziehungen zu Akteuren der Jungen Gemeinde und deren Verbindungen untereinander, soweit sie ihm bekannt waren, über seine Reisen mit Rösch nach Polen und in die CSSR. Als das Ministerium für Staatssicherheit merkte, daß hier nicht viel abzuschöpfen war, lenkte es sein Interesse zurück auf die Zeit der Biermann-Ausbürgerung und die Aktivitäten in diesem Zusammenhang. Domaschk berichtete deshalb wiederholt über seine gemeinsamen Aktivitäten mit Renate Groß.[349] Im Gegensatz zu seinem Freund Peter Rösch („Blase") hielt er nach fast drei Tagen Verhaftung und stundenlanger Vernehmung mit kaum Nahrung und Schlaf[350] dem psychischen Druck der Vernehmer offenbar nicht mehr stand. Nur so läßt sich wohl erklären, warum Domaschk am 12. April 1981 kurz vor seiner offiziellen Entlassung aus der Untersuchungshaft eine Verpflichtungserklärung zur inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit unterschrieb, in der er sich zur zukünftigen konspirativen Zusammenarbeit bereit erklärte.[351] Die Vermutung liegt nahe, daß hier ein Grund für den vom Ministerium für Staatssicherheit als Selbstmord dargestellten Tod von Domaschk liegen könnte. Meinungen von Freunden heben jedoch die Möglichkeit hervor, daß ein „Unfall" bei seinem letzten Vernehmer, Horst Köhler

[347] Ebenda. Zwischenbericht vom 23.01.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 89-99.

[348] Zu den beteiligten Offizieren und deren Karrieren beim Ministerium für Staatssicherheit vgl. Hildebrand, Gerold: Die Stasi-Offiziere. Offiziere des MfS und andere mit Matthias Domaschk befaßte Funktionsträger. In: Horch & Guck, Sonderheft 1, 2003, S. 48.

[349] OV „Qualle", Zwischenbericht vom 23.01.1981, Bd. 1, Befragungsprotokoll des Matthias Domaschk vom 11.04.1981, BStU, Bl. 208-218. Vgl. Fuchs, Jürgen: Magdalena, Berlin 1998. Jürgen Fuchs beschreibt detailliert die Methoden der „psychologischen Bearbeitung" durch das Ministerium für Staatssicherheit.

[350] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 203 ff.

[351] Verpflichtungserklärung Matthias Domaschk vom 12.04.1981. Vgl. Anhang: Dokumente Dok. 20.

von der Kreisdienststelle Jena, zum Tod von Domaschk führte.[352] Andere bezweifeln die Echtheit der Werbung zum Inoffiziellen Mitarbeiter und betonen, die Erklärung wie die Unterschrift könnten genauso gut gefälscht sein.[353] Zu beweisen war das jedoch bisher nicht.

Was genau am Vormittag des 12. April 1981 in der Untersuchungshaftanstalt Gera geschah, kurz bevor Peter Rösch und Matthias Domaschk offiziell entlassen werden sollten, ist heute nur noch in Teilen rekonstruierbar, auch weil sich die ehemaligen Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit nach wie vor hinter einer Mauer des Schweigens verbarrikadieren. Ein von Renate Ellmenreich und der Tochter Julia 1990 angestrengter Prozeß gegen die damals Verantwortlichen konnte nicht zweifelsfrei klären, wie Domaschk letztendlich zu Tode kam.[354] Die Version der Todesakte des Ministeriums für Staatssicherheit, Matthias habe sich selbst erhängt und so Selbstmord begangen, gilt nach Aussagen seiner Freunde jedenfalls einhellig als unwahrscheinlich.[355] Zu viele Indizien sprächen aus deren Sicht gegen einen Selbstmord. Diese waren aber offenbar juristisch nicht tragfähig für eine Anklage und Verurteilung wegen Freiheitsberaubung mit Todesfolge.[356] Trotzdem bleiben die Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit nach wie vor die Verantwortlichen dafür, die Matthias Domaschk auf ungesetzlicher Grundlage in eine Lage brachten, in deren Folge er zu Tode kam. Sechs der insgesamt zwanzig beteiligten Offiziere bestrafte das Geraer Landgericht nach jahrelangem Strafprozeß im Jahr 2000 zu geringen Geldstrafen bis 2400,- DM wegen Freiheitsberaubung. Drei der verurteilten Angeklagten akzeptierten selbst diese geringe Strafe nicht. Deshalb wurde im September 2000 kurz vor der juristischen Verjährung das letzte mögliche Strafverfahren gegen die damaligen Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit in Gera durchgeführt.[357] Der Hauptverantwortliche und damalige stellvertretende Leiter der Kreisdienststelle Jena, Major Herbert Würbach, ging dabei straffrei aus, weil er in der Zeit der ungesetzlichen Freiheitsberaubung von Matthias Domaschk und Peter Rösch nicht im Dienst gewesen sei, obwohl er die Verhaftung der beiden nachweislich veranlaßt hatte und sich während seiner Abwesenheit von der Dienststelle als stellvertretender Dienststellenleiter in Bereitschaft befand. Der angeklagte damalige

[352] Vgl. Hildebrand, Gerold: Trauer, Wut und Anklage. Nach dem Tod von Matthias Domaschk. In: Horch & Guck, Sonderheft 1, 2003, S. 35 ff.
[353] Vgl. Schilling, Walter: Die Verpflichtungserklärung: ein dubioses Dokument. In: Ebenda, S. 46.
[354] Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk, S. 13 ff.
[355] Todesakte Matthias Domaschk, AP 1097/81, BV Gera, Abt. IX, Bericht zu einem Vorkommnis in der Bezirkshaftanstalt der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit vom 12.04.1981, S. 94. Vgl. Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk, S. 18 f.
[356] Hildebrand, Gerold: Politisches Tötungsverbrechen an Matthias Domaschk als Bagatelle. Geldstrafen für MfS-Offiziere wegen Freiheitsberaubung. In: Horch & Guck, Heft 30, Berlin 2000, S. 69 f.
[357] Hildebrand, Gerold: Ein Überblick über das ernüchternde juristische Nachspiel. In: Horch & Guck, Sonderheft 1, 2003, S. 45.

Offizier Horst-Henno Köhler von der Kreisdienststelle Jena, der nachweisbar als Letzter mit Matthias Domaschk Kontakt hatte, entzog sich dem Strafverfahren mit einer schriftlichen Erklärung. Danach hatte er zur Zeit der Verhandlung gerade Urlaub. Der Prozeß hatte trotz seiner Brisanz in der Öffentlichkeit insgesamt nur ein geringes Echo. Gerade fünf Artikel erschienen Ende 2000 zu diesem juristisch interessanten Vorgang, und das auch noch vorwiegend in der regionalen Presse.[358] Daß die ungesetzliche Freiheitsberaubung mit Wissen von Major Würbach als zuständigem ranghöchstem Offizier der Kreisdienststelle Jena am Wochenende vom 10. - 12. April 1981 durchgeführt wurde, reichte der Staatsanwaltschaft vor Gericht letztendlich nicht einmal zur Durchsetzung einer geringen Geldstrafe beim zuständigen Richter des Geraer Landgerichtes.[359]

Das Tragische am Tod von Domaschk waren nicht nur sein Tod selbst, sondern die Bedingungen und die Umstände, die dazu führten. Unter den Akteuren setzte sich vor allem die Erkenntnis durch, daß die Auseinandersetzung mit der politischen Diktatur kein kontrollierbares oder gar beherrschbares Spiel war.[360] Es kam die Gewißheit auf, daß es jeden treffen könnte unabhängig davon, wie nah oder fern er der Jungen Gemeinde stand.[361] In Bezug auf Domaschk resümierte das Ministerium für Staatssicherheit im Nachhinein lakonisch: „Sowohl in der Befragung als auch in der Folgezeit bestätigte sich die Feststellung, daß die Person D. dem bearbeiteten Personenkreis im OV „Qualle“ nicht zuzuordnen ist.“[362] Das entsprach zwar der Tatsache, änderte sich aber nach seinem gewaltsamen Tod.[363]

---

[358] Ebenda. Presseartikel zum Fall Domaschk. In: Ebenda, S. 74.

[359] Wildt, Wiebke: Im Gerichtsaal notiert. Junge Oppositionelle rechtswidrig festgehalten. In: Ostthüringer Tageszeitung (OTZ), 28.09.2000. Berufung gegen Urteile für MfS-Offiziere, Domaschk-Tochter und Staatsanwältin gegen Freispruch und milde Strafen. In: OTZ, 02.10.2000. Praschl, Gerald: Die Stasi, ein Toter und die späte Sühne. In: SUPER-ILLU, Nr. 42, 12.10.2000, S. 16 f.

[360] Hildebrand, Gerold: Entscheidend war, wo er gestorben ist... Interview mit Dorothea Fischer. In. Horch & Guck, Sonderheft 1, 2003, S. 60.

[361] Hildebrand, Gerold: In uns zerbrach was. Was haben wir hier noch zu verlieren? Interview mit Siegfried Reiprich. In: Horch & Guck, Sonderheft 1, 2003, S. 62.

[362] OV „Qualle“, Zwischenbericht KD Jena vom 24.06.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 231.

[363] Gerold Hildebrand ist als Zeitzeuge der Auffassung: „´Matz´ gehörte sehr wohl zu unserem ´Personenkreis´. Das Ministerium für Staatssicherheit wollte hier vielleicht nach seinem Tod auch intern alles vermeiden, was ihn als gezieltes Opfer erscheinen ließe. (Auch ein Geheimdienst traut seinen eigenen Mitarbeitern kaum.)“. Brief an den Autor vom 20.08.2002. Domaschk gehörte nach seiner Armeezeit freilich zum Umfeld der Jungen Gemeinde und war aus seinen Zusammenhängen mit der Biermann-Ausbürgerung vielen Akteuren bekannt und zum Teil befreundet. Gleichzeitig war Domaschk seit seiner Armeezeit kaum als Akteur in Erscheinung getreten. Dies erkannte das Ministerium für Staatssicherheit erst durch die Vernehmung. Vgl.: Befragungsprotokoll des Matthias Domaschk vom 11.04.1981, BStU, Bl. 208-218. Es scheint hier, daß er deshalb für das Ministerium für Staatssicherheit ohne weitere informelle Bedeutung war.

Ohne Obduktion wurde Domaschk bereits wenige Tage nach seinem Tod auf Veranlassung des Ministeriums für Staatssicherheit eingeäschert.[364] Zur Trauerfeier am 16. April 1981 kamen laut Ministerium für Staatssicherheit 107 Personen auf den Nordfriedhof.[365] In kleinen Gruppen bis zu drei Personen trafen sie auf dem Friedhof ein und trauerten gemeinsam. Das Ministerium für Staatssicherheit registrierte bei der Beerdigung zwei Vorkommnisse. Eine junge Frau provozierte „...im Zusammenhang mit der Absicherung der Bestattung die Sicherheitskräfte beim Verlassen des Friedhofes. Sie schrie einem MfS-Mitarbeiter entgegen: „Ihr sollt in unseren Tränen ersaufen.“[366] Andere Teilnehmer der Trauerfeier organisierten während der Beerdigung und beim Abmarsch eine gezielte „Gegenbeobachtung der Sicherungskräfte“.[367] Erst nach Freigabe der Urne durch das Ministerium für Staatssicherheit fand die endgültige Urnenbeisetzung „ohne öffentlichkeitswirksame Störungen“ im Beisein der Eltern am 26. Juni 1981 statt.[368]

Wie groß die Betroffenheit in der Jenaer Szene war, zeigt auch ein vom Ministerium für Staatssicherheit abgefangener Brief. In einem Zwischenbericht vom 24. Juni 1981 heißt es in dem vom Ministerium für Staatssicherheit „sichergestellten“ Brief von Dorothea Fischer und Michael Rost an Thomas Auerbach und Doris Liebermann in West-Berlin: „In der JG ist einmal eine riesige Stasi-Agonie mit gewaltigen Mißtrauenssymptomen. Dazu kommen Schwierigkeiten, Aggressionen der Leute untereinander, langweilige Themen, kaum „Publikum“. Bei den Leuten ist die Lage zur Zeit furchtbar. Es herrscht fast überall völliges Durcheinander. [...] Stasi hat gute Arbeit geleistet, und ich sehe es auch so, daß sie immer noch mehr Verwirrung stiften wird.“[369] In der Tat herrschte große Verunsicherung unter den Akteuren.

Es gab aber auch Gegenreaktionen, an denen maßgeblich Pfarrer Walter Schilling beteiligt war. In seiner Kenntnis und Erfahrung im Umgang mit dem Ministerium für Staatssicherheit beauftragte er Peter Rösch, ein Gedächtnisprotokoll über seine Verhaftung und Vernehmung anzufertigen. Sein Ziel war, dieses im Rahmen der Institution Kirche als Informations- und Druckmittel gegen das Ministerium für Staatssicherheit einzusetzen. Weitere Gedächtnisprotokolle von anderen Übergriffen in anderen Städten folgten, so daß Walter Schilling in Zusammenarbeit mit anderen kirchlichen Mitarbeitern aus der Offenen Arbeit eine sechzigseitige Dokumentation zu verschiedenen Vorfällen erstellen konnte. Die Bilanz war erschreckend. Nicht nur in

[364] Vgl. Hildebrand, Gerold: Trauer, Wut und Anklage. Nach dem Tod von Matthias Domaschk. In: Horch & Guck, Sonderheft 1, 2003, S. 36 f.
[365] Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk, S. 20. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 435. Neubert spricht hier im Gegensatz zur Dokumentation von Renate Ellmenreich von ca. 150 Personen.
[366] Die junge Frau war Beate Dittmer, u. a. Freundin von Dorothea Rost (geb. Fischer).
[367] OV „Qualle“, Zwischenbericht KD Jena vom 24.06.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 231.
[368] Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk, S. 21.
[369] OV „Qualle“, Zwischenbericht vom 24.06.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 231.

Jena, sondern auch in Berlin, Halle-Neustadt, Leipzig, Saalfeld und Weimar war die Offene Arbeit von ständigen repressiven Übergriffen durch das Ministerium für Staatssicherheit und andere Behörden betroffen. Diese Dokumentation wurde den Bischöfen Schönherr und Leich sowie Rechtsanwalt Schnur[370] und weiteren kirchlichen Funktionsträgern beim Bund der Evangelischen Kirche und der Thüringer Landeskirche vorgelegt oder an sie übermittelt. Einleitend heißt es darin: „Wir wenden uns an Sie, da im Umfeld des X. Parteitages staatliche Machtorgane (VP, MfS) massiv und unter Anwendung von Gewalt bzw. anderweitiger repressiver Maßnahmen [...] gegen Jugendliche und junge Erwachsene vorgegangen wurde, die ausnahmslos in Beziehung zu Formen der kirchlichen Arbeit stehen. [...] Die Verpflichtung des Staates, für seine Sicherheit und die seiner Bürger Sorge zu tragen, bleibt unbestritten. Genauso muß aber unbestritten bleiben, daß die dazu angewandten Maßnahmen und Methoden sich nicht in einer Weise gegen die zu Schützenden richten dürfen, daß diese Verpflichtung selbst ins Gegenteil pervertiert wird. Hier ist die Frage nach der politischen und juristischen Kontrolle staatlicher Machtorgane wie VP (Volkspolizei, d. A.) und MfS (Ministerium für Staatssicherheit, d. A.) zu stellen, [...] daß ein solches menschenverachtendes Vorgehen nur Reaktion wie Haß, Angst, Verzweiflung, Resignation, Depression, Abstumpfung, Staatsfeindlichkeit, erzwungene Anpassung, unkontrollierte Aggression und die Grundlage für unreflektierte Aktionen erbringt.“[371] Übergriffe, Verhaftungen und Repressionen gegen Akteure der Offenen Arbeit der Jungen Gemeinde waren an sich nichts Neues. Außergewöhnlich war aber, daß sich die kirchlichen Mitarbeiter der Offenen Arbeit nun verstärkt regional übergreifend organisierten und gemeinsam wehrten. Dabei warfen sie vor allem immer wieder die Fragen nach Menschenwürde und Freiheit auf. Das Ministerium für Staatssicherheit reagierte seinerseits sofort mit der verstärkten Aktivierung ihrer IM in der Jungen Gemeinde und deren Umfeld. Gleichzeitig versuchte das Ministerium für Staatssicherheit, über den Thüringer Landesbischof Werner Leich die Haltung der Kirchenleitung zu dem Dokument von Schilling in Erfahrung zu bringen.[372] Mit Thomas Grund, der seit September 1979 in gegenkonspirativer Absicht und in Absprache mit Pfarrer Walter Schilling vom Ministerium für Staatssicherheit als IM „Matthias“ geführt wurde, erfolgte am 15. April 1981 ein kurzfristig angesetztes Treffen mit seinem Führungsoffizier. Es sollte geklärt

[370] Rechtsanwalt Wolfgang Schnur war IME „Torsten“. IME = Inoffizieller Mitarbeiter im besonderen Einsatz. Vgl. Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Hg.: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, 5. Aufl., Berlin 2002, S. 45.

[371] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 185 und 435.

[372] Vgl. Heidingsfeld, Uwe-Peter, Ulrich Schröter: „Meister“. Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke. In: idea Dokumentation 15/96, idea e.V., Evangelische Nachrichtenagentur. Bischof Leich war kein IM. Sein IM-Vorlauf wurde einseitig vom Ministerium für Staatssicherheit als Akte angelegt und geführt.

werden, ob es Hinweise über feindliche Absichten und Pläne des sogenannten Personenkreises aus dem Operativen Vorgang „Qualle“ zur Beerdigung des Domaschk geben würde. Das Ministerium für Staatssicherheit wollte ein „provokatorisches oder demonstratives Verhalten“ der Akteure verhindern. Darüber hinaus ging es dem Ministerium für Staatssicherheit um die „Verhinderung des Abflusses von Informationen zum Sachverhalt nach WB (West-Berlin, d. A.) bzw. in die BRD.“[373] Thomas Grund machte in diesem Gespräch Angaben über die aus der Jungen Gemeinde zu erwartenden Personen zur Beerdigung von Domaschk, stellte aber gleichzeitig die vom Ministerium für Staatssicherheit verbreitete Ursache des Todes in Frage und forderte darüber Auskunft, die er aber nicht erhielt. „Auf die konkrete Frage des IMS nach der Todesursache und den näheren Umstanden beim Tod des D. wurde vom Mitarbeiter ausweichend geantwortet. Es wurde mitgeteilt, daß der operative Mitarbeiter mehrere Tage unterwegs war und noch nicht über alle Vorgänge informiert ist.“[374] Grund teilte seinem Führungsoffizier daraufhin mit, daß die vom Ministerium für Staatssicherheit verbreitete Todesursache von den Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte ausgeschlossen wird. Alle, die ihn persönlich näher kannten, beurteilten Domaschk als nicht suizidgefährdet. Diese Einschätzung ist glaubhaft, weil es im Verlaufe des Jahres 1981 neben dem Tod von Matthias Domaschk zu insgesamt weiteren fünf Selbstmordversuchen unter Akteuren im Umfeld der Jungen Gemeinde kam. Aus diesen Erfahrungen heraus hatte sich bereits eine Sensibilität gegenüber möglichen Selbstmordkandidaten entwickelt. Das Ministerium für Staatssicherheit verzeichnete in einem Dokument 1981 jeden Selbstmord oder Selbstmordversuch und beurteilte diesen aus seiner Sicht. Im Zwischenbericht vom 14. Juli 1981 zum Operativen Vorgang „Qualle“ heißt es dazu: „Die im Berichtszeitraum weiter angestiegene Zahl der Suizidversuche und Absichten ist als Ausdruck einer Tendenz der Ausweglosigkeit, Labilität, Resignation sowie nichtbewältigter persönlicher Konflikte unter einem Teil des operativ interessierenden Personenkreises zu werten.“ [375] Kritisch anzumerken ist, daß die Beurteilung des Ministeriums für Staatssicherheit nicht immer den Tatsachen entsprach und deshalb nicht für alle im Bericht genannten Personen zutreffen mußte. Die Möglichkeit einer „konstruierten Wahrheit“ aus Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit gehörte zu den Grundlagen der tschekistischen Planerfüllung. Ein Beispiel dafür ist die im Bericht aufgeführte Ines Wrhel. Sie bestätigte mir auf Nachfrage den hier vom Ministerium für Staatssicherheit aufgeführten Selbstmordversuch nicht und ist stattdessen der Ansicht, einer

[373] IM „Matthias“, MfS Reg.-Nr. X/57/77, Treffbericht vom 15.04.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 257-265.
[374] IM „Matthias“, Treffbericht vom 15.04.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 257-265.
[375] OV „Qualle“, Zwischenbericht vom 14.07.1981, Bd. 1, BStU, Bl. 265. Folgende Personen werden hier aufgeführt: Waldemar Holtorff 01/81 Versuch, Karin Petzold 02/81 Vollendet, Matthias Domaschk 04/81 Vollendet, Ines Wrhel 05/81 Versuch, Ralf Schwenzfeier 06/81 Versuch, und Lothar Seitz 06/81 Vollendet.

Verwechslung zu unterliegen. Sie erklärte, sie habe in dieser Zeit für eine andere selbstmordgefährdete enge Freundin psychologische Hilfe geleistet und habe in einer schwierigen Situation medizinische Hilfe angefordert. Nur dadurch könne aus ihrer Sicht eine Verwechslung zustande gekommen sein, da die betreffende Person mit ihrer Hilfe kurzzeitig in die psychiatrische Klinik eingewiesen wurde, was bei Selbstmordversuchen normal gewesen sei. Die dem Ministerium für Staatssicherheit nicht unbekannten Frauen wurden zu dieser Zeit überwacht und in diesem Zusammenhang könne ihr Name gestanden haben, der dann in einer MfS-Akte auftauche.[376] Wie die Zusammenhänge wirklich waren, ist nachträglich nicht in jedem Einzelfall zu klären. Dennoch kann gesagt werden, 1981 herrschte allgemein eine große Verunsicherung in der Jenaer Szene, und Matthias Domaschk kam für alle sichtbar am 12. April 1981 in der Untersuchungshaftanstalt Gera des Ministeriums für Staatssicherheit zu Tode.

Um sicherzustellen, daß die vom Ministerium für Staatssicherheit inszenierte Verunsicherung bei den Akteuren jetzt nicht wieder umschlug in politische Aktionen, installierte das Ministerium für Staatssicherheit in das Terrain der Jungen Gemeinde weitere Spitzel. Einer der Skrupellosesten war Wieland Hoffman (Dackel, IM „Carlo“).[377] Er erkundete beispielsweise schon kurz nach dem Tod von Domaschk am 18. April 1981 auftragsgemäß die Stimmung unter den Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte und nahm zu diesem Zweck an einer Wanderung teil, bei der er insgesamt 35 Personen zählte. Die meisten Teilnehmer kamen aus der Offenen Arbeit in Thüringen. 28 der insgesamt 35 waren von außerhalb nach Jena gekommen, um hier gemeinsame Aktionen gegen das Ministerium für Staatssicherheit zu besprechen.[378] Wanderungen waren an sich unverfängliche und nach außen hin unpolitische Handlungen. Gleichzeitig waren sie als regelmäßige Aktivität aller Gruppen in Jena neben den Wohnungen und den offenen Räumen der Jungen Gemeinde die wichtigste Informationsplattform für den Austausch untereinander. Außerdem konnten so Abhörwanzen ausgeschlossen werden, und die verschiedenen Gruppen konnten sich untereinander auch besser vermischen. Nur vor den IM war man auch hier nie sicher. Thomas Grund, Peter Rösch und Jugendwart Karsten Christ trafen sich im Ergebnis der Wanderung einen Tag später im kleinen Kreis und berieten die Ergebnisse der Wanderung sowie das weitere Vorgehen der Jungen Gemeinde Stadtmitte im „Fall Domaschk“. Auch Wieland Hoffman (Dackel, IM „Carlo“) war an dieser Runde wieder

[376] Wrhel, Ines: Gespräch vom 28.07.2001 mit dem Autor. Die Person, für die sie psychologisch-medizinische Hilfe organisiert habe wegen der geäußerten Selbstmordabsicht, wäre eine andere Freundin gewesen. Diese wollte sich auf Grund einer gescheiterten Liebesbeziehung 1981 das Leben nehmen.
[377] IM „Carlo“ Wieland Hoffmann (Dackel), MfS Reg.-Nr. VI/21/80, während seiner Haftzeit im Gefängnis als IM geworben, vorzeitig entlassen und seit 1980 im Einsatz gegen die Junge Gemeinde, enger Vertrauter von Thomas Grund (Kaktus), Archivbestand Thüringer Archiv für Zeitgeschichte.
[378] IM „Carlo“, Bericht vom 20.04.1981, BStU Gera, Bd. 1, Bl. 14.

beteiligt und lieferte im Anschluß an das Treffen seine Informationen an das Ministerium für Staatssicherheit. Neben der Sicherstellung von Informationen an den Bischof beschlossen die Akteure, daß der gesamte Thüringer Kirchenkreis für Proteste aktiviert werden sollte, wobei Pfarrer Schilling eine wichtige Rolle übernehmen sollte. Die Aktivierung des Thüringer Kirchenkreises scheiterte jedoch an der Haltung der Thüringer Kirchenleitung, die unter dem direkten Einfluß kirchlicher IM stand. Auch das Ministerium für Staatssicherheit griff dank der Informationen des IM „Carlo" schnell ein und bedrängte Grund und die anderen Akteure nachhaltig, keine politischen Aktionen zu planen oder durchzuführen. Die persönliche Beziehung von Grund und Hoffmann spielte dabei für den weiteren Verlauf des Protestes eine erhebliche Rolle, weil hier zwei IM mit unterschiedlichen Motiven wie in einem Brennspiegel aufeinander trafen. Zwischen Wieland Hoffman (Dackel, IM „Carlo") und Thomas Grund (Kaktus, IM „Matthias") bestand zu dieser Zeit eine besondere Freundschaft. Beide waren grundverschiedene Persönlichkeiten. Beide waren aus unterschiedlichen Situationen kommend und aus unterschiedlichen Motiven zur „Zusammenarbeit" mit dem Ministerium für Staatssicherheit bereit.[379] Doch spätestens mit dem Tod von Domaschk wurde diese Situation für Grund zur unüberwindbaren Last und Barriere. Neben der Einsicht in die Unmöglichkeit einer Gegenkonspiration war es auch einfach nur Angst vor dem undurchsichtigen Apparat des Ministeriums für Staatssicherheit, um die Zusammenarbeit zu beenden. Deshalb enttarnte sich Grund in Absprache mit Pfarrer Walter Schilling gegenüber dem Landesbischof Leich. Im Mai erfuhr auch das Ministerium für Staatssicherheit von der erfolgten Dekonspiration. Am 15. Mai 1981 folgte der offizielle Bericht für die Akten.[380] IM „Carlo" wurde nun vom Ministerium für Staatssicherheit gezielt gegen Thomas Grund eingesetzt, um den abtrünnigen IM unter Kontrolle zu halten und zu beeinflussen. Der IM nutzte dies gegenüber dem Ministerium für Staatsicherheit intensiv für sich aus und schädigte dadurch Grund und die gesamte Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte nachhaltig.

In der Folge des Todes von Domaschk kam es zu einer intensiven Auseinandersetzung der Junge Gemeinde Stadtmitte mit dem Spitzelsystem in der DDR. Neben der Aufklärung verursachte diese Auseinandersetzung aber auch eine Verunsicherung unter den Akteuren. Gerüchte und konkrete Beschuldigungen über eine inoffizielle Zusammenarbeit von Akteuren mit dem Ministerium für Staatsicherheit machten die Runde. Bevor der IM „Carlo" Ende 1982 durch Thomas Grund und Pfarrer Walter Schilling enttarnt wurde, kassierte er für seine IM-Berichte für DDR-

[379] Thomas Grund wurde im Zuge der Biermann-Ausbürgerung und im Abschluß des OV „Pegasus" seit 1976 vom Ministerium für Staatssicherheit als Kontaktperson geführt. Er und seine Mitwisser in der Offenen Arbeit organisierten und verstanden seine IM-Aktivitäten als gezielte Gegenkonspiration gegen das Ministerium für Staatssicherheit.

[380] IM „Matthias", Bericht über eine erfolgte Dekonspiration des IMS „Matthias" vom 15.05.1981, BStU Gera, Bd. 2, Bl. 265. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 21.

Verhältnisse unglaubliche Summen an Geldprämien. Ein Beispiel unter zahlreichen Prämiendokumenten stammt vom November 1981, knapp ein halbes Jahr nach dem Tod von Domaschk. In dem Dokument zur IM-Akte „Carlo“ heißt es: „Es wird vorgeschlagen, den IMS "Carlo" mit einer Geldprämie in Höhe von 1000,00 Mark auszuzeichnen.“ Seine besondere Leistung bestand darin, eine „Primärinformation“ über „klerikale Kräfte“ geliefert zu haben. Weiter heißt es, der IM sei außerdem zuverlässig, ehrlich und zeige eine besonders anzuerkennende Einsatzbereitschaft.[381]

Die Junge Gemeinde Stadtmitte schien nach dem Tod von Matthias Domaschk weitgehend unter Kontrolle des Ministeriums für Staatssicherheit. Selbst die Dekonspiration von Thomas Grund änderte nichts daran.[382] Gleichzeitig entwickelte sich in Auswirkung der Ereignisse seit Mitte 1981 eine erneute Trennungslinie der Gruppen innerhalb der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Ein Teil der Akteure wollte die Arbeit in der Jungen Gemeinde so weitermachen wie bisher und orientierte sich teilweise auf religiöse Themen um. Ein anderer Teil sah sein Mißtrauen gegen die Staatssicherheit und die Kirche bestätigt und zog sich aus der Jungen Gemeinde zurück. Letzterer wiederum teilten sich in diejenigen, die in dieser Phase den einzigen Ausweg in einem Antrag auf Ausreise aus der DDR sahen und diejenigen, die gerade aus diesen Ereignissen Mut schöpften für weitergehende politische Aktivitäten.[383] Ihnen gelang es aber nur in geringem Ausmaß, ihre politischen Inhalte im Rahmen der Institution Kirche einzubringen. In der Folge zogen sie sich Mitte 1982 von der Zusammenarbeit mit der Kirche zurück, was schließlich Ende 1982 in offenen politischen Widerstand gegen die SED-Diktatur mündete.

1981 und 1982 rückten die Themen Frieden und Wehrdienst immer stärker in das Blickfeld der Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Bis Mitte 1982 liefen auch noch Bemühungen der verschiedenen Interessengruppen der Jungen Gemeinde für ein gemeinsames politisches Engagement mit der Institution Kirche unter dem Dach der Kirche. Der Kirchenleitung fiel es jedoch zunehmend schwerer, sich den wachsenden politischen Forderungen der Jugendlichen nach einer kompromißlosen Entmilitarisierung der Gesellschaft und der Welt vorbehaltlos anzuschließen, diese zu

---

[381] IM „Carlo“, Prämienvorschlag vom 10.11.1981, BStU Gera, Bd. 2, Bl. 8. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 22.

[382] „Die JG war auch schon vor dem Tod von Matz weitgehend unter Kontrolle des MfS, denn Dackel (IM „Carlo“, d. A.), Konstantin (Vikar, IM „Bartholomäus Runge“, d. A.) und Gruselraps Nenke (Kreisjugendpfarrer, IM „Brenner“ alias „Peter Weiß“, d. A.) waren nicht erst seit Matz´ Tod in der JG. Eher war mit dem offenen Ausstieg von mir dem MfS eine - wenn auch widerwillige - Informationsquelle abhanden gekommen“ Grund, Thomas: Brief an den Autor vom 20.08.2002. Zum Ausmaß der Überwachung durch IM des Ministerium für Staatssicherheit vgl. IM „Bartholomäus Runge“ von dem für die Zeit zwischen 1981 und 1984 zwei Bände mit über 300 Berichten mit ca. 1000 Seiten zur Jungen Gemeinde Stadtmitte vorliegen. Thomas Grund gehörte nach seiner Dekonspiration 1981 bis 1989 zum Kern der politisch verfolgten Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte.

[383] Hildebrand, Gerold: Matz hat mich im Gefängnis in Gedanken begleitet. Interview mit Roland Jahn. In: Horch & Guck, Sonderheft 1, 2003, S. 62.

unterstützen und die Akteure gegen die repressiven Angriffe des Ministeriums für Staatssicherheit zu schützen. Besonders Bischof Werner Leich stand dabei immer wieder als Vermittler im Brennpunkt der Auseinandersetzungen zwischen den Jugendlichen und der Kirchenleitung. Mehrfach reiste er deshalb nach Jena, um mit den Akteuren in der Jungen Gemeinde Stadtmitte zu sprechen. Eine befriedigende Lösung fanden beide Seiten dabei nicht, weil die Jugendlichen nicht von ihren radikalen politischen Forderungen abrückten.

Bischof Leich führte nicht nur mit den Jugendlichen in Jena Gespräche. Zwischen ihm und dem Ministerium für Staatssicherheit gab es zwischen 1980 und 1983 insgesamt elf persönliche Treffen, sechzehn telefonische Kontakte und einen Briefkontakt. Von Bedeutung für den Zusammenhang mit dem Tod von Matthias Domaschk, den Reaktionen in Jena und der Haltung der Thüringer Kirchenleitung dazu waren die Treffen vom 29. April 1981 in Eisenach, vom 1. Juni 1981 in Jena sowie vom 7. September 1981 in Eisenach. In den Gesprächen ging es neben aktuellen kirchenpolitischen Themen um die Todesursache von Domaschk, das Verhalten des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber den Jugendlichen sowie die Folgen daraus für die Kirchengemeinde in Jena. Über die Treffen legte der Bischof eigene Gesprächsnotizen an. Der Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Major Roßberg, erstellte dagegen Treffberichte.[384] Oberkirchenrat Hans Schäfer (IM „Gerstenberger“) [385] fertigte für das Ministerium für Staatssicherheit über die Treffen des Bischofs mit dem MfS-Mitarbeiter und seine Aussagen vor dem Landeskirchenrat IM-Berichte an.[386] Aus den Mitschriften des Bischofs und des Offiziers Roßberg wird neben der kirchenpolitisch diplomatischen auch die persönlich bestimmte Haltung des Bischofs gegen das Vorgehen des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Jugendlichen deutlich sichtbar. In den Aufzeichnungen von Bischof Leich heißt es beispielsweise dazu: „Ich spreche von mir aus die Vorfälle an, die sich in der Zeit vom 10. - 12. 4. in Jüterbog und Gera bei der Zuführung von Matthias Rösch und Thomas Domaschk ereignet haben. Ich erläutere Einzelheiten der Methoden der Bahnpolizei und Volkspolizei und auch der Befragung beim Ministerium für Staatssicherheit Bezirk Gera und weise darauf hin, daß die angewandten Methoden in einem krassen Widerspruch zu der Aussage des Bezirksstaatsanwaltes gegenüber dem Kreisjugendpfarrer Nenke und dem Diakon Christ stehen. Die beiden Jugendlichen seien zu keiner Zeit inhaftiert gewesen. Ich weise daraufhin, daß der psychische Druck,

[384] Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke. In: idea Dokumentation 15/96, S. 12 ff.

[385] Oberkirchenrat Hans Schäfer, IM „Gerstenberger“, MfS Reg.-Nr. X/537/76. Vgl. Lenski/Schön/Grund/Kulisch u.a.: Die „Andere“ Geschichte, S. 324. Zur Auseinandersetzung zwischen IM „Gerstenberger“ und Walter Schilling sowie zu den Ereignissen in Jena 1981, S. 347.

[386] Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke.. In: idea Dokumentation 15/96, S. 137-160.

der durch die angewandten Methoden erzeugt worden ist, als Mitursache für den Selbstmord des Thomas Domaschk angesehen werden muß. Roßberg gibt zu, daß die angewandten Methoden dem Anlaß nicht entsprechen und sagt eine genaue Überprüfung zu.“[387] Bischof Leich gab also zu erkennen, daß er gut informiert war. Er hatte bereits das von Pfarrer Schilling angeregte und von Peter Rösch angefertigte Gedächtnisprotokoll erhalten. Gleichzeitig sicherte er sich gegenüber den Informationen und Handlungen des Ministeriums für Staatssicherheit dadurch ab, indem er den Jenaer Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke (IM „Brenner“) und den Jugendwart der Jungen Gemeinde Karsten Christ zur Bezirksstaatsanwalt nach Gera schickte. Sie sollten dort Näheres über die Umstände des Todes in Erfahrung bringen. Allerdings war dieser Einsatz wohl eher als kirchliche Präsenz zugedacht, denn Informationen konnten sich die beiden kirchlichen Mitarbeiter nicht wirklich erhoffen. Dennoch, aus den gesammelten Informationen konnte der Bischof nun die Vorgehens- und Umgangsweise des Ministeriums für Staatssicherheit gegenüber den Jugendlichen Domaschk und Rösch ohne Gefährdung seiner eigenen Stellung weitgehend rekonstruieren und kritisieren. Wichtig war ihm dabei vor allem die Kritik an dem vom Ministerium für Staatssicherheit ausgeübten psychischen Druck auf die beiden Jugendlichen, was ihm bereits aus anderen Vorfällen bekannt war. Im Protokoll des Mitarbeiters des Ministeriums für Staatssicherheit, der mit Leich das Gespräche führte, wird erstaunlicherweise die Kritik des Bischofs nicht nur formal aufgenommen, sondern zum Teil sogar darüber hinaus weiter ausgeführt. „Der Fakt zu starker psychologischer Belastungen (einschließlich physischer) als auslösendes Moment für den Selbstmord sei [...] nicht aus der Welt zu schaffen. [...] Er möchte jedoch die Volkspolizei wissen lassen, daß die Kirche mehr Menschlichkeit, Einfühlsamkeit und mehr differenziertes Herangehen bei Zuführungen und Vernehmungen wünscht. Der Bischof glaubt sich für die Äußerung dieser Bitte legitimiert, da es ein zentrales Problem zu sein scheint.“[388] Über ein weiteres Treffgespräch zwischen Major Roßberg und Bischof Leich in Erfurt berichtet Oberkirchenrat Schäfer (IM „Gerstenberger“) am 13. Mai 1981. Er nahm am 11. Mai 1981 an einer Sitzung des Landeskirchenrates teil, wo Bischof Leich seine Aktennotizen über das Gespräch mit Major Roßberg vortrug. Bischof Leich wies hier nach Aussage von IM „Gerstenberger“ besonders auf die Rolle von Walter Schilling im Zusammenhang mit dem Tod von Domaschk hin. Darüber hinaus hätte Schilling zeitgleich neben der Problematik um den Tod von Domaschk ein weiteres persönliches Problem im Zusammenhang mit seiner Tochter Katrin zu lösen, die der Offenen Arbeit

[387] Ebenda, S. 149, Aktennotiz Bischof Leich vom 06.05.1981, Gespräch Bischof Leich und Oberkirchenrat Wolfram Johannes (IMB „Nettelbeck“) mit Major Roßberg am 29.04.1981 in Eisenach.

[388] Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke. In: idea Dokumentation 15/96, S. 147, Zusammenfassender Treffbericht Major Roßberg vom 14.06.1981 zum Gespräch mit Bischof Leich und Oberkirchenrat Johannes am 29.04.1981 in Eisenach und mit Bischof Leich am 01.06.1981 in Jena. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 23.

Berlin zugerechnet wird. Am Ende seines IM-Berichtes heißt es: „Es ist zu erwarten, daß der Bischofkonvent in der DDR sich der Sache annehmen wird und in allgemeiner Form bei staatlichen Stellen vortragen wird.[389]

Der Tod von Matthias Domaschk zog seine Kreise nun bis in höchste kirchliche und staatliche Instanzen, ohne daß dies der Aufklärung seines Todes etwas genützt hätte. Die Rückwirkung auf die Akteure in der Jungen Gemeinde Stadtmitte und auf deren Umfeld war dagegen für die kommenden zwei Jahre erheblich stärker, als von Seiten des Staates aber auch von Seiten der Kirche erwartet wurde.

Matthias Domaschk war von 1975 bis 1978 sozial, kulturell und politisch aktiv in der Jungen Gemeinde Stadtmitte engagiert und danach bis 1981 in deren Umfeld eingebunden. Zwischen 1975 und 1978 beteiligte es sich an konkreten politischen Aktionen und gehörte zum widerständigen Teil der Akteure. Danach zog er sich, bedingt durch die Trennung von seiner damaligen Freundin und die Armeezeit, privat zurück, unterhielt aber weiterhin enge Kontakte zu einzelnen Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte, insbesondere zu Peter Rösch. Domaschk gehörte aus dem Kontext seiner Biographie heraus insgesamt nicht zum Kern der Opposition in der DDR, wie es Erhard Neubert nachträglich interpretiert, weder im Zusammenhang mit der Biermann-Affäre noch zu der Zeit seiner Verhaftung im April 1981.[390] Am Anfang seiner Politisierung 1975 teilte er zunächst mit vielen anderen Jugendlichen in Jena ein gemeinsames kulturelles und soziales Interesse, das im Rahmen der kirchlichen Räume ausgelebt werden konnte. Nach außen hin manifestierte sich dies in der Kleidung, seinen Musikvorlieben und später vorzugsweise in politischer Literatur. Er war religiös vorgeprägt, jugendgemäß neugierig und rebellisch gegen die „Mitläufer-Generation“ seiner Eltern. Sein Bedürfnis nach Eigenständigkeit und Abgrenzung gegen die Elterngeneration, seine religiöse Vorprägung und die persönlichen Kontakte und späteren Freundschaften zu Akteuren aus dem Lesekreis und der Junger Gemeinde führten ihn hin zu seinem politischen Engagement. Über den Lesekreis kam er zwischen 1975 und 1976 ohne allzu großen intellektuellen Anspruch mit zahlreichen literarischen, historischen und politischen Themen in Kontakt. Seine Unterschrift unter die Biermann-Resolution war insofern eine logische Folge dieser persönlichen Entwicklung. Offene politische Aktivitäten manövrierten ihn in das gefährliche Visier des Ministeriums für Staatssicherheit, wodurch er Verhöre und Wohnungsdurchsuchung über sich ergehen lassen mußte. Im Ergebnis steckte er nicht auf, sondern begann Anfang 1977 mit seiner damaligen Freundin, eigenständige Wege in der politischen Auseinandersetzung zu gehen. Dieser Weg führte ihn auch zur „Charta 77“ nach Prag. In dieser Zeit wurde sein

[389] Ebenda. IM-Bericht „Gerstenberger“ vom 13.05.1981 über Sitzung des Landeskirchenrates vom 11.05.1981, S. 152 f. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 24.

[390] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 185 und 435. Neubert führt diese Behauptung an, ohne den Lebensweg näher geprüft zu haben.

politisch-widerständiges Handeln am deutlichsten sichtbar. Nachfolgend wirkten auf Matthias Domaschk jedoch wieder viel stärker die eher privaten Ereignisse und die Einberufung zur Armee ein. Resigniert und innerlich abgegrenzt zog er sich nach dem Ende seiner Armeezeit 1979 mehr in den eigenen kleinen Freundeskreis zurück. Darüber hinaus stand Matthias zwar mit der „Szene“, die ja allgemein einer Protesthaltung und dem, was den Jugendlichen in diesem Umfeld entspricht, verpflichtet war, in Verbindung, war aber selbst kaum politisch aktiv. 1980 rückte Domaschk über seinen engen Bezug zu Peter Rösch wieder ins Blickfeld des Ministeriums für Staatssicherheit. Er gehörte zu den „Kontaktpersonen“ der im OV „Qualle“ bearbeiteten Peter Rösch und Gerold Hildebrand. Bis zu seiner Festnahme am 10. April 1981 tauchte er aber im OV „Qualle“ nicht mehr auf. Es scheint daher, als habe die zufällige Konstellation der Umstände seine Verhaftung und seinen Tod verursacht. Obwohl Matthias Domaschk für das Ministerium für Staatssicherheit 1980/81 nur eine „Randfigur“ darstellte, fiel er der repressiven Verfolgung des Ministeriums für Staatssicherheit und der Profilierungssucht eines Inoffiziellen Mitarbeiters der Staatssicherheit zum Opfer. Die Hauptverantwortlichen dieser Entwicklung waren IM „Klaus Steiner“ (Thomas Haßelmeier), sein Führungsoffiziere Hauptmann Köhler und der stellvertretende Leiter der Kreisdienststelle Jena des Ministeriums für Staatssicherheit, Major Würbach. Sie sind diejenigen Personen, die Domaschk durch Bespitzelung und unter falschem Verdacht seiner Freiheit beraubten und dadurch in letzter Konsequenz zu Tode brachten.

Domaschk hinterließ eine Tochter, die allerdings bereits seit 1980 mit der Mutter in der Bundesrepublik lebte. Mitte 1981 wollte er seine damalige neue Freundin Kerstin Hergert[391], die im Mai 1981 aus der Haft entlassen werden sollte, heiraten. Lebensmüde oder suizidgefährdet war Domaschk aus dieser Perspektive jedenfalls nicht, denn er hatte ja noch alles vor sich. Ein Selbstmord aus eigenem Antrieb ist deshalb für seine zurückgebliebenen Freunde nach wie vor unwahrscheinlich. Matthias Domaschk wurde in schlimmster Konsequenz politisches Opfer der Gewalt des Ministeriums für Staatssicherheit und der SED-Herrschaft und so zur politischen Symbolfigur. Für die hinterbliebenen Freunde und Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte wirkte das Ereignis als Fanal in der innenpolitischen Auseinandersetzung. „Matz war [...] zu DDR-Zeiten noch keine „Ikone.“[392], „...aber für manche Jüngere war er [...] doch ein Idol...“[393]

[391] Schacht, Ulrich: Hohenecker Protokolle, Zürich 1984, Zeitzeugengespräch mit Kerstin Hergert, S. 290.
[392] Zitat Walter Schilling. Zeitzeugengespräch Pfarrer Walter Schilling am 30.04.2001 mit Udo Grashoff, unveröffentlicht.
[393] Hildebrand, Gerold: Brief an den Autor vom 20.08.2002.

2.3 OFFENE ARBEIT UND JENAER FRIEDENSGEMEINSCHAFT

Die Junge Gemeinde Stadtmitte war zwischen 1981 und 1983 ein wesentlicher Ausgangspunkt für die Entstehung und Formierung der Jenaer Friedensgemeinschaft. Hier kamen neben zumeist kulturell interessiertem Publikum die verschiedenen Gruppen der Jenaer Szene an Themenabenden oder Werkstätten zusammen. Hier tauschte man sich aus und verabredete weitere Treffen oder Aktionen. Darüber hinaus war die Junge Gemeinde Stadtmitte neben privaten Treffpunkten (Wohnungen, Wanderungen, gemeinsame Reisen) und öffentlichen Treffpunkten (Kneipen, Jugendclubs) die wichtigste „Informationsbörse“ der Stadt. Die entscheidenden Voraussetzungen aber, die zur Entstehung der Friedensgemeinschaft führten, waren die politischen Auseinandersetzungen mit kirchlichen Amtsträgern und die „Zersetzungsarbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit. Erst dadurch wurde die Junge Gemeinde zu einem zentralen Ort für Opposition und Widerstand. Mit ihren Schlüssel-IM „Bartholomäus Runge“, „Matthias“, „Carlo“, „Bernd Dürg“, „Frank“ alias „Leonardo“ und „Ernst Brenner“ alias „Peter Weiß“ versuchte das Ministerium für Staatssicherheit, die Kontrolle über die Junge Gemeinde Stadtmitte und deren Umfeld zu erlangen. Trotz der Inoffiziellen Mitarbeiter überschaute es die Lage in Jena zu keiner Zeit vollständig.

Jeder IM hatte seine eigene Vorgeschichte, wie er Spitzel im Dienste des Ministeriums für Staatssicherheit wurde, welche Motive ihn dazu trieben und inwieweit er seine Einsatzpläne ausfüllte. IM „Helmut Falke“[394] (Dietrich Große) war seit 1971 Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit.[395] 1973 wurde er IM. 1982 weihte er darüber seine Frau Elke ein und gewann auch deren Mitarbeit. Seine Hintergründe, IM zu werden, liegen im sozialistischen Elternhaus und seinem Berufswunsch begründet. Der Vater war stellvertretender Amtsarzt beim Rat der Stadt Jena. Dadurch bekam der IM schon als Jugendlicher ein positives Sozialismusbild vermittelt und persönlichen Kontakt zum Abschnittsbevollmächtigten der Volkspolizei.[396] Dieser setzte den Jugendlichen als Helfer der Volkspolizei im Wohngebiet ein. Während seiner Armeezeit begann er, seine Mitgenossen Soldaten zu bespitzeln. Die dadurch erreichte Aufmerksamkeit bei seinen vorgesetzten Offizieren führte ihn ohne Umwege nach der

[394] IM-Akte „Helmut Falke“, MfS Reg.-Nr. X/800/71, Bd. 1, BStU Gera. Insgesamt konnten 9 Aktenbände sichergestellt werden.

[395] Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit (GMS), eingeführt 1968 mit der Richtlinie 1/68. GMS wurden nicht „zur direkten Bearbeitung feindlich-negativer Personen und Personenkreise“ eingesetzt. Sie nutzte das Ministerium für Staatssicherheit in der Regel zur Kontrolle des jeweiligen gesellschaftlichen Umfeldes, vor allem in Betrieben oder Wohngebieten.

[396] Der Abschnittsbevollmächtigte der Deutschen Volkspolizei (ABV) hatte in Abschnitte eingeteilte Territorien (Wohnviertel) zu überwachen. Die ABV waren darüber hinaus für die Bevölkerung zumeist die ersten Ansprechpartner bei Verstößen aller Art. Im Volksmund wurden sie gelegentlich auch als „Blockwart“ bezeichnet in Anlehnung an das Vokabular aus der NS-Zeit.

Armeezeit zum Ministerium für Staatssicherheit. Sein ursprüngliches Ziel war jedoch, über diesen Weg zur Kriminalpolizei zu kommen. Er wollte Kommissar werden. Die Offiziere des Ministeriums für Staatssicherheit hielten den Jugendlichen jedoch für nicht befähigt für einen Dienst bei der Kriminalpolizei. Um ihn hinzuhalten und um sein gesellschaftliches Engagement nicht zu verlieren, setzten sie ihn als IM für den Bereich „Freizeitgestaltung Jugend“ ein. Obwohl der IM keinerlei Verbindungen zu christlichen Gemeinden hatte, wurde er im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit seit 1973 gezielt auf die Junge Gemeinde Stadtmitte und insbesondere Jugenddiakon Thomas Auerbach angesetzt. Offen in diesem Kreis aufgenommen, akzeptierte man 1975 sogar seine Bewerbung als Mitgliedskandidat der SED. Zu einer Aufnahme in die Partei kam es dann nicht, weil ihn die Parteileitung seines Betriebes, die Post, ablehnte. Er galt als unzuverlässig. In der Jungen Gemeinde Stadtmitte verschaffte ihm das allerdings die unverhoffte Stärkung seiner Stellung und Vertrauensbasis. Das Ministerium für Staatssicherheit war mit dieser Entwicklung sehr zufrieden. Seit 1975 war er als Schlüssel-IM maßgeblich daran beteiligt, die Akteure des Lesekreises aus dem Operativen Vorgang „Parasit“ zu bespitzeln. Für seine „nützlichen Dienste“ erhielt er zwischen 1974 bis 1984 fast durchgängig regelmäßige finanzielle Zuwendungen vom Ministerium für Staatssicherheit. Zwischen dem 1. Februar 1975 und dem 31. August 1976 bekam er neben „sonstigen Auslagen“ beispielsweise monatlich 150,- Mark ausgezahlt, danach und bis zum Dezember 1981 sogar 300,- Mark monatlich. Der IM hatte dadurch neben seinem offiziellen Verdienst als Kraftfahrer bei der Post ein schönes Zweiteinkommen. 1975 erhielt er für „hervorragende Leistungen im Dienste des Sozialismus“ die „Medaille für treue Dienste“ in Bronze und 1977 den Kampforden „Für Verdienste um Volk und Vaterland“ in Bronze. Ab 1982 verringerten sich die finanziellen Zuwendungen erheblich. Bis 1986 erhielt er nur noch vereinzelte Präsentzuwendungen und Prämien zwischen 20,- und 150,- Mark. 1981 und 1982 hatte der IM starke persönliche Probleme in seiner Ehe. Sie wurden mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit dadurch gelöst, indem seine Frau ebenfalls IM wurde. Ab 1982 verlor der IM zunehmend an Bedeutung, weil inzwischen die meisten seiner Spitzelopfer das Land verlassen hatten. Dadurch büßte er auch seine bisherigen Ansprechpartner in der Jungen Gemeinde ein. Das Ministerium für Staatssicherheit veränderte deshalb ab 1984 seine Einsatzkonzeption gegen „Zielpersonen mit bürgerlich-idealistischer Weltanschauung“. Der IM stand in der Jungen Gemeinde lange unter dem Verdacht, IM zu sein. Doch erst mit der Öffnung der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit konnte er enttarnt werden. Über seinen Verbleib ist nichts bekannt.

IM „Bartholomäus Runge“[397] (Vikar Michael „Konstantin“ Stanescu) war als kirchlicher Mitarbeiter seit 1970 gegen die Junge Gemeinde Stadtmitte im Einsatz. Geworben hatte ihn das Ministerium für Staatssicherheit als IM während einer kurzen Haftzeit 1968/69. Während seiner theologischen Ausbildung zum Pfarrer geriet er im Zusammenhang mit dem „Prager Frühling“ in das Visier des Ministeriums für Staatssicherheit. Daraufhin wurde er politisch verfolgt und kurzzeitig inhaftiert. Als Zeichen seiner „Läuterung“ erklärte er sich bereit, IM zu werden. Aus eigener Sicht lebte er seitdem über die ganzen 20 Jahre bis zum Ende der DDR ein Doppelleben und rechtfertigte sein Handeln im Nachhinein mit einer diffusen Sozialismus-Vorstellung. Andererseits wollte er die Jugendlichen aus religiösen Motiven und seinen konkreten Erfahrungen aus dem Jahre 1968 davor „bewahren“, die politischen Verhältnisse in Konfrontation zur politischen Macht in Frage zu stellen oder anzugreifen. Daraus ergab sich sein Anspruch, auf die Vorgänge in der Jungen Gemeinde Einfluß nehmen zu wollen. Er wollte deshalb die Junge Gemeinde entpolitisieren und auf rein religiöse Themen festlegen. Durch seine pädagogische Begabung konnte er sich einen gewissen Einfluß unter den Jugendlichen verschaffen, was ihm besonders nach dem Ende der Friedensgemeinschaft Jena gelang. Seit 1981 initiierte er mehrere Taufkreise, um hierüber die Jugendlichen kontrollieren und von politischen Aktionen abhalten zu können. Sein persönliches Schicksal und seine Erfahrungen während des „Prager Frühlings“ machten ihn nicht zum Oppositionellen wie die meisten der anderen Betroffenen, sondern zum pragmatisch angepaßten Spitzel. Grundlage war hierfür seine Auslegung des Evangeliums zur Bewahrung des Lebens. Doch damit schadete er nur den Jugendlichen. Zwischen 1981 und 1983 lieferte er die meisten und ausführlichsten Berichte über die Offene Arbeit. Darüber hinaus bespitzelte er auch andere kirchliche Gruppen in seinem Umfeld, so den Altendorfer Friedenskreis seit 1981, in dem er selbst als Akteur auftrat. Er verhinderte konkrete politische Aktionen und verriet konspirative Ziele an das Ministerium für Staatssicherheit. Sein Wirken als IM verursachte in einem längeren Prozeß schließlich einen weitgehenden Stillstand der Arbeit des Friedenskreises. Nach seiner Enttarnung 1990 blieb ihm nicht viel Zeit. 1992 verstarb er an einem Krebsleiden.

IM „Matthias“ [398] (Thomas Grund) wurde im Zuge der Biermann-Ausbürgerung und nach Abschluß des Operativen Vorganges „Pegasus“[399] seit 1977 vom Ministerium

[397] IM-Akte „Bartholomäus Runge“, MfS Reg.-Nr. X/645/69. Für die Zeit zwischen 1981 und Anfang 1984 liegen zwei Aktenbände mit ca. 200 IM-Berichten vor.

[398] IM-Akte „Matthias“, MfS Reg.-Nr. X/57/77. Beginn der „Zusammenarbeit“ mit dem Ministerium für Staatssicherheit im Zusammenhang mit dem Abschluß des OV „Pegasus“ 1977, seit 27.01.1979 als gegenkonspirative Aktivität der Offenen Arbeit weitergeführt, am 06.05.1981 freiwillige Enttarnung gegenüber dem Landesbischof Leich, am 05.02.1982 wurde die Zusammenarbeit vom Ministerium für Staatssicherheit offiziell beendet.

für Staatssicherheit als „Kontaktperson“ geführt. Ziel des Ministeriums für Staatssicherheit war, eine IM-Zusammenarbeit aufzubauen. Ausgangspunkt dafür waren polizeiliche Vorladungen auf das Volkspolizei-Revier zu sogenannten „Kontaktgesprächen“. Darüber informierte er jedoch Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf. Beide organisierten daraufhin nach eingehender Überlegung seine „Gegenkonspiration“. Gleichzeitig wurden einige wenige Akteure aus der Offenen Arbeit in diese Vorgänge eingeweiht. Im Januar 1979 kam es zur offiziellen Verpflichtungserklärung. Ausgangspunkt für die „Gegenkonspiration“ war die Überlegung, das Ministerium für Staatssicherheit über Aktionen der Jungen Gemeinde und die Arbeit der Offenen Arbeit „aufzuklären“, um so dem Prinzip der „Offenheit“ auch gegenüber dem Staat gerecht zu werden. Damit verbunden waren der Anspruch und die Hoffnung, die Offene Arbeit in ihren Aktivitäten unangreifbarer zu machen. Die Akteure glaubten außerdem, sie könnten über diese Gespräche Informationen über das Ministerium für Staatssicherheit und andere Spitzel erhalten, um darauf reagieren zu können. Mit dem Tod von Matthias Domaschk 1981 änderte sich diese Einstellung. Zu der Einsicht in die Unmöglichkeit einer Gegenkonspiration kam nun die Angst vor dem undurchsichtigen Apparat des Ministeriums für Staatssicherheit. Das veranlaßte Thomas Grund auf Anraten von Pfarrer Walter Schilling, seine „Zusammenarbeit“ mit dem Ministerium für Staatssicherheit schnellstmöglich zu beenden.[400] Im Mai 1981 enttarnte er sich schließlich bei einem Treffen mit dem Thüringer Landesbischof Werner Leich. Ziel war es, über den Bischof kirchlichen Schutz vor möglichen Erpressungsversuchen durch das Ministerium für Staatssicherheit zu bekommen. Es gehörte zu den methodischen Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit, abtrünnige IM in der Öffentlichkeit zu diffamieren und zu erpressen. Dem Ministerium für Staatssicherheit war dabei durchaus klar, daß die IM-Tätigkeit in der Bevölkerung sehr unbeliebt war. Öffentliche Denunziationen über eine reelle oder angenommene Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit führten die Betroffenen nicht selten in soziale Isolation. Trotz der Enttarnung erhielt Grund noch bis Ende 1981 polizeiliche Vorladungen, über die die bisher inoffiziellen Gespräche weitergeführt wurden. Die Zusammenarbeit wurde durch das Ministerium für Staatssicherheit im Februar 1982 offiziell beendet,

[399] OV „Pegasus“, MfS Reg.-Nr. X/66/75, eröffnet 27.01.1975, beendet 06.12.1976. Geführt gegen den Schriftsteller Jürgen Fuchs, Jugendwart Thomas Auerbach und den Jenaer Lesekreis.

[400] „Ich habe die Zusammenarbeit beendet, wenn es nach Würbach gegangen wäre, hätten die Treffen weiterhin stattgefunden. Mitte Dezember habe ich erklärt, zu keinem Treffen mehr zu erscheinen. Es gab im Januar dann ein letztes Gespräch, bei dem Würbach den Ernst der Situation begriff. Etwa ein Jahr lang wurde ich bei wichtigen Ereignissen in Jena polizeilich vorgeladen und unter Druck gesetzt. Zusätzlich verbreitete Dackel (Umgangssprachlicher Spitzname des IM „Carlo“) im Auftrag der Stasi (Ministerium für Staatssicherheit, d. A.) zielgerichtet laut IM-Konzeption das Stasi-Gerücht über mich.“ Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002. Neben Schilling waren auch Peter Rösch und Thomas Auerbach der Ansicht, daß eine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit im Sinne einer Gegenkonspiration nichts bringen würde und rieten Grund deshalb von einer Fortsetzung dieser schon 1980 ab.

nachdem klar war, daß der IM nicht unter Druck gesetzt werden konnte. Ausschlaggebend dafür war vor allem sein persönlicher Rückhalt bei Pfarrer Schilling, der ihn gegen Angriffe anderer Akteure verteidigte. Das Ministerium für Staatssicherheit gab jedoch nicht auf. Ab 1984 wurde Thomas Grund mit weiteren Akteuren im Operativen Vorgang „Kreuz“[401] politisch verfolgt. Ab 1988 bis zum Ende der DDR führte und bearbeitete ihn das Ministerium für Staatssicherheit dann im Operativen Vorgang „Dach“.[402]

IM „Carlo“ [403] (Wieland Hoffmann) wurde 1980 als Kleinkrimineller im Strafvollzug als IM geworben. Neben der offiziellen Version der Wiedergutmachung versprach sich der IM vor allem eigene finanzielle Vorteile sowie das Gefühl von Macht gegenüber anderen Menschen. Im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit baute er 1981 zu Thomas Grund (IM „Matthias“) eine persönliche Beziehung auf, um über ihn und das Umfeld der Jungen Gemeinde IM-Berichte an das Ministerium für Staatssicherheit zu liefern. Für seine Berichte kassierte der IM für DDR-Verhältnisse sehr hohe Summen an Prämien. Ein Beispiel unter zahlreichen Prämiendokumenten stammt vom November 1981. Demnach erhielt er zwischen 1981 und 1982 mehrfach Geldprämien zwischen 750,- und 1000,- Mark.[404] Was ihn und seine Arbeit für das Ministerium für Staatssicherheit so wertvoll machte, ist allein aus den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit nicht erklärbar. Einzig die Tatsache, daß er in einer für das Ministerium für Staatssicherheit komplizierten Zeit als Schlüssel-IM im Einsatz war, erklärt womöglich seine Bedeutung. Der IM wurde durch die Geldprämien derart überheblich, daß er schließlich Fehler mit seiner eigenen Konspiration beging und dadurch schließlich enttarnt werden konnte. Im Glauben, für das Ministerium für Staatssicherheit wichtig genug zu sein, meldete sich der IM beim Führungsoffizier nur, wann es ihm gerade paßte oder besser, wenn er gerade finanziellen Nachschub benötigte. Nachdem er sich wieder einmal längere Zeit nicht meldete, bemühte sich ein Führungsoffizier zu seiner Wohnung. Privattelefone gab es kaum. Da Thomas Grund einen Teil der Führungsoffiziere aus eigener Anschauung kannte und der IM nur um die Ecke wohnte, ließ die zunächst eher zufällig scheinende Begegnung mit einem Führungsoffizier am Hauseingang vor dem Haus von Wieland Hoffmann den naheliegenden Schluß zu, der Freund habe wohl etwas mit der „Sache“ zu tun. Diese Vermutung führte schließlich in einem längeren Prozeß, der bis Ende 1982 andauerte, zur Enttarnung des IM „Carlo“. Das Ministerium für Staatssicherheit mußte daraufhin

[401] OV „Kreuz“, MfS Reg.-Nr. X/206/85 und AOP/1691/85.
[402] OV „Dach“, MfS Reg.-Nr. X/1468/88.
[403] IM „Carlo“ Wieland Hoffmann (Dackel), MfS Reg.-Nr. VI/21/80, eröffnet 20.02.1980. Durch Thomas Grund und Walter Schilling im Dezember 1982 als Spitzel enttarnt. Die Zusammenarbeit mit IM „Carlo“ wurde vom Ministerium für Staatssicherheit am 10.04.1984 offiziell beendet.
[404] IM „Carlo“ Wieland Hoffmann (Dackel), Prämienvorschlag vom 10.11.1981, BStU Gera, Bd. 2, Bl. 8.

1984 die Zusammenarbeit mit dem IM beenden.[405] Der Enttarnte war wertlos geworden. Über seinen Verbleib nach 1989 ist nichts bekannt.

IM „Bernd Dürg“[406] (Bernhard Hirt) war in der Jungen Gemeinde Stadtmitte zwischen 1980 und 1983 eher eine Randfigur und gehörte zu deren Umfeld. Wegen zu „roter“ Ansichten kritisierten ihn viele Akteure und nannten ihn auch den „roten Hirten“. Er selbst bezeichnete sich als „Hirt ohne Herde“, womit er nicht falsch lag, denn sein Freundeskreis war sehr klein und bis auf einige wenige weitgehend begrenzt auf das Umfeld der Offenen Arbeit. Sein zentrales Motiv IM zu werden war die Vorstellung, über das Ministerium für Staatssicherheit an der „gesellschaftlichen Macht“ zu partizipieren und im Gratifikationssystem der DDR aufzusteigen. Gleichzeitig vertrat er ganz offen gesellschaftliche Reformen, was ihn in den Augen des Ministeriums für Staatssicherheit unzuverlässig erscheinen ließ. Einige Akteure der Offenen Arbeit unterstellten ihm ganz offen eine Mitarbeit beim Ministerium für Staatssicherheit. Seine Vorstellung von seinem „Marsch durch die Institutionen“ scheiterte schließlich kläglich an seinen Profilierungsvorstellungen und an den Machtverhältnissen. Der IM hatte 1981 und 1882 einen erheblichen Anteil an der „Zersetzungsarbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit gegen den Freundeskreis um Reinhard und Christina Klingenberg.[407] Sie bespitzelte er hauptsächlich und lieferte dafür Persönlichkeitsanalysen. Mit solchen Analysen hatte das Ministerium für Staatssicherheit dann ein Instrumentarium in der Hand, das geeignet war, die Akteure bei Verhören gezielt unter Druck setzen zu können. Anfang 1982 verriet er beide an das Ministerium für Staatssicherheit bei der Planung einer politischen Flugblattaktion. Das führte zu Verhören und zur Verhaftung. Am Ende stand ihre Ausreise in die BRD, wie schon bei zahlreichen anderen Akteuren vorher. Seine finanzielle Entlohnung durch das Ministerium für Staatssicherheit fiel im Vergleich zu der von IM „Helmut Falke“ und IM „Carlo“ bescheiden aus. Er erhielt zwischen 1981 und 1983 mehrfach Geldbeträge von 10,- bis 200,- Mark, wobei am häufigsten Beträge zwischen 10,- und 30,- Mark gezahlt wurden.[408] 1984 entzog er sich desillusioniert der weiteren Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit aus eigenem Antrieb und ging 1984 als Kraftfahrer an die sowjetische Erdgas-Trasse, wo er bis zum Zusammenbruch der DDR arbeitete. 1990 wurde er als IM enttarnt, arbeitslos und gesellschaftlich geächtet.

[405] Grund, Thomas: Brief an den Autor vom 18.06.2002.

[406] IM-Akte „Bernd Dürg“, MfS Reg.-Nr. X/3/78, Beginn 26.07.1978, beendet 06.05.1985.

[407] OV „Apostel“, MfS Reg.-Nr. X/717/81, eröffnet am 12.10.1981, abgeschlossen am 20.05.1982. Hintergrund war die geplante Herausgabe einer illegalen oppositionellen Flugschrift in Jena.

[408] Zur Entlohnung von Spitzeldiensten vgl.: Wawrzyn, Lienhard: Der Blaue. Das Spitzelsystem der DDR, Berlin 1990, S. 48. „Wie viel Geld die Spitzel aller Kategorien erhielten, war nicht einheitlich geregelt. Es hing ab vom Verhältnis des Offiziers zu seinem Spitzel und zu seinem eigenen Abteilungsleiter, der das Geld genehmigen mußte. [...] Sie (die Prämienzahlungen, d. A.) richteten sich nach dem Wert der Informationen und konnten bis mehrere tausend Mark erreichen.“

Zusätzlich ruinierte ihn finanziell sein überzogener Lebensstil durch Überschuldung. 1995 beging er Selbstmord.

IM „Leonardo“ alias „Frank“[409] (Jens Eisenberg) geriet durch familiäre Bindungen in die Fänge des Ministeriums für Staatssicherheit. Jugendgemäße Zerwürfnisse mit dem Vater brachten ihn über einen Onkel zu den „netten Herren“ vom Ministerium für Staatssicherheit, die für ihn eine vermeintlich positive Vaterrolle ausfüllten. In naiver Vorstellung vom „Schutz der sozialistischen Heimat“ ließ er sich schon früh vom Ministerium für Staatssicherheit beeinflussen und instrumentalisieren, um Hausbewohner zu „überwachen“.[410] Nach eigener Aussage hatte er keine tiefergehenden politischen Motive. Dennoch vermittelte ihm der konspirative Einsatz über Jahre positive Gefühle der eigenen scheinbaren Macht, wodurch er seine persönlichen Defizite kompensieren konnte. Nach eigener Aussage widersetzte er sich nur einmal einem Führungsoffizier.[411] Danach hatte er 1979 vom Ministerium für Staatssicherheit den Auftrag erhalten, während der kirchlichen Jugendgroßveranstaltung „June 79“ in Rudolstadt seine Fäkalien zu verbreiten. Hintergrund war das Ziel des Ministeriums für Staatssicherheit, den Jugendlichen Verstöße gegen die öffentliche Ordnung nachzuweisen, was dann als offizieller Grund für ein Verbot weiterer Veranstaltungen herhalten sollte. Zwischen 1982 und 1984 war er einer der Schlüssel-IM gegen die Jenaer Friedensgemeinschaft.[412] Im Auftrag des Ministeriums für Staatssicherheit nahm er als Akteur an wichtigen Treffen und Aktionen der Friedensgemeinschaft teil. Seine Aufgabe war, „Rädelsführer“ der Friedensgemeinschaft zu erkennen sowie deren Rückverbindungen nach Westdeutschland aufzudecken. Sein zunehmender Zweifel veranlaßte ihn nicht, sich gegenüber Akteuren der Offenen Arbeit zu enttarnen, wozu er nach eigener Aussage mehrfache Gelegenheiten gehabt hätte. Dafür reichte sein Mut nicht aus. Zu weit sah er sich bereits in die Fänge des Ministeriums für Staatssicherheit verstrickt, um bei den Betroffenen Verständnis zu erhoffen. Um sich dennoch dem Ministerium für Staatssicherheit zu entziehen, entschloß er sich 1987, einen Antrag auf Ausreise nach West-Berlin zu stellen. Die Verwirklichung dieses Planes konnte aus seiner Sicht nur über das Angebot einer weiteren Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit erreicht werden. Er bot deshalb an, im Westen weiterhin als IM für das Ministerium für Staatssicherheit zu arbeiten.[413] Das Ministerium für Staatssicherheit sah in diesem Argument offenbar eine begründete Möglichkeit, die Kontrolle über die

[409] IMS „Leonardo“ alias IMB „Frank“, Jens Eisenberg, MfS Reg.-Nr. X/275/79. IM von 1979 bis zum Ende der DDR 1989. Die wenigen Dokumente über den IM stammen aus dem Matthias-Domaschk-Archiv Berlin, Ordner Gera/Jena 1978-1982.
[410] IM „Leonardo“. Einsatz- und Entwicklungskonzeption für IMS „Leonardo“ vom 25.02.1980. S. 1-2.
[411] Zeitzeugengespräch mit Jens Eisenberg vom 05.02.2001 mit dem Autor.
[412] IM „Leonardo“. Einsatz- und Entwicklungskonzeption für IMS „Leonardo“ vom 15.12.1983, S. 1-4.
[413] Zeitzeugengespräch mit Jens Eisenberg vom 05.02.2001 mit dem Autor.

vielen in West-Berlin lebenden Exil-Jenaer weiter auszubauen und genehmigte seine Ausreise im Februar 1988. In der Bundesrepublik gelang es ihm dann nach eigener Aussage, einer weiteren Zusammenarbeit als IM mit dem Ministerium für Staatssicherheit aus dem Weg zu gehen, indem er zu den konspirativen Treffen nicht erschien und auf Anweisungen einfach nicht mehr reagierte.[414] Erst nach der Öffnung der Akten des Ministeriums für Staatssicherheit konnte er 1991 enttarnt werden. Heute bereut er sein Handeln, lebt in Berlin und arbeitet als Selbständiger.

Der Gemeindepfarrer der Schiller-Gemeinde in Jena-Ost Siegfried Nenke (IM „Peter Weiß“ alias „Ernst Brenner“)[415] wurde 1978 zum Kreisjugendpfarrer ernannt. Über seine Motive, IM zu werden, liegen keine Erkenntnisse vor. Sicher ist nur seine IM-Tätigkeit zwischen 1962 und 1989. Er war von Anfang an in der Jungen Gemeinde Stadtmitte sehr unbeliebt. Akteure beschrieben ihn in als „ein giftiges Wurzelmännchen [...], das immer auftauchen mußte, um sein Gift zu versprühen, alles kaputt zu reden oder um rumzustänkern. Er war einfach nur ein Stänkerfritze. [...] Nenke war eine lächerliche, nervende Witzfigur. Ich habe den auch nicht ernst genommen, auch nicht als Feind ernst genommen, einfach nur als Nervensäge und dann noch seine merkwürdige Frau dazu.“[416] Als Kreisjugendpfarrer hatte er Zugang zu sämtlichen Bereichen der Jugendarbeit. Im Zusammenhang mit seiner Funktion versuchte er, einzelne Akteure der Jungen Gemeinde zu beeinflussen, aus Gruppenzusammenhängen, die politisch negativ erschienen, herauszubrechen oder zu isolieren, was ihm auch teilweise gelang. Nach seiner Enttarnung 1990 zog er sich aus „Altersgründen“ aus seiner Tätigkeit und Stellung als Pfarrer aus der Schiller-Gemeinde ins Private zurück und lebt seitdem ein beschauliches und gut versorgtes Rentnerleben.

Insgesamt erreichte das Ministerium für Staatssicherheit zwischen 1981 und Ende 1983 eine umfassende, aber dennoch nur oberflächliche Kontrolle der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Was sich dagegen durch die repressive Konfrontation erhöhte war die Bereitschaft der Jugendlichen zum oppositionellen und widerständigen Handeln. Auch die Zuspitzung der Widersprüche zwischen den Jugendlichen und der Institution Kirche seit Mitte 1981 begünstigten diese Entwicklung. Vor allem hieraus begründete sich die Entstehung der unabhängigen Friedensgruppe, der Friedensgemeinschaft Jena. Die permanenten Auseinandersetzungen mit der Kirchenleitung, der Kirchgemeinde und dem damaligen Superintendenten Udo Siebert erzeugten unter einem großen Teil der Jugendlichen Verbitterung und vermittelten ihnen das Gefühl, die Kirchenleitung taktiere um den Preis vermeintlicher Privilegien in der DDR-Gesellschaft. Sie

[414] IM „Leonardo“, hier als IMB „Frank“, Konzeption zum Einsatz des IMB „Frank“ in Westberlin vom 15.02.1988. S. 1-7.
[415] IMS „Peter Weiß“, ab 1979 alias IMB „ Ernst Brenner“, Pfarrer Siegfried Nenke, MfS Reg.-Nr. X/643/62.
[416] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer. In: Grund, Thomas: JG-Heft.

bemängelten das angepaßte Verhalten vieler kirchlicher Mitarbeiter gegenüber der Staatsmacht und befürchteten außerdem nicht ganz zu Unrecht eine Strategie der Kontrolle durch die Kirche. Vor allem diese Befürchtung diskreditierte die Kirche in ihren Augen für einen gemeinsamen politischen Widerstand.

Der seit 1980 zuständige Jugendwart für die Junge Gemeinde in Jena, Karsten Christ, geriet aus diesen Spannungen heraus in den Verdacht, sein Arbeitsstil unterstütze die Kontrolle der Jungen Gemeinde Stadtmitte durch die Kirchenleitung. Die Verdächtigungen gingen teilweise soweit, ihm eine Mitarbeit für das Ministerium für Staatssicherheit zu unterstellen. Das verstärkte auch das Mißtrauen untereinander und die Kontroversen darüber, was und welche Aktivitäten in welcher Form im Rahmen der Jungen Gemeinde überhaupt durchführbar seien, um nicht allzu politisch aufzufallen. Zum Aufgabenbereich des Jugendwartes gehörte die Betreuung aller Jungen Gemeinden in Jena. Schwerpunkt seiner Arbeit war dabei die Junge Gemeinde Stadtmitte. Im Auftrag der Kirchenleitung sollte er hier dafür Sorge tragen, daß die kirchliche Jugendarbeit nicht wieder im Zusammenhang mit politischen Aktionen außer Kontrolle gerät. Das waren im Grunde auch die Ziele von Vikar Stanescu (IM „Runge“) und Pfarrer Nenke (IM „Brenner“). Beide versuchten, christliche Themen in die Arbeit der Jungen Gemeinde verstärkt einzubringen. Damit stießen die kirchlichen Mitarbeiter angesichts der politischen Anspannungen zwischen der Jungen Gemeinde und dem Ministerium für Staatssicherheit bei einem großen Teil auf Ablehnung. In der Auseinandersetzung mit den wichtigsten Akteuren jener Zeit versuchte Karsten Christ nun, sich im eigenen Interesse gegen den Widerstand in der Gruppe durchzusetzen. Sein als autoritär bewerteter Arbeitsstil stand nach Ansicht der Jugendlichen im Gegensatz zum Selbstverständnis der Offenen Arbeit und stimmte mit den wesentlichsten Forderungen der Jugendlichen nach persönlicher Freiheit, Mitbestimmung und antiautoritärem Umgang miteinander nicht überein. Die Auseinandersetzungen um Führungsstil und Inhalte in der Jungen Gemeinde sowie das gegenseitige Mißtrauen zwischen Akteuren und Kirchenleitung beschleunigten in dieser Phase die Entwicklung eines kirchenunabhängigen politischen Widerstandes. Diese Entwicklung war Ausdruck für ein enorm gewachsenes politisches Selbstbewußtsein der zweiten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Aus der traumatisch erlebten Situation um den Tod von Matthias Domaschk hatte sich die Bereitschaft zur offenen Konfrontation mit Staat und Kirche erheblich gewandelt. Die Akteure der Jungen Gemeinde wollten die Themen ihrer Arbeit aus eigenem Interesse und in eigener Verantwortung bestimmen. Dabei setzten sie sich vor allem mit Problemen und Fragen der DDR-Gesellschaft auseinander unter Berücksichtigung ihrer individuellen, sozialen, kulturellen und politischen Bedürfnisse. Diese sahen sie zunehmend beschränkt, eingrenzt und verhindert. Sie betrachteten ihre Lage aber nicht als eine von Gott gegebene, sondern als Resultat politischer und persönlicher Unfreiheit und Unterdrückung. Im Kontext dieser

Erfahrungen und Erkenntnisse suchten sie nach eigenen Lebensentwürfen und Lösungen. Deshalb lehnten sie sich auch bewußt gegen die bestehenden politischen Verhältnisse im Staat und die hierarchischen Zustände in der Kirche auf.

Zahlreiche Themen der Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte waren zwischen 1981 und 1983 auf die persönliche Auseinandersetzung mit der Gesellschaft ausgerichtet. In diesem Zusammenhang rückte vor allem die Diskussion über die Möglichkeit der sozialdiakonischen kirchlichen Jugendarbeit mit ihrem religiösen Arbeitsansatz in den Vordergrund. Sie stand stets im Gegensatz zum offenen und hierarchiefreien Prinzip der solidarischen Selbsthilfe in der Offenen Arbeit.[417] Besonders die politische Solidarität untereinander verstanden die Jugendlichen als Ausdruck dieses Prinzips. Die Jugendlichen wollten das ideologisch verordnete und politisch erzwungene Schweigen über ihre eigenen Probleme und die im Land nicht mehr hinnehmen. Das erforderte von ihnen einen sozialen, politischen und solidarischen Beistand untereinander. Alltägliche Probleme wie Suchtgefährdung durch Alkohol, Selbstmord oder die Ausreise in den Westen waren für die Jugendlichen deshalb nicht nur alltägliche Themen und zugleich Fluchpunkt. Sie signalisierten auch eine Resignation gegenüber den gesellschaftlichen Verhältnissen. Die Ausreise verstanden allerdings viele Jugendliche im Gegensatz zum Alkoholismus und Selbstmord als ein probates Mittel, um sich dem wachsenden repressiven Druck zu entziehen und um aus der ideologisch verordneten Gesellschaft auszusteigen.

Ein weiteres wichtiges Thema der Jugendlichen war ihr Verhältnis zur Elterngeneration, das zumeist dadurch in Spannung stand, weil die Jugendlichen Themen aufwarfen, die von der Elterngeneration tabuisiert oder verschwiegen wurden. Durch die Beschäftigung mit der Zeit des Nationalsozialismus erkannten viele Jugendliche den politischen Mißbrauch des Antifaschismus in der DDR und entlarvten diesen als Manipulation, als Versuch der ideologischen Gleichschaltung und repressiven Unterdrückung Andersdenkender. Vor allem aus dieser Auseinandersetzung resultierte ihre entschiedene Haltung zum Thema Wehrdienstverweigerung und Pazifismus. Die Jugendlichen unterstützten deshalb in logischer Konsequenz die Forderungen der kirchlichen Friedensgruppen zur Einführung eines sozialen Friedensdienstes (SOFD) sowie die Aktion „Schwerter zu Pflugscharen“. Doch das reichte ihnen nicht. Darüber hinaus entwickelten sie eigene Konzepte zur Friedensarbeit und bestimmten darüber ihren Anspruch für die politische Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte.

Ein weiterer wichtiger Punkt in dieser Phase waren die zahlreichen engen Verbindungen zu anderen Gruppen der Offenen Arbeit in der ganzen DDR. Besonders enge Beziehungen bestanden zur Jungen Gemeinde Halle-Neustadt mit Diakon Lothar Rochau, nach Erfurt und Jugendwart Wolfgang Musigmann (Qualle), nach Weimar zu

[417] Vgl. Bagemihl, Kleinert Hg.: Zwischen sozialer Bewegung und kirchlichem Arbeitsfeld. Annäherungen an die Offene Jugend(-)Arbeit, Leipzig 2002.

Herbert Pachmann und Angelika Schön (Schwarze Geli), nach Saalfeld zu Pfarrer Ludwig Große und Peter Vogel (birdy), nach Rudolstadt zu Pfarrer Uwe Koch und Jugendwart Karsten Christ und vor allem zu Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf.
Auch nach Gera und zur kirchlichen Jugendarbeit in Dresden hatten die Jugendlichen Kontakte und Beziehungen aufgebaut. Über diese Verbindungen und durch die zahlreichen überregionalen Treffen bezogen sie einen wesentlichen Teil ihrer wachsenden sozialen, kulturellen und politischen Identität. Es entstand das Gefühl, wir sind nicht allein, sondern um uns herum passiert eine ganze Menge Ähnliches. Die Junge Gemeinde Halle-Neustadt war zwischen 1980 und 1983 die wichtigste Verbindung für die Junge Gemeinde Stadtmitte.[418] Zum Teil beteiligten sie sich auch gemeinsam an kirchlichen Veranstaltungen. Beispiele sind dafür im Oktober 1981 der ökumenische Friedensgottesdienst in Dresden sowie die erste öffentliche Friedensdemonstration in Halle am 04. November1981.[419] Des weiteren beteiligten sich die Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte im Herbst 1981 an der Friedensdekade in Eisenach vom 20. bis 22. November. Die Friedensdekaden wurden ab 1981 zu regelmäßigen jährlichen Veranstaltungen im November und in vielen Städten durchgeführt. Die Junge Gemeinde Stadtmitte beteiligte sich seit 1982 auch in Jena jährlich mit eigenem Programm an dieser Veranstaltung.

Ende 1981, Anfang 1982 spitzte sich die Auseinandersetzung zwischen der Jungen Gemeinde Stadtmitte und dem Ministerium für Staatssicherheit wegen der staatlichen Friedenspolitik zu. Auslöser war neben verschiedenen Initiativen der sich formierenden kirchlichen Friedensbewegung das Bedürfnis der Akteure, endlich unabhängig von jeglichen staatlichen oder kirchlichen Einschränkungen in dieser Frage auch selbst politisch aktiv werden zu können. Der kirchlichen Friedensbewegung einen Schritt voraus, entwarfen Jugendliche der Jungen Gemeinde Stadtmitte in eigener Regie im Dezember 1981 Ideen zur Friedensarbeit. Aus Sicht der SED und des Ministerium für Staatssicherheit handelten die Akteure damit außerhalb der offiziellen DDR-Friedenspolitik. Mit ihren politischen Forderungen nach beiderseitiger Abrüstung stellten sie das ideologische Prinzip militärischer Rüstung in Frage.[420] Im Ergebnis der Diskussion zum Thema Frieden führte die Junge Gemeinde Stadtmitte am 5. Januar 1982 einen Abend zum Thema Abrüstung in Ost und West unter dem Titel „Keine Raketen für Moneten“ durch.[421] Am Ende des Abends schlugen Uwe Sinnig (Käse) und Michael Rost (Rosti) vor, gemeinsam eine Protest- bzw. Friedensresolution zu

[418] Koch, Uwe: Brief vom 24.10.2001 an den Autor.
[419] BStU, Außenstelle Gera, AKG 5736, Bl. 57. Wesentliche Aktivitäten politisch-oppositioneller Kräfte zur Organisierung einer pazifistischen nichtstaatlichen Friedensbewegung, Teilnahme am „Friedensmarsch“ im November 1981 und 1982 in Halle. Es sind 15 Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte als Teilnehmer aufgeführt.
[420] Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 407.
[421] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VI, BStU, Bl. 54.

erarbeiten. Diese Resolution sollte dann in einem offenen Brief an die politischen Führer der Welt gerichtet werden. Die meisten anwesenden Akteure nahmen die Idee bereitwillig, wenn nicht sogar mit Begeisterung auf. Bereits im Anschluß an diesen Abend und in den folgenden Tagen wurde die Resolution zügig ausgearbeitet. IM „Bartholomäus Runge", der an diesem Abend teilnahm, sah die nahende Konfrontation mit der staatlichen Gewalt heraufziehen und berichtete in der Folge dem Ministerium für Staatssicherheit in mehreren Berichten über die neue Entwicklung in der Jungen Gemeinde. Über den Abend vom 5. Januar führte er beispielsweise aus, daß 35 bis 40 Personen in der Jungen Gemeinde versammelt waren und sich mit dem gegenwärtigen Stand der Rüstung beider Militärblöcke und deren finanziellen Ausgaben beschäftigten. In der Diskussion seien die Jugendlichen zu dem Schluß gekommen, daß die Kriegsgefahr so hoch sei, daß jetzt gehandelt werden müsse. Sie sammelten daraufhin Spendengeld für polnische Familien, deren Männer politisch verfolgt zur Zeit im Gefängnis einsitzen. Sie beschlossen weiter, jetzt ein Zeichen für den Frieden setzen zu wollen. Von den verantwortlichen Regierungen forderten sie eine Verzichtsbereitschaft zur Anwendung von militärischer Gewalt und erklärten für sich eine Antikriegsbereitschaft. Es kam dann der Vorschlag, „...daß eine Protestresolution geschrieben werden müßte, also eine Art Unterschriftenaktion, für Abrüstung, keine Atomraketen in Ost und West, mit dem Kern-Punkt, einseitig abzurüsten, oder mit dem Ansatzpunkt, einseitig abzurüsten. Und zwar im Warschauer-Pakt-Bereich einseitig abzurüsten. [...] diese Unterschriftenaktion müßte dann direkt an die Stellen geleitet werden, es wurde also Breschnew genannt, oder auch unsere Regierung. Dabei kamen auch Meinungen wie, diese Texte, die übrigens Rosti und Käse sich zu Hause ausarbeiten wollten, diese Texte auch anderen jungen Gemeinden zu unterlegen oder auch in anderen Städten den Jungen Gemeinden zu geben. Gegen diese Unterschriftenaktion ist sowohl Carsten Christ (Jugendwart Karsten Christ, d. A.) aufgetreten, der derartiges seiner Meinung nach nicht für sinnvoll hält. [...] Auch ich bin gegen das Problem der einseitigen Abrüstung aufgetreten und machte klar, daß dies die Bereitschaftserklärung wäre zu verhungern und sich ausbeuten lassen zu wollen. [...] Falls diese Aktion wirklich in der JG realisiert werden würde, würde ich dagegen auftreten und würde meine Unterschrift unter diese Unterschriftensammlung verweigern und begründen, warum ich es verweigere."[422]

Bereits sieben Tage später, am 12. Januar 1982, wurde die ausgearbeitete Resolution in der Jungen Gemeinde Stadtmitte von Uwe Sinnig und Michael Rost vorgestellt, darüber diskutiert und zur Unterschrift ausgelegt.[423] Die Resolution war als

[422] IM „Bartholomäus Runge", Bd. VI, BStU, Bl. 55 f. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 25.

[423] Maßgeblich mitbeteiligt an der Ausarbeitung und weiteren Vorbereitung der Resolution waren nach bisherigen Recherchen vor allem Peter Rösch (Blase), Ute Hinkeldey, Wolfgang Hinkeldey (Wolle), Dorothea Fischer (Thea), Michael Rost (Rosti), Uwe Sinnig (Käse), Stephan Ziegan (Harzer), Klaus-Peter

offener Brief gleichzeitig an den damaligen amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan sowie an den Parteivorsitzenden der Kommunistischen Partei der Sowjetunion (KPdSU) Leonid Breschnew gerichtet. In ihr formulierten die Jugendlichen an die politischen Führer der Weltmächte: „[...] Da wir uns durch die gegenwärtige zugespitzte Lage auf dem Gebiet der atomaren Hochrüstung bedroht fühlen, richten wir unser Wort an Sie. Einerseits verhungern jährlich Millionen Menschen auf der Erde, während andererseits Milliarden für die Rüstung ausgegeben werden. Können Sie die Last der Verantwortung tragen, die ein Atomkrieg mit sich bringen würde, können Sie das Leid verantworten, das dadurch auf die Menschen zukommen kann? Da wir glauben, daß Sie dies nicht können, appellieren wir an Sie, die entsprechenden Schritte einzuleiten, die eine atomare Katastrophe verhindern. Wir fordern die sofortige Einstellung der atomaren Rüstung, Vernichtung vorhandener Kernwaffen und verlangen von Ihnen, den ersten Schritt zur Abrüstung zu tun.“ [424]

Die Jugendlichen nahmen sich vor, im Anschluß an die Veranstaltung weitere Unterstützung für ihre moralischen und politischen Forderungen zu suchen, vor allem im kirchlichen Raum. Zur weiteren Verbreitung und Veröffentlichung dieser Resolution kam es dann nicht mehr, weil das Ministerium für Staatssicherheit durch die Mithilfe des IM „Bartholomäus Runge“ die Vervielfältigung der Resolution verhinderte. Ursprünglich sollte der als „Jenaer Appell“ bezeichnete Aufruf als Unterschriftenaktion im „Republik-Maßstab“ verbreitet werden.[425] Als öffentliches Podium sollte dazu das seit 1980 jährlich veranstaltete Gesamt-Treffen der DDR-weiten Offenen Arbeit in Hirschluch bei Storkow genutzt werden. Doch wichtige Initiatoren der Resolution konnten an dem Treffen nicht teilnehmen. Sie waren inzwischen mit der polizeilichen Auflage belegt, die Stadt Jena unter Androhung weiterer Strafen nicht zu verlassen. Fast zeitgleich zur der Jenaer Aktion wurde am 12. Januar 1982 der von Rainer Eppelmann und Robert Havemann initiierte „Berliner Appell“ öffentlich bekannt. Vor allem dadurch und durch das Eingreifen des Ministeriums für Staatssicherheit verlor die Jenaer Aktion schnell an Dynamik. Der „Berliner Appell“ spielte in Hirschluch und im weiteren Verlauf eine weit größere Rolle, auch in der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Nach dem Bekannt werden der Jenaer Resolution beim Ministerium für Staatssicherheit folgten schon fast schon wie gewohnt Verhaftungen, Verhöre und weitere polizeiliche Auflagen. Die Initiatoren wurden unter Androhung von Ordnungsstrafen polizeilich angewiesen, die Stadt nicht zu verlassen. Jugendwart Karsten Christ und IM „Bartholomäus Runge“ hatten sich ja bereits im Vorfeld heftig gegen eine öffentliche Unterschriftenaktion ausgesprochen. Sie hatten immer wieder gefordert, daß eine solche

---

Wenzel, Reinhard Klingenberg (Früchtchen), Gerold Hildebrand (Hilli), Thomas Grund (Kaktus), Carsten Hahn und Carsten Osse (Ossi).

[424] Vgl. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena, Chronologie 1980-1989, S. 76.

[425] Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 407.

Initiative nicht ohne den Segen der Kirche ablaufen solle, da sie sonst zur kriminalisierbaren Privatinitiative werden würde. Das hieß für die Akteure konkret, daß die Kirche nicht bereit war, Jugendlichen, die sich politisch engagierten, einen Schutz vor staatlicher Repression zu gewähren. Das war ein nicht zu unterschätzendes Argument, denn es ging in der Konsequenz solcher politischen Aktionen auch immer um die Überlebensfrage der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Und diese hing oft von der Duldung der Jugendlichen in den kirchlichen Räumen durch die Kirchengemeinde ab. Die Interessen zwischen den Jugendlichen und den beiden kirchlichen Mitarbeitern konnten von da an nicht gegensätzlicher sein.

Drei Tage nach der Unterschriftenaktion in der Jungen Gemeinde Stadtmitte wurden die Initiatoren der Resolution[426] dem Ministerium für Staatssicherheit zugeführt. Auch Jugendwart Karsten Christ und Vikar IM „Bartholomäus Runge“ mußten erscheinen. Sie sollten nun Rede und Antwort stehen, wie es dazu gekommen war. Das Hauptziel des Ministeriums für Staatssicherheit war bei dieser groß angelegten Aktion zuerst die Verhinderung weiterer Aktivitäten sowie die öffentliche Verbreitung der Resolution. Außerdem wollte man mit der Zuführung der kirchlichen Mitarbeiter eine weitere Verunsicherung der Akteure untereinander erreichen. Die Jugendlichen wurden zudem aufgefordert, die existierenden Exemplare herauszugeben und den Verbleib der verteilten Exemplare anzuzeigen. Anderenfalls, so drohten die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit beispielsweise Ute Hinkeldey an, würden ihr die Kinder entzogen und in ein staatliches Heim verbracht.[427] Nach den Verhören kam es zwischen den Akteuren und der Jenaer Kirchenleitung zu einer „Krisensitzung“, um die Ereignisse einordnen und bewerten zu können. Den Betroffenen war klar, daß das Ministerium für Staatssicherheit Informationen hatte, die nur von einem IM kommen konnten. Es galt nun zu überlegen, wie mit der staatlichen Repression umgegangen werden könne, welchen Schutz die Kirche gewähren würde und wie weit man bereit war, sich in dieser Auseinandersetzung zu stellen. Zusammengekommen waren die Akteure des „Jenaer Appell“ sowie die kirchlichen Mitarbeiter Jugendwart Karsten Christ, Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge“), Kreisjugendpfarrer Nenke (IM „Brenner“) und Superintendent Udo Siebert. Es wurde schnell klar, daß die kirchlichen Mitarbeiter nicht bereit waren, sich uneingeschränkt hinter die politischen Aktionen der Jugendlichen zu stellen. Einzig Superintendent Udo Siebert war dazu bereit, der Gruppe für weitere politische Aktionen Unterstützung anzubieten.[428] Seine Bedingung lautete

[426] Ute Hinkeldey, Dorothea Fischer, Michael Rost, Uwe Sinnig, Thomas Grund, Peter Rösch. Angaben von Peter Rösch im Brief an den Autor vom 15.03.2002.

[427] In staatliche Kinderheime kamen neben elternlosen Kindern so genannte schwer erziehbare Kinder und Kinder von straffällig gewordenen Eltern, die oft politisch Verfolgte waren.

[428] „Bei dem Krisengespräch mit Siebert waren außer mir mindestens noch ein bis zwei weitere dabei, weiß aber nicht mehr wer.“ Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002. Durch zwei

allerdings, nur in Absprache mit der Kirchenleitung, also mit ihm persönlich. IM „Bartholomäus Runge“ informierte umgehend am 16. Januar 1982 das Ministerium für Staatssicherheit und empörte sich dabei über das Verhalten von Superintendent Udo Siebert gegenüber den Jugendlichen. Dieser habe hinter vorgehaltener Hand gegenüber den Jugendlichen geäußert, „...wenn wieder was anstehe im kleinen Kreis, dann solle man dies mit ihm vorher absprechen.“[429] Die Haltung des Superintendenten war damit klar. Grundsätzlich verstand und unterstützte er die politischen Anliegen der Jugendlichen. Als Verantwortlicher der Stadtgemeinde mußte er jedoch offiziell eine Position gegen die Jugendlichen einnehmen. Trotzdem wagte er es, das Vorgehen von SED und Ministerium für Staatssicherheit gegen die Jugendlichen zu kritisieren. Amtlich legte er sich allerdings auf die Position fest, Politisches nicht offen zu unterstützen. Gleichzeitig versuchte er, die politischen Aktionen der Akteure in den legalen Rahmen der Kirche einzubeziehen. Nicht allen Akteuren reichte diese Möglichkeit jedoch aus. Sie registrierten zwar die Sympathie des Superintendenten, waren aber mit seiner verdeckten Taktik nicht einverstanden. Bei den Jugendlichen kam zudem die Befürchtung auf, durch zu starke Einbindung in den kirchlichen Rahmen ihre Eigenständigkeit aufgeben zu müssen und ihr eigenes politisches Profil zu verlieren.

Trotz der massiven kirchlichen Einschränkungen und den repressiven staatlichen Maßnahmen gelang es den Jenaer Akteuren, eine gruppenübergreifende Diskussion über das Thema Frieden und Verantwortung in der Offenen Arbeit anzustoßen. Ungeachtet der Auflage durch die Volkspolizei, die Stadt Jena in den nächsten Wochen nicht zu verlassen, fuhr Peter Rösch zum Gesamttreffen der Offenen Arbeit vom 21. bis 23. Januar 1982 nach Hirschluch. Dort berichtete er von den repressiven Maßnahmen gegen die Jugendlichen, die Auflagen der Volkspolizei, den Verhaftungen und den Verhören. Der Informationsaustausch hatte besonders für die überregionale Solidarisierung der DDR-weiten Offenen Arbeit eine große Bedeutung.

Welche Folgen Verstöße gegen die Auflagen der Volkspolizei und des Ministeriums für Staatssicherheit haben konnten, zeigt der Fall von Thomas Grund. Er hielt sich ebenfalls nicht an die polizeiliche Auflage, Jena nicht zu verlassen. Stattdessen fuhr er an einem Wochenende zu seiner kirchlichen Ausbildungsstätte nach Potsdam. Auf der Rückreise von seinem Konsultationswochenende kontrollierte ihn die Volkspolizei am Bahnhof in Jena. Nach Feststellung seiner Personalien war klar, um wen es sich handelte und welche Auflagen bestanden. In der Folge sollte er eine Ordnungsstrafe in Höhe von 250,85 Mark zahlen. Der Vorwurf lautete: „Sie haben durch die Mißachtung des Reiseverbotes vorsätzlich das sozialistische Zusammenleben

---

Akteure bestätigt: Zeitzeugengespräch Dorothea Fischer vom 18.01.2001 mit dem Autor. Zeitzeugengespräch mit Udo Siebert vom 08.05.2001 mit dem Autor.

[429] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VI, BStU, Bl. 73.

der Bürger in der Öffentlichkeit gestört“.[430] Der Vorwurf war absurd und die Folgen der Willkür für die Betroffnen nicht absehbar.

Die ständigen Repressionen von Seiten der Staatsmacht verursachten zunehmend Störungen und Konflikte zwischen den Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte und Superintendent Udo Siebert. Dem Superintendenten gelang es dabei nicht, die Jugendlichen für seinen auf kirchliche Möglichkeiten festgelegten Weg zu überzeugen. Die Haltung der Jugendlichen gegenüber Siebert war deshalb genau so ambivalent wie die von Siebert gegenüber den Jugendlichen. Einige mißtrauten ihm grundsätzlich, andere befürworteten seine Bemühungen um die Gruppe. So verwundert es nicht, beide Meinungen in einem Urteil über Siebert zu finden. „Also, in der JG wollten wir gar nichts mehr veranstalten, ich jedenfalls nicht. Es gab in unserer Gruppe andere Leute, die haben den Kontakt zur JG gehalten, für mich war zu dieser Zeit die JG schon völlig passé. Es ging darum, inwieweit können wir uns auf ihn, den Superintendenten verlassen, inwieweit könnte er unsere Bemühungen unterstützen, was weiß er. [...] Ich hatte nie bei ihm das Gefühl, daß er ein falsches Spiel treibt wie Nenke oder Stanescu, wo es immer klar war: da stimmt etwas nicht.“[431]

Während Superintendent Udo Siebert von den Jugendlichen unterschiedlich beurteilt und bewertet wurde, hatte das Ministerium für Staatssicherheit eine eindeutigere Meinung von ihm. Hier galt er als ein Mann der Kirche, „...der [...] unserem Staat und der Politik der Partei ablehnend gegenüber steht. S. ist ein Verfechter der sogenannten offenen Jugendarbeit.“[432]

Mit seiner widerstreitenden Haltung gegenüber den Jugendlichen geriet Superintendent Siebert auch in die Kritik der Kirchengemeinde. Am 2. Januar 1983 äußerte sich beispielsweise Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf bei einem Treffen in der Jungen Gemeinde Stadtmitte gegenüber dem IM „Bartholomäus Runge“ zu den Vorgängen Ende Dezember 1982 in Jena und zur Haltung von Siebert dazu. Schillings Meinung galt den Jugendlichen stets als Integer und war damit auch Richtungweisend für sie. In dem Gespräch informierte Schilling den IM eher unfreiwillig über einige Zusammenhänge der Schweigeminute am 24. Dezember 1982 und bezieht sich dabei auf Aussagen des damaligen Jugenddiakons der Jungen Gemeinde Stadtmitte, Jürgen Hoffmann: „...die Haltung des Superintendenten, so wie Jürgen Hoffmann über Nenke erfahren hat, war beim Rat der Stadt in seinem Sinne positiv. So hat der Superintendent den Vorwurf der Stadträtin abgewiesen, daß in der Jungen Gemeinde durch Rost und

[430] Ordnungsstrafverfügung gegen Thomas Grund vom 17.05.1982, Volkspolizeikreisamt (VPKA) Jena. In: Ordner J-31.1., Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“.
[431] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer vom 18.01.2001 mit dem Autor.
[432] Bericht über Reaktionäre kirchliche Amtsträger und Mitarbeiter, Aktenzeichen AKG 5736, Bl. 56, BStU, Bl. 58.

Sinnig die Schweigeminute angekündigt worden sei.“[433] In eigener Beurteilung meint Schilling weiter dazu: „…daß seiner Meinung nach eine derartige Schweigeminute für den Frieden nicht sinnvoll sei, es käme nichts heraus dabei. Andererseits, wenn die Jugendlichen so eine Veranstaltung schon einmal stattfinden lassen würden und die Sache im Rollen ist, würde er sich, um der Jugendlichen willen, mit ihnen solidarisieren. Eine derartige Haltung oder ähnlicher weise sieht Schilling auch beim Superintendenten Siebert, obwohl Schilling sagt, Siebert ist sehr ängstlich, hat kein Rückgrat und kann nicht aus sich herausgehen. Am Ende des Gespräches stellte Schilling noch fest, daß gegenwärtig in Jena eine Atmosphäre des Mißtrauens herrsche. Die Jugendlichen suchen und verdächtigen einander, wer mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenarbeitet bzw. wer seinen Mund nicht halten kann und somit Informationen nach draußen gelangen. Schilling bemängelte diese sogenannte Hektik in Jena und betonte, daß Jena gegenüber anderen Städten eine besondere Ausnahme bilde und das Mißtrauen gegenüber der Kirche hier besonders groß sei.“[434]

Ende Januar 1983 kam es zu einem weiteren Gespräch zwischen Pfarrer Walter Schilling und dem IM „Bartholomäus Runge“. Hier äußerte sich Schilling während des Gesamttreffens der Offenen Arbeit in Hirschluch noch einmal zu den Auswirkungen auf das Vertrauensverhältnis zwischen den Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte in Jena und Superintendent Udo Siebert im Zusammenhang mit den Verhaftungen nach der „Schweigeminute“ am 24. Dezember 1982: „...es würde vielleicht noch etwas zu machen sein, wenn ein ordentlicher Superintendent da wäre. Mit Siebert ist ja nicht zu rechnen, weil dieser sich nach keiner Seite hin festlegen will.“[435]

Superintendent Udo Siebert hatte sich im konkreten Fall nicht hinter die Verhafteten gestellt, weil er zu der Überzeugung gelangt war, die Akteure seinen keine Mitglieder der Jungen Gemeinde Stadtmitte oder einer anderen Kirchengemeinde. Sie würden außerdem politisch motivierte Handlungen gegen den Staat planen und durchführen, die die Kirche in dieser Form für sich ablehnen müsse.[436] Eine solche Haltung wurde von den Akteuren als gegen sie gerichtet wahrgenommen. Einzig das Ministerium für Staatssicherheit war ungebrochen davon überzeugt, daß Udo Siebert ein Feind des Staates sei. Die Einschätzung von Udo Siebert durch das Ministerium für Staatssicherheit lautete in dieser Konsequenz auch noch 1985: „Operativ bedeutsam ist, daß die Offene Arbeit in Jena, im Gegensatz zu anderen Supturen, nach wie vor vom zuständigen Superintendenten Siebert gestützt wird, so daß eine Disziplinierung dieses

[433] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, BStU, Bl. 124 f., Vgl. Dokumentenanhang Dok. 26.
[434] Ebenda, Bl. 125. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 26.
[435] Ebenda, Bl. 158.
[436] Zeitzeugengespräch Udo Siebert mit dem Autor vom 02.08.2001.

Personenkreises von Seiten kirchlicher Amtsträger nicht zu erwarten ist.“[437] Doch 1985 hatte sich die Situation der Jungen Gemeinde Stadtmitte und die Haltung des Superintendenten verändert. Gerechterweise muß an dieser Stelle auch darauf verwiesen werden, daß die Junge Gemeinde Stadtmitte ohne Superintendent Udo Siebert in den achtziger Jahren nicht überlebt hätte. Seinem Engagement ist es wesentlich zu verdanken, daß die Räume fast immer offen blieben, zum Teil auch klar gegen staatliche Auflagen und Einschränkungen. Die Aussagen von Walter Schilling über Vertrauen, Mißbrauch und Gefahren zeigen aber, wie angespannt die Situation 1982/83 in Jena war.

Die Junge Gemeinde Stadtmitte war nach dem Scheitern des „Jenaer Appells“ vom Januar 1982 nicht geschockt. Im Gegenteil, das Aufbegehren der Jugendlichen schien mit jeder Repression an weiterer Dynamik zu gewinnen. Den nächsten Höhepunkt im Ringen um eigenständige politische Inhalte und Aktionen zum Thema Friedensarbeit im Rahmen der Evangelischen Kirche erlebten die Akteure im März 1982. Aus Anlaß einer von Seiten des Staates organisierten Gedenkfeier zum 37. Jahrestag der Bombardierung Jenas im Zweiten Weltkrieg am 18. März 1982 wollten die Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte am 19. März einen selbständig organisierten Gedenkgottesdienst ausrichten. IM „Bartholomäus Runge“ nannte als Hauptinitiatoren die „Klingenberg-Gruppierung“.[438] Mehrere Vorbereitungsabende in der Jungen Gemeinde Stadtmitte und Treffen mit Superintendent Udo Siebert folgten. Im Ergebnis wurde das Anliegen der Jugendlichen durch den Superintendenten erneut untersagt, weil die Jugendlichen mit dieser Veranstaltung neue Spannungen zum Staat provozieren würden. IM „Runge“ erklärt dazu in einem IM-Bericht, der Grund hierfür sei gewesen, daß die Jugendlichen von Feindbildern ausgehen würden, die nichts mit christlicher Ethik zu tun hätten. Der geplante Abend trage keine religiöse Dimension, sondern sei eine rein politische Veranstaltung. Zu dieser Meinung sei Superintendent Siebert durch eigene Einschätzung gelangt. Einer Einflußnahme dieser Haltung durch staatliche Stellen widerspräche er trotz der kurz zuvor geführten Gespräche mit dem Oberbürgermeister.[439] Mehrere Initiatoren wurden außerdem durch die Abteilung Inneres vom Rat der Stadt Jena unter Androhung von Haftstrafe dazu aufgefordert, die Veranstaltung nicht durchzuführen. Damit war das Vorhaben im Rahmen der Kirche gescheitert.

Durch dieses Ereignis fühlten sich die Akteure in ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Superintendenten und der Kirche weiter bestätigt. Das führte in der

[437] OV „Kreuz“, MfS Reg.-Nr. X/1691/88, Bd. 2, Sachstandsbericht vom Oktober 1985, BStU, Bl. 138. „In einem Gespräch mir gegenüber hat Konstantin etwa 83 geäußert: Siebert ist Antikommunist und schützt die JG deshalb.“ Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002.
[438] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VI, BStU, Bl. 131.
[439] Ebenda, Bl. 162.

Folge dazu, daß sich die oppositionellen Jugendlichen aus der Arbeit der Jungen Gemeinde zurückzogen. Damit verlor die Jungen Gemeinde Stadtmitte vorübergehend an Attraktivität und Bedeutung. Gleichzeitig entwickelte sich eine neue, szeneübergreifende oppositionelle Szene außerhalb der Kirche, die nun eine eigene unabhängige öffentlichkeitswirksame Friedensarbeit anstrebte. Auslöser der folgenden Radikalisierung der Opposition in Jena und deren Formierung zum politischen Widerstand waren also nicht allein die „Zersetzungsmaßnahmen" des Ministeriums für Staatssicherheit sondern vor allem die ambivalente Haltung der Evangelischen Kirche in Jena.

Schon im April 1982 kam es im Zusammenhang mit dem Gedenken an Matthias Domaschk anläßlich seines 1. Todestages zu erneuten politischen Aktionen in Jena. Die Hauptbeteiligten waren Michael Blumhagen, Manfred Hildebrandt und Roland Jahn. Sie wurden nach einander von der Polizei und dem Ministerium für Staatssicherheit ermittelt, verhaftet, und zu Gefängnisstrafen verurteilt. Als Reaktion auf das erneut repressive Vorgehen der staatlichen Organe solidarisierten sich die inzwischen außerkirchlich agierenden Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit den Betroffenen. Sie organisierten aus diesem Anlaß im November und Dezember 1982 die Jenaer Schweigeminuten „Schweigen für den Frieden". Mitinitiatoren waren Frank Rub und Frau Ev sowie Peter Kähler. Sie zählten sich im eigenen Selbstverständnis nicht zur Jungen Gemeinde. Zusammen mit der Gruppe um Ute Hinkeldey, Thea und Michael Rost aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte bildeten sie eine gemeinsame oppositionelle Gruppe, aus der im März 1983 die Jenaer Friedensgemeinschaft hervorging. Die beiden Schweigeminuten waren die entscheidenden Vorläuferaktionen auf dem Weg dorthin.

1982 rückten einige jüngere Jugendliche in die Junge Gemeinde Stadtmitte nach. Einige ältere Akteure, so beispielsweise Thomas Grund, bildeten bis Mitte 1983 gemeinsam mit Diakon Jürgen Hoffmann das Rückrat der Gruppe. Davon profitierten besonders die Jugendlichen, die aus sozialen Gründen oder kulturellen Interessen kamen. Die offenen Kirchenräume der Jungen Gemeinde Stadtmitte sollten den Jugendlichen Schutz vor dem willkürlichen Zugriff des Staates und ein geeignetes Lernumfeld bieten. Trotz des temporären Bedeutungsverlustes war die Junge Gemeinde Stadtmitte nach wie vor Anlauf- und Informationszentrum für viele Jugendliche. Neben ihrer politisierenden Atmosphäre war sie stets auch ein soziales und kulturelles Jugendzentrum.[440] Und um diese Aspekte ging es Diakon Hoffmann und Thomas Grund. Beide gehörten deshalb nicht zu denjenigen, deren politisches Engagement sich oppositionell und widerständig radikalisierte. Ihr Ziel war es vielmehr, die politischen Auseinandersetzungen mit Staat und Kirche im Interesse der Jugendlichen zu relativieren oder auszuräumen. Das entsprach weitgehend der Linie des

[440] Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002.

Superintendenten und der anderen kirchlichen Mitarbeiter. Mit dieser Haltung standen sie aber gleichzeitig gegen das politische Selbstverständnis der sich formierenden Friedensgemeinschaft, die der offenen Konfrontation mit der Staatsmacht nicht mehr ausweichen wollte. Sie sah die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche nicht nur im Gewähren von sozialen und kulturellen Freiraum, sondern vor allem als Ausgangspunkt einer Politisierung der Gesellschaft. Die Junge Gemeinde sollte ein politisches oppositionelles Zentrum sein.

Zu unterschiedlich waren aber die Motive, Interessen und Ziele der beiden Seiten. Die Berührungspunkte beschränkten sich deshalb bis Anfang 1983 im Wesentlichen auf die Nutzung der Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Es herrschte zwar gegenseitiges Interesse, das war aber im wesentlichen von einem neutralen Umgang miteinander geprägt war. „Ja, da gebe ich dir Recht aus meiner Sicht. Richtig. Kaktus hat mich nicht unterstützt. Er hat mir aber auch nie etwas ausgeredet, sondern immer gesagt: Versuche es. Mach es. Das und das könnte passieren, aber versuche es. Während die anderen es mir ausredeten. Ich habe keine direkte Unterstützung von Kaktus erhalten, aber ich wußte: Jeder hat eben seine eigenen Schwerpunkte, aber man kann sie nebeneinander bestehen lassen und akzeptiert sich. Ich denke, das Hauptargument war, daß die JG erhalten bleiben muß, daß sie als soziale Institution sozusagen unbedingt erhalten bleiben muß, als Beratungs- und Anlaufstelle, und daß das Politische raus muß. Daß mit jeglicher Politisierung, die da stattfindet, die Gefahr Stück für Stück wächst, daß die JG generell geschlossen wird. Das war immer das Hauptargument. Und da konnte man schlecht etwas dagegen tun. [...] Und ich wäre viel weiter gegangen und hätte es eben darauf ankommen lassen. Aber ich war eben auch jünger und unerfahrener und aus dem Grund vielleicht auch viel radikaler. Ich hatte auch nicht die Verantwortung für die JG zu tragen. Ich habe gedacht, nun, wenn die JG geschlossen wird, dann müßte es eben im privaten Rahmen weiter gehen. Ich denke, ich war auch unbedarfter. Und im Nachhinein denke ich, hatte das Argument auf jeden Fall auch Recht. Damals habe ich es so gesehen: Es gibt genügend andere JG´s, die werden dann in dem Sinne umfunktioniert werden können. Diese JG, die hat eine ganz eigene Geschichte, da hat Politik schon immer eine ganz große Rolle gespielt, und so sollte es auch weitergehen.“[441]

Die Staatsicherheit machte grundsätzlich keine Unterschiede, wer welches Interesse an der Jungen Gemeinde Stadtmitte verfolgte. Sie notierte und registrierte jeden und alles, das irgend etwas mit ihr zu tun hatte. So verwundert es nicht, daß für den Zeitraum 1981 bis 1983 unzählige Menschen in IM- und Opferakten auftauchen. Sie wurden oft in Zusammenhänge gestellt, die nicht mit der Realität übereinstimmten. Zumeist nachträglich konstruiert und inhaltlich verkürzt, entwarfen diese Berichte

[441] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer mit dem Autor am 18.01.2001.

Bilder von Menschen, die politische Feinde sein sollten. Ein Beispiel für solch ungenaue Darstellungen ist ein Dokument der Bezirksverwaltung Gera aus dem Jahr 1983. Dabei handelt es sich um eine Sammelakte zu „Personen mit oppositionellen Denk- und Verhaltensweisen“ in Jena. In ihr wurden alle wichtigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Bereiche der Stadt aufgelistet und festgehalten, wo sich nach Meinung des Ministeriums für Staatssicherheit „feindlich-negative“ Personen befinden. Das Dokument umfaßt insgesamt 155 Seiten und ist gegliedert in die Bereiche staatliche Betriebe und Kombinate sowie kirchliche und kulturelle Einrichtungen. Unter der Überschrift: „Wesentliche Aktivitäten politisch-oppositioneller Kräfte zur Organisierung einer pazifistischen nichtstaatlichen Friedensbewegung - Teilnahme am „Friedensmarsch“ im November 1981 und 1982 in Halle“[442] wurden hier 16 Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte namentlich aufgeführt, die am besagten Friedensmarsch teilgenommen hatten. Das Ministerium für Staatssicherheit konstruierte aus dieser Tatsache und weiteren Informationen,[443] die Jugendlichen verfolgen das Ziel der „Organisierung einer pazifistischen nichtstaatlichen Friedensbewegung“. Das war schlicht falsch. Die Formulierung war reine ideologische Propaganda und Verfolgungsgrund zugleich, und es entsprach dem Feindbild der Tschekisten.

Die Gefahr der politischen Verfolgung von Jugendlichen aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte ergab sich oft aus solchen konstruierten Zusammenhängen. Sie dienten dem Ministerium für Staatssicherheit dazu, den Jugendlichen nicht nur „feindlich-negative“ Ziele und Handlungen zu unterstellen, sondern auch strafrechtliche Verfolgungen durchzusetzen. Im Zwang der ideologischen Planerfüllung produzierte das Ministerium für Staatssicherheit seine Feinde selbst auf dem Papier.[444]

Die größte Gefahr aber bestand ganz besonders für diejenigen, die von Inoffiziellen Mitarbeitern als oppositionell erkannt und deshalb noch skrupelloser verraten wurden. In den IM-Berichten des IM „Bartholomäus Runge“ werden neben zahlreichen Personen sehr viele Aktionen aufgeführt, die in irgend einem Zusammenhang mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte standen. Nicht alle hier aufgeführten Jugendlichen waren aber von vornherein oppositionell. Die Erwähnung in einem solchen IM-Bericht reichte dennoch oft für eine politische Verfolgung aus. Die hohe Anzahl der aufgeführten Personen in den IM-Berichten des „Bartholomäus Runge“ weisen neben der Gefahr der politischen Verfolgung noch auf ein anderes wichtiges Moment hin, nämlich auf den hohen Bekanntheitsgrad der Jungen Gemeinde Stadtmitte und deren soziale, kulturelle und politische Vernetzung. Die Frage nach dem

[442] Dokument der Bezirksverwaltung Gera des Ministeriums für Staatssicherheit, Aktenzeichen AKG 5736, Bl. 68, BStU-Außenstelle Gera, Bl. 70.
[443] Vgl. IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VI, BStU, Bl. 71 ff. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 27.
[444] Vgl. Referat Leiter BV zur Dienstkonferenz pol. Untergrundtätigkeit 1983, Dokumentation 28.10.1986, MfS Reg.-Nr. SLK 3343.

oppositionellen Selbstverständnis der Akteure muß aber letztlich im Einzelfall geprüft werden, denn in der Realität stand dieses oft der Bewertung der IM oder des Ministeriums für Staatssicherheit entgegen. Die Aufführung einer Person in einer Akte sicherte dem Betroffenen in jeden Fall die Einordnung als „Feindpotential" unabhängig davon, ob die Zusammenhänge stimmten oder nicht. Für den Zeitraum vom November 1981 bis Oktober 1984 sind in nur zwei von insgesamt 12 IM-Bänden auf ca. 650 Seiten rund 120 Personen erfaßt, darunter vierundzwanzig Personen von außerhalb Jenas.[445] Die Bände VI und VII geben für den zu untersuchenden Zeitraum einen ausführlichen Überblick über die Arbeit des IM „Bartholomäus Runge" gegen die Offene Arbeit Jena aber auch über die Ereignisse und Aktionen der Jungen Gemeinde Stadtmitte.

Die wichtigsten kirchlichen Mitarbeiter waren danach für die Jungen Gemeinde Stadtmitte in Jena bis Mitte 1982 Jugendwart Karsten Christ, ab Herbst 1982 Diakon Jürgen Hoffmann, Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke (IM „Peter Weiß" alias „Ernst Brenner", Mitglied im Altendorfer Friedenskreis seit Gründung 1981) und Superintendent Udo Siebert. Außer ihnen nennen die Berichte des IM „Bartholomäus Runge" Pfarrer Schack und den Studentenpfarrer Michael Dorsch. Enge Beziehungen

[445] IM-Akte „Bartholomäus Runge", Bd. VI und VII. Alle hier in namentlicher Reihenfolge aufgeführten Personen sind in den Berichten des IM für das Ministerium für Staatssicherheit erfaßt worden. Dies entspricht gleichzeitig der chronologischen Reihenfolge in den IM-Akten: Thomas Auerbach, Jürgen Fuchs, Gabi Kucka (Kuga), Christine Klingenberg (Hopser), Reinhard Klingenberg (Früchtchen), Bernd Albrecht, Petra Möhl (verh. Grund), Jan Seifert, Manfred Bein (Beini), Christian Karl (Mao), Kay Osterloh (Oster), Peter Gräfe (Goofy), Ulfried Hermann (Bröckel), Reha Faßler (IM „Rita Schön"), Peter Weber (Bohne), Kay Möller, Annegret Osse, Carsten Osse (Ossi), Uwe Sinnig (Käse), Michael Rost, Gerold Hildebrand (Hilli), Dorothea Fischer (verh. Rost), Wieland Hoffmann (Dackel, IM „Carlo"), Thomas Grund (Kaktus), Ute Hinkeldey, Wolfgang Hinkeldey (Wolle), Stefan Ziegan (Harzer), Horst Petzold, Klaus-Peter Wenzel, Andreas Friedrich (Frieder), Peter Rösch (Blase), Matthias Domaschk (Matz), Klaus Seiler, Andreas Cosmalla (Sohn von Pfarrer Cosmalla), Cornelia Schatz, Cornelia Weizmann, Jens Eisenberg (IM „Leonardo alias IM „Frank"), Karin Pachaly (geb. Pforte), Max Pachaly, Waldemar Holtorff, Gabriele Holtorff, Carsten Hahn, Uwe Barfuß, Hans-Helmut Kurz (Ponder), Wolfgang Diete (Tarzan), Uwe Stiem, Annette Simon (Fürchterliche), Ines Wrhel, Matthias Holzbauer (Holzi), Beate Dittmar, Liane Kleinschmidt, Alf Heinecke, Oliver Jahn, Peter Veit, Katrin Baum (Henna, verh. Vogel), Henning Pietzsch, Gero Nosper, Jochen Heinecke, Ina Hildebrandt, Christine Schulze, Susanne Kalyski, Eckhard Müller, Frank und Evelyn Rub, Edgar Hillmann, Peter Kähler, Uwe Behr, Lutz Leibner, Lutz Rathenow, Roland Jahn, Manfred Hildebrandt, Michael Blumhagen, Andreas Greiner-Napp (Reini), Freya Greiner-Napp, Mario Dietsche, David Dulitz, Heike Scholz, Petra Falkenberg, Norbert Mildner, Herr und Frau Schlutter, Roberto Isnardy, Gabriele Isnardy, Martina Arndt, Carmen Heyne, Lars Bauer, Rene Levrechon, Alexander Adamek, Kirsten Uhrlau, Katrin Müller, Oliver Friedrich, Jörg Zickler (Jolli), Ralf Zeitschel (Großer Rolli), Rolf Pforte (Kleiner Rolli), Uwe Prast (Der lange Uwe), Thomas Ködel (Knete), Annegret Moll (Molli, verh. Prast), Thomas Müller (Karate-Müller, IM „Georg Reich"), Uwe Grüning und Manfred Rinke (Kiste, IM „Raffelt") beide aus Dresden, Stephan Liebezeit (Fischi) aus Dresden, Thomas Stockelbusch (Stockel), Hardy Huhle (Hardy) und Uwe Kulisch (Kuli) alle drei aus der Offenen Arbeit Berlin, Matthias Büchner aus der Offenen Arbeit Erfurt, Peter Meier (Apache) aus der Offenen Arbeit Potsdam, Rolf & Wolfgang Göthe (Göthe) sowie Frank Eckhardt (Klöppel) aus Apolda, Jürgen Vogel (Birdy) und Uwe Petzold (Petzi) aus der Offenen Arbeit Saalfeld, Stephan Jähnig (Salem) aus Karl-Marx-Stadt und Bernd-Volker Hesse (Hede) aus Halle. Weitere Personen ohne vollständigen Namen und in verschiedenen Zusammenhängen: „Moses" (vermutlich aus Dresden), „Knoten", Eckbert, Kerstin, Frank, „Würfel", Bärbel, Michaela und Katrin.

hatte die Junge Gemeinde Stadtmitte aber auch zu kirchlichen Mitarbeitern außerhalb Jenas, so zu Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf, zu Pfarrer Uwe Koch aus Rudolstadt, zu Diakon Lothar Rochau in Halle und zu Lothar König aus Erfurt.[446] Sie leiteten die Offene Arbeit in ihren jeweiligen Gemeinden.

Auch verschiedene Treffen des Thüringer Landesbischofs Werner Leich mit Jenaer Jugendlichen zwischen 1981 und 1983 werden in den IM-Akten aufgeführt. Er traf in Jena unter anderem Akteuren der Jenaer Friedensgemeinschaft in den Räumen der Jungen Gemeinde Stadtmitte, um mit ihnen die Probleme und Hintergründe der politischen Auseinandersetzungen in Jena mit dem Ministerium für Staatssicherheit zu klären, allerdings im Sinne der Politik der Thüringer Kirchenleitung. Diese Haltung stieß jedoch bei den Akteuren wie schon gegenüber Superintendent Siebert auf Ablehnung. Bischof Leich empfahl den politisch Verfolgten zur juristischen Unterstützung die Rechtanwälte Wolfgang Vogel und Wolfgang Schnur (IM „Torsten"). Beide traten vor allem im Rahmen der Ausreisepolitik der DDR-Regierung als Anwälte der Betroffen offiziell in Erscheinung.[447]

Eine Besonderheit in der IM-Akte ist der Verweis auf Kontakte zwischen Junger Gemeinde Stadtmitte und einzelnen SED-Kadern und Funktionären. Ein Beispiel dafür ist die Verbindung zu Mitarbeitern der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Schiller-Universität Jena. Der dort angestellte Dozent Dr. Bormann[448] kam 1982 und 1983 mehrfach zu Veranstaltungen in die Junge Gemeinde Stadtmitte. Hier stellte er sich den Fragen der Jugendlichen und diskutierte mit ihnen über die Möglichkeiten einer ideologiefreien Friedensarbeit. Dr. Bormann geriet jedoch schon nach kurzer Zeit durch sein offenes Zugehen auf die Jugendlichen immer mehr unter politischen Druck an seiner Fakultät. Aus diesem Grund brach den Kontakt zur Jungen Gemeinde Stadtmitte Anfang 1984 ab. Ein anderer Universitäts-Dozent, Dr. Strietzel, besuchte 1982 sogar privat gehaltene Vorträge von oppositionellen Akteuren, so zum Beispiel von Till Noack zur „Solidarnosc" in dessen damaliger Wohnung in der Wagnergasse 27.[449] Die beiden Beispiele zeigen, wie komplex die Kontakte und Strukturen im kleinstädtischen Mikrokosmos Jena untereinander waren.

Innerstädtische kirchliche Beziehungen der Jungen Gemeinde Stadtmitte bestanden vor allem zur Evangelischen Studentengemeinde und zur Melanchthongemeinde.[450] Aber auch die engen Verbindungen zu Klaus-Peter Hertzsch,

---

[446] IM-Akte „Bartholomäus Runge", Bd. VI, BStU, Bl. 51 ff.

[447] Zur Rolle von Wolfgang Vogel und Wolfgang Schur vgl. Eisenfeld, Bernd: Rolle und Stellung der Rechtsanwälte in der Ära Honecker im Spiegel kaderpolitischer Entwicklungen und Einflüsse des MfS. In: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999, S. 364 f.

[448] IM „Bartholomäus Runge", Bd. VI, BStU, Bl. 156.

[449] Email von Gerold Hildebrand an den Autor vom 13.09.2001.

[450] IM „Bartholomäus Runge", Bd. VI, BStU, Bl. 111.

damals Professor an der Sektion Theologie, spielten eine große Rolle. Er hielt mehrfach in der Jungen Gemeinde Stadtmitte Vorträge, unter anderen zu Fragen der Religionsgeschichte und zur Auslegung des Neuen Testamentes im Ringen um einen globalen Weltfrieden. 1981 war er der Grabredner für Matthias Domaschk.

Außerstädtischen Kontakte und Beziehungen zu kirchlichen und nichtkirchlichen Friedensgruppen bestanden ebenfalls, so zur Gruppe „Konkret für den Frieden", dem Naumburger Friedensseminar, der Gruppe „Frauen für den Frieden", dem „Ost-West-Seminar", der Gruppe „Frieden konkret" sowie zur Christlichen Friedenskonferenz (CFK).[451] Wichtige Ansprechpartner waren für diese Zusammenhänge Pfarrer Kranz aus Weimar, Probst Falke aus Erfurt, zu Steffi Weigmann, Christoph Kähler und Karl Launike von der Evangelischen Studentengemeinde Berlin. Letztgenannter war im März 1982 gleichzeitig der Initiator der Berliner Arbeitsgruppe „Anstiftung zum Frieden" und Mitarbeiter des Naumburger Friedensseminars.

Als zentrale Person der Offenen Arbeit benennt der IM in seinen Akten immer wieder Pfarrer Walter Schilling aus Braunsdorf, der auch 1981 Mitbegründer des Altendorfer Friedenskreise war. Hierdurch vernetzten sich 1982 und 1983 die Kontakte der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Friedensgemeinschaft zu Pfarrer Martin Scriba aus Altendorf sowie zu Pfarrer Konrad Jahr aus Karlsdorf. [452] Zwischen 1982 und 1985 leitete Konrad Jahr die Theatergruppe der Evangelischen Studentengemeinde in Jena, an der auch Akteure aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte teilnahmen. Zwischen April und Mai 1983 bemühte er sich sehr um eine Zusammenarbeit mit der Jenaer Friedensgemeinschaft.

Weitere wichtige kirchliche Ansprechpartner für die Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Friedensgemeinschaft waren zwischen 1981 und 1983 der Magdeburger Pfarrer Hans-Jochen Tschiche aus Samswegen von der Initiative „Frieden Konkret" sowie Pfarrer Rainer Eppelmann aus Berlin. Die Jenaer Kontakte zur Offenen Arbeit Berlin beschränkten sich in dieser Zeit auf die Teilnahme an kirchlichen Großveranstaltungen im Rahmen der Bluesmessen und Werkstätten.[453]

Als einen „Vermittler" zwischen Staat und Kirche führte IM „Bartholomäus Runge" in den IM-Akten den damaligen Staatssekretär für Kirchenfragen in der DDR,

---

[451] Es gibt nach Kenntnis des Autors bisher keine Veröffentlichung, die die verschiedenen Gruppen gemeinsam untersucht oder gegenüberstellt, sondern nur Einzeluntersuchungen. Für einen Überblick vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989.

[452] Konrad Jahr wurde von 1971 bis Februar 1978 vom Ministerium für Staatssicherheit als IM „Coja" geführt. 1977 dekonspirierte und entzog er sich der Zusammenarbeit. Er war 1981 Mitbegründer des Altendorfer Friedenskreises. IM „Coja", MfS Reg.-Nr. X/630/71, Ablageakte IM, AIM 642/80. Vgl. Lenski/Schön/Grund/u.a. Hg.: Die „Andere" Geschichte. So besteht nun in der Freiheit zu der uns Christus befreit hat..., Erfurt 1993, Anhang, Pkt. 9, I.

[453] Manfred Stolpe, Ministerpräsident a. D. von Brandenburg. 2003 Bundesverkehrsminister. Vgl. Neubert, Ehrhart: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dr. Manfred Stolpe. Fraktion Bündnis 90 im Landtag Brandenburg Hg. Potsdam 1993.

Dr. Klaus Gysi, an.[454] Gysi wird hier im Zusammenhang mit einem offiziellen Informationsaustausch zwischen Staat und Kirche zu Fragen der Haltung der Kirche gegenüber den politischen Aktionen in Jena erwähnt.[455]

Die IM-Akten belegen außerdem für die Zeit zwischen 1981 und 1982 mehrfache persönliche Kontakte von Akteuren der Friedensgemeinschaft Jena zu Robert Havemann in Grünheide. Bei den Treffen und Kontakten ging es um die Initiative des „Jenaer Appells“ und den „Berliner Appell“ vom Januar 1982.[456] Der DDR-Schriftsteller Stephan Heym setzte sich laut IM-Information 1982 beim Politbüro der SED für den inhaftierten Jenaer Bildhauer Michael Blumhagen ein. Er war aus Anlaß seiner Verweigerung des Reservedienstes erst politisch verfolgt und inhaftiert wurde, nach zahlreichen Protesten schob ihn das Ministerium für Staatssicherheit aus der Haft heraus in die Bundesrepublik ab.

Die beispielhaft ausgewerteten Akten des IM „Bartholomäus Runge“ geben in erster Linie einen Einblick in den Umfang seiner Spitzel-Tätigkeit. Sie belegen gleichzeitig die hohe Anzahl an beteiligten und betroffenen Personen. Weiterhin zeigen sie die vernetzten Zusammenhänge Anfang der achtziger Jahre auf. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte allen Grund zu der Annahme, es existiere eine DDR-weite Oppositionsbewegung. Aus den MfS-Dokumenten geht auch hervor, daß schon vor der Herausbildung der Friedensgemeinschaft Jena zahlreich kirchliche Friedensgruppen existierten, die sich weitflächig vernetzt hatten, allerdings weitgehend im Rahmen der Institution Kirche. Die Jenaer Friedensgemeinschaft löste sich im Gegensatz dazu fast vollständig vom Schutzraum Kirche, was einem kirchlichen und gesellschaftlichen Tabubruch gleichkam. Ihr unabhängig organisiertes politisches Handeln als Gemeinschaft war in dieser Phase konkreter politischer Widerstand gegen das politische System und die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR. Vergleichbare Parallelen gab es bis 1983 nicht. Das Ministerium für Staatssicherheit war dennoch dank der IM-Berichte über Akteure und deren Aktivitäten gut im Bilde, auch über die wachsende Anzahl an Akteuren und deren Vernetzung. Trotzdem war nicht jeder Mensch, der durch IM-Berichte in die Fänge des Ministeriums für Staatssicherheit geriet, von Anfang an oppositionell. Willkürliche Verdächtigungen und politische Verfolgung beruhten oft auf Konstruktionen. Die IM-Berichte entschieden aber letztlich das Handeln des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Menschen, die oft erst über den Prozeß der Repression oppositionell wurden. Aus solchen Erfahrungen heraus leisteten Menschen dann konkreten politischen Widerstand. In ihrem eigenen

[454] IM-Akte „Bartholomäus Runge“, Bd. VI, BStU, Bl. 90 und 101.
[455] Zur Rolle von Staatssekretär Klaus Gysi vgl.: Neubert, Ehrhart: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren. In: Engelmann/Vollnhals Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR. Berlin 1999, S. 391.
[456] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VI, BStU, Bl. 106.

Selbstverständnis waren die Handelnden jedoch oft keine „Widerständler“. Ihre Gegenwehr war zumeist Ausdruck des enormen Überdrusses von ideologischer Gängelung, willkürlicher Bevormundung und gesellschaftlicher Benachteiligung.

In ihrer Gegenwehr wurden die Akteure in Jena im Jahr 1982 immer mutiger. Ein Beispiel für die Wirkung von Repression und Gegenreaktion ist das Schicksal von Roland Jahn und Manfred Hildebrandt. Im Zusammenhang mit ihrer Verhaftung organisierten Freunde eine Postkarten-Solidaritätsaktion. Der Slogan der Postkarte illustrierte ihre Sicht und ihre Haltung zu den Vorgängen. Dort hieß es: „Wo Unrecht alltäglich ist, wird Widerstand zur Pflicht“. Dem Ministerium für Staatssicherheit gelang es nicht, die Solidarität mit den Betroffenen Akteuren zu verhindern. Am liebsten hätte sie Jahn in einen „Giftschrank“ eingesperrt.[457] Doch gerade durch die massive „Zersetzungsarbeit“ des Ministeriums für Staatssicherheit verstärkte sich erst recht der Wille zum politischen Widerstand in Jena. Und hier fand der „Einzelkämpfer“ Jahn auch sehr schnell Gleichgesinnte. Die von Jahn initiierte Gedenkaktion zum 1. Todestag von Matthias Domaschk im April 1982 wurde so zu einem Ausgangspunkt für die Entstehung einer neuen oppositionellen Gruppe in Jena.

Begonnen hatte die oppositionelle Entwicklung für Jahn bereits Mitte der siebziger Jahre. Der frühzeitig politisch interessierte und kritisch eingestellte Jahn war wie zahlreiche andere Jugendliche 1976 im Zusammenhang mit der Ausbürgerung von Wolf Biermann erstmals „negativ“ aufgefallen. Er studierte zu dieser Zeit an der Friedrich-Schiller-Universität Wirtschaftswissenschaften. Im November 1976 kam es über diesen Konflikt in seiner Seminargruppe Marxismus-Leninismus zum offenen Bruch. Im Ergebnis wurde er im Rahmen der ideologischen Disziplinierung vom Studium ausgeschlossen und im Februar 1977 von der Universität relegiert. Er sollte sich fortan in der Produktion „bewähren“, was er auch tat. Sogar Lob wurde ihm dafür in seinem Betrieb, dem M-Betrieb im Kombinat Carl Zeiss Jena, zuteil. Für eine Wiederaufnahme seines unfreiwillig abgebrochenen Studienganges reichten diese Bemühungen in den Augen der Genossen jedoch nicht aus. Wiederholt wurde ihm die Wiederaufnahme seines Studiums durch die Verantwortlichen der Universität verwehrt. Eine schriftliche Erklärung über die Gründe der Exmatrikulation erhielt Roland Jahn auch nicht. Für ihn war die Exmatrikulation und die Verhinderung der Wideraufnahme seines Studiums eindeutig ein politisch motivierter Akt, der einem Bildungsverbot gleichkam.[458] Mit diesen Erfahrungen im Hintergrund und durch den schockierenden Tod von Matthias Domaschk radikalisierte sich seine Einstellung gegen das politische System der DDR. Er gehörte dennoch zu denjenigen Akteuren, die der Meinung waren, daß man dort, wo man lebt, etwas verändern müsse. Bis April 1981 agierte er im wesentlichen allein, weil er die Wiederaufnahme seines abgebrochenen Studiums

[457] Jahn, Walter: Du bist wie Gift, S. 13.
[458] Ebenda, S. 5-11.

erhoffte und weil er die Gefahr der Kriminalisierung einer „Gruppenbildung“ erkannte. Erst nach dem Tod von Domaschk gab er diese Haltung endgültig auf und suchte sich Gleichgesinnte für die Auseinandersetzung mit der DDR-Gesellschaft. Mit seinen Freunden Manfred Hildebrandt, Petra Falkenberg, Peter Rösch sowie Michael Blumhagen organisierte er 1982 im kleinen Kreis die erste Aktion zum 1. Todestag von Matthias Domaschk. In konspirativer Absprache lancierten Roland Jahn und seine Freunde am 08. und am 16. April 1982 jeweils eine Anzeige zum Todestag von Matthias Domaschk in die SED-Zeitungen „Volkswacht“ und „Thüringische Landeszeitung“ mit dem Text: „Wir gedenken unseres Freundes Matthias Domaschk, der im 24. Jahr aus dem Leben gerissen wurde.“ [459] Zusätzlich klebten sie in der Nacht vom 12. zum 13. April 1982 ca. einhundert dieser Texte an Säulen, Häuserwände und Busstationen. Am Ostersamstag 1982 stellten sie auf dem Johannis-Friedhof die von Michael Blumhagen geschaffene Gedenk-Plastik auf, in deren Sockel der Name sowie das Geburts- und Todesdatum von Domaschk eingraviert waren. Zwei Tage später ließ das Ministerium für Staatssicherheit die etwa zweihundert Kilogramm schwere Plastik durch Mitarbeiter der Kirche auf einen Kleintransporter verladen und abtransportieren. Woher das Ministerium für Staatssicherheit über die Aufstellung der Plastik Informationen erhielt, war den Akteuren nicht klar. In einer Stadt wie Jena gehen Neuigkeiten schnell um. Die Akteure mußten deshalb auch nicht lange warten, bis das Ministerium für Staatssicherheit reagierte. Wie in einem Kriminalstück verschanzten sich Jahn und sein Freund Hildebrandt nach der Aufstellung der Plastik im gegenüberliegenden Gebäude, einem katholischen Pflegeheim und warteten ab, was passieren würde. Von dort aus beobachteten und fotografierten sie dann schließlich den Abtransport der Plastik. Die hier entstandenen Fotos vermittelten sie anschließend über Kontaktleute an ehemalige Jenaer Akteure in West-Berlin, die den Fall von Domaschk in der westdeutschen Presse bekannt machten. Die schnelle öffentliche Verbreitung der Fotos von dieser Aktion in der westlichen Presse war ein nachhaltiger Rückschlag gegen das Ministerium für Staatssicherheit, das jetzt deutlich merkte, daß neben der Jungen Gemeinde Stadtmitte weitere oppositionelle Akteure handelten. Der Verdacht, daß die Junge Gemeinde der Auslöser dafür sei, blieb allerdings bestehen, weil Domaschk als Mitglied der Jungen Gemeinde Stadtmitte galt. Die engen Kontakte zwischen den ehemaligen Jenaern, die jetzt in West-Berlin lebten, und den Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte standen deshalb unter dem dringenden Verdacht, als Informationsweg für die Nachrichten der bundesdeutschen Presse zu dienen. Am 15. Juni 1982 veröffentlichte die „TAZ“ (West-Berliner linke Tageszeitung) einen ihrer ersten Artikel zu den Vorgängen in Jena unter dem Titel „Ein Tod im Stasi-Gefängnis

[459] Ebenda, S. 13. Die Angabe von Walter Jahn bezieht sich im Gegensatz zu den konkreten Quellen allein auf den 12.04.1982. Vgl. Ordner: Presse Jena 1982/83, MDA Berlin. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition, S. 432 f.

und eine verschwundene Plastik. DDR-Bildhauer riskiert Gefängnis“. Am 28. Juni 1982 folgte im „Spiegel“ Nr. 26/82 der Artikel „Trauernder Mann - wie die Blumhagen-Plastik von der Stasi gestohlen wurde“. 14 Tage später, am 05. Juli 1982, erschien ein weiterer Artikel im „Spiegel“ Nr. 27/82 mit dem Titel „Jagdszenen aus Jena“.[460] Diese drei Artikel beruhten in ihren Aussagen auf den Informationen von Roland Jahn und den detaillierten Beschreibungen der ehemaligen Jenaer Akteure in West-Berlin. Dazu veröffentlichte die westdeutsche Presse immer wieder Fotos von Manfred Hildebrandt über den Abtransport der Blumhagen-Plastik. Bilder und Artikel gaben das Ministerium für Staatssicherheit der Lächerlichkeit preis und erzeugten in der West-Öffentlichkeit eine Sensibilisierung für die oppositionellen Vorgänge in der DDR. Jena wurde vor allem dadurch als Stadt der Opposition bekannt.

Jürgen Fuchs, Thomas Auerbach, Peter Rösch und Roland Jahn trugen in den nächsten Jahren von West-Berlin aus wesentlich dazu bei, daß das Interesse an der DDR-Opposition in den Medien der Bundesrepublik anhielt. Der in Ost-Berlin lebende Jenaer Schriftsteller Lutz Rathenow war dabei ein wichtiges Bindeglied, der zahlreiche Informationen auf verschiedenen Wegen übermittelte. Auf fast jede oppositionelle Aktion und Gegenreaktion durch das Ministerium für Staatssicherheit gegen Akteure der Jenaer Oppositionsszene folgte nun die prompte Veröffentlichung im Westen. Diese Öffentlichkeit galt in den Reihen von SED und Staatssicherheit als die größte Bedrohung. Gleichzeitig bedienten sie sich der Lüge, die Jugendlichen würden vom ideologischen Klassenfeind der BRD ferngesteuert. Daß die Protest- und Widerstandsaktionen der Jugendlichen zu einem erheblichen Teil Reaktionen auf anhaltende Repressionen waren, war für das Ministerium für Staatssicherheit unmöglich zu sehen. Deshalb konstruierte es auch immer wieder die Existenz einer vom westlichen Geheimdienst ferngesteuerten Widerstandsgruppe in Jena, der „Fuchs-Bande“[461]. Roland Jahn und sein Freund Manfred Hildebrandt hingegen waren von den Erfolgen in der Öffentlichkeit geradezu elektrisiert und trauten sich nun immer mehr Aktionen in der Öffentlichkeit zu.

Jahn agierte weiter mit Aufsehen erregenden Einzelaktionen. Zum 1. Mai 1982 mischte er sich geschminkt, verkleidet und frisiert mit einem je zur Hälfte angeklebten Hitler- und Stalinbart, mit einem roten Binder unterlegt, unter das Volk und in die Nähe der „Ehrentribüne“ der Genossen, wo sich die Jenaer Nomenklatura beklatschen und bejubeln ließ. Jahn wollte mit seinem Auftritt öffentlich provozieren und in sarkastischer Form auf politische Zusammenhänge zwischen beiden Diktaturen aufmerksam machen. Tatsächlich war das eine unglaublich gewagte Aktion in dieser Situation. Eine Verurteilung wegen „öffentlicher Herabwürdigung“ wäre hier die

[460] Vgl. Anhang: Index Presseartikel zu Jena 1982 - 1989.
[461] Vgl. Referat Leiter Bezirksverwaltung Gera zur Dienstkonferenz politische Untergrundtätigkeit 1983. Dokumentiert am 28.10.1986, MfS Reg.-Nr. SLK 3343.

mildeste Bestrafung gewesen, wenn Jahn erkannt und verhaftet worden wäre. Die Menschen in den Gassen und Kneipen dagegen belustigten sich über den offensichtlichen Vergleich. Die Partei-Kader der Ehrentribüne und die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit waren nach der Parade nicht mehr zu sehen. Mit öffentlichen Aktionen und Satire wollten Jahn, Hildebrandt und Blumenhagen auf sich und ihre politische Auseinandersetzung aufmerksam machen. Das ging so lange gut, bis das Ministerium für Staatssicherheit reagierte. Als erster wurde am 15. Juni 1982 Michael Blumhagen verhaftet. Er hatte kurz zuvor seine Einberufung zum Reservistendienst bei der Nationalen Volksarmee verweigert. Über diesen Weg ermittelte das Ministerium für Staatssicherheit dann weitere Zusammenhänge über die Aufstellung der Gedenk-Plastik für Domaschk. Blumhagen sah sich selbst nicht als einen zentralen Akteur einer „DDR-Widerstandsbewegung“ an. Er sei auch kein Wortführer in der Jenaer Oppositionsszene gewesen, so in seiner Nachsicht.[462] Trotzdem sei er entschlossen genug gewesen, den Reservistendienst zu verweigern und sich der Ehrung von Matthias Domaschk durch die Gestaltung einer Gedenkplastik anzuschließen. Die Konsequenzen für diese Haltung waren hart. Sein Wohnhaus in dem kleinen Ort Graitschen bei Jena wurde während seiner Haftzeit wegen behördlich festgestellter Baufälligkeit ohne seine Zustimmung abgerissen. Sein Wohnhaus und die DDR sah er nicht wieder. Nach sechsmonatiger Haft schob ihn die DDR im Dezember 1982 nach bewährtem Muster in die Bundesrepublik ab. Im DDR-Jargon war dies eine vorzeitige Haftentlassung. Tatsächlicher Hintergrund war aber die erpresserische Forderung, entweder in den Westen zu gehen oder eine langjährige Haftstrafe zu verbüßen. Ein Vorgang, dem sich sehr viele oppositionelle stellen mußten.

Seit der Biermann-Affäre 1976/77 setzte das Ministerium für Staatssicherheit immer häufiger auf das erpresserische Mittel der Abschiebung in die Bundesrepublik. Die daraus resultierende Sogwirkung unter den Oppositionellen weitete sich bis 1984 zu einem Flächenbrand aus. Das Muster verlief stets ähnlich. Einer oppositionellen Aktion folgte staatliche Repression. Der konkreten Vertreibung in die Bundesrepublik gingen dann zumeist Presseberichte in der Bundesrepublik voraus, so auch bei dem Beispiel Michael Blumhagen. Durch die Presse bekamen die Verfolgten einen Namen und ein Gesicht und die Leser der Bundesrepublik erfuhren vom Schicksal der Betroffenen sowie über die Ereignisse. Gleichzeitig waren die Veröffentlichungen in der Bundesrepublik ein Signal an die Politik zum Handeln. Die „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichte beispielsweise gleich mehrere Artikel in kurzen Abständen über das Schicksal von Michael Blumhagen: am 14. Juni 1982 unter dem Titel „Prozeß gegen Michael Blumhagen“ und am 5. August 1982 unter dem Titel „DDR-Behörden rissen Haus von Michael Blumhagen ab“. Weitere Veröffentlichungen folgten zwischen Juni

[462] Walter Jahn: Du bist wie Gift, S.14.

und November 1982 im Magazin „Stern“ unter dem Titel „Willkür von ganz oben verordnet“ und in der „Süddeutschen Zeitung“ mit dem Titel „Szenen einer Staatsaktion“.[463] Andere BRD-Zeitungen und -zeitschriften folgten und steigerten die Veröffentlichungen über Jena bis Ende 1983 zu einer Flut an Artikeln.[464]

Zwischenzeitlich startete Roland Jahn in der zweiten Jahreshälfte 1982 weitere öffentlichkeitswirksame Aktionen. Er fuhr monatelang mit einer an seinem Fahrrad befestigten polnischen Flagge herum, auf der in polnischer Schrift stand „Solidarität mit dem polnischen Volk“. Das war jahrelang eine offizielle Losung der DDR-Regierung gewesen. Brisant an der Aktion war nicht die Fahne an sich, sondern der zeitliche Bezug. Nachdem in Polen Anfang 1981 das Kriegsrecht ausgerufen wurde, geriet die polnische Gewerkschaft „Solidarnosc“ immer mehr unter politischen Druck. Für die DDR-Regierung galt die Entwicklung in Polen als gefährlich und die polnische Gewerkschaft als eine feindliche Organisation, die die Beseitigung des Sozialismus anstrebte. Ein solches Beispiel sollte in der DDR nicht Schule machen. Jeder Hinweis auf die Ereignisse in Polen war deshalb ein politischer Akt gegen die DDR. Roland Jahn sah in den polnischen Arbeitern dagegen politisch Gleichgesinnte, denen seine Solidarität galt. Mit dem öffentlichen Herumfahren mit einer polnischen Fahne wollte er andere Menschen zum Nachdenken anregen, so seine Aussage dazu.[465] Im normalen Alltag fiel dies jedoch nicht weiter auf, so daß er längere Zeit unbehelligt blieb. Erst am 1. September 1982 reagierte das Ministerium für Staatssicherheit und verhaftete ihn wegen dieser Provokation. Roland Jahn wurde im Haftbeschluß vorgeworfen, „...am 31. August 1982, dem 2. Jahrestag der Gründung der Feindeinrichtung Solidarnosc in der Volksrepublik Polen, und am 1. September 1982 eine Mißachtung staatlicher Symbole der VR Polen begangen zu haben, indem er im Stadtgebiet Jena eine an seinem Fahrrad befestigte polnische Staatsflagge mit der darauf befindlichen Aufschrift „SOLIDARNOSC, Z POLSKIM NRODEM“ mit dem Ziel, auf seine ablehnende Einstellung zu den Maßnahmen der polnischen Regierung in der Öffentlichkeit aufmerksam zu machen, mitführte.“[466] Das war strafbar gemäß § 222 StGB der DDR. Bis zum Prozeßbeginn wurde diese Straftat auf den § 220 - Mißachtung und Verunglimpfung staatlicher Symbole sowie Herabwürdigung der staatlichen Ordnung - erweitert. Am 17. Januar 1983 fand der Prozeß gegen Roland Jahn vor dem Bezirksgericht Gera statt. Er wurde im Namen des Volkes zu einem Jahr und zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

---

[463] Eine Aufzählung dieser Artikel findet sich in der Gerichts- und Untersuchungsakte von Manfred Hildebrandt, MfS Reg.-Nr. X/1149/82, 06.10.1982 - 30.05.1983, BStU, Bl. 84 ff.
[464] Vgl. Anhang: Index Presseartikel zu Jena 1982 - 1989.
[465] Vgl. Walter Jahn: Du bist wie Gift, S.15.
[466] Haftbeschluß Kreisdienststelle Jena Roland Jahn vom 01.09.1982. In: Gerichts- und Untersuchungsakte, MfS Reg.-Nr. X/301/83, Bl. 10.

Kurze Zeit später, am 23. September 1982, wurde dann auch sein Freund Manfred Hildebrandt verhaftet. Was Roland Jahn vorgeworfen wurde, war vergleichsweise eher harmlos zu dem, was Manfred Hildebrandt vorgehalten wurde. Erst im Laufe der Untersuchungen kamen immer mehr Aktivitäten von Jahn und Hildebrandt ans Tageslicht. Hildebrandt stand kaum 20 Tage nach der Verhaftung von Jahn im dringenden Tatverdacht, „...als Bürger der DDR Nachrichten, die die staatliche Ordnung diskriminieren, im Ausland verbreitet zu haben, indem er im Zusammenhang mit den staatlichen Maßnahmen gegen den zwischenzeitlich rechtskräftig verurteilten Blumhagen aus Graitschen Fotoaufnahmen von den Abrißarbeiten an dessen baupolizeilich gesperrtem Wohngrundstück fertigte und diese an mehrere Personen innerhalb der DDR und nach Berlin (West) zum Versand brachte, um damit die getroffenen staatlichen Entscheidungen verächtlich zu machen.“[467] Das war strafbar nach § 219 (2) Ziff. 1 und § 220 (2) StGB der DDR, also ungesetzliche Verbindungsaufnahme, öffentliche Herabwürdigung und Staatsverleumdung. Am 27. Dezember 1982 wurde Manfred Hildebrandt zu insgesamt einem Jahr und vier Monaten Gefängnis verurteilt, ein gegenüber der möglichen Höchststrafe bis zu fünf Jahren relativ geringes Strafmaß.

Hildebrandt und Jahn wurden Ende Februar 1983 für sie unerwartet mit zwölf weiteren Akteuren, die im Zusammenhang mit politischen Aktionen im Dezember 1982 und im Januar 1983 in Jena verhaftet worden waren, aus der Haft entlassen. Die Begründung lautete für alle „wegen guter Führung“. Der tatsächliche Hintergrund war aber vermutlich die Tatsache der zahlreichen Veröffentlichungen über die Jenaer Opposition in den Medien der BRD. Die DDR fürchtete noch mehr als die innere Sicherheit um ihr internationales Ansehen als Staat des Friedens. Ein weiterer Grund war auch die Hoffnung des Ministeriums für Staatssicherheit, über die entlassenen Akteure an die Kontaktquellen in die Bundesrepublik und an Informationen über weitere Oppositionsgruppen in Jena zu gelangen. Besonders die Verbindungen nach West-Berlin interessierten dabei.

Das Ministerium für Staatssicherheit befaßte sich stets auch mit dem persönlichen Umfeld der politisch Verfolgten. Freunde und Bekannte gerieten so ins Blickfeld des Ministeriums für Staatssicherheit. In der Gerichts- und Untersuchungsakte von Manfred Hildebrandt werden beispielsweise acht Kontakt- und Bezugspersonen von ihm aufgeführt.[468] Sie alle solidarisierten sich mit den Betroffenen und beteiligen sich 1983 an Aktionen der Jenaer Friedensgemeinschaft. In ihrem Selbstverständnis rechneten

[467] Haftbeschluß Kreisdienststelle Jena Manfred Hildebrandt vom 24.09.1982. In: Gerichts- und Untersuchungsakte, MfS Reg.-Nr. X/1149/82, Bl. 4.

[468] Das waren Edgar Hillmann, Frank Rub, Peter Kähler, Petra Falkenberg, Beate Sonntag, Sabine Weinz, Michael Blumhagen und Ralf Türke. Gerichts- und Untersuchungsakte, MfS Reg.-Nr. X/1149/82, Eröffnungsbericht vom 06.10.1982, Kontakte und Bezugspersonen des Angeklagten.

sich die meisten dieser Akteure nicht zur Jungen Gemeinde dazugehörig. Sie waren auch nicht vordergründig oppositionell. Was sie und weitere Akteure 1982 und 1983 zusammenführte, war der gewachsene Grundkonsens der Ablehnung der politischen Verhältnisse in der DDR. Hieraus und aus den repressiven Erfahrungen resultierte ihr Wille zur Solidarisierung mit Blumhagen, Jahn und Hildebrand sowie ihre Forderungen nach gesellschaftlicher Veränderung.

Die aus der Haft Entlassenen mußten gegenüber dem Ministerium für Staatssicherheit als Faustpfand schriftlich erklären, nach der Haftentlassung keine weiteren politischen Aktivitäten zu unternehmen. Gleichzeitig waren die meisten während der Haftzeit der Erpressung zur Ausreise in die Bundesrepublik erlegen und hatten einen Antrag auf Ausreise gestellt. Entgegen der Zusage, keine weiteren politischen Aktionen zu unternehmen, engagierten sich Roland Jahn, Manfred Hildebrandt und die anderen Akteure sofort wieder. Diese Tatsache verstärkte beim Ministerium für Staatssicherheit die bisherige Einschätzung, alle Haftentlassenen seien unverbesserliche „negativ-feindliche“ Personen, also Personen mit einer negativen Grundeinstellung zur Gesellschaftsordnung der DDR. Sie seien darüber hinaus nicht mit den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR einverstanden und hätten gleichzeitig illusionäre Vorstellungen über die Gesellschafts- und Machtverhältnisse in der BRD. Das Erstgenannte traf ohne weiteres zu, war aber ein Ergebnis eben dieser gesellschaftlichen Verhältnisse. Illusionen über die Verhältnisse in der Bundesrepublik hatten sie sicher nicht. Der Ausgang für oppositionelles Engagement hieß trotzdem zumeist Ausreise oder Abschiebung in die Bundesrepublik. Es war gleichzeitig ein Privileg derer, die oppositionell und widerständig handelten. Den Jenaer Akteuren wurde durch die Erfahrungen in der Haft und die Entlassungen deutlich, daß sie in der Konsequenz ihres Engagements relativ gefahrlos aus der verordneten sozialistischen Gesellschaft aussteigen konnten. Hieraus leitete sich schließlich für die meisten 1983 ihr oppositionelles Handeln ab. Im Gegensatz zu den Akteuren der siebziger Jahren waren gab es seit Anfang der achtziger Jahre nur noch wenige, die an die Möglichkeit glaubten, daß die DDR zu reformieren sei. Ihr oppositionelles Handeln glich deshalb mehr einem Hilferuf. Einige hatten bereits einen Ausreise-Antrag gestellt, bevor sie sich politisch engagierten, andere waren inzwischen in die BRD ausgereist.[469] Der permanente Aderlaß verhinderte die Möglichkeit einer Vergrößerung der Basis der Opposition. Fast alle Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte, der Friedensgemeinschaft Jena, die sich zwischen 1980 und 1984 politisch oppositionell engagierten, gingen durch Ausreise in die Bundesrepublik oder nach West-Berlin.

[469] Zu ihnen gehörten u. a. Olaf Tomaschewski, Detlef Pump, Lutz Leibner, Axel Struck, Peter Rösch, Familie Klingenberg, Klaus-Dieter Boost und viele andere. Vgl. Gerichts- und Untersuchungsakte Manfred Hildebrandt, MfS Reg.-Nr. X/1149/82, Eröffnungsbericht vom 06.10.1982, Kontakte und Bezugspersonen des Angeklagten.

Inwieweit die Alternative zur Übersiedlung in die BRD für den weiteren Verlauf der Entwicklung des politischen Widerstandes in Jena eine Rolle spielte, läßt sich nicht eindeutig beantworten. Einerseits konnten Beteiligte im Bewußtein der Ausreisemöglichkeit befreiter politisch agieren, andererseits fehlten durch das Ausbluten die Basis für eine dauerhafte und größere Opposition. Die Tatsache der „beschleunigten Ausreise“ von politisch Engagierten nährte jedenfalls sehr häufig den Unmut darüber, daß sich viele vornehmlich allein wegen dieser Aussicht politisch engagieren würden. Und genau dies gehörte zum Konzept der „Zersetzung“ der Arbeit des Ministeriums für Staatssicherheit. Eine klare Aussage zu den Vorraussetzungen des politischen Engagements läßt sich letztendlich nur in Einzelfall machen. Fest steht, daß im Verlauf des Jahres 1982 die oppositionellen Aktionen erheblich zunahmen. Gleichzeitig aber stieg in Jena auch die Zahl der Ausreisewilligen enorm an. Das Ministerium für Staatssicherheit registrierte allein bis zum 30. September 1983 im Bereich der Kreisdienststelle Jena 571 Antragstellungen mit insgesamt 1347 Personen. Das verdeutlicht, wie weit die Unzufriedenheit mit den politisch-gesellschaftlichen Verhältnissen inzwischen um sich gegriffen hatte. Für den Einzelnen blieb das gewachsene Ausmaß jedoch im Dunkeln. Dies erklärt auch zum Teil, warum die Masse der Ausreiseantragsteller nicht mit den oppositionellen Gruppen in Jena zusammenkam.

Das Jahr 1982 war im Zeichen der kirchlichen Friedensarbeit insgesamt ein bewegtes Jahr mit zahlreichen Aktionen und Aktivitäten kirchlicher Friedensgruppen in der ganzen DDR. Die Kirche versuchte, das Thema Frieden offensiv und inhaltlich für sich zu besetzen. Taktisch ging es der Kirche dabei nicht selten um die Erhaltung ihres positiven Verhältnisses zum SED-Staat. Zum anderen mußte sie sich des Themas annehmen, weil der innerkirchliche Druck der Basisgruppen deutlich anstieg. Ausgelöst wurde die kirchliche Friedensbewegung durch die Sorge der Menschen um den Erhalt des Friedens. Dadurch erhielt die Auseinandersetzung mit dem Thema auch eine internationale Dimension.

Am 13. Februar1982 fand in Dresden erstmalig ein Friedensforum in der Kreuzkirche statt, an dem etwa 5000 Menschen teilnahmen. Die Teilnehmerzahl war für die Veranstalter überraschend groß. Sie war gleichzeitig Ausdruck des gewachsenen Bedürfnisses der Menschen, sich über die Frage der kirchlichen Friedensarbeit öffentlich äußern zu können. Tatsächlich reagierte die Dresdener Kirchenleitung mit dem Friedensforum einem von kirchlichen Mitarbeitern geplanten Schweigemarsch anläßlich des 37. Jahrestages der Bombardierung Dresdens zuvor, der durch die Innenstadt führen sollte. Mit dem Dresdener Friedensforum vereinnahmte die Kirche die Aktivitäten der Dresdener Friedensgruppe und legalisierte damit gleichzeitig deren Anliegen gegenüber der Staatsmacht, indem sie die Gedenkfeier in geschlossene Kirchenräume verlegte. Der Anspruch der Dresdener Friedensgruppe auf Öffentlichkeit und die reale Gefahr einer Demonstration vor der Ruine der Kreuzkirche sollten

dadurch entschärften werden. Gleichzeitig initiierte die Dresdner Kirchenleitung ein Diskussionsforum, um die Teilnehmer von eigenen öffentlichen und politischen Aktionen abzuhalten. [470] Positiv interpretiert nahm sich die Kirche der Sorgen der Menschen an und versuchte gleichzeitig einer Konfrontation mit der Staatsmacht aus dem Weg zu gehen.

Ähnliches spielte sich 1982 auch in Jena ab. Eine Gruppe der Jungen Gemeinde Stadtmitte um Reinhard und Christina Klingenberg hatte sich vorgenommen, dem Beispiel in Dresden zu folgen und hatte sich vorgenommen für den 19. März 1982 einen Friedensgottesdienst in der Stadtkirche zum 37. Jahrestag der Bombardierung Jenas zu organisieren. Die Aktion scheiterte aber bereits im Vorfeld am Eingreifen des Superintendenten Udo Siebert. Sein Argument gegen den Gottesdienst der Gruppe der Jungen Gemeinde Stadtmitte lautete, sie vertrete kaum christliche, dafür aber politische Inhalte. Diese könne man nicht in der Öffentlichkeit zu Wort kommen lassen. Eine solche ambivalente Haltung und Reaktion der Evangelischen Kirche war in der gesamten DDR anzutreffen.[471] Oft waren es nur einzelne kirchlichen Mitarbeiter vor Ort, die Nuancen setzten für ein weitergehendes politisches Engagement.[472]

Umgedreht gab es auch politisch aktive Gruppen in Jena, die mit ihrem Engagement ganz bewußt den Weg der Anpassung an die Kirche suchten. Ein Beispiel für Jena ist die im März 1982 entstandene Gruppe „Hoffnung Nicaragua“. Deren Hauptinitiatoren waren Frank Wendler, Cornelia Laske und Gabriele Sorge. Die Gruppe verband ihren politischen Anspruch mit dem internationalen Solidaritätsgedanken. In der Kirche suchten sie nun die Möglichkeit, über diesen inhaltlichen Ansatz Arbeiten junger Künstler vorzustellen und zu präsentieren. Mit dem Verkaufserlös wollten sie dann Hilfssendungen kirchlicher Projekte in Nikaragua unterstützen. Dieser Ansatz schien der Jenaer Kirchenleitung akzeptabel, deshalb unterstützte sie die Gruppe von Anfang an. Der Gedanke der internationalen Solidarität ließ sich zudem gegenüber der SED wesentlich besser rechtfertigen als Forderungen nach innenpolitischen Veränderungen. Die Gruppe bekam deshalb die Möglichkeit, eigene Veranstaltungen in kirchlichen Räumen durchzuführen. Die erste fand bereits am 3. Juli 1982 unter dem Titel „Esperanza Nicaragua“ in der Friedenskirche Jena statt. Die Gruppe berief sich bei dieser Solidaritätsaktion inhaltlich auf die „Aktionsgemeinschaft für die Hungernden“ beim Bund der Evangelischen Kirchen. Damit war sie kirchlich und offiziell gegen Vermutungen der Genossen abgesichert, oppositionell zu sein. Im August 1982 nahmen

[470] Vgl. Neubert: Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 395 ff. Vgl. Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED, S.54.
[471] Manfred Stolpe 1983: „Die Kirche ist keine Opposition, kein Oppositionslokal.“ Bischof Krusche 1983: „Die Kirche ist für alle, aber nicht für alles offen“ Bischof Leich 1983:Die Kirche ist weder getarnte Regierungspartei noch getarnte Oppositionspartei.“ Vgl. Neubert; Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 355.
[472] Neubert; Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 429f.

die Akteure Kontakt zur namensgleichen Gruppe in Leipzig auf. Im November veranstalteten sie bereits die zweite Solidaritätsveranstaltung unter dem Motto: „Solidarität - ein Mitfühlen, ein Verbundensein mit Menschen, die unsere Hilfe brauchen“.[473] Die Veranstaltungsreihe der Gruppe Nicaragua war längerfristig erfolgreich und ein positives Beispiel für ein Zusammengehen von Kirchenleitung und engagierten Menschen unter dem Dach der Kirche in Jena.[474]

Wichtige Impulse für die kirchliche Friedensarbeit in Jena kamen aber auch von außen. Zur Werkstatt der Jungen Gemeinde Stadtmitte vom 27. bis 28. Juni 1982 wurde beispielsweise das **„**Königswalder Papier**“** vorgestellt. In ihm forderten die kirchlichen Mitarbeiter des Friedensseminars Königswalde[475] die Einführung eines vierundzwanzigmonatigen Sozialen Friedensdienstes (SOFD) als Alternative zum achtzehnmonatigen Grundwehrdienst. An der Diskussion darüber beteiligten sich in Jena insbesondere die Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Da es sich bei dem **„**Königswalder Papier**“** um ein kirchliches Dokument handelte, war seine öffentliche Verbreitung auch über den kirchlichen Rahmen hinaus möglich. Die inhaltliche Diskussion erreichte deshalb auch die Exil-Jenaern in West-Berlin. Über sie gelang der Inhalt nun in die Medien der Bundesrepublik. Thomas Auerbach, Reinhard Klingenberg und Peter Rösch[476] wollten auf diesem Weg die Friedensaktivitäten in der DDR nachhaltig unterstützten. Am wichtigsten war dabei aber die Vermittlung von Kontakten zur westdeutschen Friedensbewegung, die vor allem Jürgen Fuchs ganz wesentlich vermittelten konnte.

Ein nächster Impuls für die politische Auseinandersetzung in Jena kam im September 1982 aus Berlin. Frau Eppelmann, Ehefrau von Pfarrer Rainer Eppelmann, initiierte die DDR-weite Gründung der kirchenunabhängigen Gruppe „Frauen für den Frieden“.[477] Anlaß war das neue DDR-Gesetz über den Wehrdienst vom 25. März 1982, wonach auch Frauen im Fall der Mobilmachung zum aktiven Wehrdienst einberufen werden konnten. Die Verschärfung der Militarisierung rief unter den Frauen Protest hervor. Auch in Jena setzten sich junge Frauen mit diesem Fakt auseinander. Sie stellten nach Bekannt werden der Initiative Kontakt zu der Berliner Gruppe Frauen für den Frieden her und begannen sich gemeinsam politisch gegen diese Gesetz zu engagierten. Die wichtigsten Akteurinnen in Jena waren Beate Dittmer bis zu ihrer Ausreise im Dezember 1983, Heike Friedrich, Inken Reinert, Martina Arndt und Christine Poneleit bis 1985.[478] In ihnen erkannte das Ministerium für Staatssicherheit die Drahtzieher einer

[473] Opposition in Jena. Chronologie 1980-1989, S. 26 und 86, Dokument 11, Jena 1995.
[474] Vgl. Neubert; Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 456.
[475] Ebenda, S. 378, 382, 451 und 469.
[476] Klingenberg und Rösch waren kurz zuvor ausgereist. Sie engagierten sich politisch bis zum Ende der DDR für die Akteure in Jena.
[477] Vgl. Neubert; Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 459 ff.
[478] Zeitzeugengespräch mit Christine Poneleit am 04.12.2001 in Jena mit dem Autor.

Jenaer Gruppe Frauen für den Frieden. Die engagierten Frauen kannten sich über die Junge Gemeinde Stadtmitte und waren eng befreundet. Auf Grund ihres Engagements gegen das neue Gesetz über den Wehrdienst wurden sie zwischen 1984 und 1985 im Vorgang Operative Personenkontrolle „Femina“ bearbeitet.[479] Christine Poneleit beschrieb im Gespräch am 04.12.2001 in Jena mit dem Autor das Engagement und das Zusammenkommen der Frauengruppe als eher zufällig vor dem Hintergrund der Ereignisse um das neue Wehrdienstgesetz. Im Vordergrund hätten stets die persönlichen Beziehungen der Frauen untereinander gestanden. Bei ihrem Engagement spielten also der Freundes- und Bekanntenkreis, aber auch die damaligen Lebenspartner eine wichtige Rolle. Sie betonte, daß die Gruppe der Frauen kein geschlossener oder elitärer Zirkel gewesen sei, sondern zahlreiche Kontakte zu anderen Akteuren oder Gruppen in Jena und außerhalb Jenas hatten, so u. a. zur Ökologiegruppe um Annegret Fiedler und der Gruppe Hoffnung Nicaragua. Höhepunkt ihres Engagements als Frauengruppe sei 1982 die Beteiligung an einer DDR-weit organisierten Eingabe der Gruppe Frauen für den Frieden an den Staatsratsvorsitzenden der DDR und Generalsekretär der SED Erich Honecker gewesen, worin sie sich gegen das Wehrdienstgesetz aussprachen und protestieren. In der Eingabe forderten sie gleichzeitig eine konkrete Beteiligung an der gesellschaftlichen Friedensarbeit in der DDR und erklärten ihre Verweigerung zum Armeedienst. Insgesamt sollen ca. 400 Frauen DDR-weit mit einer ähnlich formulierten Eingabe protestiert haben.[480]

Ein weiterer wichtiger Impuls für die politische Friedensarbeit in Jena kam 1982 vom Friedensseminar Königswalde. Vom 11. bis 15. Oktober 1982 trafen sich in Königswalde verschiedene kirchliche Friedensgruppen aus der ganzen DDR. Hier regte Pfarrer Rainer Eppelmann aus Berlin an, auch in anderen Städten Friedensgruppen zu bilden. Diese sollten dann DDR-weit öffentliche Schweige-Aktionen für Abrüstung in Ost und West durchführen. Stellvertretend für die Jenaer nahm an diesem Treffen der Liedermacher Peter Kähler teil. Auf Initiative von Karl Launicke von der Evangelischen Studentengemeinde Berlin und Pfarrer Rainer Eppelmann entstand noch im Oktober das Ost-West-Seminar in Berlin, das diese Arbeit weiterführen sollte. Ende Oktober 1982 fanden dann die ersten DDR-weiten Schweige-Aktionen statt, so am 24. Oktober in Berlin, Rostock, Magdeburg und Dresden. In Halle organisierten kirchliche Mitarbeiter

[479] OPK „Femina“, MfS Reg.-Nr. X/8684. Danach war Beate Dittmer die „Gründerin der Gruppe „Frauen für den Frieden“ in Jena.“ Eröffnungsbericht zum OPK vom 02.02.1984. Im Selbstverständnis der Frauen waren die Jenaer Frauengruppe aber keine eigenständige Teilgruppe der Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“. Sie verstanden sich als unabhängigen Teil von Frauengruppen, die sich 1983/84 DDR-weit gegen die Militarisierung der Gesellschaft engagierten.

[480] Zu der Anzahl der Eingaben gibt es verschiedene Versionen. Die Zahl 400 gibt das Matthias-Domaschk-Archiv Berlin in seiner erstellten Chronologie zur Friedensgemeinschaft Jena an. In einem Artikel der Zeitung „Welt“ vom 07.01.1983 mit dem Titel: „Wir suchen nach Friedensmöglichkeiten. Jenaer Arbeiter auch gegen militärische Propaganda“ heißt es: „Im Herbst 1982 hatten 150 Frauen an Honecker geschrieben und gegen eine neue Bestimmung im verschärften Wehrdienstgesetz protestiert.“

im Rahmen der Friedensdekade am 07. November einen „Sternmarsch“ durch die Stadt. An ihm nahmen ca. 1300 Menschen teil, darunter laut Bericht der Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG)[481] des Ministeriums für Staatssicherheit „fünfzehn Mitglieder“ der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena.[482] Andere kirchlich organisierte Schweigeaktionen folgten am 14. November 1982 in Jena am 12. Dezember 1982 in Naumburg und Berlin.

Die Beteiligung Jugendlicher an kirchlichen Friedensveranstaltungen nahm seit Anfang der achtziger Jahre sprunghaft zu. Viele sahen sich auch durch die Auseinandersetzung der Kirche mit den aktuellen politischen Problemen in ihrem Protest gegen den SED-Staat bestätigt. Daraus entwickelten sich politisch motivierte Einzelaktionen, auf die der Staat mit verstärkten repressiven Reaktionen antwortete. Hauptpunkt der Auseinandersetzungen war in der kirchlichen Jugendarbeit zumeist die Frage des Wehrdienstes. Oft reichten schon kleinste Versuche der Abweichung von der ideologischen Verteidigungsdoktrin aus, um eine politische Verfolgung durch den Staat auszulösen. Wer bereits im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit stand, hatte harte Strafen zu erwarten. Der Jenaer Thomas Kretschmer verweigerte beispielsweise 1980 die Einberufung zur Nationalen Volksarmee. Am 2. Dezember 1980 wurde gegen ihn im Zuge einer Gerichtsverhandlung wegen Wehrdienstverweigerung eine Bewährungsstrafe von 22 Monaten ausgesprochen als er sich bereit erklärte, seinen Dienst in einer Einheit der Bausoldaten abzuleisten. Kretschmer war einer jener älteren Akteuren in Jena, die sich schon in den siebziger Jahren in der Jungen Gemeinde Stadtmitte engagiert hatten und mit Jugenddiakon Auerbach befreundet waren. Nach Auerbachs Ausscheiden und dessen Abschiebung in die Bundesrepublik zog er sich aus der Jungen Gemeinde zurück, blieb aber politisch oppositionell eingestallt. Noch während seiner Armeezeit plante er mit Freunden aus Jena die Herausgabe einer illegalen Zeitschrift und verschickte Neujahrskarten mit Sinnsprüchen: „Bleibe im Lande und wehre Dich täglich“ oder „Lernt polnisch“. Das blieb nicht unentdeckt. In

[481] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), 1978 gebildete Diensteinheit. Funktionalorgan des Leiters der Bezirksverwaltung bzw. einer Hauptabteilung oder einer selbstständigen Abteilung des Ministeriums für Staatssicherheit. Vgl. Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR Hg.: Abkürzungsverzeichnis, 5.Aufl., Berlin 2002.

[482] Vgl. Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), Dokument 5736, Bl. 57. „Wesentliche Aktivitäten politisch-oppositioneller Kräfte zur Organisierung einer pazifistischen nichtstaatlichen Friedensbewegung, Teilnahme am „Friedensmarsch“ im November 1981 und 1982 in Halle.“ Der Friedensmarsch war als Sternmarsch organisiert. Das heißt, von mehreren Kirchen aus bewegten sich die jeweiligen Teilnehmer der kirchlichen Veranstaltung zum Thema Frieden auf eine gemeinsam festgelegte Kirche zur Abschlußveranstaltung. Aus dem angeführten Dokument geht nicht hervor, auf welches Jahr sich die Angaben zu den aufgeführten 15 Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte bezieht. Vgl. Opposition in Jena. Chronologie 1980-1989, S. 26. Hier sind nur sieben Akteure aufgelistet, die 1982 teilgenommen haben sollen. Einer davon war der IM „Carlo“(Wieland Hoffmann). IM „Dürg“ (Bernhard Hirt) nahm ebenfalls an dem Marsch 1982 teil, wird aber in den vorliegenden Dokumenten des Ministeriums für Staatssicherheit nicht erwähnt.

der Folge seiner erneuten oppositionellen Aktivitäten wurde er am 28. Januar 1982 verhaftet und zu dreißig Monaten Haft verurteilt. Ein weiteres Beispiel für harte repressive Reaktionen des Staates gegen Einzelne ist der Fall von Ingo Günther aus Jena. Auch Günther hatte seine Einberufung zur Nationalen Volksarmee verweigert. Den Wehrersatzdienst ohne Waffe in den Baueinheiten lehnte er ebenfalls kompromißlos ab. Er wurde am 3. November 1982 wegen Wehrdienstverweigerung verhaftet und am 9. Dezember 1982 zu 24 Monaten Haft verurteilt.[483] Der Hintergrund für die Haltung der Jugendlichen war vor allem Angst und die Gefahr eines erneuten Krieges. Die kritische Auseinandersetzung mit dem Waffendienst in der Nationalen Volksarmee führte aber auch zu einer grundsätzlichen Kritik am Gesellschaftssystem der DDR. Die totale Wehrdienstverweigerung kam jedoch für die meisten Jugendlichen nicht in Frage, weil damit hohe Haftstrafen und weitergehende Repressionen verbunden waren. Gesetzliche Informationen über die Möglichkeit eines Wehrersatzdienstes und moralische Unterstützung erhielten die Jugendlichen in der Regel nur durch kirchliche Mitarbeiter.

Die erste öffentliche Protestaktion einer von der Kirche unabhängig agierenden Friedensgruppe in Jena fand am 14. Dezember 1982 statt und war für alle Beteiligten ein großer Erfolg. Die lose zusammengekommene Gruppe reagierte damit auf den Aufruf von Pfarrer Eppelmann, öffentliche Schweigeaktionen für den Frieden zu organisieren. Ein weiterer Hintergrund war die Solidarisierung mit den Inhaftierten Blumenhagen, Hildebrandt und Jahn. Da ein Zusammengehen mit der Evangelischen Kirche in Jena für eine gemeinsame öffentliche Protestaktion weitgehend auszuschließen war, organisierten die Akteure diese Aktion unabhängig von der Kirchengemeinde. Nicht nur die verantwortlichen kirchlichen Mitarbeiter sondern auch das Ministerium für Staatssicherheit in Jena wurden von dem Ausmaß der Aktion überrascht. Bereits einen Tag nach der Protestaktion formulierten Akteure der Gruppe ihre „Jenaer Friedensforderungen“ für eine neue Friedenspolitik der DDR. Darin forderten sie sofortige Abrüstung in Ost und West, die Abschaffung von Kriegsspielzeug, den Abzug der Besatzungstruppen aus der DDR und der BRD, die Einführung eines sozialen Friedensdienstes ohne Gesinnungsprüfung, die Abschaffung des Wehrkundeunterrichtes in Schulen, ungehinderte Kontaktaufnahme zu Friedens- und Ökogruppen in Ost und West sowie öffentliche Informationen über den Bausoldatendienst.[484]

[483] Vgl. Internetseite des Matthias-Domaschk-Archivs Berlin: http://home.snafu.de/domaschk/index 2.htm. Bestandsübersicht der Archive: Unabhängige Gruppen, Jenaer Friedensgemeinschaft, Chronologie.

[484] Vgl. Kroh, Ferdinand: „Freiheit ist immer Freiheit...“, S. 96. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 215.

Die erhoffte Wirkung in der Öffentlichkeit Jenas erreichte die erste Schweigeminute für den Frieden vom 14. November 1982 nicht. Das hatte zwei Gründe. Die Volkspolizei griff während der Aktion nicht ein und es kam zu keiner offenen Auseinandersetzung zwischen Polizei und Akteuren. Die Straßenpassanten konnten sich also höchstens wundern über das, was hier geschah, ohne die Hintergründe der Aktion zu kennen. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte zwar vor der Aktion Kenntnis darüber, daß sie stattfinden würde,[485] griff aber nicht ein. Warum das so war, wird aus den vorhandenen Quellen nicht deutlich. Sicher rechneten die Genossen nicht mit der hohen Anzahl an Teilnehmern.[486] Möglicherweise war das Ministerium für Staatssicherheit in dieser Situation auch völlig überfordert, um darauf reagieren zu können. Zwei Tage vor der Schweigeminute für den Frieden beantragten jedenfalls die zuständigen hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in Jena, Oberleutnant Lippoldt und Oberstleutnant Seidel von der Vorgangsgruppe Oberstleutnant Horn, eine Observierung für den 14. November 1982 unter dem Decknamen „Kreis“ bei der übergeordneten Dienststelle in Berlin. Zur Begründung hieß es: „Am 14.11.1982 planen Personen des politischen Untergrunds in Jena die Durchführung einer sogenannten „Schweigeaktion“. Die film- und fototechnische Dokumentation soll zur Identifikation der Teilnehmer beitragen und der Bewegungsablauf der Aktion in drei Phasen (Vorsicherung, Aktion, Nachkontrolle) festgehalten werden.“[487] Die Observationszeit legte man zwischen 12.00 Uhr und 15.00 Uhr fest. Das Ministerium für Staatssicherheit wußte also den Zeitpunkt der Aktion. Festgehalten wurden laut Observationsplan die beteiligten Personen, deren Bewegungsabläufe sowie die mitgeführten Transparente und Plakate. Darüber hinaus notierte das Ministerium für Staatssicherheit die Kennzeichen von Fahrzeugen beteiligter Akteure. Wie das Ministerium für Staatssicherheit im Vorfeld an die Informationen über die Schweigeminute gelangte, ist nicht genau zu belegen, da Akten dafür bisher fehlen. Es liegt aber die Annahme nahe, daß die teilnehmenden IM, Jens Eisenberg (IM „Leonardo“ alias „Frank“) und Manfred Rinke (IM „Raffelt“ aus Dresden und Freund von Peter Rösch, Thomas Grund und Carsten Hahn), die Informationen über die geplante Aktion an das Ministerium für Staatssicherheit weitergaben.

---

[485] Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 215. Udo Scheer erklärt dazu: „Staatssicherheit und Polizei sind überrumpelt. Sie hatte von der kurzfristigen Aktion nichts gewußt.“ Das ist offensichtlich nicht richtig. Denn das Ministerium für Staatssicherheit wußte von der Aktion, beschränkte sich aber auf die Observation. Vgl. dazu das Dokument der Bezirksverwaltung Gera vom 12.11.1982, Vorgang „Kreis“, Abt. VIII/5 (Observation), MfS Reg.-Nr. A/79/93.

[486] Udo Scheer gibt an, daß etwa 70 Jugendliche beteiligt waren. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 215. Die Akten der Observation des Ministeriums für Staatssicherheit vermitteln ein anderes Bild. Nach den Observationsfotos zu urteilen sind selbst 50 Teilnehmer viel gewesen. Vgl. dazu ebenfalls Vorgang „Kreis“, MfS Reg.-Nr. A/79/93.

[487] Vorgang „Kreis“, MfS Reg.-Nr. A/79/93, BStU, Bl. 5.

Neu an der Aktion war, daß die Akteure erstmals Plakate und Transparente mitführten. Das war auch gegenüber den bisherigen kirchlichen Friedensmärschen eine neue Qualität. Auf den mitgeführten Plakaten formulierten die Teilnehmer u. a.: „1 Minute Schweigen für den Frieden der Welt!“ und „Ohne Frieden keine Zukunft“. Die wohl stärkste Geste der Aktion bildete der geschlossene Kreis der Teilnehmer. Auf dem Höhepunkt der Schweige-Aktion hatten sich die Teilnehmer etwa 12 Minuten lang in einem Kreis zusammengeschlossen und an die Hände gefaßt.[488] Dies galt ihnen als ein Symbol ihres gemeinsamen Mutes und richtete sich auch gegen die Angst vor den zu erwartenden Repressionen. Den Straßenpassanten und dem als anwesend vermuteten Ministerium für Staatssicherheit signalisierten sie damit: Wir gehören zusammen, wir sind eine Gruppe, und wir sind stark genug, die Konsequenzen auszuhalten.

Die Teilnehmer dieser Protestaktion sind nur teilweise namentlich recherchierbar. Unter ihnen befanden sich aber nachweislich Akteure aus Berlin, Apolda, Dresden und Weimar. Das Ministerium für Staatssicherheit konnte durch die Fotoobservation vor allem jene Teilnehmer namentlich ermitteln, die ihm aus Zusammenhängen mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte bekannt waren, darunter Dorothea und Michael Rost, Ute Hinkeldey, Andreas Friedrich, Uwe Sinnig, Stefan Ziegan und Carsten Hahn, aber auch die IM, Jens Eisenberg (IM „Leonardo“ alias „Frank“) und Manfred Rinke (IM „Raffelt“ aus Dresden.[489] Daraus resultierte die Annahme des Ministeriums für Staatssicherheit, die Schweigeminute für den Frieden sei durch „kirchliche Kräfte“ der Jungen Gemeinde Stadtmitte organisiert worden.[490]

Als die Gruppe nach diesem ersten Erfolg eine zweite Schweigeaktion für den 24. Dezember 1982 plante, schritten die Genossen bereits im Vorfeld ein, um diese Aktion zu verhindern. Die Kreisdienststelle Jena des Ministeriums für Staatssicherheit informierte die SED-Kreisleitung über die zu erwartende Aktion im Dezember. Die SED-Kreisleitung informierte den Rat des Bezirkes Gera und dieser wiederum die Kirchenleitung in Eisenach, daß in Jena erneut eine Demonstration „kirchlicher Kräfte“ geplant sei. Die Begründung gegenüber der Thüringer Kirchenleitung, die geplante Friedensdemonstration sei eine Aktion „kirchlichen Kräfte“ in Jena beruhte auf den konstruierten Ergebnissen der Observation vom 14. November 1982. Die

[488] Vorgang „Kreis“, MfS Reg.-Nr. A/79/93, BStU, Bl. 116.

[489] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 215. Scheer führt in diesem Zusammenhang nur Ute Hinkeldey als Akteurin der Jungen Gemeinde Stadtmitte auf.

[490] OV „Opposition“, MfS Reg.-Nr. X/56/83, Bd. 2, Information im Zusammenhang mit der geplanten Schweigedemonstration am 24.12.1982 in Jena. Das Ministerium für Staatssicherheit spricht gegenüber der Kirchenleitung Jena von einer kirchlichen Friedensgruppe. Im selben Bericht wird aber darauf verwiesen, daß die Jenaer Akteure, die an dieser Aktion beteiligt waren, keine Unterstützung durch die kirchlichen Amtsträgern in Jena hatten, insbesondere nicht durch Superintendent Udo Siebert, der offenbar im Vorfeld der Schweigeminute in die Vorbereitung einbezogen werden sollte oder zumindest Kenntnis davon hatte. Das Ministerium für Staatssicherheit ging deshalb davon aus, daß die Gruppe durch feindliche Kräfte aus der Bundesrepublik ferngesteuert sei, und hier insbesondere durch die Exil-Jenaer der „Fuchs-Bande“ aus West-Berlin.

Kirchenleitung in Eisenach sollte nun im Kalkül des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Jugendlichen vorgehen und ihren vermuteten Einfluß auf die Jugendlichen aktivieren. Der einzige tatsächliche Hinweis auf einen kirchlichen Hintergrund für die Schweigeminuten war der Kontakte der Gruppe zu Pfarrer Rainer Eppelmann in Berlin, der im Oktober 1982 zu den monatlichen Friedens- und Schweigeaktionen aufgerufen hatte.[491] Eppelmann sei besonders dafür eingetreten, Jena als einen Ort öffentlicher Aktionen zu favorisieren, weil hier der gegebene politische Raum dafür sei. IM „Gerstenberger" kommt deshalb bei einer Sitzung des Thüringer Landeskirchenrates zu der allgemeinen Einschätzung „Diese angebliche „Friedensdemonstration" hat ihre Ursachen und Hintergründe in den Eppelmann-Aktionen". [492]

Das Ministerium für Staatssicherheit reagierte am 24. Dezember mit der Abriegelung der Innenstadt durch starke Polizeikräfte. Ca. 200 Kräfte der Polizei und des Ministeriums für Staatssicherheit waren im Einsatz. Mehrere Hauptverdächtige Akteure wurden bereits im Vorfeld über mehrere Stunden in Vorbeuge-Haft verbracht, um deren Teilnahme an der Aktion zu verhindern. Sie wurden erst nach Stunden unter Auflagen wieder frei gelassen.[493] Etwa zwanzig Akteuren gelang es an diesem Tag dennoch, die Abriegelung der Polizei zu umgehen und sich vor der Stadtkirche zu versammeln. Von hier aus sollte der Protestmarsch ausgehen. Das mißlang allerdings, als das Ministerium für Staatssicherheit die Gruppe ausmachte und gegen sie einschreien wollte. Die Akteure flüchtete daraufhin in die Jenaer Stadtkirche, um hier Schutz zu finden. Unter ihnen befand sich auch das Ehepaar Rub mit ihrem Kind. Frank Rub machte in dieser Situation die einzigen erhaltenen Fotos der Gruppe vor der Stadtkirche.[494] In der Kirche kam es nach einiger Zeit zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen einigen Akteuren der Gruppe und Mitgliedern der Kirchengemeinde der Stadtkirche. Die Mitglieder der Kirchengemeinde forderten die Akteure der Gruppe auf, die Kirche zu verlassen, weil diese nicht aus religiösen Motiven in die Kirche gekommen seien. Dem Zugriff durch die Staatsorgane könnten sie sich durch die Flucht in kirchliche Räume nicht entziehen. Das Argument von Frank Rub, die Gruppe sei zur Meditation bzw. zu einem Friedensgebet in die Kirche gekommen, lehnten die aufgebrachten Mitglieder der Kirchengemeinde ab. Nachträglich interpretierte Frank Rub, von der Flucht in die Kirche habe man sich politische Rückendeckung und Schutz vor Repressionen erwartet. Die starke Ablehnung durch die Kirchenmitglieder stieß bei den Akteuren der Gruppe auf großes

[491] Das berichtete Oberkirchenrat Schäfer (IM „Gerstenberger") in einer Sitzung des Thüringer Landeskirchenrates. Vgl. IM „Nettelbeck" (Oberkirchenrat Wolfram Johannes), MfS Reg.-Nr. IX/163/73, IM- Bericht vom 14.01.1983 über Sitzung des Landeskirchenrates vom 10.01.1983.
[492] Ebenda, S. 2.
[493] IM „Nettelbeck", MfS Reg.-Nr. IX/163/73, Bericht vom 14.01.1983 über Sitzung des Landeskirchenrates vom 10.01.1983.
[494] Vgl. Fotoarchiv Matthias-Domaschk-Archiv Berlin.

Unverständnis. Resignation und Verunsicherung seien die Folge gewesen. Dem Ministerium für Staatssicherheit gelang es an diesem Tag nicht, die in die Kirche geflüchteten Akteure an Ort und Stelle festzustellen oder festzunehmen. Erst im Januar und Februar 1983 kam es zu den erwarteten Verhaftungen. Die Thüringer Landeskirche und die Jenaer Kirchenleitung lehnten daraufhin sofort jede Beteiligung an der Schweigeminute vom 14. November und vom 24. Dezember 1982 offiziell ab.[495] Das war insofern richtig, weil sie tatsächlich nicht beteiligt war. Eine religiöse oder gar politische Mitverantwortung für die Inhalte der Gruppe lehnte sie ebenfalls ab. Im Ergebnis dieser erneuten oppositionellen Ereignisse in Jena nahm sich der Thüringer Landeskirchenrat in Eisenach vor, sich in Zukunft verstärkt um die Belange der Jugendlichen und die kirchliche Verantwortlichkeit in der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena kümmern zu wollen. Die Kirchenleitung erkannte die enge Verflechtung zwischen den Beteiligten der Schweigeminuten und der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Hintergrund der Kirchenleitung für die Sorge um die Junge Gemeinde Stadtmitte war allerdings nicht die Einsicht in die gemeinsame politische Verantwortlichkeit sondern die Sorge um den Mißbrauch der kirchlichen Räume für oppositionelle Aktionen. „Es könnte der Eindruck entstehen, daß die Kirche solchen politischen Mißbrauch befürworte und ermögliche. Dagegen muß sofort und in Zukunft eingeschritten werden. [...] Es dürfe nicht geschehen, daß durch solche Aktivitäten Kirche und Staat auseinanderdividiert werden und die kirchliche Arbeit darunter Schaden erleiden könne.“[496]

Die Verhaftung von Michael Blumhagen, Roland Jahn und Manfred Hildebrandt hatte 1982 verschiedene oppositionelle Jenaer Akteure und Gruppen zusammengeführt und untereinander mit den Betroffenen solidarisiert. Daraus entstand eine neue eigenständig agierende, oppositionelle Szene in Jena außerhalb der Kirche, deren Hauptbeteiligte der Jungen Gemeinde Stadtmitte zuzurechnen waren. Die Anregung zu den öffentlichen Schweigeminuten durch Pfarrer Rainer Eppelmann nahmen die Jugendlichen in Jena bereitwillig auf und löste eine Welle des öffentlichen Protestes aus. Die wichtigsten inhaltlichen Werte der Gruppe hießen, persönliche und politische Freiheit, Gemeinschaft und Solidarität. Das gemeinsam übergeordnete Ziel hieß Frieden, im Kleinen wie im Großen. Die Motive des Einzelnen konnten dennoch völlig unterschiedlich sein, denn der Begriff Frieden war Synonym für viele Inhalte. Als übergeordneter politischer Begriff verband er für die Jenaer Akteure die Aufforderung zur Erhaltung des Weltfriedens mit konkreter politischer Kritik am bestehenden politischen System.

Die in der zweiten Jahreshälfte 1982 zunächst unbenannte neu entstandene Friedensgruppe leistete mit ihrem öffentlichen Protest konkreten politischen

[495] IM „Nettelbeck“, Bericht über Sitzung des Landeskirchenrates vom 10.01.1983. S. 4 f.
[496] Ebenda.

Widerstand, und entzog sich damit bewußt den Regeln der Diktatur. Sie organisierte sich außerhalb bestehender kirchlicher Strukturen, bewegte sich aber gleichzeitig während ihrer Protestaktionen in einem interaktiven und geographisch überschaubaren Raum, der die kirchlichen Räume einband. Die unmittelbare Kommunikation untereinander war dabei gesichert und jederzeit möglich. Ihre politischen Ziele waren zunächst zeitlich wie inhaltlich begrenzt. Die Organisationsform der Gruppe war hierarchiefrei und ihr Organisationsgrad leitete sich vom Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen ab.[497] Eine Konfrontation mit dem repressiven System wurde dabei als unausweichlich angesehen.

Der Thüringer Landeskirchenrat und die Kirchenleitung in Jena konnten die politischen Ziele, die Form des Protestes sowie die Organisationsform der Jenaer Protestgruppe nicht akzeptieren. Ein öffentliches Eintreten für den Frieden sollte aus Sicht der Kirche in den Rahmen religiöser Handlungsräume eingebunden sein, ohne dabei die staatliche Autorität in Frage zu stellen.[498] Die starre Haltung der Kirche gegenüber den Jenaer Jugendlichen verhinderte somit eine Verbindung der räumlichen Möglichkeiten der Kirche mit dem politischen Protest der Jugendlichen. Wäre dies geschehen, hätte der Protest sicher schon 1982 eine spürbare positive Resonanz in der Jenaer Bevölkerung hervorgerufen. Vor einer offenen Konfrontation mit den Machthabern des SED-Staates wich die Thüringer Kirche 1982 und 1983 allerdings noch zurück. Sie fürchtete sicher nicht zu Unrecht die möglichen willkürlichen Einschränkungen ihrer bis dahin vom SED-Staat geduldeten Scheinselbstständigkeit. Trotzdem liegt der Gedanke nahe, wenn sich die Kirche hinter die Jenaer Akteure und hinter ihren politischen Protest gestellt hätte, wäre womöglich bereits 1983 eine politische Protestbewegung breiter Schichten der Bevölkerung in der DDR möglich gewesen. Die hohe Anzahl der Beteiligten an den Schweigeminuten und deren nachfolgender Bekanntheitsgrad durch die Medien der Bundesrepublik waren für die konkrete Situation in der DDR-Diktatur jedenfalls Aufsehen erregend. Und die hohe Bereitschaft der Jugendlichen zur offenen Konfrontation mit dem repressiven System der DDR war eine neue Qualität in der politischen Auseinandersetzung.

Die unter dem Dach der Kirche oft nur geduldete Offene Arbeit und ihre Politisierung schlugen 1982 in konkreten politischen Widerstand um. Das ergab sich vor allem aus ihren netzwerkartigen Milieustrukturen, aber auch aus der geographischen Überschaubarkeit Jenas. Beides reicht am Ende jedoch nicht aus, die Jenaer Ereignisse und die Protestgruppe verallgemeinert als Protestbewegung zu charakterisieren. Trotzdem war Jena 1982 und 1983 ein zentraler Ort der DDR-Friedensbewegung. Wollte die Kirche ihr Ansehen und ihren Erfolge in der Friedensarbeit unter der Jugend

[497] Zur Konstitution und Organisation politischer Protestgruppen sowie den Voraussetzungen politischen Protestes in der DDR vgl. Pollack, Detlef: Politischer Protest, S. 40 ff.
[498] Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 336.

nicht verspielen, so mußte sie sich zukünftig auch kirchlich unabhängig organisierten Friedens- und Ökogruppen öffnen. Der politische Protest gegen das SED-Regime, der 1982 von Jena aus auf viele andere Protestgruppen abstrahlte, wurde deshalb in den folgenden Jahren immer stärker von kirchlich unabhängigen Gruppen mitgetragen.

Für SED und Ministerium für Staatssicherheit war es 1982 durch die ambivalente Haltung der Kirche zunächst recht einfach, die Akteure politisch zu verfolgen. Ein starker kirchlicher Widerstand war in Jena nicht zu erwarten. Die von den Akteuren erhoffte Schutzfunktion der Kirche gab diese Anfang 1983 fast völlig auf. Einzig der öffentliche Protest in den Medien der Bundesrepublik gab den Jugendlichen Hoffnung auf konkreten Schutz vor der Willkür des SED-Regimes. Das öffentliche Interesse an den Vorgängen in Jena verstärkte sich, als das Ministerium für Staatssicherheit zwischen 14. Januar und 7. Februar 1983 elf Akteure der Schweigeminute für den Frieden vom 24. Dezember 1982 verhaftete,[499] darunter auch einige, die das Ministerium für Staatssicherheit der Jungen Gemeinde Stadtmitte zuordnete.[500] Die meisten anderen wurden schon zu früheren Zeitpunkten kurzzeitig verhaftet und verhört. Besonders die jungen Frauen wurden dabei unter starken repressiven Druck gesetzt. Den Müttern unter ihnen drohten die Vernehmer ganz offen, ihre Kinder im Falle einer Gefängnisstrafe wegzunehmen und in Heime zu verbringen, wenn sie sich weiterhin politisch gegen das SED-Regime engagierten. Aber auch die jungen Männer wurden erheblich unter Druck gesetzt. Nicht selten hieß für sie in dieser Situation die Alternative Armee oder Ausreise. Die Lage der Akteure und der Ausgang ihres politischen Protestes waren damit äußerst ungewiß. Kaum einer konnte sagen, was werden würde. Die Alternative Bundesrepublik lag den meisten Anfang 1983 noch nicht vor Augen. Erst die Verhaftung der elf Akteure und deren vermutete Verurteilung zu langen Haftstrafen änderte die Einstellung der meisten Jugendlichen dazu. Für einige Wenige war das Ziel Bundesrepublik schon vor den Protestaktionen erklärtes Ziel gewesen, so beispielsweise für David Dulitz.

Fast parallel zu den Verhaftungen im Januar und Februar 1983 wurden Manfred Hildebrandt im Dezember 1982 und Roland Jahn im Januar 1983 zu langen Haftstrafen verurteilt. Der schon im Juli 1982 verurteilte Michael Blumhagen hatte sich in der Haft der erpresserischen Forderung zur Ausreise in die Bundesrepublik gebeugt und wurde im Dezember 1982 nach West-Berlin abgeschoben. Von West-Berlin aus versuchten er und andere Exil-Jenaer eine breite Öffentlichkeit in den Medien der Bundesrepublik zu organisieren. Doch die westdeutschen Medien berichteten zunächst nur zögerlich über die Ereignisse in Jena. Hintergrund dafür waren die Deutsch-Deutschen Beziehungen. In dieser Phase war es ein erklärtes Ziel beider deutscher Staaten, die internationale

[499] Vgl. Dokumentenanhang Dok. 28.

[500] So Dorothea Rost, Ute Hinkeldey, Andreas Friedrich (Frieder) und Uwe Sinnig (Käse). Nur zwei von dieser Gruppe wurden verhaftet, Michael Rost (Rosti) und Stefan Ziegan (Harzer).

Entspannungs- und Friedenspolitik voran zu treiben. Störungen durch innerdeutsche Probleme waren da nicht erwünscht. Am 7. Februar 1983 hatte Erich Honecker Helmut Kohl in einem Brief mitgeteilt, daß die DDR beabsichtige, sich dem schwedischen Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa anzuschließen. Damit konnte Honecker die Bundesrepublik international unter Druck setzten und entzog gleichzeitig seinen innenpolitischen Kritikern scheinbar wichtige Argumente an seiner Friedenspolitik. Doch wichtiger als der innenpolitische Erfolg war für Honecker stets die außenpolitische Anerkennung der DDR, besonders durch die Bundesrepublik. Das Schicksal der verhafteten Jenaer zählte deshalb in einer solchen Situation wenig. Der Journalist Helmut Lölhöffel,[501] der wegen seiner kritischen Berichterstattung über die DDR in der „Süddeutschen Zeitung“[502] vom DDR-Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mehrfach verwarnt wurde, sagte in seiner Nachschau, er habe im Januar und Februar 1983 zu wenig auf die Situation in Jena hingewiesen.[503] Erst das nachhaltige Engagement der Exil-Jenaer Jürgen Fuchs, Thomas Auerbach, Peter Rösch, Lutz Leibner, Christina und Reinhard Klingenberg, Maria und Wolfgang Diete, Christine und Siegfried Reiprich sowie Peter Rösch sensibilisierte die westdeutsche Öffentlichkeit für den politischen Widerstandes in der DDR. Die folgenden zahlreichen Berichte in den Medien der Bundesrepublik trugen dann ganz wesentlich dazu bei, daß die Ereignisse in Jena in ganz Deutschland bekannt wurden. Ende Februar 1983 wurden die Jenaer überraschend aus der Haft entlassen, darunter auch die bereits verurteilten Manfred Hildebrandt und Roland Jahn. Entscheidend für die Entlassung soll nach Einschätzung von Udo Scheer ein Fernsehbeitrag von Franz Alt in der Fernsehsendung „Report“ der ARD am 22. Februar 1983 gewesen sein. Hier berichteten und beschrieben die Exil-Jenaer Auerbach, Fuchs und Rösch die Situation in Jena, und sie nannten in diesem Zusammenhang die Namen und Adressen aller Verhafteten und Verurteilten.[504] Zwischen 22. und 26 Februar 1983 wurden dann die insgesamt vierzehn Akteure „auf Bewährung“ aus der Haft entlassen. Die überraschende Entlassung erzeugte bei den bis dahin Inhaftierten aber weder Mißtrauen noch Ängste. Sie erklärten sich die

[501] Helmut Lölhöffel ist Jahrgang 1944 und arbeitete beim „Kölner Stadt-Anzeiger“ 1969-1971, Deutschen Depeschen Dienst 1971-1974, der „Süddeutschen Zeitung“ 1974 bis 1984, und seit 1984 bei der „Frankfurter Rundschau“. 1978/79 war er Mitglied im Deutschen Presserat, 1986 bis 1992 Vorsitzender des Ortsvereins Bonn der IG Druck und Papier/IG Medien. 1999 erhielt er den Medienpreis des Bundestags. Er ist in seiner geistigen Haltung ein umstrittener Journalist. „Wie Helmut Lölhöffel, alias „Otto“, Geburtsname Hans Bruno Helmut Lölhöffel von Löwensprung, sich in den 60er Jahren an der Hitler-Jugend orientierte, sich 1990 als Informant seiner alten Nazi-Freunde betätigte und sich 1992 vor Gericht vergeblich bemühte, Berichte über seine Aktivitäten verbieten zu lassen. Vgl. Berliner Institut für Faschismusforschung: http://www.trend.partisan.net/trd1100/t301100.html.

[502] Lölhöffel, Helmut: Eine Radtour, die ins Gefängnis führt. In der kleinstädtischen Atmosphäre Jenas machen noch immer unbequeme Bürger dem Regime der DDR zu schaffen. In: Süddeutsche Zeitung vom 22.12.1982. Hier berichtet Lölhöffel über Roland Jahn.

[503] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 216.

[504] Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 216.

Haftentlassung mit der bevorstehenden Realisierung ihrer Abschiebung in die Bundesrepublik. Alle Inhaftierten hatten als Alternative zu den langjährig angedrohten Haftstrafen während der Haft Anträge auf Ausreise gestellt. Einige Akteure reagierten auf ihre Entlassung regelrecht euphorisch und glaubten an einen Sieg über die Staatsmacht. „Wir hatten gewonnen. Wir hatten einen Staat in die Knie gezwungen. Dieses Gefühl war da. Ich habe noch nie einen so großen Freiraum in der DDR verspürt wie in diesen Wochen. Wir lernten neue Leute kennen, Ute Hinkeldey, Thea und Michael Rost, die den Friedenskreis aus der JG-Ecke verkörperten. Durch den Knast wurden verschiedene lose Gruppierungen und Leute, die zwar Kontakt hatten, die aber jeder für sich arbeiteten, zusammengeschweißt, Frank Rub, Batti [...]. Die Stasi hat sozusagen die unabhängige Jenaer Friedensgemeinschaft geschaffen. Die Leute sind näher zusammengerückt und waren auch bereit, neue Formen des Protestes zu probieren. [...] Da war dieses Gefühl, die können uns nicht einsperren, wir waren schon eingesperrt. Die können uns nur zusammenschlagen. Dabei waren wir durchaus taktisch mit den Plakaten: „Keine Gewalt, Schwerter zu Pflugscharen“, das waren alles Friedensparolen, keine Angriffe auf den Staat. Wir haben uns gesagt, wir waren in den letzten Wochen in der ARD zu sehen, wir sind bekannt, wir haben die Chance, wir nehmen uns das Recht auf Demonstrationsfreiheit.“[505]

Die Mitarbeiter der Kreisdienststelle Jena des Ministeriums für Staatsicherheit beurteilten die „von oben“ angeordnete Freilassung später als falsche Maßnahme. Dabei gingen sie davon aus, daß die Entlassenen sich nicht an die staatlichen Auflagen gehalten hätten. In einem internen Papier für die Leiter der Bezirksverwaltungen in der DDR wurde in einer Lagebeurteilung darauf eingegangen. Dort heißt es: „Auf zentralen Beschluß wurden im Interesse der weiteren Stärkung der westlichen Friedensbewegung Ende Februar 1983 in einer stabsmäßigen Aktion diese feindlich-negativen Kräfte aus der Haft entlassen und entsprechende weitergehende, vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung ihrer Aktivitäten eingeleitet. [...] In falscher Einschätzung der Situation werteten die äußeren und inneren feindlichen Kräfte die Haftentlassungen als politischen Sieg und organisierten unter der Bezeichnung „Jenaer Friedensgemeinschaft“ erneut die staatsfeindliche Tätigkeit. Damit handelten sie bewußt entgegen ihren bei der Haftentlassung abgegebenen Versprechungen zum loyalen Verhalten gegenüber dem sozialistischen Staat. [...] In Abstimmung mit den in Westberlin tätigen feindlichen Kräften verfaßten sie im März 1983 eine Konzeption. In dieser ideologischen Plattform legten sie demagogisch dar, daß sie sich als „Solidar-Gemeinschaft“ verstehen, die sich aus „Angst vor dem Krieg, Terror und Ungerechtigkeit“ zusammengefunden hat, um mit Hilfe von „Dialog, Warnung, Erziehung und Darstellung“ sowie über Formen des Auftretens in der Öffentlichkeit und

[505] Jahn, Roland, zitiert nach Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 216 f.

Verbindungsaufnahme im In- und Ausland die Auseinandersetzungen mit der persönlichen und gesellschaftlichen Situation zu führen."[506]

SED und Ministeriums für Staatssicherheit hatte die Lage Anfang 1983 falsch eingeschätzt. Die Entlassung der Akteure aus der Haft geschah zunächst mit Blick auf die internationale Situation. Die Verhinderung von internationalem Prestigeverlust war für die Genossen in dieser Situation wichtiger als innenpolitische Konsequenzen. Das erklärt auch die bedeutende Rolle der Öffentlichkeit in der Bundesrepublik. Die kleine Gruppe Verhafteter in Jena wurde für nicht wichtig genug befunden. Doch das sollte sich schnell ändern. Als im weiteren Verlauf die Fehlentscheidung sichtbar wurde, beauftragt die SED-Führung das Ministerium für Staatssicherheit erneut einzugreifen.

Auch die Thüringer Kirche hatte ihre Probleme mit dieser Situation. Der Freilassung der Jenaer Akteure war die spektakuläre Veröffentlichung eines anonymen Briefes in der Westdeutschen Presse vorausgegangen. Der Brief war an den Thüringer Landesbischof Werner Leich gerichtet.[507] Anonymer Autor des Briefes war der Schriftsteller Lutz Rathenow. Als ehemaliger Jenaer, der inzwischen in Ost-Berlin lebte, pflegte er enge Kontakte nach Jena, zu Jürgen Fuchs, Thomas Auerbach und westdeutschen Korrespondenten aus West-Berlin. In dem Brief formulierte Rathenow im Namen junger Christen seine Kritik an der Thüringer Landeskirche gegenüber den Ereignissen in Jena. Dem Thüringer Landesbischof warf er konkret vor, sich nicht für die Verfolgten und Inhaftierten eingesetzt zu haben. Die Thüringer Landeskirche wiegelte die offene Kritik über die Presse der Bundesrepublik ab und erklärte stattdessen, der Brief sei nicht echt. Um der Frage der Vorwürfe und des Umganges damit dennoch nachzugehen, rief der Landeskirchenrat kurzfristig ein Superintendentenkonvent zusammen.[508] Neben den Presseberichten in den Westmedien empörte die Mehrzahl der Superintendenten vor allem der Vorwurf der „… ausgebliebenen Unterstützung der Kirche für die Inhaftierten aus Jena".[509] Das war kein Wunder, denn besonders unter den leitenden Mitarbeitern der Kirche in Thüringen gab es zahlreiche dem SED-Regime Ergebene oder Sympathisierende und Inoffizielle Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit.[510] Auch Superintendent Udo Siebert aus Jena versuchte, die Situation und die politischen Aktivitäten der Gruppe in Jena herunterzuspielen. Nach seiner Einschätzung handelte es sich bei den „Tätern" nicht um eine feste Gruppe. Sie würden sich sogar teilweise nicht einmal untereinander

[506] Vgl. Referat Leiter Bezirksverwaltung zur Dienstkonferenz politische Untergrundtätigkeit 1983. Dokumentiert am 28.10.1986, MfS Reg.-Nr. SLK 3343, S. 16.
[507] „Brief 18 Junger Christen aus Saalfeld und Rudolstadt." In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 17.03.1983.
[508] Dieser Konvent fand am 22. 02. 1983 in der Kreuzkirche in Weimar statt.
[509] IM „Nettelbeck". Bericht vom 25.02.1983 über die Sitzung des Superintendenten-Konvents in Weimar vom 22.02.1983, S. 32 ff.
[510] Vgl. Lenski/Schön/Grund/u.a. Hg.: Die „Andere" Geschichte, Anhang Pkt. 9.1.

kennen. Einige kämen aber über die Jugendarbeit zusammen, womit er die Junge Gemeinde Stadtmitte meinte. Mit dieser Jungen Gemeinde wäre zurzeit keine Zusammenarbeit möglich, weil hier große Verunsicherung herrschen würde über den kirchlichen Auftrag. Es wäre sehr schwer, mit den Jugendlichen ins Gespräch zu kommen, weil die Kirche durch sie unter den Druck gestellt würde, alles Negative des Staates aufzufangen. Mit dieser Einschätzung gab Siebert zwar ein realistisches Bild von der Lage in Jena ab, erklärte aber nicht, wie es dazu kam und wo die eigentlichen Konfliktpunkte lagen. Insgesamt schätzte der Konvent ein, daß die Kirche die alleinige Verantwortung für solche Randgruppen der Gesellschaft nicht tragen könne und die Berichterstattung der westlichen Medien die tatsächliche Situation übertreibe bzw. gar nicht wirklich beurteilen könne.[511]

Die Freilassung der Jenaer Akteure war sowohl ein Erfolg für die internationale Friedensbewegung als auch für die Friedensgruppen in der DDR. Die intensive Medienarbeit der Exil-Jenaer hatte auch dafür gesorgt, daß sich die politischen Parteien der Bundesrepublik mit dem Thema Opposition in der DDR befassen mußten. Ein wichtiges Beispiel dafür sind Petitionen der „Grünen“ und der West-Berliner „Alternativen Liste“. Sie setzten sich damit direkt bei Erich Honecker für eine Freilassung der Inhaftierten ein. Die Jenaer spürten dagegen ganz konkret die Kraft ihres politischen Handelns. „Die unverhoffte Freilassung gab Roland und seinen Freunden wieder Auftrieb. [...] Man kann hier doch weitermachen, man muß nur hartnäckig genug sein. [...] Jede Macht hat ihre Grenzen!“[512]

Auch der Thüringer Landesbischof Werner Leich mußte handeln. Am 1. März 1983 kam es zwischen ihm, den Initiatoren der Schweigeminute und den Haftentlassenen zum Gespräch in der Jungen Gemeinde Stadtmitte.[513] Teilnehmer waren auf Seiten der Kirche neben dem Bischof Oberkirchenrat Schäfer (IM „Gerstenberger“), Kreiskirchenrat Kirchner (IM „Hesselbarth“), Superintendent Siebert, Kreisjugendpfarrer Nenke (IM „Brenner“), Sozialdiakon Hoffmann und Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge“). Auf Seiten der Akteure waren anwesend Freya und Andreas Greiner-Napp, Stefan Ziegan, Dorothea und Michael Rost, David Dulitz, Ulrich und Marianne Schlutter, Peter Kähler, Ev und Frank Rub, Edgar Hillmann, Roland Jahn, Petra Falkenberg, Manfred Hildebrandt, Uwe Behr, Norbert Mildner, Thomas Grund sowie einige nicht namentlich aufgeführte Personen.[514] Thomas Grund galt als Akteure der Jungen Gemeinde und Mitglied des Jenaer Gemeinderates als Vermittler zwischen beiden Seiten. Darüber hinaus war Rechtsanwalt Wolfgang Schnur

[511] IM „Nettelbeck“. Bericht vom 25.02.1983 über Sitzung des Superintendenten-Konvents in Weimar vom 22.02.1983, S. 32 ff.
[512] Vgl. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 20.
[513] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 199 ff.
[514] Ebenda, Bl. 199 ff.

(IM „Torsten“)[515] anwesend. Er hatte die Akteure während der Haftzeit juristisch beraten und betreut. Auf seinen konkreten Einfluß gehen die in der Haft gestellten Ausreiseanträge zurück. Nachdem der Bischof bei diesem Treffen die Namen der Verhafteten und die Haftgründe erfuhr, zeigte er großes Verständnis für die Lage der Akteure. Gleichzeitig lehnte er jedoch eine offene Konfrontation mit dem SED-Staat ab. Er forderte die Betroffenen auf, ihr Engagement für den Frieden zukünftig in den Rahmen der kirchlichen Friedensarbeit zu stellen. Nur dann könne die Kirche ihre Schutzfunktion wahrnehmen. Die Schweigeaktionen vom November und Dezember 1982 wären von der Kirche unabhängig organisierte Aktionen gewesen und dadurch kriminalisierbar. Die Aktionen, so der Bischof weiter, gefährdeten sogar die kirchliche Friedensarbeit, weil die staatliche Seite die Kirche für die Konfrontation verantwortlich mache, obwohl sie damit nichts zu tun habe.[516] Die Akteure reagierten auf diese Erklärungen unduldsam und enttäuscht. Sie hatten im Gegenteil eine volle Anerkennung ihrer Forderungen erwartet. „Leich hat uns deutlich gezeigt, daß wir unter dem Dach der Kirche keinen Platz finden würden. Die Kirchenleitung hatte Angst vor den Konflikten. Die Kirche hat immer gesagt, sie sei für alle Menschen in der Not da, aber sie war nicht für uns da. Sie hat sich von uns distanziert, nachdem wir aus der Haft entlassen worden sind, und wir waren auf uns allein gestellt.“[517]

Ein wichtiger Grund für die Haltung der Kirche war das Luther-Jahr 1983. Durch die Konflikte in Jena standen aus Sicht der Kirche die guten Beziehungen zwischen Kirche und Staat auf dem Spiel. Die Kirche konnte und wollte in dieser Situation unabhängige Friedensaktionen nicht unterstützen und schützen, erst recht nicht nachträglich. Den Jenaern und ihren „Berichterstattern aus den gut informierten Kreisen im Westen“ warf der Thüringer Bischof vor, über die Thüringer Kirche ein falsches Bild in den Westmedien zu vermitteln. Die vorgetragene Kritik sei nichts anderes als Polemik und entspräche nicht der Wahrheit. Doch hier irrte der Bischof. Vor allem der Vorwurf, der Thüringer Landeskirchenrat sei mit Inoffiziellen Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit durchsetzt, bestätigte sich nachträglich.[518] Anfang Februar 1983 hatte das Magazin „Stern“ eine Reportage darüber veröffentlicht. Erfahren hatte der Bischof davon auf einer Sitzung des Kirchenrates in Eisenach Mitte Februar. Oberkirchenrat Johannes (IM „Nettelbeck“) berichtete dem Bischof, in dem Nachrichtenmagazin habe gestanden, „...daß alle Mitglieder der Kirchenleitung der Thüringer Landeskirche mit Ausnahme des Bischofs so enge Verbindungen zu dem Ministerium für Staatssicherheit hätten, daß man, wenn man Probleme habe, sich

[515] Vgl Anm. 447.
[516] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 199 ff..
[517] Rub, Frank, zitiert nach Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 20.
[518] Vgl. Idea-Dokumentation Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke, 15/1996.

sogleich an die Staatssicherheit wenden könne, um den selben Erfolg zu erzielen.“[519] Die Empörung war groß. Doch tatsächlich waren fast alle Mitglieder der Thüringer Kirchenleitung Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Oberkirchenrat (OKR) Hartmut Mitzenheim war IM „Hans Klinger“, OKR Hans-Joachim Werneburg war IM „Hörsel“, OKR Wolfram Johannes war IM „Nettelbeck“, OKR Christoph Thurm, ehemaliger Superintendent von Jena bis 1978, war IM „Bruno Köhler“, OKR Martin Kirchner war IM „Franke“ alias „Körner“ alias „Hesselbarth“, OKR Hans Schäfer war IM „Gerstenberger“, OKR Walter Sieber war IM „Günter“ und OKR Gerhard Lotz war IM „Karl“.[520] Daneben gab es aber auch noch zahlreiche Superintendenten, Kirchenräte und andere kirchliche Mitarbeiter, die Inoffizielle Mitarbeiter waren. Das verdeutlicht zumindest nachträglich, daß das Mißtrauen der Jenaer Akteure gegen die Kirchenleitung und ihre Mitarbeiter berechtigt war. Für den Bischof dagegen war das erträgliche Maß an christlicher Toleranz überspannt, und die Jenaer wurden ihrem Schicksal überlassen. Befangen in dieser Auseinandersetzung vermochten es Bischof Leich, Superintendent Siebert und die weiteren Mitarbeiter der Kirche nicht, die Akteure in eine kirchliche Friedensarbeit einzubinden. Einzig die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte bildeten im weiteren Verlauf des Jahres 1983 die allgemeine Klammer für die Jenaer Friedensgruppe mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Kirche.

Im März 1983 begannen sich die Ereignisse in Jena zu überschlagen, und eine neue Dimension in der Auseinandersetzung brach auf. Begonnen hatte der Abschnitt am 1. März mit der Begegnung zwischen den Haftentlassenen und dem Thüringer Landesbischof. Der sich vertiefende Vertrauensverlust rückte die Akteure spürbar ab von der Kirche. In der Folge schlossen sie sich noch enger zusammen zu einer solidarischen Interessengemeinschaft.[521] Ihre politischen Forderungen waren das Recht auf individuelle Freiheit, Selbstbestimmung und politisches Mitspracherecht. Um diese Forderungen durchzusetzen, mußten und wollten die Akteure handeln. Dabei unterschieden sie nicht danach, ob politische Aktionen von kirchlichen oder nichtkirchlichen Gruppen ausgingen. Entscheidend für ein Zusammengehen waren allein die weitestgehende Übereinstimmung der politischen Ziele und die gegenseitige Akzeptanz der Formen des Protestes. Um Verbündete zu finden, beteiligte sich Dorothea Rost zwischen 5. und 6. März 1983 an einem Treffen verschiedener kirchlicher Friedensgruppen unter dem Titel „Frieden konkret“[522] in Berlin. In

[519] IM „Nettelbeck“. Bericht vom 17.02.1983, S. 26.

[520] Vgl. Lenski/Schön/Grund/u.a. Hg.: Die „Andere“ Geschichte, Anhang Pkt. 9.1.

[521] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 223. Gespräch des IM mit Beate Dittmar am 04.03.1983 über die Haltung der Kirche zur Gruppe und die Situation in der Jungen Gemeinde.

[522] „Frieden Konkret“ 1981 von Pfarrer Hans-Jochen Tschiche und Christoph Wonneberger im Zusammenhang mit der Forderung nach einem Sozialen Friedensdienst als ständiges Friedensgebet ins Leben gerufen. Ab 1983 war das sich entwickelnde Netzwerk Frieden Konkret eine juristische

eigenständiger Regie beantragten zwei Tage später, am 8. März 1983, Uwe Sinnig und Michael Rost als Vertreter der Gruppe auf dem Volkspolizeikreisamt Jena die eigenständige Durchführung einer öffentlichen Schweigeminute für den Frieden, um der Opfer der Bombardierung Jenas zum 38. Jahrestag am 19. März zu gedenken. Hier trat die Gruppe auch erstmals namentlich als unabhängige Friedensgemeinschaft Jena auf,[523] was somit die Geburtsstunde der Friedensgemeinschaft war.[524] Ihr Anliegen wurde, wie zu erwarten, abgelehnt und verursachte bei den staatlichen Stellen heftige Gegenreaktionen. Eine offiziell angemeldete Schweigeaktion für den Frieden hatte es bisher noch nicht gegeben und war selbst für das Ministerium für Staatssicherheit eine neue Form des Protestes. Man reagierte aber sofort. Alle Informationen liefen beim Oberbürgermeister der Stadt zusammen und es wurden unter der Koordination des Ministeriums für Staatssicherheit die Gegenmaßnahmen organisiert. Auch die Telefonüberwachung und konspirative Wohnungsdurchsuchungen wurden intensiviert. Wichtiger war jedoch zu klären, wer diese Aktion organisiert hatte. Das Ministerium für Staatssicherheit sah sich jedenfalls von Anfang an in seiner Theorie der Fernsteuerung durch „feindliche Kräfte“ im Westen bestätigt. Die Hauptverdächtigen in Jena, Dorothea und Michael Rost, wurden am 9. März 1983 durch die Volkspolizei der Staatssicherheit zu Verhören zugeführt. Neben den Hintermännern im Westen galt es zu klären, wer wann wo und was unternehmen würde. Das mißlang. Auch vermutete strafrechtliche Verstöße konnten sie den beiden nicht nachweisen. Sie bekamen deshalb zum Abschluß die Auflage, „...Kontakte mit Personen im Operationsgebiet, insbesondere die Übermittlung von Informationen nach Westberlin zu unterlassen.“[525] Am 11. März 1983 erhielt die Friedensgemeinschaft von der Abteilung Inneres des Rates der Stadt Jena eine offizielle Mitteilung über die Ablehnung zur Durchführung einer Schweigeminute. Zur Begründung hieß es, die Stadt Jena würde selbst für den 18. März eine eigene Gedenkkundgebung planen, an der sie dann ja teilnehmen könnten. Die „Nationale Front“[526] sollte erstmals im Auftrag der SED-Kreisleitung eine solche Veranstaltung organisieren. Es lag auf also der Hand, daß die Stadt dem Anliegen der Friedensgemeinschaft mit einer eigenen offiziellen Gedenkfeier zuvorkommen wollte, um Ort, Zeit und die politischen Inhalte selbst zu besetzen. Vor allem aber wollten die

---

Konstruktion im Rahmen der kirchlichen Friedensbewegung. Dies spielte 1989 eine bedeutende Rolle. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. S. 415 f, S. 473 ff.

[523] Vgl. Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED, S. 67. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 217.

[524] ...und nicht der „Gründungstag der Friedensbewegung“, wie Walter Jahn leider etwas undifferenziert behauptet. Vgl. Jahn, Walter: Du bist wie Gift, S. 22.

[525] Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Chronologie 1980 - 1989, Dokument 15, S. 30 und S. 92.

[526] Bezeichnung für die unter der Führung der SED zusammengeschlossenen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen in der DDR 1949-1989. Vgl. Bibliographisches Institut Leipzig Hg.: Universallexikon, Bd. 4, S.35. 2. Aufl., Leipzig 1990.

Verantwortlichen der Stadt damit eine öffentliche Wirkung der „feindlich-negativen Kräfte“ verhindern. Entgegen den Erwartungen der SED trat die Jenaer Friedensgemeinschaft dann doch am 18. März 1983 in der Öffentlichkeit auf. Um diesen Auftritt besser abzusichern, hatten die Akteure im Vorfeld mit Superintendent Siebert Gespräche geführt. Am 13. März forderten sie vom Superintendent als Gegengewicht zur offiziellen staatlichen Großkundgebung eine Parallelveranstaltung in den Räumen der Kirche. Diese wollten sie in eigener Verantwortung organisieren. Sie äußerten dabei den Wunsch, die Schriftsteller Wolfgang Hilbig[527] und Heinrich Böll[528] einzuladen. Weiterhin schlugen sie vor, die Berliner Ausstellung unter dem Titel „Antikriegsmuseum“ nach Jena zu holen. Unter konkreter Absprache willigte der Superintendent zunächst ein. Er hoffte so, die angespannte Situation in der Stadt zwischen den Akteuren der Friedensgemeinschaft, der Kirche und dem Staat abschwächen und unter Kontrolle halten zu können. Die geplante Anwesenheit des Bischofs am 18. März in Jena sollte darüber hinaus gewährleisten, daß es zu keinen eigenmächtigen Handlungen durch die Akteure kommt. Das Ministerium für Staatssicherheit urteilte später in einem Bericht: „Alle Versuche des Superintendenten Siebert bei einem Gespräch mit dem harten Kern dieser Gruppierung am 13. März 1983, ihre Aktivitäten für den Frieden auf bereits bestehende kirchliche Friedenskreise zu kanalisieren, lehnten sie kategorisch ab, forderten eine selbständige Organisierung mit Betreuung durch Pfarrer und stellten alternativ die Frage nach der Durchführung von Aktionen. Sie gehen soweit, daß sie auch offiziell kirchliche Veranstaltungen nutzen, um mit nicht abgesprochenen und bestätigten Programmen ihre Ansichten öffentlich darzulegen und andere anwesende Gläubige zur Unterschriftenleistung von Protestbriefen zu bewegen.“[529]

---

[527] Schriftsteller/Lyriker. Geboren am 31. August 1941. Stammt aus dem südlich von Leipzig gelegenen Industriestädtchen Meuselwitz. 1967 wurde er von seinem Betrieb zu einem Zirkel schreibender Arbeiter delegiert und setzte damit erste zögernde Schritte in Richtung Literatur. 1979 erschien ein erster kompletter Gedichtband im Westen. Für Hilbig blieb das westdeutsche Interesse nicht ohne Folgen: Er wurde wegen „Devisenvergehen“ nach einigen Wochen Untersuchungshaft zu einer kräftigen Geldstrafe verurteilt. Nach seiner Entlassung zog er nach Ostberlin. Nach 1979 schaffte er dann endlich den ersehnten Sprung zum Schriftstellerberuf. Dank der Unterstützung des angesehenen Schriftstellerkollegen Franz Fühmann erschienen jetzt auch Gedichte und Prosa in DDR-Ausgaben (z. B. „Stimme Stimme“ 1983), aber richtig warm wurde Hilbigs Verhältnis zu den DDR-Mächtigen nie – dafür war er zu selbständig und kritisch. Im Westen aber stieg sein Stern unaufhaltsam. 1982 erschien der Prosaband „Unterm Neomond“. Auch „Stimme Stimme“ erregte Aufsehen. Ein Kritiker meinte: „Liest man Hilbigs Sätze, so hat man mitunter den Eindruck, er habe Büchner und Kafka mit der Muttermilch eingesogen.“ 1985 erschien ein weiterer Prosaband „Der Brief“, 1986 gefolgt von der Lyriksammlung „Die Versprengten“ und „Fünf Prosastücken“. Es lag auf der Hand – seit 1986 lebte Hilbig in Westdeutschland, übrigens ganz offiziell, mit einem bis 1990 (als die DDR schon nicht mehr existierte) gültigen Visum. Vgl. Goetheinstitut Dublin, Projekt: Schriftsteller als Zeitzeugen. http://www.goethe.de/gr/dub/zeitzeu/hilbig/de_p2.htm.

[528] Sozialkritischer Schriftsteller 1917-1985, Bundesrepublik Deutschland.

[529] Niederschrift über erweiterte Kollegiumssitzung am 04.03.1983 im Ministerium für Staatssicherheit Berlin. Dokumentation vom 28.10.1986, MfS Dok.-Nr. SLK 3353, S. 2 f.

Trotz aller Differenzen zwischen dem Superintendenten und den Akteuren sollte die geplante Gegenveranstaltung als Gottesdienst am 18. März 1983 in der Friedenskirche stattfinden. Die Behauptung von Antje Hirsch, das Ministerium für Staatssicherheit habe über die städtische Verwaltung Jenas Druck auf den Superintendenten ausgeübt, so daß dieser die Veranstaltung absagte, stimmt nicht.[530] Am 18. März versammelten sich ca. dreißig Personen[531] während der offiziellen SED-Gedenkkundgebung vor der Jungen Gemeinde Stadtmitte in der Johannisstraße 14, darunter auch Mütter mit ihren Kindern in Kinderwagen. Ein Teil der Teilnehmer kam aus dem Kreis der Inhaftierten.[532] Die meisten anderen waren jedoch Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte oder ihr nahe stehender Gruppen.[533] Die Gruppe der Friedensgemeinschaft zog anschließend in leicht lang gezogener, aber geschlossener Formation die Johannisstraße hinunter zum Marktplatz, wo sich die SED-Kundgebung abspielte. Auf dem Weg dorthin versuchten nach etwa 100 m erstmals „aufgebrachte Bürger“ in Zivil, die Demonstrationsgruppe abzudrängen. Es gelang jedoch, sich mit den Plakaten am Rand der Veranstaltung zu behaupten und von hier aus unter die Menschenmenge zu mischen. Auf dem Weg dorthin wurden einige Akteure inmitten einer passiv umherstehenden Menschenmenge von weiteren „Zivilisten“ in eine Art Gasse geschleust, umstellt und attackiert. Die „aufgebrachten Bürger“ versuchten nun, die mitgeführten Plakate der Akteure herunterzureißen und zu zerstören. Dabei kam es auch zu körperlichen Angriffen. Auf den selbst gebastelten Plakaten waren ausschließlich Friedensparolen zu lesen: „Keine Gewalt“, „Schwerter zu Pflugscharen“,

---

[530] Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED, S. 68. Die Autorin stützt ihre Aussage auf ein Dokument, das sich auf die Ereignisse ein Jahr zuvor bezieht. Die Nachfrage bei Herrn Siebert ergab, daß die Gottesandacht am 19.03.1983 durchgeführt wurde.

[531] Die Angaben des Autors über die Zahl der Teilnehmer an der Demonstration am 18.03.1983 beziehen sich auf eine telefonische Rücksprache des Autors mit Stephan Ziegan am 05.09.2001. Vgl. auch Zeitzeugengespräch des Autors mit Christine Poneleit am 03.12.2001. Andere Autoren schlossen aus der Teilnehmerzahl auf die Gesamtstärke der Gruppe. Vgl. Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED, S. 67. Sie bezieht ihre Angabe auf das Magazin „Der Spiegel“ 25/83, S. 75. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 217. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 – 1989, S. 488. Scheer spricht von 30 Demonstranten, Neubert von 30 Mitgliedern der Friedensgemeinschaft. Der „Kern“ der Gruppe bestand tatsächlich aus etwa fünfzehn bis zwanzig Akteure, die in drei verschiedenen Arbeitsgruppen thematisch arbeiteten: Militarisierung der Gesellschaft, Umwelt und Erziehung sowie Pädagogik. Der andere Teil der Teilnehmer gehörte zum Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte.

[532] Roland Jahn, Peter Kähler, Petra Falkenberg, Edgar Hillmann, Frank Rub, Uwe Behr, Reinhard Wulfert und Andreas Greiner-Napp.

[533] Ute Hinkeldey, Wolfgang Hinkeldey (Wolle), Dorothea Rost, Michael Rost (Rosti), Stefan Ziegan (Harzer), Uwe Sinnig (Käse), Gerold Hildebrand (Hilli), Bernd Albrecht, Jens Eisenberg (Eisi, IM „Leonardo“), Norbert Mildner, Cordula Schilling, Andreas Friedrich (Frieder), Christina und Michael Poneleit, Susann Schulze, Inken Reinert, Carsten Hahn, Ingrid Schröder, David Dulitz, Kristin Klingenberg, Ev und Frank Rub, Torsten Schein, Thomas Müller (IM „Georg Reich“), Jan Seifert, Ines Whrel, Beate Dittmer, Michael Tuch aus Apolda, Harald Groß aus Greiz, Anke Ekkhart, Martina Arndt und Helga Hoffman. Weitere zum Teil namentlich nicht identifizierbare Teilnehmer waren aus Jena und Apolda „Klöppel“, Jörg Knaak (Eumel), „Lappen“, „Pank“ und „Zwecke“.

„Verzichtet auf Gewalt“, „Frieden schaffen ohne Waffen“, „Ohne Frieden keine Zukunft“, „Weg mit dem Kriegsspielzeug“, „Wir wollen sozialen Friedensdienst“ und „Militarisierung raus aus meinem Leben“. Die gewaltsame Aktion gegen die Akteure sahen Hunderte Menschen, aber nur wenige empörten sich.[534] Superintendent Udo Siebert beobachtete den Verlauf aus dem Hintergrund am Rande des Marktplatzes. Nur Diakon Jürgen Hoffmann mischte sich unter die Akteure auf dem Marktplatz, um zu vermitteln. Das gelang aber nicht. Den meisten Akteuren war im Vorfeld bewußt gewesen, worauf sie sich einließen, denn die offene Konfrontation mit staatlichen Organen war abzusehen. Aus diesem Grund hatten sie auch Vorbereitungen getroffen, um die repressiven Reaktionen gegen sie zu dokumentieren „Wir hatten extra zwei Fotografen organisiert, die alles aufnahmen. Einer oben im Haus, einer mittendrin. Die Fotos kamen dann in der Tagesschau. Wieder das Prinzip Öffentlichkeit: Rein in die Wohnzimmer der DDR-Bevölkerung. Nicht im eigenen Saft schmoren.“[535]. Tatsächlich fotografierten drei Personen das Geschehen während der Demonstration: Bernd Albrecht auf dem Weg zum Markt, Ingrid Schröder auf dem Marktplatz und Stefan Ziegan (Harzer) auf dem Markt sowie aus der Wohnung Markt 10, wo zu dieser Zeit Wolfgang (Wolle) und Ute Hinkeldey wohnten. In der Wohnung von Peter Weber (Bohne), der ebenfalls am Markt 10 eine Etage über Hinkeldeys wohnte, hatten sich ca. zehn Personen der Jungen Gemeinde Stadtmitte an den Fenstern versammelt, unter ihnen auch der IM „Bernd Dürg“. Von hier aus beobachteten sie das Geschehen auf dem Marktplatz. Trotz der Härte der Auseinandersetzung kam es nicht zu Verhaftungen. Möglicherweise bot die öffentliche Situation einen gewissen Schutz. Superintendent Siebert hatte jedenfalls nicht in das Geschehen eingegriffen. Die Akteure machten sich im Anschluß an diese Aktion sofort daran, einen Protestbrief zu formulieren, in dem sie die Vorgänge des Tages beschrieben und dagegen protestierten. Einige schlugen vor, diesen Brief als offenen Brief an Erich Honecker zu senden und während des Gottesdienstes am Abend in der Friedenskirche zu verlesen, um Unterschriften dafür zu sammeln.[536]

Der Gottesdienst am Abend des 18. März stand unter dem Motto: „Fragen nach dem unverwechselbaren, selbständigen kirchlichen Friedenszeugnis“. Der Versuch, den Brief in der Stadtkirche zu verlesen, scheiterte jedoch am Widerspruch des Superintendenten, was zu erneuten Auseinandersetzungen zwischen der Gruppe, dem Superintendent und Bischof Leich führte, der ebenfalls anwesend war. Der Bischof untersagte unter Geltendmachung des Hausrechtes Frank Rub das Verlesen des Briefes. Als wesentlichen Grund für das Verbot nannte der Bischof die politische Ausrichtung

[534] Vgl. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 22.
[535] Jahn, Roland, zitiert nach Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 217.
[536] Erster Protestbrief der Jenaer Friedensgemeinschaft an Erich Honecker vom 18.03.1983. Vgl. Ordner: Friedensgemeinschaft Jena 1.3.1.1., 5239, MDA Berlin. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 29.

des Briefes. Diese gehöre nicht in den Rahmen eines Gottesdienstes. Der Superintendent bot zur Vermeidung einer weiteren Eskalation an, sich außerhalb der kirchlichen Räume erneut mit den Akteuren zu treffen. Dort sollte das Anliegen gemeinsam besprechen und eine Lösung gefunden werden. Superintendent Udo Siebert sagte in der Nachsicht dazu, dem Bischof sei es bei seiner Entscheidung um die Wahrnehmung christlicher Verantwortung gegangen und nicht darum, unnötig Öl ins Feuer zu gießen.[537] „Während dieser Diskussion stand Frank Rub auf und wollte ein vorbereitetes Schreibmaschinenmanuskript, einen Brief an Erich Honecker, verlesen. Der Landesbischof wies dies mit dem Hausrecht der Kirche zurück. Er, Rub, könne nicht machen, was er wolle. Rub fiel dem Landesbischof ins Wort und erklärte, es handle sich bei dem Brief an Erich Honecker um eine Beschwerde wegen der Ereignisse am Nachmittag. Er habe die Absicht, diesen Brief nun am Ende der Veranstaltung zu verlesen und forderte die Anwesenden auf, den Brief zu unterschreiben. Dies wurde nochmals vom Bischof untersagt mit dem Hinweis auf einen Verstoß gegen das Hausrecht.“[538] Frank Rub gelang trotz des Einschreitens des Bischofs, erhebliche Aufmerksamkeit zu erreichen. Am Ende unterschrieben von den ca. 800 Besuchern[539] der Kirche insgesamt 96 Personen und unterstützten so das Anliegen der Friedensgemeinschaft.[540]

Für den 19. März hatte die Friedensgemeinschaft eine zweite Aktion organisiert. Vor dem eiligst neu errichteten Gedenkstein für die Opfer der Bombardierung Jenas im Zweiten Weltkrieg sollte am nächsten Tag die von der „Nationalen Front“ besorgte Kranzniederlegung stattfinden, also an dem Tag, an dem die Friedensgemeinschaft ursprünglich ihre Schweigeminute durchführen wollte. Tage zuvor hatten Akteure bereits einen Kranz mit einer Gedenkschleife besorgt. Auf die Kranzschleifen hatten sie schreiben lassen: „In ehrendem Gedenken - Friedensgemeinschaft Jena“. Gleichzeitig befand sich das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ auf den Schleifen. Diesen Kranz wollten die Akteure nun unter den Augen der Öffentlichkeit bei der von den Genossen inszenierten Veranstaltung niederlegen. Etwa zehn Jugendliche schlossen sich dem offiziellen Gedenkzug an. Uwe Sinnig (Käse) und Jan Seifert trugen den Kranz und legten ihn dann am Gedenkstein ohne Probleme nieder. Sie rückten noch einmal die Kranzschleifen sichtbar zurecht, so daß die Umherstehenden sehen konnten, um wen es

---

[537] Telefonische Rücksprache des Autors mit Herrn Siebert am 05.09.2001.

[538] OV „Opposition“, MfS Reg.-Nr. X/56/83, zitiert nach: Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Chronologie 1980 - 1989, S. 32.

[539] Zur Anzahl der anwesenden Personen in der Kirche gibt IM „Bartholomäus Runge“ 500 Personen an. Vgl. IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 226. Superintendent Udo Siebert geht von ca. 800 Personen aus, da die Kirche überfüllt gewesen sei und normalerweise mindestens 500 - 600 Personen hineinpassen würden. Zeitzeugengespräch mit Udo Siebert vom 08.05.2001 mit dem Autor.

[540] Zur Anzahl der Unterschriften gibt IM „Bartholomäus Runge“ eine höhere Zahl an. Danach habe Pfarrer Konrad Jahr (IM „Coja“) durch Frank Rub selbst erfahren, daß an dem Wochenende 120 - 150 Unterschriften zusammen gekommen seien. Vgl. IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 211.

sich hier handelt. Nach Beendigung der offiziellen Kranzniederlegung wurden die auf dem Platz verbliebenen und schweigenden Akteure von den gesellschaftlichen Sicherungskräften (meist wieder Angehörige des Ministeriums für Staatssicherheit in Zivil) noch etwa eine Stunde lang beobachtet.[541] Im Gegensatz zum Vortag griffen die Ordnungs- und Sicherungskräfte diesmal nicht ein. Die Verantwortlichen der SED fürchteten nicht zu Unrecht die Medien der Bundesrepublik. Deshalb versuchten sie diesmal einen anderen Weg, um die lästigen Jugendlichen aus dem Gedächtnis der Öffentlichkeit zu verdrängen. Kurze Zeit nach der Kranzniederlegung stellten Akteure der Friedensgemeinschaft fest, daß die Schleifen ihres Kranzes unkenntlich gemacht wurden. Dagegen konnten sie nichts tun. Nach ihrem Abzug entfernten dann die Sicherungskräfte den Kranz ganz vom Gedenkstein.

In einem zweiten Protestschreiben an Erich Honecker kommentierten die Akteure noch am selben Tag die neuen Vorkommnisse aus ihrer Sicht.[542] Gegen 16.00 Uhr begann in der Friedenskirche die Friedensandacht. Hier wollten die Akteure nun erneut versuchen, ihr Anliegen vorzutragen. In ihrem überarbeiteten Meditationstext zum Thema Frieden hieß es zusammenfassend zu den Ereignissen an beiden Tagen: „Frieden ist eigentlich kein Ziel, wie z. B. das Bestehen von Examen, die Fertigstellung eines Hauses oder die Durchsetzung von Gesetzen, auf das man hinarbeiten könnte, hinwirken könnte. Frieden ist, wenn Menschen so miteinander umgehen, daß jeder die Freiheit des anderen achtet, daß jeder dem anderen Gerechtigkeit zuteil werden läßt, daß jeder dem anderen mit seinen Möglichkeiten und Fähigkeiten hilfreich zur Seite steht. Frieden ist eine Einstellung zum Leben. Frieden - das ist Lebendigkeit - immer in der konkreten Situation - heute, hier und jetzt. Der Frieden muß gelebt werden. Ich muß Frieden leben, muß dies durch meine Worte, mein Verhalten und Auftreten deutlich machen. Frieden leben heißt für mich, neben vielen anderen Aspekten, daß ich offen gegen Gewalt, gegen Krieg eintrete. Frieden leben heißt, daß ich Unrecht und Ungerechtigkeit beim Namen nenne. Frieden leben heißt, daß ich mich zur Wahrheit bekenne. Frieden leben heißt, daß ich mich für Gerechtigkeit, für die Freiheit und für das Leben anderer einsetze. Was gestern in Jena auf dem Markt zur Friedenskundgebung anläßlich der Bombardierung Jenas 1945 geschah, darf nicht

[541] In der Chronologie „Opposition in Jena“ wird ausgeführt, daß „100 Stasis“ (Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, d. A.) die Gruppe eine Stunde lang bewacht hätten. Die Zahl 100 scheint dem Autor zu hoch gegriffen, und die Behauptung, es seien alles „Stasis“ gewesen, ist ebenfalls zu pauschal und deshalb nicht ganz glaubwürdig. Vgl. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Chronologie 1980-1989, S. 31. Roland Jahn spricht davon, daß ihm bei den Aktionen vom 18. und 19.03. 1983 besonders die Lehrer der Clara-Zetkin-Schule, und hier aus dem Sportbereich, aufgefallen seien. Es ist deshalb davon auszugehen, daß es sich bei den „Stasis“ überwiegend um sogenannte „Gesellschaftliche Kräfte“ handelte. Sicher waren diese von der Volkspolizei oder dem Ministerium für Staatssicherheit instruiert und angewiesen worden. Einige waren sicher auch IM. Die Zahl 100 ist aber insgesamt zu pauschal. Gespräch mit Roland Jahn am 18.09.2001.

[542] Zweiter Protestbrief der Jenaer Friedensgemeinschaft an Erich Honecker vom 19.03.1983. Vgl. Ordner: Friedensgemeinschaft Jena 1.3.1.1., 5239, MDA Berlin. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 30.

verschwiegen werden. Bürger Jenas liefen in Marschblöcken mit Transparenten und Plakaten sternförmig zum Marktplatz, um der Opfer der Bombardierung zu gedenken. Auf dem Markt, im großen Gedränge, wurden plötzlich einigen Leuten die Plakate entrissen und zerfetzt, sie wurden zur Seite geschoben und gedrängt, angeschrieen und beleidigt und bedroht. Holzrahmen wurden auf den menschlichen Körpern zerdroschen. Kleine Kinder wurden unsanft weggeschoben und angestoßen und bekamen Plakate um die Ohren geschlagen. Mütter schrieen und weinten, Kinder schrieen und litten furchtbare Angst. Kaum einer machte Platz, um Mütter und Kinder aus dem Handgemenge und vom Marktplatz zu lassen. Das alles geschah, während von der Tribüne von Frieden und Sozialismus, von kapitalistischer Gewaltanwendung und NATO-Raketen gesprochen wurde. Folgende Plakate erregten Ärger bei einer Unmenge Zivilisten: Schwerter zu Pflugscharen, Ohne Frieden keine Zukunft, Frieden schaffen ohne Waffen, Verzichtet auf Gewalt und ähnliches. Entrüstet Euch auch. Umstehende Menschen sahen bei dem Plakate zerfetzen ruhig zu. Nur verhalten wurde Mitgefühl geäußert. War das Frieden? Wer hat hier Schuld? Was ist da geschehen?“[543]

Auch während dieser Andacht kam es zum Konflikt zwischen Superintendent Siebert und den Akteuren. Als Peter Kähler begann, ein nicht abgesprochenes Lied vorzutragen, untersagte Siebert das, weil der Inhalt seiner Ansicht nach nicht in den religiösen Rahmen der Andacht hinein gehörte. Darüber hinaus untersagte er das Vortragen eines weiteren offenen Briefes an den Landesbischof sowie den nicht abgesprochenen Meditationstext. IM „Bartholomäus Runge“, der ebenfalls anwesend war und das Geschehen verfolgte, fertigte noch am gleichen Abend seinen IM-Bericht an. Merkwürdig wirkt darin die Behauptung, der Superintendent hätte den Jenaer Friedenskreis ins Leben gerufen.[544] Hatte der IM wirklich keine Kenntnis von den tatsächlichen Zusammenhängen und den eigentlichen Organisatoren der Friedensgemeinschaft, oder konstruierte er hier vorsätzlich falsche Tatsachen zu einem Fakt um, um dem Superintendenten zu schaden? Das Ministerium für Staatssicherheit prüfte zwar in der Regel die Berichte ihrer IM auf die Richtigkeit der Fakten nach, denunzierende Behauptungen gegen Personen aber zumeist nicht. Die repressiven Konsequenzen waren dann für die Betroffnen oft verheerend.

Das Ziel der Protestbriefe der Friedensgemeinschaft an Erich Honecker und Bischof Werner Leich war, die Vorwürfe ausräumen, die Gruppe verfolge mit ihrem politischen Engagement Ziele, die gegen den Staat gerichtet wären. Gleichzeitig protestierten sie damit gegen das willkürliche Vorgehen der Staatsmacht. Ihr Protest an den Bischof richtete sich vor allem gegen ihre Ausgrenzung aus der Kirche. Die

[543] Meditationstext der Friedensgemeinschaft Jena vom 19.03.1983. Vgl. Ordner: Friedensgemeinschaft Jena 1.3.1.1., 5239, MDA Berlin.
[544] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 232. Bericht über die Friedensmeditation vom 19.03.1983 in der Friedenskirche, Vgl. Dokumentenanhang Dok. 31.

Friedensgemeinschaft werde im Rahmen der kirchlichen Friedensbewegung nicht als Teil der Gemeinde akzeptiert, weil sie sich unabhängig und konkret für den Frieden engagiere, so der Vorwurf an den Bischof. Der Bezug der Friedensgemeinschaft auf die kirchliche Friedensbewegung veranschaulicht, wie sehr sich die Gruppe in dieser Situation um eine Verbindung zur Kirchengemeinde und um den Schutz der Kirche bemühte. Die Akteure machten in ihrem Schreiben an den Bischof auch klar, daß es unterschiedliche Strömungen in ihrer Gruppe gab. Sie aber deshalb pauschal als Nichtchristen zu bezeichnen und damit dem Schutz der Kirche zu entziehen, sei aus ihrer Sicht nicht gerechtfertigt. Der Anspruch der Friedensgemeinschaft wäre es, „…die Diskussion der Kirche um die Möglichkeiten des Friedensengagements zu erweitern und dem eigenständigen Eintreten der Kirche für die Erhaltung des Friedens neue Wege zu eröffnen“[545]

Die Herausbildung der Friedensgemeinschaft Jena war kein bloßes Ergebnis eines Konfliktes der Jugend mit der Elterngeneration, aber auch nicht das alleinige Produkt von Repressionen. Es war ein Resultat der Gesamtheit der Konflikte der Jugendlichen mit Kirche, Staat und sich selbst, wobei sie sich in ihrer politischen Auseinandersetzung gegen zwei Seiten behaupten mußten. Vor allem der repressive staatliche Druck verstärkte sich immer weiter. Diese Erfahrungen drängten viele Akteure der Friedensgemeinschaft dazu, einen Antrag auf Ausreise in die Bundesrepublik zu stellen. SED und Ministerium für Staatssicherheit waren mit dieser Entwicklung zufrieden, entsprach sie doch ihren Plänen und Methoden. Beide glaubten mit der Forcierung der Ausreisebereitschaft unter den Jugendlichen, den Unruheherd Jena endlich politisch beruhigen zu können. Die Kirche bemühte sich dagegen kaum, die Jugendlichen in ihrer politischen Auseinandersetzung mit dem SED-Regime zu unterstützen. Besonders die Kirchengemeinde in Jena begriff nur langsam, daß sie auch gegenüber den politisch Verfolgten eine christliche Verantwortung wahrzunehmen hatte. Erst Ende der achtziger Jahre traten immer mehr kirchliche Amtsträger aus christlicher Verantwortung heraus verstärkt in der Breite der Gesellschaft für politische Veränderungen ein.

Am 21. März 1983 kam es zwischen dem Superintendenten Udo Siebert und den Akteuren der Friedensgemeinschaft zu einem erneuten Treffen in den Räumen der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Von Seiten der Verantwortlichen der Kirchengemeinde nahmen daran Vikar Stanescu (IM „Runge“), Diakon Jürgen Hoffmann sowie

[545] Protestbrief an Bischof Leich vom 19.03.1983. Vgl. OV „Opposition“, MfS Reg.-Nr. X/56/83, zitiert nach: Matthias-Domaschk-Archiv Jena Hg.: Opposition in Jena. Chronologie 1980 - 1989, S. 93 f. Das Ministerium für Staatssicherheit dokumentierte hier ebenfalls dazu: „Das Pamphlet wurde von 25 Personen unterzeichnet. Dieser Brief existiert nur in zwei Exemplaren. Das Original befindet sich beim Bischof Leich. Auf seine Weisung wurde nur eine Kopie gefertigt. Diese befindet sich in den Händen eines zuverlässigen IM.“ Das zeigt, wie brisant dieses Schreiben an den Bischof für das Ministerium für Staatssicherheit und den Bischof selbst war. Es sollte offenbar nicht in falsche Hände geraten, um mögliche Vorwürfe gegen den Bischof erst gar nicht aufkommen zu lassen. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 32.

Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke (IM „Brenner“) teil. Ca. vierzig Jugendliche waren anwesend. Bei dem Treffen ging es inhaltlich um die Auswertung des Wochenendes 18/19. März, sowie um die offenen Protestbriefe der Friedensgemeinschaft an Erich Honecker und an den Bischof. IM „Bartholomäus Runge“ war beauftragt, über dieses Treffen zu berichten und den Superintendenten zu den Vorkommnissen zu befragen. Dabei ging es dem IM besonders um die Haltung Sieberts gegenüber den Jugendlichen und darum, welchen Anteil er an dem Zustandekommen der Ereignisse hatte. „Mit dem Superintendenten unterhielt ich mich kurz über eine Friedensmeditation, die am Sonnabend, den 19. März in der Friedenskirche stattgefunden hat. Auf meine Frage, inwiefern sich die Kirchenleitung vielleicht zu sehr auf ihre Ordnung zurückzieht, nachdem sie merkt, daß die Spontaneität der Jugend nicht mehr vereinbar ist mit den kirchlichen Möglichkeiten, antwortete Siebert, daß er nicht glaubt, daß die Jugendlichen nur spontan reagiert haben. Er sagte, bereits vorher gab es Absprachen zu allen Vorkommnissen. [...] Siebert, der deutlich machte, daß er sich deshalb nicht resigniert fühle, und auch weiterhin gesprächsoffen bleiben will mit diesen Kreisen, schien aber einen sehr frustrierten Eindruck zu machen, und war emotional sehr aggressiv gegenüber den beteiligten Jugendlichen aus der sogenannten Friedensgemeinschaft.“[546] Superintendent Siebert stand zwischen den Stühlen. Einerseits war er der Ansicht, die Kirche und die Meditation sei kein politisches Forum, andererseits brachte er durch seine Gesprächsbereitschaft immer wieder die Besonnenheit auf, die Jugendlichen in den Rahmen seiner kirchlichen Friedensarbeit einzubinden. Die konkreten Probleme und Mißverständnisse zwischen den Jugendlichen und Superintendent Siebert beruhten letztlich aber nicht auf einer unterschiedlichen Zielsetzung, sondern bezogen sich auf die Deutlichkeit der Sprache und die Form des Protestes. Während Superintendent Siebert immer auch die dienstliche Lage seine Gemeinde im Blick haben mußte im Verhältnis zur Staatsmacht, reichte den Jugendlichen eine verdeckte Form der Mitsprache und der Eigenverantwortung als Ansatzpunkte ihrer gesellschaftlichen Kritik nicht mehr aus. Vor allem daraus erklärt sich dann auch die Radikalisierung der Protestformen. Der Bericht des IM „Runge“ verdeutlicht noch einmal, wie emotional aufgeladen die Situation durch diese Entwicklung in Jena war.

Diese Entwicklung griff auch auf andere Menschen über. Seit Ende März tauchten plötzlich immer häufiger Flugblätter mit politischen Forderungen auf, deren Urheber nicht Akteure der Friedensgemeinschaft waren, so zuerst am 21. März in Gebäuden der Jenaer Universität. An anderen Stellen wurden kurze Zeit später mehr als zwanzig Flugblätter mit dem Inhalt: „Fordert die Freilassung der Jenaer Pazifisten“ gefunden. Die Urheber der Flugblätter wurden nicht bekannt, deshalb bleibt unklar, auf welche Pazifisten sich die Forderung zur Freilassung bezog. Auf die Friedensgemeinschaft

[546] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, BStU, Bl. 209 ff. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 33.

konnte sie sich jedenfalls nicht beziehen, denn diese Akteure waren zu der Zeit nicht in Haft. Möglicherweise bezog sich die Forderung auf Wehrdienstverweigerer, die gerade in Haft waren.[547] Zwischen Ende März 1983 und Februar 1984 tauchten nun fast monatlich Hunderte Flugblätter oder Aufkleber im Gebiet der Stadt Jena auf. Die Losungen lauteten im März 1983 „Entweder wir schaffen die Rüstung ab oder die Rüstung schafft uns ab“, im April 1983 „Militarismus - nein danke“, „Atomwaffenfreie Zone“ und „Schwerter zu Pflugscharen“, im Mai 1983 „Erster Mai - Kampf oder Krampf“, im Juni 1983 „Panzer zu Gießkannen“, darunter eine Zeichnung, wie ein Panzer als Gießkanne eine Blume gießt, „Boykott der Wehrkunde, Friedenskunde ist wichtig“, „Kampf der militärischen Verseuchung unserer Jugendlichen“, „Bleibe im Lande und wehre Dich täglich“, „Sozialismus in der DDR - Rüstung, Diktatur, Mauer“, „Fürchte den Staat nicht mehr!“, im Juli 1983 mehrfach Protestflugblätter an verschiedenen Stellen der Stadt gegen das Verbot einer von der Jungen Gemeinde Stadtmitte organisierten Schweigeminute zum Gedenken die Opfer von Hiroschima, im August 1983 „Kinderkrippen statt Kasernen“, darauf eine Zeichnung mit einer zerbrochenen Rakete, im November 1983 kam es zu einer Sprühaktion mit einem 1,70 Meter hohen Schriftzug „SS 20 - NIE“, Handzettel wurden in Briefkästen verteilt, auf denen das Rüstungspotential beider Blöcke offen angeprangert wurde: „Information an die Bevölkerung! Das sowjetische Potential an Massenvernichtungsmitteln ist groß genug, um Westeuropa mehrmals zu vernichten. Die Stationierung der SS 20 in der DDR und der CSSR würde eine neue Runde des Wettrüstens einleiten. Nur ein Verzicht auf diese Waffen wäre ein deutliches Friedenszeichen. Die SS 20 sind in jedem Fall, genau wie die Waffen der NATO, Instrumente des Völkermordes. Die Verantwortung liegt bei jedem von uns!“[548]. Im Februar 1984 fanden aufmerksame Bürger auf einem sowjetischen Kriegerdenkmal den mit roter Farbe geschriebenen Schriftzug „Andropow ging, die Raketen blieben“, und Ende Februar 1984 an der Felswand eines beliebten Wanderweges den Spruch „Weg mit den SS 20“.[549]

Die Friedensgemeinschaft versuchte ihren Handlungsraum seit April 1983 systematisch weiter auszubauen. Eine wichtige Grundlage dafür war neben den politischen Aktionen das Konzeptionspapier der Gruppe[550]. Hier formulierte die Gruppe ihre politischen Forderungen. Gleichzeitig war das Konzeptionspapier Ausgangsbasis für die weitere inhaltliche Auseinandersetzung und diente der Kontaktaufnahme zu anderen Friedensgruppen in der DDR und im Westen. Am 27. März 1983 unternahm

[547] Vgl. Akten der Auswertungs- und Kontrollgruppe des Ministeriums für Staatssicherheit (AKG), Dokument 2402 und Dokument 5738.
[548] Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Chronologie 1980 - 1989, S. 95 f.
[549] Ebenda. Dokument der Kriminalpolizei des Volkspolizei-Kreisamtes Jena vom 24.05.1984. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 337.
[550] Vgl. Neubert, Ehrhart: Kirchenpolitik. In: Judt, Matthias Hg.: DDR-Geschichte in Dokumenten. Bonn 1998, S. 413. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 34.

die Friedensgemeinschaft einen weiteren Versuch der Annäherung an die Kirchenleitung zur gemeinsamen Friedensarbeit. Superintendent Siebert hatte dazu in seine Privatwohnung geladen. Hier stellte ihm die Gruppe ihr Konzeptionspapier vor. Die Differenzen zwischen Superintendent und Gruppe konnten jedoch auch hier wieder nicht ausgeräumt werden. Obwohl Siebert mit dem inhaltlichen Anliegen der Gruppe eindeutig sympathisierte und gemeinsame Abende zu anderen Anlässen nicht ausschloß, lehnte er die Form der Umsetzung immer wieder weitgehend ab. Am 29. März folgte dann ein Gespräch der Jugendlichen mit Vertretern der Stadt. Hier ging es noch einmal um die Vorkommnisse am Wochenende 18. und 19. März. Mit dem Gespräch suchte die Friedensgemeinschaft erstmals den offenen Dialog mit staatlichen Behörden. Diese forderten die Jugendlichen vor allem dazu auf, die Schuldigen der Übergriffe zur Verantwortung zu ziehen. Die Vertreter der Stadt lehnten dies jedoch ab und rechtfertigten die Gewaltanwendung mit der Notwendigkeit, politische Provokationen im Interesse der öffentlichen Ordnung unterbinden zu müssen. Die Jugendlichen und ihr Anliegen waren damit kriminalisiert. Die Haltung der Mitarbeiter des Rates der Stadt veranlaßte die Akteure der Friedensgemeinschaft erneut, dagegen zu protestieren. Sie formulierten daraufhin einen weiteren Protestbrief an Erich Honecker, den 42 Personen aus Jena unterschrieben. Am 6. April schickten sie ihn an den Staatsratsvorsitzenden mit der nochmaligen Aufforderung zur Überprüfung der Vorkommnisse in Jena ab. Eine Kopie des Briefes ging an den Bischof. Im Brief gingen sie erneut auf die Ereignisse in Jena ein, beschrieben nochmals ihr Selbstverständnis und zogen schließlich eine Bilanz der Auseinandersetzungen: „Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß sich Vertreter des Staatsrates der DDR (Gespräch am 25.3.83) als auch die Behörden der Stadt Jena (Gespräch am 29.3.83) hinter die Personen stellen, die uns in unserer Friedensbekundung am 18. und 19.3.83 behinderten. Wir fragen, wie können Mitarbeiter von Staatsorganen begrüßen, daß Gedanken und Vorschläge zum Frieden zerschlagen werden, während sie aufrufen, daß alle Friedenskräfte gemeinsam gehen sollen, daß der Aufforderung auf Gewaltverzicht mit Gewalt begegnet wird, während Sie im Dezember in Prag den Vorschlag auf Gewaltverzicht machten? Wir bitten Sie und erwarten, daß Sie Ihre Möglichkeiten als Vorsitzender des Staatsrates der DDR nutzen, auf die Mitarbeiter der staatlichen Organe einzuwirken, um zu verhindern, daß dem Ansehen der DDR sowie der Glaubwürdigkeit Ihrer Friedenspolitik Schaden zugefügt wird.“[551] Wie schon zuvor blieb auch dieser Brief von Honecker unbeantwortet.

Wie glaubwürdig die Friedenspolitik in der DDR tatsächlich war, sollte in den kommenden Wochen noch deutlicher werden. Am 12. April 1983 jährte sich aber zunächst der zweite Todestag von Matthias Domaschk. Das Ministerium für

[551] Dritter Protestbrief der Friedensgemeinschaft Jena an Erich Honecker vom 06.04.1983, Ordner: Friedensgemeinschaft Jena 1.3.1.1, 3691, MDA Berlin. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 35.

Staatssicherheit forderte diesmal schon im Vorfeld durch Zuführungen zur Volkspolizei die betreffenden Akteure dazu auf, die staatsfeindliche „Zusammenrottungen“ am Grab von Domaschk zu unterlassen. Trotzdem zogen an diesem Tag gegen 16.30 Uhr etwa 50 Personen vom Johannistor zum Nordfriedhof und legten am Grab Blumensträuße und Gebinde nieder.[552]

Am 13. April trafen Akteure der Friedensgemeinschaft mit dem Altendorfer Friedenskreis.[553] Beide Gruppen wollten die Ereignisse vom März besprechen und eine zukünftige zusammenarbeiten organisieren. Auch IM „Bartholomäus Runge“ war als Mitglied des Altendorfer Friedenskreises anwesend. Er berichtete am 19. April 1983 über diese Zusammenkunft. An ihr nahmen teil Pfarrer Wienfried aus Mörsdorf, Pfarrer Konrad Jahr aus Karlsdorf (er, so der IM, sei der Wortführer des Altendorfer Friedenskreises), Pfarrer Martin Scriba aus Altendorf, Pfarrer Hencke aus einem Nachbardorf von Altendorf, Pfarrer Siegfried Nenke (IM „Brenner“), Pfarrer Uwe Koch aus Saalfeld und zeitweise Pfarrer Gießbarth aus Zeutsch, ein Synodaler, der im Namen der Synode auf eine Eingabe des Altendorfer Friedenskreises antworten sollte. Als Gäste vom „Friedenskreis“ Jena vermerkte er Frank Eckardt, Ute Hinkeldey, Thea Fischer, Beate Dittmar und Jan Seifert. Neben den üblichen Kircheninterna hätten die beiden Gruppen die Möglichkeit gemeinsamer Aktionen besprochen. Zunächst seien sie aber in ihrer gemeinsamen Kritik gegenüber dem Bischof darin übereingekommen, daß die Haltung des Bischofs gegenüber dem Anliegen der Friedensgemeinschaft Jena abzulehnen sei. Ute Hinkeldey stellte dabei klar, wie es zur Gruppenbildung kam. Danach habe es schon seit längerem eine Arbeitsgruppe gegeben, die sich mit dem Thema Frieden auseinander setzte. Bis zu den Ereignissen vom 24. Dezember 1982 hätte sie im Kern aus drei aktiven Akteuren bestanden. Erst die Reaktionen des Staates auf die Schweigeminuten und die darauf folgenden Ereignisse schufen eine solche Drucksituation, daß sich die Gruppe durch Zulauf vergrößerte und so zu einer Solidargemeinschaft wurde. Nun suchten sie andere Friedensgruppen für die gemeinsame Friedensarbeit. Es werde deshalb zunächst ein gemeinsamer Gemeindeabend mit dem Altendorfer Friedenskreis oder eine Veranstaltung im Rahmen eines Gemeindefestes bei einem der anwesenden Pfarrer angestrebt. Hierüber sollten dann weitere Beziehungen und Kontakte zu holländischen und westdeutschen Besuchern hergestellt werden, die aus der westlichen Friedensbewegung kämen. Insgesamt gäbe es bei beiden Gruppen eine Front gegen den Bischof und den Superintendenten in Jena, so der IM abschließend.[554]

Die Kontakte zu Friedensgruppen in der westlichen Welt wurden für die Akteure der Friedensgemeinschaft besonders wichtig. Neben der Bundesrepublik spielte hier vor

[552] Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 22 f.
[553] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 468.
[554] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, BStU, Bl. 246 ff.

allem die italienische Friedensbewegung eine große Rolle. Ende März/Anfang April 1983 schrieben Akteure der Friedensgemeinschaft beispielsweise einen Solidaritätsbrief an Aktivisten der Friedensbewegung in Comiso (Italien). Darin solidarisierten sie sich mit deren Anliegen zur gewaltfreien Blockade einer im Bau befindlichen Raketenabschußrampe. Am 11. Mai 1983 beteiligte sich Ute Hinkeldey als offizielle Vertreterin der Friedensgemeinschaft Jena an einem Friedenstreffen in Sohland in der Bundesrepublik. Als ehemalige Akteurin der Jungen Gemeinde Stadtmitte und enge Vertraute von Dorothea Fischer repräsentierte sie nach ihrer Ausreise Mitte 1982 die Friedensgemeinschaft in der Bundesrepublik. Vom 11. bis zum 13. Mai 1983 trafen sich Vertreter der westdeutschen Friedensbewegung mit DDR-Oppositionellen in der Wohnung von Ulrike und Gerd Poppe[555] in Ost-Berlin.[556] Die westlichen Vertreter kamen gerade von der „2. Konferenz für europäische atomare Abrüstung“ (END) aus West-Berlin. An diesem Treffen nahm der Ost-Berliner Schriftsteller Rüdiger Rosenthal teil. Von der Friedensgemeinschaft Jena beteiligten sich an dem Gespräch Roland Jahn, Petra Falkenberg, Peter Kähler, David Dulitz und Gerold Hildebrand.[557] Die als Geheimtreffen organisierte Begegnung war zugleich ein wichtiger Vorläufer des „Ost-West-Seminars“.[558] Durch dieses Treffen erhielten die Akteure der Jenaer Friedensgemeinschaft erstmals direkten Kontakt zu Vertretern der westdeutschen Friedensbewegung sowie zu Abgeordneten der Bundestagsfraktion, den Grünen. Die Jugendlichen aus Jena sahen in einer gemeinsamen Zusammenarbeit die Basis für die Verwirklichung ihrer politischen Ziele. Sie waren auch der Überzeugung, daß sich die Friedensbewegung in Ost und West gegenseitig ergänzen müsse, wodurch die europäische Teilung der politischen Blöcke überwunden werden könne. Vorerst übernahmen sie schon mal gegenseitig ihre jeweiligen politischen Parolen: „Frieden

[555] Ulrike Poppe; 1982 Mitbegründerin des Netzwerkes „Frauen für den Frieden“ Gerd Poppe, 1985/86 Mitbegründer der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ Vgl. Müller-Ensberg/Wielgohs/Hoffmann Hg.: Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon. Bonn 2001, S. 668 f.

[556] Am 12.05.1983 demonstrierten gleichzeitig die Bundestagsabgeordneten der Grünen Petra Kelly u. Gerd Bastian unter dem Motto der kirchlichen Friedensbewegung der DDR „Schwerter zu Pflugscharen“ für Abrüstung in Ost und West auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin. Hintergrund der Reise nach Ost-Berlin waren Friedensgespräche mit Erich Honecker. Diese hatten die Grünen Politiker im Vorfeld gemeinsam mit Jürgen Fuchs und Peter Rösch vorbereitet. In ihrem Auftrag übergaben sie an Erich Honecker eine Liste mit über einhundert Namen von Personen, die als politisch Verfolgte zu dieser Zeit in DDR-Gefängnissen saßen. Daraufhin wurden von der kirchlichen Gruppe der Offenen Arbeit aus Halle zwei Akteure aus der Haft entlassen. Jugenddiakon Lothar Rochau von der Jungen Gemeinde Halle-Neustadt entließen die DDR-Behörden in die Bundesrepublik. Katrin Eigenfeld gelang es, die Abschiebung zu verhindern. Sie wurde aus der Haft nach Halle entlassen. Das war für Personen, die als politisch gefährlich galten, neu. Zeitzeugengespräch mit Peter Rösch am 15.03.2002. Vgl. Schröder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998, S. 258.

[557] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 217.

[558] Vgl. Poppe, Gerd: Begründung und Entwicklung internationaler Verbindungen. In: Kuhrt/Buck/ Holzweißig Hg.: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Am Ende des realen Sozialismus (3), Opladen 2001, S. 349 ff. Poppe spricht hier in diesem Zusammenhang vom „Europäischen Netzwerk für den Ost-West Dialog“, S. 354.

schaffen ohne Waffen“ und „Schwerter zu Pflugscharen“. Den Akteuren der Friedensgemeinschaft wurde durch dieses Treffen noch bewußter, welche Bedeutung die Zusammenarbeit mit der westdeutschen Friedensbewegung für eine erfolgreiche politische Auseinandersetzung hatte. Im Ergebnis des Treffens näherten sich beide Seiten inhaltlich weiter an. Das bildete die Basis für weitergehende Kontakte und Beziehungen in den folgenden Jahren.[559]

Am 19. Mai 1983 kam es zum letzten spektakulären Auftritt von Akteuren der Friedensgemeinschaft in Jena. Anlaß war ein von der SED geplantes und durchgeführtes Pfingsttreffen der FDJ.[560] Nach vorherigen Verhandlungen durfte die Gruppe an der FDJ-Veranstaltung halboffiziell teilnehmen[561] und bekam für den geplanten Demonstrationsaufmarsch einen Marschblock am Ende des Demonstrationszuges mit der Nummer 5 zugeteilt. Die Akteure stellten sich dann nach dem Aufmarsch auf dem Marktplatz entgegen der Absprache vor der Tribüne auf und erhoben sichtbar für die FDJ-Funktionäre auf der Tribüne einige mitgebrachte Transparente mit Friedenslosungen. Ein FDJ-Funktionär versuchte zunächst über Mikrofon gegen das von Roland Jahn mitgebrachten Plakat mit der Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ zu agitieren. Rede und Gegenzurufe waren die Folge. Wohl deshalb forderte der FDJ-Funktionär Jahn kurze Zeit später auch auf, auf die Bühne zu kommen, um den Disput von hier aus weiter zu führen: „Wenn Ihr diskutieren wollt, dann kommt her“.[562] Roland Jahn, der sich in dieser Situation stark engagierte, ließ sich diese Aufforderung nicht zweimal sagen und ging auf die Bühne ans Mikrophon. Dort diskutierte er mit den Genossen, versuchte ihnen klar zu machen, was ihn bewegt. Dabei fiel ihm auch eine Sendung von Radio Moskau wieder ein, und er schrie über den Platz: „Schwerter zu Pflugscharen, das Gebot der Stunde für alle Völker, so hat Radio Moskau am 15. Mai 1982 um 21 Uhr gefordert, und wir schließen uns dem Vorschlag von Erich Honecker auf Gewaltverzicht an.“[563] Als er dann weiter rief: „Wir lassen uns nicht verbieten, eigene Gedanken zum Frieden zu äußern“, wurden ihm das Mikrophon und das Plakat entrissen. Doch dann geschah das völlig Neue. Auf dem Platz wurde diskutiert, viele FDJler sympathisierten plötzlich mit den Akteuren.[564] Nach einer

[559] Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED, S. 71. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 481 ff.

[560] Pfingsttreffen: „In der Arbeiterbewegung traditionelle Zeit für Kundgebungen der Arbeiterklasse.“ Vgl. Bibliographisches Institut Leipzig Hg.: Universallexikon, Bd. 4, 2. Aufl., Leipzig 1990, S. 189.In der DDR wurden die Pfingsttreffen zu traditionellen Veranstaltungen der FDJ umfunktioniert.

[561] Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 22. Udo Scheer meint, die Friedensgemeinschaft beteiligte sich ungefragt mit eigenen Plakaten an der Kundgebung. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 217.

[562] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 217 f. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 22 f.

[563] Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED, S. 67. Sie wiederum bezieht sich bei ihrer Angabe auf das Magazin „Der Spiegel“ 22/83, S. 25. Vgl. auch Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 23.

[564] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 218. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 22 f. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 488.

kleinen Rangelei verließ Jahn die Tribüne wieder. Diese Aktion war anschließend tagelang Gesprächsstoff in der ganzen Stadt.

Parallel zu diesem Pfingsttreffen der FDJ plante die Junge Gemeinde Stadtmitte eine Veranstaltung mit der Melanchthongemeinde. Wichtig ist die hierbei die Tatsache, daß erstmals eine deutliche Abgrenzung zur Friedensgemeinschaft deutlich wurde. Die Akteure der Friedensgemeinschaft waren nicht in die Vorbereitungen einbezogen worden, auch nicht diejenigen, die ursprünglich zur Jungen Gemeinde gehörten, sich hier noch trafen oder ihr sogar noch weitgehend nahe standen. Einigen Akteuren der Friedensgemeinschaft unterstellten sie, daß diese nur deshalb politische Aktionen unternehmen würde, um sich persönlich zu profilieren. Hintergrund war der Verdacht, durch politische Aktionen eine Ausreise in die Bundesrepublik beschleunigen zu wollen. Das politische Anliegen der Friedensgemeinschaft geriet damit in den Hintergrund und führte nicht zuletzt zu Vorurteilen, die auch das spätere Verhältnis zwischen Junger Gemeinde Stadtmitte und Exil-Jenaern belastete. Die kirchlichen Mitarbeiter folgten den Argumenten von Superintendent Siebert, bei Teilen der Gruppe der Friedensgemeinschaft sei kein christliches Engagement zu erkennen. Zusätzlich begann sich die Junge Gemeinde Stadtmitte zu verjüngen. Neue, jüngere Akteure kamen hinzu, die mit der Friedensgemeinschaft nicht viel gemeinsam hatten. Die wenigen noch verbliebenen Akteure, die die Junge Gemeinde von frühester Zeit an kannten, richteten in dieser Situation ihr Interesse und die Gruppenarbeit weit mehr auf soziale und religiöse Inhalte. Besonders Thomas Grund, Konstantin Stanescu (IM „Runge“) und Jugenddiakon Jürgen Hoffman prägten die Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte seit 1983 nachhaltig mit diesem Anspruch.

Das Ministerium für Staatssicherheit hatte inzwischen eine groß angelegte Abschiebe-Aktion in die Bundesrepublik gegen die Friedensgemeinschaft geplant. Parallel zu dem Pfingsttreffen mußten an diesem Wochenende die ersten Akteure der Gruppe die DDR verlassen. Am 18. und Mai informierte die Staatssicherheit drei von ihnen schriftlich, daß ihre Ausreise in die Bundesrepublik genehmigt sei und binnen 24 Stunden zu erfolgen habe.[565] Von der Aktion „Gegenschlag“ waren nachfolgend mehr als 50 Personen in Jena betroffen.[566] Als erste sollten vor allem diejenigen gehen, die während der Untersuchungshaft in Gera im Januar und Februar 1983 einen Ausreiseantrag unterschrieben hatten. Daß diese Akteure mit wehenden Fahnen in den Westen zogen, war aber nicht der Fall. Es gehörte zur Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit, politisch Verfolgte während der Haftzeit zu diesem Schritt zu drängen.

[565] Darunter auch Roland Jahn. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 218. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 24. Jahn macht im Gegensatz zu Scheer hier die Angabe, daß die Abt. Inneres des Rates der Stadt Jena die betreffenden Akteure dazu aufforderte, bereits bis Donnerstag vor Pfingsten auszureisen.

[566] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 218. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 488. Neubert spricht hier von 40 Personen.

Die Aussicht, in den Westen überzusiedeln, war aus dieser Perspektive eindeutig besser als die sichere Vorstellung mehrjähriger Haftstrafen in DDR-Gefängnissen. Diese Nötigungen zur Ausreise waren oft nur der letzte Schritt eines schon lange vorher begonnenen Vertreibungsprozesses, der am Ende in die Abschiebung mündete. Viele der Auszubürgernden erfuhren zum Teil sehr kurzfristig von ihrer bevorstehenden Ausreise.[567] Neben den Jenaer Akteuren waren auch Beteiligte aus dem Umfeld der Friedensgemeinschaft, so aus Apolda und Weimar, von der Aktion „Gegenschlag" betroffen. In einem Dokument des Ministeriums für Staatssicherheit ist von insgesamt 171 erwachsenen Personen die Rede und davon, daß erst die 2. Konferenz für europäische atomare Abrüstung in Berlin abgewartet werden sollte, um eine Beteiligung der Ausgewiesenen daran zu verhindern.[568] Trotz der Abschiebungen blieb die Friedensgemeinschaft bis Ende 1984 arbeitsfähig, weil sich der Gruppe auch neue Akteure anschlossen.

Am 7. Juni 1983 wurde es für Roland Jahn ernst. Er wurde von den DDR-Behörden gegen seinen Willen mit Gewalt und gefesselt in einem Zug der Deutschen Reichsbahn am Grenzübergang Probstzella in die Bundesrepublik abgeschoben.[569] Proteste dagegen in der westlichen Öffentlichkeit nützten nichts mehr.[570] Vor seiner gewaltsamen Abschiebung war es Roland am 22. Mai 1983 jedoch noch einmal gelungen, an einer anderen FDJ-Kundgebung in Potsdam teilzunehmen. Dort wollte er wieder mit dem Transparent „Schwerter zu Pflugscharen" auf sich aufmerksam machen. Doch bereits beim Versuch, sein Plakat auszurollen, griffen ihn Zivilisten an und prügelten auf ihn ein. Anschließend wurde er von der Volkspolizei abgeführt. Auf dem Polizeirevier hielt man ihn 18 Stunden fest und verhörte ihn. Danach holte ihn die Jenaer Staatssicherheit ab und brachte ihn zurück nach Jena. Im Anschluß sollte Jahn sofort ausreisen. Doch er weigerte sich und wurde erst einmal wieder entlassen. Seinen unter Druck in der Haftzeit formal gestellten Antrag auf Ausreise hatte er bereits im Februar 1983 zurückgezogen. Da Jahn zu dem bedeutsam politisch operativ bearbeiteten Personenkreis der Friedensgemeinschaft gehörte, erkannten die zuständigen Stellen die Rücknahme des Antrages nicht an. Jahn lies sich jedoch nicht abwimmeln und bekräftigte immer wieder seinen Willen zum Bleiben in der DDR. Das war auch für das Ministerium für Staatssicherheit neu. Die zuständigen Organe mußten sich deshalb etwas einfallen lassen, um Jahn in die Hände zu bekommen. Als Vorwand

[567] Vgl. Raschka, Johannes: Zwischen Überwachung und Repression - Politische Verfolgung in der DDR 1971-1989, Opladen 2001, S. 37 ff. Ursprünglich galt das Begehren zur Ausreise als ein rechtswidriges Ersuchen auf Übersiedlung ohne jegliche gesetzliche Grundlage. Es gehörte aber auch zur Methode des Ministeriums für Staatssicherheit, „vorfristige Übersiedlungen" zu organisieren, wenn diese im Sinne der Verhinderung öffentlichkeitswirksamer Provokationen als operative Maßnahme sinnvoll erschienen.
[568] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksverwaltung Gera, Dokument 2402, 1983, B1. 32.
[569] Jahn, Walter: „Du bist wie Gift", S. 24 f.
[570] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 218. Vgl. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift", S. 24 f.

diente den Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit Jahns Wohnungsantrag. Jahn hatte vor gehabt, die Wohnung seines inzwischen ausgereisten Freundes Peter Kähler zu übernehmen. Das Wohnungsamt Jena bestellte nun Jahn zum Zwecke der Klärung seiner Wohnungsfrage für den 7. Juni 1983 um 5.45 Uhr zum zuständigen Stadtrat Bernd Arlitt (IM „Braun“).[571] Was Jahn nicht ahnen konnte, die Vorladung war eine Falle. Als er ankam, warteten bereits ein Mitarbeiter der Abteilung Inneres des Rates der Stadt Jena und zwei Mitarbeiter der Staatsicherheit auf ihn. Der Leiter der Abteilung Inneres, Herr Bock, wollte ihm hier die Urkunde zur Entlassung aus der Staatsbürgerschaft aushändigen. Er forderte Jahn auf, sofort die Koffer zu packen und noch am gleichen Tag abzufahren. Doch wieder weigerte sich Jahn, Folge zu leisten. Daraufhin stürzten die zwei Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in das Zimmer, wo Jahn und Bock verhandelten, überwältigten Jahn und führten ihn ab nach draußen. Beim erzwingen des Einsteigens in das Auto gelang Jahn noch einmal die Flucht, allerdings nur für kurze Zeit. In der Wohnung seiner Freundin[572] angekommen, wurde er hier kurz darauf erneut festgenommen. Diesmal legten ihm die Angreifer Knebel und Handschellen an und brachten ihn zum Grenzübergang Probstzella in Thüringen. Gegen den Widerstand von Jahn schleiften ihn die Genossen über den Bahnsteig in den letzten Waggon des Interzonenzuges und verschlossen die Türen von außen. Auf der westdeutschen Seite in Ludwigstadt angekommen, öffnete ein Schaffner im Beisein zweier westdeutscher Grenzbeamter die Tür und überreichte Roland Jahn das „Visum zur einmaligen Ausreise“, ausgestellt vom Ministerium des Inneren der DDR.[573] Damit endete die spektakulärste Abschiebeaktion eines Akteurs der Friedensgemeinschaft Jena. **„**Man konnte mich nicht mehr einsperren, also hat man mich ausgesperrt. Es gab einen Ausreiseantrag, zu dem hatte mich Anwalt Schnur im Knast überredet. Daß ich mich danach mit Händen und Füßen gewehrt habe, konnte jeder sehen. Deshalb amüsiere ich mich, wenn Leute wie Stolpe sagen, der hat einen Ausreiseantrag gestellt. Für mich ist entscheidend, was abgelaufen ist und nicht, was ich im Knast geschrieben habe.“[574]

Für die Zurückgeblieben wie für Roland Jahn war dieses gewaltsame Ereignis ein Schock und auch kein Akt der Stärke der DDR gegenüber seinen politischen Gegnern. „Es war die Bankrotterklärung der DDR-Behörden, mit der sie ihre Hilflosigkeit und Unglaubwürdigkeit demonstrierten.“ [575] Das Ministerium für Staatssicherheit schätzte das naturgemäß anders ein. Im Juli 1983 frohlockte die Bezirksverwaltung Gera: „Durch die Übersiedlungsaktion wurde der auf eine offene Konfrontation mit der

[571] IM „Braun“, Bernd Arlitt, MfS Reg.-Nr. X/596/73. Vgl. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 24.
[572] Scheer spricht hier von Jahns Freundin, Walter Jahn von einer Freundin. Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 218. Vgl. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 25.
[573] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 218. Vgl. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 25.
[574] Jahn, Roland, zitiert nach: Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 218.
[575] Vgl. Jahn, Walter: „Du bist wie Gift“, S. 26.

sozialistischen Staatsmacht ausgerichtete aktive, handlungsbereite Kern kadermäßig dezimiert. Es gelang, die aktivsten, haßerfülltesten Kräfte dieser Gruppierung aus dem Schwerpunktterritorium zu entfernen“[576]

Die bis dahin in Jena verbliebenen Akteure der Friedensgemeinschaft, die bisher keinen Ausreiseantrag gestellt hatten, versuchte das Ministerium für Staatssicherheit anschließend auf bewährte Art und Weise unter Druck zu setzten, damit auch diese sich möglichst schnell dazu bereit erklärten, in die Bundesrepublik ausreisen zu wollen. Ein Beispiel dafür war die Situation von Andreas Friedrich. Er weigerte sich, einen Antrag auf Ausreise zu stellen. Um ihn dem oppositionellen Umfeld dennoch zu entziehen, leitete das Ministerium für Staatssicherheit seine Einberufung zur Armee im Herbst 1983 ein. Da er den Wehrdienst grundsätzlich ablehnte, blieb ihm nichts anderes übrig, als einen Antrag auf Ausreise zu stellen. Aus Angst vor einem Zugriff, stellten er und seine damalige Freundin noch im August 1983 den Antrag. Das Ministerium für Staatssicherheit atmete auf. Beide hatten nach ihrer Antragstellung nur 6 Tage Zeit, bevor sie endgültig ausreisen mußten.[577]

Ein Beispiel dafür, wie zermürbend die Ausreisesituation war, beschreibt Dorothea Fischer. „Meine eigentliche Ausstiegsphase aus dem Ganzen begann erst drei Tage vor der Ausreise im Juni 1983. Ich wollte ja ursprünglich auch nicht weg in den Westen. An der Grenze, in der Friedrichstraße da war das bei mir so ein Gedanke: Scheiß drauf, ich kann auch im Untergrund leben, habe im Bereich des Grenzüberganges meine Kinder im Stich gelassen, habe den Kinderwagen stehen lassen und bin einfach raus zurück gerannt. Bin gerannt und gerannt und war glaube wieder raus aus diesem Grenzbereich, knicke um, verliere einen Schuh, konnte nicht mehr richtig rennen und dann haben die sich zu dritt oder zu viert auf mich gestürzt und irgendwie war ich dann über die Grenze. Das war mein persönliches Drama. Zwei Tage vor meiner Ausreise, wo ich gerade am Schreiben war, daß ich meinen Ausreiseantrag zurückziehen wolle, stand diese blöde Liese von der Abteilung Inneres vom Rat der Stadt Jena an meiner Wohnungstür und sagte: Ihr Ausreiseantrag ist genehmigt. Ich habe ihr den Brief gezeigt, aber es führte kein Weg mehr rein. Wir sollten innerhalb 24 Stunden verschwunden sein und ich konnte gerade noch aushandeln, daß es 48 Stunden sind. Die vorhergehende Ausreisewelle seit Mitte 1981 in Jena hatte auf mich zunächst eine positive Auswirkung. Ich hatte dadurch selbst insgesamt mehr Raum und mehr Platz für mich. Die Typen mit ihrer großen Schnauze waren nach und nach weg in den Westen. Auf der anderen Seite war das so, daß es auch traurig war. Aber, so dachte ich auch, sie sind ja nicht tot, die leben ja auch weiter. Dieses Gefühl von Eingesperrtsein hatte sich dadurch einfach relativiert. Es war zwar immer totale Trauer, wenn jemand

[576] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksverwaltung Gera, Dokument 2402, 1983, B1. 32.
[577] OV „Opposition“, MfS Reg.-Nr. X/56/83, Maßnahmeplan „Gegenschlag“. Ordner: Friedensgemeinschaft Jena 1882/83, MDA Berlin.

ging und es fehlte jetzt jemand, vor allem, wenn man eine Beziehung zu demjenigen hatte. Das hieß aber für mich nicht, ich kann das denen nachmachen und auch in den Westen gehen. Mein Ausreiseantrag kam aus der Hoffnungslosigkeit, es hat einfach keinen Sinn mehr. Auch auf Arbeit. Dazu kam, mein Kind wurde ständig krank, es hat die Kinderkrippe nicht verkraftet. Auf Arbeit hatten sie so ein Bezahlungskonzept eingeführt nach bestimmten Stufen des gesellschaftlichen Engagements. Und da war klar, ich bekomme die niedrigste Stufe Gehalt. Ich habe dann auch tatsächlich das wenigste Geld bekommen, habe aber gleichzeitig die selbe Arbeit gemacht wie die anderen Frauen. Von anderen Leuten habe ich auch solche Geschichten gehört. Es hat irgendwie keinen Sinn mehr. Vor allem sah ich aber, daß meine Kinder hier keine Zukunft mehr haben. Im Kindergarten haben die sich Sachen rausgenommen, wo man als Eltern nichts machen konnte. Und so wie wir gelebt haben, standen wir immer mit einem Bein im Knast und die Gefahr bestand, die Kinder kommen dann ins Heim. Das war auch der Grund, warum ich geheiratet habe, weil dann unsere Familien noch ein Wort mitzureden gehabt hätten. Die haben ja auch konkret versucht, mir die Kinder wegzunehmen. Da gab es eine Anzeige, ich würde mein Kind vernachlässigen. In dem Moment war ich angreifbar wegen der Kinder und hatte auch Angst. Es ging ja nicht mehr nur um mein Leben, sondern um das meiner Kinder. Die generelle Ablehnung der Ausreise z. B. in der Kirche fand ich deshalb einfach intolerant. Ich habe auch immer so diskutiert, als hätte ich keinen Antrag gestellt und habe mich auch nicht so gefühlt, als würde ich zu den Ausreiseleuten dazugehören.“[578]

Andere der Gruppe der Friedensgemeinschaft, so beispielsweise Frank und Ev Rub, hielten noch bis 1985 aus. Das Ministerium für Staatssicherheit leistete in der Zwischenzeit weiterhin seine Zersetzungsarbeit - immer mit dem Ziel, daß auch diese letzten Akteure irgendwann freiwillig in den Westen gingen. Meist Jüngere aus der Peripherie der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Friedensgemeinschaft wie Carsten Hahn, Gerold Hildebrand, Michael Poneleit, Inken Reinert, Susann Schulze, Christine Schulze und Jens Eisenberg (IM „Leonardo“ alias „Frank“) versuchten ihrerseits, die Friedensarbeit auf verschiedenen Wegen weiterzuführen.

Seit 1980 zeichnete sich mit der Einführung des Wehrkundeunterrichtes an Schulen eine tendenziell zunehmende Gegenreaktion in der kirchlichen Friedenarbeit ab. Die Zuspitzung der Friedensdiskussion zwischen SED, Kirche und junger Generation setzte sich dann fort, als sich am 9. Mai 1981 die Dresdener Initiativgruppe „Sozialer Friedensdienst“ mit einem Aufruf an die Gemeinden und damit an die kirchliche Öffentlichkeit wandte.[579] In der Folge wurde die Synode der evangelischen Kirche mit über 4000 Unterschriften aufgefordert, sich gegenüber der SED für einen

[578] Zeitzeugengespräch mit Dorothea Fischer. In: Grund, Thomas: JG-Heft.

[579] Brief der Dresdener Initiativgruppe „Sozialer Friedensdienst“: Ein Aufruf an die Gemeinden vom 09.05.1981. In: Kirche im Sozialismus, Heft 4, 1981, S. 21 f.

sozialen Wehrersatzdienst einzusetzen. 4000 Unterschriften waren keine übersehbare Minderheit mehr, sondern eine politische Bewegung mit konkreten Forderungen und Zielen.[580]

Das Jahr 1983 war auch der Höhepunkt des politischen Widerstandes einer politischen Generation in Jena. Die vielfältigen und verschiedenen Aktionen standen dabei stets in einem ambivalenten Verhältnis zur Kirche. Die Friedensgemeinschaft war gleichzeitig ein wesentlicher Teil der DDR-Friedensbewegung. Die These, Jena sei die Heimat der Friedensbewegung der DDR gewesen, überschätzt allerdings deren Rolle im Zusammenhang mit der kirchlichen Jugendarbeit und deren Bedeutung für die kirchliche Friedensbewegung insgesamt.[581] Von der „Jenaer Friedensbewegung" kann deshalb keine Rede sein. Vielmehr muß von einer Gleichzeitigkeit der Entwicklung verschiedener Friedensgruppen in der DDR ausgegangen werden, die auf verschiedenen Ebenen agierten und sich gegenseitig inspirierten. Die dezentralen Strukturen der einzelnen Gruppen, die sich dennoch wie ein Netzwerk über das Land legten, waren dabei die entscheidende Stärke dieser Bewegung. Die politischen Faktoren aber, die zur Entstehung von kirchlichen und unabhängigen Friedensgruppen in der DDR führten, waren systemimmanent bestimmt. Zum einen gab es die verstärkte Militarisierung der Gesellschaft und die drohende Konfrontation der militärischen und gesellschaftlichen Blöcke. Zum anderen kam es in der DDR gegenüber politisch engagierten Menschen zunehmend zu Repressionen. Das oppositionelle Aufbegehren der zahlreichen Gruppen war deshalb vor allem ein deutlicher Ausdruck einer gewachsenen Mündigkeit und richtete sich immer klarer gegen die politische Diktatur der SED.

Ein nicht zu unterschätzendes Motiv, politisch oppositionell und widerständig zu handeln, war das Ziel der Ausreise. Es war inzwischen ein offenes Geheimnis, daß politisch auffällige Akteure eher in den „Genuß" der Übersiedlung kamen als solche, die sich staatlichen Auflagen unterordneten. Andere mußten gehen, weil ihr Engagement in der Friedensarbeit in der Kirche scheiterte. Einigen Akteuren der Friedensgemeinschaft Jena reichte auch der Versuch einer gemeinsamen Friedensarbeit mit der Kirche nicht aus. Sie wollten nicht innerhalb der engen Grenzen der kirchlichen Friedensarbeit oder der staatlich verordneten Friedenspolitik verharren. Sie entzogen sich deshalb bewußt der offiziellen DDR-Friedenspolitik und am Ende auch der

[580] Vgl. Peter und Bernd Eisenfeld: Widerständiges Verhalten in der DDR 1976-1982. In: Kuhrt/ Buck/Holzweißig Hg.: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Am Ende des realen Sozialismus (3), Opladen 2001, S. 99 ff. Die Autoren führen hier auch an, welches Ausmaß die Protestbewegung Anfang der achtziger Jahre angenommen hatte. Sie sprechen von mehreren tausend Jugendlichen Besuchern zu einzelnen kirchlichen Friedensveranstaltungen, so fast sechstausend im Februar 1982 in Dresden und fünftausend im Juni 1982 in Berlin. „Anfang 1983 hatte das MfS DDR-weit etwa 50 Friedenskreise im Visier, deren tatsächliche Zahl jedoch weit höher lag", S. 100 ff.

[581] Vgl. Walter Jahn: „Du bist wie Gift", S. 12: „Ich denke, es muß mal festgehalten werden: Die ursprüngliche Heimat der Friedensbewegung war nicht in Ost-Berlin, sondern Jena."

kirchlichen Friedensarbeit. Sie wollten unabhängig und eigenverantwortlich handeln und kamen dabei schnell an die Grenzen des Möglichen in einer politischen Diktatur. Eine Radikalisierung zu politischem Widerstand war die logische Folge. Viele wurden durch ihre nachfolgenden Erfahrungen mit Repression und Ausgrenzung hoffnungslos. Am Ende blieb den meisten nur die Fluch aus der DDR in die Bundesrepublik. Ob Staat oder Kirche, in beiden erkannten sie unbewegliche hierarchische Institutionen, die für sie ein Instrument der Unterdrückung und Eingrenzung waren.

Die Mittel für Opposition und Widerstand waren so unterschiedlich wie die Gruppen. Während viele versuchten, in der kirchlichen Friedensarbeit den Spielraum der kirchlichen Institution zu nutzen, löste sich in Jena die Friedensgemeinschaft von dieser Ebene und beschritt als unabhängige Solidargemeinschaft den Weg des politischen Widerstandes in der Öffentlichkeit. Das war die eigentliche Leistung der Friedensgemeinschaft. Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung mit der DDR-Diktatur zwischen März und Juni 1983 prägte sie dann das Bild, was allgemein die DDR-Friedensbewegung der achtziger Jahre charakterisiert, eine soziale, kulturelle und politische Bewegung von unten.

Wie schon in den siebziger Jahren erwies sich der DDR-Staat und ihre Machthaber auch in den achtziger Jahren ebenso blind gegenüber den in der Gesellschaft vorhandenen Konflikten und Widersprüchen. Er beurteilte die Forderungen der Friedensgemeinschaft Jena als systemfeindlich. Diese Deutung stand jedoch im Widerspruch zu den Zielen der Gruppe, die immer als Alternative zur Konfrontation eine Zusammenarbeit mit allen politischen und kirchlichen Kräften anstrebte. Staat und Kirche lehnten dies jedoch aus unterschiedlichen Gründen ab. Das Ministerium für Staatssicherheit kam 1983 in einem zusammenfassenden Bericht über die Haltung der Kirche zu der Einschätzung: „So entstand, nachdem auch die Kirche nicht mehr im vollen Umfang bereit war, gegenüber diesen Kräften eine Schutzfunktion auszuüben, die sogenannte ´Jenaer Friedensgemeinschaft´“.[582] Mit Hilfe der zwiespältigen Haltung der Kirche war es den Genossen gelungen, eine der aktivsten Oppositionsgruppen in Jena zu zerschlagen.

Trotz der Erfolge gegen die Friedensgemeinschaft Jena gelang es nicht, die Jenaer soziokulturelle und politische Szene der Jungen Gemeinde Stadtmitte zu zerschlagen. Jena galt auch in den Folgejahren als „Hort“ der Opposition und des Widerstandes. Die kirchliche Jugendarbeit der Offenen Arbeit blieb eine politisierte Gegenkraft mit erheblich widerständigem Potential. Das Ministerium für Staatssicherheit konnte nicht verhindern, daß sich nun westliche Medien immer mehr für die oppositionellen Aktionen in Jena interessierten und über jede repressive Maßnahme, die gegen die

[582] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksverwaltung Gera, Dokument 2402, 1983, B1. 32.

Jugendlichen gerichtet war und bekannt wurde, berichteten. Diese Öffentlichkeit erreichte zunehmend auch die DDR-Bevölkerung.

Zu einer sehr persönlichen Einschätzung über die Gründe des vermeintlichen Versagens der Friedensgemeinschaft kamen 1985 ehemalige Akteure der Gruppe, die bis dahin nicht in den Westen ausgereist waren. Sie beklagten hier neben eigener fehlender Bildung vor allem die permanente Auseinandersetzung mit der Kirchenleitung in Jena. Auch die Rolle der westlichen Medien blieb ihnen unklar. Das Problem der Ausreise machten sie hauptverantwortlich für das Scheitern der Gruppe. Das ständige „ausbluten" hätte sie der aktivsten Akteure beraubt. Deshalb sei die Friedensarbeit fast zum erliegen gekommen. Die weiterführende politische Bedeutung der Friedensgemeinschaft erkannten sie im überaus bescheidenen Selbstverständnis nicht. Eindeutig waren für sie aber nach wie vor die politischen Ziele: Frieden, Gerechtigkeit, Demokratie und Freiheit. Und diese wollten sie weiterverfolgen.[583]

2.4 DIE KIRCHE, DAS MINISTERIUM FÜR STAATSSICHERHEIT UND DIE PRESSE DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Während die Evangelische Kirche der DDR seit 1980 immer stärker versuchte, das Thema Frieden inhaltlich zu besetzen und auszufüllen, zielte das Aufgreifen dieses Themas bei den Akteuren der Friedensgemeinschaft Jena immer stärker auf die innenpolitischen Verhältnisse und Konflikte ab. Viele kirchliche Mitarbeiter bemühten sich, die Diskussion auf religiöse Interpretationsmuster zu reduzieren, um eine Eskalation in der politischen Auseinandersetzung zu vermeiden oder zumindest zu entschärfen. Im Gegensatz dazu stand die Friedensgemeinschaft dem politischen und systemkritischen Ansatz offen gegenüber. Diese Haltung und die öffentlichen Aktionen ermöglichten ihr, sich stadt- und grenzübergreifend als politisch handelnde Individuen zu begreifen, was besonders in der Reflexion durch die westliche Presse seinen Widerhall fand. Ausgehend von den bestehenden Kontakten und Beziehungen zu Exil-Jenaern in West-Berlin rückten die Ereignisse in Jena ab 1982 immer stärker in den Blickpunkt der gesamtdeutschen politischen Auseinandersetzung. In diesem Zusammenhang spielte auch der tragische Tod von Matthias Domaschk 1981 im Untersuchungsgefängnis Gera des Ministeriums für Staatssicherheit eine wesentliche Rolle. Als erste versuchten Roland Jahn und seine Freunde die Presse der DDR zur Herstellung einer Öffentlichkeit zu nuten, um damit auf den ungeklärten Tod von Matthias Domaschk hinzuweisen. Zu seinem ersten Todestag platzierten sie am 08. und

[583] OPK „Gockel", MfS Reg.-Nr. X/620/88. In: Opposition in Jena. Chronologie 1980-1989, Dokument 33, S.130 f. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 36.

16. April 1982 jeweils eine Todesanzeige[584] in der örtlichen Tageszeitung „Volkswacht“ und danach in der überregionalen „Thüringer Landeszeitung“.[585] In der Folge kam es zur politischen Verfolgung und zu Repressionen gegen ihn und seine Freunde. Wesentliche Einschnitte waren dabei die Inhaftnahme des Bildhauers Michael Blumhagen im Juni 1982, der Abtransport seiner Gedenkplastik für Matthias Domaschk vom Friedhof der Friedenskirche und die Zerstörung seines Wohnhauses in Graitschen bei Jena. Im September und Oktober folgten die Verhaftungen von Manfred Hildebrandt und Roland Jahn sowie die Schweigeminuten im November und Dezember 1982. Über „konspirative Kanäle“ Jenaer Akteure gelangten die Informationen über die Repressionen in Jena an die Exilanten in West-Berlin. Ziel der zumeist in West-Berlin lebenden Exil-Jenaer war es nun zu erreichen, daß die Presse in der BRD über die repressiven Reaktionen und Maßnahmen des Ministeriums für Staatssicherheit in Jena berichtete, um so auf die DDR-Regierung politischen Druck auszuüben. Dazu nutzten die Jenaer die Kontakte von Lutz Rathenow aus Ost-Berlin zu Jürgen Fuchs in West-Berlin und zu verschiedenen Korrespondenten der westdeutschen Presse. In West-Berlin hatte Jürgen Fuchs sehr gute Kontakte zur Tageszeitung „taz“. In Westdeutschland wurde der Journalist Helmut Lölhöffel von der „Süddeutschen Zeitung“ zu einem Zentrum der Öffentlichkeit. Eine weitere wichtige Verbindungslinie war die zu den 1981 und 1982 nach West-Berlin Übergesiedelten und Ausgebürgerten Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Auch der im Herbst 1982 von der BRD aus DDR-Haft freigekaufte Michael Blumhagen blieb im engen Kontakt zu Roland Jahn und dem Ehepaar Rub. Über Jürgen Fuchs, Thomas Auerbach, Peter Rösch, Christina und Reinhard Klingenberg sowie Michael Blumhagen erreichten die Informationsströme nun die Presse in West-Berlin, über Helmut Lölhöffel vor allem die westdeutsche Presse. Für die Herstellung einer Öffentlichkeit spielte auch die westdeutsche Friedensbewegung und ihre politischen Akteure eine wichtige Rolle. Politiker wie Gerd Bastian und Petra Kelly von der Partei „Die Grünen“ setzten sich öffentlich für die Oppositionellen in Jena ein.[586] Tageszeitungen wie die „Süddeutsche Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“ und die Tageszeitung „taz“ aus West-Berlin waren diejenigen, die am häufigsten über die Vorgänge in Jena berichteten.[587] Daneben berichteten aber auch die Magazine

---

[584] Vgl. Dokumentenordner-Zeitungsartikel Opposition Jena, MDA Berlin.

[585] Die Volkswacht war die SED-Zeitung im Bezirk Gera. Die Thüringer Landeszeitung deckte die Bezirke Gera, Erfurt und Suhl ab.

[586] Scheer Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 211 ff.

[587] Jagdszenen aus Jena. In: FR vom 14.07.82. Polizei wollte keine Schweigeminute - Zehn sind manchmal mehr als Zehntausend. In: FR vom 27.12.82. Verständigen wir uns von unten her, über die ideologischen und militärischen Schützengräben hinweg. Rede von Jürgen Fuchs auf einer Friedensdemonstration am 10.06.1982. In: taz vom 15.05.1982. Ein Tod im Stasi-Gefängnis und eine verschwundene Plastik. DDR-Bildhauer riskiert Gefängnis. In: taz vom 16.06.1982. Eine Radtour, die ins Gefängnis führt. In der kleinstädtischen Atmosphäre Jenas machen noch immer unbequeme Bürger dem

„Stern“ und „Der Spiegel“ ausführlich darüber.[588]

Anfang 1983 gelangte das Thema Jena auch ins westdeutsche Fernsehen. Der Fernsehbeitrag von Franz Alt vom 22. Februar 1983 in der Polit-Sendung „Report“ nahm Stellung zu den Jenaer Ereignissen nach den Schweigeminuten vom November und Dezember 1982. Die Fernsehsendung sorgte für großes Aufsehen und hatte für die sieben verhafteten Akteure unerwartete Folgen.[589] Sie wurden Ende Februar 1983 aus der Haft entlassen. Die entlassenen Akteure sahen als den wesentlichen Grund für ihre schnelle Haftentlassung die bundesdeutsche Öffentlichkeit an. Einen Beleg für einen direkten Zusammenhang gibt es dafür nicht. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß erst diese Öffentlichkeit die Parteispitze dazu motivierte, die Verhafteten wieder zu entlassen. Denn einerseits strebte die SED-Führung eine Instrumentalisierung der westdeutschen Friedensbewegung an, andererseits stand sie durch die Ereignisse in Jena nun tatsächlich in der Öffentlichkeit unter dem Druck eigener Glaubwürdigkeit in Bezug auf ihre Friedenspolitik und die Einhaltung von Menschenrechten. Noch im Oktober 1982 resümierte die zuständige Hauptabteilung HA XX/5 des Ministeriums für Staatssicherheit, daß die westliche Friedensbewegung von fortschrittlichen Kräften auf eine Verhinderung der Stationierung weiterer NATO-Raketen ausgerichtet sei.[590] Diese Strömung innerhalb der Friedensbewegung sollte unterstütz werden. Andererseits stellte das Ministerium für Staatssicherheit im gleichen Bericht fest, daß linksopportunistische und antikommunistische Kräfte diese Bewegung zu spalten drohen. Gemeint waren vor allem diejenigen westdeutschen Friedensaktivisten und Gruppen, die eine einseitige Abrüstung ablehnten und stattdessen eine blockübergreifende Friedensbewegung in Ost und West unterstützten. Unter diesen Aktivisten befanden sich auch ehemalige aus der DDR Ausgebürgerte wie Jürgen Fuchs. Sie erklärte die SED zu ihren Gegnern und das Ministerium für Staatssicherheit konstruierte die Person Jürgen Fuchs zum Kopf der „Fuchs-Bande“, die eine „feindliche Agentur“ sei.[591] Besonderes seine Informationen und Rückverbindungen nach Jena sorgten in der westdeutschen Presse für Öffentlichkeit und erzeugten so politischen Druck auf die SED-Führung, der sie wohl dazu bewog, die im Februar Verhafteten Oppositionellen zu entlassen. In einer Ende 1983 in Gera abgehaltenen Dienstkonferenz der Allgemeinen Koordinierungsgruppe (AKG) des Ministeriums für Staatssicherheit heißt es dazu: „Auf zentralen Beschluß im Interesse der weiteren Stärkung der westlichen Friedensbewegung wurden Ende Februar

---

Regime der DDR zu schaffen. In: SZ vom 22.12.1982. Vgl. Dokumentenordner-Zeitungsartikel Opposition Jena, MDA Berlin.

[588] Trauernder Mann - wie die Blumhagen-Plastik von der Stasi gestohlen wurde. In: Spiegel 26/82. Prozeß gegen Michael Blumhagen. In: Spiegel 27/82.

[589] Vgl. Scheer Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 216.

[590] Vgl. Auerbach, Thomas: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 1981 bis 1987. In: Linke Opposition in der DDR und undogmatische Linke in der BRD. Tagungsdokumentation, Hg.: Geschichtswerkstatt Jena, 1996, S. 73 ff.

[591] Auerbach, Thomas: Der Frieden ist unteilbar, S. 75 und 76.

in einer stabsmäßigen Aktion diese feindlich-negativen Kräfte aus der Haft entlassen und entsprechende weitergehende vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung und Eindämmung ihrer Aktivitäten eingeleitet.“[592] Im weiteren heißt es im gleichen Dokument: „Um diese Personen für die politische Diskriminierung der DDR mißbrauchen zu können, wurde ihnen unter Mithilfe der westlichen Massenmedien und der Exil-Jenenser in West-Berlin ein politisches Image verschafft, indem sie zu Künstlern bzw. Friedenskämpfern hochstilisiert wurden.“[593] Gebetsmühlenartig erklärt sich daraus das Ministerium für Staatssicherheit: „So entstand, nachdem auch die Kirche nicht mehr in vollem Umfang bereit war, gegenüber diesen Kräften eine Schutzfunktion auszuüben, der sogenannte „Jenaer Friedenskreis“, der den Kern der Kräfte des konterrevolutionären Untergrundes von Jena in sich vereinte.“[594]

Die Haftentlassungen im Februar 1983 beruhigten die Lage in Jena nicht. Stattdessen kam eine neue Runde in der Auseinandersetzung mit dem SED-Regime in Gang. Die verantwortlichen Kirchenvertreter der Stadt schwankten in dieser Situation und zogen sich im Interesse einer längerfristigen Politik gegenüber der SED auf kirchenpolitische und religiöse Argumente zurück. Ihnen ging es dabei hauptsächlich um die Vermeidung von politischen Konflikten mit dem SED-Regime. Die Jenaer Akteure verließen sich dagegen auf sich selbst und setzten in dieser Situation auf die Unterstützung und den Schutz durch die westliche Öffentlichkeit. Trotz mancher Bedenken gegen die Medien der Bundesrepublik konnten sie über dieses Sprachrohr breite Bevölkerungsschichten erreichen. Die Kirche lehnte diese Form der Öffentlichkeit ab, um politische Forderungen zu stellen. Superintendent Siebert vertrat die Auffassung, daß man sich mit den verantwortlichen SED-Funktionären auf der Ebene kleiner Schritte begegnen müsse. Ihm ging es dabei vor allem um die Bewahrung der Eigenständigkeit der Kirche im Sinne der theologischen Verantwortung. Er war in der schwierigen Lage, einerseits die bisherigen Möglichkeiten gegenüber staatlichen Stellen zu erhalten, andererseits wollte Siebert die Jugendlichen auch nicht fallen lassen. Letztendlich blieb es aber bei einer uneindeutigen Haltung ohne ein wirksames Eingreifen seitens der Kirche. Andere Kirchenvertreter der Gemeinde behaupteten auch, die Friedensgemeinschaft würde durch die Herstellung einer Öffentlichkeit in der Bundesrepublik den Konsens der kleinen Schritte zwischen Kirchenleitung und SED erheblich behindern, wenn nicht sogar zerstören. Ein immer wiederkehrender Vorwurf war auch, die Akteure verfolgten mit den Aktionen in der Öffentlichkeit nur die Durchsetzung ihre Ausreise. Einen begründeten Anlaß zu dieser Annahme gab es schon,

[592] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksverwaltung Gera, Dokument AKG 5738, ohne Datum, S. 16.
[593] Ebenda, S. 16.
[594] Ebenda, S. 14. Vgl. auch Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksverwaltung Gera, Dokument 2402, 1983, B1. 32.

jedenfalls oberflächlich betrachtet, denn alle im Februar 1983 Haftentlassenen hatten während ihrer Haftzeit einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR unterschrieben. Die Kirchengemeinde begriff jedoch nicht, daß die Beweggründe dafür in der mangelnden Unterstützung der Kirche und in der Erpressung der Akteure begründet waren. Einige davon zogen diesen Antrag nach der Entlassung auch sofort zurück, eben weil er unter Zwang zustande gekommen war. Sie fragten ihre Kritiker nicht ganz zu Unrecht zurück, wie diese in einer solchen Haftsituation entschieden hätten. Die Friedensgemeinschaft Jena versuchte sich diesen Vorwürfen im weiteren Verlauf vor allem dadurch zu entziehen, in dem sie ein politisches Zusammengehen mit Antragstellern ablehnte.[595]

Der Kirchengemeinde und insbesondere Superintendent Udo Siebert gelang es insgesamt nicht, die Eskalation zwischen Friedensgemeinschaft, Junger Gemeinde Stadtmitte, Kirche und Staat zu entschärfen. Die Jugendlichen sahen sich ihrerseits durch das Verhalten der Kirche ihnen gegenüber darin bestätigt, daß diese ihre Verantwortung nicht wirklich wahrnahm und sie gegen repressive staatliche Übergriffe schützt. Dieser Einschätzung folgend war die Einbeziehung der westdeutschen Öffentlichkeit in das Kalkül oppositionellen Handelns nur eine logische Konsequenz. Die Resonanz in der Presse, verstärkte ihre Bereitschaft zu radikaleren Aktionsformen. Höhepunkte waren die Ereignisse im März und Mai 1983, wo sich die Friedensgemeinschaft Jena an den staatlichen Friedensveranstaltungen mit eigenen Plakaten und Losungen beteiligte. Das Ministerium für Staatssicherheit wiederum sah sich durch die Verbindung der Aktionen mit der westdeutschen Öffentlichkeit in ihrer Ideologie vom Klassenkampf bestätigt. Aus dieser Perspektive waren die Jugendlichen von „konterrevolutionären Kräften im Ausland“ mit dem Ziel beauftragt, die DDR durch oppositionelle Handlungen im In-und Ausland zu diskreditieren. Dabei haben es die Klassenfeinde durch zügellose Hetze besonders auf die von der DDR betriebene Friedens- und Verteidigungspolitik abgesehen. Und weil der politische Protest und Widerstand 1983 in Jena im Gegensatz zur gesamten DDR am radikalsten war, meinte das Ministerium für Staatssicherheit, Jena sei das Zentrum der konterrevolutionären Kräfte. Deren Ziel sei es, Jena zum Ausgangsort von Einbrüchen in der Arbeiterschaft zu machen, damit diese sich gegen die Führende Partei der Arbeiterklasse erhebe, so geschehen u. a. durch einen Aufruf an die Jenaer Arbeiterschaft vom November 1982. Damit war für das Ministerium für Staatssicherheit klar, diese „Feindkräfte“ verfolgen eine offene Konfrontation mit der sozialistischen Staatsmacht, um weitere Aktionen mit Fanalwirkung auszulösen. Und das alles diene letztendlich dem einen Ziel, mit Hilfe der angeblich unabhängigen Friedensbewegung republikweit eine breite oppositionelle

[595] Rub, Frank: Wir haben leider eine Chance vertan. Von der Ablehnung, mit dem „Weißen Kreis“ zusammenzugehen. In: Gerbergasse 18, Forum für Geschichte und Kultur, Hg.: Geschichtswerkstatt Jena e.V., Heft 2/96, S. 14.

Bewegung zu dokumentieren.[596] Die Jugendlichen in Jena planten also den DDR-weiten gesellschaftlichen Umsturz. Der tatsächliche Hintergrund für die Nutzung der Medien in der Bundesrepublik war aber allein der dadurch erhoffte Schutzfaktor vor willkürlichen Repressionen. Den Beteiligten war klar, daß die SED unter den Augen der Weltöffentlichkeit wesentlich zahmer agierten mußte. Auch das Ministerium für Staatssicherheit machte sich so seine Gedanken über die wahren Absichten der Exil-Jenaer und stellte dabei fest: „Den Stellenwert westlicher Veröffentlichungen umriß Fuchs damit, daß er den westlichen Massenmedien eine „Schutzfunktion nach außen" beimißt, die einer „inneren Schutzfunktion" der Thüringer Landeskirche entsprechen müsse."[597] Damit war durch Jürgen Fuchs eindeutig zum Ausdruck gebracht, warum es zu diesem notwendigen Zusammengehen kam. Es war klar, wo die Kirche in der DDR gegenüber der SED-Herrschaft versagte, da konnte den Akteure in Jena nur durch die Herstellung einer Öffentlichkeit Schutz geboten werden. Das Ministerium für Staatssicherheit zählte 1983 insgesamt 94 Journalisten zu den **„**Helfershelfern**"** in der BRD. Am unerträglichsten waren dabei für die Genossen vor allem solche journalistischen Berichte, die die sozialistische Ordnung der DDR-Gesellschaft auf der Grundlage der „Totalitarismus-Doktrin" mit dem faschistischen Regime verglichen oder sogar auf eine Stufe stellten. Die öffentliche Nennung von Vertretern der territorialen Staatsmacht in Jena empörte die Genossen gleichermaßen. Dies sei ein öffentlicher Pranger der Rufmord betreibe. Die West-Berliner Tageszeitung „taz" sei inzwischen eine regelrechte Bekanntmachungstafel bezüglich öffentlichkeitswirksamer Aktionen innerer feindlich-negativer Kräfte.[598]

In der Jungen Gemeinde Stadtmitte lösten die Veröffentlichungen in der westdeutschen Presse heftige Diskussionen und Fragen aus. Einerseits sympathisierten viele mit der Friedensgemeinschaft und verurteilten die Repressionen gegen sie, andererseits fürchteten viele weitere repressive Rückwirkungen auf die Arbeit der Jungen Gemeinde, denn viele Akteure der Friedensgemeinschaft kamen aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Aber nicht nur von Seiten des Ministeriums für Staatssicherheit waren Rückwirkungen zu erwarten. Auch die Kirchengemeinde überlegte sich, wie sie die Junge Gemeinde aus der Öffentlichkeit heraushalten konnte. Das ging zeitweise so weit, daß Superintendent Siebert, unterstützt von Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke (IM „Brenner") und Vikar Michael „Konstantin" Stanescu (IM „Bartholomäus Runge"),

[596] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksverwaltung Gera, Dokument AKG 5738, ohne Datum, S. 14 f.

[597] Aussagen zu Problemen/Erscheinungen/Bedingungen im Territorium Jena, die dem Gegner Ansatzpunkte bieten für beabsichtigte weitere Ausprofilierung Jenas zum „Zentrum des Widerstandes" Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksverwaltung Gera, Ablage SLK, 2625 vom 02.01.1985, Bl. 4.

[598] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der Bezirksverwaltung Gera, Ablage SLK, 2625 vom 02.01.1985, Bl. 6 ff.

erwog, die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte zu schließen. Hintergrund war die Überlegung, die kirchlichen Räume könnten so nicht mehr als Treff- und Versammlungsort der oppositionellen Szene mißbraucht werden.[599] Auch Pfarrer Walter Schilling, die zentrale Person der Offenen Arbeit, ließ sich zu solchen Überlegungen hinreißen. Er begründete dies damit, daß die Vertrauensbasis unter den Jugendlichen und zur Kirchenleitung zerstört sei. Selbst das Vertrauensverhältnis zu ihm sei erheblich gestört.[600] Den Quellen für die westliche Presse warf er vor, sie würden über die tatsächlichen Verhältnisse in Jena falsche Berichte liefern. „Schließlich schloß Schilling dieses Gespräch ab, indem er sagte, daß er sehr böse ist, daß soviel Unsinn im Westen veröffentlicht wurde und wenn er rauskriegt, wer die Informationen an den Westen liefert, dem will er eigenhändig die „Schnauze einschlagen“.“[601] Zur Schließung der Räume kam es dann aber nicht. Den Beteiligten - Superintendent Siebert und Walter Schilling, aber auch den Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte - war in dieser Situation klar, daß die Schließung der Räume nur neue Probleme schaffen würde. Vor allem hätte damit das Ministerium für Staatssicherheit ihr Ziel erreicht, die Junge Gemeinde zu beseitigen. Das jedoch konnte der Superintendent bei aller Vorsicht gegenüber der Staatsmacht nicht zulassen. Dies hätte für ihn einen direkten Eingriff in die kirchliche Arbeit bedeutet. Zudem fürchtete er die Gefahr, daß in dieser Situation durch die westliche Presse erneut ein schlechtes Licht auf die Kirche in Thüringen fallen würde.[602] Die Schließung der Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte wurde deshalb nie ernsthaft verfolgt, aber als disziplinierendes Druckmittel zeitweise gegen die Akteure eingesetzt.

Neben dem Konflikt um die Räume verschärften sich parallel dazu die gegenseitigen Verdächtigungen und Anschuldigungen in Bezug auf eine vermeintliche Spitzeltätigkeit als Inoffizieller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit. Die teilweise heftige Diskussion darum löste unter den Jugendlichen in Jena erhebliche Unsicherheit aus. Diese ganz existentiell spürbare Bedrohung führte schließlich dazu, daß 1983 viele neue und vor allem junge Akteure zunächst ein negatives Bild über die Jungen Gemeinde Stadtmitte hatten. Sie mußten den Eindruck haben, daß hier über die Spitzel-Problematik Antipathien und persönliche Konflikte untereinander ausgetragen wurden. Besonders Carsten Osse[603] griff in diesem Zusammenhang Thomas Grund immer wieder öffentlich an. Er vermutete zwar nicht ganz zu Unrecht eine Verstrickung

[599] Bericht über den Konvent der Jenaer Stadtpfarrer vom 26.01.1983. IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 160 ff.
[600] Bericht über eine Rüstzeit der offenen Jugendarbeit in Hirschluch zwischen 21.01. und 23.01.1983 vom 26.01.1983. Dabei handelt es sich um das jährliche Gesamttreffen der DDR-weiten Gruppen der Offenen Arbeit. Ebenda, Bl. 157.
[601] Ebenda, Bl. 158 ff.
[602] Ebenda, Bl. 157.
[603] Carsten Osse, Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte bis 1984.

mit dem Ministerium für Staatssicherheit, kannte jedoch nicht die Hintergründe und Zusammenhänge. Carsten Osse gehörte nicht zum Kreis derjenigen, die direkt in die oppositionellen Vorgänge einbezogen wurden, obwohl er sich sehr in der Jungen Gemeinde Stadtmitte engagierte. Trotz seiner Bemühungen gelang ihm nicht der Zugang zum inneren Zirkel der Friedensgemeinschaft. Weder in der Jungen Gemeinde Stadtmitte noch in der Friedensgemeinschaft galt er als verläßlich, weil er sich im eigenen Handeln stets sehr stark nur aus eigener Sicht leiten ließ. Auf Grund seiner intensiven Auseinandersetzung mit dem Problem kehrten sich seine von ihm erhobenen Vorwürfe sogar schnell gegen ihn. Er selbst wurde verdächtigt, ein IM zu sein. Sein als unbeherrscht wahrgenommenes Auftreten führte selbst Superintendent Siebert zu der Auffassung, Osse sei ein Problemfall der Jungen Gemeinde.[604] Diese Beurteilung ging sicher zu weit. Sie offenbart aber die Härte der Auseinandersetzung um dieses Thema.

Auch aus dem soziokulturellen Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte kamen immer wieder Vorwürfe, sie sei ein Hort des Ministeriums für Staatssicherheit. Besonders der Maler Frank Rub unterstellte ihr eine komplette Unterwanderung. Deshalb sei die Junge Gemeinde Stadtmitte auch für eine weitere gemeinsame politische Auseinandersetzung untauglich. Um für seine Behauptung Belege zu bekommen, soll Rub kleinere oppositionelle Aktionen im Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte inszenierte haben, um so vermeintliche Spitzel zu enttarnen, jedoch ohne Erfolg.[605] Auf der anderen Seite lagen er und die Akteure der Friedensgemeinschaft mit dieser Einschätzung ja auch nicht ganz falsch. Eines ihrer wichtigsten Ziele war deshalb für ihre eigene Arbeit, das Eindringen von IM in die Friedensgemeinschaft zu verhindern. Andernfalls wären die Gruppe und ihre Aktionen auch gefährdet gewesen. Dem öffentlichen Handeln stand also eine konspirative Vorbereitung gegenüber. Dies schuf auch Probleme für die Informationsübermittlung an die westdeutsche Öffentlichkeit.

Auch Pfarrer Schilling war zeitweise der Ansicht, daß die Junge Gemeinde Stadtmitte inzwischen vom Ministerium für Staatssicherheit unterwandert sei. Gleichzeitig stellte er sich vor Thomas Grund und schützte ihn, obwohl nicht zu Unrecht Verstrickungen zum Ministerium für Staatssicherheit vermutet wurden. Zu einer offensiven Aufklärung konnten sich Schilling und Grund jedenfalls nicht durchringen. Als der Druck für Grund zu groß wurde, zog er sich 1983 weitgehend aus der Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte zurück.[606] Sein Rückzug hatte die Folge,

---

[604] Bericht über den Konvent der Jenaer Stadtpfarrer vom 26.01.1983. IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 163.

[605] Bericht über die Veranstaltung der Jungen Gemeinde Stadtmitte am 18.01.1983. IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl. 146 f.

[606] „Ich habe mich nie aus der JG zurückgezogen, im Gegenteil, ich wußte, daß ich nur durch regelmäßige Präsenz bestehen kann und das tat ich auch. Allerdings stimmt es für die anderen. Leute kamen nicht

daß sich auch andere Akteure aus der zweiten Generation zurückzogen, allerdings auch den Vorteil, daß schnell eine neue dritte Generation von Akteuren nachrücken konnte. Das verschaffte dem nun langjährigen IM „Bartholomäus Runge“ fast unverhofft die besten Voraussetzungen, um erneut auf die Entwicklung der Jungen Gemeinde Stadtmitte Einfluß nehmen zu können. Mit dem Abwandern der zweiten Generation sah allerdings Pfarrer Schilling das Aus für die Junge Gemeinde Stadtmitte gekommen. Sie blute aus, und eine Vertrauensbasis sei nach seiner Einschätzung nicht mehr vorhanden.[607]

Die Junge Gemeinde Stadtmitte war 1983 insgesamt in eine Situation geraten, die der Zielstellung der „Zersetzung“ durch das Ministerium für Staatssicherheit einen langfristigen Erfolg versprach. Die meisten Akteure der zweiten Generation hatten sich endgültig zurückgezogen, um zum Teil in der oppositionellen Friedensgemeinschaft Jena aufzugehen. Der politische Protest fand nach einer Übergangsphase weitgehend außerhalb der Jungen Gemeinde statt. Bestärkt wurde die Friedensgemeinschaft dabei auch durch ihre Erfolge in den westdeutschen Medien. In ihnen fanden sie tatsächlich ein begrenztes „Schutzschild“ gegen die willkürlichen Repressionen des SED-Staates. Seit Ende Februar 1983 verstärkte sich dann sprunghaft die Resonanz in der westlichen Presse zu den Ereignissen in Jena. Allen voran berichteten hier die „Süddeutsche Zeitung“, die „Frankfurter Rundschau“, die West-Berliner Tageszeitung „taz“, der „Stern“ und „Der Spiegel“ über fast jedes oppositionelle Ereignis in Jena. Zahlreiche regionale Blätter folgten mit kleineren Artikeln, so beispielsweise der „Tagesspiegel“, die „Stuttgarter Nachrichten“ oder die „Neue Rheinische Zeitung“.[608]

Veröffentlichungen der westlichen Medien spielten für die Opposition in der DDR eine wichtige Rolle bis zum politischen Zusammenbruch des SED-Regimes. Neben der Schutzfunktion festigten sie die öffentliche Wahrnehmung in Ost und West. Andererseits behinderten sie auch eine tiefergehende politische Auseinandersetzung, was für konkrete politische Ziele wichtig gewesen wäre. Zugleich erhöhte sich mit dem Ausmaß an Veröffentlichungen der repressive Druck auf Gruppen und Akteure. Dadurch wuchs erneut die Gefahr der Konfrontation.

---

mehr, weil die JG ja immer auf dem Niveau der Jüngeren bleiben mußte. Wer älter wurde, machte etwas eigenes, mit oder ohne JG.“ Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002.

[607] Bericht über eine offene Rüstzeit der offenen Jugendarbeit in Hirschluch 21.-23.01.1983 vom 26.01.1983. Dabei handelt es sich um das jährliche Gesamttreffen der DDR-weiten Gruppen der Offenen Arbeit. IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, BStU, Bl. 157 f.

[608] Vgl. Anhang: Presseartikel zu Jena 1982 - 1989. Allein für 1983 sind hier 39 Artikel oder Artikelserien zu Jena aufgeführt. Das ist nur ein Teil der bislang noch offenen Aufarbeitung zur Presse. Quelle: Dokumentenordner - Zeitungsartikel Opposition Jena, MDA Berlin.

2.5 DER „WEIßE KREIS“ - AUSREISE ALS LETZTER AUSWEG

Je größer das Bedürfnis eines politischen Systems nach Sicherheit ist, erst recht, wenn es sich im Kampf um das politische Überleben befindet, desto mehr Einschränkungen an persönlicher und politischer Freiheit sind die Folge für die Menschen. Es besteht deshalb in jeder Gesellschaft grundsätzlich ein Zusammenhang zwischen dem systemimmanenten Sicherheitsbedürfnis und der Einschränkung persönlicher und politischer Freiheiten seiner Menschen. Besonders ausgeprägt finden sich diese Merkmale in einer Diktatur. Daß die davon betroffenen Menschen zunehmend versuchen, sich dieser Willkür zu entziehen, scheint eine zwangsläufige Folge. Ein kaum zu übertreffendes Beispiel für plan- und zielloses repressives Handeln gegen die Menschen im eigenen Land ist die Geschichte des „Weißen Kreises“ in Jena. Sie belegt, daß systemimmanente Defizite und diktatorische Willkür den Weg in persönliche und politische Freiheit in letzter Konsequenz nicht verhindern können.

In einem 13 Punkte umfassenden Brief an Erich Honecker und die zuständigen staatlichen Stellen in Jena formulierten Mitte 1983 Akteure des „Weißen Kreises“[609] Voraussetzungen, Bedingungen und Ziele ihres Anliegens zur Ausreise aus der DDR. Das Dokument zeigt authentisch die Lage der Betroffenen und ist gleichzeitig ein deutlicher Anhaltspunkt dafür, wie kritisch die Situation für das DDR-Regime bereits 1983 war. Der zweite Protestbrief[610] war eine besonders deutliche Absage der Jenaer Ausreisegemeinschaft[611] an den Staat, die sich mit bis zu 180 Teilnehmern zu öffentlichen Aktionen als DDR-weite Interessengruppe verstand.[612]

Die Rückwirkung der Berichterstattung der westlichen Presse auf die Bevölkerung ermutigte 1983 erstmals gesellschaftlich und politisch unzufriedene Menschen in der DDR dazu, ihr Ausreisebegehren öffentlich und demonstrativ einzufordern. Der „Weiße

---

[609] Schmidt, Elker: Die unerträgliche Last der Staatsbürgerschaft. Jenas Weißer Kreis, ein herzerfrischendes Überlisten des Staatsapparates. In: Gerbergasse 18, Heft 2/96, S. 13 ff. Dieser Aufsatz ist die bisher detaillierteste Darstellung zum Thema Weißer Kreis Jena. Der Name „Weißer Kreis“ bezog sich auf die Teilnehmer der öffentlichen Zusammenkünfte auf dem Platz der Kosmonauten im Zentrum der Stadt, die sich hier in einem Kreis formierten und als gemeinsames Erkennungszeichen ein weißes Kleidungsstück trugen, auf dem erkenntlich ein „Ja“ angebracht war, das für „Jenaer Ausreisegemeinschaft“ oder „Ja“ zum Westen stand.

[610] Insgesamt können drei Protestbriefe vom 28.05.1983 an Erich Honecker, vom 17. 06.1983 an Erich Honecker und den Rat der Stadt Jena sowie vom 12.07.1983 an die Volkskammer der DDR als Quellen herangezogen werden.

[611] Der Begriff „Jenaer Ausreisegemeinschaft“ leitet sich von den Buchstaben „JA“ ab. Akteure trugen sie auf ihren weißen T-Shirts. Das Ministerium für Staatssicherheit verfolgte die Aktionen des „Weißen Kreises“ kontinuierlich. In: AKG 03726 der BV Gera. Niederschrift über die Wochenberatung beim Leiter der AKG am 18. Juli, am 25. Juli und am 01. August 1983.

[612] Zweiter öffentlicher Protestbrief an Erich Honecker sowie den Rat der Stadt Jena vom 17.06.1983. Eine Anschrift und die Unterschriften fehlen auf dem vorliegenden Dokument. In: Ordner MDA/OA/5373, MDA Berlin. Den dritten Protestbrief vom 12. Juli 1983 an die Volkskammer der DDR. unterschrieben 26 Familien für ca. 50 Personen. Vgl. Dokumentenanhang Dok.37.

Kreis“ in Jena ist somit ein frühes Beispiel für einen bevölkerungsübergreifenden politischen Widerstand außerhalb des kirchlichen Raumes im Zusammenhang mit dem Ausreisebegehren. Damit war der „Weiße Kreis“ 1983 die dritte öffentlichkeitswirksame oppositionelle und widerständige Kraft in Jena neben der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Friedensgemeinschaft Jena. Personelle Überschneidungen mit dem „Weißen Kreis“ gab es kaum. Nur wenige Akteure aus der Jungen Gemeinde oder Friedensgemeinschaft hatten zu diesem Kreis persönlichen Zugang oder unterhielten Kontakte, und nur einige wenige schlossen sich dem „Weißen Kreis“ an. Diejenigen aber, die sich anschlossen, hatten ihre Bindung an die Junge Gemeinde längst aufgegeben und sich politischen gegen die DDR entschieden. Ein politisches Engagement für gesellschaftliche Veränderungen in der DDR sahen sie wie die Akteure des „Weißen Kreises“ als absurd an. Wesentliche Gemeinsamkeit aller Teilnehmer am „Weißen Kreis“ war deshalb, ihre überwiegend persönlich motivierte Ablehnung der bestehenden DDR-Gesellschaft nicht als eine innenpolitische Auseinandersetzung anzusehen. Ihr Hauptinteresse bestand grundsätzlich in der Abkehr vom DDR-Staat durch „legale“ Ausreise. Für die Machthaber war der Antrag auf Ausreise jedoch offiziell ein ungesetzliches Ersuchen auf Ausreise. Es gab offiziell keine staatliche Behörde für derartige Anliegen und auch keinen Anspruch auf Bearbeitung.[613] Vor allem daraus erklärt sich die repressive Willkür gegen die meisten Antragsteller als ein typisches Merkmal der DDR-Diktatur. Der Einzelne war den Machthabern jederzeit ausgeliefert. Um diese Situation zu überwinden und um aus der persönlichen Isolation herauszukommen, formierte sich die Gruppe der Ausreisewilligen in Jena. Ein Zusammengehen mit anderen oppositionellen Gruppen stand für sie allerdings außerhalb ihrer Überlegungen und umgekehrt. „Viele Freunde hatten einen Ausreiseantrag gestellt. Wir aber verstanden uns als Hierbleiber, die von innen heraus verändern wollten. Wir haben nicht zur Kenntnis genommen die Breite der demokratischen Rechte, wozu auch das Recht auf Wohnsitzwechsel gehört. Zweiter Beweggrund für eine Ablehnung des „Weißen Kreises“ war, daß uns die Kirche ständig vorgehalten hat, Antragsteller in unseren Reihen zu dulden. Hier spielte die Kirche eine ziemlich zwielichtige Rolle. Mein Gott, welch große Chance haben wir vertan, wir hätten mit dem „Weißen Kreis“ zusammengehen müssen, um eine wirkungsvolle

[613] Im Sprachgebrauch des Ministeriums für Staatssicherheit hießen die Ausreisewilligen „Übersiedlungsersuchende“ (ÜSE). Nach DDR-Recht gab es keinen Anspruch auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR, deshalb bezogen sich die meisten Ausreiseantragsteller auf die UNO-Menschenrechtskonvention, die die DDR im Vertrag von Helsinki 1975 unterzeichnete. Ausreisewillige stellten damit aus Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit zwar einen ungesetzlichen Antrag, hatten aber gleichzeitig einen Rechtsanspruch, der sich aus den internationalen Verträgen ergab.

Opposition zu werden. Ich habe diesen Irrtum vor der Enquete-Kommission auch zugegeben“.[614]

Für das Ministerium für Staatssicherheit waren alle drei Kreise bzw. Gruppen, ob Junge Gemeinde, Friedensgemeinschaft oder „Weißer Kreis“, „feindlich-negative Personenzusammenschlüsse“. Konkrete Kontakte untereinander und zu Exil-Jenaern ergaben sich aber erst im weiteren Verlauf der Entwicklung der Ereignisse. Eine große Rolle für die Aktionen des „Weißen Kreises“ spielten dabei die Veröffentlichungen der westlichen Medien.[615] Besonders die Exil-Jenaer waren es wieder, die die Presse und das Fernsehen motivierten, über diese Gruppe zu berichten. Im Ergebnis mußte das SED-Regime und sein Schild und Schwert, das Ministerium für Staatssicherheit, den öffentlichkeitswirksamen Forderungen des Kreises nachgeben und entließ die Mehrzahl der Akteure des „Weißen Kreises“ nach kurzer Zeit in die Bundesrepublik. Das Begehren zur Ausreise stieg zu Beginn der achtziger Jahre dramatisch an in der DDR und war inzwischen ein mehr als deutliches Signal für das kommende Scheitern der DDR-Diktatur.[616] Für viele Fluchtwillige war die Ausreise vor allem Ausdruck ihrer persönlichen Hoffnungslosigkeit gegenüber den politischen und wirtschaftlichen Zuständen in der DDR.

Politisch motivierte Abschiebung in die BRD galt seit Ende der siebziger Jahre als legitimes Mittel der SED, um unliebsame Personen los zu werden. Das blieb den Menschen im Land nicht verborgen. Es wundert deshalb nicht, daß immer mehr Menschen, die ihre Ausreise durchsetzen oder zumindest beschleunigen wollten, sich der möglichen Praxis der Abschiebung bedienen wollten. Einen erneuten und sichtbaren Beweis für diese Abschiebepraxis lieferte das Ministerium für Staatssicherheit 1983 im Umgang mit den Akteuren der Friedensgemeinschaft Jena. Zwar versuchten die Akteure der Friedensgemeinschaft zunächst, sich den in der Haft erpreßten Ausreiseanträgen zu entziehen, allein es nützte nichts, sie wurden durch die „Aktion Gegenschlag“ des Ministeriums für Staatssicherheit rücksichtslos abgeschoben.[617] Um dem SED-Regime ebenfalls diese Art der „Abschiebung“ abzuringen, provozierten nun die Akteure des „Weißen Kreises“ bewußt in der Öffentlichkeit. Und während Roland Jahn in der BRD vergebens mit Hilfe der westlichen Presse gegen seine Abschiebung ankämpfte und protestierte, kamen den Teilnehmern des „Weißen Kreises“ die Schlagzeilen der

[614] Rub, Frank: Wir haben leider eine große Chance vertan. Von der Ablehnung, mit dem „Weißen Kreis“ zusammenzugehen. In: Gerbergasse 18, Heft 2/96, S. 15.

[615] Referat Leiter Bezirksverwaltung (BV) Gera zur Dienstkonferenz politische Untergrundtätigkeit 1983, MfS-Ablage Stichlochkarte (SLK), Nr. 3343, Dokumentation vom 28.10.1986, Teil IV, 1983, S. 21.

[616] Vgl. Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR, Bonn 2000, S. 127.

[617] Ihren Höhepunkt erreichte die Aktion „Gegenschlag“ des Ministeriums für Staatssicherheit im Mai 1983, indem mehr als 40 Akteure der Friedensgemeinschaft Jena und aus deren Umfeld, die ebenfalls Ausreiseanträge gestellt hatten, in den Westen abgeschoben wurden. Vgl.: Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 488. Vgl. Scheer Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 218. Scheer spricht hier von mehr als 50 Personen.

westdeutschen Presse über ihre die Aktionen gerade recht, um die Staatsmacht in ihrem Sinne aufmerksam zu machen.[618] Die „eingeplante“ Folge der Abschiebung war dabei gemeinsam verbindende Intention unter den Teilnehmern. Aus der Perspektive der Mächtigen hingegen war das Begehren zur Ausreise aus der DDR „rechtswidrig“ und politischer Widerstand, erst recht in dieser Form, der gebrochen werden sollte.

Die Thüringer Landeskirche, die in diesem Zusammenhang erneut unter Druck geriet, verwies durch Landesbischof Leich zwar darauf, daß die Staatsorgane in Jena endlich beweglicher werden und mit den unzufriedenen Bürgern reden müßten. Die ganze Angelegenheit sei aber letztlich kein Problem der Kirche. Trotzdem führt der Bischof hier nachdrücklich an, die Kirche sei aber verpflichtet, mit den Menschen zu reden, die an keiner anderen Stelle Gehör fänden.[619] SED und Ministerium für Staatssicherheit dachten jedoch nicht daran, sich mit „unzufriedenen Bürgern“ der Stadt oder mit dem Bischof über diese Probleme zu unterhalten. Im Ergebnis ließ sich das Ministerium für Staatssicherheit wie in einem Till-Eulenspiegel-Streich von den Akteuren des „Weißen Kreises“ regelrecht verladen und meldete am Ende sogar noch einen erfüllten Plan an die Vorgesetzten in Berlin.[620] Die dazu vorhandene Dokumentation zeigt, daß das Ministerium für Staatssicherheit spätestens seit Mitte 1983 den Überblick über die tatsächlichen Gruppenzusammenhänge, ihre jeweiligen Motive und Ziele völlig verloren hatte. Es stellte sämtliche „negativ-feindlichen Gruppen und Erscheinungen“ des Jahres 1983 in einen einzigen „konterrevolutionären“ Zusammenhang. Ausgangspunkt wäre dabei stets die Junge Gemeinde Stadtmitte. Das Ministerium für Staatssicherheit konstruierte daraus, die Junge Gemeinde Stadtmitte, die Friedensgemeinschaft Jena und der „Weißer Kreis“ seien in verschwörerischer Weise durch die „Fuchs-Bande“ aus West-Berlin ferngesteuert. Ziel des Agenten Fuchs sei es, Jena zum Zentrum des Widerstandes in der DDR zu entwickeln sowie die Installierung einer inneren oppositionellen Bewegung.[621] Damit war das Ministerium

---

[618] Der Weiße Kreis - Jena. Weg in den Westen. Die Geschichte von Henry Leuschner und Peter Dietz. In: taz vom 11.10.1983. 21 Splitter verletzten jungen Jenaer - Bei Fluchtversuch aus der DDR explodierten Todesautomaten. Fluchtgeschichte von Henry Leuschner über die CSSR 1981, Knast und Weißer Kreis. In: Berliner Morgenpost vom 16.10.1983. Die Jenaer Krankheit - Gewaltfreie Demonstration für den Frieden verunsichert die >Staatsorgane<. Der Weiße Kreis und die Demonstrationen vom 18.06. - 30.07.1983 in Jena. In: Tagesspiegel vom 23.10.1983.

[619] Vgl. idea Dokumentation: Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke, Dok. G 14, Mitschrift von Bischof Leich zum Gespräch mit Major Roßbach vom Ministerium für Staatssicherheit am 03.10.1983, Thema: 5 Spannungen in Jena, S. 187.

[620] Referat Leiter Bezirksverwaltung (BV) Gera zur Dienstkonferenz politische Untergrundtätigkeit 1983, MfS-Ablage Sichtlochkarte (SLK), Nr. 3343, Dokumentation vom 28.10.1986, Teil II, Bekämpfung Politische Untergrundtätigkeit (PUT), S. 64 ff..

[621]Diese stereotypen Beschreibungen wiederholen sich im Dokument mehrfach. Vgl. Referat Leiter Bezirksverwaltung (BV) Gera zur Dienstkonferenz politische Untergrundtätigkeit 1983. MfS-Ablage Sichtlochkarte (SLK), Nr. 3343, Dokumentation vom 28.10.1986, Teil IV, 1983, S. 24.

für Staatssicherheit in Hinsicht auf Motive und Ziele der Akteure in den unterschiedlichen Gruppen endgültig von jedem Realitätsbezug abgekommen.

Tatsächlich trafen sich am 18. Juni 1983 erstmalig Ausreisewillige auf dem Platz der Kosmonauten in Jena, um für ihr Anliegen öffentlich zu demonstrieren.[622] Höhepunkt dieser sich rasant entwickelnden Vorgänge war der 25. Juli 1983, an dem 180 Ausreisewillige aus verschiedenen Regionen des Bezirkes in Jena zusammenkamen.[623] Die Wut der Teilnehmer gegen die DDR-Gesellschaft war so groß, daß sie, diejenigen, die ja eigentlich ihre Ausreise erzwingen wollten, sich im Juni 1983 sogar an einer Unterschriftenaktion gegen die Abschiebung Roland Jahns Anfang Juni in den Westen beteiligten. Sie demonstrierten deshalb am 02. Juli1983 gleichzeitig für ihre Ausreise und gegen die Abschiebung Jahns.[624] Widersprüchlicher konnte die Situation nicht sein. Die einzige Antwort auf diese Vorgänge, die das Ministerium für Staatssicherheit hatte, war tatsächlich die Abschiebung der meisten Teilnehmer vom „Weißen Kreis“ in die Bundesrepublik. Die zuvor bis Mitte September 1983 noch schnell eingeleiteten Ermittlungsverfahren gegen 66 Personen aus dem Weißen Kreis, davon gegen 26 aus dem ländlichen Gebiet des Bezirkes Gera[625], führten zu keinem Ergebnis und wurden eingestellt. Ein wesentlicher Grund dafür war der inzwischen ungeheure Bekanntheitsgrad des „Weißen Kreises“ und die Rückwirkungen auf die Bevölkerung. Es galt wieder einmal für das Ministerium für Staatssicherheit, Schadensbegrenzung zu gewährleisten. Vor allem die SED fürchtete eine weitere Ausbreitung der Öffentlichkeitswirkung. Was für die Akteure des „Weißen Kreises“ ein großer Sieg war, wurde dagegen vom Ministerium für Staatssicherheit als Erfolg nach oben gemeldet: „In Verwirklichung der Aufgabenstellung des Leiters der BV in seiner Planvorgabe im November 1982 und in Umsetzung der Forderungen des Genossen Minister wurden im Planjahr 1983 folgende wesentliche Ergebnisse erzielt und damit die Hauptaufgaben des Planes 1983 auf diesem Gebiet realisiert: [...] Mit der Erteilung von über 100 Sonderauflassungen zur Übersiedlung und deren Realisierung wurden

---

[622] Dietrich und Monika Lembke sind als die Initiatoren bekannt. Weitere Teilnehmer waren in ungeordneter Auswahl Rüdiger und Hannelore Studinski, Bernd und Monika Schröder, Jürgen und Susanne Schulz, Rolf Werner, Uwe und Katrin Stiem, Henry Leuschner, Kerstin Hergert, Familie Rutz und Ines Wrhel. Vgl. auch Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 226.

[623] Schmidt, Elker: Die unerträgliche Last der Staatsbürgerschaft. In: Gerbergasse 18, Heft 2/96, S. 13 ff. Vgl.: Neubert, Erhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 486 f. Neubert ordnet die Zeit falsch zu. Er schreibt: „Im April 1982 demonstrierten Mitglieder der Friedensgemeinschaft, die teilweise wegen fortgesetzter Repressalien Ausreiseanträge gestellt hatten, und andere Ausreiseantragsteller im ´Weißen Kreis´.“ Die „Friedensgemeinschaft Jena“ bestand namentlich erst seit März 1983. Persönliche Verbindungen zwischen Akteuren der Friedensgemeinschaft und dem „Weißen Kreis“ gab es nur vereinzelt und weitgehend als Folge der westlichen Öffentlichkeit. Die These von der gemeinsamen „Sache“ beider Gruppen stammt vom Ministerium für Staatssicherheit. Vgl. oben im Text.

[624] Referat Leiter Bezirksverwaltung (BV) Gera zur Dienstkonferenz politische Untergrundtätigkeit 1983, MfS-Ablage Stichlochkarte (SLK), Nr. 3343, Dokumentation vom 28.10.1986, Teil IV, 1983, S. 24.

[625] Ebenda, S. 22.

insgesamt mehr als 150 erwachsene Personen nach WB/BRD übergesiedelt, darunter viele Personen, die im Rahmen der „Jenaer Friedensgemeinschaft“ feindlich aktiv waren sowie Personen, die als Angehörige der sogenannten Jenaer Ausreisegemeinschaft durch provokative demonstrative Handlungen ihre Übersiedlung erzwingen wollten und damit diese Gruppierungen wesentlich dezimiert, verunsichert und in ihren Aktivitäten eingeschränkt.“[626]

Der willkürliche Umgang des SED-Regimes und des Ministeriums für Staatssicherheit mit den Antragstellern zeigt hier deutlich sein Gesicht hinter der Maske der Diktatur, aber gleichzeitig auch die Hilflosigkeit der DDR-Diktatur gegenüber dem Freiheitswillen der Menschen. Es war für die SED-Funktionäre und Tschekisten des Ministeriums für Staatssicherheit schlicht undenkbar, daß sich die Menschen im eigenen Land nicht für ihren autoritären Sozialismus begeistern ließen und dabei nicht „ferngesteuert“ waren.[627] Zwar räumte das Ministerium für Staatssicherheit 1983 ein, immer mehr Menschen seien vom „Zentralismus“ enttäuscht und verbittert, eine „Kluft zwischen Bürgern und Staatsapparat“ gäbe es aber nicht. Diese „Fehlentwicklungen“ seien vor allem eine Folge des „Mißbrauchs der Kirche“.[628] Das war eine klare Fehleinschätzung. Für den Zeitraum ab Januar 1983 bis zum 30. September 1983 erfaßte das Ministerium für Staatssicherheit allein in Jena 571 Antragstellungen auf Ausreise mit insgesamt 1347 Personen.[629]

Die Geschichte des „Weißen Kreises“ zeigt, wie tief die Auseinandersetzungen der Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Friedensgemeinschaft Jena mit Kirche und Staat in die Bevölkerung hineinwirkten. Erstmalig protestierten in Anlehnung an die Erfahrungen dieser oppositionellen Gruppen Menschen aus der „normalen“ Bevölkerung gemeinsam für ihre Ausreise und traten dabei in organisierter Form auf. Die Problematik der Ausreise weist auch darauf hin, wie weit Anfang der achtziger Jahre der Legitimationsverfall der SED-Herrschaft in weiten Teilen der Bevölkerung fortgeschritten war. Die Herausbildung verschiedener oppositioneller Gruppen in Jena war ein drastisches Kennzeichen für den zunehmenden Verfall der SED-Herrschaft und gleichzeitig für die zunehmende Stärke einer DDR-weiten Opposition im Spannungsfeld zwischen „Hierbleiben“ und „Massenflucht“, zwischen Hoffnung und Aufgabe. Jena war damit 1983 auch ein fühlbares Signal sowohl für die Akteure, daß die SED-Diktatur zwar willkürlich aber nicht übermächtig war, als auch für die Kirche, sich künftig stärker für die Gruppen unter ihrem Dach und gegen

[626] MfS-Ablage Stichlochkarte (SLK), Nr. 3343, Dokumentation vom 28.10.1986, Teil IV, 1983, S. 26.
[627] Diese Einschätzung schließt eine „Beeinflussung“ der Menschen durch westliche Medien ein. Ein solcher Ansatz bietet aber keine alleinige Erklärung dafür, warum immer mehr Menschen das Land verlassen wollten. Ein wesentlicher Grund bestimmt sich aus der Abkehr der Bürger von der diktatorischen Herrschaft der SED.
[628] MfS-Ablage Stichlochkarte (SLK), Nr. 3343, Dokumentation vom 28.10.1986, Teil IV, 1983, S.70 ff.
[629] Ebenda, S. 68.

politische Willkür zu positionieren, aber auch für die Menschen im Land, daß immer mehr Bürger der DDR den Rücken kehrten, sei es durch innere Emigration oder Ausreise.[630] Einzig SED und Ministerium für Staatssicherheit bemerkten diese Signale nicht, sondern erfaßten überall nur den Verrat an ihren ideologischen Machtplänen, die sie nur mit diktatorischen Mitteln durchsetzen konnten.

Mit der Abschiebung der meisten Akteure in die Bundesrepublik löste sich der „Weiße Kreis“ Ende 1983 auf. Das Phänomen der Ausreisegruppen blieb im Anschluß aber nicht auf die historische Situation in Jena beschränkt, sondern fand immer neue Nachahmergruppen in der ganzen DDR. Die Insignien des „Weißen Kreises“ nutzen die Menschen beispielsweise bis 1989 in abgewandelter Form weiter, so durch weiße Bänder an den Antennen der Kraftfahrzeuge als öffentliche Bekundung ihres Willens zur Ausreise.

3. DIE GENERATION DER RELIGIÖSEN BEKENNTNISSE 1984 - 1989

Neben der Herausbildung von Friedens-, Frauen- und Ökogruppen seit Anfang der achtziger Jahre war die kirchliche Jugendarbeit der DDR-weiten Offenen Arbeit und insbesondere in Jena ein nicht mehr wegzudenkendes soziales, kulturelles und politisches Jugendmilieu in einer sich temporär verändernden Jugendkultur. Hauptkennzeichen der Offenen Arbeit in den achtziger Jahren waren das Streben der Jugendlichen nach sozialer und kultureller Individualität sowie ihr Bedürfnis nach persönlicher Freiheit. Viele der neuen Akteure suchten aber auch praktische Lebenshilfe und Gruppensolidarität und in diesem Zusammenhang Aufklärung und Unterstützung bei Wehrdienstproblemen, bei Familien- oder Partnerschaftskonflikten sowie bei der Entwicklung eines alternativen Lebensstils. Dabei spielte der „Schutzraum“ Kirche eine wichtige Rolle und hatte für die Jugendlichen vor allem pragmatische Bedeutung. Die meisten Jugendlichen der dritten Generation der Jungen Gemeinde waren bei ihrem Einstieg in die Offene Arbeit wenig an religiöser Ethik und Normen interessiert, sondern am praktischen Rahmen der Räumlichkeiten zur Umsetzung ihrer konkreten jugendkulturellen und sozialen Bedürfnisse. Diese Einstellung vertiefte die nach wie vor bestehende Skepsis der Kirchengemeinde gegenüber der Offenen Arbeit.

In der Kirche galt die Offene Arbeit allgemein als Sammelbecken sozialer und gesellschaftlicher Außenseiter ohne religiöse Vorbildung oder Bindung. Vor allem daraus ergäbe sich das Problem zwischen Staat und Kirche.[631] Die Kirche nahm zwar die Bedürfnisse dieses jugendkulturellen Milieus auf der Suche nach eigenständigen Lebensalternativen wahr. Sie realisierte aber kaum, daß erst aus dem Prozeß der

[630] Aufruf: SED-Führung unter doppeltem Druck. Die „Weißen Kreise“ in Jena 1983. In Gerbergasse 18, Heft I/1999, S. 12.
[631] Vgl. Kirche von Unten Hg.: „Wunder gibt es immer wieder“. S. 12 f.

Auseinandersetzungen um diese Bedürfnisse in den Konfliktlinien zu Kirche und Staat politisch widerständiges Verhalten resultierte und die Jugendlichen aus diesen Erfahrungen fast zwangsläufig eigene persönliche und politische Handlungskonzepte im praktischen Zusammenleben entwickelten und versuchten, sich jeglicher ideologischer oder religiöser Bevormundung zu entziehen. Gerade auch deshalb wurde die Kirche Anfang der achtziger Jahre von der Entstehung kirchlich unabhängiger Friedensgruppen überrascht. Um der Wiederholung einer solchen politisierten Entwicklung vorzubeugen und entgegenwirken zu können, verstärkte die Kirche ihre Bemühungen, die Jugendlichen der Offenen Arbeit an das religiöse Gemeindeleben zu binden und die bisherige uneinheitliche Jugendarbeit in der Offenen Arbeit über die verstärkte Einbringung religiöser Themen durch ausgebildete Sozialdiakone von ihrem Aussteiger-Image zu lösen.

Erst 1983 war der Bund der Evangelischen Kirche der DDR dazu bereit, die Offene Arbeit als eigenständigen Teil der kirchlichen Jugendarbeit zu akzeptieren.[632] Diese äußere Akzeptanz erfuhr aber schon kurze Zeit später eine weitgehende Abwertung durch die Aussagen des Generalsuperintendenten von Berlin-Brandenburg Günter Krusche. Im Februar 1984 veröffentlichte die Berlin-Brandenburgische Landeskirche im Rahmen eines Diskussionspapiers eine Stellungnahme zur Arbeit der Gemeinden mit der Offenen Arbeit unter dem Titel: „Orientierung für die Arbeit mit Gruppen, die die Kirche durch ihre besondere Thematik herausfordern“.[633] In seiner Stellungnahme bestätigte Krusche die skeptische bis ablehnende Einstellung vieler Gemeinden gegenüber der Offenen Arbeit. Sein Vorwurf an die Offene Arbeit lautete: ihre Zielsetzungen könnten nicht in das Zeugnis und den Dienst der Gemeinden eingeordnet werden, weil sie das Ordnungsprinzip verletzten und mit dem Staat eine Konfrontation suchten. Deshalb sollten sich Gemeinden im äußersten Fall von diesen Gruppen trennen oder diese gleich ganz auflösen.[634] Rückwirkungen hatte dieses Diskussionspapier besonders auf die Offene Arbeit in Berlin.[635]

In Jena bildete die Junge Gemeinde Stadtmitte, die von Superintendent Udo Siebert im Rahmen seiner Möglichkeiten unterstützt wurde, auch nach 1983 den wichtigsten Kristallisationspunkt der jugendkulturellen Szene, deren Anziehungskraft weit über die Stadtgrenze hinausging. Auch Das Ministerium für Staatssicherheit hatte sie weiterhin im Visier. Der sich wiederholende zentrale Vorwurf gegen die Kirchenleitung in Jena lautete, sie stelle der Offenen Arbeit uneingeschränkt und ohne kirchliche Kontrolle Räume zur Verfügung. Anstelle religiöser Themen würden hier

[632] Vgl. Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR, S. 137.
[633] Krusche, Günter: Orientierung für die Arbeit mit Gruppen, die die Kirche durch besondere Thematik herausfordern, Anlage zu K I a, Nr. 458/84 vom 10.02.1984, Archiv Kirche von Unten. Vgl. Kirche von Unten Hg.: „Wunder gibt es immer wieder“. S. 19 ff. und Anmerkung 1, S. 22.
[634] Kirche von Unten Hg: „Wunder gibt es immer wieder“, S. 20.
[635] Ebenda.

Themen aufgegriffen und diskutiert, die sich in feindlicher Absicht gegen die DDR-Gesellschaft richteten. Die kirchlichen Mitarbeiter würden überdies zu sehr mit den Jugendlichen auf einer politisch fragwürdigen Stufe stehen, so daß keine kirchlichen Positionen mehr erkennbar seien. Damit ignoriere die Kirchenleitung nicht nur die Interessen des Staates zur Verhinderung einer Opposition, sondern gefährde das Verhältnis zwischen Staat und Kirche.[636] Die Kritik der Jugendlichen an der Kirche war ebenso eindeutig. Nach deren Ansicht sei die Kirche zu wenig konsequent in Bezug auf die Behandlung gesellschaftskritischer Themen. Außerdem schütze sie die Jugendlichen zu wenig vor willkürlicher Verfolgung durch das Ministerium für Staatssicherheit und die SED im Interesse eines Status quo gegenüber der Staatsmacht. Die Kirchenleitung war in dieser Auseinandersetzung ständig gezwungen, sich in einer Gratwanderung gegenüber den Akteuren der Offenen Arbeit zu erklären und gleichzeitig den staatlichen Stellen gegenüber verantworten zu müssen. Aus diesem Grund versuchte die Kirchenleitung in Jena, nach 1983 eine stärkere Entpolitisierung der Jungen Gemeinde Stadtmitte durchzusetzen und deren Hinwendung zu religiösen Themen zu verstärken.

1983 hatten sich Kirche und Staat über die offiziellen Feiern zum international bedeutsamen Lutherjahr angenähert, was für die Kirche einen Quantensprung aus der bisherigen gesellschaftlichen Randposition bedeutete. Vorsitzender des Lutherkomitees in der DDR war der Thüringer Bischof Werner Leich. Die Auswirkungen dieser offiziellen Annäherung machten sich vor allem im Umgang mit kirchlichen Mitarbeitern bemerkbar, die sich sehr für die Offene Jugendarbeit einsetzten. Ein prägnantes Beispiel ist dafür der Umgang mit dem Jugenddiakon Lothar Rochau aus Halle/Saale, das die Offene Arbeit erheblich politisierte.[637]

Die strukturelle und politische Vernetzung der DDR-weiten Offenen Arbeit brach trotz der personellen Rückgänge und des allgemeinen Abklingens der Friedensbewegung in Ost und West nach 1983 nicht zusammen.[638] Eine wesentliche Rolle kam hier den ab 1981 jährlich stattfindenden Treffen der DDR-weiten Offenen Arbeit in Hirschluch und den Regionaltreffen in Thüringen zu. In Jena bildeten sich darüber hinaus seit Anfang 1984 neue, oppositionelle Gruppen inner- und außerhalb der Jungen Gemeinde. Diese überschnitten sich oft personell in einer für Jena typischen Art und Weise. Alle Gruppen bauten neben den bestehenden Netzwerken weitere neue auf. Neben den überregionalen Vernetzungen gab es in Jena nach 1983 auch immer politische Einzelaktionen von Akteuren, die aus dem Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte oder der Friedensgemeinschaft kamen.

---

[636] Vgl. Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR, S. 135.

[637] Vgl. Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR, S. 135. Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949 - 1989, S. 436 ff.

[638] Vgl. Kirche von Unten Hg.: „Wunder gibt es immer wieder“, S. 297 ff.

Eine für die Junge Gemeinde Stadtmitte sehr wichtige Gruppe war die 1983 gegründete Musikband „Airtramp“. Sie nahm in den Texten ihrer Lieder das Lebensgefühl der Jugendlichen auf und ermöglichte so eine soziale und politische Identifikation mit der Jungen Gemeinde.

Neben den thematischen Höhepunkten und politischen Problemen verlief das allgemeine Leben stets auch in alltäglichen Bahnen. Gemeinsame Treffen und Wanderungen gehörten genauso dazu wie Urlaubsfahrten und private Partys in den Räumen der Jungen Gemeinde. In dieses zum Teil persönlich geprägte Umfeld fand vor allem die neue soziale Gruppe der Punks insgesamt nur massigen Zugang, auch wenn sich seit Mitte der achtziger Jahre kleinere Jenaer Punkgruppen herausgebildet hatten und in die Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte einbezogen wurden.[639] Die Punks wurden allgemein als schwierig, zum Teil sogar als unkontrollierbare Sozialfälle beurteilt, die mit dem Anspruch der bisherigen Offenen Arbeit nicht zurecht kämen. Ihre vordergründige Radikalität gegen alles galt vielen als pseudo-linkes Gehabe, zum Teil verbunden mit alkoholisierter Rücksichtslosigkeit. Das schreckte sogar sehr tolerante Akteure immer wieder ab, mit Punks persönliche Kontakte herzustellen oder zu vertiefen. Der Anpassungsdruck innerhalb der Gruppe drängte sie deshalb aus der Offnen Arbeit wieder heraus. Andererseits bestätigten die Punks durch ihr Handeln und deren Folgen weitgehend ihre Haltung, daß niemand mit ihnen etwas zu tun haben wolle.

Die allgemeinen Bedingungen der Jungen Gemeinde Stadtmitte bestimmten sich zwischen 1984 und 1989 zunehmend durch einen sozialdiakonischen Ansatz in der Jugendarbeit, eine größere Kontrolle durch die Kirchenleitung sowie den Versuch der verstärkten Einflußnahme von IM in kirchlichen Funktionen auf eine Hinwendung zu religiösen Themen. Religiöse Bekenntnisse fanden jedoch nur soweit Eingang, wie sie die Jugendlichen für ihr Selbstverständnis praktisch einbeziehen konnten. Ihre religiösen Ansichten orientierten sich wie selbstverständlich an einem mythologischen Urchristentum im Sinne machtfreier Strukturen. So wundert es kaum, daß ihre

[639] „Die Punks fanden in die JG nur schwer Zugang, danach dominierten sie teilweise die JG. Die erste Punkband, die in der JG nach Airtramp den Probenkeller bezog, war 1986 die Sperma Combo und Ende 1988 Die Vereinigten Chaoten.“ Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002. Die DDR-weite Entwicklung sah dagegen anders aus. Überall hatten sich Punk-Gruppen herausgebildet, besonders in Berlin. Über Punkertreffen in kirchlichen Einrichtungen vgl. MfS Dok.-Nr. 0008-68/86 vom 07.07.1986. Erscheinungsformen gesellschaftswidrigen Auftretens und Verhaltens negativ-dekadenter Jugendlicher, besonders sogenannter Punker, innerhalb der DDR und Maßnahmen zur politisch-operativen Bearbeitung dieses Personenkreises, Kopie Bürgerkomitee 15. Januar e.V. Berlin. Vor allem Musikbands waren dem Ministerium für Staatssicherheit ein Dorn im Auge, weil sich die verschiedenen Punkgruppen aus der DDR zu Musiktreffen versammelten. Vom November 1984 bis Dezember 1985 registrierte das Ministerium für Staatssicherheit sieben solcher Treffen mit ca. zwölf verschiedenen Musikgruppen. Im September 1985 führte die Junge Gemeinde in Jena eine Punkwerkstatt durch, auf der vier Punkbands auftraten. Das blieb aber die einzige größere Veranstaltung in Jena. Danach entstanden zwar mehrere Punkbands in Jena, aber nur die „Sperma Combo“ gelangte zu musikalischer Reife.

Vorbilder nebeneinander Jesus Christus, Michael Bakunin und Erich Mühsam waren. Daraus leiteten sie ihre Auffassungen von einem solidarischen und basisdemokratischen Miteinander ab, verbunden mit den Zielen nach größtmöglicher Individualität und Freiheit. Ihr politisches Engagement orientierte sich an pazifistischen Werten, zum Teil in Anlehnung an die Vorgängergeneration der Jungen Gemeinde. Der Unfall im Atomreaktor von Tschernobyl 1986, das Verbot der sowjetischen Zeitschrift „Sputnik" (in der DDR?) 1987, die sowjetische Perestroika unter Gorbatschow und die Ereignisse in China auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 waren dabei die weltpolitischen Rahmenbedingungen.

Das Scheitern ihrer Ideale war durch die diktatorischen Zwänge vorprogrammiert und mündete für die meisten Akteure in der Abkehr von Staat und Kirche. Dabei spielte die Möglichkeit der Ausreise eine zentrale Rolle. Das Bewußtsein, aus der verordneten Unmündigkeit der DDR-Gesellschaft aussteigen zu können, machte die Jugendlichen einerseits politisch mutiger, führte jedoch auch oft und sehr schnell zur Aufgabe des gewonnenen Terrains und zur Flucht vor weiteren Repressionen. Insgesamt verlor Jena zwischen 1984 und 1989 noch einmal einen großen Teil an Akteuren aus verschiedenen sozialen, kulturellen und politischen Gruppen, was das oppositionelle Potential der Jugendlichen zum Teil erheblich schwächte. Diejenigen wenigen, die aus der Jungen Gemeinde und ihrem Umfeld in Jena blieben, gingen 1989 in die allgemeine politische Gemengelage ein oder zogen sich endgültig ins Private zurück. Erst 1990 kam es zu einem neuen Aufbruch der Jungen Gemeinde in einer neuen Zeit.[640]

3.1 DIE ERNEUERUNG DER OFFENEN ARBEIT MIT HILFE DER KIRCHE UND DES MINISTERIUMS FÜR STAATSSICHERHEIT

Anstelle des bisherigen Jugendwartes Karsten Christ kam Mitte 1982 der Sozialdiakon Jürgen Hoffmann nach Jena. Er erlebte den politischen Widerstand der Friedensgemeinschaft im Rahmen der Vorgänge in der Jungen Gemeinde Stadtmitte und begleitete als Vertreter der Kirche auch die Demonstrationen im März 1983. Dennoch hatte er nur wenig persönlichen Zugang zu den Akteuren der Friedensgemeinschaft und hielt sich wohl im Interesse des Fortbestandes der Arbeit der Jungen Gemeinde auch weitgehend zurück. Sein Arbeitsansatz für die kirchliche Jugendarbeit orientierte sich weitgehend an sozialdiakonischen Vorgaben, von denen sich die Akteure der zweiten Generation längst gelöst hatten. Andererseits bedeutete für

[640] „Die JG wurde wegen zerstörter Räume im Januar 90 geschlossen. Zum Teil ehemalige Punks, die jetzt als Jung-Nazis auftraten, hatten Feuer gelegt, die Wasserhähne abgetreten und alles zerschlagen. Renovierungsarbeiten konnten nicht stattfinden - ohne Kohle - wir sollten auf den neuen Stadtjugendpfarrer warten, der dann alle übriggebliebenen rausschmiß und neu anfing." Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002.

ihn kirchliche Jugendarbeit auch Sozialarbeit in Anlehnung an alternative pädagogische Vorbilder. Politische Themen versuchte er aus religiöser Perspektive aufzunehmen. Die Ausrichtung seiner Sozialarbeit wandelte sich im weiteren Verlauf zur Einzelfallbetreuung.[641] Die Jugendlichen erlebten Jugenddiakon Jürgen Hoffmann ihrerseits als stark sozial engagiert und gruppenintegrierend.[642] In diesem Sinn versuchte Hoffman auch, eine neue JG-Gruppe aufzubauen, die sich nicht in interessengeleitete Einzelgruppen aufspalteten sollte wie in der Generation davor.

Dem Ministerium für Staatssicherheit gelang es in dieser Phase erneut, ihre bewährten IM „Bartholomäus Runge“ und „Brenner“ in diese neue Entwicklung einzubringen.[643] Sie stützten mit dem Ziel der Entpolitisierung der Jungen Gemeinde den religiösen und sozialen Arbeitseinsatz von Jugenddiakon Hoffmann. IM „Bartholomäus Runge“ versuchte über den von ihm ins Leben gerufenen Taufkreis wieder größeren Einfluß auf die Gruppe zu gewinnen. Neu war daran, daß er mit dem Taufkreis versuchte, die Junge Gemeinde Stadtmitte von außen zu lenken. Doch längst nicht alle Jugendlichen interessierten sich für diese Konkurrenz zur Jungen Gemeinde und zur Friedensgemeinschaft. Gleichzeitig hatte sein Taufkreis großen Zulauf. Für 1983 ist eine Liste der Taufkreismitglieder erhalten. Danach zählte der Taufkreis in diesem ersten Jahr insgesamt 22 Teilnehmer.[644] Diakon Hoffmann zog sich nach anfänglicher Beteiligung bald aus diesem Kreis zurück. Viele Jugendliche gehörten am Beginn des Taufkreises auch noch zur zweiten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte und hatten bereits einen Ausreiseantrag laufen. Ein Großteil dieser Akteure verließ die DDR bis Mitte 1984 in die BRD oder nach West-Berlin. Am 11. März 1984 verabschiedete der Taufkreis die ersten acht Taufkreis-Teilnehmer mit einer Taufkreisparty in den Westen. Nach einer vorübergehenden Phase der Fluktuation kamen neue Akteure der dritten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte hinzu. Der Taufkreis bildete ab 1984 neben Diakon Hoffmann eine zweite Kerngruppe in der Jungen Gemeinde Stadtmitte heraus, wobei sich beide Gruppen personell überschnitten. Das sicherte dem IM „Bartholomäus Runge“ zeitweise den angestrebten Einfluß auf die

[641] Hoffmann Jürgen: Diakon der JG Stadtmitte von 1982 bis 1988. Angaben aus Fragebogen vom 20.10.2000, Archiv Autor.

[642] Zeitzeugengespräch mit Jörg Zickler (Jolly) am 04.04.2002 in Berlin.

[643] Vikar Konstantin Stanescu (IM „Runge“) und Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke (IM „Brenner“) engagierten sich in den sogenannten kirchlichen Friedenskreisen in Jena sowie beim regional übergreifenden Altendorfer Friedenskreis. In Jena unterhielten beide jeweils zu unterschiedlichen Akteuren der zweiten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte teilweise sehr enge persönliche Kontakte. Über diese erfuhren und berichteten sie dem MfS.

[644] Kay Möller, Ralf Zeitschel, Petra Möhl, Henning Pietzsch, Thomas Roßbach, Katrin Möller, Thomas Müller (ab 1984 IM „Georg Reich), Christina Schulze, F. Säuberlich, Lars Bauer, Gabi Isnardy, Ulfried Hermann, Ines Wrhel, Gero Nosper, Gernot Gröschner, Alexander Adameck, Mario Uber, Thomas Grund, Ralf Schlenvogt, Norbert Mildner, Rene Levrechon und sogar Sozialdiakon Jürgen Hoffmann. Liste Taufkreismitglieder 1983, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“, Ordner J-31.1.

Jugendlichen und die Arbeit von Diakon Hoffmann. Thematisch bot Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge“) neben religiösen Themen auch Themen der praktischen Lebenshilfe an. Diese waren oft auf persönliche Konflikte der Jugendlichen abgestellt und sollten die Fähigkeiten zu Problemlösungen in seinem Sinne anregen und fördern.[645] Themen wie Krisenbewältigung in Familie und Beruf, Probleme in der Partnerschaft, Möglichkeiten der Kommunikation sowie Motive für das eigene Handeln waren Fragestellungen, die die Jugendlichen für den Taufkreis besonders empfänglich machten.[646] Stanescu untersetzte diese Themen oft mit westdeutscher Literatur aus den Bereichen der Psychologie und Pädagogik, womit er dem möglichen Vorwurf von religiöser Einseitigkeit entging.[647] Mit dieser Art von Sozialarbeit versuchte er gezielt, die Jugendlichen an seine Person und seine Antwortmöglichkeiten zu binden. Das Ziel, die Junge Gemeinde zu entpolitisieren, gelang ihm allerdings nicht. Oft waren die persönlichen Probleme der Einzelnen eng an die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen geknüpft. Pädagogische oder religiöse Antwortversuche lösten kaum die alltäglichen Probleme von Ausgrenzung und Repression. Besonders kritisch reagierten die Jugendlichen nach wie vor auf gesellschaftliche Benachteiligung und politische Verfolgung. Sie wollten andere Lebensentwürfe ausprobieren, als die real-existierende sozialistische DDR-Gesellschaft ihnen vorschrieb. Mit an westlichen Methoden orientierten Fragekonstruktionen versuchte der Vikar und Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit immer wieder, die Stimmung und Haltung der Jugendlichen zu politischen Fragen zu erfassen, um persönlich darauf reagieren zu können oder um dem Ministerium für Staatssicherheit mögliche Gefahrenpotentiale aufzeigen zu können. Er glaubte, durch die Weitergabe seiner Informationen dort eine gewisse Einsichtigkeit für die aus seiner Sicht vor allem sozialen Probleme der Jugendlichen erreichen zu können. Beispielhaft hierfür ist eine vom IM „Runge“ aufgezeichnete Zusammenfassung über den Taufkreis-Abend vom 12. März 1983. Hier gab er konkrete Fragen vor, auf die die Jugendlichen mit schriftlichen Antworten reagieren sollten. Sie widerspiegelten das Selbstverständnis der Akteure und die tatsächliche Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit. „Frage: Welche Erfahrung hast Du mit Dir? Antwort: Ich suche den Punkt im Leben, wo ich mich selbst verwirklichen kann: [...] Frage: Siehst du eine Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit? Antwort: So kann man es nennen, wenn im Westen ein Bulle (Polizist, d. A.) den Gummiknüppel auspackt, gehört das zum System. Bei uns wäre das nicht zu rechtfertigen, weil hier ein höherer Anspruch vertreten wird. Frage: Warum ist die Gesellschaft deiner Meinung

[645] Solche Abende liefen häufig unter dem Motto „Ideenkonferenz“ oder „Ideenmeditation“, „Was wir wollen“ oder „Wer sind wir“ usw., Taufkreis-Einladung vom 02.12.1983, Archiv Autor.

[646] Taufkreisprojekt „Partnerschaft“ vom 21.11.1983, Taufkreis-Einladungen vom 14.12.1983, 17.02.1984 und 16.03.1984, Archiv Autor.

[647] Vgl. Erl, Willi: Methoden moderner Jugendarbeit, Tübingen 1967. Ders.: Gruppenpädagogik in der Praxis, 2. Aufl., Tübingen 1969.

nach nicht bereit, Außenstehende für sich zu gewinnen? Antwort: Wir erleben, daß nur ausgesuchte Personen irgendwo teilnehmen dürfen. Es zählt, was du hast und was du bist. Die Zugehörigkeit zu den Organisationen oder zur Partei ist der Maßstab für das Nichtausgeschlossensein."[648]

Die Bedürfnisse der Jugendlichen und die Erwartungen an die sozialistische Gesellschaft waren moralisch enorm hoch. Gleichzeitig erlebten sie täglich eine tiefe Kluft zwischen der aus ihrer Sicht berechtigten Forderung nach Individualität und der sozialistischen Realität. Gerade deshalb suchten sie nach Alternativen für ihr eigenes Leben. Ihre ideellen und individuellen Abgrenzungsversuche gegenüber der SED-Ideologie machten sie aber automatisch zu gesellschaftlichen Außenseitern. Klare und eindeutige Antworten konnte der IM auf diese Erfahrungen letztendlich nicht vermitteln. Durch die Wahl der Themen und unter Ausnutzung seiner Vertrauensstellung gegenüber den Jugendlichen schöpfte er neben der politischen Stimmungslage aktuelle Informationen über die Junge Gemeinde ab. Seine religiös ausgerichteten Angebote inszenierte er in einer Art Analogie als christliche Tischgemeinschaft, in der er die Rolle eines Predigers in der Wüste übernahm. Die von der Gesellschaft Ausgestoßenen sollten bei ihm Halt, Zuwendung und Anerkennung finden. Er lade deshalb, so wie Jesus Christus seine Jünger, alle Teilnehmer der Gruppe unvoreingenommen zur Suche nach religiösen Antworten ein, sofern „…ich nicht generell abgelehnt, in den Arsch getreten oder ausgenutzt werde."[649] Hier klangen zweifellos seine Erfahrungen mit den Akteuren aus der zweiten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte nach, die gegen ihn zum Teil großes Mißtrauen hegten. Zum anderen stellte er mit seiner Aktion auch die Vertrauensfrage an die Gruppe, um die Akteure weiter emotional und inhaltlich an seine Person zu binden. Die Dokumente zum Taufkreis zeigen für die Zeit 1983 und 1984 insgesamt eine Hinwendung zu religiösen Themen, die überwiegend die Taufkreisabende bestimmten: „Welche Bedeutung hat gesellschaftliches Handeln und wie beurteilt solches der biblische Bericht", „Was ist, was soll Kirche?", „Was sagt das Zeichen „Kreuz" aus?", „Naturwissenschaft und Glaube", „Die 10 Gebote Gottes - als Vertrauensbeweis", „Götter - Gott - Gottesbilder", „Das heilige Abendmahl und Eure Meinung dazu" sowie „Tod und Sterben".[650] Diese Themen entsprachen durchaus den Wünschen der Teilnehmer, besonders der jüngeren, die bisher wenig oder gar keine Erfahrungen mit der Kirche gemacht hatten und die nach Alternativen zur SED-Ideologie suchten. In einer 1983 von Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge") vorgenommen schriftlichen Umfrage unter den Taufkreisteilnehmern erhielt er Einblick in deren Motive zur

[648] Taufkreis-Report vom 12.03.1983, Archiv Autor.
[649] Ebenda.
[650] Taufkreiseinladungen vom 04.05.1983, 30.11.1983, 14.12.1983, 29.02.1984, 22.03.1984, 17.06.1984, Archiv Autor.

Teilnahme am Taufkreis. Gleichzeitig nutzte er diese Umfrage zur Gewinnung weiterer Informationen, so nach der Vernetzung und den persönlichen Beziehungen der Teilnehmer untereinander. Am Beginn der Umfrage stand die Frage nach dem Sinn des Taufkreises, dann fragte er nach dem Bekanntheitsgrad der Teilnehmer untereinander, nach der Rolle, die er als Leiter einnehmen soll, nach Themeninteressen und nach dem Bedürfnis zur Taufe. Wie sich herausstellte, kannten sich die meisten Teilnehmer persönlich, zumindest vom Sehen oder von anderen Veranstaltungen in der Jungen Gemeinde. Der IM sollte mindestens 50 % der Themengestaltung übernehmen und den Anwesenden etwas beibringen. Besonderes Interesse hatten die Jugendlichen an religiösen Antworten auf aktuelle Fragen, so z. B. nach dem Unterschied und einer möglichen Gemeinsamkeit zwischen dem, was ihrer Meinung nach Religion und Revolution bedeuten. Eine ganz wichtige Rolle spielten stets das Bedürfnis nach Kommunikation untereinander und die soziale Gemeinschaft. Beides verstanden die Teilnehmer als unverzichtbaren Anteil einer Gemütlichkeit in der Gruppe.

Der IM verstand es auf geschickte Art und Weise, die Jugendlichen mit ihren Bedürfnissen an sich zu binden und gleichzeitig Informationen abzuschöpfen. Dabei vermied er die Fehler der Vergangenheit, als er versucht hatte, sich stärker in den Vordergrund der Jungen Gemeinde zu rücken. Er sah sich nun eher als Ergänzung, was gleichzeitig Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit war, das durch seine Berichte einen detaillierten Überblick über einzelne Akteure und deren Absichten erhielt. In der Folge kam es zur erneuten repressiven Verfolgung durch Operative Personenkontrollen und Operative Vorgänge.

Teilnehmer des Taufkreises bereiteten regelmäßig Meditationstexte für kirchliche Veranstaltungen und Abende der Jungen Gemeinde Stadtmitte vor. Das führte durch die Vernetzung der beiden Gruppen so weit, daß der Taufkreis auch direkt in die Vorbereitung von Werkstätten einbezogen wurde, so z. B. 1984 zur Werkstatt „Frostschutz - Wärme zum Leben“.[651] In kürzester Zeit schuf sich so der kirchliche IM „Bartholomäus Runge“ eine erweiterte Basis in der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Sein Einfluß wurde stellenweise so intensiv, daß er sogar einige atheistische Jugendliche des Taufkreises zur Erwachsenentaufe überzeugte. Ausgangspunkt für diese Taufen war sein persönliches Glaubensbekenntnis „Gott hat uns nicht den Geist der Verzagtheit gegeben, sondern den Geist der Kraft der Liebe und der Besonnenheit.“[652] Die Jugendlichen sollten sich aber nicht nur religiös binden, sondern vor allem Besonnenheit gegenüber den unlösbaren Problemen in ihrem Leben und der Gesellschaft zeigen. Sein Angebot der christlichen Gemeinschaft fungierte als Gegengewicht dazu. Im Juni 1984 fand die erste Erwachsenentaufe von fünf

[651] Der Taufkreis, Oktober 1984. Einladung zur Vorbereitung des Ablaufes der Werkstatt am 27.10.1984 und einer Meditation dazu. Archiv Autor.
[652] Taufkreisheft zur Taufe vom 17.06.1984, Archiv Autor.

Taufkreismitgliedern in Schönburg bei Naumburg statt. Die Taufe war zugleich ein gemeinsamer sozialer und kultureller Höhepunkt des Taufkreises und der Jungen Gemeinde. Ca. fünfzig Jugendliche verbrachten das Wochenende in Schönburg wo ein kirchliches Heim zur Verfügung stand.

Nach diesem Höhepunkt zerfiel der zweite Taufkreis Mitte 1984. Für den IM „Bartholomäus Runge“ war das nur eine vorübergehende Angelegenheit. Der Kreis reduzierte sich zwar personell erheblich, trat aber noch als Freundeskreis oder Pseudo-Taufkreis auf. Anfang 1985 verstärkte IM „Bartholomäus Runge“ sein Engagement wieder, und sein Einfluß auf die Junge Gemeinde Stadtmitte nahm erneut zu. Sozialdiakon Jürgen Hoffmann hatte inzwischen den Mittwochskreis ins Leben gerufen. Über die Teilnehmer des Taufkreises, erfuhr IM „Bartholomäus Runge“, wie die Arbeit von Diakon Hoffmann lief und was passierte. Hoffmann war mit seiner sozialdiakonischen Arbeit zeitweise sehr erfolgreich. Er organisierte beispielsweise eine ausgeprägte Einzelfallbetreuung und leistete integrative Gruppenarbeit. Dies zog auch zahlreiche Jugendliche hin zur Jungen Gemeinde Stadtmitte, die bisher eher zum soziokulturellen Umfeld gehörten. Die Jugendlichen diskutieren in dieser Phase immer wieder über das Miteinander und darum, wie die kirchliche Jugendarbeit in ihrem Sinne zukünftig gestaltet werden sollte. Es hatten sich inzwischen neue Teilgruppen herausgebildet, und es bestand ein verringertes Interesse an thematischer Arbeit für den Dienstagabend. Um diese neue Entwicklung nicht zu verpassen, kündigte IM „Bartholomäus Runge“ Anfang Februar 1985 an, daß es den Taufkreis noch gebe und mischte sich erneut in die Junge Gemeinde Stadtmitte ein. Dazu hielt er im Februar 1985 eine Ideenkonferenz ab und erstellte in einem graphischen Report eine Analyse über die momentane Arbeit in der Jungen Gemeinde. Im Ergebnis formulierte er noch einmal, welche Rolle die Junge Gemeinde aus seiner Sicht haben sollte, welches Selbstverständnis ihr zukomme und welche Ziele sie zu verfolgen habe. Dabei unterschied der IM zwischen den Neuen, die noch neue soziale Kontakte suchen, um Antwort auf ihre Ziellosigkeit zu finden. Sie seien sich einer eigenen Zielstellung im Leben noch nicht bewußt. Sie kämen deshalb erst einmal mehr oder weniger hilflos in die Junge Gemeinde. Die anderen seien die aktiven Leute in der Jungen Gemeinde, die Macher also, wozu er sich selbst zählte, die bereits in Selbstständigkeit handelten. Damit seien sie für die Neuen die Bezugs- und Vertrauenspersonen. Aufgabe der Macher sei es, die Junge Gemeinde als Ausprobier-, Lern- und Kommunikationsraum zu verstehen, wo man den neuen Leuten zuhört, mit ihnen gemeinsam Sachen entwickelt und durchführt und sich miteinander austauscht. Der Raum der Jungen Gemeinde sei dabei als Teil des Glaubensraumes der Kirche zu verstehen. Im Nachsatz relativierte er dann seinen Ehrgeiz: „Es findet eine Entwicklung statt. Entweder die Leute übernehmen in der Jungen Gemeinde selbständig Verantwortung oder die Leute suchen sich einen neuen Wirkungskreis. Findet keine Entwicklung statt, bleiben die

Leute weg oder sie können uns am Arsch lecken.“[653] Eine einfache Sprache, die ihm unter den Jugendlichen Sympathien verschaffte. Mit dieser direkten Ansprache gelang es ihm, erneut Jugendliche für einen dritten Taufkreis zu gewinnen, in dem er in einer letzten Phase bis 1987 als Leiter agierte. 1988 ging er endgültig aus Jena weg und besetzte als Pfarrer eine Pfarrstelle in Hermsdorf. Was ihn dazu bewog, bleibt unklar. Es liegt aber die Vermutung nahe, daß er sich für die Jugendarbeit ausgebrannt fühlte und sein Einfluß geringer wurde. Die fragwürdig einfachen Antworten des IM „Bartholomäus Runge“ auf gesellschaftliche und soziale Probleme und religiösen Analogien konnte Diakon Hoffmann[654] nicht teilen. Das verursachte erhebliche Spannungen zwischen beiden. Hoffmann versuchte im Gegensatz zu IM „Bartholomäus Runge“, die Jugendlichen ohne Leistungs- und Anpassungsdruck anzunehmen. Er verstand die Bedürfnisse der Jugendlichen aus ihren gesellschaftlichen Defiziten heraus und engagierte sich besonders für diejenigen, die in der sozialistischen Gesellschaft kriminalisiert wurden oder durch kriminelle Handlungen ins Abseits geraten waren. Gleichzeitig engagierte er sich intensiv im Arbeitskreis Wehrdienst und wurde 1986 durch seine Totalverweigerung des Reservedienstes zum Vorbild für viele Jugendliche. Darüber hinaus war er am Arbeitskreis Ökologie beteiligt. IM „Bartholomäus Runge“ dagegen wollte seine ambivalente Weltsicht vermitteln, die Akteure kontrollieren und für das Ministerium für Staatssicherheit ausspionieren. Es wundert deshalb nicht, daß er hinter jeder Aktion der Jungen Gemeinde Stadtmitte, die nicht unter seinem Einfluß stand, staatsfeindliche Handlungen vermutete. Im März 1984 berichtete er beispielsweise über Diakon Hoffmann und eine Faschingsparty in der Jungen Gemeinde Stadtmitte: „Sozialdiakon Hoffmann stellte mit seinem Kostüm nach eigenen Aussagen einen Mitarbeiter des MfS dar und trat in diesem Zusammenhang auch in provokatorischer und herabwürdigender Weise auf. [...] Hierbei waren vorwiegend jüngere JG-Mitglieder anwesend, die hauptsächlich dem sogenannten Sozialkreis um Sozialdiakon Jürgen Hoffmann angehörten“[655] Ob die hier gegebene Darstellung über Diakon Hoffmann so von Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge“) oder zusammenfassend von einem MfS-Mitarbeiter formuliert wurde, ist nicht mehr

[653] Taufkreis-Report vom 27.02.1985, Thema: „Konsumkiste“, Grafik der JG-Analyse, Archiv Autor.

[654] Auf die Entwicklung der Friedensgemeinschaft und die Junge Gemeinde Stadtmitte hatte Diakon Hoffmann 1983 Einfluß. 1984 bis 1988 war er aber der wichtigste kirchliche Mitarbeiter für die Junge Gemeinde Stadtmitte. Das Ministerium für Staatssicherheit eröffnete gegen ihn und zwei weitere Akteure der Jungen Gemeinde im Februar 1985 den OV „Kreuz“, MfS Reg.-Nr. X/1691/88. Im Eröffnungsbericht zum OV heißt es: „Bei H. handelt es sich um den auf der Grundlage der offenen Jugendarbeit langfristig konzeptionell wirkenden Inspirator und Organisator einer gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR gerichteten Jugendarbeit der Kirche. Seit seinem Einsatz in Jena entwickelt H. verstärkte Aktivitäten zur Konsolidierung des Personenkreises der JG Stadtmitte und strebt deren Sensibilisierung im pazifistisch-ökologischen Sinne an. H. steht den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR ablehnend gegenüber.“ S. 12 f.

[655] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, Bl.362, Vgl. Dokumentenanhang Dok. 38.

nachprüfbar. Bei dem Dokument handelt es sich um eine zusammenfassende MfS-Information, die in der Regel aus mehreren Berichten bestand. Es gehörte auch schon mal zu den Mitteln des Ministeriums für Staatssicherheit, dort, wo ein feindlich-negativer Charakter einer Veranstaltung fehlte, etwas zu erfinden oder aus anderen Zusammenhängen herauszulösen, um den Plan zu erfüllen. Die diffamierend gemeinte Formulierung über Diakon Hoffmann und seinen „Sozialkreis“ hatte einen realen Bezug. Die Aussage, Hoffmann habe einen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit in provokatorischer und herabwürdigender Weise in Kostüm und Haltung nachgeahmt, stimmt nicht. Der betreffende Akteur war Rene Levrechon.[656] Seine kabarettistische Einlage war als spöttische Anspielung gedacht. Der Akteur erfuhr in diesem Kostüm gleichermaßen Ablehnung und Bewunderung von den Jugendlichen, die sein Auftreten mit gemischten Gefühlen wahrnahmen. Später spielte Rene Levrechon diese Rolle ausgesprochen überzeugend in Filmprojekten von Vikar Stanescu (IM „Bartholomäus Runge“) und Thomas Grund.

Die MfS-Information offenbart, wie tief nach wie vor die Angst beim Ministerium für Staatssicherheit saß, daß es erneut durch Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte zu öffentlichkeitswirksamen und politischen Aktionen kommen könnte. Es macht auch zugleich die persönliche Abneigung und Abgrenzung des IM „Bartholomäus Runge“ gegen Diakon Hoffmann sichtbar. IM „Bartholomäus Runge“ wurde deshalb bis zu seinem Weggehen aus Jena nicht müde, über alle negativen Erscheinungen, die er festzustellen glaubte, zu berichten, selbst über Akteure oder Gruppen, die nur indirekt mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte zu tun hatten. Im Vordergrund standen dabei allerdings immer solche Ereignisse, wo politische Aktionen geplant wurden und Oppositionelle zusammenkamen. Zwischen 1984 und 1988 berichtete er beispielsweise über Aktionen oder Kontakte der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit der „Initiative Konkret für den Frieden“, dem „Naumburger Friedensseminar“ und dem „Kreis Christliche Friedenskonferenz“ (CFK-Gruppe), über die Initiativgruppe „Hoffnung Nicaragua“ und deren Zusammenarbeit mit der Jungen Gemeinde und den Studentenpfarrer Michael Dorsch sowie über die jährlichen Werkstätten. Darüber hinaus berichtete er aber auch über Wohnungsprobleme der Jugendlichen, deren persönliche Pläne und politische Absichten, über ihr Selbstverständnis und ihre Kontakte in die DDR. Von besonderem Interesse waren stets die Rückverbindungen zu den Exil-Jenaern und die damit verbundenen Rückwirkungen bei Repressionen und Verhaftungen.

Bestimmendes Kennzeichen für die Umbruchsphase 1984 war die Entstehung zahlreicher neuer kultureller, religiöser und politischer Interessengruppen in Jena, die sich wie schon in den siebziger Jahren oft personell überschnitten und deren zentraler

[656] Rene Levrechon, Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte 1981 bis 1989, Fragebogen vom 18.10.2000, Archiv Autor.

Kristallisationsort neben anderen Gemeindezentren und Wohnkommunen die Junge Gemeinde Stadtmitte blieb. Ein wesentliches Merkmal der dritten Generation war das ausgeprägte Selbstverständnis der Jugendlichen, ihre sozialen und kulturellen Bedürfnisse weit offener und im eigenen Verständnis unpolitischer im gesellschaftlichen Raum leben zu wollen als die vorherigen Generationen. Damit handelten sie aus ihrer eigenen Perspektive zwar politisch, jedoch ohne dabei vordergründig oppositionell oder widerständig sein zu wollen. Im Verständnis der Akteure sollte das, was sie politisch leben wollten, vor allem Spaß machen. Den politischen Kampf der vorherigen Generationen fanden sie zwar gut, bewerteten ihn aber letztlich als erfolglos. Konkrete gesellschaftliche Veränderungen wurden für sie nicht sichtbar, nur das Ausmaß an Repressionen hatte sich verstärkt. Aus diesen Erfahrungen und Kenntnissen heraus waren sie davon überzeugt, daß allein politische Diskussionen nicht weiterhelfen würden. Sie wollten ihr politisches Handeln mit konkreten Aktionen selbst bestimmen. Und ihren daraus abgeleiteten sozialen und kulturellen Aktionismus verstanden sie dabei als politische Meinungsäußerung, die für sie nicht unspektakulär war.[657] Im Gegenteil, viele hatten das Debattieren um mögliche gesellschaftliche Veränderungen schlicht satt und spürten nur zu gut, daß die Gesellschaft marode war und gegenüber den tatsächlichen Problemen gleichgültig blieb. Ihre Form des widerständigen Handelns richtete sich deshalb mit Intelligenz und Witz gegen die ihrer Meinung nach verkrusteten Strukturen einer diktatorischen Spießergesellschaft. Diese wollten sie durchbrechen oder doch zumindest bunter machen für sich und ihr Leben.[658] Natürlich glaubten einige Jugendliche auch in ihrem Übermut, schon durch ihr buntes Leben zu provozieren und damit wenigstens Ansätze zu Veränderungen im Land herbeiführen zu können. Für wieder andere war es auch schlicht nur die Abgrenzung gegen die Welt der Erwachsenen. Die verschiedenen Vorstellungen wurden immer wieder durch die anhaltende Ausreise zahlreicher Jugendlicher unterbrochen und gleichzeitig durch nachrückende Jugendliche verändert. Das war auch ein wesentlicher Grund dafür, daß es den Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte in Jena bis 1988 nicht gelang, sich zu einem neuen einheitlichen politischen Potential zusammenzuschließen.[659]

---

[657] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 227. Scheer geht mit lediglich einem Absatz auf die Entwicklung der Jungen Gemeinde Stadtmitte nach 1983 als weiterhin zentralem Ort der Jenaer Opposition ein. Bei ihm heißt es dazu: „Das Bedürfnis nach Diskussion und politischer Positionsfindung blieb ungebrochen. Praktische Hilfe für die Dritte Welt gehörte in das Selbstverständnis dieses Kreises ebenso wie die vom Staat ignorierte Schwulen- und Lesbenarbeit. Die unspektakuläre Selbsthilfe erstreckte sich bis 1989.“ Beide Aussagen unterlegt der Autor nicht mit Quellen. Sie sind deshalb wohl eher das subjektive Bild des Autors über diese Zeit.

[658] Zeitzeugengespräch mit Peter Mühlfriedel (Mitglied der JG-Band „Airtramp“ 1983 bis 1987) und Jörg Zickler (Jolly, Akteur der JG von 1983 bis 1989) am 18. und 25.04.2002 in Berlin.

[659] Aussage von Jörg Zickler zur Ausreiseproblematik. Fragebogen vom 18.10.2000, Archiv Autor.

Für das Ministerium für Staatssicherheit waren die Jugendlichen nach wie vor Kräfte mit großer oppositioneller Gefährlichkeit. 1984 konnte insgesamt kaum die Rede davon sein, Jena als „oppositionelles Zentrum“ fest im Griff zu haben.[660] Im Gegensatz zu den ersten Erfolgsmeldungen über das Jahr 1983[661] stellte sich die Situation zum Jahreswechsel von 1984/85 ganz und gar schwieriger dar, als es den Genossen lieb sein konnte. „Es ist [...] damit zu rechnen, daß künftig schrittweise neue, operativ bisher nicht bekannte Kräfte aus dem OG (Operationsgebiet, d. A.) in inspirierender, initiierender und organisierender Weise die Formierung einer inneren oppositionellen Bewegung in Jena und darüber hinaus betreiben. [...] Gegenwärtig sind 22 derartige Personenkonzentrationen mit ca. 350 Anhängern (absolute Spitze im Bezirk), die im Sinne der PUT (Politische Untergrundtätigkeit, d. A.) einschließlich Vorfeld tätig werden und zum Teil kurzfristig zu öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten veranlaßt werden können. Darin enthalten sind das große oppositionelle Potential der JG Jena-Stadtmitte, der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) und Katholischen Studentengemeinde (KSG). [...] Dieses vorhandene Potential wird verstärkt durch 991 übersiedlungsersuchende Personen (mehr als 50 % der Gesamtzahl Ersuchender des Bezirkes), deren handlungsbereiter Teil sich wieder im stärkeren Maße versucht in kleineren Gruppen zusammenzufinden und auch den Weg über die Haft zur Erzwingung der Übersiedlung einkalkuliert. Hierzu kommt eine operativ nicht zu überschauende Anzahl aktiver Rückverbindungen bereits Übergesiedelter, die der permanenten und massiven Beeinflussung aus dem Operationsgebiet unterliegen.“[662]

---

[660] Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit, S. 227. „Danach (nach 1983, d. A.) hatten die Machtverwalter die Stadt bis weit in die zweite Hälfte der achtziger Jahre fest im Griff. Interessant wurde Jena 1987 wieder.“ Natürlich bemühte sich das Ministerium für Staatssicherheit verstärkt, oppositionelle Gruppen oder Akteure „operativ auszuschalten“. Eine völlige Kontrolle hätte aber bedeutet, daß keine oppositionellen und widerständigen Handlungen hätten stattfinden können.

[661] „Ich glaube, allen Genossen ist klar, was hier auf uns zukommt. Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, daß wir als Tschekisten der Bezirksverwaltung Gera in der Lage sind, die subversiven Pläne des Gegners wirksam zu durchkreuzen und ihn empfindlich zu treffen. Wieder einmal gilt es, an Kraft, tschekistischem Können, Denkleistungen, Einsatzbereitschaft und Durchsetzungsvermögen zuzulegen. Die Leitung der Bezirksverwaltung weiß um die Kompliziertheit der Aufgaben und ist gleichzeitig überzeugt davon, daß wir sie gemeinsam lösen werden.“ In: Referat Leiter Bezirksverwaltung zur Dienstkonferenz politische Untergrundtätigkeit 1983, Dokument SLK 3343, Dokumentation vom 28.10.1986, S. 95. Und an anderer Stelle: „Insgesamt ist einzuschätzen, daß es durch koordiniertes Vorgehen der staatlichen Organe gelungen ist, die „offene“ kirchliche Jugendarbeit zu lokalisieren und etwas zurückzudrängen. Schwerpunkte der ständigen staatlichen Kontrolle bilden und bleiben weiterhin die kirchlichen Aktivitäten zu Fragen der Wehrbereitschaft.“ In: Rat des Bezirkes Gera, Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen, Bereich Inneres, Herr Jähn. Bericht zur „offenen“ kirchlichen Jugendarbeit entsprechend Vorgaben zu Inhalt und Form, Dok. 4/302/82/4/7 vom 15.02.1984, Bl. 7.

[662] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG). Aussagen zu Problemen/Erscheinungen/Bedingungen im Territorium Jena, die dem Gegner Ansatzpunkte bieten für die beabsichtigte weitere Ausprofilierung Jenas zum „Zentrum des Widerstandes“ in der DDR, Ablage SLK, Dokument Nr. 2625 vom 02.01.1985, Bl. 9.

Die Einschätzung von Scheer auf die aus seiner Sicht bis 1987 unspektakuläre Selbsthilfegruppe der Jungen Gemeinde Stadtmitte greift in ihrer Beurteilung darüber, wie oppositionell und widerständig die Akteure nach 1984 waren, viel zu kurz. Auch wenn einzelne ehemalige Akteure aus ihrer heutigen Erinnerung heraus in der Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte keine politische Kraft als Opposition sehen, so war sie dennoch in kontinuierlicher Linie das Zentrum einer unangepaßten, jugendkulturellen Szene mit politischer Ausstrahlungskraft. „Ich glaube, durch eine Sozialisation innerhalb der Offenen Arbeit (OA) wurden viele Menschen für politische Themen zugänglich, aber die JG war nicht hauptsächlich politisch. In der OA war ein breites Spektrum an Menschen, Meinungen und Ansichten vertreten. [...] Es war auch immer ein öffentlicher Anlaufpunkt für verschiedenste Leute, auch für politische Diskussionen.“[663] Die Anziehungskraft der Jungen Gemeinde bestimmte sich also vor allem durch die Offenheit der Räume und ihre aktuellen Themen. Hier konnten sich die Jugendlichen repressionsfrei mit ihren persönlichen Problemen, gesellschaftlichen Fragen und mit dem Staat auseinandersetzen und begriffen sich gleichzeitig in ihrem Selbstverständnis als Gegenkultur zum bestehenden politischen System.[664] Für den SED-Staat und das Ministerium für Staatssicherheit war die offne Abgrenzung der Jugendlichen gegen die verordnete Ideologie politische Opposition. Die Junge Gemeinde galt damit ungebrochen als ein Zentrum des politischen Widerstandes. Die oppositionelle und politische Kontinuität der Offenen Arbeit bestimmte sich somit zu einem wesentlichen Teil aus den Bedingungen der Unterdrückung: „Die wachsende Gesellschaftsgefährlichkeit dieser Kräfte wird u. a. auch dadurch unterstrichen, daß sich in Jena in kurzer Zeit die Zahl derartiger Zusammenschlüsse verdoppelt hat und sich weiter vergrößert, wobei gegenwärtig insbesondere versucht wird, neben pazifistisch orientierten und ökologisch interessierten Personen sogenannte Randgruppen, wie Homosexuelle usw. zu erfassen. Rund 85 % dieser Zusammenschlüsse lehnen sich an die Kirche und ihre Möglichkeiten an. In einem großen Teil von ihnen werden reaktionäre kirchliche Amtsträger als ideologische Drahtzieher wirksam. Sie besitzen in der Regel stabile Verbindungen zu solchen „führenden“ antisozialistischen Kräften wie Eppelmann, Heym, Rathenow, einschließlich Massenmedien in Westberlin. Eine aktuelle zahlenmäßige Übersicht über alle weiteren im Territorium Jena außerhalb von Zusammenschlüssen im Sinne der Politischen Untergrundtätigkeit (PUT) handelnden bzw. Bereitschaft zeigenden Personen liegt gegenwärtig nicht vor.“[665]

[663] Karsten Hahn, Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte 1977 bis 1987, Fragebogen vom 20.10.2000, Archiv Autor.

[664] Sven Craußen, Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte 1987 bis 1990, Fragebogen vom 14.12.2000, Archiv Autor.

[665] Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG), Aussagen zu Problemen/Erscheinungen/Bedingungen im Territorium Jena, die dem Gegner Ansatzpunkte bieten für die beabsichtigte weitere Ausprofilierung

Die Ausrichtung der Jungen Gemeinde Stadtmitte auf religiöse Themen,[666] setzte sich langfristig nicht durch und blieb temporäre Erscheinung der dritten Generation. Die Gründe für die religiöse Aufgeschlossenheit eröffnen sich einmal aus dem Altersdurchschnitt der Jugendlichen, der zwischen 1983 und 1985 bei 19 Jahren lag. Viele junge Jugendliche waren einfach neugierig. Einige waren auch schon durch die politischen Auseinandersetzungen von 1983 politisiert. Manche von ihnen hofften, in der Hinwendung zu religiösen Themen Alternativen zur gesellschaftlichen Realität zu finden. IM „Bartholomäus Runge“ nutzte diese Bedürfnisse aus und hatte damit einigen Erfolg. Trotzdem blieb die Junge Gemeinde Stadtmitte weiterhin ein unberechenbares jugendkulturelles oppositionelles Milieu. Den kirchlichen IM gelang es nicht, die Junge Gemeinde und ihr Umfeld auf Dauer im Interesse des Ministeriums für Staatssicherheit zu beeinflussen und zu kontrollieren. Die Akteure wagten im Gegenteil nach dem religiösen Zwischenspiel einen neuen Aufbruch hin zu selbstbestimmten sozialen, kulturellen und politischen Aktionen. Trotz der zunehmenden Abkehr der Jugendlichen von religiösen Antworten und Ritualen bildete die Anbindung an die Kirche einen stabilen Grundstein ihrer eigenen Identität. Die Vernetzung der Gruppen unter dem Dach der Kirche verstärkte sich sogar. Einen großen Anteil daran hatte in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre der damalige Superintendent Udo Siebert, der die Junge Gemeinde Stadtmitte unterstützte und vor allem die kirchlichen Räume nie zur Disposition stellte.

Für das Ministerium für Staatssicherheit war die Situation 1984 dagegen unklar. Einerseits glaubten die staatlichen Organe Ende 1983, die Konzentrierung oppositioneller und widerständiger Akteure in Jena zurückgedrängt zu haben, gleichzeitig resümierte der Rat der Stadt, daß dies nur teilweise gelungen sei und stattdessen 1984 ein erneuter Anstieg des Zulaufes zur Jungen Gemeinde zu verzeichnen wäre: „Die zahlenmäßige Entwicklung der „offenen“ kirchlichen Jugendarbeit ist schwer einzuschätzen. Von der Jungen Gemeinde Stadtmitte ist bekannt, daß bis 1981 die Zahl der Teilnehmer an kirchlichen Veranstaltungen relativ gering war. Besonders 1982 und 1983 erhielten dort nichtkirchliche, politisch negative Kräfte durch den Superintendenten einen Freiraum zur Behandlung von Themen, die kaum etwas mit Kirche, Glauben oder Religion zu tun hatten. Durch verschiedene

---

Jenas zum „Zentrum des Widerstandes“ in der DDR, Ablage SLK, Dokument Nr. 2625 vom 02.01.1985, Bl. 9.

[666] „In Gesprächen mit Sprengelpfarrern wurden diese durch den Rat der Stadt wiederholt dringend ersucht, Einfluß darauf zu nehmen, daß besonders in der Jungen Gemeinde Stadtmitte kirchlich-religiöse Themen behandelt und das bewährte Prinzip der Trennung von Kirche und Staat auch in dieser JG gewahrt wird, um dem Ansehen der evangelisch-lutherischen Kirchgemeinde in der Öffentlichkeit nicht Schaden zuzufügen.“ In: Rat des Bezirkes Gera, Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen, Bereich Inneres, Herr Jähn. Bericht zur „offenen“ kirchlichen Jugendarbeit entsprechend Vorgaben zu Inhalt und Form, Dokument 4/302/82/4/7 vom 15.02.1984, Bl. 6.

Maßnahmen trat im Laufe des Jahres 1983 ein zahlenmäßiger Rückgang ein. Seit Beginn 1984 ist ein leichter Anstieg der Teilnehmer zu beobachten.“[667]

3.2 EMANZIPATION UND NEUES SELBSTVERSTÄNDNIS

Eine wichtige Veränderung in der Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte nach 1984 ergab sich auch aus der Tatsache, daß die Jugendlichen die Themen und Programme immer stärker selbst bestimmen wollten, wobei Sozialdiakon Hoffmann sie mit seinem Wissen und mit seinen methodischen Fähigkeiten begleiten und unterstützen sollte. Vor allem die drei Themenkomplexe Wehrersatzdienst und Folgen einer Wehrdienstverweigerung, Umgang mit staatlichen Repressionen und Ausreise in die BRD standen dabei im Zentrum. Weitere Themen waren Kindererziehung und Betreuung der Kinder in staatlichen Einrichtungen, die Suche nach ideologiefreien Konzepten für die eigene Bildung und nach Formen eines hierarchiefreien Zusammenlebens. Auch Probleme wie Schwangerschaftsunterbrechung oder Konfliktbewältigung im Familien- und Freundeskreis wurden besprochen. Als Basis der thematischen Arbeit diente ihnen pädagogische, politische und psychologische Fachliteratur, die zumeist aus dem Westen stammte. Die Junge Gemeinde Stadtmitte war jedoch kein Klub von Intellektuellen. Äußerlich identifizierten sich die Jugendlichen nach wie vor über lange Haare, „Kunden“-Kleidung und zeitgemäße Musik. Immer wenigere glaubten an politische Veränderungen in der DDR. Den meisten ging es um die Auseinandersetzung mit ihrem Leben im Hier und Heute und um eine zum Teil radikale Form der Abgrenzung gegen die gesellschaftlichen Zwänge der Diktatur.

Ende 1983 hatte sich parallel zur Entwicklung in der Jungen Gemeinde Stadtmitte in der Studentengemeinde die Interessengruppe Homosexueller herausgebildet, deren Entstehung auf private Initiative zurückging. Sie bildete ab 1984 neben anderen Gruppen eine eigenständige Arbeitsgruppe innerhalb der Studentengemeinde und blieb zunächst öffentlich unbeachtet. Über die Idee, regelmäßige Treffen für Schwule zu organisieren, entwickelte sich aber nach und nach eine öffentliche Partykultur der Homosexuellen heraus, anfangs im kleinen Rahmen in den Räumen der Studentengemeinde. Hier kamen dann immer schneller neben den Homosexuellen auch verschiedene Jugendliche aus dem kirchlichen Milieu der Stadt zusammen, und es bildete sich eine Art neuer Szene-Treff von Schwulen und Nichtschwulen heraus.

Unterstützt wurde der Arbeitskreis Homosexualität von Anfang an von Studentenpfarrer Michael Dorsch, dann zunehmend von Diakon Hoffmann und

[667] In: Rat des Bezirkes Gera, Sektor Staatspolitik in Kirchenfragen, Bereich Inneres, Herr Jähn. Bericht zur „offenen“ kirchlichen Jugendarbeit entsprechend Vorgaben zu Inhalt und Form, Dok. 4/302/82/4/7 vom 15.02.1984, Bl. 6.

insgesamt von Superintendent Udo Siebert. Studentenpfarrer Michael Dorsch, der sich sehr für die Gruppe der Homosexuellen einsetzte, kam schnell an die Grenzen seiner persönlichen Möglichkeiten, weil er gleichzeitig im Haus der Studentengemeinde arbeitete und wohnte, und wo die Gruppe der Homosexuellen zunehmend durch Schwulenpartys auf sich aufmerksam machte. Er kritisierte, daß sich die Gruppe kaum mehr inhaltlich mit kirchlichen Themen auseinander setzte und stattdessen die kirchlichen Räume zunehmend nur als Schwulentreffs nutzen würde. Daraus entwickelten sich erhebliche Spannungen, in deren Folge sich die Gruppe der Homosexuellen entschloß, aus den Räumen der Studentengemeinde in die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte auszuweichen, vor allem, um hier ihre erfolgreichen Schwulentreffs in nun noch größerem Maße als vorher weiterführen zu können.[668] Pfarrer Dorsch nahm diesen Schritt ohne Wehmut hin, hielt aber an seiner Unterstützung der Gruppe fest. Vor allem im Rahmen der Gespräche zwischen Kirchenleitung und Vertretern der Stadt machten Dorsch und Siebert immer wieder deutlich, auf wessen Seite die kirchlichen Verantwortlichen diesmal standen.[669]

Damit rückte 1985 das Thema Homosexualität in das Blickfeld der Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Die Gruppe der Homosexuellen integrierte sich schnell und entwickelte sich hier zu einer wichtigen neuen Interessen- und Arbeitsgruppe. Seit Ende 1985 organisierte der Arbeitskreis Homosexualität immer häufiger Schwulenpartys, durch die die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte zu einem herausragenden Mittelpunkt in der Stadt wurden. Die teilweise spektakulären Partys machten die Junge Gemeinde Stadtmitte zu einem sehr interessanten und wichtigen soziokulturellen Zentrum für viele Jugendliche. Der Bekanntheitsgrad der Veranstaltungen und damit der Jungen Gemeinde erhöhte sich in kürzester Zeit bis weit über die Stadtgrenze hinaus. Die wichtigsten Akteure des Arbeitskreises Homosexualität waren Martin Döhler und Alf Heinecke. Martin Döhler kam aus der Jungen Gemeinde des Melanchthonsprengels. Über bestehende Querkontakte bekam er

[668] Zeitzeugengespräch mit Martin Döhler (Mauritius) am 10.02.2001 mit dem Autor.

[669] Seit Anfang 1983 gab es zwischen kirchlichen Vertretern der Stadt und Pfarrern regelmäßige Gespräche mit den zuständigen Vertretern der Abteilung Innere Angelegenheiten des Rates der Stadt. Die Treffen dienten offiziell als Koordinierungstreffen zwischen den staatlichen Stellen, dem Ministerium für Staatssicherheit und der Kirchenleitung. Der Rat der Stadt bezeichnete die Gespräche intern als Staatspolitik in Kirchenfragen. Die kirchlichen Vertreter sahen darin eine Möglichkeit, Veranstaltungen und Angelegenheiten der Kirchengemeinde in ihrem Interesse darzustellen und bei Problemen Lösungen zu finden. Dabei wurden neben allgemeinen Fragen und der Haltung der Kirche zu staatlichen Maßnahmen auch Angriffe gegen Kirchenmitglieder und insbesondere gegen Akteure der Offenen Arbeit diskutiert, allerdings oft ohne eine Lösung. Superintendent Siebert, der für den Rat der Stadt als Hauptverantwortlicher der Kirchengemeinde stets der erste Ansprechpartner war, verhinderte von Anfang an den konspirativ angelegten Charakter der Gespräche, indem er die Sprengelpfarrer und den Kirchenkonvent über diese Gespräche informierte oder in die Ergebnisse einbezog. Die staatliche Seite dagegen stufte die Gespräche als nicht öffentlich „Nur für den Dienstgebrauch“ ein. Zeitzeugengespräch mit dem ehemaligen Studentenpfarrer Michael Dorsch am 05.02.2001 mit dem Autor.

1980 einen ersten Zugang zur Jungen Gemeinde Stadtmitte. Ab 1981 wohnte er mit verschieden Akteuren zusammen in der Wohnkommune Quergasse 9. Von hier aus engagierte er sich gemeinsam mit Alf Heinecke, der seit 1982 Verbindungen zur Jungen Gemeinde Stadtmitte hatte und nebenan in der Wagnergasse 7 lebte[670], als Organisator im Arbeitskreis Homosexualität. Gleichzeitig arbeiteten beide zusammen mit Jens Eisenberg (IM „Leonardo“ alias „Frank“) in der Montags-Band[671] als Musiker. Zeitweise spielte Martin Döhler auch in der Band „Airtramp“ mit. Im Arbeitskreis Homosexualität beschäftigten sich die Jugendlichen inhaltlich vor allem mit Aufklärungsarbeit und mit rechtlichen Fragen von Schwulen in der DDR-Gesellschaft. Wichtigstes Anliegen war jedoch die Schaffung von Freiraum zum Kennenlernen und für das Coming out. Die im wesentlichen auf kirchliche Räume beschränkte Arbeit sollte dabei nicht im kirchlichen Umfeld verharren, sondern suchte Wege und Möglichkeiten, sich in der Gesellschaft als Teil der Gesellschaft zu präsentieren. Konflikte mit dem damaligen Studentenpfarrer Michael Dorsch über das angewachsene Ausmaß der Schwulenpartys beendete nach fast zwei Jahren die erfolgreiche Arbeit im kleinen Kreis. In dieser Situation standen für sie die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte offen.

Mit der Verdrängung der Jugendlichen aus den Räumen der Studentengemeinde hatte Pfarrer Dorsch gleichzeitig ungewollt die Strategie des Ministeriums für Staatssicherheit unterstützt, die darauf abzielte, den hier entstandenen Kreis zu zerschlagen. Solange die Gruppe der Homosexuellen die Kirchenräume der Studentengemeinde nutzten, standen sie unter kirchlichem Schutz. Hie war es kaum möglich, die Gruppe offen anzugreifen. Das Ministerium für Staatssicherheit und die städtische Verwaltung mußten die Integration der Homosexuellen unter dem Dach der Kirche und später und dem Dach der Jungen Gemeinde Stadtmitte und deren wachsenden öffentlichen Einfluß erst einmal hinnehmen. Sie konnten nur beobachten und versuchen, einzelne Akteure durch repressive Maßnahmen aus der Gruppe heraus zu brechen. Trotzdem stieg mit der Verlegung der Arbeit des Arbeitskreises Homosexualität aus der Studentengemeinde in die Junge Gemeinde Stadtmitte die Gefahr repressiver Verfolgung an. Die Junge Gemeinde war von je her durch ihren offenen Charakter angreifbarer. Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit konnten hier gezielt Informationen abschöpfen und einzelne Akteure

[670] In den Wohnungen der Wagnergasse 7 lebten seit Mitte der siebziger Jahre durchgängig verschiedenste Akteure der Jungen Gemeinde und der oppositionellen Szene Jenas, so u. a. Reinhard und Christina Klingenberg, Gerold Hildebrand und Ute Hinkeldey.

[671] Die Montags-Band war im Wesentlichen das gemeinsame Projekt von Alf Heinecke (Schlagzeug) und Jens Eisenberg (Gitarre). Verschiedene junge Musiker probierten sich hier zusammen aus und wechselten zwischen den neu entstehenden Musik-Gruppen. Ein Titel (Jena, meine Stadt) schaffte es auf dem Höhepunkt der Band in das DDR Jugendradio DT 64 (abgeleitet vom Deutschlandtreffen 1964, was Auslöser der Entstehung dieses Senders war).

leichter denunzieren als in einem überschaubaren Kreis. Zunächst hatten die Homosexuellen in der Jungen Gemeinde Stadtmitte auch weitgehend ungestörte Möglichkeiten für ihre Veranstaltungen, die als Schwulenpartys von Jena schnell DDR-weit bekannt wurden.[672] Immer mehr Homosexuelle aus anderen Gebieten der DDR kamen zu den Veranstaltungen. Daraus entstand eine einmalige Vermischung zwischen heterosexuellen Jugendlichen aus dem kirchlichen Umfeld, darunter sogar Punks und den Homosexuellen. Beim gemeinsamen Feiern war das Maß der Toleranz zwischen verschiedenen Interessengruppen in der Jungen Gemeinde Stadtmitte stets sehr hoch. Daraus erklärt sich auch die zumeist positive Erinnerung vieler Zeitzeugen für diese kirchlichen Veranstaltungen. Auf dem Höhepunkt der Entwicklung Ende 1985, Anfang 1986 kamen bis zu 300 Jugendliche zu den Schwulenpartys in die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte, die offiziell für max. 150 Personen ausgelegt waren.

Mit Hilfe seiner IM „Bartholomäus Runge“, „Brenner“, „Leonardo“ und „Robert Hanf“ beobachtete und versuchte das Ministerium für Staatssicherheit, die neue Form der Schwulenarbeit zu beeinflussen und unter Kontrolle zu bringen. Die Vermutung bestand nicht ganz zu Unrecht, daß hier ein neues Zentrum anweichenden Verhaltens entstanden war, denn diese Veranstaltungen widersprachen in Gänze der ideologisch aufgeladenen SED-Jugendpolitik. Als die Schwulenpartys aus Sicht des Ministeriums für Staatssicherheit überhand nahmen, reagierten die Verwalter der Stadt und griffen im Februar 1986 mit der kurzfristig organisierten Schließung der Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte ein. Die Schließung beendete unerwartet die neu gewachsene Situation abrupt, was für viele neue Jugendliche gleichzeitig das Aus der kirchlichen Jugendarbeit bedeutete. Der bis dahin zahlenmäßig stark gewachsene Arbeitskreis der Homosexuellen zerfiel und spaltete sich in Teilgruppen auf. Eine relativ kleine Teilgruppe zog sich als neuer Arbeitskreis Homosexualität wieder in die Studentengemeinde zurück. An ihm beteiligten sich nur noch wenige Akteure des ursprünglichen Arbeitskreises oder hielten Kontakt. Die Sichtbarwerdung der Homosexuellen in der Öffentlichkeit der Gesellschaft löste aber auch Impulse für die Entstehung weiterer neuer Schwulengruppen aus. So siedelte sich beispielsweise ab 1986 eine Gruppe von lesbischen Frauen neben den Homosexuellen in der evangelischen Studentengemeinde an, allerdings ohne weitergehende Ausstrahlung und Bedeutung für Jena.

Martin Döhler und Alf Heinecke etablierten nach der Schließung der Jungen Gemeinde Stadtmitte in ihren Wohnungen einen neuen Hauskreis, der sich vor allem aus Akteuren des bisherigen Arbeitskreises Homosexualität zusammensetzte und der bis 1990 weiter bestand.[673] Im Rückblick beurteilen sie ihr damaliges Selbstverständnis als politisch denkende Menschen und weniger als religiös gebundene oder widerständig

[672] Zeitzeugengespräch mit Martin Döhler am 10.02.2001 mit dem Autor.
[673] Ebenda.

handelnde Akteure. Nach eigenem Ermessen hatten sie zuallererst viel mit sich selbst und ihrer Selbstfindung zu tun. Eine Gefährdung ihres neuen Hauskreises durch das Ministerium für Staatssicherheit befürchteten sie durch den Rückhalt in der Jenaer Kirchenleitung nicht. Viel mehr fürchteten sie die gesellschaftliche Ausgrenzung.[674] Ein Schwerpunkt ihrer weiteren Arbeit war deshalb auch der Kampf um die allgemeine öffentliche Anerkennung, wobei ihr Blick in den Westen für sie oft eine wichtige Rolle spielte. Literatur zum Thema Homosexualität oder weitergehende Informationen sogen sie auf und verglichen die Situation in der Bundesrepublik mit der eigenen Realität. Die Grenzen der DDR-Diktatur hatten sie bereits erfahren. Deshalb engagierten sie sich auch weiterhin im Rahmen der Kirche. Gemeinsam mit Diakon Hoffmann organisierte Alf Heinecke den neuen Arbeitskreis Wehrdienst. Hierüber versuchte er vor allem über die Situation von Homosexuellen in der Armee aufzuklären. Ein Höhepunkt der öffentlichen Schwulenarbeit wurde die Teilnahme der Homosexuellen als kirchliche Gruppe auf dem Thüringer Kirchentag 1986 in Eisenach. Für Mitglieder einer Kirchengemeinde boten sich diese öffentlichen Kirchenveranstaltungen oft an, um ihre Arbeit zum Friedensthema zu präsentieren. Von der Kirchentagsleitung war die Gruppe der Homosexuellen allerdings nicht erwünscht, weil sie aus deren Sicht mit ihrem Anliegen keine religiösen Inhalte vertrete. Ihr ging es mehr um Selbstdarstellung und Provokation der Öffentlichkeit. Deshalb wurde die Aufstellung eines eigenen Standes untersagt. Da die Kirchentagsleitung in der folgenden Auseinandersetzung nicht nachgeben wollte, folgte der Konflikt mit den Homosexuellen, bei dem sich die Homosexuellengruppe mit unkonventionellen Mitteln durchsetzte. Trotz offiziellen Verbotes ihrer Präsentation errichteten sie zum Kirchentag im Alleingang spontan einen Informationsstand über die Schwulenarbeit in Jena. Nach dem die Kirchentagsleitung aufmerksam wurde, versuchte sie zunächst kirchliche Mitarbeiter die Jugendlichen zu vertreiben. Diese widersetzten sich erneut und die Kirchenleitung gab schließlich nach, um größeres Aufsehen zu vermeiden. Der Einsatz von Polizei auf dem Geländer der Kirche hätte ihre starre Haltung der Thüringer Kirchenleitung gegenüber den Homosexuellen ehe nur demaskiert. Unterstützt wurden die Homosexuellen dabei wieder von den Akteuren aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte, unter ihnen auch Jens Eisenberg, IM „Leonardo“ alias IM „Frank“. Als einer der wenigen Akteuren der Offenen Arbeit verfügte er über einen Pkw der Marke Trabant-Kombi. Mit diesem schafften die Jugendlichen die Materialien für den Kirchentagsstand nach Eisenach. Das teilweise vom Ministerium für Staatssicherheit finanzierte Fahrzeug diente den Akteuren nun als Transportmittel. Die Ironie dabei war also, daß sich die Homosexuellen mit Hilfe des Ministeriums für Staatssicherheit gegen die Kirchentagsleitung durchgesetzt hatten. Der Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums

[674] Ebenda.

für Staatssicherheit Jens Eisenberg war auftragsgemäß in die Aktion der Gruppe der Homosexuellen eingebunden und konnte seinem Auftraggeber im Nachhinein über die Vorgänge in Eisenach berichten. Zu einem positiven Urteil seitens des Ministeriums für Staatssicherheit über die Haltung der Kirchenleitung gegen die Jugendlichen führte das jedoch nicht. Nach dem Kirchentag veränderte sich die Arbeit des Hauskreises von Döhler und Heinecke. Sie wurde mehr und mehr zu einer privaten Angelegenheit, die von persönlichen Freundschaften und Verbindungen getragen wurde. Diese Verbindungen blieben aber auf Dauer bis 1990 bestehen und bildeten ein weiteres Netzwerk in Jena, das mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte verbunden blieb.

Anfang der achtziger Jahre verstärkte sich in der evangelischen Kirche die Entwicklung zu regelmäßigen Friedensdekaden oder Friedenswerkstätten. Die Kirche nutzte diese Gelegenheiten stets, um die allgemeine politische Unzufriedenheit der vornehmlich Jugendlichen Teilnehmer zu kanalisieren, und sie versuchte mit ihren Veranstaltungen, das kritische Potential an die kirchlichen Räume zu binden. Auch die Junge Gemeinde Stadtmitte beteiligte sich regelmäßig an den seit 1983 jährlich stattfindenden **„**Friedensdekaden**“,** so z.B. erstmals 1984 mit einem **„**Labyrinth des Friedens**“**. Das von Kirche und Jugendlichen eingeforderte Ziel des Friedens bildete dabei nach wie vor die übergeordnete Klammer des gemeinsamen Handelns. Allerdings das Verständnis dafür, wie dieses Ziel zu erreichen sei und die Inhalte dafür waren zumeist verschieden. Solange sich daraus keine weiterführenden Konflikte ergaben, konnten beide Seiten damit gut auskommen. Eine öffentlichkeitswirksame, politisierende Junge Gemeinde, die zudem noch weitgehend unabhängig von der offiziellen Kirche agierte, war aber für keine Kirchenleitung und zu keinem Zeitpunkt erwünscht. Die Teilnahme der Jungen Gemeinde Stadtmitte an den kirchlichen Veranstaltungen der Stadt Jena ermöglichte deshalb eine bessere Kontrolle durch die Kirchenleitung. Auf der anderen Seite plädierte die Jenaer Kircheleitung unermüdlich gegenüber der SED immer wieder für maßvolle politische Veränderungen im Land. Dabei bemängelte sie vor allem den unverhältnismäßig repressiven Umgang der Staatsorgane mit den Jugendlichen. Doch von solchen Gesprächen erfuhren die Jugendlichen zumeist nichts. Sie meinten weiterhin, die Kirchenleitung vertrete nur ihre eigenen machtpolitischen Interessen gegenüber dem Staat. Abzulesen glaubten sie dies besonders bei den Diskussionen darüber, auf welchem Weg politische Veränderungen erreicht werden könnten. Die Kirche unterstellte den Jugendlichen hier stets, sie hätten zu illusorische Vorstellungen über die gesellschaftliche Entwicklung und mögliche politische Veränderungen. Auch die Gleichsetzung ihres Verständnisses für Frieden als herrschaftsfreien Raum, lehnte die Kirche grundsätzlich ab.[675] Die Einbindung der

[675] Siebert, Udo: Aus dem Schutzraum der Kirche herausgetreten. In: Glaube und Heimat, Nr. 44, 02.11.1997, S. 5 f. Zu den Auseinandersetzungen und Erfahrungen der Kirchengemeinde Jena mit Akteuren der Friedensgemeinschaft und der Jungen Gemeinde erklärt der damalige Superintendent

Akteure in kirchliche Veranstaltungen blieb also weiterhin ein Kompromiß zwischen Kirchengemeinde und Junger Gemeinde Stadtmitte.[676]

Die politisierende Nachwirkung der Friedensgemeinschaft hielt noch bis 1984 an. Es gab in Jena mehrere Flugblattaktionen gegen die Aufrüstung Europas mit Mittelstreckenraketen und allgemein gegen Krieg.[677] Ab 1985 wurden dann spektakuläre politische Aktionen einzelner Akteure gegen die Staatsmacht zur Ausnahme. Erst 1986 initiierten der Jungen Gemeinde Stadtmitte nahe stehende Akteure wieder einzelne politische Aktionen in der Öffentlichkeit. Eine davon war der Aufruf zum Wahlboykott der Kommunalwahlen 1986 von Andreas Richter. Der gelernte Elektriker brachte in der Nacht vom 05. zum 06. Juni 1986 (zwei Tage vor den Kommunalwahlen) im Zentrum Jenas an einem unbewohnten Neubau mit schwarzer Farbe die Losung an: „Wer die Wahl hat, hat die Qual, wer nicht wählt, der wird gequält." Durch Denunziation wurden er und weitere acht Jugendliche als Tatverdächtige ermittelt. Am 4. September 1986 verurteilte ihn das Bezirksgericht Gera wegen öffentlicher Herabwürdigung der staatlichen Organe zu zweijähriger Haft. 1987 gelangte er dann durch Freikauf durch die BRD in den Westen. Einen wesentlichen Anteil am Freikauf hatte dabei erneut die westliche Presse, denn sie hatte ausführlich über dieses oppositionelle Ereignis in Jena berichtet. Im Oktober 1986 kommentierten westdeutsche Zeitungen die Vorgänge in Jena mit den Schlagzeilen: „Die Angst der SED vor einer Opposition in Jena. Friedensgruppe zeigt sich betroffen über Geraer Urteil", „Zwei Jahre für Wahlparole", „Fassadenmaler in der DDR erhält zwei Jahre Haft" oder „Wahl der Qual".[678] Für die politisch Verfolgten war es grundsätzlich ein Erfolg, daß die westdeutsche Presse über sie berichtete. Tatsächlich überzog sie aber in ihren Berichten oft die Realität und erklärte politische Einzelaktionen zu groß angelegtem Widerstand, Einzelakteure zur oppositionellen Bewegung. Eine einfache Erklärung dafür ergibt sich immer wieder aus der Tatsache der oft nicht sichtbaren Netzwerke. Wenn eine Information über politische Verfolgung in die Bundesrepublik gelangte, war es auch zumeist unerheblich, was sich konkret hinter den Geschichten verbarg. Oft reichte der weitergetragene Fakt der politischen Verfolgung aus, um bei Bekanntwerden auch größere oppositionelle Gruppen zu vermuten, wenigstens im Hintergrund. Diese oft als existent angesehenen oppositionellen Gruppen gab es aber

---

Siebert hier: „Tiefergehende Differenzen in der Bewertung, welche politischen Veränderungen auf welche Art und Weise erreicht werden können, konnten [...] nicht überwunden werden."

[676] Ebenda: „Entscheidend (für Herrn Siebert, d. A.) war jedoch, daß hier junge Christen (deren rechtes Christ sein leider nicht nur von staatlicher Seite angezweifelt wurde) ihre Mitverantwortung für Gewaltfreiheit, Frieden und eine menschenwürdige Gestaltung des Zusammenlebens mit den einer christlichen Gemeinde zur Verfügung stehenden Möglichkeiten und ihr angemessenen Form wahrnehmen wollten."

[677] Vgl. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Chronologie, S. 41 ff.

[678] Die Welt vom 08.10.1986, S. 1. Frankfurter Rundschau, 06.10.1986, S. 2. Tagesspiegel, 07.10.1986, S. 2. Tageszeitung (taz), 06.10.1986, S. 1.

zumeist nicht bei Einzelaktionen. Der angenommene Fakt der Existenz von größeren oppositionellen Gruppen im Hintergrund bediente nicht nur die informationshungrige Pressewelt der Bundesrepublik, sondern auch die Verschwörungstheorien des Ministeriums für Staatssicherheit, das jedes Mal seinerseits schwer empört war über die neuerliche Propagandawelle aus dem Westen. Nach wie vor war ungeklärt, über welche Wege die Informationen in die BRD gelangten. Einer der Akteure, der Informationen auf konspirative Weise in den Westen weiterleitete, war Lutz Rathenow. Er war einer der wenigen Akteure der siebziger Jahre aus Jena, die nicht in den Westen ausreisten, obwohl auch er abgeschoben werden sollte. Von Ost-Berlin aus stellte er Kontakte zu westdeutschen Journalisten her. Über diese lancierte er dann die zumeist brisanten Informationen aus Jena zu Jürgen Fuchs und Roland Jahn. Beide organisierten dann die weitere Pressearbeit im Westen, was dem Ministerium für Staatssicherheit auch bekannt war. Dieses Engagement machte sie zu Staatsfeinden der DDR ersten Ranges. Das Ministerium für Staatssicherheit versuchte deshalb mit allen Mitteln, die Verbindungslinien aufzudecken und zu kappen. Im Operativen Vorgang „Assistent" gegen Lutz Rathenow stellte das Ministerium für Staatssicherheit 1984 „Überlegungen zum weiteren Vorgehen gegen Rathenow, Lutz" an. Zu den Maßnahmen gegen ihn gehörten neben der Telefonüberwachung auch der Versuch der Isolierung von Freunden und Kontaktpersonen aus dem westlichen Ausland, die Zerstörung des Eheverhältnisses, die Verhinderung von Publikationen in der DDR, massive Reiseeinschränkungen für das sozialistische Ausland, die Kriminalisierung bei Veröffentlichungen in der Bundesrepublik sowie versuchte Inhaftierung und Abschiebung in den Westen.[679] Trotz aller Angriffe scheiterte das Ministerium für Staatssicherheit am kompromißlos und konspirativ handelnden Rathenow. Seine Informationswege zwischen ihm und West-Berlin blieben geheim. Sie sorgten für eine schonungslose Öffentlichkeit in der Bundesrepublik, aber auch für erhebliche Unruhe in Jena, weil die Genossen die Verbindungslinien vor allem in der Jungen Gemeinde Stadtmitte vermuteten und suchten.

Der Zulauf an Jugendlichen zur Jungen Gemeinde Stadtmitte und deren Aktivitäten war in den Jahren 1985 und 1986 noch einmal erheblich angestiegen. Die Akteure organisierten Faschingsveranstaltungen, Fahrradtouren, Theateraufführungen, Rüstzeiten, Werkstätten, Wanderungen im Rahmen verschiedener Filmprojekte und zahllose Arbeitseinsätze. Ein Beispiel für enge Verbindungen außerhalb Jenas war die Behinderten-Wohnkommune aus Hartroda bei Ronneburg/Gera.[680] Hier leisteten

[679] OV „Assistent", MfS Reg.-Nr. XX/XV/6114/80, Überlegungen zum weiteren Vorgehen gegen Lutz Rathenow vom 27.01.1984.

[680] Die Behindertenkommune war ein staatlich unabhängiges, selbst organisiertes und sich selbst tragendes Behindertenprojekt. Das war für die Bedingungen in der DDR außergewöhnlich. Als Basis diente ein von der Kirche überlassenes Pfarrhaus. Hier versorgten sich die Behinderten aus eigener Kraft und mit Hilfe zahlreicher Jugendlicher aus dem Umfeld der Offenen Arbeit. Die Behindertenkommune in

Jugendliche der Jungen Gemeinde Stadtmitte regelmäßig Aufbauhilfe und betreuten behinderte Bewohner für Kost und Logis. Im Gegenzug feierten sie gemeinsam. Die Jugendlichen beteiligten sich insgesamt an zahlreichen kirchlichen und nichtkirchlichen Veranstaltungen zum Thema Frieden und Ökologie, darunter auch nach wie vor am offiziellen staatlich organisierten Gedenktag der Bombardierung Jenas am 19. März, allerdings ohne eigene Plakate. IM „Robert Hanf" berichtete beispielsweise am 6. März 1985 über die Vorbereitungen dazu. Die Beteiligung an solchen staatlichen Veranstaltungen war aus den Erfahrungen der Friedensgemeinschaft heraus in der Jungen Gemeinde Stadtmitte nicht unumstritten. Trotzdem engagierte sich ein Teil der Jugendlichen immer wieder bei diesen Gelegenheiten, um in der Öffentlichkeit präsent zu bleiben. In der Vorbereitung zur Gedenkveranstaltung äußerte Thomas Grund als Befürworter einer Beteiligung: „Wer trotzdem Mut hat, kommt mit zur Veranstaltung und trifft sich vorher in den Räumen der JG."[681] IM „Robert Hanf" berichtete aber auch über zahlreiche andere Veranstaltungen und Treffen der Offenen Arbeit. So trafen sich beispielsweise am 9. März 1985 Vertreter der offenen kirchlichen Jugendarbeit in Weimar zu einem gemeinsamen Koordinierungstreffen. Hier besprachen sie die aktuellen Ereignisse und Entwicklungen. Nicht selten ging es dabei in erster Linie um staatliche Repressionen gegen Jugendliche der Offnen Arbeit und darum, wie dem zu begegnen sei, und wie man die betroffenen Jugendlichen unterstützen könne. Neben den Vertretern aus Thüringen, so aus Saalfeld, Jena, Weimar, Erfurt und Eisenach, waren auch welche aus Berlin und Halle dabei.

Die inzwischen weiter angewachsene Vernetzung der Offenen Arbeit kam besonders darin zum Ausdruck, daß auch immer mehr nicht kirchlich organisierte Jugendliche zu den Werkstätten der Offenen Arbeit fuhren und dort teilweise eigene Programmpunkte oder Versorgungsaufgaben gemeinsam mit Jugendlichen der Offenen Arbeit übernahmen.[682] Aus diesen Strukturen heraus entwickelte sich eine emotional und geographisch übergreifende Zusammengehörigkeit unter den Jugendlichen. Sie war gleichzeitig Ausdruck eines neuen soziokulturellen und oppositionellen Jugendmilieus und widerspiegelte sich insbesondere an der sich erhöhenden Zahl von Teilnehmern an den Veranstaltungen der Offenen Arbeit. Die Offene Arbeit war nicht mehr wie in den

---

Hartroda entwickelte sich seit 1983 zu einem neuen wichtigen Treffpunkt für die Offene Arbeit, wo auch jährliche Treffen und Partys organisiert wurden.

[681] IM „Robert Hanf", Peter Haufschild, MfS Reg.-Nr. X/351/84. Information zu geplanten Aktivitäten der Jungen Gemeinde Stadtmitte 1985, BStU, Bl. 18 f.

[682] Die Liste der Veranstaltungen und der Beteiligung ist allein für 1985 sehr lang: im März: Saalfeld - Rock für den Frieden, April: Rudolstadt - Öko-Werkstadt, Mai: Naumburg - Friedenstreffen, Berlin - Blues-Messe, Halle - Werkstatt der Jungen Gemeinde, Jena - Frühjahrswerkstatt, Eisenach - Landesjugendsonntag, Juni: Meiningen - Werkstatt der Jungen Gemeinde, Berlin - Friedenswerkstatt der Erlösergemeinde, Suhl - Werkstatt der Jungen Gemeinde, September: Leipzig - Werkstatt der Jungen Gemeinde und Oktober: Dresden - Werkstatt der Jungen Gemeinde. Vgl. IM „Robert Hanf", MfS Reg.-Nr. X/351/84. Information zu geplanten Aktivitäten der Jungen Gemeinde Stadtmitte 1985, BStU, Bl. 18 f. und 32.

siebziger Jahren eine weitgehend überschaubare Jugendgruppe, in der sich die meisten Akteure untereinander persönlich kannten. Es gab im Gegenteil inzwischen sehr viele verschiedene Teilgruppen, die vor allem über die netzwerkartigen überregionalen Veranstaltungen in Kontakt kamen und sich hier austauschten konnten. Die Ausstrahlungskraft der Veranstaltungen der Jungen Gemeinde Stadtmitte erreichte so auch immer mehr Jugendliche aus dem regionalen Umfeld, zum Teil auch solche, die ausschließlich an den kulturellen Angeboten interessiert waren. An der Rüstzeitfahrt des letzten Taufkreises im Mai 1985 nach Schönburg beteiligten sich beispielsweise über 80 Jugendliche aus verschiedenen Gruppenzusammenhängen der Jenaer Jugendszene. Auch die Zusammenarbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte mit dem Arbeitskreis Homosexualität war bis zur Schließung der Räume im Februar 1986 sehr erfolgreich und verstärkte den Bekanntheitsgrad in der Bevölkerung weiter. Der Zulauf war zeitweise so groß, daß zu den Veranstaltungen sogar ein begrenzter Einlaß notwendig wurde, weil der Bedarf die räumlichen Möglichkeiten bei weitem überstieg.[683]

Mitte der achtziger Jahre entwickelte sich in Jena eine für die Junge Gemeinde Stadtmitte typische neue Form des Protestes heraus. Ein Teil der Jugendlichen verzichtete in ihrer gesellschaftlichen Auseinandersetzung auf politisch formulierte Ziele und eine direkte Konfrontation mit der Staatsmacht. Sie waren der Überzeugung, den permanenten Einschränkungen der persönlichen Freiheit unter Umgehung der bestehenden Gesetze einfach ausweichen zu können. Sie hatten es einfach auch satt, wegen jeder Lebensäußerung gegängelt und repressiv verfolgt zu werden. Sie fühlten sich unfrei und rechtlos. Deshalb organisierten sie zahlreiche Unternehmungen und Aktionen als harmlos erscheinende Freizeitaktivitäten, die aus ihrer Sicht zunächst auch vordergründig unpolitisch sein sollten, so. u. a. Straßenmusik und mehrere Mühsam-Abende im Rahmen der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Ihnen ging es dabei vor allem um die Umsetzung und die Darstellung ihres momentanen Lebensgefühls. Pfingsten 1986 unternahmen beispielsweise Akteure der Kommune Zwätzengasse 7 mit einem selbst gebauten Floß eine Floßfahrt auf der Saale und sorgten damit in der Szene für Furore. Sich selbst bewiesen sie auf diese Weise in erster Linie, daß man sich das Recht der persönlichen Freiheit einfach holen müsse. Eine Schlüsselstellung für die Entwicklung der neuen Form des Protestes nahm das öffentliche Frühstück auf dem Platz der Kosmonauten am 12. Juli 1986 ein, an dem sich etwa 40 Jugendliche beteiligten.[684] Hier

[683] „Nach der Schließung der Räume trafen sich die Gruppen bei Hauser (Szenekneipe, d. A.), Johannisplatz 11, Wagnergasse 27, Zwätzengasse 7 und Melanchthonstraße 6 bis zur Neueröffnung, viele andere trafen sich in West-Berlin." Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002.

[684] 1. Jenaer Open-Air-Frühstück auf dem Platz der Kosmonauten im Zentrum von Jena am 12.07.1986 zwischen 9.00 und 10.00 Uhr. Die vom Autor genannte Zahl erschließt sich aus dem vorhandenen Fotomaterial und der Erinnerung beteiligter Akteure. In der westdeutschen Presse wird von 25 Teilnehmern gesprochen. Vgl. Rheinische Post vom 08.10.1986, S. 4: „Opposition soll im Keim erstickt werden. Abschreckend hohe Strafen für junge Jenaer". Die Angabe der Rheinischen Post bezieht sich auf

entwickelte sich aus einer Filmidee von Thomas Grund konkreter politischer Protest, für den die Machthaber selbst verantwortlich waren. Die Überlegung für ein öffentliches Frühstück ergab sich ursprünglich aus dem Zusammenhang mit einem Super 8-Filmprojekt mit dem Titel: „Von einem der auszog“. Dafür hatte Grund geplant, eine Frühstücksszene im Freien zu drehen.[685] Ausgangspunkte für die Durchführung waren die Kommunen Zwätzengasse 7 und Johannisplatz 11.[686] Die Jugendlichen beteiligten sich ihrerseits mit der Überlegung, den öffentlichen Raum kreativ für eigene Aktivitäten zu nutzen. Besonders die Akteure der Kommune Zwätzengasse sahen in der geplanten Filmszene die Möglichkeit, ihren individuellen Freiraum zu erweitern. Die Kommune Zwätzengasse galt inzwischen auch weithin als Szene-Treffpunkt und Ideenfabrik für außergewöhnliche Aktionen. Das zentrale Anliegen der Jugendlichen war dabei das Bedürfnis, mit eigenen Aktionen ihre persönlichen Rechte in der Gesellschaft auszuloten, ohne im Gegenzug sofort Repressionen hinnehmen zu müssen. Ihr Handeln verstanden sie als das einer Spaßguerilla, die mit ihren lustigen Aktionen politischen Protest öffentlich machen und (Frei-) Räume zum Leben erschließen wollte. Die Polizei reagierte auf die Open-Air-Frühstücksaktion allerdings mit einem unerwarteten Polizeiaufmarsch[687], dem die Feststellung der Personalien und die Vertreibung vom Platz folgten. In Erinnerung an frühere Protestaktionen vermuteten Volkspolizei und Ministerium für Staatssicherheit eine politische Demonstration. Hintergrund für diese Annahme war das mitgebrachte und selbst gebastelte Plakat der Gruppe mit der Aufschrift: „1. Jenaer Open-Air-Frühstück“. So etwas stieß bei den Ordnungshütern auf Unverständnis. Erneute Repressionen und politische Verfolgung waren die Folge. Das Volkspolizeikreisamt verhängte gegen alle festgestellten Teilnehmer auf Anweisung des Ministeriums für Staatssicherheit zum Teil drastische Ordnungsstrafen. Die höchste Strafe belief sich in einem Fall auf 500,- Mark[688] und betraf Oliver Jahn. Ihn verdächtigte die Volkspolizei als Hauptorganisator und Rädelsführer. Die anderen Beteiligten kamen zumeist mit Geldstrafen von 150,- Mark davon. Die Jugendlichen

---

die Anzahl von erteilten Geldstrafen. Allerdings erhielten nicht alle der Beteiligten eine Geldstrafe. Unter den Teilnehmern befanden sich übrigens auch zwei Personen aus Westdeutschland, von denen eine Person der Kontrolle durch die Volkspolizei entgehen konnte, die andere mußte die DDR sofort verlassen und wurde mit Einreiseverbot belegt. Eine genaue Anzahl der Teilnehmer ist nicht mehr exakt ermittelbar.

[685] OPK „Zentrum“, MfS Reg.-Nr. X/833/86, Ergänzende Informationen zum stattgefundenen „Open-Air-Frühstück“ am 12.07.1986 auf dem Platz der Kosmonauten mit Mitgliedern der Jungen Gemeinde Stadtmitte vom 15.09.86, Privatarchiv Peter Mühlfriedel, BStU, Bl. 24.

[686] Kommune Zwätzengasse 7: hat sich 1984 durch die illegale Besetzung eines alten abrißgefährdeten Hauses herausgebildet. Bewohner waren Lothar Vollmann, Peter Mühlfriedel, Alexander Adameck, Jörg Zickler, Oliver Jahn, Ines Petersdorf, Heike Putensen u.a. Bewohner des Johannisplatz 11 waren: Carsten Hahn, Martina Arndt, Henning Pietzsch und Hartmut Fichtmüller.

[687] Mehrere Polizei-Pkw sperrten das Gebiet ab. Ein Lkw stand zum eventuellen Abtransport von Beteiligten bereit. Die Anzahl der Polizisten betrug schätzungsweise mindestens 20. Angaben vom Autor, der selbst Teilnehmer war.

[688] 500,- Mark der DDR netto waren ein durchschnittliches Monatsgehalt.

wehrten sich dagegen mit Eingaben an das Volkspolizeikreisamt. Diese wurden aber nach DDR-Rechtsauffassung als unbegründet abgelehnt, weil die Tatsache erwiesen sei, daß die Jugendlichen die öffentliche Ordnung und Sicherheit gestört hätten. Diese Auseinandersetzung zwischen den Jugendlichen und den staatlichen Stellen war stellvertretend typisch für den willkürlichen repressiven Umgang des Staates mit den Jugendlichen. Stefan Willebrand (Limmer oder Brille)[689] fertigte als einer der betroffenen Teilnehmer nach einer Vorladung auf das Volkspolizeikreisamt ein Gedächtnisprotokoll über den Verlauf des Gespräches mit der Polizei an. Grund der Vorladung war seine Eingabe gegen das Ordnungsstrafverfahren.[690] Der offizielle Vorwurf gegen ihn und die anderen Teilnehmer lautete immer gleich: „Sie haben am 12.07.1976 eine Ordnungswidrigkeit begangen, indem Sie gegen 09.35 Uhr in Jena, Platz der Kosmonauten, an einer Zusammenkunft in sonstiger Weise mitwirkten, die geeignet war, die gesellschaftlichen Interessen zu mißachten“.[691] Zur Begründung hieß es: „Durch Ihre Handlungsweise verletzten Sie die gesetzlichen Bestimmungen und beeinträchtigten dadurch die öffentliche Ordnung und Sicherheit.“[692] Bei seiner Vorladung kritisierte Willebrand die Anschuldigungen gegen ihn und forderte eine nachvollziehbare Begründung für die Handlungsweise der Polizei.[693] Doch damit leistete er in der Logik der SED-Diktatur bereits konkreten politischen Widerstand. Je geringer die politischen Rechte des einzelnen Menschen sind, desto niedriger erscheint den Machthabern auch die Schwelle zum Widerstand. Willebrand führt mit dem Dialog des Protokolls eindringlich die ideologischen Worthülsen der Genossen der Polizei vor. Sein Auftreten während der Befragung brachte die Beamten der Volkspolizei vollkommen aus der Fassung. Das zeigt, wie hilflos die Mächtigen tatsächlich waren, wenn ihnen offen Widerspruch entgegengesetzt wurde. Einzuräumen bleibt allerdings, daß offener Widerspruch keine Garantie für einen eigenen Erfolg begründete, sondern stets von der Willkür der jeweiligen Beamten abhing. Willebrand hatte zudem für sich bereits mit den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR abgeschlossen. Faktisch war aber der Einzelne trotz Verfassung und Gesetz rechtlos und jederzeit der staatlichen Willkür ausgesetzt, kam er einmal ins Visier. Die Beamten der

[689] Stefan Willebrand, Alexander Adameck, Oliver Jahn, Lothar Vollmann, Peter Mühlfriedel und weitere Akteure aus deren Umfeld wurden im OPK „Zentrum“, MfS Reg.-Nr. X 833/86, erfaßt und bearbeitet.

[690] Von etwa 40 Teilnehmern soll es nach Schätzungen zu 35 Eingaben gekommen sein. Alle Betroffenen wurden wie Willebrand vorgeladen und ihre Eingabe anschließend als unbegründet abgelehnt. Weitere Dokumente fehlen dazu. Das Protokoll von Willebrand kann aber als typisch angesehen werden.

[691] Ordnungsstrafverfügung nach § 4 (1) Ziffer 3 der Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 22.03.1984, GB l. I, Nr. 14, S. 173. Ordnungsstrafverfügung gegen Oliver Jahn vom 24.07.1986. Der Inhalt und Wortlaut sind identisch mit den Verfahren gegen die anderen Teilnehmer.

[692] Ebenda.

[693] Gedächtnisprotokoll von Stefan Willebrand zur Klärung eines Sachverhaltes am 24.07.1986 auf dem Volkspolizei-Kreisamt Jena. Die Eingabe- und Beschwerdeverordnung der DDR war die einzige legale Möglichkeit, sich gegen staatliche Maßnahmen zur Wehr zu setzen. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 36.

Volkspolizei handelten dabei politisch und materiell überlegen und leiteten daraus ihr ausschließlich ideologisch begründetes Handeln ab. In der Folge stellten Willebrand und andere Teilnehmer des Open-Air-Frühstücks einen Antrag auf Ausreise in die BRD und kamen damit dem Ministerium für Staatsicherheit zuvor, das bereits die Abschiebung der Akteure beabsichtigt hatte. Das Auftreten der Akteure bei den polizeilichen Vorladungen beschleunigte die Entscheidung zur Entlassung aus der DDR-Staatsbürgerschaft. Das ursprünglich vom neuen Stadtjugendpfarrer Kasparick[694] angeregte und an den Superintendenten Siebert weitergeleitete Gedächtnisprotokoll von Willebrand führte in seiner Konsequenz auch erneut zur Auseinandersetzung zwischen der Kirchenleitung und der SED-Kreisleitung. Siebert protestierte im Interesse der Jugendlichen gegenüber den Genossen gegen die Ordnungsstrafen, die jedoch nicht zurückgenommen wurden. Die Solidarisierung unter den Jugendlichen der Offenen Arbeit mit den repressiv Verfolgten in Jena ging in dieser Situation allerdings kaum über den Kreis der Betroffenen hinaus. Volkspolizei und Ministerium für Staatssicherheit blieben bei ihrer Ansicht, daß die Junge Gemeinde Stadtmitte und ihr Umfeld nach wie vor politisch sehr gefährlich und jederzeit zu spontanen negativ-feindlichen Handlungen bereit sei. Insofern waren die repressiven Reaktionen auf das Open-Air-Frühstück eine Überreaktion aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre.

Auch die Tatsache, daß die westdeutsche Presse über die Ereignisse in Jena berichtete, nährte beim Ministerium für Staatssicherheit weiter den Generalverdacht der Fernsteuerung aus dem Westen. Die West-Berliner Tageszeitung „taz“ berichtete beispielsweise am 13. September 1986 über das Frühstück und seine Folgen. Ein Jugendlicher aus dem Kreis der Kommune Zwätzengasse 7, Lars Matzke[695], hatte zum gleichen Zeitpunkt aus alten Zeitungen eine politische Collage angefertigt und an seine Wohnungstür geheftet, womit er gegen die Wahlpraxis in der DDR protestieren wollte. Daraufhin wurde er verhaftet. Die „taz“ nahm beide Ereignisse auf und schrieb: „Die Angst beim Stasi sitzt tief. 1. Jenaer Open-Air-Frühstück endete mit Geldstrafen / 8 Monate Haft für Collage.“[696] Das Magazin „Der Spiegel“ berichtete, man habe von einem Stasi-Mann erläutert bekommen, „...es gelte (für das Ministerium für Staatssicherheit, d. A.), eine neue oppositionelle Stadtszene im Keim zu ersticken.“[697]

---

[694] Die Stadtgemeinde Jena setzte 1985 Ulli Kasparick als ersten Stadtjugendpfarrer ein. Er sollte neben dem für die Junge Gemeinde Stadtmitte zuständigen Diakon Jürgen Hoffmann und dem Kreisjugendpfarrer Siegfried Nenke (IM „Brenner“) die Jugendarbeit der Gemeinde Jena übernehmen. Kasparick stand den Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte in seiner politischen Haltung positiv gegenüber und unterstützte sie zum Teil gegen die Vorbehalte von Superintendent Siebert. Er engagierte sich wie Diakon Hoffmann im Arbeitskreis Wehrdienst und initiierte mit ihm eine ökologische Arbeitsgruppe, an der auch Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte beteiligt waren.

[695] Lars Matzke gehörte zum Freundeskreis der Wohnkommune Zwätzengasse 7 und gehörte als „JG-Gänger“ zum Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Nach Haftantritt wurde er in die BRD freigekauft.

[696] taz vom 13.10.1986, S. 10.

[697] Der Spiegel Nr. 44/86, S. 14: Strafbares Frühstück.

Andere Tageszeitungen übernahmen diese Berichterstattung, so beispielsweise die „Rheinische Post“, „Die Welt“, der „Kölner Stadtanzeiger“ und die „Stuttgarter Nachrichten“.[698] Solche Schlagzeilen wirkten wie schon in den Jahren zuvor auf SED und Ministerium für Staatssicherheit äußerst bedrohlich.

Die meisten Akteure der Kommune Zwätzengasse 7 wurden anschließend bis zu ihrer Übersiedlung nach West-Berlin in der Operativen Personenkontrolle (OPK) „Zentrum“ erfaßt und bearbeitet. Die wichtigsten Informanten waren hier Peter Haufschild (IM „Robert Hanf“)[699] und GMS „Arthur“[700]. IM „Robert Hanf“ erhielt für seine Spitzeldienste von 1984 bis zu seiner Übersiedlung nach West-Berlin 1988 insgesamt 3141,50 Mark.[701] In einem mit ihm zu seiner IM-Tätigkeit geführten Gespräch erklärte er 1995, er fühlte sich durch seine körperliche Behinderung persönlich benachteiligt und gesellschaftlich nicht anerkannt. Die fehlende Annerkennung habe er dann durch die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit erfahren. Das habe ihn auch zur Zusammenarbeit bewogen. Ein zweiter Grund sei die Beschaffung teurer Medikamente aus dem Westen gewesen. Das Ministerium für Staatssicherheit habe ihn mit dem Versagen der Beschaffung der Medikamente unter Druck setzten können. Er wäre darüber hinaus damals arbeitsunfähig gewesen und lebte von einer kleinen Behinderten-Rente. Neben der persönlichen Anerkennung und der reibungslosen Beschaffung von Medikamenten lockten ihn also auch die erhofften Einkünfte zur Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Immerhin konnte er sich damit die Unterhaltung eines PKW der Marke Trabant leisten, den er von Verwandten aus der BRD geschenkt bekommen hatte. Mit seiner Ausreise in die BRD endete 1988 seine Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Im Gespräch bereute er sein damaliges Handeln.[702]

Die Werkstatt-Themen der Jungen Gemeinde Stadtmitte standen ab 1984 bis 1986 unter dem jeweiligen Motto: „Frostschutz - Wärme zum Leben“, „Ach, haben wir´s reichlich“ und „Frei-Zeit-Los“. Weiterer Werkstatthöhepunkte waren in Berlin, Erfurt und Rudolstadt, wo sich viele Jugendliche aus Jena inhaltlich beteiligten. In Rudolstadt reorganisierte beispielsweise die Junge Gemeinde 1986 gemeinsam mit Pfarrer Walter Schilling eine June-Nachfolgewerkstatt unter dem Motto „Jugend 86“. Die Idee dazu

[698] Rheinische Post vom 08.10.1986, S. 9, Die Welt vom 06.10.1986, S. 4, Kölner Stadtanzeiger vom 08.10.1986, S. 5, Stuttgarter Nachrichten vom 08.10.1986, S. 2.
[699] IM „Robert Hanf“, Peter Haufschild, MfS Reg.-Nr. X/351/84.
[700] GMS „Arthur“ erschließt sich aus dem OPK „Zentrum“, ist aber namentlich nicht bekannt. GMS = Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit, zumeist Personen, die keine IM waren, aber für das Ministerium für Staatssicherheit als „vertrauenswürdige“ Personen im Sinne der DDR-Ideologie galten. GMS „Arthur“ war ein Arbeitskollege von Alexander Adameck und bekam durch diesen Kontakt zu weiteren Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Über den GMS liegen keine weiteren Informationen vor.
[701] IM „Robert Hanf“, MfS Reg.-Nr. X/351/84. Bd. I, S. 227 und Bd. II, S. 223.
[702] Das Gespräch fand 1995 in Berlin statt. Initiator war Uwe Kulisch, Mitarbeiter des Archivs für Zeitgeschichte „Matthias-Domaschk“ Jena im Rahmen einer Zeitzeugenbefragung zur Offenen Arbeit Jena. Der Autor nahm an dem Gespräch teil.

lehnte sich an die ersten großen Werkstätten der Offenen Arbeit „June 78“ und „June 79“an. An ihr nahmen Jugendliche aus der ganzen DDR teil: „1986 zu der großen Rudolstädter Werkstatt „Jugend 86“ trafen erstmalig unterschiedliche Gruppen (kirchliche und nichtkirchliche Gruppen, d. A.) in dieser Größenordnung (2000 Leute) aufeinander. Auseinandersetzungen gab es nicht innerhalb der Gruppen, sondern nur zwischen den Gruppen und zwischen den Gruppen und den Bürgern, die sich in ihrer kleinstädtischen Ruhe gestört fühlten. Manche hatten auch niedere Motive. Allerdings wurde zum ersten Mal die Existenz dieser vielen unterschiedlichen Gruppen deutlich, und eine Auseinandersetzung mit den Inhalten erfolgte im Laufe der nächsten Jahre. Zum einen in den Gruppen selbst, zum anderen in der Kirche und den gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Jugendlichen arbeiteten.“[703]

Alle diese Kontakte, Aktionen und Netzwerke versuchte das Ministerium für Staatssicherheit unter Beobachtung und unter Kontrolle zu halten. Es wurde gespitzelt, denunziert und verfolgt. Eine ganze Reihe Jugendlicher erhielt Personalausweis-Entzug, Reiseverbot und Ordnungsstrafen. Einige von ihnen wurden auch aus Lehre oder Beruf relegiert, oder ihnen wurde die berufliche Qualifikation verwehrt. Setzten sich die Betroffenen zur Wehr, führte der Weg nicht selten ins Gefängnis oder in den Westen.

Eine von den Akteuren weitgehend unterschätzte Methode des Ministeriums für Staatssicherheit war die gezielte Einschleusung von Inoffiziellen Mitarbeitern in die „gut informierten Kreise West-Berlins“.[704] Das Ministerium für Staatssicherheit wollte unter allen Umständen die Verbindungskanäle der konspirativen Informationsübermittlung erkennen und zersetzen, vor allem die zwischen Jenaern und Exil-Jenaern. Auf der Grundlage graphischer Darstellungen über die Verbindungen der Jenaer untereinander entwickelte das Ministerium für Staatssicherheit Einsatzpläne.[705] Ohne diese Verbindungskanäle, so die Vermutung des Ministeriums für Staatssicherheit, würden die repressiven Maßnahmen gegen die Akteure in Jena nicht öffentlich bekannt werden. Die Tatsache, daß Millionen von DDR-Bürgern über die

[703] Zitat und Zahlenangabe: Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002.

[704] Z. B. IMS „Heiko“, Adelbert Emse, geb. 22.04.1953, MfS Reg-Nr. X/18/76. Für den IMS, mehrfach vorbestraft wegen Kleinkriminalität, laut Ministerium für Staatssicherheit homosexuell veranlagt, wurde Ende 1983 für seinen Einsatz in West-Berlin ein Vorschlag erarbeitet. Er sollte offiziell übersiedeln, in Kreuzberg seinen Wohnsitz nehmen, sich unauffällig verhalten und besonders den „Zielpersonen“ Jahn, Rösch, Dorothea und Michael Rost, Scholz, Petra und Lutz Leibner, Auerbach sowie Christine und Reinhard Klingenberg nähern und deren Lebensverhältnisse und Aktivitäten ausspionieren. IMB „Mario“, chilenischer Politemigrant, MfS Reg.-Nr. X/657/84, Reiseauftrag vom 12.06.1989. Er sollte operative Kontakte aufnehmen zu Wendler, Rub, Rösch, Eisenberg (selbst ausgereister IM „Leonardo“ alias „Frank“) und Jahn, Anlaufpunkte dazu Wendler, Hahn, Arndt, Pietzsch. Abschöpfen sollte der IM vor allem Informationen über Stellung, Ziele und Aufgaben von Roland Jahn und Jürgen Fuchs über Aktivitäten, Kontakte, Konfrontation mit BRD/WB-Medien, Senatsdienststellen, alliierten Geheimdienststellen, Polizei, Staatsschutz und imperialistischen Geheimdiensten gegenüber ehemaligen DDR-Bürgern, insbesondere Ex-Jenaern. Der IM erhielt für die planmäßige Durchführung seiner Reise 300,- DM und 300,- Mark der DDR.

[705] Vgl. Dokumentenanhang Dok. 40.

westlichen Medien erfuhren, was im eigenen Land durch DDR-Behörden geschah, verstärkte den Willen des Ministeriums für Staatssicherheit, kleinste Ansätze von Widerspruch mit drakonischen Mitteln zu verfolgen. Besonders unnachgiebig war die Verfolgung der Jenaer Akteure 1986, weil die SED sich seit Mitte des Jahres darauf vorbereitete, ihr offizielles politisches Verhältnis zur bundesdeutschen Oppositionspartei „Die Grünen" öffentlich aufzuwerten. Die Grünen galten aber wegen ihrer pazifistischen und antimilitaristischen politischen Ziele als Feind des Sozialismus und gleichzeitig als heimlicher Unterstützer der Oppositionellen in der DDR. Einer der vielen Gründe hierfür war die politische Unterstützung Roland Jahns gegen seine widerrechtliche Abschiebung in den Westen 1983. Für die SED waren die offiziellen Gespräche mit den „Grünen" deshalb vor allem politische Taktik gegenüber der eigenen Bevölkerzug. Im September 1986 kamen die Bundestagsabgeordneten, der ehemalige NATO-General Gerd Bastian und Petra Kelly, zu Besuch in die DDR und trafen sich mit dem Staatsratsvorsitzenden der DDR und Generalsekretär der SED Erich Honecker. Da paßte es nicht in das offizielle Bild von SED und Ministerium für Staatssicherheit, daß gerade wieder einmal ein paar aufmüpfige oppositionelle Jenaer durch die westlichen Medien geisterten und wie schlechte Vorboten über den offiziellen Gesprächen schwebten. Im Gepäck hatten die beiden Abgeordneten dann auch nicht nur offizielle Wünsche und Grüße an den Staatsratsvorsitzenden, sondern auch eine erneute Liste von politischen Gefangenen in der DDR, die sie Erich Honecker übergaben.[706] Die damit verbundene offizielle Forderung lautete: Freilassung aller politischen Gefangenen in der DDR. Für die SED-Staatsführung war dies ein Affront, und die Rückwirkungen auf die Verfolgten in Jena vergrößerten sich dadurch erheblich.

Problematisch waren die Veröffentlichungen in der BRD-Presse auch gerade für diejenigen Akteure in Jena, die nicht vorhatten, die DDR zu verlassen. Einige sahen in der Berichterstattung eher eine Einmischung in die eigenen politischen Zielsetzungen und Strategien gegenüber der SED. Sie fürchteten außerdem eine verschärfte repressive Verfolgung. Einigen Akteuren, die jetzt in West-Berlin lebten und von hier aus ihre Politik gegen die DDR machten, unterstellten sie sogar Profilierungsverhalten zum persönlichen Vorteil. Solches Mißtrauen mußten sich zeitweise besonders Roland Jahn sowie Christina und Reinhard Klingenberg gefallen lassen.[707] Peter Rösch vertrauten die Jenaer dagegen sehr, weil er sich aus ihrer Perspektive nicht von der gemeinsamen politischen Basis entfernt hätte.[708] Die Jenaer sahen vor allem Roland Jahn als den

[706] Morgenpost vom 27.09.1986.

[707] OV „Weinberg", MfS Reg.-Nr. X/318/83, Zwischenbericht vom 15.01.1985, S. 1. „Rösch, Jahn und das Ehepaar Klingenberg kristallisieren sich zu den politisch aktivsten Personen, insbesondere im Zusammenwirken mit den „Grünen" und der „Alternativen Liste", heraus."

[708] Diese Einschätzung geht zurück auf mehrere Diskussionsrunden zwischen Akteuren der Kommunen Zwätzengasse und Johannisplatz um die Frage der Veröffentlichungen in der westdeutschen Presse nach dem Open-Air-Frühstück 1986. Das Ministerium für Staatssicherheit vermutete, daß Peter Rösch der

„Macher der Veröffentlichungen“ an. Ihm unterstellten sie, daß seine Presseaktionen nur der eigenen Karriere im Westen dienten würde. Inwieweit diese Haltung möglicherweise auf gezielt gestreute Gerüchte des Ministeriums für Staatssicherheit zurückgeht, läßt sich nachträglich nicht eindeutig klären. Fest steht aber, daß das Ministerium für Staatssicherheit genau diese Formulierung über Jahn im Operativen Vorgang „Weinberg“ selbst verwandte.[709] Das notwendige Ziel der Akteure im Westen zur Absicherung ihres eigenen Lebens und die jeweiligen politischen Ziele standen immer im Gegensatz zu den Methoden der Zersetzung des Ministeriums für Staatssicherheit, und bildeten für die Jenaer ein undurchsichtiges Konglomerat an Fakten und Gerüchten, aus dem sich jeder bediente wie er wollte. Auch wenn die Berichte in den Medien der BRD über oppositionelle Akteure und Gruppen insgesamt oft übertrieben und nicht sehr ausführlich ausfielen, so boten sie den Verfolgten doch zumeist einen erheblichen Schutz vor weiteren Repressionen und den DDR-Bürgern eine Informationsmöglichkeit. Damit hatte die Berichterstattung immer zwei Seiten, einmal die mögliche Verschärfung der Repressionen gegen die Akteure in der DDR, zum anderen war sie ein Schutzfaktor vor Repressionen.

In der Folge des Jenaer Open-Air-Frühstücks und den Presseberichten in der Presse der Bundesrepublik verstärkte sich die repressive Verfolgung der Akteure in Jena. Das bekamen zu allererst die Jugendlichen aus der Zwätzengasse und vom Johannisplatz zu spüren. Einige Hauptbeteiligte am Open-Air-Frühstück waren gleichzeitig die Initiatoren der Jenaer Musikband „Airtramp“ und lebten in der Kommune Zwätzengasse. Sie hatten schon im Vorfeld der Frühstücksaktion als Musikband der Jungen Gemeinde Stadtmitte zahlreiche Konflikte mit der Staatsmacht. Gegründet hatte sich die Band Ende 1983 mit 13 Bandmitgliedern[710], das Repertoire umfaßte mindestens 52 Titel. Ihr erster Auftritt fand am 24. Dezember 1983 zur Weihnachtsparty statt, ihr letzter Auftritt war Anfang Februar 1987, beides

---

Initiator der Veröffentlichungen in West-Berlin war. Vgl. OPK „Zentrum“, MfS Reg.-Nr. X/833/86, Information zu Blase (Rösch) vom 22.09.1986, BStU, Bl. 28 und 32, Privatarchiv Peter Mühlfriedel: „Z. erzählte, daß zwei Bürger aus WB zu dieser Veranstaltung (dem Open-Air-Frühstück, d. A.) da waren und fotografiert bzw. gefilmt haben. Bei dem einen der beiden soll es sich um den ehemaligen Jenaer mit Spitznamen „Blase“ gehandelt haben.“ Diese Information war falsch, diente dem Ministerium für Staatssicherheit aber zur Verfolgung der Teilnehmer am Open-Air-Frühstück. Der Vorwurf: Landesverräterische Nachrichtenübermittlung, Ungesetzliche Verbindungsaufnahme, Verfassungsfeindlicher Zusammenschluß, Staatsfeindliche Hetze, Staatsverleumdung.

[709] OV „Weinberg“, MfS Reg.-Nr. X/318/83, Zwischenbericht vom 15.01.1985, S. 4. „Im Oktober 1984 hat sich Jahn durchgerungen, bei den „Grünen“ politische Karriere zu machen. Er hat begriffen, daß sein Ruf als ehemaliger „Widerstandskämpfer“ zu abgegriffen ist. Das noch vorhandene politische Image will er als Einstand bei den „Grünen“ einsetzen.

[710] Oliver Jahn (Olli): voc, g, tp, perc, komp, Peter Mühlfriedel (Mühle): voc, g, mund, text, komp, Olaf Kikeritz (Kiki): bg, voc, Martin Döhler (Mauritius): org, sax, vi, komp, Martin Hertsch (Ötschi): dr, text, Dietmar Weinberg (Ringo): dr, text, komp, fl, Roland Schauroth (Rolli): dr, Ralf Vogt (Ralf): Technik, Thomas Irmler (Gamache): Technik, Michael Osterwald (Micha): fl, voc, sax, Gerd Augstein (Augstein): sax, b, Wolfgang (Wolfi): vi; Hänel, dr.

Veranstaltungen in der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Dazwischen lagen 38 Konzerte zumeist in kirchlichen Räumen überwiegend in Jena und Umgebung. Sie spielte auf Werkstätten, Feten, aber auch bei kirchlichen Großveranstaltungen[711] und machte gemeinsame Session mit anderen Bands. Airtramp war im allgemeinen Verständnis der Jugendlichen „die JG-Band". Am 14. November 1985 erhielt Airtramp, obwohl den Verantwortlichen der Stadt als kirchliche Band bekannt, im Kulturhaus Ringwiese in Jena ihre offizielle Einstufung als Tanzmusikformation durch die Abteilung Kultur Jena-Land.[712] Damit war sie berechtigt, in staatlichen Kulturhäusern und bei staatlichen Veranstaltungen im Landkreis aufzutreten und Gage dafür zu verlangen. Mitgliedern der Band gelang es, den Leiter Reinhardt Schwabe des damaligen Jugendclub[713] im Stadtteil Burgau für sich zu gewinnen. „Der Leiter des Jugendclubs unterstützte uns, weil er unsere Musik und die Texte gut fand. Aber er kannte auch nicht alle Texte. Die Lieder, die wir zu unserem ersten Auftritt im März 1985 in Burgau spielten, waren relativ harmlos, Lebenslieder usw. Wir hatten den Eindruck, der Typ war nicht ganz so verkalkt, wie sonst üblich bei Leuten mit Funktion. Außerdem hatte die Freie Deutsche Jugend (FDJ) eh nicht viel zu bieten. Denen fehlte es an Kreativität. Wir hatten schon den Eindruck, der meint es ernst. Und wir konnten so Auftrittsmöglichkeiten finden, um nicht nur in kirchlichen Räumen zu spielen."[714] Aus der Perspektive der Verantwortlichen des Stadtkabinetts[715] war die Einstufung in Absprache mit dem Referat für Kirchenfragen[716] und dem Ministerium für Staatssicherheit der Versuch, die Band aus dem bisherigen Umfeld der Kirche zu lösen und vom Umfeld der Jungen Gemeinde zu isolieren. Einbinden statt Rauswerfen hieß die vorläufige Strategie gegenüber der Band. Mit den ersten Auftritten als Mittelstufen-Formation[717] kamen die ersten Schwierigkeiten. Im Januar 1996 informierte das Referat für Kirchenfragen des Rates der Stadt Jena das Ministerium für Staatssicherheit über ein Gespräch zwischen dem Genossen Reinhardt Schwabe und dem Leiter des Stadtkabinetts Jena-Land, Genossen Müller-Kaynsberg, mit Mitgliedern der Band. Im Gespräch wurde festgelegt: „Die vom Rat des Kreises Jena-Land ausgestellten Spielausweise sind gültig. Die

[711] So beispielsweise in Schwerin, Eisenach, Rudolstadt, Saalfeld, Erfurt, Suhl, Apolda und Berlin.
[712] Die administrative Struktur des Kreises Jena unterteilte sich in Jena-Stadt und Jena-Land.
[713] Leiter des Jugendclubs war zu dieser Zeit Genosse Reinhardt Schwabe.
[714] Zeitzeugen-Gespräch mit Oliver Jahn am 10.02.2001 mit dem Autor.
[715] Im Stadtkabinett saßen eingesetzte Vertreter der Stadt, die jeweils ein Ressort unter sich zu verwalten hatten, so z. B. das Ressort für Kultur.
[716] Das Referat Staatspolitik in Kirchenfragen war eine eigenständige Abteilung des Rates der Stadt Jena. Die Genossen bekamen vom Ministerium für Staatssicherheit Informationen für ihre offizielle Zusammenarbeit mit der Kirchengemeinde und erarbeiteten u. a. Vorschläge und Strategien für den Umgang mit Personen, die dem kirchlichen Milieu zugeordnet wurden.
[717] Musikgruppen wurden in drei Kategorien eingestuft: Unterstufe, Mittelstufe und Oberstufe. Die Einstufung hing neben politisch opportunen Texten vor allem vom musikalischen Verständnis der Kommissionsmitglieder ab. Die Kommissionsmitglieder waren keine Musiker, sondern städtische Angestellte und politische Funktionsträger.

Gruppe bereitet sich für Juni 86 auf eine erneute Einstufung mit einem Tanzmusikprogramm vor und strebt die Qualifikation „Oberstufe“ an. Vor der Einstufung führt das Stadtkabinett die Anhörung einer Probe durch. Der Kulturhausleiter, Gen. Reinhardt Schwabe übernimmt im Zusammenwirken mit der FDJ-Leitung des G-Betriebes des Kombinats VEB Carl-Zeiss Jena die Betreuung dieser Gruppe, insbesondere durch Bereitstellung eines Proberaumes, Bereitstellung eines Mentors für die weitere Entwicklung der eigenen Texte. Nach bestandener Einstufung soll daraus eine offizielle Trägerschaft der Gruppe entstehen. Durch diese gemeinsam mit der Gruppe und Gen. Schwabe getroffenen Maßnahmen löst sich die Gruppe aus dem Wirkungsfeld kirchlicher Einrichtungen. Die Maßnahmen unterliegen der laufenden Kontrolle durch das Stadtkabinett.“ [718]

Der ausgehandelte und schriftlich fixierte Kompromiß lautete also, daß die Band staatlich gefördert wird unter der Voraussetzung, sich institutionell und politisch vereinnahmen und kontrollieren zu lassen bei gleichzeitiger Herauslösung aus dem „Wirkungsfeld kirchlicher Einrichtungen“. Als Belohnung und Lockmittel sollte die Einstufung in die Oberstufe dienen. Damit wären für die Band nicht nur bessere Auftrittsmöglichkeiten, sondern auch höhere Gagen verbunden gewesen. Die Mitglieder der Band ließen sich jedoch in der praktischen Umsetzung nicht vereinnahmen. Schon im Februar 1996 kam es zu einer weiteren Aussprache mit dem Stadtkabinett.[719] Am 04. März 1986 wurde dann Oliver Jahn, dem „Leiter der Tanzmusikformation Airtramp“, schriftlich mitgeteilt, daß die Spielerlaubnis mit sofortiger Wirkung ausgesetzt ist. In dem Brief des Rates der Stadt Jena hieß es zur Begründung: „1. Entsprechend Gesetzblatt der DDR, Teil 2, Nr. 65, S. 597 vom 15 Juni 1964, § 1, ist der Rat der Stadt Jena, Abteilung Kultur, für die Erteilung der Spielerlaubnis zuständig. 2. Sie hatten sich im 1. Halbjahr 1986 an das Stadtkabinett für Kulturarbeit gewandt, um eine Einstufung zu erlangen. Bei einem Gespräch dazu wurde Ihnen eindeutig vermittelt, daß jedes Auftreten zu öffentlichen Veranstaltungen außer der entsprechenden musikalischen Qualität durch ein hohes Maß kulturpolitischer Verantwortlichkeit, besonders für Inhalt und Ausstrahlungskraft der Darbietungen auf der Grundlage der Gesetze unseres sozialistischen Staates getragen sein muß. Da zu diesem Zeitpunkt ein erheblicher Teil der von Ihnen vorgelegten Texte der Eigenkompositionen diesen Anforderungen nicht entsprachen, wurde Ihnen eine inhaltliche Überarbeitung und eine Überprüfung Ihrer Positionen dazu empfohlen. Sie sind diesen Empfehlungen nicht gefolgt und haben über den Kreis Jena-Land eine Einstufung erwirkt, zu der ein Teil Ihrer Texte lediglich

[718] OPK „Zentrum“, MfS Reg.-Nr. X/833/86, schriftliche Information des Kabinetts für Kulturarbeit Jena-Stadt zur kirchlichen Gruppe „Airtramp“, Jena, 21.01.86, Privatarchiv Peter Mühlfriedel.

[719] 05.02.1986 Aussprache mit dem Direktor des Stadtkabinett für Kulturarbeit, Genossen Müller-Kaynsberg vom Rat der Stadt Jena, Abteilung Kultur. Er entzog der Band die Spielerlaubnis mit sofortiger Wirkung.

gekürzt wurde. Trotzdem hat dabei die Fachjury - ohne Kenntnis unserer Empfehlungen - eine „bedingte Einsatzfähigkeit“ ausgesprochen. Wir sehen uns in Wahrnehmung der gesetzlichen Verantwortung nicht in der Lage solche Manipulationen zu akzeptieren. 3. Wir empfehlen folgendes weiter zu überdenken: Die Tätigkeit von Volkskunstkollektiven auch auf dem Gebiet der Tanz- und Unterhaltungsmusik hat ihre Wurzeln in der völligen Übereinstimmung mit der Kulturpolitik unseres Staates und der schöpferischen Umsetzung dieser Werte mit einem breiten Spektrum von Ausdrucksmöglichkeiten. Voraussetzung für eine solche öffentliche Wirksamkeit ist die eigene und offen vorgetragene Position zum Anliegen des künstlerischen Volksschaffens und die künstlerische Qualität als Einheit. Ich darf Sie auf die Ausführungen der IV. Volkskunst-Konferenz der DDR vom Dezember 1984 verweisen. 4. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sehen wir bei Ihrem Kollektiv noch keinen verläßlichen Ansatzpunkt für eine solche Haltung. Auf der Grundlage des Gesetzblattes [...] empfehle ich Ihnen, neben der weiteren musikalischen Qualifikation - auch auf diesem Gebiet gab es ja bekanntlich kritische Hinweise - in erster Linie Ihre inhaltlichen Motivationen, die ganz persönlichen Positionen jedes Mitgliedes für eine solche kulturpolitisch künstlerische Tätigkeit zu klären und progressiv zu entwickeln. Wenn Sie sich einer solchen anspruchsvollen Aufgabe stellen, könnte zu Beginn des 2. Halbjahres 1986 der Zeitpunkt für eine ordnungsgemäße Einstufung gegeben sein.“[720]

Der Band wurde also unterstellt, unter Umgehung der zuständigen Organe vom Rat der Stadt ihre Einstufung beim Rat des Kreises Jena-Land erschlichen, die eingereichten Texte manipuliert und sich nicht an die Absprachen zur Änderung der Texte gehalten zu haben. Die Herauslösung der Band aus dem kirchlichen Raum und deren Einordnung als Volkskunstmusikformation war damit gescheitert. In „zwingender Gesetzeslage“ folgte nun der Entzug der Spielerlaubnis. Als letzten Versuch der Disziplinierung boten die Verantwortlichen der Band eine nochmalige Einstufung an. Die Bandmitglieder dachten jedoch nicht daran, sich diesem Zwang unterzuordnen. Im April 1986 entstand der Musiktitel „Tut mir leid“.[721] Hier verarbeiteten sie ihre Erfahrungen mit den staatlichen Organen und erteilten dem kontrollierenden Zwang des DDR-Staates eine klare Absage:

„Tut mir leid
Ihr sagt, ich soll malochen 8 Stunden jeden Tag.
Daß ich die Knete nur versaufen kann, ist mir schon lange klar.
Ihr sagt, es herrschen die Arbeiter und die Demokratie.
Doch wenn ein Arbeiter mal ´s Maul aufmacht, verzeiht ihr ihm das nie.
Normal soll man da leben in dieser irren Zeit?
Tut mir leid.

[720] Brief vom Rat der Stadt Jena, Abteilung Kultur, Stadtrat für Kultur, Genosse Niemann, vom 04.03.1986, Privatarchiv Oliver Jahn.
[721] Texter 1986: Peter Mühlfriedel, Archiv Autor.

Ihr sagt, wir können verreisen, doch 5 Länder sind nicht genug.
Woanders hin darf nur der FDJ-Sekretär, und das ist Betrug.
Ihr sagt, wir leben in Freiheit und daß wir ruhig sein sollen.
Doch Freiheit herrscht erst, wenn wir wirklich tun könn´, was wir wollen.
(Refrain)
Ihr sagt, wir leben im Wohlstand, es geht uns besser Jahr um Jahr.
Doch daß uns das nicht interessiert, ist euch wohl nicht klar.
Ihr sagt, ich soll mich fügen, das wär das Beste für mich.
Sich fügen heißt lügen, doch das versteht ihr nicht.
(Refrain)“

Die Band spielte bis zur Ausreise ihrer wichtigsten Musiker im Februar 1987 für die Junge Gemeinde Stadtmitte eine wichtige Rolle. Das Selbstverständnis der Band und ihre Texte reflektierten das Bedürfnis der Jugendlichen nach Abgrenzung von Staat und Gesellschaft sowie persönlicher und politischer Emanzipation. Die meisten Jugendlichen identifizierten sich deshalb mit der Band.

Während die Band zahlreiche Jugendliche der Jungen Gemeinde Stadtmitte 1986 in ihrem Selbstverständnis und Handeln stark beeinflußte, nahm gleichzeitig das Interesse an inhaltlicher Arbeit spürbar ab. Einzelne Freundeskreise zogen sich ins Private zurück und bildeten je nach Interesse und Ausrichtung Hauskreise als neue Anlaufpunkte. In diesen Zusammenhang sind vor allem die Wohnkommunen Zwätzengasse und Johannisplatz zu stellen. Neben diesen entstanden aber noch weitere Hauskreise und Wohnkommunen, so u. a. in Jena-Wöllnitz und in Jena-Ost. In den zumeist besetzten Häusern oder Wohnungen trafen sich vor allem Jugendliche, die zum Umfeld der Jungen Gemeinde Stadtmitte gehörten. An einer thematischen Arbeit waren sie nur am Rande interessiert oder beteiligt. Andere Akteure suchten dagegen nach neuen Inhalten oder organisierten spontane anarchistische Einzelaktionen. Anarchistische Aktionen zielten im Verständnis der meisten Jugendlichen auf spontane Handlungen, die mit der Forderung nach individuellen und politischen Freiraum gleichzusetzen waren. Das Verständnis des politischen Begriffes Anarchismus ergab sich deshalb aus dem konkreten Nutzen, sich unabhängig und repressionsfrei entfalten zu können. Es bedeutete nicht „Herrschaftsfrei“ im Sinne der klassenlosen Gesellschaft. Der Begriff „Herrschaftsfrei“ war Synonym für die realen gesellschaftlichen Grenzen und Metapher für politische Veränderung zugleich.

Am 19. Februar 1986 kam es für die Akteure unerwartet zur Schließung der Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Anlaß war eine staatlich angeordnete brandschutztechnische Kontrolle, der entscheidende Hintergrund die bisherigen Veranstaltungen der Homosexuellen in diesen Räumen. Die erfahrenen Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte setzten sich sofort wegen dieser Maßnahme zusammen und wandten sich in einem offenen Brief an den Gemeindekirchenrat der Evangelischen Kirchengemeinde Jena. Ihnen ging es dabei in erster Linie um die Richtigstellung der

Vorbehalte der Kirchengemeinde gegen sie und um die Wiederöffnung der kirchlichen Räume für die Jugendlichen. Sie scheuten sich dabei nicht, den Gemeindekirchenrat wegen seiner Haltung gegenüber der Jungen Gemeinde Stadtmitte und wegen fehlender Unterstützung der Band Airtramp deutlich anzugreifen. Sie deuteten die Haltung des Gemeindekirchenrates als erneuten Versuch einer Ausgrenzung, der die Jugendlichen vor allem als nicht kontrollierbare sozial gefährdete Randgruppe in der Kirchengemeinde stigmatisierte. Trotz dieser Vorbehalte baten sie die Kirchengemeinde um Unterstützung. [722]

Superintendent Udo Siebert, Studentenpfarrer Michael Dorsch und Stadtjugendpfarrer Ulrich Kasparick nahmen das Problem der Schließung der Jungen Gemeinde Stadtmitte sehr ernst. Das belegen die zahlreichen Niederschriften über die Zusammenkünfte mit Vertretern der Stadt, der Abteilung für Staatspolitik in Kirchenfragen und kirchlichen Amtsträgern der Stadt. Mit ihrer Haltung und Einstellung zur Jungen Gemeinde und zu den Homosexuellen standen die kirchlichen Amtsträger aber im Gemeindekirchenrat weitgehend isoliert da. In den offiziellen Gesprächen zwischen Stadt und Kirchengemeinde versuchten sie, dennoch wenigstens auf stadtpolitischem Weg die Probleme anzusprechen und zu Gunsten der Jugendlichen zu verändern. Andere Pfarrer der Gemeinde fielen ihnen dabei auch schon mal in den Rücken. Am Tag der Schließung sprach sich beispielsweise Pfarrer Lehmann gegenüber den Behördenvertretern offen dafür aus, daß die Schließung der Räume eigentlich schon längst nötig gewesen sei. Und damit sprachen sie nur das aus, was wohl viele Mitglieder der Kirchengemeinde zu dieser Zeit über die Junge Gemeinde dachten.[723] Sie hielten die staatlichen Kontrollen der Räume für notwendig, da ihr Zustand verwahrlost sei wie in einer Höhle. Vor allem kritisierten sie, daß in kirchlichen Räumen, die normalerweise Christen vorbehalten seien, neuerdings Punker und Homosexuelle verkehren würden, und dafür solle die Kirche ihre Räume nicht hergeben. [724] Die Stadtvertreter dürften dies mit Genugtuung aufgenommen haben.

---

[722] Offener Brief der Jungen Gemeinde Stadtmitte an den Gemeindekirchenrat vom 23.05.1986, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena, Ordner J-31.1. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 41.

[723] Kreisdienststelle (KD) Jena des Ministeriums für Staatssicherheit und der Rat der Stadt Jena, Entwurfsprotokoll zu den insgesamt 9 Gesprächen im Berichtszeitraum von Oktober 1985 bis April 1986. Im Protokoll wurde auch das Ereignis der Schließung der Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte festgehalten. Oberpfarrer Lehmann fungierte bei der brandschutztechnischen Überprüfung der Räumlichkeiten der Jungen Gemeinde am 19.02.1986 als Vertretung des Superintendenten. In diesem Zusammenhang äußerte er sich gegenüber den Mitarbeitern der städtischen Behörde zur Jungen Gemeinde Stadtmitte. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena, Ordner J-13.1.

[724] Kreisdienststelle (KD) Jena des Ministeriums für Staatssicherheit und der Rat der Stadt Jena, Entwurfsprotokoll zu den insgesamt 9 Gesprächen im Berichtszeitraum von Oktober 1985 bis April 1986. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena, Ordner J-13.1. S. 2. „An der Brandschutzkontrolle nahm in Vertretung des erkrankten Superintendenten Oberpfarrer Dr. Lehmann teil. Uns wurden in diesem Zusammenhang Äußerungen von Pfarrer Lehmann gegenüber dem Mitarbeiter des Rates der Stadt zu unserer Kontrolle bekannt. Darin bezeichnete er die Kontrolle als richtig und eigentlich schon längst nötig; weiterhin äußerte er zur Tätigkeit und zum Zustand der Räume der Jungen Gemeinde, es sei wie in

Im März 1986 bezog der Superintendent in einem Gespräch mit der Abteilung Inneres vom Rat der Stadt Jena zur Schließung der Räume Stellung. Er versicherte hier, daß die brandschutztechnischen Probleme in absehbarer Zeit gelöst würden. Bei dieser Gelegenheit sprach er gegenüber dem Rat der Stadt den Verdacht aus, daß mit dieser staatlichen Maßnahme die Junge Gemeinde Stadtmitte totgemacht werden solle, was er verhindern wolle.[725] Siebert plädierte also für die Erhaltung der Jungen Gemeinde Stadtmitte und die Wiedereröffnung der Räume. Ihm war aus den vorangegangenen Erfahrungen mit den Jugendlichen bewußt, daß eine Ausgrenzung aus den kirchlichen Räumen eine Verlagerung der Arbeit der Jungen Gemeinde in private Räume und weiteres oppositionelles Verhalten zur Folge haben würde. Dadurch sei dann diese Arbeit nicht mehr kontrollierbar und mache außerdem den Schutz vor staatlichen Repressionen unmöglich. Siebert stellte damit eindeutig kirchliche Verantwortung als Schutz der kirchlichen Interessen vor staatliche Vorgaben. Er war überzeugt, daß nur innerhalb des Schutzraumes Kirche relativ gefahrlos über gesellschaftliche Veränderungen nachgedacht werden könne. Und dabei wollte er die unbequemen Jugendlichen nicht erneut ausgrenzen, weil er um deren Gefährdung wußte. In den Besprechungen mit staatlichen Stellen wurden Superintendent Siebert und Studentenpfarrer Dorsch nicht müde, sich für die Junge Gemeinde Stadtmitte und die Gruppe der Homosexuellen einzusetzen. Im Gegensatz zu der weit verbreiteten ablehnenden Haltung in der Evangelischen Kirche gegenüber den Jugendlichen nahmen beide die aus ihrer Position erwachsende Verantwortung an und sprachen sich für die Jugendlichen und die Homosexuellen aus. Gegenüber dem Oberbürgermeisters äußerte Siebert: „…seine Amtsbrüder sehen darin (in der Ausgrenzung der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Gruppe der Homosexuellen, d. A.) ein gesellschaftliches Problem, das die Kirche angehe. Die Homosexuellen, die in der DDR ca. 5 % der Bevölkerung ausmachen, seien in einer Phase des Sich-Bewußtwerdens, es gehe um die moralische Einstellung ihnen gegenüber und gegen Ablehnung seitens der Bevölkerung. [...], sie hätten in Jena keine Möglichkeit zusammenzutreffen wie in anderen Städten; das werde

---

einer Höhle und es solle dort immer etwas losgemacht werden, neuerdings auch mit Punkern und den Homosexuellen, die bei weitem nicht alle Christen seien, nur die Kirche gebe dafür ihre Räume her."

[725] Rat der Stadt Jena, Abt. Inneres, Aktenvermerk Gespräch mit Superintendent Siebert und Stadtjugendpfarrer Kasparick vom 21.03.1986, Archiv für Zeitgeschichte Jena, Ordner J-13.1, S. 3. „Durch den Superintendenten wurde die Problematik Räume der JG Mitte in der Johannisstraße 14 im Ergebnis der Brandschutzkontrolle angesprochen. Sie sind sehr bemüht, die Mängel abzustellen. Das wird schwierig, was einige Positionen anbelangt. Es sei auf der Kirchenleitungsebene besprochen worden; er habe aber nicht mit überörtlicher Hilfe zu rechnen (gemeint ist hier die Unterstützung durch den Landeskirchenrat und Landesbischof Werner Leich. Der verwies das Problem als regionales Problem zurück, d. A.). [...] Der Grundtenor von Sup. Siebert lief darauf hinaus, daß sie eine Aufhebung der Sperrung erreichen möchten unter der Voraussetzung, daß bei einigen Auflagen die Fristen verlängert werden. Er werde sich schriftlich an das Volkspolizei-Kreisamt (VPKA) wenden und sicherte sich die Gesprächsbereitschaft unsererseits, falls bei ihm der Eindruck entsteht, daß über diese Brandschutzmaßnahmen die JG Mitte räumlich „totgemacht" werden sollte."

sich künftig als Problem ausweiten; die Kirche wirke hierbei mit Prof. Dr. Günther zusammen.“ [726] Studentenpfarrer Michael Dorsch verstärkte diese Argumente, indem er sagte: „Die Arbeit der Studentengemeinde mit Homosexuellen laufe seit zwei Jahren, es habe aber bisher keine Hinweise (von Seiten der Stadt, d. A.) auf Verstöße gegen die VVO[727] gegeben; die Kirche habe sich diese Aufgabe nicht gesucht, diese Bürger brauchen Räume für die Selbstverständigung.“[728] Im Klartext hieß das, daß die Kirche an diesen Stellen Aufgaben übernimmt, die der Staat nicht lösen kann und will, was einer offenen Kritik am Unfehlbarkeitsdogma der SED gleichkam. Die Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte profitierten in dieser Situation vom Verantwortungsbewußtsein der Jenaer Kirchenleitung, nahmen dies aber kaum wahr.

3.3 DIE OFFENE ARBEIT ZIEHT AUS

Die Interventionen des Superintendenten führten schließlich im Herbst 1986 zum Erfolg. Die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte konnten ab Oktober 1986 unter den Bedingungen staatlicher Auflagen wieder genutzt werden. Eine der Auflagen war die Begrenzung der zugelassenen Personenanzahl für die Räume auf max. vierzig Personen.[729] Größere Veranstaltungen konnten so kaum noch durchgeführt werden. Aber gerade diese Veranstaltungen sorgten zwischen 1984 und 1986 für den enormen Zulauf. Werkstätten und Partys und auch die jährliche Friedensdekade der Kirchengemeinde im November führten die verschiedenen Gruppen von Jugendlichen zusammen. Aus den vorgegebenen Platzgründen verteilte die Junge Gemeinde Stadtmitte ihre Veranstaltungen immer häufiger auf andere kirchliche Örtlichkeiten. Der Zulauf blieb ungebrochen. Das halbe Jahr der Schließung der Jungen Gemeinde Stadtmitte hinterließ dennoch Spuren. Die verschiedenen Freundes- und Hauskreise hatten die Zusammenkünfte in den kirchlichen Räumen zunehmend ersetzt. Und obwohl die Räume nun wieder zur Verfügung standen, wurden sie bis 1989 immer weniger für eine regelmäßige thematische Arbeit genutzt. Zu einer inhaltlichen Arbeit kam es nun weitgehend nur noch aus Anlaß kirchlicher Veranstaltungen.

---

[726] Rat der Stadt Jena, Referat Staatspolitik in Kirchenfragen, Niederschrift des Oberbürgermeisters über ein Gespräch mit den in Jena tätigen evangelisch-lutherischen Amtsträgern vom 05.06.1986 in der Konsum-Großbäckerei Jena. Teilnehmer insgesamt 20 Personen, sechs von Seiten der Stadt und vierzehn Pfarrer einschließlich Superintendent Siebert. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena, Ordner J-31.1.

[727] VVO = staatliche Veranstaltungsverordnung. Hier geht es um die Veranstaltungen, die „Begegnungstreffen“ (Schwulenpartys) der Homosexuellen in der Jungen Gemeinde Stadtmitte, die den Anlaß gaben für die Schließung der Räume.

[728] Rat der Stadt Jena, Referat Staatspolitik in Kirchenfragen, Niederschrift des Oberbürgermeisters über ein Gespräch mit den in Jena tätigen evangelisch-lutherischen Amtsträgern vom 05.06.1986 in der Konsum-Großbäckerei Jena, S. 2 f. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Jena, Ordner J-31.1.

[729] OPK „Zentrum“, MfS Reg.-Nr. X/833/86, Information vom 25.09.86. BStU, Bl. 40, Privatarchiv Peter Mühlfriedel.

Einer der letzten thematischen Höhepunkte war die Auseinandersetzung um die Problematik der Ausreise. Besonders die Entscheidung zur Ausreise wichtiger Bandmitglieder von Airtramp und der Wohnkommune Zwätzengasse 7 sorgten in der Szene für erhebliche Verunsicherung. Trotz intensiver Auseinandersetzung über Weggehen und Hierbleiben endete die Situation in einer Flut von Ausreiseanträgen, besonders nachdem Mitglieder der Band „Airtramp“ im Februar 1987 ausreisen konnten. Wenige Tage später folgten weitere Akteure der Kommune Zwätzengasse 7. Ihr Hauptargument für die Ausreise war neben der Forderung nach Reisefreiheit die Einschränkung der persönlichen Selbstbestimmung. Aus ihrer Sicht gelang es ihnen nicht, ihre persönlichen Interessen auf Selbstverwirklichung außerhalb staatlicher Bereiche durchzusetzen. Die ideologischen Normen des SED-Regimes lehnten sie inzwischen grundsätzlich ab. Über eine Verbesserung des Sozialismus nachzudenken, war für sie angesichts ihrer realsozialistischen Erfahrungen reine Zeitverschwendung. Einen weiteren Grund für ihre Entscheidung zur Ausreise bildeten die repressiven Erfahrungen mit dem Ministerium für Staatssicherheit. Um beispielsweise die sogenannte Aufnahme von „Rückwärtigen Verbindungen“ mit Exil-Jenaern aktiv zu verhindern, verhängte das Ministerium für Staatssicherheit 1986 zahlreiche Reisesperren in das sozialistische Ausland. Alle davon Betroffenen Jenaer Akteure hatten auch am Open-Air-Frühstück teilgenommen.[730] Das Ministerium für Staatssicherheit fürchtete die inzwischen regelmäßig gewordenen Ost-West-Treffen in der CSSR mit den ehemaligen Jenaern. Vor allem über diese Verbindungen, so glaubte das Ministerium für Staatssicherheit, würden die Repressionsmaßnahmen gegen die Jenaer Akteure der westlichen Presse zugespielt. In achtzehn weiteren Fällen bekamen Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte einen PM 12 (Vorläufiger Personalausweis - verbunden mit regelmäßiger Meldepflicht auf dem Revier der Volkspolizei). Dieser Hilfsausweis wies sie gegenüber allen staatlichen Organen als Feinde des sozialistischen Staates aus, die wie Kriminelle behandelt wurden. Ganz kritische Akteure sahen in diesen Maßnahmen sogar einen Vergleich zur Verfolgung der Juden durch das NS-Regime. Der Personalausweis mußte per Gesetz immer bei sich getragen werden. Langhaarige galten zudem generell als asozial. Wurde nun ein Langhaariger mit einem PM 12 angetroffen, folgten automatisch Repressionen. In einzelnen Fällen führte das sogar zum Verbot, die Stadt zu verlassen. In einer solchen Situation waren die beschränkten Menschenrechte ganz außer Kraft gesetzt. Der einzelne Mensch war mit diesem Ausweis faktisch vorverurteilt und ohne jegliche Rechte. Der Wille zur Abkehr von der DDR und zur Ausreise wurde durch die willkürlichen Repressionen verstärkt. Weitere Versuche der eigenen Selbstbehauptung konnten und wollten die

[730] OPK „Zentrum“, MfS Reg.-Nr. X/833/86, BV Gera, Abt. XX/4, Information zu sog. Open-Air-Aktivitäten in Jena, Gera 19.09.1986. BStU, Bl. 18.

Jugendlichen nicht mehr mittragen. Politische Visionen für eine gesellschaftliche Veränderung hatten sie inzwischen nicht mehr.

Zeitnah zu den Ereignissen entstand zwischen Mitte 1986 und 1987 im Rahmen eines Filmprojektes von Thomas Grund[731] eine Spielfilmdokumentation, in der diese Erfahrungen verarbeitet wurden. Aus dem Projekt ging später die Hinterhofproduction hervor. Der Film mit dem Titel „Von Einem der auszog" nimmt Bezug auf die Situation der Akteure in der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Er beginnt mit der Suche eines Jugendlichen nach persönlichen Lebensalternativen zur staatlichen Jugendpolitik und zeigt den typischen Einstieg in die Junge Gemeinde. Der weiter dargestellte Entwicklungsweg zeichnet gleichzeitig reale Ereignisse in Jena auf, so das Leben mit der Jungen Gemeinde und die folgenden Repressionen durch das Ministerium für Staatssicherheit. Persönliche Probleme des Jugendlichen wie der Generationskonflikt, der Umgang mit Sexualität, Freundschaft und Familiengründung ergänzen die Bandbreite der aufgeworfenen Konflikte. In der Konsequenz steht der Protagonist vor der Entscheidung, auszureisen oder im Land zu bleiben. Die einzige Alternative für ein Hierbleiben sah der Autor des Filmes in der weiteren Hinwendung seines Protagonisten zur Institution Kirche. Der Hauptdarsteller entscheidet sich im Film für den Weg einer kirchlichen Ausbildung. So geschah es auch in der Realität. Für die meisten Akteure war dies aber schon lange keine Alternative mehr. Sie entschieden sich für das Fortgehen. Zu diesem Zweck mußte ein Ausreiseantrag bei der Abteilung Inneres beim Rat der Stadt Jena gestellt werden. Typisch benutzte Formulierungen und Gründe waren hierbei der Bezug auf internationales Recht sowie bestehende DDR-Gesetze. Eine besondere Rolle spielten dabei die Menschenrechte und die internationalen Konventionen über Bürgerrechte. Vor allem hieraus leiteten die Antragsteller ihren Rechtsanspruch ab.[732] Bei den Antragstellern aus der Jungen Gemeinde Stadtmitte sorgte das Ministerium für Staatssicherheit zumeist für eine zügige Bearbeitung. Die Ausreisewilligen standen ohnehin unter ständiger operativer Beobachtung. Ein Beispiel für die Verfahrensweise des Ministeriums für Staatssicherheit mit ausreisewilligen Jugendlichen in Jena liefert die Operative Personenkontrolle „Zentrum". Im Abschlußbericht wird festgehalten, daß die betreffende Person in der Vergangenheit durch öffentlichkeitswirksame Handlungen in Erscheinung getreten sei. Durch gezielten IM-Einsatz und Disziplinierungsgespräche habe man die Zielstellung des OPK erreicht. Welche, bleibt offen. In der Regel bedeutete dies, daß den Betroffenen schon vor der Antragstellung auf Ausreise repressive Konsequenzen angedroht wurden. Entscheidend

[731] Thomas Grund, langjähriger Akteur aus der ersten Generation der Jungen Gemeinde, entwickelte parallel zum IM „Bartholomäus Runge" seine eigene Film- und Musikproduktion, die „Hinterhofproduction". Die Filme wurden im Super-8-Format aufgenommen und thematisierten in authentischer Art und Weise die Lebenseinstellungen und Probleme der Jugendlichen in Jena.

[732] Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Übersiedlung in die BRD vom 11.07.1986, Privatarchiv Peter Mühlfriedel. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 42.

war jedoch für das Ministerium für Staatssicherheit, daß der Betroffene an weiterem Protest, in welcher Form auch immer, gehindert wurde. In vielen Fällen organisierte das Ministerium für Staatssicherheit die Ausreise der Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte als Maßnahmeplan. Im OPK "Zentrum" heißt es beispielsweise: „Auf Grund der Vorschläge zur Übersiedlung vom 16. Oktober 1986 wurden diese am 23.01. bzw. 10.02.1987 realisiert. Sie standen bis zu diesem Zeitpunkt unter inoffizieller Kontrolle, wodurch die Reaktionen auf staatliche Maßnahmen wie o. g. bestätigt wurden.“[733] Nach nicht einmal drei Monaten hatte sich das Ministerium für Staatssicherheit entschlossen, die Akteure übersiedeln zu lassen. Andere Ausreisewillige mußten darum oftmals jahrelang kämpfen. Es gehörte seit 1977 zur Praxis des Ministeriums für Staatssicherheit, politisch unliebsame Personen durch Übersiedlung dem „inneren Einflußgebiet“ zu entziehen. Im Ergebnis erhoffte sich das Ministerium für Staatssicherheit stets eine Beruhigung der innenpolitischen Lage. Doch die Rückwirkungen auf die nicht ausgereisten Familienmitglieder, Freunde und Bekannten unterschätzte es dabei stets. Die Strategien der gesteuerten und willkürlichen Übersiedlung in die Bundesrepublik zur Eindämmung „negativ-feindlicher“ Aktivitäten erreichten zumeist nicht den gewünschten Effekt. Ein regelrechter Flächenbrand von Ausreise-Antragstellern war die Folge, nicht nur in Jena. Immer mehr unzufriedene Bürger folgten als Nachahmer.

Seit Ende 1986 bildeten sich parallel zum thematischen Verfall in der Jungen Gemeinde Stadtmitte und im Zusammenhang mit den zahlreichen Ausreisen aus der DDR neue Interessen-Schwerpunkte bei denen heraus, die im Land bleiben wollten. Durch die Ausreise der vielen Jugendlichen bis Mitte 1987 veränderten sich auch die Struktur und Zusammensetzung der Gruppe. Neue jüngere Akteure kamen hinzu. Die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte reduzierten sich zum Anlauf- und Informationsraum. Mehrere Akteure organisierten in dieser Phase ihren politischen Protest auch im Alleingang mit einer Fülle von Eingaben an die staatlichen Organe. Eine wichtige Rolle kam hier dem von Stadtjugendpfarrer Kasparick geleiteten Ökologiekreis zu. Über ihn organisierten einige Akteure mehrere Eingaben an staatliche Stellen wegen ihrer Meinung nach ökologischer Probleme und Schäden in der Stadt Jena und deren Umgebung. Das brachte jedoch wenig Erfolg. Der Ökokreis scheiterte zudem relativ bald mangels Teilnehmer. Ein zweiter Versuch für einen Ökokreis durch andere Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte scheiterte ebenfalls an dem gleichen Problem.[734] Obwohl das Thema der Umweltverschmutzung und der Ökologie im Trend

[733] Abschlußbericht zur Archivierung des OPK „Zentrum“, MfS Reg.-Nr. X/833/86, BStU, Bl. 111. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 43.

[734] Die Arbeitsgruppe bestand aus nur drei Akteuren. Der Anlaß für die Entstehung waren die Ereignisse und die Folgen von Tschernobyl 1986. Die Arbeitsgruppe hatte keine inhaltlichen Ergebnisse oder eine Außenwirkung, auch nicht im Verbund mit Stadtjugendpfarrer Kasparick.

der politischen Opposition lag, interessierten sich nur wenige Jenaer Akteure für eine aktive Beteiligung an solchen Kreisen.

Ein weit größeres Interesse hatten die verbliebenen Jugendlichen der Jungen Gemeinde Stadtmitte seit 1987 an allgemeinen gesellschaftlichen Veränderungen und der Auseinandersetzung mit politischen Themen. Der Rückgang der thematischen Arbeit förderte parallel dazu die Herausbildung neuer politischer Gruppen. Ende 1986 bildete sich die Projektgruppe „Künstler für Andere - Projekte, Alternativen, Solidarität“ heraus. Die Akteure dieser Gruppe orientierten sich dabei zunächst an der Aktionsgruppe „Künstler in Aktion - gegen den Hunger in Afrika“ aus Berlin. Zu dieser Gruppe bestanden persönliche Kontakte über einen ehemaligen Akteur der Jungen Gemeinde Stadtmitte, der nach Ost-Berlin umgezogen war und sich dort politisch engagierte.[735] Ziel der Jenaer war es von Anfang an, politisch aktuelle Themen in einen größeren öffentlichen Rahmen zu stellen. Hintergrund dafür war die Einsicht, die verschiedenen Basisgruppen der Stadt, die mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte nichts zu tun haben wollten, zusammenzuführen. Dafür mußten sie neue Möglichkeiten in kirchlichen Räumen schaffen, wofür neben einem inhaltlichen Konzept auch Räume notwendig waren, die mehr als 150 Personen fassen konnten. Die inhaltlichen Ziele der Gruppe richteten sich überregional auf soziale Projekte und politische Probleme der Gesellschaft. Insgesamt ging es den Akteuren bei ihrer Arbeit um die Herstellung eines öffentlichen politischen Forums mit dem Mittel der künstlerischen Darbietung. Sie versuchten damit gleichzeitig, neben der etablierten Partykultur in der Jungen Gemeinde Stadtmitte soziale, kulturelle und politische Inhalte öffentlich zu machen. Ein weiteres Ziel war dabei, die Ausreisebereitschaft unter den Jugendlichen und die daraus abgeleitete spürbare Entsolidarisierung zu stoppen. Ihr Anliegen war es deshalb, neben Projekten in der Dritten Welt auch alternative Projekte in der DDR zu unterstützten, die ihrer Meinung nach dringend Hilfe benötigten, so beispielsweise das Projekt der Öko-Gruppe „Grüne Scheune“ in Frankfurt/Oder und die Behindertenwohngemeinschaft in Hartroda. Die zu unterstützenden Dritte-Welt-Projekte entnahmen sie einer Projektliste der Arbeitsgruppe INKOTA[736] aus Berlin. Mit den Einnahmen wurden dann ausschließlich alternative Projekte oder politische Gruppen unterstützt.[737] Eingeladen wurden zu den Veranstaltungen zumeist junge oder staatlich repressiv verfolgte Künstler. Vor allem zuletzt genannte erhöhten die Attraktivität der Veranstaltungsreihe erheblich. Über sie sollten die zumeist aktuellen und politischen Themen in die Öffentlichkeit getragen werden. Namhafte Künstler und Gruppen der DDR-Opposition

[735] Gerold Hildebrand war von 1976 bis 1983 Akteur in der Jungen Gemeinde Stadtmitte und engagierte sich in der Friedensgemeinschaft Jena.
[736] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 260.
[737] Vgl. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Die Gruppe „Künstler für Andere“ 1986-1989, S. 6: „Vergleichsweise waren unsere Einnahmen recht unterschiedlich. Summen zwischen 50,- und 1700,- Mark und mehr ließen aber eine ernsthafte Solidarität erkennen.“

traten hier auf oder boten Ausstellungen an, so Harald Hauswald, Lutz Rathenow, Rüdiger Rosenthal, Uwe Kolbe, Gabriele Eckardt, Rolf Schneider, Peter Wawerzinek sowie Stephan Krawczyk und Freya Klier mit ihrem Programm „Pässe und Parolen". Die Resonanz auf die Veranstaltungsreihe war unerwartet hoch. Teilweise kamen mehrere hundert Besucher zu den Veranstaltungen.[738] Seit Februar 1987 organisierte die Gruppe „Künstler für Andere" in Jena monatliche Veranstaltungen in einer Kirche der Stadt oder in anderen passenden Kirchenräumen. Superintendent Udo Siebert und Studentenpfarrer Michael Dorsch unterstützten die Arbeit der Gruppe von Anfang an. Ohne sie wäre die Veranstaltungsreihe nicht möglich geworden. Allerdings hätten sie ohne ihre Zustimmung die Kontrolle über die Gruppe verloren. Und wo das in Jena enden würde, war allen Beteiligten klar. Die Gruppe „Künstler für Andere" beherrschte wie kaum eine andere Gruppe in Jena die Gratwanderung zwischen kultureller Öffentlichkeit und politischen Themen. Sie war in der Endphase bis 1990 in Jena die stärkste Gruppe mit einer politisch kulturellen Öffentlichkeit. Dies ergab sich nicht zuletzt aus der Regelmäßigkeit der Veranstaltungsreihe. Sie agierte ohne Unterbrechung bis Ende 1991. Im eigenen Selbstverständnis spürten die Akteure, daß die Zeit reif war für eine größere Öffentlichkeit und politische Veränderungen. „Wir stellten eine eindeutige Gegenmacht zur staatlich verordneten Solidarität dar. [...] Unser Eindruck damals war, daß diese Art Öffentlichkeitsarbeit bei vielen Menschen in Jena, und nicht nur hier, auf große Resonanz und Interesse stieß, und wir fühlten uns bestätigt, wie wichtig unsere Arbeit und unser Anliegen in der DDR war."[739]

Die Gruppe „Künstler für Andere" stieß naturgemäß auch beim Ministerium für Staatssicherheit auf großes Interesse. Die Akteure wußten, daß sie nicht unbeobachtet bleiben würden. „Zum einen haben wir heute schwarz auf weiß, wie wichtig und bekannt wir waren für die Staatssicherheit. Auch damals war uns schon klar, daß wir für Gesprächsstoff gesorgt haben, beim Studium der Akten erstaunt es dann doch, wie umfangreich manche Aufzeichnungen sind."[740] Über die Veranstaltungen informierten neun Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit mit insgesamt siebenunddreißig Berichten, von denen IM „Ute König" vierzehn und IM „Paulus" sieben Berichte ablieferten.[741] Teilweise berichteten drei IM unabhängig voneinander über die gleiche Veranstaltung. Insgesamt fanden 24 Veranstaltungen statt. Zwölf davon hatten den Charakter von Großveranstaltungen mit Besucherzahlen zwischen dreihundert und sechshundert Personen.

---

[738] Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Die Gruppe „Künstler für Andere" 1986-1989, S. 5: „Durchschnittlich wurden die Veranstaltungen von zwischen 30 bis 600 Personen besucht."
[739] Vgl. ebenda, S. 6.
[740] Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Die Gruppe „Künstler für Andere" 1986-1989, S. 6.
[741] IM „Ute König", MfS Reg.-Nr. X/1018/86. IM „Paulus", Roland Eschke, MfS Reg.-Nr. X/955/84.

Trotz des Erfolges verließ ein Teil der Akteure die Gruppe Ende 1987 und Anfang 1988 durch Ausreise in die Bundesrepublik.[742] Der zurückgebliebene Teil engagierte sich neben dieser Veranstaltungsreihe weiterhin in der Jungen Gemeinde Stadtmitte oder in neuen politischen und ökologischen Projektgruppen. Eine besondere Bedeutung kommt hierbei den innerkirchlichen Oppositionsgruppen „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ und „Kirche von Unten“ zu. In beiden Gruppen beteiligten sich Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der Veranstaltungsreihe „Künstler für Andere“. Der DDR-weite „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ hatte sich 1984 in Berlin regional herausgebildet und fand seit 1985 eine breite Basis in weiteren Gemeinden und Städten.[743] Im März 1988 gründete sich die Regionalgruppe Thüringen mit ihrer zentralen Anlaufstelle in der evangelischen Studentengemeinde Jena. Ausgangspunkt war die Jenaer „Initiative - Aufruf zum Dialog“ vom 4. Februar 1988.[744] In diesem Aufruf protestierten zahlreiche Unterzeichner gegen die Verhaftungen von Bürgerrechtlern in der Folge der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 in Berlin. Mit dieser Protesterklärung wandten sie sich an die Kirchenleitung, die Kirchenzeitung, den Schriftsteller- und Journalistenverband sowie den Generalstaatsanwalt der DDR und an das Politbüro der SED. Auf Grund der Vernetzung der kirchlichen oppositionellen Gruppen untereinander gewann die Protestinitiative schnell an größerer Bedeutung. Akteure der Regionalgruppe Berlin und der Offenen Arbeit hatten schon zuvor auf dem „Kirchentag von Unten“ 1987 in Berlin und erneut 1988 in Halle zusammengearbeitet. Über die Verbindungen zwischen der Studentengemeinde in Jena, in der Gotthard Lemke seit 1986 als Studentenpfarrer eingesetzt war, zur Jungen Gemeinde Stadtmitte vergrößerte sich schnell der Bekanntheitsgrad der kirchlichen Arbeitsgruppe. Eine Schaltstelle zwischen den beiden Gruppen war hierbei Hartmut Fichtmüller. Er schloß sich Anfang 1987 der Thüringer Regionalgruppe „Solidarische Kirche“ an.[745] Zuvor hatte er sich in der Jungen Gemeinde Stadtmitte engagiert und studierte zu dieser Zeit in Jena Theologie. Die Ausreisewelle ließ ihn wie viele andere zunächst resignieren, und er zog sich ins Private zurück. Gleichzeitig bedrohte ihn ein Exmatrikulationsverfahren an der Universität. Hintergrund war seine Teilnahme am Open-Air-Frühstück im Juni 1986. Darüber hinaus hatte er eine Party der Offenen Arbeit im Theologenkonvikt organisiert. Die Universitätsleitung und seine kirchlichen Betreuer drängten ihn nun wegen dieser

[742] Martina Arndt, Carsten Hahn und Henning Pietzsch. Vgl. taz vom 29.04.1988, „Abgang in Jena, Geschichten von Ausreißern und Ausgereisten, Was ist geblieben von den unabhängigen Jugend- und Friedensgruppen?“ Dort heißt es: „Nach Angaben des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen sind 1987 11.459 ÜbersiedlerInnen und 6.252 Flüchtlinge in der Bundesrepublik eingetroffen.“

[743] Vgl. Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999.

[744] Ebenda, S. 202 f.

[745] Ebenda. S. 121 f.

Verfehlungen zum Abbruch seines Studiums. Seine Enttäuschung über die Haltung der Kirche und die staatlich angedrohte Repression motivierten ihn zur Mitarbeit beim Arbeitskreis „Solidarische Kirche“. Über den Stadtjugendpfarrer Uli Kasparick nahm er Kontakt zu Gotthard und Uta Lemke auf und engagierte sich seitdem in der Thüringer Regionalgruppe. Über diese und weitere netzwerkartige Verbindungen kam es in der Folge auch zur Zusammenarbeit mit der Gruppe „Künstler für Andere“. Beispiele für die gemeinsame Zusammenarbeit sind die Auseinandersetzung mit der Ausreiseproblematik, die Vernetzung im Thüringer Raum sowie der öffentlich organisierte Protest gegen die Wahlfälschungen zu den Kommunalwahlen 1989.[746] Neben den innenpolitischen Problemen verfolgten die Akteure der Gruppen auch gemeinsam die internationalen Ereignisse, so die Entwicklung in Rumänien 1988 und die Ereignisse in China 1989. Im Vordergrund ihrer politischen Kritik standen hier besonders die Reaktionen der DDR-Staatsführung auf die Vorgänge in China.[747] Im Ergebnis des weitläufigen Netzwerkes verstärkte sich seit Mitte 1988 die gruppenübergreifende Zusammenarbeit oppositioneller Gruppen in Thüringen immer mehr. Sie mündete für zahlreiche Akteure 1990 in der Mitarbeit in den neu entstandenen politischen Gruppen und Parteien.

Besonders intensiv entwickelte sich seit Anfang 1987 noch einmal das überregionale Netzwerk der DDR-weiten Offenen Arbeit. Obwohl die verschiedenen Gruppen in den einzelnen Städten mit unterschiedlichsten Schwierigkeiten zu kämpfen hatten, erlangte die Offene Arbeit immer mehr an überregionaler Bedeutung als soziale und politische Bewegung. „In den Städten, wo die Offene Arbeit der Kirche Freiräume kontinuierlich und ohne Brüche gesichert hatte, übernahm die Offene Arbeit sporadisch die Funktion des Nenners bei gemeinsamen Aktionen wie den jährlich stattfindenden Werkstätten. 1987 durch den Kirchentag von Unten, bei dem Gruppen aus vielen Städten der DDR mitarbeiteten, entstand erstmals ein übergreifendes Netzwerk unterschiedlicher Gruppen - allerdings nicht ohne Spannungen. Dieses konnte auf gewachsene Strukturen der Offenen Arbeit zurückgreifen und über die anderen kulturellen Gruppen weitere Ressourcen in gesellschaftlichen Bereichen erschließen. Allerdings kam es in manchen Gruppen der Offenen Arbeit zu Generationsproblemen, weil die Mitarbeiter mit bestimmten kulturellen Jugendgruppen wie z. B. den Punks nicht zurecht kamen.“[748]

Ein wesentlicher Ausgangspunkt für diese neue Entwicklung war die Herausbildung der Umweltbibliothek in Berlin, die von Akteuren der Berliner Offenen Arbeit getragen

[746] Vgl. Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999. Erklärung über die Nichtteilnahme an den Kommunalwahlen am 07.05.1989, Dokument 27, S. 233 f.

[747] Ebenda. Erklärung zur Unterdrückung der Demokratiebewegung in China und Berichterstattung in den DDR-Medien, Protesterklärung vom 08.06.1989, Dokument 31, S.184 f. u. S. 241.

[748] Zitat Thomas Grund aus Brief an den Autor vom 18.06.2002.

wurde. Ihre oppositionelle Ausstrahlungskraft und der Kirchentag von Unten steigerten die Gemeinsamkeiten mit anderen kirchlichen oppositionellen Gruppen in der DDR und erhöhten damit die politische Bedeutung der DDR-weiten Offenen Arbeit als Bewegung von unten.[749] Im Februar 1988 gründete eine kleine Jenaer Gruppe in eigener Regie und in Anlehnung an das Vorbild der Umweltbibliothek Berlin den Jenaer „Leseladen". Hauptakteure waren Harry Zöller (Käfer), Matthias Kuppke (Guppi), Gernot Gröschner, Katrin Meyer, Kerstin Kreibich, Annette Hedwig Rother, Thomas Grund (Kaktus), Svenson und Stadtjugendpfarrer Uli Kasparick. Die Kontakte zur Umweltbibliothek Berlin hatten Harry Zöller, Thomas Grund und Peter Haufschild (IM „Robert Hanf"), der bis zu seiner Ausreise nach West-Berlin 1988 auch im gescheiterten Öko-Kreis der Jungen Gemeinde Stadtmitte mitgearbeitet hatte. Konkreter Anlaß für die Gründung des Leseladens war die Idee von Harry Zöller, die vorhandenen Materialien des Ökologiekreises mit den Nachlässen ausgereister Akteure zusammenzubringen. Zu diesem Zeitpunkt stand gerade die Ausreise von Carsten Hahn und Martina Arndt bevor. Sie mußten zahlreiches oppositionelles Material zurücklassen und überlegten, wie dies sinnvoll weiter gegeben werden könnte. Vor allem mit Carsten Hahn verlor die Junge Gemeinde Stadtmitte Ende 1987 einen wichtigen langjährigen Akteur. Hahn hatte sich hier seit 1977 engagiert und trotz zahlreicher Repressionen bewußt für die DDR entschieden. Er war lange davon überzeugt, daß sich politische Veränderungen auf lange Sicht durchsetzen würden. Er gehörte deshalb auch zum Kreis der Friedensgemeinschaft Jena. Im September 1984 erklärte er als einer der ersten aus dem Kreis der Jungen Gemeinde Stadtmitte seine Verweigerung des aktiven Reservedienstes bei der Nationalen Volksarmee, was im Zusammenhang mit der Blockübergreifenden Initiative der Friedensbewegung für persönliche Friedensverträge stand.[750] Er beteiligte sich an dem Jenaer Samisdat „Brücke"[751] und hielt als Jenaer Kontaktperson für den

[749] Zur Zusammenarbeit und Entwicklung der Berliner Offenen Arbeit. Vgl. Autorenkollektiv: Wunder gibt es immer wieder, Berlin 1997.

[750] Erklärung zur Verweigerung des Reservedienstes in der Nationalen Volksarmee. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 43, Archiv Autor.

[751] Die Zeitschrift „Brücke" war ein unabhängiger Samisdat (politisch motivierte zeitungsähnliche Flugschriften oppositioneller Gruppen in der DDR) der Jenaer Offenen Arbeit zwischen 1982 und 1984 und verstand sich vor allem als Gegengewicht zur offiziellen innerkirchlichen Zeitung „Glaube und Heimat". Hier sollte über aktuelle politische Themen und Probleme der Offenen Arbeit in der Gemeinde berichtet werden. Carsten Hahn versuchte als einer der zentralen Akteure immer wieder, die Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte zu thematisieren. Da die inhaltliche Kontrollfunktion für die „Brücke" dem Kreisjugendpfarrer Nenke (IM „Brenner" alias „Peter Weiß") oblag, gab es ständige Auseinandersetzungen um die Inhalte. Hahn wollte mehr gesellschaftspolitische Themen, Nenke versuchte dies zu verhindern. Die „Brücke" zerbrach daran. Vgl. Bezirksverwaltung (BV) Gera, Abt. XX/4, 12.03.1984, Information 95/84 zu Hahn bzw. anderen Personen der Jenaer Szene, BStU, Bl. 93, Thüringer Archiv für Zeitgeschichte, Ordner Fobu 6.1. Die Auseinandersetzungen über die „Brücke" gingen so weit, daß Superintendent Siebert in einer Dienstbesprechung äußerte „...daß Nenke in Sachen „Brücke" diktatorisch vorgehen müsse, daß der Inhalt voll von der Kirche verantwortet werden müsse und daß Nenke dafür zuständig sei." BV Gera, Abt. XX, 25.05.1984, Dienstbesprechung der kirchlichen

DDR-weiten Freundeskreis der Wehrdienstverweigerer Verbindung zu „amnesty international“. Mehrfach wurden ihm Reisen in das sozialistische Ausland verwehrt, um Ost-West-Treffen zu verhindern. Dabei kam es auch zu massiven Schikanierungen an der Grenze zur CSSR. Als Teilnehmer am Open-Air-Frühstück mußte er Ordnungsstrafe zahlen und bekam einen PM 12.[752] Die Volkspolizei erteilte ihm 1987 ein Reiseverbot nach Berlin zum Kirchentag. Seine daraufhin erfolgten Eingaben an Erich Honecker blieben ergebnislos. Das Ministerium für Staatssicherheit „bearbeitete“ und schikanierte ihn und seine damalige Lebenspartnerin unablässig mit dem Ziel, ihre Ausreise aus der DDR zu erzwingen. Schließlich organisierte das Ministerium für Staatssicherheit seine Einberufung zum Reservedienst bei der Nationalen Volksarmee, den Hahn 1984 verweigert hatte. Von diesem Moment an blieben Hahn nur noch zwei Möglichkeiten, entweder Gefängnis oder die Alternative Westen. Er und seine Lebenspartnerin entschieden sich in der Konsequenz für die Ausreise.

Ein anderer Hintergrund für die Entstehung des Leseladens lag in der von 1986 bis 1987 bestehenden Arbeitsgruppe Ökologie. „...diese Öko-Gruppe hat sich letztendlich aufgelöst, da passierte nichts mehr, das Einzige, was von dieser Öko-Gruppe übrig geblieben ist, war eine relativ große Materialsammlung, die war ganz einfach da. Es gab auch keine Absprachen innerhalb dieser Öko-Gruppe mehr, los wir machen jetzt einen Schritt weiter oder so. Am Ende war das mit dem Leseladen eher von mir so eine Geschichte, na ja, was soll das ganze Zeug bei mir hier rum liegen? Und ich bin mit dieser Idee auf Carsten getroffen, der sich vollkommen unabhängig von uns einen Kopf gemacht hatte über den Verbleib seiner Materialien. Er wußte, wenn ich gehe, bleibt mein Zeug hier, aber was passiert mit dem Zeug... Und auf dem Johannisplatz 11 haben wir uns einfach urplötzlich - zwei Dumme, ein Gedanke - getroffen. Und ich weiß heute noch nicht, was das für ein Zufall war, daß wir uns beide auch noch darüber unterhalten haben.“[753] Am Beginn der Organisation für den Leseladen stand wieder die Raumfrage. In die Räume der Jungen Gemeinde konnte und wollte man nicht einziehen. Nach Verhandlungen mit der Kirchenleitung und verschiedenen Pfarrern bekamen die Akteure die kirchlichen Räume im Vorderhaus in der Johannisstraße 14 zur Verfügung gestellt. Damit war gleichzeitig die Verbindung zum Publikum der Jungen Gemeinde Stadtmitte gesichert, die ja im Hinterhaus ihre Räume hatte. „Es gab dann weitere Treffen, da hatten wir die Räume schon, es war ja klar, daß wir die Räume kriegen im Vorderhaus Johannisstraße und haben uns dort eigentlich regelmäßig getroffen. Und da

---

Mitarbeiter Jenas am 25.04.1984. Thüringer Archiv für Zeitgeschichte, Ordner Fobu 6.1. Vgl. für Überblick für Samisdat in der DDR Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989. S. 752 ff.. Für die Jahre ab 1985 Kowalczuk, Ilko-Sascha Hg.: Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989.

[752] Vgl. Anm. 191 sowie S. 299.

[753] Zeitzeugengespräch mit Matthias Kuppke (Kupi) und Harry Zöller (Käfer) am 07.02.2001 mit dem Autor.

haben wir dann angefangen, ich weiß nicht, in welchem Zeitraum das passiert ist, wahrscheinlich hat es relativ lang gedauert, eine Konzeption zu entwerfen, wie die ganze Sache aufgebaut sein könnte. Also, angefangen vom zeitlichen Rahmen bis hin zu dem, daß man sagt, welche Literatur legen wir aus, zu welchen Themenbereichen, in welcher Form soll es zugänglich sein, soll es entleihbar sein, müssen Gesetzestexte vorhanden sein. Müssen zum Beispiel Leute, die ausreisen wollen, sich auch beraten lassen können, solche Sachen wurden abgesteckt. So und dann gab's noch eine Überlegung, es gab ja in der Kirchengemeinde in der Lutherstraße eine sogenannte Friedensbibliothek, wir haben uns mit den Leuten in Verbindung gesetzt, die dort dafür zuständig gewesen sind, da fallen mir unter anderen der Reinhardt Guttke und der Jürgen Haschke[754] ein. Wir wußten ja, da ist ein gewisser Bestand zum Friedensthema da, ganz allgemein. Es ging sicherlich auch um Christen in der DDR und ihr Verhältnis als Schwerpunkt dazu. Da sind wir auf die zugegangen und haben gedacht, vielleicht läßt sich die ganze Sache zusammen bewegen. Es stellte sich aber ganz schnell heraus nach dem gemeinsamen Treffen, daß es starke Bedenken von Seiten dieser Gruppe gab. Sie hatten vor allem Probleme mit unserem Ziel der Öffentlichkeitsarbeit. Das heißt, alles, was außerhalb des kirchlichen Rahmens an Veranstaltungen geschah. Davor hatten die schon eine gewisse Angst. Aber auch, wo es zum Beispiel drum ging, Zeitschriften und Bücher, die in Westdeutschland gedruckt worden sind, dort auszulegen, weil da ganz klar eine Konfrontation mit Polizei oder Staatssicherheit befürchtet wurde. Im Endeffekt war die Befürchtung im Raum, daß bei einem Zusammengehen nicht nur der Leseladen an den Machenschaften des Ministeriums für Staatssicherheit scheitern könnte, sondern eben auch die Friedensbibliothek. Beide würden dann kassiert und der Betrieb müßte dafür eingestellt werden.“[755]

Zu einer Zusammenarbeit des Leseladens mit der Friedensbibliothek kam es also nicht. Zu groß waren die Bedenken gegenüber möglichen Repressionen durch das Ministerium für Staatssicherheit und den Rat der Stadt. Unterstützt wurde der Leseladen von Superintendent Siebert. „Siebert sagte uns, na ja, viel Schutz können wir euch nicht bieten, aber macht mal. Der war ja nicht so ein Verhinderer, sondern eher ein Befürworter mit den ganzen Sachen, die er gemacht hat. Er hat uns aber immer darum gebeten, ruft mich vorher an oder sagt mir Bescheid, wenn ihr was macht.“[756] Damit der Leseladen ein kirchliches Dach bekam und nicht politisch aus dem Ruder läuft, engagierte sich seit Anfang 1988 Stadtjugendpfarrer Uli Kasparick in der Gruppe. Seine unmißverständliche Botschaft, die er zu einem der ersten Treffen mitbrachte, war, daß

[754] Jürgen Haschke, Landesbeauftragter für die Unterlagen der Staatssicherheit in Thüringen, Abgeordneter im Jenaer Stadtparlament.
[755] Zeitzeugengespräch mit Matthias Kuppke (Kupi) und Harry Zöller (Käfer) am 07.02.2001 mit dem Autor.
[756] Ebenda.

das Ministerium für Staatssicherheit keine zweite Umweltbibliothek wie in Berlin zulassen werde. Trotzdem wolle er aber auch nichts verhindert wissen. „Uli hat uns nicht gesagt, jetzt hört auf. Das dürft ihr nicht machen.“[757]

Nach einigen Anlaufschwierigkeiten durch fehlende Beteiligung weiterer Akteure erarbeitete die Leseladengruppe im ersten Halbjahr 1988 eine erste Konzeption für ihre zukünftige Arbeit. In dem Entwurf protokollierten sie als wichtigste Priorität: „ Der Leseladen ist ein Angebot der Jugendarbeit der ev. Kirchengemeinde Jena.“[758] Damit verknüpfte die Gruppe zwei Ebenen, einmal ihre Verbindung zur Offenen Arbeit und zum anderen die Anbindung an die Kirchengemeinde. Die Verantwortlichkeit für den Arbeitskreis lehnten sie ganz bewußt an die institutionelle Struktur der Kirche an: „Der Leseladen wird verantwortet von einem Leitungskreis. Dieser besteht aus dem/den Mitarbeiter/n des Stadtjugendpfarramtes und Menschen aus verschiedenen Kreisen.“[759] Sie hatten damit nicht nur starke Verbündete für die anstehende Arbeit gewonnen, sondern auch einen größeren Schutz vor willkürlichen Zugriffen durch das Ministerium für Staatssicherheit. Dies ermöglichte auch eine breitere Wirksamkeit ihrer Arbeit, weil über das Stadtjugendpfarramt alle Gemeindeteile erreicht wurden und sich damit die innerstädtische Vernetzung und Akzeptanz verstärkten konnte. Die Gruppenstruktur des Leseladens folgte wie in fast allen oppositionellen Basisgruppen dem Prinzip des gemeinsamen Konsenses.[760] Das war auch nicht weiter schwer, weil klar war, wogegen sie sich abgrenzen wollten. Vor allem über die ideologische Abgrenzung gegen die SED herrschte bei den Akteuren des Leseladens Übereinstimmung.[761] Am wichtigsten waren ihnen jedoch das Aufbrechen des Informationsmonopols der SED und eine weiterführende eigenverantwortliche Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Prozessen. Sie stellten in ihrer Konzeption deshalb für die eigene Analyse der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation dazu fest: „Wir sehen uns mit folgenden Problemen konfrontiert: fehlende oder einseitige Information, Vorurteile, fehlende

---

[757] Ebenda.

[758] Konzeption Leseladen, undatiert erstes Halbjahr 1988, Privatarchiv Matthias Kuppke.

[759] Ebenda.

[760] Vgl. Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 65. „So verbrachten wir z. B. auf einer der Vollversammlungen einen halben Tag damit, in diesen Gruppen von 100 Teilnehmern und Teilnehmerinnen die Entscheidungsfindung im Konsens zu lernen.“ Vgl. Autorenkollektiv: Wunder gibt es immer wieder - das Chaos ist aufgebraucht, es war die schönste Zeit. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der KIRCHE von UNTEN, Hg.: Kirche von Unten, Berlin 1997, S. 12. „Sie (die Offene Arbeit, d. A.) wurde ein ziemlich einzigartiges Probierfeld für Menschen in der DDR. Es wurde versucht, ohne Verbote zu arbeiten, keine Normen vorzugeben, sondern Gruppenregeln im Zusammenleben zu entwickeln. So wurden partnerschaftliches, nicht hierarchisches Umgehen miteinander, vorurteilsfreies Annehmen, Konsensentscheidungen der Gruppen, gemeinsames Leben und Erleben, Spaß, Lust, Spontaneität zu prägenden Punkten im Selbstverständnis der Gruppen.“

[761] Zeitzeugengespräch mit Matthias Kuppke (Kupi) und Harry Zöller (Käfer) am 07.02.2001 mit dem Autor. Vgl. allgemein zu den kirchlichen Basisgruppen Goertz, Joachim. Die Solidarische Kirche in der DDR, S. 68 f.

Betroffenheit, fehlendes Engagement bei relevanten Problemen, Angst, Nihilismus und Resignation."[762] Als politisches Ziel formulierten sie daraus ableitend: „Der Leseladen ist ein Informations-, Kommunikations- und Aktionsangebot. Wir wollen damit einen Beitrag leisten zur Versachlichung des Gespräches um innerkirchliche und gesellschaftlich relevante Themen. Wir haben keine Patentrezepte auf die Herausforderungen unserer Zeit. Deshalb brauchen wir das sachkundige Gespräch [...] auch mit ungewöhnlichen Argumenten. Deshalb brauchen wir den Leseladen."[763] Die Forderung nach freiem Dialog mit allen Gruppen der Gesellschaft wurde während der friedlichen Revolution 1989 zu einem Hauptanspruch der Menschen. Um den eigenen Dialog zu ermöglichen, brauchten die Akteure des Leseladens ihrerseits Materialien und Informationen. Besonders zu Fragen des Wehrdienstes sammelten sie alle DDR-Gesetzestexte sowie strafprozeßrelevante Materialien für diejenigen, die den Wehrdienst verweigern wollten. „Das umfaßte die ganzen Möglichkeiten, angefangen von den Baueinheiten bis zur Totalverweigerung. Unser Anliegen war es, daß das möglichst komplett abgedeckt werden konnte. Dann sammelten wir natürlich auch viele Bücher aus dem politischen Spektrum. Jürgen Fuchs war ein Thema, Wolf Biermann, das ist ganz klar, auch Archipel GULAG, genau, solche Bücher waren das. Wir hatten auch viele Informationen gesammelt zur Atomkraft und dem ganzen Umweltbereich, das waren unsere Schwerpunktthemen. Erinnere dich mal, ihr hattet im Westen ein Buch gemacht, Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden, und die Kohle, die ihr dafür einnehmen konntet, die habt ihr uns ja zur Verfügung gestellt. Lutz Rathenow brachte uns etliche Bücherstapel mit, einerseits von seinen Werken, aber auch anderes. Ein paar Sachen von Jürgen Fuchs waren auch mit dabei."[764] Ihr Anspruch richtete sich nach und nach auf die ganze Bandbreite der verfügbaren politischen und ökologischen Literatur. Auch der aktuelle Samisdat wurde organisiert und verbreitet. „Wir haben uns bemüht, daß die Umweltblätter, die regelmäßig erschienen sind zu der Zeit, vorhanden waren beziehungsweise auch der Grenzfall oder der morning star oder der Friedrichsfelder Feuermelder."[765] Besonders die Presse der Bundesrepublik spielte eine wichtige Rolle für die Attraktivität und die Akzeptanz des Leseladens in der Bevölkerung. „Außerdem hatten wir ein paar Jahrgänge Spiegel, komplett. [...] Dann gab's das, was Fuchs rausgegeben hatte, diese Dialog-Hefte, die aus Westberlin gekommen sind, die hatten wir relativ vollständig da. Für diesen schönen Verteiler für den Süden war Kiste (IM „Raffelt", Manfred Rinke aus Dresden, d. A.) zuständig. […] ich bin einmal im Monat oder alle zwei Monate in Dresden gewesen mit zwei

[762] Konzeption Leseladen, undatiert erstes Halbjahr 1988, Privatarchiv Matthias Kuppke.
[763] Ebenda.
[764] Zeitzeugengespräch mit Matthias Kuppke (Kupi) und Harry Zöller (Käfer) am 07.02.2001 mit dem Autor.
[765] Ebenda.

Riesentüten und habe dort den Spiegel abgeholt, schwer schleppend. [...] Und von euch (aus West-Berlin, d. A.) sind ja dann die ganzen Solschenizyn-Geschichten und die Biermann-Geschichten gekommen, Wolfgang Leonhardt, Die Revolution entläßt ihre Kinder, das kam alles. Ich weiß es auch nicht mehr alles hundertprozentig, es waren ein Haufen Sachen, auch in die Richtung Schule und Pädagogik, auch über Bildung kamen ein paar Sachen, wo wir das erste Mal über Sozialarbeit gelesen haben, und ansonsten hatten wir eine der umfassendsten Gesetzessammlungen, die ich kannte, zu DDR-Gesetzen. Unser Freund Peter Haufschild (IM „Robert Hanf", d. A.) hatte das alles organisiert. [...] Haufschild hat uns zum Beispiel auch immer mit der Berliner Tageszeitung taz versorgt."[766]

Die Voraussetzungen, die zur Herausbildung des Leseladens führten, waren das Scheitern von zwei Ökokreisen und die Ausreise von Akteuren der Jungen Gemeinde Stadtmitte, sowie das Bedürfnis nach politischem Engagement, das durch den Zufall begünstigt wurde. Dieses neue politische Engagement füllte ab Mitte 1988 die Lücken in der inhaltlichen Arbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte aus, die durch das Weggehen des Jugenddiakons Jürgen Hoffmann entstanden waren. Der reguläre Dienstag-Abend blieb Treff- und Informationsbörse ohne inhaltliche Arbeit. Der Mittwoch-Treff von Diakon Hoffman wurde ganz aufgegeben. Der Leseladen war damit die inhaltliche Weiterführung der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Das räumliche Abkoppeln des Leseladens von den ursprünglichen Räumen der Jungen Gemeinde Stadtmitte ermöglichte aber gleichzeitig den Zulauf von politisch interessierten Bürgern, die sich nicht kirchlich gebunden fühlten. Damit konnte der Leseladen seinen Aktionsradius erheblich erweitern und wirkte neben der Gruppe „Künstler für andere" und dem „Arbeitskreis Solidarische Kirche" weit in die Stadt hinein. Zwischen den kirchlichen Gruppen gab es die schon fast gewohnten personellen Überschneidungen, aber auch gemeinsame inhaltliche Interessen.

Eine herausragende Stellung kam der Jungen Gemeinde Stadtmitte in der Endphase der DDR 1988/89 vor allem im subkulturellen Bereich der lokalen Musikszene zu. Neben dem Leselanden und den anderen kirchlichen Gruppen hatte sich die „Hinterhofproduction" von Thomas Grund entwickelt.[767] Sie vereinte die beiden Hobbys von Grund, die Amateurfilmerei und seine Leidenschaft für Musik. In Jena gab es schon in den siebziger Jahren die erste Band der Jungen Gemeinde Stadtmitte „Peaceful Death". Nach deren Ende 1974 entstand erst 1983 eine zweite Band der Jungen Gemeinde „Airtramp". Die Ausreise von Bandmitgliedern bot 1986 den Anlaß dafür, die bisherigen Songs der Band auf Musikkassetten aufzunehmen. Technisch

[766] Ebenda.

[767] Zur Entstehung und Entwicklung von Untergrund-Bands in der DDR vgl. Galenza, Ronald Hg.: Wir wollen immer artig sein... Punk, New Wave, HipHop und Independent-Szene in der DDR 1980 - 1990, Berlin 1999.

möglich wurde dies ausgerechnet durch den damaligen FDJ-Leiter des Jugendclubs Burgau, der sich als Förderer der Gruppe „Airtramp“ verstand. Er stellte Teile einer Musikanlage sowie ein Mischpult zur Verfügung. Mit diesen Geräten nahm Grund dann die Songs auf. „Dieser (12-Kanal-Mixer vom VEB „Verona“, d. A.) hatte zwar einen Rauschpegel Windstärke 8, doch wen störte das damals. Es entstanden die ersten Aufnahmen in der JG. [...] Insgesamt entstanden fünfundzwanzig Kassetten von fünfzehn Bands. [...] Diese Musik war eine subkulturelle Antwort auf die prägenden lebensgeschichtlichen Erfahrungen der Jugendlichen. Für diese was es eine Gegenkultur gegen die von oben verordnete Kultur einschließlich der vorgeschriebenen Rollen. Im Gegensatz zu den prägenden authentischen westlichen Musikformationen der 50er und 60er Jahre entwickelten sich hier eigenständige, unterschiedliche musikalische Stile zwischen westlicher Kultur und DDR-Musikgut. Dieser „Widerstand“ gegen die verordnete Kultur war eine Widerstandsposition, die sich an Lebensstilen orientierte und nicht mehr das „revolutionäre“ Potential der Aktivisten der 70er Jahre hatte, die DDR links zu überholen. Die Texte waren nicht mehr der politische, sondern ein kultureller Aufbruch gegen den Kulturverfall in der DDR und gleichzeitig Rückzugsmöglichkeit in eine kulturelle Nische [...] Diese Arbeit hat durch die Bereitstellung des außerinstitutionellen Freiraumes zu einer Erweiterung des lebensweltlichen Raumes vieler Jugendlicher in der begrenzten DDR geführt. Es war Überlebenshilfe und Protest zugleich.“[768] Thomas Grund vereinte in der Spätphase der DDR mit seiner Hinterhofproduction kulturellen Aufbruch und politischen Protest zugleich, was gleichzeitig zu einem prägenden Merkmal der Jungen Gemeinde Stadtmitte wurde. In der Konsequenz seines stetigen politischen und kulturellen Engagements wurde er bis Mitte 1988 im Operativen Vorgangs (OV) „Kreuz“[769] und danach zusammen mit seiner Frau Petra Grund im OV „Dach“[770] geheimdienstlich bearbeitet. In der Konzeption zum OV „Dach" vom 14. November 1988 heißt es unter Punkt 3: „Strafrechtliche Einschätzung von Aktivitäten der Familie Grund: Inhaltliche Erfassung von Grund im Rahmen des sogenannten „Leseladen“ gesammelter und hergestellter Filme, Videos, Tonträger und drucktechnischer Erzeugnisse und Veranlassung einer strafrechtlichen Einschätzung. Dokumentation von Verletzungen der Zollbestimmungen der DDR sowie des Transitabkommens zwischen der DDR und der BRD durch Grund - Veranlassung ordnungsrechtlicher oder strafrechtlicher Konsequenzen.“

[768] Was oder wer ist Hinterhofproduction? Erinnerungsbericht von Thomas Grund 2002, Archiv Autor. Vgl. Dokumentenanhang Dok. 45.
[769] OV „Kreuz“, MfS Reg.-Nr. X/1691/85, KD Jena. Eröffnet 1985 gegen Diakon Jürgen Hoffmann, Henning Pietzsch, Thomas Grund (Offene Arbeit). Pietzsch reiste im Februar 1988 aus nach West-Berlin, Hoffmann verlies Jena im März 1988, um in Ostberlin Biesdorf eine Pfarrstelle zu übernehmen.
[770] OV „Dach“, MfS Reg.-Nr. X/1486/88, KD Jena. Eröffnet 1988. Konzeption vom 14.11.1988.

Zur Realisierung dieses Maßnahmeplanes kam es dann nicht mehr. Zu sehr hatten sich die politischen Ereignisse und Bedingungen seit Anfang 1988 gewandelt. Die Vernetzung der kirchlichen Oppositionsgruppen bot den Akteuren zwar nicht immer Schutz vor willkürlichen Repressionen, der Informationsaustausch untereinander erreichte aber inzwischen Dimensionen, die das Regime nicht mehr beherrschen konnte. Jedes repressive Vorgehen, wurde zum Anlaß noch umfangreicherer Proteste, zumeist im kirchlichen Raum. Besonders Fürbittgottesdienste und Protestmärsche nahmen allerorts ständig zu. Anlässe gab es ja genug. Die Erstürmung, Räumung und Festnahme von Akteuren der Umweltbibliothek in Berlin 1986, der DDR-weite Olaf-Palme Marsch 1987[771], der Kirchentag von Unten 1987 in Berlin und 1988 in Halle, sowie die Liebknecht/Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 in Berlin, um nur einige wesentliche Ereignisse zu benennen. Überall waren auch Akteure der Offenen Arbeit beteiligt oder Organisatoren. Auch in Jena kam es immer wieder zur Solidarisierung und zu zahlreichen Protesten unter den Jugendlichen.[772] Ein Beispiel für die Beteiligung der Offenen Arbeit Thüringen an Protestmärschen Ende der achtziger Jahre ist der Thüringer Olaf-Palme Marsch im November 1987. Die Jenaer beteiligten sich hier an dem Marsch in Weimar. Er führte vom Bahnhof zur Gedenkstätte Buchenwald und endete dort mit einer Kranzniederlegung. Insgesamt waren daran ca. 500 Menschen mit zahlreichen Friedensplakaten beteiligt[773] Neben der Polizei und dem Ministerium für Staatssicherheit reagierte im Februar 1988 das „Neue Deutschland“ auf die zunehmenden Proteste und die unerwartete Solidarisierungswelle in der DDR-Bevölkerung. In einem Leitartikel zu den Inhaftierungen im Zusammenhang mit der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration fragte das Blatt in seiner Überschrift: „Wer steuert die sogenannte DDR-Opposition“.[774] Der Artikel wäre an sich belanglos, hätte darin nicht wieder einmal Jena eine zentrale Rolle gespielt. Das Neue Deutschland stellte hier die These auf, die Verhafteten der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration gehörten zur „ferngesteuerten DDR-Opposition“, die das Werk des unverbesserlich

[771] Olaf Palme: 1927 geboren, 1969 - 1976 sozialdemokratischer Ministerpräsident, 1982 - 1986 erneut sozialdemokratischer Ministerpräsident, am 28. Februar 1986 fällt Schwedens Ministerpräsident Olof Palme im Alter von 59 Jahren in Stockholm einem Attentat zum Opfer. Täter und Motiv bleiben ungeklärt. Olaf Palme galt als Politiker des Friedens. Zum Olaf-Palme-Friedensmarsch in der DDR 1987 vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 690 f.

[772] OV „Schwarz“, MfS Reg.-Nr. X/216/87, KD Jena. Eröffnet 1985 gegen Stadtjugendpfarrer Ulirich Kasparick. Information 100/88 vom 27.01.1988.

[773] Im Vorfeld sollte die Offene Arbeit davon ausgeschlossen werden. Der Friedensmarsch sollte dann, als dies nicht gelang, auf Grund ihrer Teilnahme durch die Verantwortlichen der Stadt Weimar kurzfristig abgesagt werden. Die Offene Arbeit hatte aber inzwischen viele Jugendliche aus ganz Thüringen zur Teilnahme organisiert. Etwa 500 Menschen zogen dann durch die Stadt. (geschätzte Zahl vom Autor, der beteiligt war). Die ursprüngliche Hauptroute über den Marktplatz wurde durch Polizeikräfte abgesperrt, die die Jugendlichen der Offenen Arbeit aber unterliefen, um so ihren Protest und ihre Plakate in der Innenstadt zu zeigen. Anschließend gab es keine weiteren Behinderungen durch staatliche Organe. Vgl. Fotoarchiv Matthias-Domaschk-Archiv Berlin.

[774] Neues Deutschland vom 17.02.1988. „Wer steuert die sogenannte DDR-Opposition?“, S. 12.

politischen Provokateurs und ehemaligen Jenaers Roland Jahns aus West-Berlin sei. Er arbeite mit imperialistischen Geheimdiensten und antisozialistischen Kräften zusammen, um den gegenwärtigen Dialog um Abrüstung und Frieden in der Welt zu verhindern. Außerdem inszeniere er Hetz- und Verleumdungskampagnen gegen die DDR, die nur das eine Ziel hätten, die Beseitigung des Sozialismus in der DDR. Jahn spielte tatsächlich als vermittelndes Sprachrohr in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik für die DDR-Opposition Ende der achtziger Jahre eine wichtige Rolle. Das Ministerium für Staatssicherheit konstruierte aber aus den Verbindungen zwischen Jena und West-Berlin immer wieder die Tatsache, in Jena liefen alle oppositionellen Aktivitäten zusammen. Die konstruierte Fernsteuerung der DDR-Opposition über die Jenaer Verbindungen zur „Fuchsbande“ und ihre Helfershelfer wie Jahn entsprach nicht der Realität sondern war reine Erfindung. Doch wenn der sozialistische Plan Feinde vorsah, mußten diese auch irgendwo sein. Und genau diesen Kanon verbreitete nun das Neue Deutschland als Wahrheit, entsprach aber letztlich nur dem ideologisch aufgeladenen Vorurteil der SED-Genossen. Abschließend warnte das Neue Deutschland noch alle, die anders dachten. „Die hier dargestellten ausgewählten Erkenntnisse und handfesten Beweise sprechen eine überzeugende Sprache. Sie sollten deshalb von allen, die es angeht, ernst genommen werden. Zugleich sollten sie all jene überdenken, die immer noch glauben, sich für solche Kräfte, aus welchen Motiven auch immer, innerhalb und außerhalb unseres Landes engagieren zu müssen.“[775]

Zeitgleich gab es 1988 in Jena genügend Stoff für weitere Auseinandersetzungen. Eine neue Gruppe von Ausreiseantragstellern hatte sich herausgebildet und wollte sich unter dem Dach der Kirche versammeln, um für die Freilassung der ausreisewilligen Teilnehmer an der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration zu protestieren. Die Angst der Kirchenleitung vor neuen Konflikten mit der Staatsmacht war aber so groß, daß die Gruppe kurzerhand auf die Straße verwiesen wurde. Den Ausreiseantragstellern wurde wie schon oft unterstellt, sie beeinträchtigten und diskreditierten mit ihrer Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen, insbesondere bei Fürbittgottesdiensten, die religiösen Inhalte und moralischen Werte der Kirchengemeinde. Es sei vor allem nicht zu erkennen, womit sie ihre Teilnahme begründen könnten. Kirchliche Mitarbeiter vermuteten pauschal, ihre Motivation diene einzig dem Versuch einer Beschleunigung ihres Ausreisebegehrens auf Kosten der „ehrlichen“ Leute in der Gemeinde. Damit lagen die Kritiker der Ausreise sicher nicht falsch. Sie deshalb aber auf die Straße zu setzen, war freilich mehr als zweifelhaft. In der Folge organisierten die Ausreisewilligen auf Empfehlung von Stadtjugendpfarrer Kasparick Wanderungen, um sich außerhalb kirchlicher Räume zu treffen und weiter zu organisieren. Auf der dritten Wanderung im Februar 1988, an der ca. 300 Personen teilnahmen, kam es schließlich zu Verhaftungen

[775] Neues Deutschland vom 17.02.1988, S. 12 „Wer steuert die sogenannte DDR-Opposition?“

durch die Polizei. Ein nicht recherchierbares Behauptung berichtet, zahlreiche Teilnehmer der Wanderung seien der Polizei sogar hinterher gelaufen, um ihre Festnahme oder doch wenigstens ihre polizeiliche Registrierung zu erreichen. Womöglich erhofften sie dadurch eine schnellere Abschiebung aus der DDR. Für die Kirchenleitung war dieses Gerücht allerdings die Bestätigung dafür, daß es den Ausreisewilligen lediglich um eine Beschleunigung ihrer Ausreise ging. Nach diesem Vorfall wurde Stadtjugendpfarrer Kasparick von seiner Gemeinde heftig kritisiert. Er galt als der Drahtzieher dieser Aktionen, weil er als Einziger dagegen war, die Ausreisewilligen vom Fürbittgottesdienst auszuschließen. Außerdem hatte er dafür plädiert, Fürbitten für alle Verhafteten und deren Familien zuzulassen, unabhängig davon, ob die Betroffenen einen Ausreiseantrag gestellt hätten oder nicht. Dies mahnte er immer wieder aus seiner christlichen Pflicht heraus zum Schutz der politisch Verfolgten an. Sein Fazit: „Wir brauchen viel mehr politische Gottesdienste."[776] Kasparick sollte in der Konsequenz seines politischen Handelns durch Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit „zersetzt" werden. Ein eher untypisches Mittel dafür war der Einsatz einer zum Teil aus Inoffiziellen Mitarbeitern (IM) bestehenden Punkband. Sie sollte die Anwohner der Johannisstraße in den Häusern und in der Nachbarschaft der Jungen Gemeinde Stadtmitte Tag und Nacht mit ihrer Punkmusik beschallen, um Unmut bei der Bevölkerung gegen die Kirche auszulösen oder zu verstärken.[777] Die Kirchenleitung mußte sich jedenfalls Vorwürfe wegen Ruhestörungen, Sachbeschädigungen, Trinkgelagen und Pöbeleien gefallen lassen. Da Kasparick als Stadtjugendpfarrer auch für die Geschehnisse in der Jungen Gemeinde Stadtmitte verantwortlich war, trafen die Vorwürfe als ersten ihn. Sein Argument, er habe die Jugendlichen von der Straße geholt, um diese vor einer Kriminalisierung zu schützen, reichte nicht mehr aus. Der innerkirchliche Druck der Gemeinde erhöhte sich gegen ihn, und die Kontrolle über die Jugendlichen ging ihm verloren, weil sich diese nicht verpflichtet sahen, für ihre Duldung in den kirchlichen Räumen Anpassungsleistungen zu erbringen. Der anhaltende fehlende Rückhalt in der Kirchengemeinde und im Arbeitsumfeld löste bei Kasparick eine persönliche Krise aus. Mitte 1988 erlitt er einen Nervenzusammenbruch und begab sich zur ärztlichen Behandlung in die Universitätsnervenklinik. Aber anstatt der erwarteten Hilfe gelangte er damit nur endgültig unter die Kontrolle des Ministeriums für Staatssicherheit. Anfang

[776] OV „Schwarz", MfS Reg.-Nr. X/216/87. KD Jena. Information 136/88, 21.03.1988, Information zur Verbindung, Aktivitäten und Reaktionen von klerikalen Kreisen (Stadtjugendpfarrer Kasparick) aus Jena mit Antragsteller-Aktivitäten.

[777] Vgl. Galenza, Ronald Hg.: Wir wollen immer artig sein..., S. 83. Galenza kann die Angaben zu der Punk-Band allerdings aus keiner Quelle belegen. Ich vermute deshalb, es handelt sich um persönliche Aussagen aus dem Umfeld dieser Band, die aber nicht belegt sind. Ich habe bei den Recherchen zur vorliegenden Arbeit in den Akten des Ministeriums für Staatssicherheit keine Hinweise auf die IM-Tätigkeit einer ganzen Punk-Band gefunden.

1989 entschied sich Kasparick zur Aufgabe seiner Stelle als Stadtjugendpfarrer in Jena. Das Ministerium für Staatssicherheit hatte diesmal ganze Arbeit geleistet und einen der politisch weitsichtigsten, ehrlichsten und fähigsten kirchlichen Mitarbeiter Jenas regelrecht „zersetzt".[778] Einen Anteil an diesem Erfolg muß man aber auch der Kirchenleitung und Superintendent Siebert anlasten. Der Superintendent, der sonst ein Mann mit klugen diplomatischen Winkelzügen war, hatte sich offenbar von den noch unenttarnten Kirchen-IM und den Unsicheren in der Gemeinde zu sehr leiten lassen und es versäumt, sich hinter Kasparick und seine politisch engagierte Jugendarbeit zu stellen. Siebert argumentierte nüchtern, Kasparick sei an der ständigen Belastung gescheitert und habe damit auch seine Ehe in Gefahr gebracht.[779] Die Frage, warum Kasparick an zu großer Belastung scheiterte, stellte er sich wohl nicht. Klar scheint aber, daß er auch vor allem deshalb scheiterte, weil er zu wenig Unterstützung in der Jenaer Gemeinde für seine Jugendarbeit hatte, dafür aber zahlreiche Anfeindungen abwehren mußte. Kasparick setzte sich ohne Unterschied für die politisch Entrechteten und Bedrängten ein und begriff die Zusammenhänge zwischen dem Begehren zur Ausreise in die Bundesrepublik und den realen politischen Zuständen im eigenen Land. Deshalb plädierte er ganz offen für politische Veränderungen, auch gegen den Widerstand in den eigenen Reihen, bis er nicht mehr allein weiter konnte. Große Teile der Kirchengemeinde atmeten auf, als Kasparick Jena verließ. Das Ministerium für Staatssicherheit hält 1989 in einer Information dazu fest: „Wesentliche Aufgaben aus Kaspericks Amtsbereich, so die Betreuung der JG Stadtmitte und damit der Offenen Arbeit sind dem Jenaer Kreisjugendpfarrer Nenke übertragen worden, wobei es andererseits Aussagen gibt, daß Ralf Kleist[780] sich organisatorisch um die Offene Arbeit stärker kümmert. Die Arbeit des Kreisjugendkonventes wird wieder organisiert wie das vor Kasparick üblich war. Teile der Jenaer Pfarrschaft sehen in Kaspericks Scheitern eine Gelegenheit, die Offene Arbeit zu minimieren. [...] Mit dem Ausscheiden von Kasparick und dem Fehlen eines Sozialdiakons fehlt der JG Stadtmitte und der Offenen Arbeit Planmäßigkeit und Beständigkeit. Die in den einzelnen Sprengeln geleistete normale kirchlich orientierte JG-Arbeit bleibt von dieser Situation unbeeinflußt."[781]

Insgesamt bleibt für den Abschnitt der dritten Generation von Ende 1983 bis Anfang 1988 festzuhalten, daß der Versuch der Kirchenleitung zur religiösen Vereinnahmung der Jungen Gemeinde Stadtmitte keinen längerfristigen Erfolg hatte.

[778] Vgl. Der Spiegel 3/93, S. 26 f. „In Wahnsinniger Todesangst."
[779] OV „Schwarz", MfS Reg.-Nr. X/216/87. KD Jena. Information zu Pfarrer Kasparick, 21.02.1989.
[780] Ralf Kleist gehörte als Akteur in den achtziger Jahren zu einem anderen Kreis der Jenaer Jungen Gemeinde, war aber mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte eng verbunden. Er übernahm Ende der achtziger Jahre als Mitglied des Konventes viele Aufgaben in der Jugendarbeit in Zusammenarbeit mit Stadtjugendpfarrer Kasparick. 1987/88 sollte er in Zusammenarbeit mit der Jungen Gemeinde Stadtmitte den Aufbau eines Rüstzeitheimes in Kunitz (Dorf bei Jena) übernehmen. Das Projekt wurde aber nie umgesetzt.
[781] OV „Schwarz", MfS Reg.-Nr. X/216/87. KD Jena. Information zu Pfarrer Kasparick, 21.02.1989.

Die religiösen Themen nahmen die Jugendlichen nicht als Religionsstunden hin, sondern begriffen sie als Möglichkeit, ihre eigene Rolle in der Gesellschaft zu suchen. Dabei scheuten sie sich auch nicht vor Kritik an der Institution Kirche und hinterfragten deren Haltung zur Gesellschaft. Die Themen der Jugendlichen waren vielschichtig und befaßten sich mit der gesamten Breite ihrer aktuellen Bedürfnisse. Dauerthemen waren dabei vor allem die Wehrdienstfrage und die Problematik der Ausreise.

Ganz wichtig für die Entwicklung der Offenen Arbeit in der DDR war in dieser Zeit auch wieder Pfarrer Walter Schilling. Er galt als die zentrale Person, weil es ihm gelang, verschiedene kirchliche und nichtkirchliche Gruppen zusammenzuführen. Schilling hatte sich außerdem über Jahre mit den Strategien und Methoden des Ministeriums für Staatssicherheit intensiv beschäftigt. Er hielt mehrfach Vorträge zu dem Thema und dem repressiven Umgang mit den Jugendlichen.[782] Das war ein einmaliger Vorgang und zugleich politischer Protest. Schilling setzte hier ganz bewußt das Prinzip der Offenheit über das Konspirative des DDR-Geheimdienstes. Und der beobachtete zwar das Treiben Schillings, konnte es jedoch nicht verhindern. Walter Schilling war für die gesamte Offene Arbeit die verbindende, seelsorgerliche und vor allem menschliche Klammer. Das konnten Geheimdienst und Kirchenleitung nicht unterbinden oder ändern. Eine Verhaftung Schillings hätte zudem eine unbeherrschbare DDR-weite Protestwelle ausgelöst. Die konnten weder Staat noch die Kirche riskieren.

Für die Ausbreitung der Massenbasis der Opposition in der DDR spielte immer wieder die Vernetzung der Offenen Arbeit eine wichtige Rolle.[783] Allein zum „Kirchentag von Unten“ in Berlin 1987 kamen über 5000 zumeist Jugendliche aus diesem Umfeld zusammen. Diese Größenordnung hatte sich bereits 1986 in Rudolstadt, Erfurt und Jena angedeutet, wo jeweils mehrere tausend Teilnehmer zusammen kamen. Das Ganze setzte sich dann 1988 und 1989 in Halle und Berlin weiter fort und katapultierte die Offene Arbeit aus ihrer bisherigen oppositionellen Randsituation in einigen Städten ins Zentrum des politischen Protestes. Daraus speiste auch ein großer Teil oppositioneller Gruppen 1989 seine soziale, kulturelle und politische Massenbasis. Deshalb war die Offene Arbeit eine wichtige Basis der Opposition 1989 und eine zeitlich begrenzte Jugendbewegung in der DDR.

Die Auseinandersetzung der Jugendlichen mit politischen Themen resultierte nicht aus einem bloßen Bedürfnis nach Diskussion, wie Udo Scheer die Jungen Gemeinde Stadtmitte nach 1984 resümierend attestierte. Sie war in erster Linie das Resultat konkreter, zumeist repressiver Erfahrungen mit der DDR-Diktatur. Für viele wurde die

[782] MfS-Information Nr. 120/87, Bezirksverwaltung Gera (BV), Abt. XX/4, , Information vom 26.03.1987 zum Vortrag über das Ministerium für Staatssicherheit von Pfarrer Walter Schilling, Braunsdorf, am 24.03.1987 in Jena.

[783] Vgl. Kirche von Unten Hg.: Wunder gibt es immer wieder - das Chaos ist aufgebraucht, es war die schönste Zeit. Berlin 1997.

inhaltliche Beschäftigung mit politischen Themen auch zur konkreten Handlungsanleitung im Umgang mit den Mächtigen. Die Schaffung und Erhaltung von Freiraum sowie die Abgrenzung gegen die offizielle Jugend- und Staatspolitik waren dabei die zentralen Ziele der Jugendlichen. An eine Reformierbarkeit des SED-Staates oder des politischen Systems glaubten sie zudem immer weniger. Trotzkismus und Anarchismus wurden so in subjektiver Auslegung zu theoretischen Vorbildern für das eigene Handeln vieler Jugendlicher aus der Offenen Arbeit. Die Auseinandersetzungen um politische Inhalte verstärkten gleichzeitig das Abgrenzungsbedürfnis der gegenüber der Institution Kirche. Die Folge war eine tiefgehende Ablehnung von Hierarchien. Andererseits brauchten die Jugendlichen die Kirche auch, um eigene Wege gehen zu können, und die Kirche legitimierte mit ihnen ihren religiösen Anspruch in der Gesellschaft. Diese gegenseitige Abhängigkeit erklärt die oft unterschiedliche Bewertung der Rolle der Kirche durch ehemalige Zeitzeugen. Die Ausreiseproblematik verschärfte zusätzlich die Bereitschaft zu Opposition und Widerstand unabhängig vom Selbstverständnis des Einzelnen. Oppositionelles und widerständiges Handeln im Interesse politischer Veränderungen erschien deshalb jenen, die nicht den Weg der Flucht in den Westen gehen wollten, als unausweichlich.

4. OFFENE ARBEIT UND DIE FRIEDLICHE REVOLUTION 1989/90

Tschernobyl und Perestroika, der Angriff auf die Umweltbibliothek in Berlin, die Auseinandersetzungen um Stephan Krawczyk und Freya Klier[784], der republikweite Protest gegen die Relegation von Schülern einer Berliner Schule, die Ereignisse in China auf dem Platz des Himmlischen Friedens und die Wahlfälschungen zu den Kommunalwahlen erweiterten in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre Schritt für Schritt das politische Engagement der DDR-weiten Offenen Arbeit. Getragen wurde es vor allem von denjenigen, die nicht resigniert hatten und nicht mit der Aussicht auf Ausreise spekulierten. In Jena liefen die zentralen politischen Aktivitäten inzwischen außerhalb der Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Die Räume verkümmerten weitgehend zum bloßen Treffort, wo nur noch Partys stattfanden. Einzig Thomas Grund nutzte in dieser Zeit die Räume inhaltlich für seine Hinterhofproduction.[785] 1988 und 1989 entstanden durch ihn zahlreiche Tonaufnahmen von Szene und Untergrundbands. Die Gruppe „Künstler für Andere“ und der Leseladen waren 1989 die zwei wichtigsten oppositionellen Gruppen der Offenen Arbeit. Einige Akteure beteiligten sich darüber

[784] Vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, S. 537 f. Vgl. Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999, S.181.

[785] Vgl. Anm. 786, S. 314, Vgl. auch Dokumentenanhang Dok. 45. Vgl. Trier/Herbig/Stake: Stein auf Stein. „Gefahrenzone“ und die Saalfelder Kulturpolitik in den 80er Jahren. S. 16. ff.

hinaus in den neu entstandenen politischen Zusammenschlüssen. Die jahrelangen gemeinsamen Erfahrungen und persönlichen Beziehungen sowie die gewachsenen sozialen Strukturen innerhalb der Stadt Jena zahlten sich in der revolutionären Phase von 1989 im politischen Kampf gegen die SED-Herrschaft aus. Vor allem die personellen Überschneidungen in den Gruppen waren ein entscheidender Faktor für eine schnelle informelle Nachrichtenübermittlung zwischen den Gruppen. Der Leseladen beteiligte sich regelmäßig an den Veranstaltungen der Gruppe „Künstler für Andere“ und umgekehrt. Kurz: man kannte sich. Die oppositionelle Szene Jenas war überschaubar geblieben, nicht zuletzt durch das Ausbluten und die anhaltende Ausreise. „Wenn du dir das mal anguckst, es war so ein Verknüpfungspunkt Künstler für Andere, die Leseladen-Gruppe, die sich formierte, und die Solidarische Kirche. Wenn du dann weiter geschaut hast, wer macht das eigentlich? Also, Offene Arbeit alle, Stadtmitte alle. So und dann hast du Künstler für Andere, dort hast du die Leute aus'm Leseladen getroffen, im Leseladen die Leute aus der Solidarischen Kirche, es gab ja nicht so viele Leute, die was gemacht haben. Laß uns mal so 40, 50 Leute gewesen sein insgesamt, ich denke, das ist so ein reeller Rahmen, und aus dem mußten sich ja nun irgendwie die ganzen Gruppen rekrutieren.“[786] Die Anzahl der Akteure war zwar überschaubar, nicht aber die Wirkung ihrer politischen Arbeit. Ein Grund liegt darin, daß die Gesellschaft 1989 spürbar reif war für politische Veränderungen. Ein Zweiter ergab sich aus der überregionalen Vernetzung und ein dritter in Aufbrechen des Informationsmonopols der SED. Nur so läßt sich erklären, warum es einer Minderheit von Akteuren im Verhältnis zur Bevölkerung letztlich gelang, den zündenden Anstoß zu geben, aus dem eine Lawine der revolutionären Umwälzung wurde. „Dadurch daß wir uns alle kannten, ich denke auch, relativ gut kannten, wußten wir, ich kann dieses oder jenes gestalten. So bildeten sich relativ schnell auch die einzelnen Spezialisten heraus. [...] Und diese Weiterentwicklung, die wir ganz wesentlich auch durch Diakon Jürgen Hoffmann gelernt hatten, in Sachen Vorbereitung, Management, Organisation und so weiter, das war ja nicht unerheblich in dieser Situation. [...] Und dann gab es ja noch die Melanchthonstraße 6, wo Kaktus gewohnt hat. Der wußte immer grundsätzlich alles, der hat auch auf allen Hochzeiten getanzt, auch die vielen wichtigen Verbindungen nach außen hin funktionierten über ihn.“[787] Gerade diese Verbindungen in die ganze DDR und der damit verbundene Informationsfluß machten ein überregionales und schnelles Reagieren auf politisch aktuelle Ereignisse erst möglich. In der Offenen Arbeit waren diese Vernetzungen schon über Jahre gewachsen und trugen deshalb 1989 in einigen Städten Thüringens wesentlich zum Erfolg der friedlichen Revolution bei. „Wir hatten Freunde in Weimar und Erfurt, und das waren ja sehr enge Beziehungen, die wir da zu

[786] Zeitzeugengespräch mit Matthias Kuppke (Kupi) und Harry Zöller (Käfer) am 07.02.2001 mit dem Autor.
[787] Ebenda.

den jeweiligen Offenen Arbeiten hatten. An Erfurt kann ich mich deshalb so stark erinnern, weil die mit ihren Räumen ähnlich gute Voraussetzungen und Bedingungen hatten wie wir in Jena. In Weimar war das anders. Die mußten immer Räume suchen und was weiß ich anstellen, um geduldet zu werden. Auf der nationalen Ebene gipfelten unsere Kontakte und Beziehungen ja dann letztendlich in diesem Kirchentag von Unten.“[788]

Verstärkt wurden die überregionalen Kontakte und die Zusammenarbeit durch die jährlichen Arbeitstreffen der Offenen Arbeit, gemeinsame Rüstzeitfahrten, Werkstätten sowie durch die Teilnahme an kirchlichen Veranstaltungen. Dadurch verfügte die Offene Arbeit über ein ausgedehntes und funktionierendes Netzwerk mit zahlreichen Kontakten zu kirchlichen und nichtkirchlichen Gruppen. Einzelakteure wie Thomas Grund nutzten dieses Netzwerk auch, um die Jenaer Hinterhofproduction bekannt zu machen. Auf zahlreichen Veranstaltungen bot Grund selbstproduzierte Musikkassetten mit Untergrundbands zum Verkauf an. Der Bedarf soll riesig gewesen sein. Auch seine Super-8-Filme über die kirchliche Behinderten-Wohnkommune Hartroda und der Film über die Junge Gemeinde Stadtmitte „Von einem der auszog“ präsentierte er zu vielen Gelegenheiten, so u. a. in Erfurt, Altenburg, Dresden, Leipzig und Magdeburg.[789]

Ernstzunehmende, gruppenübergreifende politische Aktionen verschiedener oppositioneller Kirchengruppen stellten sich in Jena im Vorfeld und im Verlauf der Volkskammerwahlen im Mai 1989 ein.[790] Das blieb allerdings in den einzelnen Gruppen nicht immer ohne Vorbehalte. Distanzierungen zwischen Akteuren und Gruppen waren trotz personeller Überschneidungen nicht selten. Nur wenige Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte beteiligten sich aber beispielsweise an der inhaltlichen Arbeit anderer Gruppen. Man grenzte sich trotz übergeordneter Gemeinsamkeiten sogar teilweise inhaltlich gegeneinander ab. Das war bereits ein Indiz für die zukünftige politische Ausrichtung. Ein Beispiel für eine solche Abgrenzungspolitik war die Friedensbibliothek der Luthergemeinde. Die Organisatoren der Gruppe wollten unter allen Umständen eigenständig als Teil ihrer Gemeinde arbeiten. Sie hatten das Bedürfnis, unter sich zu bleiben und kein großes Interesse an einer Kooperation mit anderen oppositionellen Gruppen der Stadt, weil deren Protest weit über den innerhalb der Institution Kirche als legal bewerteten hinaus ging. Eine konkrete Zusammenarbeit mit dem Leseladen und dem Arbeitskreise Solidarische Kirche lehnten sie deshalb ab. Hintergrund dafür waren die politischen Forderungen der Gruppen, obwohl sich auch diese voneinander unterschieden. Trotz des gemeinsamen Zieles nach gesellschaftlicher Veränderung hatte jede Gruppe ihre eigenen spezifischen Interessen und Ziele. Die

[788] Ebenda.
[789] Grund, Thomas: Persönlicher Kalender von 1988, Abschrift, Archiv Autor.
[790] Vgl. Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999, S. 182 ff.

Vorstellungen darüber, wie eine gesellschaftliche Veränderung zu erreichen sei, unterschieden sich auch in Mitteln und Methoden. Einig waren sich die verschiedenen Gruppen allein in dem politischen Ziel nach gesellschaftlicher Veränderung. Das schaffte temporär gruppenübergreifende Verbindungslinien bei konkreten Protestaktionen, die sich aber zumeist recht bald wieder abschwächten. Trotzdem „…die Offene Arbeit wußte von der Solidarischen Kirche und die Solidarische Kirche wußte von der Offenen Arbeit. [...] die Ökogruppen waren Ökogruppen, die Solidarische Kirche war Solidarische Kirche und Offene Arbeit war Offene Arbeit.“ [791]

In dieser Situation nahm Pfarrer Walter Schilling die Position ein, die politischen Aktivitäten aller Gruppen seien Teil einer Basisbewegung. Er betonte dabei stets die Notwendigkeit einer stärkeren Zusammenarbeit, die über die Auseinandersetzung mit Inhalten geschehen müsse. Sein unermüdliches Anliegen bestand nun darin, die verschiedenen Gruppen und deren inhaltliche Diskussion zusammenzuführen. Das gelang ihm vor allem über die Aktivierung der Offenen Arbeit. Auf dem Thüringer Basisgruppentreffen am 18 und 19. März 1989 sprach er sich dafür aus, den Freiraum der Kirche und die Mündigkeit der Menschen für ein gemeinsames Zusammengehen zu nutzen. „...ich wünsche mir, daß „Kirche von unten“ keine organisatorische Form ist, sondern ein gemeinsamer Nenner für verschiedene Grundstrukturen, [...]. Wir können Verantwortung nur miteinander tun.“[792] Damit zielte er besonders auf die Verantwortung der Kirche ab. Schilling war der Ansicht, daß nur ein gemeinsamer Dialog aller Gruppen eine Chance für die Unruhigen im Land und für die Kirche sei. Die bisherigen Konflikte zwischen ihnen seien nicht Konflikte um des Konfliktes willen. Sie würden gesucht, um Werte weiter zu tragen. Deshalb, so Schilling weiter, brauchten die Gruppen die Kirche und die Kirche die Gruppen. Die Kirche brauche sie, weil sie als bewährte Ordnung zu zufrieden sei mit dem, was sie habe, doch auch die Kirche könne ohne Wanderung nicht Kirche sein. Deshalb brauche die Kirche die Gruppen bis hin zu den Ketzern. Und die Gruppen brauchten die Kirche ihrerseits, weil sie von einem Grund aus kommen müssen. Gerade die Jenaer, die inzwischen „drüben“ waren, hätten keinen Grund und festen Boden unter sich gehabt, deshalb seien sie auch weggegangen. Das Wechselspiel zwischen Kirche und Gruppe müsse deshalb Dialog heißen. Der sei aber kaum noch da.[793] Was Schilling hier unabhängig von seiner Bewertung des Verhältnisses der Offenen Arbeit zur Institution Kirche einfordert, sind die Grundwerte der demokratischen Gesellschaft auf dem Boden der Religion. Dabei geht es ihm um die persönliche Freiheit und die Verantwortlichkeit des Einzelnen und

[791] Zitat Esther-Marie Ullmann-Goertz in: Goertz, Joachim Hg.: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, S. 88.
[792] MfS-Information 137/89, Bezirksverwaltung Gera (BV), Abt. XX/4. Bearbeiteter Tonbandbericht vom 30.03.1989 zum Thüringer Basistreffen am 19.03.1989 (Haupttag) in Oberweimar.
[793] MfS-Information 137/89, Bezirksverwaltung Gera (BV), Abt. XX/4. Bearbeiteter Tonbandbericht vom 30.03.1989 zum Thüringer Basistreffen am 19.03.1989 (Haupttag) in Oberweimar.

der Institutionen, sowie um eine demokratische Meinungsbildung im öffentlichen Dialog.

Die Konfliktlinien zwischen den oppositionellen Gruppen mit der Institution Kirche lassen sich stellvertretend auch als Verhältnis zwischen Volk und Regierung abbilden. Der SED-Staat, der in seiner diktatorischen Hierarchie erstarrt war, war zu keinem Dialog mit den Menschen fähig. Deshalb war die Forderung Schillings nach einem innerkirchlichen Dialog auch immer eine zentrale politische Forderung der Offenen Arbeit an die Herrschenden. Die Auseinandersetzung der Institution Kirche mit den jugendlichen Subkultur und anderen oppositionellen Gruppen war insgesamt eine entscheidende Voraussetzung für die friedliche Revolution 1989. Besonderen Anteil daran hatte die kirchliche Jugendarbeit Offene Arbeit. Sie forderte mit ihren unkonventionellen Mitteln und Formen die starren Hierarchien stets heraus. Den Jugendlichen bot sie Sozialisation, Integration und Identität. Der Versuch zum Dialog mit der Institution Kirche war in ihren Augen oft nur ein Ersatz für den fehlenden gesellschaftlichen Dialog. Ende 1989 entstanden dann in der gesamten DDR neue politische Gruppen, Strömungen und Parteien, deren Basis sich zunehmend auch aus der bisher schweigenden Bevölkerung rekrutierte. Hieraus entwickelte sich die breite Bewegung von unten, die Schilling schon lange gefordert hatte, und die unabhängig vom jeweiligen persönlichen oder politischen Standpunkt das gemeinsame Ziel nach Dialog und gesellschaftlicher Veränderung für sich aufnahm und einforderte.

Für die Jenaer Akteure der Offenen Arbeit blieb Superintendent Udo Siebert auch 1989 der zentrale Ansprechpartner, wenn es um Veranstaltungen und politische Aktionen ging. Die Gruppe „Künstler für Andere“ erreichte mit ihren monatlichen Veranstaltungen inzwischen immer mehr Öffentlichkeit und wurde weit über Jena hinaus wahrgenommen. Die Akteure des Leseladens organisierten Veranstaltungen im kleineren Rahmen mit Bezug auf die aktuelle politische Entwicklung. Sie hatten im Gegensatz zur Gruppe „Künstler für Andere“ versucht, ein Konzept mit politischen Forderungen zu erarbeiten. Darüber hinaus gaben sie sich eine Arbeits- und Gruppenstruktur. Das war für eine Gruppe der Offenen Arbeit neu. In der Konzeption des Leseladens heißt es dazu: „Der Leseladen wird verantwortet von einem Leitungskreis. Im Leitungskreis ist jeder gleichberechtigt. Entscheidungen werden nach Konsens getroffen.“[794] In ihrer Bestandsaufnahme über die gesellschaftliche Situation von 1988 unterschied sich die Gruppe des Leseladens aber kaum von anderen oppositionellen Gruppen in der DDR. Sie äußerten zunächst ihre Betroffenheit über die gesellschaftliche und politische Lage im Land. Das Bedürfnis politisch zu handeln verstärkte sich zusätzlich durch die erneute Ausreisewelle 1989. Immer mehr Menschen zogen es vor, der DDR den Rücken zu kehren. Die Aufdeckung der gefälschten

[794] Kuppke, Matthias: Konzeption Leseladen, entworfen im ersten Halbjahr 1988, Archiv Autor.

Wahlergebnisse 1989 führte nicht zum eingeforderten Dialog mit den Mächtigen. Der zum Teil erhoffte Massenprotest blieb noch aus. Das Ministerium für Staatssicherheit verstärkte in dieser angespannten Situation noch einmal seine Aktivitäten gegen alle oppositionellen Gruppen. Ein Großteil der Menschen reagierte darauf erneut mit Ausreise oder Flucht, wodurch das SED-Regime immer weiter unter Druck geriet. Der zunächst schleichende Zusammenbruch der DDR-Gesellschaft wurde nun zur rasanten Talfahrt SED-Herrschaft. Aber erst die Massenflucht über Warschau, Prag, und Ungarn löste den endgültigen Todesstoß für die SED-Diktatur aus.[795]

Ein wesentliches Merkmal der dritten Generation der Jungen Gemeinde Stadtmitte war die veränderte politische Grundeinstellung zur DDR. Viele lehnten die sozialistische Diktatur der Arbeiterklasse ab. Eine Hoffnung auf gesellschaftliche Veränderungen fehlte weitgehend, was wesentlich die Ausreise vieler Akteure bewirkte. Ihr selbstdefinierter Anspruch richtete sich deshalb weitgehend auf die größtmögliche Entfaltung der eigenen persönlichen Interessen und Freiheiten. Dabei ging es auch um Grenzerfahrungen im politischen Raum. Mit öffentlichen, zumeist künstlerisch umgesetzten, Spektakeln und Spaßaktionen kämpften die Akteure gegen die staatlichen und ideologischen Zwänge und die repressiven Zugriffe des Staates an. Doch auch das scheiterte schnell an den realen Grenzen der Diktatur. Politischer Protest und Widerstand waren dennoch für viele keine bierernste Sache mehr. Viele Jugendliche nahmen die DDR als Staat und die Regierenden einfach nicht mehr ernst und entzogen ihr damit die politische Legitimation. Die Akteure der Offenen Arbeit erstarrten nicht in Angst vor den Mächtigen, sondern handelten auf ihre Weise gegen die bewegungslose Gesellschaft. Die Formen ihres politischen Protestes interpretierten sie dabei zumeist als anarchistische Spaßaktionen.

Nur noch wenige Jugendliche trafen sich seit Anfang 1989 in den Räumen der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Dadurch hatte sie auch kaum eine Bedeutung in der revolutionären Phase. Die inhaltliche Arbeit war praktisch zum Erliegen gekommen und ausgelagert. Die aktuelle politische Auseinandersetzung spielte sich inzwischen auf der Straße oder in anderen Räumen und mit anderen Gruppen ab. Ab Ende 1989 kam es bis Mitte 1990 zu mehreren politisch motivierten Übergriffen auf die Räume der Jungen Gemeinde Stadtmitte durch politisch rechts stehende Jugendliche, die sich im Schatten der politischen Veränderungen als Gruppe herausgebildet hatte. Anfang 1990 organisierten sie einen kriminellen Überfall auf die Jungen Gemeinde Stadtmitte, wodurch fast das gesamte Mobiliar vollständig zerstört wurde.[796] Dieser Überfall

[795] Neben der Massenflucht waren der innere Legitimationsverfall und der wirtschaftliche Bankrott Hauptursachen für das Ende der DDR.

[796] Dabei soll es sich um ehemalige Punks gehandelt haben, die zeitweise in der Jungen Gemeinde Stadtmitte verkehrten. Aus einem Teil der ursprünglichen Punkgruppe der Stadt sei dann eine Gruppe Skins geworden, die sich schnell personell vergrößerte und einer imaginären rechten Szene zuordnete. Diese und weitere rechte Gruppen terrorisierten dann die Junge Gemeinde Stadtmitte bis weit in die

markierte gleichzeitig das Ende der dritten Generation der Offenen Arbeit in Jena. Die Räume blieben daraufhin bis September 1990 geschlossen. Die Auseinandersetzungen mit den rechtsgerichteten Jugendlichen wurden seitdem zu einem wiederkehrenden zentralen Problem der kirchlichen Jugendarbeit in Jena.

Die Offene Arbeit Jena war mit diesem Ende aber nicht am Ende. 1991 begann die Kirchenleitung, die Junge Gemeinde Stadtmitte wieder zu beleben mit einer neuen Generation von Jugendlichen. Den Anstoß dazu gab Superintendent Siebert. Auch ein kleiner Teil von Akteuren aus der dritten Generation versuchte sich für den Wiederaufbau der Offenen Arbeit in Jena zu engagieren. Nach einem langwierigen und schwierigen Ausschreibungsverfahren wurde ein alter Bekannter und Mitarbeiter der Offenen Arbeit, Pfarrer Lothar König, neuer verantwortlicher Stadtjugendpfarrer und Leiter der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Er war seit den siebziger Jahren als kirchlicher Mitarbeiter in der Offenen Arbeit in Erfurt engagiert. Neben ihm stellte die Kirchengemeinde zwei weitere Mitarbeiter für die kirchliche Jugendarbeit in der Stadt an, Jürgen Wollmann und Michael Reisgis. Jürgen Wollmann übernahm als Jugendwart die traditionelle Jugendgemeindearbeit der Stadt, Michael Reisgis die Funktion eines Sozialdiakons. In diesen drei Personen vereinigten sich nun die Erfahrungen der Offenen Arbeit und die traditionelle diakonische Jugendarbeit seit den siebziger Jahren. „Der Jürgen Wollmann wollte, daß die JG-Arbeit jeder auf seine Art, wie er sie kannte, machen sollte. Der Michael Reisgis sollte die Kleingruppenarbeit und die Einzelgespräche machen, er kommt aus der traditionellen Jugendarbeit. Ich wollte hier eine JG aufbauen, wie ich sie in Erfurt kennengelernt hatte und wie ich sie von Jena her kannte, [...] so im Wissen darum, daß Jugendarbeit in Jena begleitende evangelische Jugendarbeit ist, die wir aufbauen und vorantreiben wollten. Uns ging es insgesamt darum, hier ein Jugendzentrum aufzubauen, ein kirchliches Jugendzentrum. Und das lief dann schon darauf hin, hier für Leute vom Rande der Gesellschaft einen Anlaufpunkt zu schaffen, wo man sich treffen kann, zusammenfindet, thematisch arbeitet, ohne daß wir das vordergründig JG Stadtmitte genannt haben.“[797] Das Besondere an der neuen Situation war aber nicht allein die Tatsache, daß jetzt drei kirchliche Mitarbeiter für die Jugendarbeit angestellt wurden, sondern daß hier zum ersten Mal in Thüringen ein eigenes Stadtjugendpfarramt geschaffen wurde. „Das ist ein Unikum. Es gibt in ganz Thüringen nur ein einziges Mal ein richtiges Stadtjugendpfarramt. Stadtjugendpfarrer gibt es mehrere, aber faktisch ohne eigenes Amt. [...] Und wir haben ein Stadtjugendpfarramt mit einem Pfarrer, mit Mitarbeitern, mit einer Struktur, keine

---

neunziger Jahre. Zeitzeugengespräch Lothar König am 11.02.2001 mit dem Autor. Zeitzeugengespräch mit Jörg Zickler (Jolly) am 25.06.2003 mit dem Autor. Zickler meint, die Skingruppe aus zum Teil ehemaligen Punks der Jungen Gemeinde Stadtmitte habe es real gegeben, auch die rechte politische Szene in Jena. Beide haben gegen die Jugendlichen der Jungen Gemeinde mehrfach Angriffe gestartet, die diese nicht unbeantwortet ließen.

[797] Zeitzeugengespräch Lothar König am 11.02.2001 mit dem Autor.

hierarchische Struktur, sondern gleichberechtigt und gleich verantwortlich in der Aufgabenteilung der drei Mitarbeiter. Das ist mit Beschluß des Landeskirchenrates, Gemeindekirchenrates, mit allen Papieren, was man so braucht, Urkunde und sofort aufgebaut worden.“[798]

Nach einer längeren Phase des räumlichen Wiederaufbaus entwickelte sich die Junge Gemeinde Stadtmitte erneut zu einem die Stadt bestimmenden gesellschaftlichen kulturellen und politischen Zentrum. Ein Nachteil der neuen Situation war allerdings, daß sich bisher engagierte Akteure aus der Zeit vor 1990 zunehmend verdrängt fühlten. Sie erlebten Stadtjugendpfarrer König entgegen seiner eigenen Einschätzung als autoritär, unduldsam und unharmonisch im persönlichen Umgang mit ihnen. Auch wenn die Selbsteinschätzung von König und Einschätzung der Akteure hier nebeneinander stehen bleiben muß, so bleibt doch insgesamt festzuhalten, daß die Junge Gemeinde Stadtmitte in Jena in vielem bis heute aus der Tradition der Offenen Arbeit der siebziger und achtziger Jahre weiterlebt. Allerdings ist die heutige Arbeit konzeptionell erheblich stärker an der traditionellen kirchlichen Jugendarbeit mit dem Ziel eines kirchlichen Jugendzentrums ausgerichtet. Die andere oppositionelle Gruppe, die heute noch Jugendarbeit in der Tradition der Offenen Arbeit weiterführt, ist die Kirche von Unten in Berlin. Sie orientiert sich bis heute im Gegensatz zur traditionellen Jungen Gemeinde ausschließlich am emanzipatorischen Verständnis der Offenen Arbeit der DDR. Mit dieser Tradition ist die Kirche von Unten nach wie vor hoch aktuell im Aufgreifen und Begleiten jugendkultureller Bedürfnisse wie Identitätsfindung und Abgrenzung gegen die etablierte Gesellschaft. Sie wird nach wie vor finanziell wie räumlich von der Kirche unterstützt.[799]

Zusammenfassend läßt sich sagen: Viele Akteure der Jungen Gemeinde Stadtmitte in Jena und aus ihrem Umfeld handelten über den gesamten untersuchten Zeitraum in einem hohen Maß aus einem konkreten zeitlichen wie inhaltlichen Zusammenhang heraus oppositionell und widerständig. Auslöser für ein solches Engagement waren zumeist die rigorose Erfahrung von ideologisch aufgeladener Repression und politischer Verfolgung. Neben den typischen jugendkulturellen Interessen und politischen Aktionen bestimmten aber auch religiöse Motive die Arbeit der Offenen Arbeit. Dabei verstanden sich die meisten Jugendlichen im eigenen Selbstverständnis als religiös bekenntnisunabhängige Menschen. Bekenntnisfreiheit und Ideologieunabhängigkeit waren kein konstruiertes Gegenstück zur gesellschaftlichen Wirklichkeit, sondern der zwangsläufige Reflex mehrerer Generationen von Jugendlichen der Offenen Arbeit gegen den diktatorischen SED-Staat. Daß die Offene Arbeit in Jena über zwanzig Jahre lang möglich war, ist wesentlich der Haltung der Kirchenleitung in Jena zu verdanken. Trotz ihrer ambivalenten Haltung im Ringen um die eigene Stellung stand die Frage der

[798] Ebenda.
[799] Zeitzeugengespräch Jörg Zickler am 16.05.2002 mit dem Autor.

Notwendigkeit der Sorge um die Jugendlichen nie zur Disposition. Der kirchliche Raum ohne Zensur ermöglichte erst die offene Auseinandersetzung um jugendgemäße Bedürfnisse, Interessen und Ziele. Die Junge Gemeinde war damit ein einzigartiges herrschafts- und hierarchiefreies Probier- und Lernumfeld für junge Menschen, welche sich am Beginn ihres Interesses für die Junge Gemeinde oft unbewußt dem diktatorischen Herrschaftsanspruch entziehen wollten. Neben Kreativität, Spontaneität und Provokation entwickelte sich hier ein basisdemokratisches Denken und Handeln heraus, das sich gegen diktatorische Disziplinierung und Ideologie richtete. Gerade dieser Aspekt verschaffte der Jungen Gemeinde unter den Jugendlichen eine besondere Attraktivität. Die kirchliche Jugendarbeit hatte zudem keine Verbandsstruktur, sondern beruhte auf Freiwilligkeit. Auch darin bestand ein wesentlicher Punkt ihrer Attraktivität im Gegensatz zur Jugendarbeit der FDJ. Das Bekenntnis zur Kirche reichte vielen Jugendlichen der Offenen Arbeit als Ausdruck ihrer Abgrenzung zum SED-Staat nicht aus. Bibelarbeit und Singen wurden zu untergeordneten Werten für die eigene Position. Im Vordergrund standen das Bedürfnis nach jugendgemäßem Freiraum und politischer Unabhängigkeit.

Mit den jeweils aktuellen Interessen der Jugendlichen und den politischen Konflikten veränderten sich die Mittel und Formen von Opposition und Widerstand. Die Ziele änderten sich dagegen kaum. Zu den dauerhaften Mitteln von Opposition gehörte vor allem der persönliche Widerspruch gegen die Politik der SED z. B. im Arbeitskollektiv oder die Verweigerung der Mitgliedschaft in politischen Organisationen. Auch das Eingaben-System der DDR nutzten viele Jugendliche, um persönlich Beschwerde zu führen oder politische Forderungen zu stellen. Wirkungsvollstes Mittel des Widerstandes war aber seit Anfang der achtziger Jahre der zumeist konspirativ organisierte Protest in der Öffentlichkeit. Ziel war dabei, im Gegensatz zu den siebziger Jahren, größere Bevölkerungsteile zu erreichen. Unterstützt wurde dies durch die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit ehemaliger Jenaer Akteure in der Bundesrepublik. Insgesamt richteten sich Opposition und Widerstand für die Mehrheit der Akteure der Offenen Arbeit auf die eigene Selbstbehauptung gegen die ideologische Vereinnahmung durch das SED-Regime. Ein Teil der Akteure zielte dabei mit seinem Protest auf konkrete politische Veränderungen in der Gesellschaft ab. Ihre Utopie war ein demokratisch-freiheitlicher Sozialismus, gespeist aus einem Gemisch von Idealen aus der westeuropäischen Studentenbewegung, der Menschenrechts- und Friedensbewegung sowie Ökologiebewegung. Besondere Bedeutung hatten dabei die Rock-Musik, der Prager Frühling sowie die Militarisierung der Gesellschaften in Ost und West.

Den Bedürfnissen und politischen Zielen der Jugendlichen standen die Mittel und Methoden der Repression durch SED und Ministerium für Staatssicherheit gegenüber. Sie hießen Disziplinierung, Isolierung und Kriminalisierung. Die einzige Antwort des

SED-Regimes auf die Bedürfnisse und Forderungen der Jugendlichen war politische Verfolgung. Doch entgegen der Ziele und Erwartungen des Ministeriums für Staatssicherheit verstärkte sich dadurch der politische Protest, und es entstand eine gruppenübergreifende Solidarität mit den repressiv Verfolgten, was wiederum oppositionelles und widerständiges Handeln intensivierte. Diese Erfahrungen bestimmten dann auch weitgehend die Art der Sozialisation und die Entwicklung der jugendkulturellen Szene in Jena in den siebziger Jahren hin zu einem oppositionellen Handeln. In den achtziger Jahren wurden diese oppositionellen Erfahrungen dann insbesondere für die Junge Gemeinde Stadtmitte, aber auch für die gesamte Offene Arbeit in der DDR zu einem charakteristischen Merkmal des zivilen Ungehorsams.

Im Zusammenhang mit innenpolitischen Auseinandersetzungen kam es in der Jungen Gemeinde Stadtmitte immer wieder zu generativen Brüchen, so 1976/77 in Folge des Aufbegehrens der Kulturschaffenden der DDR gegen die Ausbürgerung Biermanns, 1983/84 im Zusammenhang mit der ostdeutschen Friedensbewegung und ab 1987/88 im allmählichen Prozeß der Herausbildung einer DDR-weiten Demokratiebewegung. In diesen Zusammenhängen stehen für Jena die Protestaktion gegen die Biermann-Ausbürgerung 1976, die Jenaer Friedensgemeinschaft 1983 sowie die zahlreichen politischen Gruppen ab 1987 und die Kirche von Unten. Eine endgültige Lösung der politischen Konflikte und der repressiven Verfolgung konnten jedoch nur im Ende der DDR-Diktatur liegen.

Die Haltung der Kirche gegenüber der Offenen Arbeit der DDR war stets mehrdeutig und abhängig vom Verhältnis Staat - Kirche. Konkreten politischen Widerstand vermochte sie insgesamt nur selten im Interesse der Jugendlichen zu leisten. Zumeist waren es einzelne couragierte kirchliche Mitarbeiter, die die politisch verfolgten Akteure der Offenen Arbeit unterstützen. Die Institution Kirche machte ihre Unterstützung sehr oft von der Einhaltung ihrer hierarchischen und politischen Spielregeln abhängig. Zudem ordneten zahlreiche Verantwortliche der Kirche die Jugendlichen der Offenen Arbeit als soziale Randgruppe oder als gesellschaftlich Gescheiterte ein. Sie begriffen oft nicht, daß die jugendkulturellen Bedürfnisse und politischen Konflikte der Jugendlichen keine gesellschaftliche Randerscheinung waren, sondern Suche und Bedürfnis nach einer eigenen Weltsicht bedeuteten. Zudem haben sub- und jugendkulturelle Szenen immer auch ihre eigenen Spielregeln, der Gesellschaft oft entgegengesetzte Interessen, Ziele und Strukturen. Kirchenpolitische Interessen und Disziplinierungsversuche stießen bei den Jugendlichen deshalb zwangsläufig auf Unverständnis und Gegenwehr. Das jugendkulturelle Milieu der Offenen Arbeit versuchte in eigener Konsequenz, sich der Ideologie der SED und der hierarchischen Tradition der Kirche durch Emanzipation zu entziehen. Ihr Gegenentwurf hieß herrschafts- und hierarchiefreies Leben. Damit waren Kirche, SED und Ministerium für Staatssicherheit überfordert. Vergebens versuchte das Ministerium für Staatssicherheit

immer wieder, Rädelsführer ausfindig zu machen. Vergebens suchte die Kirche nach einem konkreten Ansprechpartner. Beide, Kirche wie Staat, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, begriffen vielerorts nicht, daß nur die jeweilige Gruppe der Offenen Arbeit insgesamt der tatsächliche Ansprechpartner war, wenn es um konkrete Probleme der Jugendlichen ging. Das machte den Umgang mit ihnen unsicher, unbequem und besonders für den Staat gefährlich. Selbst das Ministerium für Staatssicherheit scheute die Auseinandersetzung mit einer ganzen Gruppe und versuchte deshalb stets, einzelne Akteure aus den Gruppenstrukturen herauszubrechen. Die Kirche betrachtete sich im Konfliktfall aus ihrem eigenen Verständnis heraus bestenfalls als diplomatischen Vermittler zwischen Offener Arbeit und Staat. Dabei verwies die Kirche immer wieder darauf, daß sie kein Ersatz für die gesellschaftlichen Probleme sein könne, und deshalb war die Offene Arbeit ein ungeliebter Teil der Kirche.

Insgesamt kann gesagt werden, daß die Junge Gemeinde Stadtmitte in ihrer gesamten Zeit zwischen 1970 und 1989 eine der wichtigsten oppositionellen Gruppen der Offenen Arbeit in der DDR war. Gleichzeitig war sie ein einzigartiges soziales, kulturelles und politisches Zentrum für hunderte Jugendliche. Die konkreten sozialen und jugendkulturellen Bedürfnisse und politischen Aktionen hingen jeweils von der innen- und außenpolitischen Lage, dem Engagement der Akteure sowie den Repressionen des Staates ab. Grundvoraussetzung für die kontinuierliche Entwicklung der Offenen Arbeit in Jena waren aber die kirchlichen Räume. Kaum eine andere Gruppe der Offenen Arbeit verfügte über einen so langen Zeitraum von über 20 Jahren über gesicherte Räume. Keine andere Junge Gemeinde der Offenen Arbeit hatte eine solche zeitliche und inhaltliche Kontinuität in ihrer Entwicklung aufzuweisen.[800] Dies war einerseits der Jenaer Kirchenleitung und andererseits der Hartnäckigkeit der Jugendlichen zu verdanken. Keine andere Kirchenleitung unterstützte die Offene Arbeit so nachhaltig, wie in Jena geschehen. Trotz der zum Teil schwierigen Haltung der Kirchengemeinde Jenas gegenüber den Jugendlichen verfolgte die Kirchenleitung nie das Ziel der Beseitigung der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Vor allem dieser Umstand unterschied Jena gegenüber den meisten anderen Orten und Gemeinden. Besonders Superintendent Udo Siebert verstand es immer wieder, sich dem politischen Druck und den Drohungen von SED und Ministerium für Staatssicherheit mit dem Argument zu entziehen, daß ohne die Räume die Aktivitäten der Jugendlichen nur noch schwer oder gar nicht mehr zu kontrollieren seien. Das gelang nicht immer und förderte zum Teil großes Mißtrauen gegen seine Person als Vertreter der Institution Kirche. Dennoch könnte ohne sein Wirken die Geschichte der kirchlichen Jugendarbeit der Jungen Gemeinde Stadtmitte nicht geschrieben werden oder müßte zumindest ganz anders erzählt werden. Sie hätte dann wohl auch kaum eine derartige Bedeutung im

[800] Nur in Erfurt gab es eine solche zeitliche Kontinuität. In anderen Orten zerfielen Gruppen oder bildeten sich erst heraus. Hauptproblem war dabei immer die Raumfrage.

Zusammenhang mit der DDR-Opposition gehabt. Durch die Sicherung der Räume und die Unterstützung der Kirchenleitung konnte die Junge Gemeinde Stadtmitte eine eigene soziale, kulturelle und politische Wertetradition entwickeln, die bis heute weiter wirkt.

Mitverantwortlich für die Entwicklung und die Kontinuität der Offenen Arbeit in der DDR waren maßgeblich die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. Die permanenten Repressionen des Staates gegen die Jugendlichen bewirkten fortwährend eine Politisierung und eine Abgrenzung von der SED-Ideologie. In seiner Gegenreaktion setzte der SED-Staat erneut auf Repressionen und brachte damit immer wieder eine Spirale der Eskalation in Gang. 1983 erklärte das Ministerium für Staatssicherheit die Junge Gemeinde Stadtmitte zum operativen Hauptfeind, der von der „Fuchs-Bande“ aus West-Berlin gesteuert sei, und deren Ziel sei es, Jena zum Zentrum der Opposition zu machen. Hinter dieser Einschätzung verbarg sich die These vom Klassenkampf, wonach Agenten des Westens irregeleitete Jugendliche für ihre konterrevolutionären Ziele mißbrauchen würden. Tatsächlich wurde Jena aber durch das selbstbestimmte politische Handeln der Jugendlichen zu einem Symbol des Widerstandes gegen das SED-Regime, das weit über die Stadt und die Situation hinaus wirkte. Daß die Junge Gemeinde Stadtmitte nach 1983 ein weitgehend unpolitischer Ort ohne oppositionelle und widerständige Kraft gewesen sei, wie Udo Scheer in seinem Buch zur Jenaer Opposition in den siebziger und achtziger Jahren konstatiert, trifft nicht zu. Die Akteure der dritten Generation waren keine bloßen Opfer der diktatorischen Verhältnisse, sondern handelnde Subjekte ihrer eigenen Geschichte mit dem Ziel einer offenen und repressionsfreien Gesellschaft. Und diese Erfahrungen fließen in die heutige Zeit der noch existierenden Jungen Gemeinde Stadtmitte ein.

Dokumente:

Dokument 1 IM „Runge“ über Uwe Koch, erster Leiter der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena vom 10.02.1971[801]
Dokument 2 IM „Runge“ über Uwe Koch und die soziale Struktur der Jungen Gemeinde vom 01.04.1971[802]
Dokument 3 IM „Rainer Barth“ über die Rolle von Pfarrer Walter Schilling für die kirchliche Jugendarbeit in Thüringen vom 06.03.1972[803]
Dokument 4 IM „Helmut Falke“ über Reaktionen zum Selbstmord von Hans-Joachim Schau vom 09.03.1974[804]
Dokument 5 IM „Helmut Falke“ über einen Themenabend in der Jungen Gemeinde vom 25.03.1974[805]
Dokument 6 IM „Helmut Falke“ über Solidaritätsaktion zur Gartenstraße vom 25.03.1975[806]
Dokument 7 IM „Helmut Falke“ über Junge Gemeinde vom 29.12.1975[807]
Dokument 8 IM „Runge“ über Matthias Domaschk vom 03.03.1976[808]
Dokument 9, S. 87: IM „Helmut Falke“ über Lesekreis der Jungen Gemeinde vom 07.01.1976[809]
Dokument 10 IM „Nettelbeck“ zur Rolle der Kirche und den Verhaftungen in Jena in Folge der Biermann-Proteste vom 25.11.1976[810]
Dokument 11 IM „Nettelbeck“ zur Haltung der Thüringer Landeskirche zum „Fall Biermann“ vom 29.11.1976[811]
Dokument 12 IM „Nettelbeck“ über Verhaftung des Diakons Auerbach wegen der Jenaer Proteste zur Biermann-Ausbürgerung vom 26.11.1976[812]
Dokument 13 IM „Nettelbeck“ zur Haltung der Thüringer Landeskirche zu Biermann-Protesten in kirchlichen Gemeindegruppen vom 21.01.1977[813]

---

[801] IM „Bartholomäus Runge“, Michael „Konstantin“ Runge, MfS Reg.-Nr. X/645/69., zitiert nach Grund, Thomas: JG- Heft, Jena 1996.
[802] Ebenda.
[803] IM „Reiner Barth“, Frank Günther, Operativer Vorgang (OV) „Pegasus“, MfS Reg.-Nr. X/66/75, Bericht vom 06.03.1972.
[804] IM „Helmut Falke“, Dietrich Große, MfS Reg.-Nr. X/800/71, Treffbericht vom 09.03.1974.
[805] Ebenda, Treffbericht vom 25.03.1974.
[806] IM „Helmut Falke“ in Handakte IM „Matthias“, Thomas Grund, MfS Reg.-Nr. X/57/77, Teil I, Bl. 32, Bericht vom 25.03.1975.
[807] IM „Helmut Falke“, OV „Pegasus“, MfS Reg.-Nr. X/66/75, BStU, Bl. 243-246, Bericht vom 06.12.1976.
[808] IM „Bartholomäus Runge“, zitiert nach Grund, Thomas: JG- Heft.
[809] IM „Helmut Falke“, OV „Pegasus“, Bericht vom 13.01.1976.
[810] IM „Nettelbeck“, Oberkirchenrat (OKR) Wolfram Johannes, MfS Reg.-Nr. IX/163/73, BStU, Bl. 272-324, Bericht vom 25.11.1976.
[811] Ebenda, Bericht vom 29.11.1976.
[812] IM „Nettelbeck“, Bericht vom 26.11. 1976.
[813] Ebenda, Bericht vom 19.01.1977.

Dokument 14 IM-Bericht zur Entlassung des Jugenddiakons Auerbach aus kirchlichem Dienst wegen der Biermann-Proteste der Jungen Gemeinde vom 28.03.1977[814]

Dokument 15 Haftbeschluß Wolfgang Hinkeldey vom 11.12.1976[815]

Dokument 16 Presseartikel ausgewiesener Jenaer oppositioneller Akteure zu den Ereignissen in Jena aus Anlaß der Biermann-Ausbürgerung vom Oktober 1977[816]

Dokument 17 IM „Runge“ zur Auseinandersetzung um Diakon Auerbach und die zukünftige Leitung der Jungen Gemeinde vom 13.01.1977[817]

Dokument 18 IM „Runge“ über den Stadtkonvent und die Frage der weiteren Verantwortung für die Junge Gemeinde vom 24.03.1977[818]

Dokument 19 145: IM „Klaus Steiner“, Thomas Haßelmeier, MfS Reg.-Nr. X/613779, über Matthias Domaschk als angeblichen Rädelsführer einer zu gründenden terroristischen Gruppe vom 23.03.1981[819]

Dokument 20 147: MfS-Verpflichtungserklärung Matthias Domaschk vom 12.04.1981[820]

Dokument 21 MfS-Bericht über die Dekonspiration des IMS „Matthias“ vom 15.05.1981[821]

Dokument 22 MfS-Prämierungsvorschlag für IM „Carlo“ vom 10.11.1981[822]

Dokument 23 MfS-Bericht Major Roßberg zum Gespräch mit Landesbischof Werner Leich über die Vorgänge in Jena vom 14.06.1981[823]

Dokument 24 IM „Gerstenberger“ über Sitzung des Landeskirchenrates zur Verhaftung von Domaschk und Rösch vom 13.05.1981[824]

Dokument 25 IM „Runge“ über einen Abend der Jungen Gemeinde zum Thema Frieden am 05.01.1982[825]

Dokument 26 IM „Runge“ über die Jungen Gemeinde, die Schweigeminute für den Frieden am 24.12.1982 und Walter Schilling[826]

---

[814] Ebenda, Bericht vom 24.03.1977.
[815] Untersuchungsvorgang (UV) Wolfgang Hinkeldey, Bezirksverwaltung für Strafvollzug (BVfS) Gera, Abt. IX, MfS Reg.-Nr. X/722/76, Haftbeschuß vom 11.12.1976.
[816] Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung Demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West - in ganz Deutschland, Informationsdienst Nr. 4, Okt./Nov. 1977, S. 10 f.
[817] IM „Bartholomäus Runge“, Aus dem Berichtsband des IM, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[818] IM „Bartholomäus Runge“, Handschriftliche Aufzeichnungen 3/77, zitiert nach Grund, Thomas: JG-Heft.
[819] IM „Klaus Steiner“, Thomas Haßelmeier, MfS Reg.-Nr. X/613/79, Tonbandabschrift vom 23.03.1981, auch Operativer Vorgang „Opponent“, MfS Reg.-Nr. X/231/80, Bd. XII, BStU, Bl. 305-306.
[820] Allgemeine Personenablage (AP) BV Gera, MfS Reg.-Nr. IX/AP/1097/81.
[821] IM „Matthias“, Thomas Grund, MfS Reg.-Nr. X/57/77, BStU Gera, Bd. 2, Bl. 265.
[822] IM „Carlo“, Wieland Hoffmann, MfS Reg.-Nr. VI/21/80, BStU Gera, Bd. 2, Bl. 8.
[823] Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke, Idea-Dokumentation 15/96, S. 147.
[824] Ebenda, Bericht IM „Gerstenberger“, OKR Hans Schäfer, MfS Reg.-Nr. X/411/71, S.152 f.
[825] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VI, BStU, Bl. 54-56.

Dokument 27 IM „Runge“ über Friedens-Sternmarsch in Halle unter Beteiligung Jenaer Akteure im November 1982[827]

Dokument 28 Verhaftete Akteure der Schweigeminute vom Dezember 1982 im Januar 1983[828]

Dokument 29 Erster Protestbrief der Jenaer Friedensgemeinschaft an Erich Honecker im Zusammenhang mit den Repressionen bei der Demonstration aus Anlaß des 38. Jahrestages der Bombardierung Jenas vom 18.03.1983[829]

Dokument 30 Zweiter Protestbrief der Jenaer Friedensgemeinschaft an Erich Honecker vom 19.03.1983[830]

Dokument 31 IM „Runge“ über Friedensmeditation und Proteste der Jenaer Friedensgemeinschaft vom 19.03.1983[831]

Dokument 32 Protestbrief der Friedensgemeinschaft Jena an den Thüringer Landesbischof Werner Leich vom 01.03.1983[832]

Dokument 33 IM „Runge“ über die Haltung des Superintendenten zu den Ereignissen am 18. und 19. März 1983[833]

Dokument 34 Konzeption der Friedensgemeinschaft Jena, März 1983[834]

Dokument 35 Dritter Protestbrief der Jenaer Friedensgemeinschaft an Erich Honecker vom 06.04.1983[835]

Dokument 36 Erklärung zum Scheitern der Friedensgemeinschaft Jena vom Februar 1985: „Warum ging die Friedensgemeinschaft Jena zugrunde“ [836]

Dokument 37 Zweiter Protestbrief des „Weißen Kreises“ an Erich Honecker sowie den Rat der Stadt Jena vom 17.06.1983[837]

Dokument 38 IM „Runge“ über Diakon Hoffmann und eine Faschingsparty in der Jungen Gemeinde vom 07.03.1984[838]

---

[826] Ebenda, Bd. VII, BStU, Bl. 124 f.
[827] Ebenda, Bd. VI, BStU, Bl. 71 ff.
[828] Vgl. Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. S. 216.
[829] Friedensgemeinschaft Jena vom 18.03.1983, Ordner: Friedensgemeinschaft Jena 1.3.1.1., MDA Berlin.
[830] Friedensgemeinschaft Jena vom 19.03.1983. Ebenda.
[831] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, BStU, Bl. 232.
[832] OV „Opposition“, MfS Reg.-Nr. X/56/83, zitiert nach: Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Chronologie 1980 - 1989, S. 93 f.
[833] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, BStU, Bl. 360, Bericht vom 24.03.1983.
[834] Vgl. Neubert, Ehrhart: Kirchenpolitik. In: Judt, Matthias Hg.: DDR-Geschichte in Dokumenten, Bonn 1998, S. 413.
[835] Friedensgemeinschaft Jena vom 19.03.1983, Ordner: Friedensgemeinschaft Jena 1.3.1.1., MDA Berlin.
[836] Operative Personenkontrolle (OPK) „Gockel“, MfS Reg.-Nr. X/620/88. In: Thüringer Archiv für Zeitgeschichte Hg.: Opposition in Jena. Chronologie 1980-1989, Dokument 33, S.130 f.
[837] Zweiter öffentlicher Protestbrief des „Weißen Kreis“ an Erich Honecker sowie den Rat der Stadt Jena vom 17.06.1983. Eine Anschrift und die Unterschriften fehlen auf dem vorliegenden Dokument. In: Ordner MDA/OA/5373, MDA Berlin. Den dritten Protestbrief vom 12. Juli 1983 an die Volkskammer der DDR. unterschrieben 26 Familien für ca. 50 Personen.
[838] IM „Bartholomäus Runge“, Bd. VII, BStU, Bl. 362.

Dokument 39 Gedächtnisprotokoll Stefan Willebrand über Befragung auf Volkspolizeikreisamt Jena vom 24.07.1986[839]

Dokument 40 Graphische Darstellung des MfS über Verbindungen und Rückverbindungen zwischen Jenaern und Exil- Jenaern, undatiert[840]

Dokument 41 Offener Brief der Jungen Gemeinde an den Gemeindekirchenrat Jena der Ev.-Luth. Kirchgemeinde vom 23.05.1986[841]

Dokument 42 Antrag auf Entlassung aus der DDR-Staatbürgerschaft vom 11.07.1986[842]

Dokument 43 MfS-Dokument, Vorschlag zur Übersiedlung in den Westen vom 10.03.1987[843]

Dokument 44 Erklärung über die Verweigerung des Reservedienstes vom 23.10.1984[844]

Dokument 45 Die JG-Band Airtramp und die Jenaer Hinterhofproduction[845]

[839] Gedächtnisprotokoll Stefan Willebrand vom 24.07.1986, Privatarchiv Peter Mühlfriedel.
[840] ZOV „Weinberg“, MfS Reg.-Nr. X318/84, undatiert.
[841] Offener Brief der JG Stadtmitte an den Gemeindekirchenrat vom 23.05.1986, Abschrift Archiv für Zeitgeschichte Jena, Ordner J-31.1.
[842] Privatdokument, Archiv Peter Mühlfriedel.
[843] Abschlußbericht zur Archivierung der OPK „Zentrum“, Reg.-Nr. X/833/86, BStU, Bl. 111.
[844] Erklärung zum Reservedienst Carsten Hahn, Archiv Autor.
[845] Was oder wer ist Hinterhofproduction? Grund, Thomas 2002, Archiv Autor. Vgl. Trier/Herbig/Stake: Stein auf Stein. „Gefahrenzone“ und die Saalfelder Kulturpolitik in den 80er Jahren, Saalfeld 1999.

Dokument: IM-Bericht über Uwe Koch, erster Leiter der Jungen Gemeinde Stadtmitte Jena vom 10.02.1971

Kreisdienststelle Jena Jena, d. 10.02.71
Referat: Universität
Quelle: IMV “Runge”
Erhalten: Gen. Würbach

Einschätzung Stud. theol. Koch, Uwe

Uwe Koch ist Student des II. Studienjahres Theologie. Er stammt aus Jena und wohnt in der Saalbahnhofstraße. [...] Er ist Mitglied der FDJ-Gruppe Theologie. Hier gehört er laut Einschätzung des Stud. der Theol. Gröger zum linksradikalen Flügel. Er vertritt oft APO[846]-Manieren (im Aussehen und in seiner Stellung zu verschiedenen Problemen). [...]
gez. „Runge“

[846] APO = außerparlamentarische Opposition, nach 1966 in der BRD entstandene politische, locker organisierte Bewegung studentischer, aber auch gewerkschaftlicher Gruppen innerhalb der sich formierenden neuen linken Studentenbewegung (langer Marsch durch die Institutionen).

Dokument 2: IM-Bericht über Uwe Koch und die soziale Struktur der Jungen Gemeinde vom 01.04.1971

Kreisdienststelle Jena Jena, d. 01.04.71
Referat: Universität
Quelle: IMV “Runge”
Erhalten: Gen. Würbach

Ergänzung zu Stud. theol. Koch, Uwe

Uwe Koch ist der Leiter einer jungen Gemeinde in der Stadtmitte. Er hat einen sehr starken Zuspruch zu verzeichnen. Bei den Teilnehmern sind fast alle Schichten zu verzeichnen, so u. a. Schüler, Lehrlinge, teilweise Studenten, Bauarbeiter und Zeiss-Angehörige.
gez. „Runge“

Dokument 3: IM-Bericht über die Rolle von Pfarrer Walter Schilling für die kirchliche Jugendarbeit in Thüringen vom 06.03.1972

Kreisdienststelle Jena Jena, d. 06.03.1972

Abschrift

Quelle: IMV „Rainer Barth“

Erhalten: Gen. Ultn. Schmidt

E i n s c h ä t z u n g der Bedeutung von Pfarrer S c h i l l i n g

Zur Person: (siehe auch Bericht aus Braunsdorf)

- Pfarrer in Braunsdorf, Kreis Bad Blankenburg
- wohnhaft in Braunsdorf
- Alter ca. 40 Jahre
- verheiratet, 4 Kinder
- Frau Schilling ca. 30 Jahre

S c h i l l i n g leitet in Rudolstadt und Umgebung die Jugendarbeit. Zentrum seines Tätigkeitsfeldes ist neben der JG in Rudolstadt die Kirche (mit Kirchenheim) in Braunsdorf (besonders am Wochenende). Schilling verfügt über umfangreiche Beziehungen zu höheren Kirchenstellen (Bischof in Eisenach) und über einen sehr großen Einflußbereich. Er selbst besitzt ein umfangreiches Allgemeinwissen und besonders auf philosophischem und politischem Gebiet sehr umfangreiche Kenntnisse. Durch sein Kirchenheim gelang es ihm, Verbindungen zu vielen Jungen Gemeinden des Bezirkes, im Raum Thüringen und darüber hinaus (Naumburg z. B.) zu knüpfen. Diese werden durch häufige Besuche der Jungen Gemeinde in Rudolstadt sowie der Rudolstädter in den anderen Jungen Gemeinden gefestigt. Dabei leistet Schilling eine umfangreiche Kleinarbeit.

Bl. - 2 -

So gibt er jedem Mitglied der Rudolstädter Jungen Gemeinde allgemeine Informationen oder auch teilweise nur Grüße mit. Besonderen Mitgliedern anderer Jungen Gemeinden (Rudolstadt oder Braunsdorf) gibt er konkrete Aufträge, wenn es sich um bekannte VT-Mitglieder handelt oder gibt ihm unbekannten Mitgliedern im Verlaufe des Gespräches Hinweise. Meistens schlägt er dann Themen für die Gestaltung der folgenden Abende vor. So wurde nach „Schlampes“ Besuch in Rudolstadt das Programm abgeändert und das Thema „Warum beten wir?“ behandelt.

A m l a c h e r dagegen erhielt von ihm die Anweisung, die Zusammenarbeit mit einem Jugendclub zu beginnen und auszubauen. Dies geschah auch. Es wurden enge Beziehungen zum Jugendclub Jena-Nord hergestellt. So gestaltet der Jugendclub Nord einen Degenhardt-Abend, den G e l l n e r eigentlich erst zum Thema einer Jugend-Monats-Rüste machen wollte. Außerdem versucht man, JG-Mitglieder in die Ordnungsgruppe (Kern des Jugendclubs) zu bringen (K.-H. S c h a a f). Zum anderen ist man bemüht, Mitglieder des Jugendclubs für die Junge Gemeinde zu gewinnen (Michael
F i s c h e r). So gehen K.-H. S c h a a f , Gerd , F r i t z , „ S c h l a m p e ”, „ G e i g e ” jetzt regelmäßig zu allen Veranstaltungen in das RAW (Reichsausbesserungswerk, d. A.). Die Verbindung zu M. F i s c h e r erweiterte sich jedoch noch viel mehr. Jetzt schon nimmt F i s c h e r 100 Bestellungen von Theologiestudenten und Junge-Gemeinde-Mitgliedern für den Schulpoker gemeinsam mit der „Spezi“ im Volkshaus an. M. F. genießt besonders bei K o c h eine bevorzugte Stellung. Dies ist bei A m l a c h e r und H a n k e weniger.

Zurück zu S c h i l l i n g . Er entwickelt sich immer mehr zum Informations- und Organisationszentrum der Jugendarbeit im Raum Thüringen. Besonderes Hauptaugenmerk legt er neben Rudolstadt auf Jena. Hier sind besonders die regelmäßigen Beziehungen zu K o c h und A m l a c h e r zu nennen. Er gilt für alle, die ihn kennen, als das
Ideal.

f.d.R.d.A Jena, den 23.3.1972 gez. „Rainer Barth“

Dokument 4: IM-Bericht über Reaktionen zum Selbstmord von Hans-Joachim Schau vom 09.03.1974

Kreisdienststelle Jena Jena, d. 09.03.1974
Quelle: IMV „Helmut Falke“
Erhalten: Gen. Ultn. Schmidt

T r e f f b e r i c h t
Selbstmord des Hans-Joachim Schau (25. Febr. 74)

Am 28. Februar erfuhren die meisten der jugendlichen Besucher der Jungen Gemeinde Stadtmitte vom Selbstmord des Schau. Die Eltern hatten die Durchführung der Trauerfeierlichkeiten in die Hände der Jungen Gemeinde Stadtmitte gegeben. Begründung der Eltern: Er hat mehr der Jungen Gemeinde als uns selbst gehört.

Am 1. März trafen sich ab 16.00 Uhr Christine Klotz, Lutz Scharze, Thomas Grund, Dietrich Große, Wolfram Hädicke bei Auerbach (Hügelstr. 66). Auerbachs Frau war ebenfalls anwesend. Erarbeitet wurde der Nachruf, den Auerbach am 5. März verlesen sollte. Hier wurden die Taten des Schau aufgezählt, die er für die Junge Gemeinde vollbrachte. Unter anderem seine ständige Einsatzbereitschaft bei Ausgestaltungs- und Renovierungsarbeiten. Danach fragte Auerbach nach unseren Schlußfolgerungen. Auerbach: Wir haben sicherlich manche Worte von Schau zu leicht genommen, ihnen keine Beachtung geschenkt. Große: Wir sind noch zu schwach. Wir haben noch zu wenig inneren Zusammenhalt.

Man schloß sich dieser Schlußfolgerung an. Danach brach man zur Monatsjugendrüste auf. Die... und Große gingen gemeinsam. Große allein zur...: Schau hätte im Elternhaus bleiben müssen. Wir haben ihn aber mehr oder weniger herausgerissen. Die... ging nicht mit zur Monatsjugendrüste.

Pfarrer Gellner erzählte auf der Monatsjugendrüste von seinem letzten Zusammentreffen mit Schau (Freitag, 22. Febr./Fasching der kath. Jugend). Er bat alle Teilnehmer der Monatsjugendrüste, an der Trauerfeier des Schau teilzunehmen. Das Geschehene darf uns nicht zurück werfen. Es soll unseren Zusammenhalt festigen. Wir müssen vorwärts schauen. An der Monatsjugendrüste nahmen etwa 40 Jugendliche teil.

Dienstag, 5. März 11.00 Uhr
Bereits kurz nach 11.00 Uhr hatten sich viele Jugendliche versammelt. Insgesamt nahmen cirka 50 - 60 Jugendliche an der Trauerfeier teil. Jugendliche aus Rudolstadt

waren ebenfalls erschienen. Die Junge Gemeinde Stadtmitte war fast vollzählig, wie auch die Junge Gemeinde des Albert-Schweizer-Sprengels und des Jacobus-Sprengels. Weiterhin waren Pfarrer Hertzsch, Baldeweg und Schilling erschienen. Einige Personen gingen noch mal in den Raum der Aufbahrung. Die Sitzplätze in der Trauerhalle reichten nicht aus. So mußte ein großer Teil dem Trauerakt stehend beiwohnen. Auerbach fiel es schwer, so sagte er jedenfalls, den Nachruf zu verlesen.

Auerbach: Die Junge Gemeinde hat dem Toten viel zu verdanken. Wir müssen, jeder einzelne für sich, die Ursache des Selbstmordes bei uns selbst suchen. Uns fehlt noch der innere Zusammenhalt. Wir sind noch zu schwach. Dieses waren sinngemäß die Worte und die Schlußfolgerung, die die Junge Gemeinde Stadtmitte ziehen sollte, des Nachrufs.

Pfarrer Hertzsch: Hans-Joachim Schau hat viele Fehler in der Arbeit der Jungen Gemeinden weit besser erkannt als die meisten von uns. Er hat uns immer wieder versucht auf die eigentlichen Hauptaufgaben aufmerksam zu machen. Doch wir haben meist über ihn gelächelt und ihn nicht ernst genommen. Daran ist er dann gescheitert.

Nach der Trauerfeier ging Schilling mit den Jugendlichen aus Rudolstadt zu Auerbach. Einige andere Jugendliche gingen zum Mittagessen in Gaststätten.

Jena, den 9. März 1974 gez. „Helmut Falke“

Dokument 5: IM-Bericht über Themenabend in der Jungen Gemeinde vom 25.03.1974

Quelle: IMV „Helmut Falke“ Jena, den 25.3.74
erh.: Schmidt

T r e f f b e r i c h t JG Stadtmitte 15.3.74:

Thema: Diskussion über die beiden West-Berlin-Bands „Meine Kinder“ und „Ton, Steine, Scherben“. Leitung: Thomas Grund

Er versuchte beide Gruppen zu vergleichen und kam zu folgendem Standpunkt. Meine Kinder[847] vertritt den pessimistischen Teil der Bevölkerung. Ton, Steine, Scherben erkennen schon Zusammenhänge und bekunden, daß man etwas tun könne. Beide sprechen sie aber Mißstände an. Die Diskussion der anderen waren recht hohl. Es war zu erkennen, daß ihnen die Grundlagen zu solchen Überlegungen fehlen. Die Trillhase und Auerbach vertraten die Auffassung, daß beide Gruppen nicht die Grundursache für die in ihren Liedern geschilderten Mißstände erkennen und aufzeigen.

Jena, den 25. März 1974 gez. „Helmut Falke“

[847] Die Gruppe „Meine Kinder“ verwechselt der IM mit „Ihre Kinder“.

Dokument 6: IM-Bericht über Solidaritätsaktion zur Gartenstraße vom 25.03.1975

Jena, den 25.3.1975
Schm/Wü
Tonbandabschrift
Quelle: IMV „Helmut Falke“
Erhalten: Gen. Schmidt / Würbach

... im Anschluß an diesen Konvent unterhielt ich mich mit Grund. Er erzählte mir, daß er heute und am Sonntag, d. 16.3., zu Koch nach Gera fährt. Er informierte mich weiterhin, daß in der Strafsache Gartenstraße bisher 3500,-- M an Solidaritätsgeldern für die Verurteilten gesammelt wurden. Er habe daran einen Sammelbeitrag von 225,-- M erbracht.

gesprochen „Helmut Falke“

Dokument 7: IM-Bericht über Junge Gemeinde Stadtmitte vom 29.12.1975

Kreisdienststelle Jena — Jena, den 29.12.1975
Schm/Wü

Tonbandabschrift
Quelle: IMV “Helmut Falke”
erhalten: Genosse Schmidt

JG Stadtmitte 20.11.1975

Der Abend wurde gestaltet von Bernd M a r k o w s k i . Er las Gedichte. Er sang schwedische Lieder, u. a. das Lied von der “blauen Blume” und noch einige andere Lieder. Zwischendurch sprach er einige Gedichte.
Die Masse der anwesenden JG-Mitglieder konnte mit dem Dargebotenen von M. nichts anfangen. D.h., sie begriffen weder den Inhalt noch den Sinn dessen, was M. erreichen wollte. Das war auch der Grund dafür, daß trotz M. Aufforderung zur Diskussion niemand nachkam. Die einzigen, die M. begriffen hatten, waren A u e r b a c h und K l i n g e n b e r g.
Insgesamt kann eingeschätzt werden, daß der Abend auf die JG-Mitglieder befremdet gewirkt hat. Aus diesem Grunde wurde auch sehr schnell Schluß gemacht.

gesprochen „Helmut Falke“

Dokument 8: IM-Bericht über Matthias Domaschk vom 03.03.1976

Kreisdienststelle Jena — Jena, den 03.03.1976
Kö/Wü

Tonbandabschrift
Quelle: IMB "Runge"
erhalten: Genosse Köhler
am: 25.03.1976

Bericht über Matthias D o m a s c h k

STANESCU bekam von D o m a s c h k am letzten Montag während einer Veranstaltung in der Jungen Gemeinde in Lobeda einige Kurzgeschichten von Jürgen FUCHS, in Schreibmaschine geschrieben, ausgeliehen, damit sich St. diese durchlesen könne.
Diese Kurzgeschichten stammen aus der Zeit von Jürgen F., als dieser noch in Jena war. D. sagte, daß er diese z. T. neu aus Berlin bekommen habe. Aber über welche Kanäle er diese Schreiben bekommt, ist nicht bekannt. Bekannt ist aber, daß er persönliche Beziehungen zu Gerd MARKOWSKY unterhält und wahrscheinlich auch Beziehungen zu einem ehem. Philosophiestudent REITBRECHT (Reiprich, d. A.) oder ähnlich. Neben ST. belieferte D o m a s c h k im Rahmen der JG auch Schriften von BIERMANN, FUCHS und KUNERT an ein Mädchen Renate BOLDT aus NL-West, Ritter-Straße.

Zur Person Matthias D.:
Matthias D. wohnte bis vor kurzem bei seinen Eltern in NL-West, ist, nachdem er 18 Jahre alt geworden ist, zu Hause ausgezogen und in die Wohnung, in die ehemalige Wohnung von Renate GROSS gezogen. Diese Wohnung liegt in der Nähe vom Kupferhütchen.
Dort versorgt er sich selber und lebt von seinem Lehrlingsgeld, wobei er von einer Reihe von Jugendlichen aus Jena unterstützt wird. Er nennt diese Unterstützung „Solidarität der Jugendlichen".
Matthias D. spielt für einige Jugendliche so etwas wie ein Idol, da die Problematik zwischen Elternhaus und Jugend bei verschiedenen Personen auftritt, aber die meisten nicht den Mut besitzen, von zu Hause auszuziehen, und sie sehen nun in dem, in der Handlung von D., daß er zu Hause ausgezogen ist, eine gewisse Heldentat. Von wem die Unterstützung (Solidarität) dem Matthias zukommt, ist nicht bekannt. Matthias D. arbeitet im VEB Zeiss als Lehrling in der Abiturklasse für Feinmechaniker. Seit seinem Auszug von zu Hause sind seine Leistungen stark abgefallen, wobei der D. diesen

Leistungsabfall selbst nicht unbedingt auf diesen Auszug zurückführt, sondern auch darauf hin, daß er in seinem Elternhaus Probleme hatte. Aus seinen eigenen Darstellungen scheint sein Vater einerseits autoritär gewesen zu sein, andererseits aber keine klare Meinung, keine klare Linie zu besitzen. Seine Mutter ist, soweit bekannt, krank und er selber gibt zu, daß seine Mutter durch seine Handlungsweise darunter leidet.

Bl. -2-

Die Position von S t a n e s c u war in etwa, daß es in der DDR für einen Christen nicht möglich ist, gleichzeitig Marxist zu sein, weil es hier Unterschiede in dem weltanschaulichen Standpunkt gäbe. Daraufhin gab Gotthard K l e m p k e (Theologiestudent Gotthard Lemke, in den achtziger Jahren Studentenpfarrer in Jena und Mitbegründer der kirchlichen Gruppe „Solidarische Kirche“ in Thüringen, d. A.) den Kommentar, daß es seiner Ansicht nach möglich wäre, Marxist und Christ zu sein in der DDR.

Thomas A u e r b a c h sagte, daß er sich selbst als Marxist bezeichne, grenzte sich aber zur Weltanschauung zur SED ab, indem er diese als Marxisten bezeichnet. Er bezeichnet sich also nicht als Marxist im offiziellen Sinne, sondern als Marxist seiner privaten Prägung.

Ein Jugendlicher namens K a k t u s legte dar, daß es zwar möglich wäre, sich in der DDR politisch zu engagieren, aber daß die Leute, die Christen, die innerhalb der offiziellen Organisation sich engagieren, nach einiger Zeit verheizt wären und ihre Wirksamkeit innerhalb der Gesellschaft sehr minimal sei. Hierbei wurde er von S t a n e s c u ergänzt, welcher sagte, daß außerdem bei einem Engagement innerhalb der gesellschaftlichen Organisation die Gefahr bestehe, daß man korrumpiert würde, und zwar in dieser Beziehung, daß man einige Vorteile, persönliche Vorteile besäße, wenn man in verschiedenen Gremien engagiert mitarbeitet, und wenn die Diskrepanzen zwischen christlichem Glauben und marx. Weltanschauung ans Tageslicht treten würden, dann besteht die Gefahr, daß man diese Diskrepanz zu überspielen versucht, weil man ansonsten persönliche Nachteile hätte bzw. man auf die Vorteile, die man aus der gesellschaftlichen Arbeit bezieht, verzichten müsse.

Des weiteren wurde öfters von S t a n e s c u darauf hingewiesen, daß jedem Bürger in der DDR, also auch den Christen, die Möglichkeit des Engagements in verschiedenen gesellschaftlichen Institutionen möglich sei. Zum Beispiel in der NF[848] (in der Bewegung „Schöner unsere Städte und Dörfer - mach mit” oder in der Arbeitsgruppe „Christliche Kreise”), des weiteren in der FDJ, im Freien Deutschen Gewerkschaftsbund, im Frauenbund bzw. Kulturbund. Ein Jugendlicher namens F r a

[848] NF = Nationale Front der DDR: Parteipolitisches Instrument des SED. Bezeichnung für die unter ihrer Führung zusammengeschlossenen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen der DDR. Sie ging 1949 aus der Volkskongressbewegung vor.

n k e gab einen kurzen Diskussionsbeitrag, wo er seine Situation bezüglich der FDJ kurz darstellte und hierbei seine persönlichen Schwierigkeiten darlegte, die er als Christ zu marxistischen Organisationen empfinde.
Interessant ist auch eine Darstellung von G e l l n e r . G e l l n e r wollte den Italienern klarmachen, daß sehr viele Jugendliche, die Christen sind, gleichzeitig Mitglieder der FDJ sind. Nachdem er die Jugendlichen aufgefordert hatte, den Arm zu heben, wer in der FDJ ist, da sagte er zu den Italienern in etwa, daß es bei uns üblich ist, in die FDJ bzw. in die Pionierorganisation einzutreten und daß es sehr schwierig sei, sich hier abseits zu stellen. Interessant ist, daß er diese Argumentation in einer sprachlichen Form darbrachte, die in etwa einem Kommentator einer westlichen Presseinstitution entspricht, also etwa so, wie im 2. Deutschen Fernsehen ein Journalist die westdeutschen Bürger über die DDR informiert.
Bl. -3-
Dieser Sprachstil war auffallend, weil diese Information auch gegeben werden könnte, und zwar in einer Sprachform, die bei uns in der DDR möglich ist. Der Eindruck des gesamten Jugendkonventes war bei den Jugendlichen positiv zu bewerten. So sagten einige Jugendliche, daß es ihnen seit langem wieder einmal beim Jugendkonvent gefallen hat. Konkret ließen sie sich wenig aus. Zu den Diskussionsbeiträgen hinterließ der Diskussionsbeitrag von Ingrid K a l b a c h und Gotthard K l e m p k e (Lemke, d. A.) fast keine Resonanz. Die Beiträge von F r a n k e wurden aufgenommen, und er schien etwas ausgedrückt zu haben, was auch andere Jugendliche anging, denn es war so etwas wie eine zustimmende Atmosphäre während seines Beitrages.
Welchen Eindruck Thomas A u e r b a c h und K a k t u s hinterlassen haben, ist nicht 100%ig nachprüfbar. Die Italiener nahmen es auf und akzeptierten es. Die Meinung von S t a n e s c u rief bei den Italienern Resonanz hervor. So bedauerte am Ende des Jugendkonventes Eugenio, daß er sich nur zwei Stunden lang unterhalten konnte und sagte zu S t a n e s c u , daß es ihm lieber wäre, wenn man sich noch länger unterhalten könne. Daraufhin erwiderte St., daß er sowieso mitfahren würde mit den Italienern, worauf Eugenio ein sehr erfreutes Gesicht machte. Des weiteren schien auch
S t a n e s c u mit seinem Diskussionsbeitrag einen Eindruck bei A u e r b a c h bzw. bei K a k t u s hinterlassen zu haben.
Als S t a n e s c u den Beitrag gab, daß die Gefahr der Korruption bestehe, stimmte K a k t u s sehr beifällig zu. Auch A u e r b a c h schien mit dem Beitrag von St. in Übereinstimmung zu stehen, denn es war zu ersehen, daß sich seitdem das Verhältnis zwischen A u e r b a c h und St. etwas gebessert hatte. Das macht sich zum Beispiel bei der Begrüßung oder bei dem kurzen Treff auf der Straße oder durch Telefongespräche bemerkbar. Welche Reaktion die Beiträge von S t a n e s c u , A u e

r b a c h und K a k t u s bei den übrigen Jugendlichen hinterlassen hatte, ist nicht zu ersehen, da hierzu keine konkreten Angaben gegeben wurden.

gesprochen „Runge“

Dokument 9: IM-Bericht über Lesekreis der Jungen Gemeinde vom 07.01.1976

Kreisdienststelle Jena — Jena, den 13.01.1976
Schm/Wü

Tonbandabschrift
Quelle: IMV "Helmut Falke"
Erhalten: Genosse Schmidt
Am: 13.01.1976

B e r i c h t zum Literaturkreis am 7.1.1976

Zur o. g. Beratung gab A u e r b a c h [...] Bescheid, daß er am Dienstag, d. 6.1.1976, 16.00 Uhr, zu ihm kommen sollte. Er wollte ihm dann mitteilen, wann und wo der LK (Literaturkreis, d. A. ?) konkret stattfinden wird. Da A u e r b a c h zu diesem Zeitpunkt nicht zu Hause war, teilte er Thomas G r u n d eine Nachricht für den [...] mit. G r u n d fuhr am 7.1. gegen 19.30 Uhr zu [...] und teilte ihm mit, daß der Literaturkreis am 8./7. 1976 um 20.00 Uhr bei „Pipe" in der Jahnstraße 8 stattfindet. Bei „Pipe" handelt es sich um Pipe und Maria K i r c h h e i m (Kirstein, d. A.), Jena, Jahnstr. 8. Bei der Maria könnte es sich um Marita Kirstein handeln, die unter folgender Adresse in Erfurt wohnhaft ist (Nebenwohnung 50 Erfurt, Str..., Zimmer...). Die K. ist in Erfurt Lehrling.
Insgesamt waren an diesem Tag zum Literaturkreis anwesend:
9 Personen. Namentlich sind davon bekannt:
- Marita Kirstein
- Wolfgang Diete (Spitzname „Tarzan")
- Thomas Grund
- Thomas Auerbach
- Dittrich Große
- Achim Döhmel
- eine Doris (nicht Doris Liebermann)
- Wolfgang Prokosch (er ist es dann, wenn er früher im Funkwerk Köpenick tätig war)
- Markowsky, Bernd wollte kommen, er sollte einen Vortrag über die Kritik am Gothaer Programm halten, war aber zum LK nicht erschienen.

Die anderen sind namentlich nicht bekannt.

Zum Verlauf des Abends:
A u e r b a c h forderte den [...].auf, über die bisherigen Ergebnisse mit dem überarbeiteten Jugendförderungsplan zu berichten. A u e r b a c h und [...] lasen

gemeinsam den neu erarbeiten Jugendförderungsplan vor. Der [...] las den alten Teil, während
A u e r b a c h dann die Veränderungen, die gemeinsam zum letzten Lese-Kreis von einer Gruppe erarbeitet wurde, vor. Daß dieser Abend durch den [...] mit Hilfe dieses Jugendförderungsplanes gestaltet werden sollte, hatte A u e r b a c h bereits am Montag mit L e o abgesprochen. Der L e o ist dem Unterzeichneten nicht persönlich bekannt.
L e o , so weiß er zu berichten, ist aber in den Kreisen H a u ß e r[849] sehr gut bekannt. Er soll möglicherweise im Kirchenkonvikt wohnen. Im Rahmen der Diskussion tat sich besonders der P r o k o s c h hervor. Dazu ist folgendes zu sagen. Er hat von
A u e r b a c h einmal ein Heft erhalten mit dem Titel "Klassenkampf und Revolution". Dieses Heft ist in der BRD verlegt. Der Herausgeber müßte, es ist nicht genau bekannt, die Organisation „Der Falken" sein. T. warf die Frage auf, wie und wann er sich vorstellt, die Massen zu erreichen. Da in diesem Heft dargestellt wird, anhand von Beispielen, wie man in der Organisation „Der Falken" die Leute mobilisiert.
Von dem [...] wurde die Frage aufgeworfen, ob die Anwesenden in der Lage seien, ihn bei der Gestaltung des FDJ-Lehrjahres zu unterstützen. Er erläuterte dazu, daß in Vorbereitung Fragen erarbeitet werden, die zur Diskussion in den einzelnen Studiengruppen anregen sollen. Im Prinzip wurde eine Hilfe bejaht, aber im speziellen Fall abgelehnt, da man insgesamt eine Gefährdung der Person des [...] sah. Der P r o k o s c h ergänzte dann noch, daß er im Funkwerk in Berlin selbst erlebt habe, wie wegen solch einer Sache innerhalb kürzester Zeit der hauptamtliche FDJ-Sekretär 3 mal wechselte - gewechselt wurde. Da der [...] keine weiteren Materialien mithatte, erkundigte sich
A u e r b a c h über den Verbleib von M a r k o w s k i , da er ja an diesem Abend einen Vortrag halten sollte. Keiner wußte jedoch darüber etwas zu sagen. So wurde der Kreis gegen 21.45 aufgelöst. Der [...] wurde beauftragt, sich zum nächsten Mal noch einmal ganz konkret zur obigen Problematik vorzubereiten und den überarbeiteten Jugendförderungsplan noch einmal mitzubringen, um dann auch noch einmal die einzelnen überarbeiteten Passagen speziell herausstellen zu können.
Ohne irgendwelche Überleitungen kam es noch zu der Äußerung, daß einige Anwesende, die bekannt sind:
- Tarzan
- wahrscheinlich Prokosch
- Achim Döhmel
- Auerbach

[849] Stadtbekannte Szenekneipe in Jena.

in der Zeit vom 11. - 18. nach Berlin fahren wollen. Dort wäre ein Treffen mit irgendwelchen Leuten aus Westberlin vereinbart. A u e r b a c h wurde in diesem Zusammenhang darüber gefragt, ob er Nachricht hätte. Er verneinte und teilte mit, daß er sich diesbezüglich noch einmal telefonisch erkundigen werde. Es kam die Frage, ob das sein Bruder (Auerbachs Bruder) möglicherweise vergessen habe und er antwortete, auf seinen Bruder sei 100%iger Verlaß. Er erkundigte sich bei G r u n d , ob er morgen Nachmittag, am 8.1., von seinem Apparat aus anrufen könne. G r u n d sagte zu und A u e r b a c h teilte ihm mit, daß er gegen 14.00 Uhr bei ihm sei.
Die nächste Zusammenkunft wurde vereinbart für Mittwoch, den 14.1.1976, 20.00 Uhr, in der Jahnstraße 08.

gesprochen „Helmut Falke“

Dokument 10: IM „Nettelbeck“ zur Rolle der Kirche und den Verhaftungen in Jena in Folge der Biermann-Proteste vom 25.11.1976

Abteilung XX/4

(20)

29. Nov. 1976

Erfurt, den 25. 11. 1976
Ra

BV Erfurt Abt XX/

17 Bände

Wolfram Johannes OKR Eisenach

IMV " Nettelbeck "
übergeben am: 25. 11. 1976
(Tonbandabschrift)

übernommen:
Hptm. Nottrott

B e r i c h t

Am Freitag, dem 19. November 1976, fand eine erste Zusammenkunft zwischen dem Ersten Stellvertreter für Inneres beim Rat des Bezirkes Erfurt, Herrn Hartmann, und dem Landesbischof Dr. Braecklein auf dem Berghof in Eisenach statt.

Die Einladung erging von Herrn Hartmann an den Landesbischof auf Grund dessen Glückwunschschreiben zu seiner Wahl zum Ersten Stellvertreter des Ratsvorsitzenden.

In Begleitung des Herrn H artmann befand sich der Referent für Kirchenfragen Herr Heiß, der Landesbischof hatte in Begleitung den OKR Johannes.

Die genannten Personen nahmen gegen 13.00 Uhr ein gemeinsames Mittagessen im Hotel "Berghof" in Eisenach ein.

In einer kurzen Begrüßung dankte der Landesbischof für die Einladung und hob die Gemeinsamkeiten hervor, die Marxisten und und Christen in der heutigen Zeit zu geeigneten Maßnahmen zusammenführen würden. Herr Hartmann dankte dem Landesbischof für seine Glückwünsche zur Wahl und überbrachte Grüße vom Ersten Sekretär der BL der SED. Er brachte zum Ausdruck, daß es in den höchsten Parteispitzen, insbesondere auch beim Generalsekretär der SED, Herrn Honecker, Anklang gefunden hatte, daß das die Kirchenleitung der evang. Kirchen der DDR sich zum Wahlergebnis positiv geäußert hatten. Der Landesbischof hob hervor, daß die Veröffentlichung dieser Stellungnahme auf der ersten Seite der Tageszeitungen der DDR darauf schließen lasse, daß ein enges Vertrauensverhältnis zwischen der Regierung, den Staatsorganen der DDR und den verantwortlichen Funktionären der Kirchen bestehe.

Beide Seiten stimmten darin überein, daß es sowohl in kirchlichen Organisation als auch auf staatlichen Ebenen Funktionäre bzw. Mitarbeiter gäbe, die die Zeichen der Zeit noch nicht verstanden hätten und die der gemeinsamen Sache und der Zusammenarbeit Abbruch tun würden.

Es wurde dann aber einen wesentlichen Schritt der gemeinsamen Verständigung nahe kommen, wenn auf Grund solches Vorkommens oder solchen Tatsachen beide Seiten den Weg zueinander weiterhin suchen und begehen würden, wie das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

Es wurde von beiden Seiten die Meinung geäußert, daß es kein Nebeneinander geben könne, sondern nur ein Miteinander, um die gemeinsamen Ziele zu verwirklichen.

Das Gespräch wurde dadurch unterbrochen, daß ~~das~~ telefonisch dem Landesbischof mitgeteilt wurde, aus Jena, daß im Verlaufe des Nachmittags der Landesjugendwart und vier Studenten der Theologischen Fakutlät Jena verhaftet worden sein sollen. Es wurde angegeben, daß innerhalb der Theologischen Fakultät in Jena eine Abschrift eines Protestbriefes existieren solle, den Künstler der DDR gegen die Ausbürgerung des Liedermachers Biermann an den Generalsekretär der SED gerichtet sollten. Diese Studenten sollen angeblich eine Unterschriftssammlung zu Unterstützung dieses Briefes organisiert haben.

Beide Seiten äußerten dazu, daß gegenwärtig nichts unternommen werden könne, sondern daß man die Untersuchungsergebnisse der Untersuchungsorgane abwarten müsse.

" Nettelbeck "

Dokument 11: IM „Nettelbeck“ zur Haltung der Thüringer Landeskirche zum „Fall Biermann“ vom 29.11.1976

Abteilung XX/4

Erfurt, den 29. 11. 1976
Ra

IMV "Nettelbeck"
übergeben am: 25. 11. 1976
(Tonbandabschrift)

übernommen:
Hptm. Nottrott

B e r i c h t

Am vergangenen Freitag wurde der Landesbischof anläßlich des ersten Gesprächs mit dem Ersten Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirkes telefonisch davon informiert, daß im Zusammenhang mit Biermann im Theologischen Konvikt in Jena Unterschriftssammlungen durchgeführt sein sollen, in deren Zusammenhang mam Verhaftungen von Studenten und von dem Landesjugendwart Auerbach vorgenommen sein sollen. Am Montag darauf fuhr OKR Zilz nach Jena. Diese Fahrt war bereits vorher geplant und hatte an und für sich nichts mit der Biermann-Affäre zu tun. Nach seiner Rückkehr am Dienstag informierte er den Landeskirchenrat von den Vorgängen in Jena. Nach seinen Schilderungen ist weder die Leitung der Fakultät noch die Leitung des Konvikts von den Maßnahmen vorher informiert worden. Es seien keine Verhaftungen durchgeführt worden, sondern lediglich Zeugenvernehmungen, alle befänden sich wieder auf freiem Fuß befinden bis auf den Diakon Auerbach.

Am Wochenende zuvor bereits hatte der Bischof, nachdem er davon informiert wurde, daß in Jena Verhaftungen vorgenommen sein sollen, Maßnahmen eingeleitet, um eine Betreuung der Familie Auerbach zu gewährleisten. Nach Ansicht von Zilz sei gegenwärtigen ~~in dem~~, unter den Studenten, eine Atmosphäre des Mißtrauens vorhanden, weil etwa 2 Stunden nach der ersten Besprechung, was in Sachen Biermann zu unternehmen sei, die zuständigen staatlichen Organe bereits informiert wurden waren.

Er berichtete ferner, daß eine Studentin, deren Name mir nicht mehr bekannt ist, in etwa Göbel, die aus Berlin stammt, aber in Jena studiert, hatte die Absicht an dem Wochenende, an dem sie nach Hause nach Berlin fuhr, Prof. Hahermann zu informieren, da sie ihn aber nicht antraf, hat sie Bischof Schönherr vor dem Gottesdienst angesprochen und ebenfalls um Unterschrift gebeten. Herr Schönherr verweigerte diese Unterschrift und sagte, diese ganze Maßnahme sei unüberlegt und unklug und außerdem ~~hätte es~~ wäre es besser gewesen, wenn das Landeskirchenamt in Eisenach zunächst einmal davon informiert worden wäre.

Im Landeskirchenrat selber wird Bestürzung darüber geäußert, daß nichts in Eisenach von den ganzen Vorgängen in Jena bekannt war, erst durch die Vernehmungen sind sie darauf aufmerksam geworden. Teilweise wird die Ansicht geäußert, daß vielleicht der Landeskirchenrat zu rot ist und das Vertrauen einiger Kreise unter den Gläubigen verloren hat. Esbesteht die Absicht, daß noch einmal eine Auswertung durchgeführt wird über die ganzen Vorkommnisse mit der Leitung der Fakultät und der Heimleitung des Wohnheimes, um die notwendigen Schlußfolgerungen daraus zu ziehen. Kirchenrat Werneburg wurde beauftragt, vom Bischof, nach der ersten Kenntnis der Vorfälle das Kreiskirchenamt und den Visitator in Gera zu benachrichtigen.

Zusätzlich sollte Kontakt aufgenommen werden mit Weimar, um in Verbindung mit diesen drei Dienststellen bzw. Personenkreis nähere Auskünfte über die Vorgänge in Jena zu bekommen. In diesem Zusammenhang wurde mir bekannt, daß OKR Schäfer in Weimar von einem Mitarbeiter des MfS aufgesucht wurde... *Brief von OKR [illegible] an LKR Eisenach*

Im Ergebnis dieses Briefes hat der LKR beschlossen, nachdrücklichst Pfr. Schilling darauf hinzuweisen, daß er in Jena nichts zu suchen hat und daß er sich auf seine ihm in Braunsdorf übertragenen Aufgaben beschränken müsse.

Wir wollen in einer Besprechung bzw. Information mit den Leitern der Ausbildungsstätten in Eisenach darauf hinwirken, daß sich derartige Vorfälle nicht wiederholen und daß insbesondere die Heimleitung sofort den LKR unterrichtet, falls in dieser oder ähnlicher Hinsicht vergleichbares sich anbahnen sollte, sofort Maßnahmen unternommen werden können.

Zum Fall Biermann sind viele Gespräche und Diskussionen im Amt des LKR geführt worden. Die überwiegende Meinung ist die, daß Biermann ein intelligenter Mensch sei und daß seine Kritik an einzelnen Dingen des Staates oder der Partei durchaus recht positiv zu bewerten sei. Jedoch die Art und Weise wie er es gemacht hat und auch noch dazu, in Westdeutschland wird nicht für gut befunden. Die staatliche Reaktion jedoch, die ja auf Aberkennung der Staatsbürgerschaft lautete, wird auch nicht für gut befunden, weil die Meinung vertreten wird, wenn Biermann gegen die Gesetzte der DDR verstoßen haben sollte, wäre es zweckmäßig gewesen ein ordnungsgemäßes Ermittlungsverfahren gegen ihn einzuleiten.

KOPIE

Nach Verbreitung der Sendung des Westfernsehens am Freitagabend über das Auftreten Biermanns in Köln wurde einstimmig die Meinung vertreten, daß Biermann das zulässige Maß überschritten hat und daß die Sendung eine wirklich durchdachte aber auch zügellose Hetze gewesen ist.

In den gestrigen Vormittagsstunden suchte mich OKR Zils auf und teilte mir mit, daß er eben einen Anruf aus Berlin von der ~~Firma~~ EMA erhalten hätte mit der Anfrage, ob der LKR in Eisenach bestätigen könne, daß in Jena Verhaftungen in Sachen Biermann erfolgt seien. Zils sagte mir daraufhin, daß er antwortete, er könne nichts bestätigen.

Der Pfleger des Falkheimes, Peter Seifert, ist mir aus Braunsdorf bekannt. Ich habe ihn dort kennengelernt. Danach war er einige Male zu Besuch in Arnstadt. Jetzt wohnt er in Eisenach u. zwar in der Barfüßer-Str. Ich habe ihn vor einigen Wochen wieder getroffen. Er ist verheiratet und hat eine Tochter von etwa 1/2 Jahren. Seine Frau arbeitete ebenfalls im Falkhof als Pflegerin. Soweit ich es beurteilen kann, ist er relativ streng gläubig. Das schließe ich daraus, daß er oftmals mit der Bibel lesend anzutreffend war, wir führten auch theologische Gespräche. Aus dem Besuch in Braunsdorf ist mir bekannt, daß er strafrechtlich vorbelastet ist. Er hat teilweise radikale Ansichten und neigt dazu, diese seine Ansichten zu vertreten und auch konsequent durchzusetzen.

gez.: "Nettelbeck"

Dokument 12: IM „Nettelbeck“ über Verhaftung des Diakons Auerbach wegen der Jenaer Proteste zur Biermann-Ausbürgerung vom 26.11.1976

BV Gera
Information

Abteilung XX/4

Erfurt, den 26. 11. 1976
St

IMV "Nettelbeck"
übergeben am: 25. 11. 76

übernommen:
Hptm. Nottrott

B e r i c h t

In diesem Zusammenhang wurde mir bekannt, daß OKR Schäfer in Weimar von einem Mitarbeiter des MfS aufgesucht wurde. Daraus ergab sich folgende Niederschrift, den LKR OKR Schäfer verfaßt hat. Die Niederschrift hat folgenden Wortlaut.

Weimar, den 23. 11. 1976

Niederschrift

Betr. Verhaftung Diakon Auerbach, Jena

Am 22. 11. 1976, um 19.00 Uhr, suchte Herr Biermann, Mitarbeiter des MfS beim Rat des Bezirkes Gera den Unterzeichneten in seiner Weidaer Wohnung auf, um ein Gespräch über die Vorgänge in der jungen Gemeinde Jena-Mitte vom Donnerstag, dem 18. November 1976 zu führen. Um das Gespräch hatte der Unterzeichnete gebeten.

Es werden zunächst kurz die Vorgänge selbst besprochen. Danach kommt die Beurteilung von seiten staatlicher Stellen zur Sprache. Dabei ergibt sich, daß die beteiligten Studenten und ~~Lkder~~ der jungen Gemeinde offenbar nicht mehr als strafrechtlich belastend gelten. Sie sind mit Ausnahme von Diakon Auerbach nach ihrer Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt worden. Diakon Auerbach ist regelrecht verhaftet. Gegen ihn ist ein gerichtliches Ermittlungsverfahren eingeleitet. Offenbar gilt er als derjenige, der zusammen mit zwei anderen jungen

KOPIE BStU

Männern, die ebenfalls inhaftiert sind, aber nicht zur jungen Gemeinde gehören, die Unterschriftenaktion am Donnerstag Abend vorbereitet hat. Erschwerend kommt hinzu, daß er zu einem neomarxistischen Kreis gehört und daß bei der Durchsuchung seiner Wohnung weiteres belastendes Material gefunden worden ist. Die vorübergehend festgenommenen Theologiestudenten und Mitglieder der jungen Gemeinde scheinen bereits bei der Vernehmung eine einsichtige Haltung gezeigt zu haben. Es kann damit gerechnet werden, daß sie mit der bei dieser Vernehmung ausgesprochenen Verwarnung davonkommen. Ungewiß ist aber noch die Frage, ob eine der Unterschriftslisten in die Hand eines westlichen Journalisten geraten ist. Sollte das der Fall sein und sollte diese Liste veröffentlicht werden, würde das die Lage dieses Personenkreises schlagartig verändern.

Ein besonderer Erörterungspunkt war die Rolle, die der Pfr. Schilling in Braunsdorf bei diesem Abend gespielt hat. Es ist deutlich, daß er nicht wußte, daß das Thema Biermann an diesem Abend behandelt werden würde. Er hat dann das Wort ergriffen und offenbar haben seine Ausführungen, die als mäßigend gedacht waren, nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Herr Hermann äußerte die Vermutung, daß Pfr. Schilling den nunmehr verweisten Kreis der jungen Gemeinde Jena-Mitte verantwortlich übernehmen könnte. Er meinte, dadurch würde die Situation nur wesentlich verschärfen. In diesem Zusammenhang wurden auch Besorgnisse geäußert über die Bewegung von Personen im Hause Schilling. Der Unterzeichnete wird am 23. 11. 1976 um 16.00 Uhr mit Pfr. Schilling ein Gespräch führen.

Nachrichtlich: gez. Schäfer

Dokument 13: IM „Nettelbeck“ zur Haltung der Thüringer Landeskirche zu Biermann-Protesten in kirchlichen Gemeindegruppen vom 21.01.1977

Abteilung XX/4

Erfurt, den 21. 1. 1977
St

Dok 4

IMV " N e t t e l b e c k "
übergeben am: 19. 1. 1977
(Tonbandabschrift)

Übernommen:
Hptm. Nottrott

B e r i c h t

Der Landeskirchenrat Eisenach hat auf Grund von Gesprächen mit Pfarrern, Superintendenten und anderen kirchlichen Amtsträgern den Eindruck, daß in zunehmender Weise die Kirche als Sammelbecken reaktionärer und oppositioneller Kräfte genutzt wird. Der Landeskirchenrat der evang.-luth. Landeskirche Thüringen ist sich zwar darüber im klaren, daß von der Ideologie her eine Koexistenz nicht möglich ist, das wird auch seitens der Kirche nicht angestrebt, weil eben ein christlicher Glaube etwas anderes ist als eine marxistisch-leninistische Überzeugung, trotzdem gibt es Ebenen der Zusammenarbeit, die, wenn sie nicht genutzt werden, verheerende Folgen nicht nur für die DDR und die BRD, sondern für Europa und für die gesamte Welt haben könnten.

Insofern steht die Thüringer Landeskirche jederzeit Gesprächen und Formen der Zusammenarbeit mit staatlichen Organisationen zur Verfügung. Dieses kam immer wieder in Gesprächen mit Vertretern staatlicher Organe zum Ausdruck. Bedrückend ist lediglich die Tatsache, daß diese Erkenntnisse und Bestrebungen auf zentralen Ebenen, in unteren Ebenen, z.B. in Städten und Gemeinden nicht verstanden werden, daß dort sehr viel Porzellan zerschlagen wird.

Pastoren bzw. Pfarrer und Bürgermeister oder Parteifunktionäre stehen sich dort oftmals offensichtlich als Feinde bzw. Anführer opportunistischer Gruppierungen gegenüber. Es wäre daher wünschenswert, somal der Landeskirchenrat, daß seitens übergeordneter staatlicher Organe auf die mögliche und notwendige objektive Zusammenarbeit zwischen Christen und Marxisten ständig hingewiesen wird, damit das gute Nebeneinander, das sich in der vielfältigsten Weise bereits durchgesetzt hat, sich auch ferner hin entfalten kann.

gez. "Nettelbeck"

Dokument 14: IM-Bericht zur Entlassung des Jugenddiakons Auerbach aus kirchlichem Dienst wegen der Biermann-Proteste der Jungen Gemeinde Stadtmitte vom 28.03.1977

Abteilung XX/4

Erfurt, den 28. 3. 1977
St

IMV "Nettelbeck"
übergeben am: 24. 3. 1977
(Tonbandabschrift)

übernommen:
Hptm. Nottrott

B e r i c h t

Dem LKR liegen Informationen zugrunde, nach denen auch der Direktor des Predigerseminars, Dr. Linz, eine Unterschriftenaktion gestartet haben soll, der er sich selber als Bischofskandidat anbietet. Nach Auffassung des LKR hat Dr. Linz jedoch recht wenig Chancen gewählt zu werden. Ernster zu nehmen ist jedoch ein Hinweis von OKR Schäfer, der ein Gespräch mit Prof. Hertsch hatte. Auf seine direkte Frage hätte Hertsch zugegeben, daß er von Anfang an die Absicht gehabt habe, nur etwa 10 bis 12 Jahre eine Professur in Leipzig zu übernehmen. Spätestens nach Ablauf von 12 Jahren hätte er sich sowieso etwas anderes überlegt. Er hat, so sagt OKR Schäfer aus, zugegeben, daß er sich für das Bischofsamt zur Verfügung stellen würde. Die Unterschriftenaktion, die von Kalkbrenner gestartet sei, habe er zwar nicht ins Leben gerufen, aber er würde niemand daran, ihn in der Wahl zu unterstützen. Er habe ein amtsärztliches Zeugnis, aus dem hervorgehe, daß er körperlich in der Lage sei, ein Bischofsamt auszuüben. Er würde auch anderen Amtsärtzen zur Verfügung stehen, um nachzuweisen, daß er in der Lage sei sowohl geistig als auch körperlich eine derartige Funktion zu begleiten.

Einer weiteren Information zur Folge, die von OKR von Frommanshausen stammt, soll eine evtl. Entlassung des Jugenddiakons Auerbach bevorstehen. Dieses hätten ihm bestimmte Funktionäre mitgeteilt. Der LKR bemüht sich gegenwärtig, für Auerbach eine Tätigkeit zu finden, die ihn nicht in direkten Kontakt mit Gemeindegliedern kommen läßt, weil die geistige Haltung Auerbachs nicht die Gewähr dafür bietet, in Zukunft derartige Zwischenfälle zu vermeiden.

Gedacht ist an eine pflegerische Arbeit innerhalb der Diakonie oder des Hilfswerkes. Es soll die Entlassung Auerbachs abgewartet werden, um dann ein entsprechendes Gespräch mit ihm führen zu können.

gez. "Netteibeck"

KOPIE BA

Dokument 15: Haftbeschluß Wolfgang Hinkeldey vom 11.12.1976

2

Diensteinheit BVfS Gera, Abt. IX

BStU 000064

Vertrauliche Dienstsache!

Dc 26.

Gera, den 11. Dez. 1976

Untersuchungsvorgang Z 172/76

Haftbeschluß

Der/Die

Name HINKELDEY Vorname Wolfgang

Geburtstag und -ort 16. 10. 1952 in Jena

Berufliche Tätigkeit Beleuchter Familienstand gesch.

Wohnungsanschrift Jena, Katharinenstr. 18

ist aus den unten angeführten Gründen in Haft zu nehmen.

Gründe der Inhaftierung H. gehört seit 1973 zum Kern einer Personengruppierung
(gesetzliche gesetzliche Bestimmungen, rechtlicher Einschätzung, Beweise, Voraussetzung für U-Haft gem. StPO)
in Jena, welche auf einer revisionistisch-pol.-id. Plattform sich das Ziel gestellt hat, gegen die soz. Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR aufzuwiegeln und den real existierenden Sozialismus durch einen "demokratischen Sozialismus" zu ersetzen. Sie unternahmen umfangreiche Aktivitäten zur Schaffung einer konterrevolutionären Massenbasis, auf deren Grundlage ihre Zielstellung realisiert werden sollte.

- strafbar gem. § 106 (1) Ziff. 1 u. 2 StGB

KOPIE BStU

Der Mitarbeiter Jahnstedt, Stephan
(Unterschrift)

Der Leiter der Abteilung Kreisdienststelle IX Dr. Mauß
(Unterschrift)

Bestätigt 13. 12. 76 (Datum) (Unterschrift)

Festgenommen am 11. Dez. 1976

Festgenommen von (Diensteinheit)

Von anderen Organen übergeben (VP – NVA – befreundete Länder usw.)

Bisher erfaßt im Vorgang OV "Pegasus" der KD Jena (Registriernummer)

Form 501 377 474 20.0 (- 11 -)

Dokument 16: Presseartikel ausgewiesener Jenaer oppositioneller Akteure zu den Ereignissen in Jena aus Anlaß der Biermann-Ausbürgerung

Der mutige Kampf der Kollegen aus Jena So verkauft die SED-Bürokratie ihre Kritiker gegen Devisen und hofft damit, in ihrem

Am 16. November erfuhren wir, daß unser Freund und Genosse Wolf Biermann ausgebürgert wurde. Wir trafen uns spontan mit unseren Freunden und waren erstaunt, wie viele wir sind. Die Wohnung war überfüllt. Die Nachricht schien uns zunächst unglaublich, und wir vergewisserten uns durch Fernsehmeldungen aus Ost und West. Was geschieht mit uns, nachdem das mit Wolf Biermann möglich war? Was jetzt tun? Demonstration? Protestbriefe? Einzeln oder geschlossen handeln? Flugblätter? Wir kamen zu keinem Ergebnis, aber uns war klar, daß mit der Ausbürgerung Wolf Biermanns die linke Kritik in der DDR getroffen werden sollte, auch alle anderen Sozialisten getroffen werden sollten. Unser dominierender Gedanke war: „Wenn wir jetzt nichts sagen, werden wir nie wieder etwas sagen!“ Bernd fuhr nach Berlin zu Robert Havemann und Jürgen Fuchs, Gerd und Marian sprachen mit Jurek Becker vor dessen Lesung in Jena. So erfuhren wir von der Erklärung der Berliner Künstler vom 17.11.76 und sahen darin eine Handlungsmöglichkeit. Am 18.11.76 ließen wir uns von Jürgen Fuchs den Text dieser Erklärung durchgeben, vervielfältigten ihn, legten Unterschriftenlisten an und organisierten am Abend eine Informationsveranstaltung in den Räumen der evangelischen Jungen Gemeinde Jena. Anwesend waren etwa 100 Freunde und Bekannte. Aus dem Programm:

- „So oder so, die Erde wird rot“ und andere Lieder von Biermann - Verlesung von
- Artikeln zur Ausbürgerung aus „UZ“ (Unsere Zeit) und „ND“ (Neues Deutschland)
- Gedicht von Brecht „Lob des Revolutionärs“ („Wo er verjagt wird, bleibt die
- Unruhe doch“)
- Gedicht von Erich Fried „Die Abnehmer“
- Abspielen von Nachrichten-Mitschnitten aus Ost und West
- Brief von Robert Havemann an das Politbüro der SED „Wolf Biermann muß Bürger
- der DDR bleiben“
- Erklärung der Berliner Künstler vom 17.11.76

Pfarrer Schilling gab eine Erklärung ab: „Es soll niemand unterschreiben, der einen Ausreiseantrag in die BRD gestellt hat oder sich mit diesem Gedanken trägt. Weiterhin soll niemand unterschreiben, der aus irgend einem Grunde Angst hat. Jeder Unterschreiber soll sich über mögliche Konsequenzen im klaren sein.“ Wir hatten in kurzer Zeit ca. 60 Unterschriften. Nach der Info-Veranstaltung sprachen uns viele an,

die die Erklärung der Berliner Künstler verbreiten und Unterschriften sammeln wollten. Freunde fuhren nach Erfurt, Apolda und Berlin, weitere geplante Kontaktaufnahmen wurden durch die einsetzenden Verhaftungen verhindert.
Auch in Jenaer Betrieben und an der Universität wurde die Erklärung verbreitet. Am frühen Morgen des 19.11.76 setzten Verhaftungen und Hausdurchsuchungen ein. Die Unterschriftenlisten wurden nicht gefunden, Gerd und Uwe fuhren nach Berlin und sandten die Erklärung an das ZK der SED, an den „SPIEGEL“ und versteckten eine Durchschrift als Dokument. Heide wurde nach ihrer Rückkehr verhaftet.
In der ersten Woche wurden etwa 30 Personen zu Verhören geholt, gegen uns Acht leiteten die Sicherheitsorgane ein Ermittlungsverfahren wegen „staatsfeindlicher Hetze“, § 106 StGB, ein. Unsere Untersuchungshaft begann. Drei unserer Freunde in Jena wurden exmatrikuliert, mindestens drei mit Berufsverbot belegt. Bei den Verhören stellte sich bald heraus, daß die Unterschriftensammlung gegen die Biermann-Ausbürgerung nur der Anlaß zu unserer Verhaftung war.
Unser gesamtes bisheriges politisches Denken, alle demokratischen Aktivitäten sollten bestraft werden. Dazu gehörte der „Arbeitskreis Literatur“, in dem von 1973 bis zu seinem Verbot 1975 junge Arbeiter und Intellektuelle eigene literarische Versuche diskutierten und in der Öffentlichkeit vorstellten. Darüber hinaus wurden in diesem Rahmen Lesungen mit bekannten Schriftstellern durchgeführt. Weiter gehörte dazu eine Theatergruppe, von der Stücke von Mrozek, Roczewisz und Rainer Kirsch inszeniert wurden. Im Frühjahr 1975 gründeten wir einen „Lesekreis“, in dem wir gemeinsam Werke von Marx, Engels, Lenin und Luxemburg diskutierten.
Ebenfalls wurde über die Dokumente der SED und linke Literatur westlicher Verlage (Miklos Haraszti „Stücklohn“, Rasjanow „Marx und Engels nicht nur für Anfänger“, Che Guevara „Ökonomie und neues Bewußtsein“, Hegedüs, Haraszti „Die neue Linke in Ungarn“ u. a.) sowie über Probleme in den Betrieben, in der Gewerkschaft, Wohnungsprobleme, Auseinandersetzungen mit der Bürokratie gesprochen. Im Herbst 1975 organisierten wir eine Unterschriftensammlung zur Verteidigung der revolutionären Errungenschaften in Portugal. Weiterhin wurde uns Zusammenarbeit mit Christen und aktive kritische Mitarbeit in der Gewerkschaft vorgeworfen. Da wir in der Untersuchungshaft isoliert waren, versuchte die Stasi, uns gegeneinander auszuspielen, verbreitete Gerüchte über uns, um uns zu vereinzeln und zu demoralisieren. Kerstin wurde mit ihrem Kind erpreßt. Auch in Jena wurden Gerüchte in Umlauf gesetzt, die uns politisch diskreditieren sollten; z.B. Wolfgang wäre ein CIA-Agent, Walfred hätte in eine Kaufhalle eingebrochen und Thomas sei ein Verbindungsmann der KPD-ML.
Ohne daß die Stasi es verhindern konnte, hatten wir aber durch verschiedene illegale Möglichkeiten (Klopfen, Rufen, Kassiber) Kontakte untereinander, womit wir uns gegenseitig ermutigten.

Kurz vor Beendigung der gegen uns geführten Untersuchungen wurde im Mai 1977 der § 106 auf den § 107 „staatsfeindliche Gruppenbildungen“ erweitert. Das bedeutete eine erhebliche Heraufsetzung des möglichen Strafmaßes. Seitdem warteten wir auf unseren Prozeß. Mitte August wurden wir einzeln zu einem Gespräch mit einem hohen Stasi-Beamten aus Berlin geholt. Er stellte uns vor die Alternative, entweder eine Haftstrafe von 5 bis 8 Jahren in Kauf zu nehmen oder den Übersiedlungsantrag in die BRD zu unterschreiben. Miese Erpressung lehnten wir ab. Dann wurde jedem einzeln gesagt, wir könnten nur in der Gruppe in die BRD gehen und derjenige, der diesen Weg nicht wählen würde, gefährde den Schritt der anderen, die schon zugestimmt hätten.
Einige Tage darauf brachte man uns nach Berlin in eine U-Haft des MfS.
Dabei wurde Marian gewaltsam aus seiner Zelle geholt. In Berlin unterschrieben wir dann nach mehreren Hin und Her unter den Bedingungen, daß zum Teil unsere Frauen und Kinder sowie unser sämtliches Eigentum nachkommen müßte, den Ausbürgerungsantrag. Von der Stasi wurde gesagt, daß wir auch im Fall der Entscheidung für die Haftstrafe danach in den Westen abgeschoben würden. Nach einer Woche fuhr uns die Stasi aus der Haft zum Rechtsanwaltsbüro Vogel.
Von dort ging es direkt nach Westberlin zu Rechtsanwalt Stange. Wir erfuhren, daß für uns von der Bundesregierung pro Kopf mindestens 40.000,- DM an die DDR-Behörden bezahlt wurden. So verkauft die SED-Bürokratie ihre Kritiker gegen Devisen und hofft damit, in ihrem Staat Ruhe zu schaffen. Doch kann uns eine solche Verfahrensweise nicht von unserem Platz im Kampf für Sozialismus an der Seite der Arbeiterklasse in der DDR und der ganzen Welt entfernen.
Wir sind gegen unseren Willen abgeschoben worden und können z. Z. nicht zurück in die DDR. Wir wollen mit unseren Frauen, Männern und Kindern zusammen sein. Das können wir nur hier. Darum müssen unsere Angehörigen hierher kommen. Für ihre Übersiedlung wurde von der Staatssicherheit eine Frist von maximal acht Wochen zugesichert. Diese ist am 28.10.77 abgelaufen. Bisher haben unsere Angehörigen keine entsprechenden Mitteilungen von den DDR-Behörden erhalten.

Bochum, den 07.10.79
Thomas Auerbach, Kerstin Graf, Marian Kirstein, Bernd Markowsky, Gerd Lehmann, Walfred Mayer, Wolfgang Hinkeldey

Dokument 17: IM-Bericht zur Auseinandersetzung um Diakon Auerbach und die zukünftige Leitung der Jungen Gemeinde Stadtmitte vom 13.01.1977

Kreisdienststelle Jena — Jena, den 13.01.1977
Kö/Wü

Tonbandabschrift
Quelle: IMB „Runge“
Erhalten: Genosse Köhler
am 28.01.1977

Bericht über einen Vorschlag von Herrn M E S S L I N[850] bezüglich der Leitung der Jungen Gemeinde Stadtmitte und der daraus sich ergebenden Folgen

---

St. beurteilte die Situation insofern, daß er sagte, er versuche, sich in die Lage zu versetzen, welche Regierungspartei und Staatsapparat hätte, und nach den Gesichtspunkten, die diese Apparate beurteilen, sähe die Situation folgendermaßen aus: Thomas A U E R B A C H , der nach juristischen Gesichtspunkten eine Straftat begangen hätte, war gleichzeitig der Leiter einer existierenden Gruppe. Das bedeutet, daß diese Gruppe der Gefahr unterlegen hat, daß sie auch durch die Unzuverlässigkeit des Leiters selber eine unsichere Gruppe sei. Das wiederum bedeutet eine Aufgabe für Staat, Regierung und Parteiapparat, diese Gruppe JG Stadtmitte als einen Schwerpunkt anzusehen in der pol.-ideolog. Auseinandersetzung, aber auch in der Absicherung evtl. strafrechtlicher Entwicklung. Das hieße also für St., daß man diese JG Stadtmitte nicht so beliebig behandeln könne wie eine Gruppe, die unter harmonischen und normalen Voraussetzungen existiert. Das bedeutet einerseits, daß man die JG Stadtmitte nicht einfach auflösen könne, denn das würde bedeuten, daß die Mitglieder sich wieder zu Gruppen zusammenfinden auf einer Ebene, die nicht mehr kontrollierbar ist und somit die Verantwortung für die Neuentstehung der Gruppen letztendlich wieder auf der Kirche beruht. Des weiteren könne diese JG Stadtmitte nicht ohne einen fest umrissenen Leiter existieren, da nach den Regeln des Staats-, Regierungs- und Parteiapparates jede Gruppe so etwas wie einen Leiter haben müßte, der in schwierigen Situationen seinen Kopf herhalten muß, der konkret als Person für Ereignisse verantwortlich gemacht werden kann. Daher würde nach St.´s Meinung auch die derzeitige Regelung des Superintendenten, an jedem Abend der JG irgendeinen kirchlichen Amtsträger dort beisitzen zu lassen, auf die Dauer sich nicht als günstig erweisen. S T A N E S C U sagte, die einzige Möglichkeit, dieser politischen Zwickmühle aus dem Weg zu gehen, wäre, wenn ein provisorischer Leiter versuchen würde, in möglichst kurzer Zeit diese

[850] Messlin, Harald, damals Pfarrer in der Gemeinde Jena-Lobeda.

JG zum Einschlafen zu bringen mittels einiger Tricks in der Themengestaltung u. ä., so daß die Jugendlichen mehr oder weniger sich auf andere JG´s verteilen oder im längeren Zeitraum wegbleiben, so daß dort bei evtl. Neugruppenbildung die ganze Verantwortung nicht mehr auf Seiten der Kirche ruht. Aber St. sagte, das sei nur pol. Taktik, eine Möglichkeit, von der christlichen Sicht kann man das natürlich nicht verantworten, wurde hierbei auch von Superintendenten bzw. von Pf. M E S S L I N unterstützt, daß man sich um diese Leute kümmern müßte. Der Superintendent sagte, daß z. Z. die Regelung ist, daß verschiedene Amtsträger an den Abenden der JG anwesend sein werden und teilweise auch der Bezirksjugendwart K U T S C H U S die JG mit betreuen würde. Dies sei aber nach der Meinung des Superintendenten keine Dauerlösung, aber die Problematik mit St. sei erst mal bis Mitte März hinausgeschoben und St. gab dem Problem etwa das Resümee, daß er sagte, wenn Gott damit einverstanden sei, daß er diese Leitung übernehme, würde er rechtzeitig eine Wohnung bekommen, wenn er keine Wohnung bekäme, könnte Gott damit nicht einverstanden sein, weil die objektiven Gegebenheiten dem widersprechen würden.

gesprochen „Runge“

Dokument 18: IM „Runge“ über den Stadtkonvent und die Frage der weiteren Verantwortung für die Junge Gemeinde vom 24.03.1977

Im Zusammenhang von Verhandlungen Anfang des Jahres im Stadtkonvent Jena und einem Gespräch zw. Sup. Thurm + Stanescu im Januar bezüglich der Übernahme der Verantwortlichkeit Stanescus für die Arbeit der JG Stadtmitte ersuchte St. den Sup. um ein Gespräch - Dauer ca. 20 min.
St. legte zuerst den Sachverhalt dar, daß er bereit sei, nun die Verantwortlichkeit für die JG zu übernehmen, da sein bisheriger Hinderungsgrund, nämlich sein Wohnungsproblem aus der Welt geschafft sei. Der Sup. nahm dies zur Kenntnis, wahrscheinlich mit Zufriedenheit. Thurm berichtete über den bisherigen Verlauf der Verantwortlichkeit, daß Pf. Kutschus aus Gera und zeitweise auch Pf. Kerst mit einer eigenen Thematik die JG Stadtmitte betreut hätten. Des weiteren berichtete er von einem Gespräch zwischen ihm (Thurm) und dem Vorbereitungsteam (V.T.) der JG Stadtmitte (besonders erwähnte er Klingenberg, Liebermann, Thomas Grund (Kaktus) vom 22.03.77. In diesem Gespräch fiel seiner Aussage nach auch der Name Stanescu. Sup. T. sagte am 03.03., daß St. z. Z. nicht die JG übernehme, da dieser in Neulobeda zu viel zu tun habe. Nach Anfragen von VT-Mitgliedern sagte Kaktus: „Mensch Leute, ihr müßt einsehen, daß wir nicht ohne einen Kirchenvertreter auskommen, der eventuell eine Aussage machen kann, wie etwas wirklich gelaufen ist, wenn etwas passiert.” *)
Stanescu + Thurm berieten nun über den Status von St. Die Verantwortlichkeit von St. beläuft sich vorerst auf die Öffentlichkeitswirksamkeit. Technische Probleme (Heizen, Schlüssel, Sauberkeit) oder innerkirchliche Thematik, Veranstaltungsvorbereitung, Ärger mit dem Hausmeister ist nicht St. seine Aufgabe.
St. empfiehlt, seine Position als „vom Sup. administrativ eingesetzter Aufpasser“ ruhig beim Namen zu nennen, bis sich zwischen der JG Stadtmitte + Stanescu ein Vertrauensverhältnis entwickelt. Es findet über anstehende Probleme ein gegenseitiger Austausch zw. Stan. + Thurm statt. Im Endeffekt ist bei besonderen Vorkommnissen, die nicht von Stan. hervorgerufen oder abzuwenden sind, der Sup. verantwortlich.
Das Gespräch endete mit der vorläufigen Planung, von Stan. erst einmal die JG-Veranstaltungen + die VT-Sitzung zu besuchen, und dann weiter zu sehen.

*) Der Sup wertete die Haltung von Kaktus als vernünftig, Runge gibt aber zu bedenken, daß diese Haltung unter Umständen negativ sein kann, nämlich daß Kaktus sich + seine Position in der JG als gefestigt ansieht und einen ständigen „Aufpasser“ als besser austricksbar beurteilt.

Dokument 19: IM-Bericht über Matthias Domaschk als angeblichen Rädelsführer einer zu gründenden terroristischen Gruppe vom 23. 03. 1981

Kreisdienststelle Jena, 23.03.1981
Ref. XX
Tonbandabschrift
Quelle: IMS „Steiner“
erhalten: Gen. Mähler
am 10.03.1981

Reiprich, Siegfried

Bei den Renovierungsmaßnahmen des Reiprich in Jena, Planetarium 30, ist vorerst kein Ende abzusehen. Ich war in letzter Zeit sehr häufig bei Reiprich. Dabei stellte ich fest, daß bei den Renovierungsarbeiten eine männliche Person half, die ich namentlich nicht kenne und hier versuche zu beschreiben.
Es könnte sich dabei um einen mit Spitznamen „Matz“ bezeichneten handeln. Er ist 1,70 - 1,75 m, schlank, überschulterlanges Haar, das er manchmal zu einem Zopf gebunden trägt, er trägt einen Bart an Oberlippe und Kinn, hat ein hochnäsiges Auftreten und wird auf ein Alter von ca. 25 Jahren geschätzt. Zu ihm hat Reiprich einen sehr guten und höchstwahrscheinlich auch vertrauten Kontakt. Dieser „Matz“ macht in der neuen Wohnung des „R.“ Maurerarbeiten. Bei diesen Zusammenkünften kam es manchmal zu sehr interessanten Gesprächen, an denen einige Male Christine „R.“ teilnahm, und eben erwähnter „Matz“. Die Gesprächsinhalte waren politisch-ideologisch angelegt. Zum Ausdruck kam, daß dieser „Matz“ eine inhaltlich feindlichere und spitzere Position als Reiprich in den Gesprächen annahm. Der Unterschied besteht darin, Reiprichs Meinungen zeigen wenigstens inhaltlichen Geist und fundiertes Wissen, während dieser „Matz“ sehr spontan und relativ unlogisch seine Äußerungen zu politischen Problemen kundtut. Eines der Hauptgegenstände der Diskussion bildeten Terroristen bzw. „Rote Brigaden“, die es in kap. Ländern gibt. Die Meinung des „Matz“ ist dahin zu konkretisieren, daß er solche terroristischen Handlungen bzw. die Handlungen solcher „Roten Brigaden“ mit Gewalt für den einzigen Ausweg in unserer Gesellschaft bei der Beseitigung der herrschenden Mißstände sieht. Bei der Schilderung verstrickte er sich recht schnell in krasse Widersprüche, was vermutlich auf ein fehlendes Wissen seinerseits zurückzuführen ist. Inhaltlich sagte er in etwa: Wenn ich die Möglichkeit hätte, eine solche Gruppe aufzumachen, dann würde ich es tun. [...] Für mich entstand der Eindruck, daß Reiprich eigentlich gar nichts an der Gesprächsführung mit diesem „Matz“ gelegen war, [...]. Zweckoptimismus des Reiprichs bestand darin, daß dieser auf „Matz“ angewiesen war,

da dieser für ihn Deckenwände putzte und andere Arbeiten ausführte und sich nicht auf eine weitere Konfrontation mit “Matz“ einließ. Der „Matz“ seinerseits versuchte immer wieder, den Reiprich auf seine Positionen zu ziehen und wie mir schien, auf eine um den „Matz“ organisierte Gruppe aufmerksam zu machen. Dies sind von mir vage Vermutungen. Scheinbar gehören dieser Gruppe solche Leute an wie Osse, von mir bereits erwähnter „Lotte“, Bein, Manfred, ein gewisser Franke, Wolfgang. Die Mitglieder dieser Gruppe haben eine einheitliche feindlich-negative Einstellung zur DDR, besuchen teilweise Veranstaltungen der JG Stadtmitte und das Albert-Schweizer-Haus in Jena-Ost. Ich betone meine Vermutungen gehen dahin, daß „Matz“ versucht, den Reiprich als ideologischen Kopf für diese Gruppe zu gewinnen. Bestärkt wird mein Verdacht dadurch, daß „Matz“ ja auch aus reiner Kameradschaftlichkeit dem Reiprich die Wohnung renoviert, denn geldliche Gegenleistungen sind von Reiprich kaum zu erwarten.

gesprochen „Klaus Steiner“

Dokument 20: MfS-Verpflichtungserklärung Matthias Domaschk vom 12.04.1981

000045 T2

Verpflichtung

Hiermit verpflichte ich mich das MfS im Kampf gegen die Feinde der DDR aktiv und ohne jeden Vorbehalt zu unterstützen. Ich werde die mir in der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS bekannt gewordenen Fakten, Tatsachen und Hintergründe gegenüber jeder dritten Person streng geheimhalten. Ich wurde darüber belehrt, daß eine Verletzung dieser Verpflichtung mit strafrechtlichen Mitteln geahndet werden kann. Für die konspirative Zusammenarbeit mit dem MfS wähle ich mir den Decknamen „Peter Paul"

Jena, den 12.4.81

Matthias Domaschk

KOPIE

Dokument 21: MfS-Bericht über die Dekonspiration des IMS „Matthias“[851] vom 15.05.1981

Kreisdienststelle Jena 15.05.1981

Bericht über eine erfolgte Dekonspiration des IMS „Matthias“ Reg.-Nr.: X/57/77

Während eines planmäßigen Treffs am 13.05.1981 informierte der IMS “Matthias“ den operativen Mitarbeiter über folgenden Sachstand:
Am 06.05.1981 weilten die Personen
Karsten CHRIST, Pfarrer NENKE, Peter RÖSCH, IMS „Matthias“ zu einem Gespräch über Probleme der kirchlichen Jugendarbeit beim Bischof der Thüringer Landeskirche - Leich in Eisenach. Dieses Gespräch war schon längere Zeit vorher durch CHRIST angemeldet worden. Der Bischof informierte dabei u. a. die Teilnehmer über ein Zusammentreffen mit einem Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit Berlin zum Vorkommnis mit Domaschk.
Der IMS nutzte diese Gelegenheit und bat den Bischof im Anschluß um ein Gespräch unter vier Augen, dem stattgegeben wurde.
Der IMS teilte dabei Bischof Leich mit, daß er seit den Vorkommnissen 1976 Kontakt zum Ministerium für Staatssicherheit unterhält und regelmäßige Treffen stattfinden. Er schilderte kurz die Umstände des Zustandekommens und bat um Rat und Beistand, ob dieser Kontakt richtig sei. Bisher habe er mit keiner weiteren Person darüber gesprochen, da er weder zum Sup. Siebert noch zu Pfarrer Schilling oder anderen Personen ein solches Vertrauensverhältnis habe, um dieses Problem ansprechen zu können. Gegenwärtig stehe er deshalb in einem Gewissenskonflikt insbesondere im Hinblick der Aufnahme einer Tätigkeit im kirchlichen Dienst.
Nach Darlegung des IMS habe der Bischof für diese Problematik Verständnis gezeigt. Er habe zum Ausdruck gebracht, daß die Entscheidung zur Aufrechterhaltung eines solchen Kontaktes zum MfS die Entscheidung jedes Einzelnen selbst sei. Er habe ihm weder ab- noch zugeraten.
Der IMS hatte den Eindruck, daß der Bischof nicht zum ersten Mal mit einem solchen Problem konfrontiert wurde. Er sei weder überrascht noch besonders beeindruckt gewesen. Da er nur wenig Zeit hatte, habe er keine weiteren Fragen gestellt. Zum Abschluß des Gespräches (Dauer ca. 10 Min.) habe er angeboten, daß der IMS jederzeit bei ihm vorsprechen könne, wenn er in diesem Zusammenhang Schwierigkeiten hätte oder eine Aussprache benötige.

---

[851] Grund, Thomas

Dokument 22: MfS-Bericht über Prämierungsvorschlag für IM „Carlo“ vom 10.11.1981

Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Gera
Vorgangsgruppe OSL Horn

Jena, 10. 11. 1981
lp-nitz

Bestätigt: Stellvertreter Operativ
Waigelt
Oberst

Prämierungsvorschlag

Es wird vorgeschlagen, den IMS "Carlo", Reg.-Nr. VI/21/80, mit einer Geldprämie in Höhe von auszuzeichnen

1000,00 M (Eintausend)

Begründung:

Vom IMS „Carlo“ wurde die Primärinformation zum Vorhaben klerikaler Kreise - Organisation einer sogenannten „Friedensdemonstration“ in Halle erarbeitet.

Die Informationen des IMS "Carlo" waren geeignet, diese Aktion der Kirche politisch zu werten/einzuordnen und entsprechende politisch-operative Maßnahmen vorbeugend einzuleiten.

Der IMS „Carlo“ zeigte dabei Zuverlässigkeit, Ehrlichkeit und besonders anzuerkennende Einsatzbereitschaft, so hat er mehrere Treffs bei Tag und Nacht zur Informationsübermittlung und Instruierung durchgeführt.

Die materielle Anerkennung der gezeigten Leistungen trägt wesentlich zur Stimulierung des IMS „Carlo“ und seiner Bindung an das MfS im Rahmen der weiteren inoffiziellen Zusammenarbeit bei.

Um Bestätigung des Prämienvorschlages wird gebeten.

Horn Oberstleutnant
Lippoldt Oberleutnant

Dokument 23: MfS-Bericht Major Roßberg zum Gespräch mit Landesbischof Werner Leich über die Vorgänge in Jena am 01.06.1981 in Jena und 14.06.1981 in Eisenach

Treffbericht
Quelle: IM-Vorlauf „Meister“
entgegen.: Major Roßberg

[...]
Die KP (Kontaktperson, d. A.) war im Besitz eines Gedächtnisprotokolls des Jungerwachsenen RÖSCH (Jena), der mit DOMASCHK zusammen von der Transportpolizei bzw. VP zugeführt worden war. Der tragische Tod von DOMASCHK habe in kirchlichen Kreisen große Unruhe ausgelöst. Die Pfarrer NENKE und Diakon CHRIST sind auf Weisung des Landesbischofs beim MfS in Jena und dann in Gera vorstellig geworden. Durch den Staatsanwalt und einen Mitarbeiter des MfS sei eine höfliche und sachliche Unterrichtung erfolgt. Der Fakt zu starker psychologischer Belastungen (einschließlich physischer) als auslösendes Moment für den Selbstmord sei jedoch nicht aus der Welt zu schaffen.
Der Landesbischof ist von dem Willen der Eltern, kirchlicherseits jegliche Einmischung zu unterlassen, unterrichtet worden. LEICH hat die in Frage kommenden kirchlichen Mitarbeiter angewiesen (einschließlich SCHILLING), den elterlichen Willen voll zu respektieren. Er möchte jedoch der VP wissen lassen, daß die Kirche mehr Menschlichkeit, Einfühlsamkeit und mehr differenziertes Herangehen bei Zuführungen und Vernehmungen wünscht.
Der Bischof glaubt sich für die Äußerung dieser Bitte legitimiert, da es ein zentrales Problem zu sein scheint. […]
Roßberg
Major

Dokument 24: IM „Gerstenberger“ über Sitzung des Landeskirchenrates zur Verhaftung von Domaschk und Rösch vom 13.05.1981

Abteilung XX/4 Gera, 13.05.1981
ro-kn

Quelle: IM „Gerstenberger“
erh.: Gen. Hermann
am 12.05.1981

Tonbandabschrift
Information Nr. 202/81

Bericht zur Sitzung des LKR am 11.05.1981 - wesentliche Inhaltspunkte
[...]
5. Die Vorgänge um die zeitweilige Festnahme von D o m a s c h k und R ö s c h werden besprochen. Der Landesbischof bringt im wesentlichen zwei Dinge zur Sprache. Erstens sein Bedauern darüber, daß der Pfarrer S c h i l l i n g auf eigene Faust Kriminalpolizei gespielt habe, was der Sache sehr abträglich gewesen ist; zweitens bringt er seine Meinung zum Ausdruck, daß offenkundig die Polizeiorgane nicht in allen Fällen angemessen auf Vorgänge in der Jugend, besonders in dieser Gruppe der Jugend,
reagieren. Es ist zu erwarten, daß der Bischofkonvent in der DDR sich der Sache annehmen wird und in allgemeiner Form bei staatlichen Stellen vortragen wird.

gez. „Gerstenberger“

Dokument 25: IM „Runge“ über einen Abend der Jungen Gemeinde zum Thema Frieden am 05.01.1982

Kreisdienststelle Referat XX — Jena, 08.01.1982
kö-h

Tonbandabschrift
Quelle : „Runge“
erhalten: Gen. Köhler

B e r i c h t über den Abend der jungen Gemeinde Stadtmitte vom 5. 1. unter dem Thema „Keine Moneten für Raketen“

Zu dem Abend am 5. 1. waren etwa 35·- 40 Personen in der Jungen Gemeinde Stadtmitte. Es wurde zu Beginn eine Information von mir gegeben über den gegenwärtigen Stand der Rüstung anhand einer an der Wand befestigten Tabelle unter Komplexen Warschauer Pakt - USA-Blöcke - befreundete Staaten der SU und der USA bzw. die islamische Welt, China und sonstiges oder aufgeschlüsselt: 1. die Soldaten, die es in diesen Bereichen gibt; 2. wie hoch etwa die Rüstungsausgaben im Jahr sind; 3. wurde ein sogenannter Index von mir entwickelt. 1. ein Index über die Kampfbereitschaft der Armeen bzw. die Aggressivität der Armeen. Dieser Index war über drei Daumen gepeilt und auch leicht manipuliert; um zumindest deutlich zu machen, daß die Aggressivität der NATO-Armeen höher ist als im Warschauer Pakt, auch die Kampfstärke. Dann wurde ein ähnlicher Index für die Rüstungsbereitschaft gemacht, welche ausweisen sollte, daß die Rüstungsbereitschaft in der NATO bereits ein derartiges Ausmaß hat, die eine unmittelbare Kriegsgefahr beinhaltet, während die Rüstungsbereitschaft in den Warschauer Pakt-Staaten rückläufig ist. [...]

Am anschließenden Gespräch kamen dann verschiedene Alternativvorschläge zur Sprache. Osse brachte vor, daß neben Antikriegsbereitschaft auch eine Verzichtsbereitschaft vorhanden sein müsse. Darüber wurde eine Weile diskutiert und auch hier kam der Satz dann zur Sprache, wer ein Zeichen des Friedens setzt, muß ein Zeichen für Verzicht leisten und der konkrete Vorschlag von einem Mädchen namens Petra, daß wir eine Sammlung für „Brot für die Welt“ machen und ein Korb ging rum und es wurde Geld gesammelt.

Im folgenden Gespräch in der Gruppe wurde dann zugestimmt, daß dieses Geld speziell für Unterstützung polnischer Familien ist und da Ute HINKELDEY mit Osse schon einmal eine Aktion angefangen hatte und da Adressen vorhanden sind bei U. Hinkeldey, wurde dann Ute H. beauftragt, die Hilfsaktion zu konkretisieren. Wie viel es eingebracht hat, ist mir nicht bekannt, ich schätzte aber ab, daß es etwa um die 50 Mark sein werden.

Etwas aus dem Zusammenhang brachten Käse (Uwe Sinnig, d. A.) und Rosti (Michael Rost, d. A.) den Vorschlag, daß eine Protestresolution geschrieben werden müßte, also eine Art Unterschriftenaktion für Abrüstung, keine Atomraketen in Ost und West, mit dem Kern-Punkt, einseitig abzurüsten oder mit dem Ansatzpunkt, einseitig abzurüsten. Und zwar im Warschauer-Pakt-Bereich einseitig abzurüsten.
Und zwar diese Unterschriftenaktion müßte dann direkt an die Stellen geleitet werden, es wurde also Breschnew genannt, oder auch unsere Regierung. Dabei kamen auch Meinungen wie, diese Texte, die übrigens Rosti und Käse bei sich zu Hause ausarbeiten wollten, diese Texte auch anderen jungen Gemeinden zu unterlegen oder auch in anderen Städten den Jungen Gemeinden zu geben.
Gegen diese Unterschriftenaktion ist sowohl Karsten Christ aufgetreten, der derartiges seiner Meinung nach nicht für sinnvoll hält. [...] Auch ich bin gegen das Problem der einseitigen Abrüstung aufgetreten und machte klar, daß dies die Bereitschaftserklärung wäre zu verhungern und sich ausbeuten lassen zu wollen. [...]
Falls diese Aktion wirklich in der JG realisiert werden würde, würde ich dagegen auftreten und würde meine Unterschrift unter diese Unterschriftensammlung verweigern und begründen, warum ich es verweigere.

gesprochen „Runge“

Dokument 26: IM „Runge“ über die Junge Gemeinde, die Schweigeminute für den Frieden am 24.12.1982 und Walter Schilling

Kreisdienststelle — Jena, 06.01.1983
Referat XX — kö-k
Tonbandabschrift
Quelle: „Runge“
erh.: Gen. Köhler
am 05.01.1983

Bericht über Walter SCHILLING, Pfarrer in Braunsdorf

Am 2. Januar besuchte mich abends Walter SCHILLING in meiner Wohnung. Er führte ein informatives Gespräch über die geplante Taufe von Jenaer Jugendlichen am 15. Januar.

Im zweiten Teil des Gespräches wollte SCHILLING näheres über die Schweigeminute anläßlich des Friedens vom 24.12.1982 wissen. Er sagte, daß er von Jürgen HOFMANN komme und schon einiges über diese Vorgänge wußte. Zuerst ließ er sich durch mich über alle Vorgänge unterrichten und bestätigte, daß sich vieles mit dem deckt, was er von Jürgen HOFMANN wisse.

Anschließend schätzte SCHILLING ein, erstens die Haltung des Superintendenten, so wie Jürgen HOFMANN über NENKE erfahren hat, war beim Rat der Stadt in seinem Sinne positiv. So hat der Superintendent den Vorwurf der Stadträtin abgewiesen, daß in der Jungen Gemeinde durch ROST und SINNIG die Schweigeminute angekündigt worden sei.

Zweitens schätzte SCHILLING ein, daß seiner Meinung nach eine derartige Schweigeminute für den Frieden nicht sinnvoll sei, es käme nichts heraus dabei. Andererseits, wenn die Jugendlichen so eine Veranstaltung schon einmal stattfinden lassen würden und die Sache im Rollen ist, würde er sich, um der Jugendlichen willen, mit ihnen solidarisieren. Eine derartige Haltung oder ähnlicher weise sieht SCHILLING auch beim Superintendenten SIEBERT, obwohl SCHILLING sagt, SIEBERT ist sehr ängstlich, hat kein Rückgrat und kann nicht aus sich herausgehen. Drittens findet SCHILLING die staatlichen Reaktionen am 24. 12. für sehr unzweckmäßig. Durch diesen massiven Druck die Illusion zu verhindern, sei die Sache für den Westen erst interessant geworden und besonders die rechte Presse witterte eine Sensation. Andererseits, wenn sie stattgefunden hätte, wäre nach SCHILLING's Meinung, hätte kein Hahn danach gekräht. Viertens schätzte SCHILLING ein, daß er etwa 50 Jugendliche erwartet hätte, die demonstrieren würden, bei dieser Zahl blieb er auch bei einer ähnlichen Veranstaltung, er war der Meinung, daß die Sache, wenn sie gelaufen wäre, in den weiteren Malen immer weniger werden würden.

Schließlich fünftens stellte SCHILLING fest, daß gegenwärtig in Jena eine Atmosphäre des Mißtrauens herrscht. Die Jugendlichen suchen und verdächtigen einander, wer mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammenarbeitet bzw. wer seinen Mund nicht halten kann und somit Informationen nach draußen gelangen.
SCHILLING bemängelte diese sogenannte Hektik in Jena und betonte, daß hier gegenüber anderen Städten eine besondere Ausnahme bilde und das Mißtrauen hier besonders groß sei. Zusammenfassend bekam ich den Eindruck, daß SCHILLING in Jena versucht hat, durch Gespräche, die er geführt hat, für sich selbst zu ermitteln, wer Informationen zum MfS weitergeleitet hat und weiterleitet. Andererseits scheint er bestrebt zu sein, Ruhe in die Bereiche der Jugendlichen in Jena zu bekommen, damit er seine Ziele in der Jenaer Szene besser verwirklichen kann.

gesprochen „Runge“

Köhler
Hauptmann

Dokument 27: IM „Runge“ über Friedens-Sternmarsch in Halle unter Beteiligung Jenaer Akteure im November 1982

Kreisdienststelle — Jena, 06.11.1982
Referat XX — kö-k
Tonbandabschrift
Quelle: „Runge“
erh.: Gen. Köhler
am 05.11.1982

Bericht über einen Vorbereitungskreis vom 03.11.1982 der Jungen Gemeinde Stadtmitte in der Wohnung von Carsten Osse

---

Etwa 10 Jugendliche trafen sich am Mittwoch, den 03.11.1982, bei Osse zu der Planung der weiteren JG-Arbeit in Jena. [...]
Zum Schluß informierte Henning noch über eine Friedensveranstaltung der Kirchen in Halle am 07.11. Er sagte, er hätte in Halle mit seiner Freundin Bettina telefoniert und diese hätte ihn kurz über die Anlaufpunkte informiert. [...] Ursprünglich wurden Bemerkungen schon eher gemacht, z. B. von Thomas Grund, daß in Halle etwas stattfindet, da hieß es, daß es von 3 Kirchen ausgehe und ein Sternmarsch wäre mit einem großen Meeting auf dem Markt. Grund vermutete, daß so was bestimmt angemeldet sei und diesmal die Kirchen in Halle die Sache besser vorbereitet hätten als voriges Jahr (gemeint ist Nov. 1981, d. A.). [...] Es ist nur von Wieland Hoffmann (Dackel, IM „Carlo“, d. A.) und Thomas Grund konkret bekannt, daß sie nach Halle fahren wollen. [...] Thomas Grund äußerte, es würde nur ein kleiner Kreis nach Halle fahren, im Höchstfall 15 Mann, da die Information nicht sehr bekannt sei. Es wurde vorgeschlagen, daß sich diesmal die Jugendlichen auf den Zug verteilen und nicht als geballte Ladung erscheinen, um nicht die Transportpolizei zu provozieren, daß die ganze Gruppe schon vorher aus dem Zug geholt wird. [...]
gesprochen „Runge“

Dokument 28: Verhaftete Akteure der Schweigeminute vom Dezember 1982 im Januar 1983

14. Januar	Verhaftung von Peter Kähler / Ausreiseantrag im Gefängnis
14. Januar	Verhaftung von Edgar Hillmann / 3 Tage später freigelassen / am 21.02. wieder inhaftiert / Ausreiseantrag während der Haft
14. Januar	Verhaftung von Frank Rub
15. Januar	Verhaftung von Uwe Behr / Ausreiseantrag während der Haft
16. Januar	Verhaftung von Ulrich Schlutter
17. Januar	Verhaftung von Reinhard Wulfert
21. Januar	Verhaftung von Petra Falkenberg / Ausreiseantrag während der Haft
21. Januar	Haftbefehl gegen David Dulitz, er „taucht unter“ in Berlin / gescheiterter Fluchtversuch in den Westen
25. Januar	Verhaftung von Stefan Ziegan / Ausreiseantrag während der Haft
30. Januar	Verhaftung von Andreas Greiner-Napp / Ausreiseantrag während der Haft
31. Januar	Verhaftung von Michael Rost nach mehrtägiger Observation / Ausreiseantrag während der Haft. „Zeitweilig installierte Maßnahme 26-B“ (Abhörwanze) in der Wohnung von Dorothea und Michael Rost. Am 7. März wurde eine neue Wanze installiert (detaillierter Plan in der MfS-Akte OV „Opposition“).
7. Februar	Verhaftung von David Dulitz an der polnischen Grenze (er wollte über Polen Informationen über die Verhaftungen in Jena in den Westen bringen)

Dokument 29: Erster Protestbrief der Jenaer Friedensgemeinschaft an Erich Honecker im Zusammenhang mit den Repressionen bei der Demonstration aus Anlaß des 38. Jahrestages der Bombardierung Jenas vom 18.03.1983

Werter Herr Staatsratsvorsitzender Erich Honecker!

In unserer tiefen Erschütterung über die Ereignisse zur heutigen Friedensdemonstration, die 16.00 Uhr anläßlich des 38. Jahrestages der Bombardierung Jenas durch angloamerikanische Flugzeuge stattfand, erlauben wir uns, ihnen dieses Schreiben zu senden. Zu den Teilnehmern der gen. Veranstaltung gehörten neben den Arbeitern aus den städtischen Betrieben, den Studenten, Universitätsangehörigen und Schülern auch wir, das sind junge Christen und nicht konfessionell gebundene, die sich in einem Friedenskreis vorrangig für internationale Abrüstung und der Ächtung der ABC-Waffen widmen. Die Demonstration besuchten wir mit unseren selbstgefertigten Plakaten, auf denen wir unserem Friedenswillen Ausdruck verliehen. Die Losungen lauteten:
- Frieden für alle - Verzicht auf Gewalt
- Gegen Militarisierung des Lebens
- Frieden schaffen ohne Waffen

Unsere kleine Formation, Frauen und kleine Kinder waren auch dabei, ging mit den Transparenten bis auf den Marktplatz, wo sich alle Teilnehmer versammelten. Unser Kreis nahm dort friedlich Aufstellung, um die Ansprache anzuhören. Plötzlich begannen mehrere Personen, uns die Plakate und Spruchbänder zu entreißen. Es wurde mit brutaler Gewalt und Beschimpfungen gegen uns vorgegangen. Da selbst unsere Kinder stark gefährdet waren, z. B. wurde ein Kind beim Entwenden der Plakate zu Boden gerissen, war es uns nicht möglich, weiter an der Friedensmanifestation teilzunehmen. Mit dem Ruf „Bringt die Kinder in Sicherheit!“ verließen wir den Platz.

Durch die gegen uns gerichtete Provokation war es uns nicht möglich, den Opfern des Bombenterrors zu gedenken, für Frieden in der Welt einzutreten. Durch die beschriebene Maßnahme gegen uns wurde die Veranstaltung gestört, die Bürger, die diesem friedlosen Zwischenfall beiwohnen mußten, waren erschüttert vom Auftreten der Gewalt. Ausgehend von den von Ihnen gemachten Vorschlägen zum Thema Frieden möchten wir Sie bitten und erwarten, daß Sie veranlassen, die Verursacher der gegen uns und unseren Friedenswillen gerichteten gewalttätigen Provokationen zur Verantwortung zu ziehen. Im heutigen Friedensgottesdienst, den der Landesbischof Leich hält in der Jenaer Friedenskirche, wenden wir uns mit diesem Schreiben an die Öffentlichkeit.

Hochachtungsvol Jena am 18.3.1983

Dokument 30: Zweiter Protestbrief der Jenaer Friedensgemeinschaft an Erich Honecker vom 19.03.1983

Werter Herr Staatsratsvorsitzender!

Noch schockiert von den gestrigen Ereignissen, die wir Ihnen in unserem Brief vom 18.3.83 darlegten, sind wir abermals in unserer Friedensbekundung behindert worden. Aus dieser Betroffenheit heraus sehen wir uns gezwungen, uns erneut an Sie zu wenden.

Unsere Gedenkminute zu Ehren der Opfer der Bombardierung Jenas, die wir am 8.3.83 auf den zuständigen Stellen anmeldeten, wurde untersagt mit dem Hinweis, uns an der Friedenskundgebung am 18.3.83 und an der Kranzniederlegung am 19.3.83 zu beteiligen. Wir schlossen uns am 19.3.83 dem Trauerzug der Bürger Jenas an und legten am Mahnmal unseren Kranz mit der Aufschrift: In ehrendem Gedenken - Friedensgemeinschaft Jena und dem Friedenssymbol „Schwerter zu Pflugscharen“ nieder.

Während wir gedenkend schwiegen, wurden unsere Kranzschleifen von mehreren Zivilpersonen unkenntlich gemacht. Gleichzeitig wurden wir von Ordnungskräften abgedrängt. Wir sehen uns nicht nur durch die Opfer des Bombenangriffs auf Jena am 19.3.1945, sondern auch durch das gegen uns angewandte Verhalten gemahnt, wie wichtig die Bewahrung des Friedens ist.

Werter Herr Staatsratsvorsitzender!
Durch diesen Brief nutzen wir die Möglichkeit, Sie als Vorsitzenden unseres Staates anzusprechen und Sie auf die Geschehnisse aufmerksam zu machen.
Wir erwarten und bitten darum, daß die Schändung unseres Gedenkens und unserer Friedensbekundung nicht ungestraft bleibt.

Hochachtungsvoll Jena, den 19.3.83

Dokument 31: IM-Bericht über Friedensmeditation und Proteste wegen Repressionen zur Friedensdemonstration der Jenaer Friedensgemeinschaft vom 19.03.1983

Kreisdienststelle Jena — Jena, den 21.03.1983
Kö/Wü

Tonbandabschrift
Quelle: IMB „Runge“
Erhalten: Genosse Köhler
am 19.03.1983

Bericht über die Friedensmeditation vom 19.03. 17.00 Uhr in der Friedenskirche

Ein vom Superintendenten Siebert ins Leben gerufener Friedenskreis, der sich am 1. März während eines Gespräches mit dem Bischof und den sog. Inhaftierten entwickelt hatte, dieser Friedenskreis veranstaltete eine Meditation anläßlich der Bombardierung Jenas in der Friedenskirche. Sie begann kurz nach 17.00 Uhr und es waren etwa 150 Personen anwesend. Sie endete gegen 18.00 Uhr. Der Superintendent begann mit einer Statistik der Bombardierung Jenas, er stellte dar; wie viel Bomben gefallen sind, wie lange es gedauert hat, wie viel Tode, Verletzte, Obdachlose es ergeben hat. Anschließend brachte er einen Augenzeugenbericht dieser Bombardierung. Nach dem Superintendent verlas ein Jugendlicher, der mir nicht bekannt ist, einen Bibeltext aus Klageliedern, der von einer zerstörten Stadt ohne Bevölkerung spricht.
Schließlich verkündete ein Jugendlicher mit Spitznamen „Klöppel“, daß sie Personen in der Stadt befragt haben zum Thema „Frieden“. Was sie über Frieden denken, daß einige der Befragten ihre Äußerungen zurückgezogen haben aus Angst und sie sollten nicht veröffentlicht werden, daß es kein repräsentativer Querschnitt sei, aber alle Altersgruppen erfaßt seien.
So verlas ein Jugendlicher mit Vornamen Carsten einen Bericht einer 76-jährigen Frau, die während der Bombardierung Jenas in einem Bunker gesessen hat und äußerte ihre Ansichten über Frieden, daß sich ein Krieg nicht noch einmal ereignen sollte.
Bernd Albrecht brachte den Beitrag eines 9-jährigen Jungen, der nicht gerne zu den Pioniernachmittagen geht und lieber Fahrrad fährt oder sonstige Sachen spielt, der aber Angst vor dem Krieg hat. Ute Hinkeldey brachte die Meinung eines 22-jährigen Mädchens. In dieser angeblichen Meinungsäußerung wurden wie in einem Manifest die Ereignisse vom 18.03.1983 auf dem Märkt bewertet.
Sinngemäß ging der Bericht los: Am 18.3.1983 fand um 16.00 Uhr auf dem Markt eine Veranstaltung anläßlich der Bombardierung Jenas statt. Dazu wurde eine Gedenktafel enthüllt. Bürger der Stadt kamen sternförmig mit Transparenten auf den Marktplatz, um

dieser Demonstration beizuwohnen, während der Veranstaltung riß man einigen Bürgern die Plakate herunter und zerstörte sie.
Die Umstehenden nahmen hiervon kaum Notiz.
Diejenigen, die die Plakate getragen hatten, wurden mißhandelt, man zerschlug Plakate am Körper dieser Leute, schupste Kinder beiseite. Die/Den Mißhandelten gelang es nicht zu fliehen, da sie von der umstehenden Menge nicht herausgelassen wurde.
Von den Umstehenden griff keiner bei der Mißhandlung ein oder versuchte, diese zu schützen.
Die angebliche Augenzeugin bewertete diese Vorgänge so, daß während diesem auf der Tribüne vom Frieden geredet wurde, es wäre eine kriegerische Aktion während einer Friedensdemonstration gewesen.
Nach Ute Hinkeldey kam Beate Dietmar mit einem Gerücht eines jungen Mädchens. Dieses Mädchen hatte eine sehr offensichtlich vordergründig bewußte Haltung, daß Frieden nur zu schaffen ist durch eine starke Wehrbereitschaft. Der Bericht war derartig zusammengestellt, daß er schon ironisch wirkte und als eine Art Antithese für die Meinung der Veranstalter der Friedensmeditation stand.
Schließlich kam ein Mädchen, dessen Namen ich nicht kenne, und brachte die Ansichten über Frieden einer 17-jährigen. Diese Ansichten liegen in einem Traum des Mädchens zusammen, daß beide Seiten immer mehr abrüsten, bis daß dann keine Waffen mehr auf der Welt existieren. Dies würde viele Vorteile schaffen, so brauchten die Mädchen nicht mehr auf ihre Jungs zu warten; wenn diese bei der Armee sind.
Zum Schluß brachte Sinnig noch die Äußerung eines Kindes, das der Meinung wäre, der Frieden kann nur dadurch erhalten werden, daß man eine starke Armee hat, wenn ich geschlagen werde, dann schlage ich eben zurück. Anders kann man sich eigentlich nicht wehren. Den Frieden kann ich persönlich nur halten, wenn ich eifrig lerne. Auf die Frage warum er das könnte, hätte der Junge geantwortet: wenn ich lerne, kann ich die Waffentechnik besser bedienen. Mit diesem Satz schloß Sinnig und sagte, ich finde es unwahrscheinlich gut, wenn mein Freund hierzu ein passendes Lied singt.
Er wurde von Superintendent Siebert unterbrochen, der vorging und sagte, dies ist nicht abgesprochen und entspricht nicht der Absprache, um des Hausfriedens willen bitte ich euch, daß wir uns an die Absprachen halten und somit das Lied jetzt nicht gesungen wird. Daraufhin stand Peter Kähler auf und packte demonstrativ seine Gitarre ein. Dies war in der gesamten Kirche zu sehen. Es entstand eine gespannte Atmosphäre und nach einer kurzen Pause trat Ute Hinkeldey ans Mikrophon und verlas ein Gebet, welches in Dresden zu einem Friedensgottesdienst vorgetragen wurde. Dieses Gebet lag auf allen Bänken und sollte mit gelesen werden. Es liegt als Anlage bei.
Schließlich brachten noch Sinnig und Carsten zwei kurze Beiträge, die sie mehr oder weniger schlecht ablasen, Sinnig sprach darüber, worüber er Angst hat, Carsten worüber er sich schuldig fühlt.

Zum Schluß äußerte der Superintendent noch, daß es sich zeigt, wie schwer es ist, sich gegenseitig zu verstehen und daß man all diese Mißverständnisse ertragen muß und ihnen die Tür weisen muß. Er sprach noch den Segen, und die Veranstaltung war zu Ende. Während die ersten sich erhoben, ging Ute Hinkeldey noch einmal ans Mikrophon und sagte: Bleibt hier - ich habe noch kurz etwas zu sagen! Wir haben einen offenen Brief verfaßt an den Landesbischof, den möchte ich Euch hier noch vorlesen.
Daraufhin sagte Siebert, auch das entspricht nicht den Absprachen, der Brief kann hier nicht verlesen werden.
Ute Hinkeldey sagte, dann gehen wir rüber in die Junge Gemeinde in die Johannisstraße und verlesen dort den Brief. Auch das wurde untersagt. Ute Hinkeldey sagte dann, gut wir lesen es dann vor der Kirche vor.
Vor der Kirche versammelten sich dann etwa noch 50 Jugendliche und warteten darauf, daß der Brief verlesen wird. Nach etwa 7 min. stellte sich Ute H. auf eine erhöhte Stelle und begann den Brief zu verlesen. Er begann: Sehr verehrter Herr Landesbischof Leich, es hat zwar ein Gespräch am l. März schon stattgefunden, aber da noch einige Bedenken bestehen, wollen wir mit ihnen weiterhin in Verbindung bleiben.
An dieser Stelle wurde sie vom Superintendenten Siebert unterbrochen. Er, mit Verstärkung vom Pfarrer Schack, den Pfarrer der Friedenskirche, der es untersagte, daß dieser Brief vor der Kirche verlesen wird. Ute H. meinte, es wäre nicht kirchliches Gelände, doch Schack sagte, auch das ist kirchliches Gelände.
Siebert machte die stille Bemerkung, dann geht vor´s Denkmal vor. Schack sagte, das geht auch nicht, das ist auch kirchliches Gelände.
Es entstand Ratlosigkeit und Siebert diskutierte etwa 5 min. mit Ute Hinkeldey, dann wurde ausgemacht im Einverständnis von Siebert, daß am Dienstag, d. 22.3. in der JG dieser offene Brief verlesen werden darf. Daraufhin zerstreuten sich die Jugendlichen.

gesprochen „Runge“

Dokument 32: Protestbrief der Friedensgemeinschaft Jena an den Thüringer Landesbischof Werner Leich vom 19.03.1983

Sehr geehrter Herr Landesbischof!

Die bestehenden Unklarheiten, die auch durch das Gespräch mit Ihnen am 1.3.83 nicht beseitigt werden konnten, veranlassen uns, den Dialog mit Ihnen weiterzuführen. Zu Ihrem Verständnis wollen wir hier versuchen, unsere konkrete Situation zu verdeutlichen.
In unserem Brief vom 3.2.83 gingen wir darauf ein, daß unser Handeln und Auftreten stark von christlichen Werten und Zielen bestimmt wird. Wir alle suchen nach Wegen und Möglichkeiten, uns auszudrücken. Wir sehen uns verbunden im Engagement für ein Leben in Gerechtigkeit, in Frieden und Verständigung. Wir alle versuchen, mit unseren persönlichen Voraussetzungen unserer Verantwortung in der menschlichen Gemeinschaft gerecht zu werden.
Nicht alle der Inhaftierten und der von den Inhaftierungen Betroffenen sind Mitglieder der christlichen Gemeinde. Nicht alle stehen der Kirche als Institution offen gegenüber. Nicht alle sehen für sich Möglichkeiten, ihrem Leben in der DDR gerecht zu werden.
Uns alle verbindet der Wunsch und die Bereitschaft, uns für unseren Glauben, unsere Hoffnungen einzusetzen. Wir wollen nicht nur gegen bestehende Ungerechtigkeiten, gegen drohende Kriegsgefahr, gegen Militarismus und militante Erziehung und gegen Dialogunfähigkeit protestieren, sondern wir wollen uns auch offen für unsere Lebensanschauung bekennen dürfen. Wir kommen aus den verschiedensten Traditionen, aus unterschiedlichen Verhältnissen; gemeinsam ist uns das tiefe Bedürfnis nach einem menschlichen, friedlichen Leben in Gemeinschaft. Wir scheuen uns nicht, die Bewegung in uns mit dem Wort Friedensbewegung zu bezeichnen. Wir sind verbunden durch die Solidarität untereinander, die die Handlungen und das Auftreten des Einzelnen als Stellvertretung für andere deutlich werden läßt. Als Solidargemeinschaft sind wir ohne institutionellen Träger, ohne Raum und ohne offenes Podium.
Das Alleingelassensein, das ständige, bei kirchlichen und staatlichen Stellen, auf Unverständnis und Abweisung stoßende Verhalten und Auftreten ist bei vielen jungen Leuten die Ursache von Resignation und Anpassungsverhalten. Viele Menschen stehen vor der traurigen Notwendigkeit, zur Erhaltung ihres Lebens die gegebenen einengenden Grenzen und Gesetzlichkeiten verlassen zu müssen.
Der konkrete Einsatz für den Frieden ist für uns eine Gewissens- und Glaubensentscheidung. Der Rahmen unserer Möglichkeiten ist durch die kirchlichen, staatlichen und gesellschaftlichen Gegebenheiten sehr klein. Die Erhaltung des Friedens ist in unserer Zeit der atomaren Hochrüstung und der spannungsgeladenen Beziehungen

der Weltmächte die vorrangige, dringendste Aufgabe und erfordert den Einsatz aller bei der Suche nach neuen, umfangreichen Wirkungsfeldern.
Wir verstehen uns nicht als Gesetzesbrecher, wenn wir bei unserem notwendigen Tun nicht erst nach den gesetzlichen Grundlagen fragen.

Sehr geehrter Herr Landesbischof!

Wir sehen die Schwierigkeiten der Kirche bei ihrem eigenständigen Eintreten für den Frieden. Wir wissen um die Verkündigung der christlichen Botschaft und das Gespräch mit Gott als vorrangige Aufgabe der Kirche. Wir verstehen die Notwendigkeit der Kirche, trotz ihrer Offenheit Grenzen setzen zu müssen. Wir achten die Bemühungen der Kirche im Dialog mit staatlichen Würdenträgern und Regenten. Und wir sehen die Notwendigkeit, die Kirche auf Probleme hinzuweisen, die noch einmal gründlich durchdacht werden sollten.

1. Ist es nicht ein Alarmsignal höchster Stufe, daß die Zahl derer, die das Land verlassen müssen, ständig ansteigt? Gehört es nicht zur Verkündigung der Guten Nachricht, traurigen und resignierten Menschen Raum und Hoffnung auch durch Taten zu geben?
2. Können nicht Menschen in konfessioneller Ungebundenheit christliche Verkündigung praktizieren in der Nachfolge Jesu Leben?
3. Ist es nicht eine Herausforderung der Kirche, wenn Forderungen der Menschen nach Abrüstung, gewaltfreies Konfliktlösen, Pazifismus und Gerechtigkeit als kriminell geahndet werden? Gehört es nicht zur Nachfolge Jesu, die Liebe, die Jesu predigte und lebte, in der konkreten Situation weiterzugeben?

Mit unserer Offenheit und unseren Fragen hoffen wir sehr dazu beizutragen, die Diskussion der Kirche um die Möglichkeiten des Friedensengagements zu erweitern und dem eigenständigen Eintreten der Kirche für die Erhaltung des Friedens neue Wege zu eröffnen.

Dokument 33: IM-Bericht zur Haltung des Superintendenten zu den Ereignissen am 18. und 19. März vom 24.03.1983

Kreisdienststelle Jena — Jena, den 24.03.1983
Kö/Wü

Tonbandabschrift
Quelle: IMB „Runge“
Erhalten: Genosse Köhler
am 24.03.1983

Bericht über die Junge Gemeinde Stadtmitte vom 22.03.1983
[...]
Mit dem Superintendenten unterhielt ich mich kurz über eine Friedensmeditation, die am Sonnabend, den 19.03. in der Friedenskirche stattgefunden hat.
Auf meine Frage, inwiefern sich die Kirchenleitung vielleicht zu sehr auf ihre Ordnung zurückzieht, nachdem sie merkt, daß die Spontaneität der Jugend nicht mehr vereinbar ist mit den kirchlichen Möglichkeiten, antwortete Siebert, daß er nicht glaubt, daß die Jugendlichen nur spontan reagiert haben. Er sagte, bereits vorher gab es Absprachen zu allen Vorkommnissen.
Vor dem Gottesdienst, wahrscheinlich schon in einem Vorgespräch, wurde er gebeten, daß Peter Kähler singen darf und er hat es schon vorher untersagt gehabt, weil diese Lieder nicht in diesem Rahmen reingehören. Auch Ute bat ihn vorher, Stellung nehmen zu können zu den Ereignissen auf dem Markt vom 18.03., auch das hatte Siebert vorher schon verboten mit dem Hinweis, daß die Kirche und daß die Meditation kein politisches Forum sei, auch sei ein Tonbandlied, was er abgewürgt hat, vorbereitet gewesen.
Schließlich habe auch Ute Hinkeldey schon lange vorher vor dieser Meditation den offenen Brief an den Bischof vorlesen wollen und auch das wurde im Vorgespräch schon abgeblockt, und Siebert sagte, die gesamte Meditation, so wie sie auf dem Papier stand, war schon ein Kompromiß zwischen beiden Seiten und es sei von den Jugendlichen, die sie veranstaltet haben - diese Meditation vorbereitet gewesen, diese Abmachung bewußt zu durchbrechen.
Siebert, der deutlich machte, daß er sich deshalb nicht resigniert fühle, und auch weiterhin gesprächsoffen bleiben will mit diesen Kreisen, schien aber einen sehr frustrierten Eindruck zu machen und war emotional sehr aggressiv gegenüber den beteiligten Jugendlichen aus der sogenannten Friedensgemeinschaft.

gesprochen „Runge“

Dokument 34: Konzeption der Friedensgemeinschaft Jena, März 1983

Wer sind wir:

Solidargemeinschaft – bestehend aus Christen, Atheisten, konfessionell Ungebundene, keine politische Organisation, ohne Leitung, ohne eingeschriebene Mitglieder

Warum haben wir uns zusammengefunden:

- Angst vor Krieg, Terror, Ungerechtigkeit, Einsamkeit, Isolierung
- Gemeinsames Gefühl der Ohnmacht und des Entmündigtseins und der Bedrohung
- Gemeinsame Erlebnisse und Erfahrungen

Motivation: christlicher, pazifistischer, humanistischer Ursprung

Was wollen wir: Frieden zwischen den Menschen als Voraussetzung zum Leben, als Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – unter Verzicht auf Gewalt

Was ist für uns Frieden:

- Leben in freier Verantwortung in Gemeinschaft
- Lebensweise der Menschen, durch die die menschliche Würde und Persönlichkeit geachtet wird, durch die es zur Selbstverständlichkeit wurde, einander beizustehen und zu helfen, durch die Konflikte gewaltfrei gelöst werden können, durch die Gerechtigkeit unter den Menschen waltet Harmonie zwischen Menschen und Natur/Umwelt

Voraussetzungen für unser konkretes Friedensengagement:

- Engagement für den Frieden ist mehr als Engagement gegen den Krieg
- aktive Auseinandersetzung mit persönlichen und gesellschaftlichen
- Lebenssituationen und Strukturen
- eigenständige Handlungsfähigkeit und Verantwortlichkeit
- aktive Beteiligung am gesellschaftlichen Leben
- Bereitschaft zur Auseinandersetzung und Dialogführung
- Kritische Auseinandersetzung mit sich selbst
- Offenheit für Neues und Andersdenkende
- Bereitschaft, Risiken einzugehen, Leiden auf sich zu nehmen

Inhalt:

- Warnung und Information über Ausmaße von Kriegen, besonders eines Atomkrieges
- Kennzeichnung der Militarisierung im gesamten Leben
- Dialogführung mit staatlichen, gesellschaftlichen und kirchlichen Vertretern
- Warnung und Information über Umweltzerstörung und ihre Folgen
- Erziehung zu Sensibilität, Kreativität, Sozialverhalten, Kommunikationsfähigkeit = Mündigkeit
- Solidaritätsbekundung mit Notleidenden und Gleichgesinnten
- Darstellung eigener Gedanken und Positionen vor der Öffentlichkeit, um

Mißverständnisse abzubauen und Vorurteilen vorzubauen

Formen:

- Arbeit in themenbezogenen Gruppen, künstlerische Tätigkeiten
- Treten in und vor die Öffentlichkeit durch das Durchführen von Gottesdiensten und Meditationen, Ausstellungen und Vorstellungen, Ausgestaltung von Gesprächsrunden und Organisation derselben, Eingaben, Schreiben und Anrufe
- Persönliche Zuwendung zum Einzelnen durch Gespräche, praktische Hilfe, Geldspenden
- Aufsuchen staatlicher und kirchlicher Stellen zwecks Verständigung, Nutzen öffentlicher Sprechstunden, Teilnahme an Gesprächsforen, Einladen zu Gesprächsrunden
- Verbindungsaufnahmen zu anderen Friedensgemeinschaften im In- und Ausland zwecks Austausch und Zusammenarbeit Frieden ist für uns kein Endziel, sondern Geschehen, immer in konkreten Situationen.

Jena, März 1983

Dokument 35: Dritter Protestbrief der Jenaer Friedensgemeinschaft an Erich Honecker vom 06.04.1983

Werter Herr Honecker!

In großer Sorge sehen wir uns gezwungen, uns erneut an Sie zu wenden. In zwei an Sie gerichteten Briefen hatten wir unsere Betroffenheit über Ereignisse anläßlich der Gedenkveranstaltung für die Opfer der Bombardierung Jenas im Frühjahr 1945 geäußert.
Das provokante gewaltsame Verhalten einiger Personen gegen die Friedenskundgebung ist ein Versuch, die Friedensbewegung der DDR zu spalten, ist ein Schlag gegen alle friedliebenden Menschen. Es ist im Interesse der Kräfte, die eine Politik der Konfrontation anstreben. Denen die Friedensbewegung ein Dorn im Auge ist. Wir stimmen mit Ihrem Genossen Kurt Hager überein, wenn er auf dem Kongreß des Kulturbundes sagt: Westliche Medien und andere Märchenerzähler, die das Gras wachsen hören, tun so, als ob zwischen uns und pazifistischen Friedensbestrebungen eine tiefe Kluft bestünde.
Dazu möchte ich folgendes sagen: In der Friedensbewegung vereinen sich Marxisten, Christen und Pazifisten. Dieses Bekenntnis hat bekanntlich tiefe historische Wurzeln.
Wenn ich die Namen E. Thälmann, Carl v. Ossietzky und Pastor Bonhoeffer nenne, so spreche ich von dem gemeinsamen Kampf gegen Faschismus im Krieg und von den gemeinsamen Opfern, die in diesem Kampf gebracht wurden.
Und heute vereint uns Marxisten mit Pazifisten und Christen das gemeinsame Streben nach Verhinderung einer nuklearen Katastrophe und nach wirksamen Schritten zur Abrüstung. Dieses gemeinsame Streben ist und wird stets stärker sein als alle Meinungsverschiedenheiten über Einzelfragen.
Nur eine starke weltweite Bewegung für Abrüstung und Gewaltverzicht wird den Kriegstreibern und Militaristen Einheit gebieten können. Es gilt, dringendst Wege zur Schaffung eines Friedens ohne Waffen zu finden.
In diesem Sinne begrüßen wir den Vorschlag der Sowjetunion einer allgemeinen vollständigen Abrüstung, den ihr Außenminister Gromyko in seiner jüngsten Erklärung vom 2.4.1983 bekräftigte.
Wir unterstützen den in der Prager Deklaration vom Dezember 1982 gemachten Vorschlag eines Abkommens auf Gewaltverzicht zwischen den sich gegenüberstehenden Blöcken.
Zur Abwendung einer nuklearen Katastrophe sehen wir den Vorschlag der schwedischen Regierung zur Schaffung beiderseitiger atomwaffenfreier Zonen als einen ersten möglichen Schritt.

Wir würden uns freuen, wenn die Regierung der BRD endlich auf Ihren Vorschlag, das Territorium unseres Landes zur Schaffung einer solchen Zone zur Verfügung zu stellen, entsprechend positiv reagieren würde.

Mit Bedauern müssen wir feststellen, daß sich Vertreter des Staatsrates der DDR (Gespräch am 25.3.83) als auch die Behörden der Stadt Jena (Gespräch am 29.3.83) hinter die Personen stellen, die uns in unserer Friedensbekundung am 18. und 19.3.83 behinderten. Wir fragen, wie können Mitarbeiter von Staatsorganen begrüßen, daß Gedanken und Vorschläge zum Frieden zerschlagen werden, während sie aufrufen, daß alle Friedenskräfte gemeinsam gehen sollen, daß der Aufforderung auf Gewaltverzicht mit Gewalt begegnet wird, während Sie im Dezember in Prag den Vorschlag auf Gewaltverzicht machten?

Wir bitten Sie und erwarten, daß Sie Ihre Möglichkeiten als Vorsitzender des Staatsrates der DDR nutzen, auf die Mitarbeiter der staatlichen Organe einzuwirken, um zu verhindern, daß dem Ansehen der DDR sowie der Glaubwürdigkeit Ihrer Friedenspolitik Schaden zugefügt wird.

Mit freundlichen Grüßen Jena, den 6.4.1983

Dokument 36: Erklärung zum Scheitern der Friedensgemeinschaft Jena vom Februar 1985

Warum ging die Friedensgemeinschaft Jena zugrunde

Sicherlich gibt es Hunderte von Gründen, die in ihrer Gesamtheit dazu geführt haben, daß die Friedensgemeinschaft sang- und klanglos eingegangen ist. Wir wollen jedoch nur auf ein paar Gründe eingehen, die anderen mitteilenswert sind, da sie einen Erfahrungswert besitzen. Der letztendliche Todesstoß der FG (Friedensgemeinschaft, d. A.) war die massenhafte Ausreise von Leuten der FG oder denen, die ihr nahe standen. Zur Erklärung muß gesagt werden, daß die Ausreiseanträge größtenteils in einer Zeit der Depression unter den Jenaer „Kunden" gestellt wurden. Also lange, bevor es eine FG gab, geschweige daran gedacht wurde. Trotzdem bestand der Wille, sich mit Problemen innerhalb unserer Gesellschaft und im alltäglichen Leben auseinander zu setzen. Es bildete sich allmählich ein Gemeinschaftsgefühl heraus, welches entscheidend durch die Machtlosigkeit in diesem System, vor allem gegenüber Mechanismen, die einen Krieg ermöglichen, geprägt wurde. Wir wollten gemeinsam dagegen angehen, ohne dem Widerspruch zwischen Engagement für den Frieden in diesem Lande und der Ausreise aus diesem Lande Bedeutung beigemessen zu haben. Deshalb war der Staat in der Lage, auf eine einfache Art, durch die Genehmigung der Ausreise oder durch Abschiebung in die BRD, die FG und ähnlich denkende Kreise in Jena zu zerstören. Der Kreis der Friedensgemeinschaft war festumschrieben und zu seinem Umfeld, d. h. zu Leuten, die mit unseren Gedanken und Zielen sympathisierten, war eine zu große Entfernung. Den meisten von uns fehlte eine tiefere philosophische und politische Vorbildung, was dazu führte, daß wir uns nicht über die ganze Tragweite dessen, was wir wollten / machten und bewirkten, im klaren waren. Um unseren Zielen gerecht zu werden, hätte es einer reiferen, intensiveren und organisierteren Arbeit bedurft, zu der wir aber nicht in der Lage waren. Wir haben uns in einen Dialog mit der Jenaer Kirchenführung (Sup. - einige Pfarrer) eingelassen, weil etliche von uns christlichen Glaubens oder christlich motiviert waren, der für uns sehr zeit- und kräfteraubend war, ohne allerdings zu mehr praktischem Handlungsspielraum innerhalb der Kirche für uns zu kommen. Das war in einer Zeit, die wir dringend gebraucht hätten, um uns selbst noch besser zu profilieren und unseren Gedanken und Zielen noch mehr Öffentlichkeit zu verleihen. Wir haben in diesem Falle Zeit, die für uns sehr wertvoll war, vergeudet. Der vorletzte Punkt unserer Auflistung der Gründe war, daß wir selbst uns wenig kritisch gegenüberstanden und somit vereinzelt einer gewissen Überschätzung erlagen, die in solchen Situationen nicht gut ist. Der letzte Grund, den wir hier anführen möchten, ist der, daß wir als Friedensgemeinschaft von den westlichen Medien überrollt und ausgenutzt wurden und wir keinerlei Kontrolle darüber

hatten, was wo und wie veröffentlicht wurde. Wir haben diese ganzen Punkte aufgeschrieben, weil wir sie, jeden für sich, für wichtig halten. Es hat sich im Nachhinein herausgestellt, daß nicht etwa unsere Ziele und Gedanken die Gründe waren, weshalb unsere Friedensgemeinschaft zugrunde ging, sondern es sich ausschließlich um Verfahrensfragen handelte. Man kann sagen, daß wir eine falsche Taktik für eine richtige Strategie verwendeten. (Ich möchte diese beiden Begriffe aus dem Militärischen entschuldigen, aber sie haben halt doch einen tieferen Sinn). Wir hoffen, daß andere nicht noch einmal diese Fehler begehen, die wir machten, um uns somit dem Ziel des Friedens, der Gerechtigkeit, der Demokratie und der Freiheit näher zu bringen.

Dokument 37: Zweiter Protestbrief des „Weißen Kreis“ an Erich Honecker sowie den Rat der Stadt Jena vom 17.06.1983

Sehr geehrte Damen und Herren!

Die diesen Brief Unterzeichnenden sind aus verschiedenen Gründen zu dem Schluß gekommen, daß die Staatsbürgerschaft der DDR eine unerträgliche Last ist und daß die hier Unterzeichnenden gewillt sind, aus der Staatsbürgerschaft der DDR entsprechend dem Staatsbürgerschaftsgesetz vom 23.03.1967 (§ 10) entlassen zu werden und dazu bereits die erforderlichen Anträge gestellt haben.[...]

1. Wir beabsichtigen, die DDR legal zu verlassen, denn wir sind nicht länger gewillt, auf die Errungenschaften der Weltzivilisation, seien dies Rechte der politischen Meinungsäußerung, Rechte der Einflußnahme auf die Politik des Staates, Möglichkeiten des Konsums der verschiedenen Güter, ob kultureller, ideeller oder materieller Art, zu verzichten - zugunsten einer Ideologie und eines sie tragenden Staates, in dem Anspruch und Wirklichkeit weiter auseinanderfallen, als es im europäischen Maßstab üblich ist.
2. Wir geben unserem schärfsten Protest dagegen Ausdruck, daß Vertreter der Staatsmacht unter Berufung auf die Sicherheit des Staates berechtigt sind, willkürliche Eingriffe in unser Privatleben, unsere Familien, unser Heim oder unseren Briefwechsel vorzunehmen oder daß wir Angriffen auf unsere Ehre oder unseren Ruf ausgesetzt werden.
3. Wir sind nicht einverstanden, daß unser Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl unseres Wohnsitzes innerhalb dieses Staates beschränkt oder nicht garantiert wird.
4. Wir sind nicht einverstanden, daß unser Recht, unser eigenes Land zu verlassen, sei es als Tourist oder zu Besuchszwecken, beschränkt wird ohne Angaben von Gründen. Wir sind nicht einverstanden, daß Eltern das Recht verweigert wird, auf die Art der ihren Kindern zuteil werdenden Bildung Einfluß zu nehmen. Erziehung in den Schulen und gesellschaftlichen Einrichtungen sind auf Feindbilder ausgerichtet, in die Eltern notwendigerweise mit einbezogen werden, wenn sie die Ziele des Staates nicht mehr vertreten können; das ist gleichbedeutend der Zerrüttung von Familien. Es wird nicht nur den Eltern, sondern auch schon den Kindern das Recht auf weiterführende Bildung verweigert.
5. Wir sind nicht einverstanden, daß Staatsbürger der DDR, die einen Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR gestellt haben, allein aufgrund der Antragstellung zu Staatsfeinden erklärt oder kriminalisiert werden sollen, indem sie arbeitslos werden (oft unter fadenscheinigen Begründungen) oder nach Exmatrikulationen, Haftstrafen aus politischen Gründen ohne Arbeit und Einkommen bleiben und somit auf einen sozialen Status noch unter Asozialen und Kriminellen gedrängt werden sollen. Ebenso betrachten wir es als unzulässige Nötigung, wenn

Antragsteller in Betrieben solchen Repressalien ausgesetzt werden, daß sie aus eigenem Entschluß die Arbeitsstelle aufgeben.

6. Wir betrachten es als notwendig, solange wir noch die Staatsbürgerschaft der DDR tragen müssen, unsere Meinung zu allen politischen und gesellschaftlichen Geschehnissen in der DDR und der Welt zu äußern.
7. Aufgrund der Gleichartigkeit der Repressalien durch staatliche Organe und Vertreter der Staatsmacht sehen wir uns in eine Situation versetzt, die verbündeten Charakter trägt. Als sozial Ausgestoßene und/oder politisch diskriminierte Bürger bleibt uns keine andere Wahl, als uns mit gleich Betroffenen zu verbünden, uns gegenseitig und/oder moralisch zu unterstützen, da wir uns in eine geistig-moralische Enklave gedrängt sehen, in der wir auf gegenseitigen Kontakt angewiesen sind, wenn wir unsere Kontaktfähigkeit nicht verlieren wollen. Aus diesem Grund sind wir zur Koordinierung unseres Tuns mit allen Ausreisewilligen bereit, unabhängig ihrer Motive, die sie bewegen, einen Ausreiseantrag zu stellen.
8. Um die Wirksamkeit der gegenseitigen Unterstützung zu erhöhen, erachten wir es als notwendig, Repressalien gegen Antragsteller zu veröffentlichen und als Verletzung der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN“ zu kennzeichnen.
9. Wir sind bereit, uns mit allen Antragstellern zu solidarisieren und sie zu unterstützen, sofern ihre Beweggründe nicht ethischen und moralischen Grundsätzen einer bürgerlich-rechtlichen Grundordnung widersprechen.
10. Wir erklären, daß wir im gewaltlosen, friedlichen Protest der DDR-Öffentlichkeit unsere Meinung kundtun wollen, jedem der sich für unsere Motive interessiert, diese darzulegen; jedem, der über die Rechtslage Informationen sucht, die Schritte und Wege erläutern, die notwendig sind, aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen zu werden, ohne Gesetzlichkeit zu verletzen.
11. Wir betrachten es als Teil unseres Tuns, die UN-Materialien über Menschenrechte, die Gesetzblätter der DDR, die die Menschenrechte garantieren, zu popularisieren, um zu erreichen, daß jeder Verstoß gegen Menschenrechte Protest auslöst, der die Differenz des Anspruches und der DDR-Wirklichkeit auch vor der Weltöffentlichkeit darstellt.
12. Diese Erklärung verfaßten wir, um zu verdeutlichen, daß unsere Ziele nicht auf einen Umsturz irgendwelcher Machtpositionen in der DDR gerichtet sind, sondern durch unsere Abkehr von den Mitteln, Zielen und Programmen der Staatsmacht und der tragenden Organisationen zu beweisen, wieweit Selbstdarstellung der DDR und DDR-Wirklichkeit von einander und DDR-Wirklichkeit von den allgemeinen Menschenrechten entfernt sind.

    Diese Erklärung verfaßten wir, um zu verdeutlichen, daß wir so schnell wie möglich und unserem Recht entsprechend aus der Staatsbürgerschaft der DDR entlassen werden wollen, um dieses Land legal zu verlassen und nicht mehr an der Teilnahme der gesellschaftlichen Entwicklung interessiert sind.

Dokument 38: MfS-Information über Diakon Hoffmann und eine Faschingsparty in der Jungen Gemeinde vom 07.03.1984

Kreisdienststelle Jena, 07.03.1984
Cra-nitz

Information

Am 25.02.19984 fand in den Räumen der JG-Mitte der alljährliche Fasching statt, der diesmal unter dem Motto: ...es ekelt uns die Welt an.... stand.[852]
Hierbei waren vorwiegend jüngere JG-Mitglieder anwesend, die hauptsächlich dem sogenannten Sozialkreis um Sozialdiakon Jürgen Hoffmann angehörten.
[...] Mit dem oben genannten Thema dieses Faschings sollte vorwiegend eine versteckte Diskriminierung staatlicher Organe bzw. Funktionäre/Würdenträger zum Ausdruck kommen. Sozialdiakon Hoffmann stellte mit seinem Kostüm nach eigenen Aussagen einen Mitarbeiter des MfS dar und trat in diesem Zusammenhang auch in provokatorischer und herabwürdigender Weise auf. Öffentlichkeitswirksame Reaktionen bzw. Gespräche bezüglich der Festnahme von zwei ehemaligen JG-Mitgliedern am 23.02.1984 durch die Sicherheitsorgane wurden nicht bekannt.

[852] Das Motto hieß „Edel-Ekel Fasching, was ekelt uns die Welt“.

Dokument 39: Gedächtnisprotokoll Stefan Willebrand über Befragung auf Volkspolizeikreisamt Jena vom 24.07.1986

Verlauf der Befragung von Stefan Willebrand durch die VP Jena zur Klärung des Sachverhaltes „Frühstück auf dem Platz der Kosmonauten“ am 24.07.1986, 16.45 Uhr, Zi. 53.

Polizei: Guten Tag, Oberwachtmeister der VP, Höfer.

Stefan: Guten Tag.

P: Sie schreiben wohl gerne mit?

S: Nein, sehr ungern, aber es ist mein Recht

P: Na legen Sie erst mal das Zeug beiseite, jetzt will ich erst mal schreiben und nachher können Sie hier noch eine Stellungnahme schreiben. (Pause) Sie wollen wohl alles mitschreiben, was ich sage?

S: Ja, ich werde dieses Gespräch protokollarisch mitschreiben und meine Seelorger Ulli Kasparick (Stadtjugendpfarrer, d. A.) und Jürgen Hoffmann (Diakon der JG-Stadtmitte, d. A.) darüber informieren.

P: Jetzt legen Sie erst mal das Zeug beiseite und beantworten meine Fragen!

S: Um welchen Sachverhalt geht es? (Mitschrift der Frage durch S. Willebrand)

P: Es geht um das Frühstück auf dem zentralen Platz.

S: Moment, daß muß ich notieren.

P: Sie notieren jetzt gar nichts, sondern beantworten meine Frage! (Will mir den Block wegreißen)

S: Hören Sie mal, Sie können mir diesen Block nicht wegnehmen, das ist Privateigentum. (Heftiges Ziehen auf beiden Seiten, Polizist reißt Block an sich und wirft ihn beiseite)

S: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß Sie mich in tätlicher Art und Weise an der Wahrnehmung meines Rechtes auf Mitschrift hindern. Ich werde darüber Meldung machen. Sie sind vereidigt und verpflichtet, sich an die Dienstvorschriften zu halten. Ich werde auf keine Frage antworten, bevor ich nicht wieder mitschreiben kann.

P: Wir können Sie auch gleich woanders hinbringen und uns dort wieder sprechen.

S: Auch diese Äußerung ist für mich sehr aufschlußreich. Ich habe ein gutes Gedächtnis und werde Ihr Vorgehen weitermelden.

P: Werden Sie nicht frech, sonst behalten wir Sie gleich hier. Sie wollen mich wohl verscheißern.

S: Das ist eine Unterstellung, zu der ich mich nicht äußern werde.

P: Also waren Sie beim Frühstück dabei oder nicht?

S: Handelt es sich um eine Vernehmung oder um eine Befragung?

P: Beantworten Sie meine Frage. Waren Sie dabei oder nicht?

S: Ich kann nicht antworten, bevor ich nicht über die juristischen Konsequenzen im klaren bin.

P: Was glauben Sie, warum Sie hier sind? Hier stelle ich die Fragen und Sie antworten. Haben wir Sie vorgeladen oder Sie uns? Also waren Sie dabei oder nicht?

S: Ich möchte jetzt erst über den Rahmen der Frage informiert werden. Sie wissen ganz genau, daß sie dazu verpflichtet sind, mir das vorher mitzuteilen und mich über meine Rechte aufzuklären.

P: Sie verstehen wohl nicht, was ich meine? Ich will jetzt wissen, ob Sie dabei waren oder nicht.

S: (schweigt)

P: Also ja!

S: Diese Art, Tatsachen festzustellen ist für meine Begriffe beängstigend. Aber da Sie meinen Ausweis eingesammelt haben, werde ich schon dabei gewesen sein.

P: So. Und wer hat alles noch teilgenommen?

S: Alle, deren Ausweis Sie eingesammelt haben.

P: Ich habe die Ausweise gar nicht eingesammelt. Jetzt unterstellen Sie mir aber etwas.

S: Einer Ihrer Kollegen wird´s schon gewesen sein.

P: Also überlegen Sie sich gefälligst, was Sie hier sagen.

S: Ich möchte jetzt erst mein Schreibzeug wiederhaben. Das ist mein Recht auf Mitschrift, was Sie mir verweigern. Sie verstoßen in eklatanter Weise gegen das Polizeigesetz und gegen Ihre Dienstvorschriften. Ich werde mir sowieso alles merken und später aufschreiben.

P: Haben Sie den Tisch gedeckt?

S: Handelt es sich um eine Befragung oder um eine Vernehmung?

P: Das werden Sie schon merken.

S: Ich mache Sie darauf aufmerksam, daß es ein großer juristischer Unterschied ist, ob Sie eine Befragung oder eine Vernehmung durchführen. Im Falle einer Befragung bin ich nicht verpflichtet, Aussage zu machen, und um eine Vernehmung durchzuführen, muß erst durch einen Staatsanwalt ein ordentliches Ermittlungsverfahren eingeleitet werden. Sie enthalten mir bewußt den juristischen Wert ihrer Frage vor und ich hoffe, daß das Konsequenzen für Sie hat.

P: Also, wer hat nun die Tische gedeckt?

S: Dazu mache ich keine Aussage.

P: Sie verweigern also die Antwort?

S: Ich mache keine Aussage.

P: Wer hat das Plakat gemalt?
S: Dazu mache ich keine Aussage.
P: Wer hat das Plakat aufgestellt?
S: Dazu mache ich keine Aussage.
P: Wo kam das Geschirr her?
S: Dazu mache ich keine Aussage.
P: Sie wollen also grundsätzlich nichts sagen?
Der Vernehmer resigniert und holt zu seiner Verstärkung einen zweiten Mann, 1,85 m groß, hellgraues zurückgekämmtes Haar, 4 goldene Sterne, Brille.
X: Sie wollen also nichts sagen?
S: Guten Tag, mein Name ist Stefan Willebrand, dürfte ich erfahren, wer Sie sind?
X: Sie sind nicht verpflichtet, aber Sie haben das Recht, eine Stellungnahme zu schreiben. Also wollen Sie oder nicht? [...]

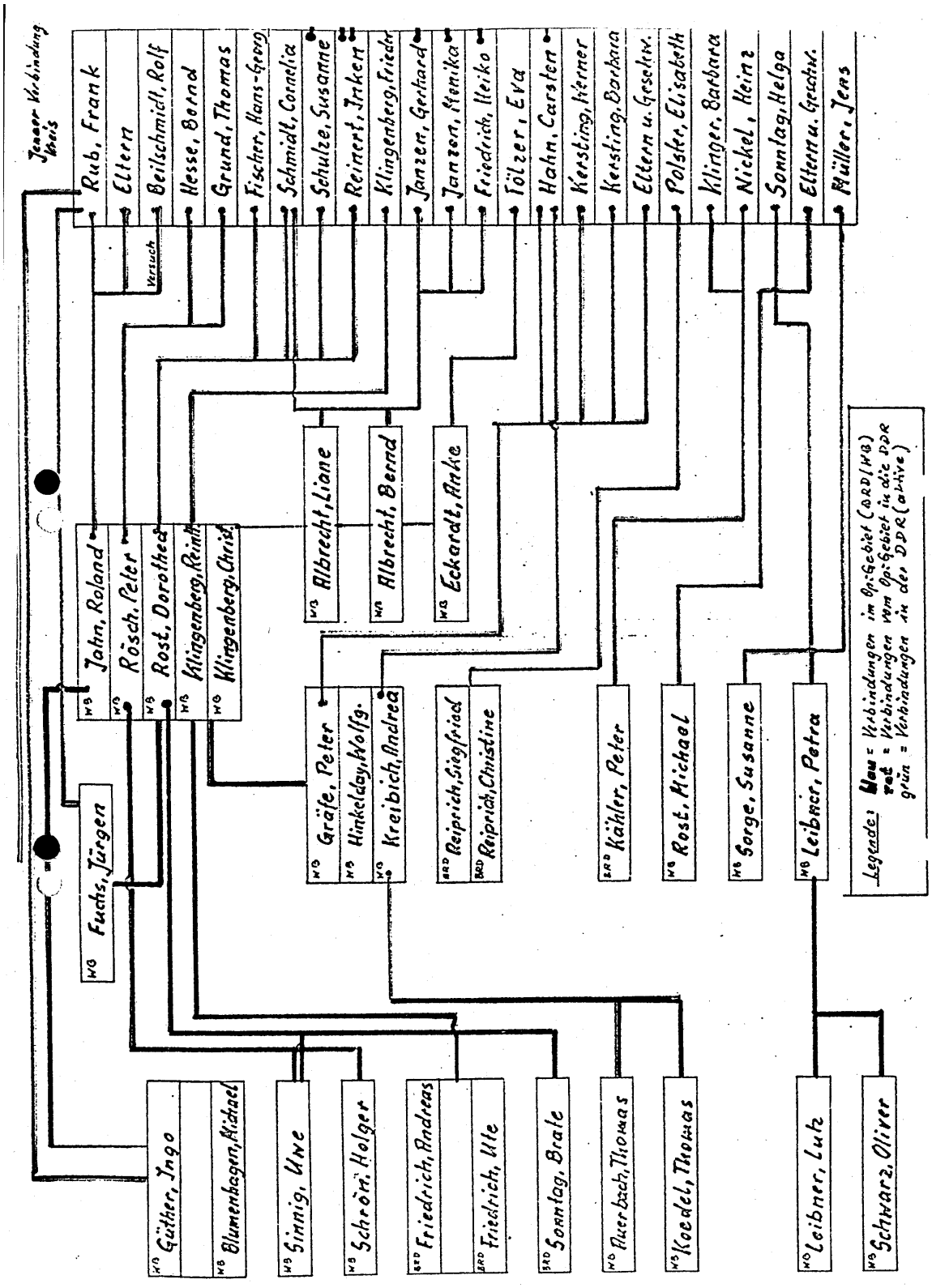
Nach einigem Hin- und Her entschließt sich Willebrand zur Stellungnahme.
[...]

Stellungnahme

Am 12.07.1986 war auf dem Platz der Kosmonauten ein offenes Früh-stück. An diesem Frühstück habe ich teilgenommen. Nach Aufforderung durch die VP verließ ich das Frühstück. Ich möchte anmerken, daß Stühle und Tische, welche auf öffentlichen Plätzen aufgestellt werden, auch zur Benutzung da sind.

Stefan Willebrand

Dokument 40: Graphische Darstellung des MfS über Verbindungen und Rückverbindungen zwischen Jenaern und Exil-Jenaern, undatiert



Dokument 41: Offener Brief der Jungen Gemeinde Stadtmitte an den Gemeindekirchenrat Jena der Ev.-Luth. Kirchgemeinde vom 23.05.1986

Junge Gemeinde Stadtmitte Jena. den 23.05.1986
Offene Jugendarbeit

An den
Gemeindekirchenrat der
Ev.-Luth. Kirchgemeinde Jena

O f f e n e r B r i e f

Wir, die JG Stadtmitte, verstehen uns und unsere Offene Arbeit als gleichberechtigten Teil der kirchlichen Arbeit in der Gemeinde. Die Formen und Inhalte unserer Arbeit leiten wir vom Evangelium ab und handeln in unserer Gruppe auf der Grundlage von gleicher Freiheit und Verantwortung für jeden Einzelnen.
Unsere Gruppe umfaßt ein breites Spektrum von verschiedenartigen Jugendlichen. Freaks (sog. „Normale"), aber auch Vertreter sog. „Randgruppen" wie z.B. Schwule, Punks, Alkoholgefährdete, und Leute, die mit dem Gesetz in Konflikt geraten sind, erhalten bei uns ihren ersten Kontakt zur Kirche.
Staatliche und kirchliche Stellen stellen unsere Arbeit in Frage, reagieren auf unsere Verständigungsversuche destruktiv und benutzen lächerliche und lächerlichste Vorwände. Das fängt bei der „Schwulenarbeit" an, die zwar der ESG angegliedert ist, dort aber nicht genügend Unterstützung bei der Durchführung größerer Kontaktabende erhält. Unsere Räume, die wir dafür zur Verfügung gestellt haben, wurden auf Grund von Auflagen der Polizei, Abt. Feuerwehr, gesperrt. Dabei stand nach unserer Meinung nicht die geforderte Brandsicherheit, die offensichtlich als Vorwand diente, im Vordergrund, sondern eine Begrenzung der zugelassenen Personenzahl auf ein Minimum und damit eine Einschränkung unserer Arbeitsmöglichkeiten.
Wie sehen unser daraus entstandenes Problem von den Verantwortlichen der Kirchgemeinde auf die lange Bank geschoben, und die wenigen, auf Schnelligkeit drängenden Stimmen, werden anscheinend nicht beachtet.
Eine weitere Lebensäußerung der JG ist die Band „Airtramp", der zum Kreisjugendsonntag der Auftritt im Lutherhaus verwehrt werden sollte. Nachdem der Band von staatlicher Seite mit einer fadenscheinigen Begründung die öffentliche Auftrittsgenehmigung entzogen worden ist, trifft es uns besonders hart, daß ihr auch die Möglichkeit zum Mitwirken an kirchlichen Veranstaltungen in Frage gestellt wurde. Trotz der nunmehr positiven Lösung durch Aufhebung des ersten Sprengelratsbeschlusses betrachten wir die in diesem Zusammenhang aufgeführten

Argumente als nicht ausgeräumt: z. B. das Befürchten von „Exzessen“, das Fehlen von christlichen Texten und der Vorwurf, aus Gemeinderäumen eine „Räuberhöhle“ machen zu wollen.
Wir sehen dies als Ausdruck immer wiederkehrender Bedenken, die wir in ihren Folgen als Behinderung für die Offene Arbeit erleben.
Wir meinen, daß uns die Kirche einen Platz am Rand zuweist und damit unsere Arbeit zu einer „Exotenschau“ für einzelne sozial engagierte Christenmenschen verkommt.
Bei Berührungen mit der „traditionellen“ Gemeinde empfinden wir uns oft als rechtlose Bittsteller, womit wir nicht mehr einverstanden sind. Wir fordern eine Diskussion bei der nächsten Gemeindekirchenratssitzung über die genannten Probleme der Offenen Arbeit und über folgenden konkreten Punkt:
Um die bisherige Arbeit weiterführen zu können, benötigen wir Räume, die eine Personenzahl von 70 bei regelmäßigen Zusammenkünften und eine Erweiterungsmöglichkeit für 200 bei größeren Veranstaltungen (Werkstätten, Begegnungswochenenden u. a.) ermöglichen.
Damit bekräftigen wir noch einmal unsere gleichberechtigte Stellung in der Gemeinde.
Trotz noch ungeklärter Positionen bleibt unser Angebot zur Mitarbeit (einschließlich „Airtramp“) an den Aktionen und Veranstaltungen innerhalb der Gemeinde bestehen.

i. A. der JG Stadtmitte
gez. Jörg Zickler, Gernot Gröschner, Rene Levrechon, Harry Zöller, Hartmut Fichtmüller

Dokument 42: Privatdokument zur Entlassung aus der DDR-Staatbürgerschaft vom 11.07.1986

Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Übersiedlung in die BRD

Hiermit teile ich Ihnen mit, daß ich den festen Entschluß gefaßt habe, in die Bundesrepublik Deutschland zu übersiedeln. Deshalb fordere ich die umgehende Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und Übersiedlung in die BRD.
Dieser Entschluß resultiert aus meiner persönlichen Entwicklung und den daraus gewonnenen Erfahrungen und ist als endgültig und unwiderruflich anzusehen.
Ich nehme somit meine in der Charta der Vereinten Nationen und in den geltenden Bürgerrechtskonventionen zugesicherten Rechte wahr, in dem Land meiner eigenen Wahl zu leben.

1. Allgemeine Erklärung der Menschenrechte (UNO) Art. 13/2
2. Internationale Konvention über Bürgerrechte und politische Rechte, in Kraft getreten und von der DDR ratifiziert am 23.03.1976
3. Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR, Gesetzblatt Teil I/2 (§ 10 Abs. I) vom 20.02.1967

Jena , den 11.07.1986

Dokument 43: MfS-Vorschlag zur Übersiedlung in die Bundesrepublik Deutschland vom 10.03.1987

Kreisdienststelle Jena — Jena, 10. März 1987
Ref. VII — ung-lk

Abschlußbericht zur Archivierung der OPK „Zentrum", Reg.-Nr. X/833/86

Die OPK wurde am 11.09.1986 eingeleitet, um die aus der Vergangenheit bearbeiteten Personen zu erwartenden öffentlichkeitswirksamen Handlungen rechtzeitig zu erkennen und zu verhindern.
Durch zielstrebigen IM-Einsatz[853] und koordiniertes Vorgehen im OG (Operationsgebiet, d. A.) mit dem VPKA, der Abt. Inneres beim Rat der Stadt und durch Disziplinierungsgespräche[854] durch das MfS wurde die Zielstellung der OPK erreicht.
Öffentlichkeitswirksame Handlungen wurden verhindert und das Verbreiten eines Schriftstückes mit negativ-feindlichem Inhalt wurde durch offensive Maßnahmen unter Einbeziehung der Abt. IX der BV Gera unterbunden. Die bearbeiteten Personen wurden aus aktuellen Anlässen diszipliniert und ließen von geplanten Handlungen auf Grund der dargelegten Konsequenzen ab.
Auf Grund der Vorschläge zur Übersiedlung vom 16. Oktober 1986 wurden diese am 23.01. bzw. 10.02.1987 realisiert. Sie standen bis zu diesem Zeitpunkt unter inoffizieller Kontrolle, wodurch die Reaktionen auf staatliche Maßnahmen wie o. g. bestätigt wurden.
[...]

Rössel — Unger
Major
Hauptmann
Ref.-Leiter

[853] IM „Robert Hanf".
[854] Erteilung von PM 12.

Dokument 44: Erklärung zur Verweigerung des Reservedienstes vom 23.10.1984

An den
Leiter des
Wehrkreiskommandos Jena
6900 Jena
Saalbahnhofstr.25

Carsten Hahn
6900 Jena
Johannisplatz 11

ERKLÄRUNG

Ich, Carsten Hahn geboren am 10. Oktober 1960, wohnend in 6900 Jena, Johannisplatz 11, erkläre hiermit für den Fall einer Einberufung zum Reservedienst, diesen n u r in den Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung abzuleisten.
Meine Erfahrungen während der Ableistung des aktiven Grundwehrdienstes und die in der Folgezeit sich vertiefenden Einsichten, wie ich das Leben bewahren und den Frieden erhalten will, machen es mir in Zukunft unmöglich einen Reservedienst innerhalb der bewaffneten Einheiten der Nationalen Volksarmee und diesem entsprechende Dienste in anderen bewaffneten Organen bzw. Einheiten abzuleisten.
Diesen Entschluß habe ich auf Grund meiner humanistisch-pazifistischen Einstellung nach reiflicher Überlegung gefällt und bitte Sie diesen zu respektieren.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Hahn

Jena, den 23. September 1984

Bitte sorgfältig aufbewahren! — Der Absender wird gebeten, den umrandeten Teil selbst auszufüllen!

Einlieferungsschein

Gegenstand (z. B. E-Brief)	(Abkürzungen umseitig)
angegebener Wert oder eingezahlter Betrag	M (in Ziffern) Pf — Nachnahme — M (in Ziffern) Pf
Empfänger	Wehrkreiskommando
Bestimmungsort	6900 Jena

Postvermerke

Einlieferungs-Nr. 837

Postannahme

Tagesstempel JENA 69 24.-9.84.-18

8 221 11 VV Spremberg Ag 310/83/DDR/3293 I/21/3

Dokument 45: Die JG-Band Airtramp und die Jenaer Hinterhofproduction

Nach einigen Auftritten der Band im gesellschaftlichen Umfeld und dem Versuch, eine Einstufung vor der staatlichen Prüfungskommission zu absolvieren, bekam die Band Auftrittsverbot. Das war 1986. Was tut man mit Auftrittsverbot - man stellt einen Ausreiseantrag - und wer in den „Westen“ geht, den interessiert doch der 12-Kanal-Mixer nicht mehr. Also gingen die Jungs in den Westen und der Mixer blieb in der JG, war aber offiziell verschwunden und blieb es auch. [...] In der Zwischenzeit hatte ein Freund einen Kopfhörerverstärker für sechs Kopfhörer in einer Zigarrenkiste gebaut und an manchen Wochenenden wurde aus der JG „Stadtmitte“ ein Studio. [...] Da ich als Angestellter beim Kreiskirchenamt den Vorteil hatte, von der Westkirche wegen meines geringen Gehaltes jährlich eine Hungerbeihilfe von 400 Westmark auf das Konto meines Freundes Blase in Westberlin zu bekommen, war ich in der Lage, ein paar unerläßliche Teile wie ein Kassettendeck, einen Equaliser u. ä. zu besorgen. [...] Airtramp war im Westen und die nächsten Jugendlichen tauchten auf, die eine Band gründen wollten. Die Jungs und Mädchen hatten einen Iro (Irokesen-Haarschnitt, d. A.), nannten sich Punks und die Band hieß „Sperma Combo“. Die Musik war schräg, die Töne stimmten fast nie und die Proben waren Party. Da ja auch andere Leute die Aufnahmen hören wollten, begann ich die Mastertapes zu kopieren. [...] Zu Kirchentagen fuhr ich dann immer mit einem Rucksack voll Kassetten, baute irgendwo einen Stand auf, Käufer kamen reichlich und die Kassetten reichten nie. [...] Irgendwann tauchte eine Band namens „Gefahrenzone“ aus Saalfeld auf, die hatten ein paar Hits auf Lager und wollten diese natürlich auch auf Kassette haben. [...] Es sprach sich herum und es tauchten weitere Bands auf. Unter anderem die „Fantastischen Friseure“ aus Eisenach, „Ulrike am Nagel“ aus Hermsdorf und „Kalabatek Exzek“ (Tom und Reimo von „Antitrott“ und Tatjana von der „Firma“ aus Berlin). Insgesamt entstanden fünfundzwanzig Kassetten von fünfzehn Bands. [...] Diese Musik war eine subkulturelle Antwort auf die prägenden lebensgeschichtlichen Erfahrungen der Jugendlichen. Für diese war es eine Gegenkultur gegen die von oben verordnete Kultur einschließlich der vorgeschriebenen Rollen. Im Gegensatz zu den prägenden authentischen westlichen Musikformationen der 50er und 60er Jahre entwickelten sich hier eigenständige, unterschiedliche musikalische Stile zwischen westlicher Kultur und DDR-Musikgut. Dieser „Widerstand“ gegen die verordnete Kultur war eine Widerstandsposition, die sich an Lebensstilen orientierte und nicht mehr das „revolutionäre“ Potential der Aktivisten der 70er Jahre hatte, die DDR links zu überholen. Die Texte waren nicht mehr der politische, sondern ein kultureller Aufbruch gegen den Kulturverfall in der DDR und gleichzeitig Rückzugsmöglichkeit in eine kulturelle Nische [...] Diese Arbeit hat durch die Bereitstellung des außerinstitutionellen Freiraumes zu einer Erweiterung

des lebensweltlichen Raumes vieler Jugendlicher in der begrenzten DDR geführt. Es war Überlebenshilfe und Protest zugleich.

Literatur- und Quellenverzeichnis:

Ammer, Thomas: Strukturen der Macht - Die Funktionäre im SED-Staat. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994

Arend, Hannah: Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft, 7. Aufl., Zürich 2000.

Auerbach, Thomas: Der Frieden ist unteilbar. Die blockübergreifende Friedensbewegung im Visier der Stasi-Hauptabteilung XX/5 1981 bis 1987. In: Linke Opposition in der DDR und undogmatische Linke in der BRD. Tagungsdokumentation. Hg.: Geschichtswerkstatt Jena, Jena 1996.

Auerbach, Thomas: Geige. In: Auerbach/Hinkeldey/Kirstein u.a.: ddr konkret. Geschichten und Berichte aus einem real existierenden Land, Berlin 1978.

Auerbach, Thomas: Widerständiges und oppositionelles Verhalten. In: Deutscher Bundestag Hg.: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band VII/1-2. Frankfurt/M. 1995.

Bahro, Rudolf: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Erstausgabe Köln, Frankfurt a. M. 1977, Berlin 1990.

Bethge, Eberhard: Dietrich Bonhoeffer. Theologe, Christ, Zeitgenosse, München 1983 Bibliographisches Institut Leipzig Hg.: Universallexikon, 2. Aufl., Leipzig 1990.

Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen Hg.: DDR-Handbuch. In: Enzyklopädie der DDR, Digitale Bibliothek, Band 32, Berlin 2000.

Burckhard, Jacob: Über das Studium der Geschichte (1868/1873). In: Hardtwig, Wolfgang Hg.: Über das Studium der Geschichte, München 1990.

Dallwitz, Ehring: Schwerter zu Pflugscharen. Die Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982.

Debes, Martin: Durchdringen und Zersetzen. Die Bekämpfung der Opposition durch das Ministerium für Staatssicherheit im Jahre 1989, Manebach 1999.

Deutscher Bundestag Hg.: Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1998.

Deutscher Bundestag Hg.: Materialien der Enquete-Kommission. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland. Möglichkeiten und Formen abweichenden und widerständigen Verhaltens und oppositionellen Handelns, die friedliche Revolution im Herbst 1989, die Wiedervereinigung Deutschlands und Fortwirken von Strukturen und Mechanismen der Diktatur, Band VII/1-2, Frank furt/M. 1995.

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik Hg.: Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, 5. Aufl., Berlin 2002.

Drescher/Hilligen/Neumann Hg.: Gesellschaft und Staat. Lexikon der Politik, 8. Aufl., München 1992.

Dutschke, Gretchen: Rudi Dutschke. Wir hatten ein barbarisches, schönes Leben. Eine Biographie, München 1988.

Eckert, Reiner: Die Vergleichbarkeit des Unvergleichbaren. Die Widerstandsforschung über die NS-Zeit als methodisches Beispiel. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk Hg.: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Berlin 1995.

Ehring/Dallwitz: Schwerter zu Pflugscharen. Friedensbewegung in der DDR, Hamburg 1982.

Eisenfeld, Bernd: Rolle und Stellung der Rechtsanwälte in der Ära Honecker im Spiegel kaderpolitischer Entwicklungen und Einflüsse des MfS. In: Engelmann/Vollnhals Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999.

Eisenfeld, Bernd: Die Ausreisebewegung - eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Berlin 1995.

Eisenfeld, Bernd: Wehrdienstverweigerung als Opposition. In: Henke/Steinbach/Tuchel Hg.: Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999.

Eisert-Bagemihl/Kleinert Hg.: Zwischen sozialer Bewegung und kirchlichem Arbeitsfeld. Annäherungen an die Offene Jugend(-)Arbeit, Leipzig 2002.

Ellmenreich, Renate: Matthias Domaschk. Die Geschichte eines politischen Verbrechens in der DDR und die Schwierigkeiten, dasselbe aufzuklären. Hg.: Der Landes beauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 1996.

Enbergs/Wielgohs/Hoffmann Hg.: Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, Berlin 2001.

Enbergs-Müller, Helmut Hg.: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Teil 1 Richtlinien und Durchführungsbestimmungen, Berlin 1996.

Engelmann, Roger, Clemens Vollnhals Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999.

Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde e.V. Berlin Hg.: Fluchtziel Berlin. Die Geschichte des Notaufnahmelagers Berlin-Marienfelde, Berlin 2000.

Erl, Willi: Methoden moderner Jugendarbeit, Tübingen 1967.

Erl, Willi: Gruppenpädagogik in der Praxis, 2. Aufl., Tübingen 1969.

Fenske/Mertens/Reinhard/Rose: Geschichte der politischen Ideen. Von Homer bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. 1987.

Forschungsstelle Osteuropa Hg.: Eigenart und Eigensinn: alternative Kulturszene in der DDR 1980-1990, Bremen 1993.

Fricke, Karl-Wilhelm: Opposition und Widerstand, Köln 1984.

Fuchs, Jürgen: Magdalena, Berlin 1998.

Fuchs, Jürgen: Gedächtnisprotokolle, Berlin 1977.

Fuchs, Jürgen: Vernehmungsprotokoll, Berlin 1978.

Fuchs, Jürgen: Fassonschnitt, Berlin 1984.

Galenza, Ronald Hg.: Wir wollen immer artig sein... Punk, New Wave, HipHop und Independent-Szene in der DDR 1980 - 1990, Berlin 1999.

Geschichtswerkstatt Jena Hg.: Linke Opposition in der DDR und undogmatische Linke in der BRD. Tagungsbericht, Jena 1996.

Gieseke, Jens: Die hauptamtlichen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, Berlin 1995.

Gill, David, Ulrich Schröter: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Berlin 1991.

Goertz, Joachim: Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999.

Grimmer/Irmler/Opitz/ Schwanitz Hg.: Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS, Berlin 2002.

Haase, Baldur: Mielke kontra Pegasus. Berufs- und Laienautoren, Literaturinteressierte des ehemaligen Bezirkes Gera im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit. Hg.: Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 2001.

Henke/Steinbach/Tuchel Hg.: Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999.

Henkys, Reinhard: Die Kirchen im SED-Staat zwischen Anpassung und Widerstand. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994.

Herz, Andrea: Bürger im Visier. Eine Institution schuf den alltäglichen Argwohn - das MfS in Thüringen. Hg.: Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt 1996.

Hirsch, Antje: Jugendopposition, Kirche und Legitimitätsverfall der SED: Die „Friedensgemeinschaft Jena“ Anfang der achtziger Jahre, Magister-Abschlussarbeit, Göttingen 1997.

Idea e.V., Evangelische Nachrichtenagentur Hg.: idea-Dokumentation 15/1996 „Meister“ Die MfS-Vorlaufakte des Thüringer Landesbischofs Werner Leich im Spiegel seiner Vermerke. Wetzlar 1996.

Jäger, Manfred: Kultur und Politik in der DDR 1945-1990, Köln 1995.

Jahn, Roland: Widerständiges und oppositionelles Verhalten. In: Materialien der Enquete-Kommission. Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland, Band VII/1-2. Frankfurt/M. 1995.

Jahn, Walter: Du bist wie Gift. Erinnerungen eines Vaters. Hg.: Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Reihe C, Monographien, Erfurt 1996.

Jander, Martin: Formierung und Krise politischer Opposition in der DDR. Die Initiative für unabhängige Gewerkschaften. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk: Zwischen Selbst behauptung und Anpassung, Berlin 1995.

Jander, Martin: Der Protest gegen die Biermann-Ausbürgerung - Stimulans der Opposition. In: Henke/Steinbach/Tuchel Hg.: Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999.

Jesse, Eckhard Hg.: Totalitarismus im 20. Jahrhundert. Eine Bilanz der internationalen Forschung, Bonn 1996.

Joestel, Frank: Verdächtigt und beschuldigt. Statistische Erhebung zur MfS-Untersuchungstätigkeit 1971-1988. In: Engelmann, Roger, Clemens Vollnhals Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999.

Kaiser/Petzold: Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen, Konflikte, Quartiere 1970-1989, Berlin 1997.

Kenawi, Samirah: Frauengruppen in der DDR der 80er Jahre, Berlin 1995.

Kirche von Unten Hg.: Wunder gibt es immer wieder. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten, Berlin 1997.

Klemperer, Klemens von: Naturrecht und der deutsche Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Ein Beitrag zur Frage des deutschen „Sonderwegs“. In: Steinbach, Peter, Johannes Tuchel Hg.: Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Bonn 1994.

Koch, Uwe: Das MfS, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten in der NVA, 3. Aufl., Berlin 1999.

Koch, Uwe: Das Ministerium für Staatssicherheit, die Wehrdienstverweigerer der DDR und die Bausoldaten der Nationalen Volksarmee. In: Sachbeiträge (6). Hg.: Der Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern, 3. Aufl., Naumburg 1999

Kowalczuk, Ilko-Sascha Hg.: Freiheit und Öffentlichkeit. Politischer Samisdat in der DDR 1985-1989, Berlin 2002.

Kowalczuk, Ilko-Sascha: Von der Freiheit, Ich zu sagen. Widerständiges Verhalten in der DDR. In: Poppe/Eckert/Kowalczuk Hg.: Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Berlin 1995.

Kroh, Ferdinand Hg.: Freiheit ist immer Freiheit... Die Andersdenkenden in der DDR. Sieben Beiträge aus Jena und ein Beitrag aus Halle, Berlin 1988.

Kroh, Ferdinand: Havemanns Erben - 1953 bis 1988. In: Kroh, Ferdinand Hg.: Freiheit ist immer Freiheit... Die Andersdenkenden in der DDR, Berlin 1988.

Krone/Kukutz/Leide: Wenn wir unsere Akten lesen. Handbuch zum Umgang mit den Stasi-Unterlagen, 2. Aufl., Berlin 1997.

Krug, Manfred: Abgehauen. Ein Mitschnitt und Ein Tagebuch, 5.Aufl., Düsseldorf und München 1998.

Kuhrt/Buck/Holzweißig Hg.: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft. Am Ende des realen Sozialismus (3), Opladen 2001.

Latk, Klaus-Reiner: Stasi-Kirche, Uhldingen 1992.

Lenski/Schön/Grund/u.a. Hg.: Die „Andere“ Geschichte. So besteht nun in der Freiheit zu der uns Christus befreit hat..., Erfurt 1993.

Lukacs, John: Hitler. Geschichte und Geschichtsschreibung, München 1999.

Maaz, Hans-Joachim: Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR, Berlin1991

Maaz, Hans-Joachim: Das gestürzte Volk. Die unglückliche Einheit, Berlin 1991

Maaz, Hans-Joachim: Die Entrüstung. Deutschland, Deutschland Stasi, Schuld und Sündenbock, Berlin 1992.

Mählert, Ullrich: „Die gesamte junge Generation für den Sozialismus begeistern“. Zur Geschichte der Freien Deutschen Jugend. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994.

Maibaum, Werner: Geschichte der Deutschlandpolitik, Bonn 1998.

Maser, Peter: Die Kirchen in der DDR, Bonn 2000.

Musigmann, Wolfgang, Schöne, Angelika u.a. Hg.: Offene Arbeit-Selbstauskünfte, Erfurt 1991.

Müller-Ensberg/Wielgohs/Hoffmann Hg.: Wer war wer in der DDR. Ein biographisches Lexikon, Bonn 2001.

Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, 2. Aufl., Bonn 1999.

Neubert, Ehrhart: Der KSZE-Prozeß und die Bürgerrechtsbewegung in der DDR. In:
Henke/Steinbach/Tuchel Hg.: Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999.

Neubert, Ehrhart: Politische Justiz und die Opposition in den achtziger Jahren. In: Engelmann/Vollnhals Hg.: Justiz im Dienste der Parteienherrschaft. Rechtspraxis und Staatssicherheit in der DDR, Berlin 1999.

Neubert, Ehrhart: Untersuchung zu den Vorwürfen gegen den Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg Dr. Manfred Stolpe. Fraktion Bündnis 90 im Landtag Brandenburg Hg., Potsdam 1993.

Pingel-Schliemann, Sandra: Observieren, zersetzen, liquidieren. Zersetzungsstrategien des Ministeriums für Staatssicherheit gegen „feindlich-negative“ Kräfte in der DDR, Dissertation, Hamburg 2000.

Pollack, Detlef: Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000.

Pollack/Rink Hg.: Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, Frankfurt/Main 1997.

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung Bundesrepublik Deutschland Hg.: Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. KSZE-Dokumentation, Bonn 1975.

Probst, Lothar: Opposition und Widerstand in der DDR. Beispiele aus einer regionalgeschichtlichen Untersuchung in Mecklenburg-Vorpommern. In: Pollack/Rink Hg.: Zwischen Verweigerung und Opposition, Berlin 1995.

Raschka, Johannes: Zwischen Überwachung und Repression - Politische Verfolgung in der DDR 1971 bis 1989. In: Kuhrt/Buck/Holzweißig Hg.: Am Ende des realen Sozialismus (5), Opladen 2001.

Rauhut, Michael: Rock in der DDR 1964-1989, Bonn 2002.

Reiprich, Siegfried: Der verhinderte Dialog. Meine politische Exmatrikulation, Berlin 1996

Robert-Havemann-Gesellschaft e. V. Hg.: Robert Havemann. Kurzbiographie, Dokumente, Auswahlbibliographie, Berlin 1994.

Rochau, Lothar: Halle-Neustadt: Reflexionen über die Offene Arbeit. In: Eisert-Bagemihl/Kleinert Hg. Zwischen sozialer Bewegung und kirchlichem Arbeitsfeld. Annäherungen an die Offene Jugend(-)Arbeit, Leipzig 2002.

Rüddenklau, Wolfgang: Störenfried. DDR-Opposition 1986-1989. Mit Texten aus den „Umweltblättern“, 2. Aufl., Berlin 1992.

Schacht, Ulrich Hg.: Hohenecker Protokolle. Aussagen zur Geschichte der politischen Verfolgung von Frauen in der DDR, Zürich 1984.

Scheer, Udo: Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren, Berlin 1999.

Schroeder, Klaus: Der SED-Staat. Geschichte und Strukturen der DDR, München 1998

Sedler/Schumann/Schurich: Glaubenskrieg. Kirche im Sozialismus. Zeugnisse und Zeugen eines Kulturkampfes. Sie haben ihren Märtyrer davon fliegen sehen, Berlin 1995.

Simon, Günter: Tischzeiten. Aus den Notizen eines Chefredakteurs 1981 bis 1989, Berlin 1990.

Sozialistische Einheitspartei Deutschland Hg.: Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971.

Sozialistischen Einheitspartei Deutschland Hg.: Programm der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1976.

Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik (StGB), Berlin 1988.
Stein, Eberhard: Agonie und Auflösung des MfS - Streiflichter aus einem Thüringer Bezirk. Hg.: Der Landesbeauftragte des Freistaates Thüringen für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Erfurt ohne Jahresangabe.
Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias-Domaschk“ Jena Hg.: Opposition in Jena. Chronologie 1980 - 1989, Jena 1995.
Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias-Domaschk“ Jena Hg.: Opposition in Jena. Die Gruppe „Künstler für Andere“ 1986-1989, Jena 1996.
Thüringer Archiv für Zeitgeschichte „Matthias-Domaschk“ Jena Hg.: Losgehen und Ankommen. Jugendkultur in der DDR Ende der 70er Jahre am Beispiel der Jugendgroßveranstaltungen JUNE 78 JUNE 79 in Rudolstadt, Erfurt 1999.
Trier/Herbig/Stake: Stein auf Stein. „Gefahrenzone“ und die Saalfelder Kulturpolitik in den 80er Jahren, Saalfeld 1999.
Überschär, Ellen: Junge Gemeinde im Konflikt. Evangelische Jugendarbeit in SBZ und DDR 1945-1961. Stuttgart 2003.
Vollhans, Clemens: „Ausführendes Organ der Diktatur des Proletariats“. Das Ministerium für Staatssicherheit. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat. Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994.
Wawrzyn, Lienhard: Der Blaue. Das Spitzelsystem in der DDR, Berlin 1990.
Weber, Hermann: Vorwort. In: Meckel/Gutzeit: Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit - kommentierte Quellentexte, Köln 1994.
Weber, Herrmann: Die DDR 1945-1990, 3. Aufl., München 2000.
Weber, Jürgen: Die DDR - eine totalitäre Diktatur von Anfang an. Zur Einleitung. In: Weber, Jürgen Hg.: Der SED-Staat: Neues über eine vergangene Diktatur, München 1994.
Wippermann, Wolfgang: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis Heute, Darmstadt 1997.
Zeng, Matthias: Asoziale in der DDR. Transformation einer moralischen Kategorie. Hg.: Landeszentrale für die Unterlagen der Staatssicherheit Thüringen, Münster 2000.

Zeitschriften:

Gerbergasse 18, Forum für Geschichte und Kultur. Hg. Geschichtswerkstatt Jena e.V in Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten Thüringen für die Stasiunterlagen.
Horch und Guck, Historisch-Literarische Zeitschrift des Bürgerkomitees >>15.Januar<< e.V. Berlin.

Quellen und Archive:

Grund, Thomas: JG-Heft. Archiv für Zeitgeschichte Matthias-Domaschk im Verein „Künstler für Andere“ e.V., unveröffentlicht 1996. Zeitzeugengespräche mit Karin Pforte, Dorothea Fischer, Thomas Auerbach, Peter Rösch, Thomas Kretschmer, Pfarrer Uwe Koch, Pfarrer i.R. Walter Schilling und Dokumentensammlung. Dokumente aus Privatarchiv von Thomas Grund, Matthias Kuppke, Harry Zöller, Hedwig-Wilma Boldoceda und des Autors.

Dokumente der BStU Berlin und Gera, Bundesbehörde für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der ehemaligen DDR.

Dokumente der BStU; Kirchengemeinde Jena und Rat der Stadt Jena, Archiv für Zeitgeschichte Matthias-Domaschk im Verein „Künstler für Andere“ e.V., Jena.

Dokumente der BStU, Fotoarchiv und Zeitzeugengespräch mit Walter Schilling, Matthias-Domaschk-Archiv in der Robert-Havemann-Gesellschaft Berlin.

Fragebogenaktion zwischen September und Dezember 2000. Insgesamt wurden 218 Fragebögen in zwei Wellen. 53 Rücksendungen. Rücklaufquote 24,3 %.

Zeitzeugengespräche:

mit dem Autor in Berlin

Lutz Rathenow am 08.01.2001
Dorothea Fischer am 18.01.2001
Jens Eisenberg am 05.02.2001

mit dem Autor in Jena

Harry Zöller und Matthias Kuppke am 07.02.2001
Pfarrer Michael Dorsch am 08.02.2001
Martin Döhler am 10.02.2001
Oliver Jahn am 10.02.2001
Stadtjugendpfarrer Lothar König Jena am 11.02.2001
Superintendent i. R. Udo Siebert am 08.05.2001

Weiterer Schriftwechsel, telefonische und mündliche Gespräche mit dem Autor:

Jörg Zickler, Gerold Hildebrand, Thomas Grund, Uwe Koch, Peter Rösch, Udo Siebert, Thomas Auerbach, Carsten Hahn, Ute Hinkeldey, Uwe Sinnig, Stefan Ziegan, Roland Jahn, Carsten Osse, Elker Schmidt, Lutz Rathenow und Peter Mühlfriedel. Zeitzeugengespräch mit Pfarrer i. R. Walter Schilling von Udo Grashoff am 30.04.2001 in Dittrichshütte, unveröffentlicht.

Index: Presseartikel zu Jena 1982 - 1989

Auflistung der bisher archivierten Zeitungsartikel und Veröffentlichungen in der westdeutschen und ostdeutschen Presse zu den Jenaer Ereignissen der Friedensbewegung 1982, der Jenaer Friedensgemeinschaft 1983 und der weiteren Entwicklung bis 1988[855]

Abkürzungen

ADS	Allgemeines Deutsches Sonntagsblatt (Westdeutschland)
APD	Allgemeiner Pressedienst (Westdeutschland)
Art-Journal	Kunst- und Kulturmagazin (Westdeutschland)
BM	Berliner Morgenpost (West-Berlin)
Der Spiegel	Polit-Magazin (Westdeutschland)
Die Zeit	Wochenzeitung (Westdeutschland)
DPA	Deutscher Pressedienst (Westdeutschland)
epd	Evangelischer Pressedienst (Westdeutschland)
FR	Frankfurter Rundschau (Westdeutschland)
Kassandra	Kunst- und Kulturmagazin (Westdeutschland)
Kommune	Polit-Magazin (Westdeutschland)
KSA	Kölnischer Stadtanzeiger (Westdeutschland)
ND	Neues Deutschland (DDR-weite Tageszeitung, Zentralorgan der SED)
NRZ	Neue Rheinische Zeitung (Westdeutschland)
SN	Stuttgarter Nachrichten (Westdeutschland)
Stern	Polit-Magazin (Westdeutschland)
SZ	Süddeutsche Zeitung (Westdeutschland)
TAZ	Tageszeitung (West-Berlin)
TLZ	Thüringer Landeszeitung (Regionale Tageszeitung Bezirk Erfurt)
TS	Tagesspiegel (West-Berlin)
VW	Volkswacht (Regionale Tageszeitung Bezirk Gera)
W	Die Welt (Westdeutschland)
WOZ	Wochen-Zeitung Schweiz (Schweiz)

[855] Quelle: Dokumentenordner Zeitungsartikel Opposition Jena, Matthias-Domaschk-Archiv Berlin.

1982

08.04.1982	VW	Gedenk-Todesanzeige für Matz (Matthias Domaschk) von seinen Freunden Manfred Hildebrandt, Petra Falkenberg, Roland Jahn
16.04.1982	TLZ	Gedenk-Todesanzeige für Matz (Matthias Domaschk) von seinen Freunden Manfred Hildebrandt, Petra Falkenberg, Roland Jahn
15.06.1982	TAZ	„Ein Tod im Stasi-Gefängnis und eine verschwundene Plastik DDR-Bildhauer riskiert Gefängnis“
28.06.1982	Spiegel 26/82	„Trauernder Mann - wie die Blumhagen- Plastik von der Stasi gestohlen wurde“
05.07.1982	Spiegel 27/82	„Prozeß gegen Michael Blumhagen“
14.07.1982	FR	„Jagdszenen aus Jena“
05.08.1982	FR	„DDR-Behörden rissen Haus von Michael Blumhagen ab“ von Peter Bichsel
27.12.1982	FR	„Polizei in Jena wollte keine Schweigeminute - Zehn sind manchmal wie Zehntausend (Positionspapier „Für einen wirklichen Frieden ohne Waffen“ Jenaer Schweigeaktion schon im November)“

1983

06.01.1983	TAZ	„Für einen wirklichen Frieden ohne Waffen Positionspapier der Jenaer Friedensfreunde vom November 1982“
20.01.1983	FR	„Festnahmen und Freilassungen in Jena“ (Offener Brief an prominente Künstler der BRD zur Freilassung der Inhaftierten in Jena)
24.01.1983	SZ	„Unruhe in Jena“ (Artikel zu den Verhaftungen im Zusammenhang mit der Jenaer Schweigeminute vom 24.12.1982)
27.01.1983	FR	„Neuer Schlag gegen Jenaer Friedenskreis - angeblich vier neue Verhaftungen“
27.01.1983	FR	„Offener Brief der AL“ (Alternative Liste West-Berlin, d. A.) (an Erich Honecker wegen der Verhaftungen im Zusammenhang mit der Jenaer Schweigeminute vom 24.12.1982)
03.02.1983	Stern 6/83	„Opposition trotz Gefängnis und Ausbürgerung (Eine Serie über Jenaer Opposition von Dieter Bub)“
04.02.1983	Die Zeit	„Sie lassen sich nicht mundtot machen... Die Friedensbewegung in der DDR“ Von Peter Wensierski
06.02.1983	ADS	„Die Verhaftungen in Jena werfen Fragen nach der politischen und kulturpolitischen Linie der SED auf“

12.02.1983	FR	„Weitere Verhaftungen in Jena“
13.02.1983	epd 5/83	„Kirchensorge wegen Verhaftungen in Jena“
14.02.1983	FR	„Neue Verhaftungen in Jena. Solidarität ist geboten“
14.02.1983	Spiegel 7/83	„Matz“
16.02.1983	FR	„Keine weiteren Verhaftungen in Jena“
18.02.1983	FR	„Brief junger Christen aus Rudolstadt und Saalfeld“
19.02.1983	FR	„Brief an Kirche kam nicht an“
24.02.1983	epd 8/83	„Proteste gegen Verhaftungen in der DDR“
25.02.1983	FR	„U-Haft Häftlinge wieder frei“
26.02.1983	FR	„Jenaer Friedensfreunde aus Haft entlassen“
2/83	Art-Journal	„Ausgebürgerter Künstler in Westberlin - Der „Trauernde Mann“ von Jena ist verschwunden“
13.03.1983	ADS	„Die Jenaer Szene - Absender Unbekannt“
05.04.1983	TAZ	„Jenaer Ostermarsch“ (Die Jenaer Friedensmanifestation vom 18.03.1983 zum 38. Gedenktag der Bombardierung Jenas mit Fotos und Kommentar von Jürgen Fuchs)
06.04.1983	FR	„Frieden schaffen ohne Waffen. Plakate von Jenaer Friedensfreunden auf Kundgebung zerstört“
12.04.1983	TAZ	„Brief von 23 Jenaer Bürgern an den Thüringer Landesbischof Werner Leich vom 18.03.1983“
19.04.1983	FR	„Landesbischof Leich erhielt Brief aus Jena“
11.05.1983	TAZ	„Vom Gleichgewicht der Lücken - Internationale Solidarität für holländischen Totalverweigerer - Solidarität der Verweigerer in Ost und West“ (Mit Kommentaren von Michael Blumhagen, Westberlin/Jena, Uwe Sinnig und Peter Kähler, Jena, Lutz Rathenow, Berlin-Ost)
13.06.1983	TAZ	„Protesterklärung der Friedensgemeinschaft Jena“ (An den Staatsrat und das Ministerium des Inneren der DDR: Friedensgemeinschaft Jena, Erklärung Roland Jahns, Brief des Ost-Berliner Schriftstellers Lutz Rathenow)
14.06.1983	FR	„Rückkehr Roland Jahns in die DDR ermöglichen!“
15.06.1983	FR	„Jenaer Bittschrift an die UN“ (Von Roland Jahn an Perez de Cuellar wegen seiner Ausbürgerung. Veröffentlichung des Wortlautes)
20.06.1983	Spiegel 25/83	„Du bist wie Gift. Der Friedensaktivist Roland Jahn über seine Vertreibung aus der DDR (I)“
22.06.1983	FR	r Roland Jahn an die Vereinten Nationen“

22.06.1983	FR	„DDR veröffentlicht im ND den Antrag auf Ausreise“
27.06.1983	Spiegel 26/83	„Du bist wie Gift. Der aus der DDR vertriebene Friedensaktivist Roland Jahn über die „Jenaer Szene“ (II)“
06.09.1983	TAZ	„Mit Knebelketten aus dem realen Sozialismus rausgeschmissen - Roland Jahn aus Jena gewaltsam abgeschoben“
11.10.1983	TAZ	„Weg in Westen - die Geschichte von Henry Leuschner und Peter Dietz / Der Weiße Kreis von Jena“
11.10.1983	TAZ	„Der Weiße Kreis – Jena“
16.10.1983	BM	„21 Splitter verletzten jungen Jenaer - Bei Fluchtversuch aus der >DDR< explodierten Todesautomaten“ (Geschichte über Fluchtversuch CSSR 1981, Knast, Weißen Kreis, über Henry Leuschner, 21 Jahre)
23.10.1983	TS	„Die Jenaer Krankheit in der DDR - Gewaltfreie Demonstrationen für den Frieden verunsichern die >Staatsorgane<“ (Weißer Kreis - Demonstrationen vom 18.06. - 30.07)
18.12.1983	WOZ	„Der Osten muß nachziehen - Gespräch über die Friedensbewegung in der DDR“ (Gespräch mit Ute Friedrich und Sylvia Granderath)
2. Hälfte 1983	SZ	„Roland Jahn läßt sich nicht so schnell fertig machen. Gespräch mit dem zwangsweise ausgebürgerten Mitglied der Friedensgemeinschaft Jena – Beschämende Szenen in Freiburg - Ein DDR-Dissident zwischen den Fraktionen der westdeutschen Friedensbewegung“
1985		
18.03.1985	SN	„Ich lebe vor der Mauer und doch hinter ihr - im Gespräch mit dem 1983 abgeschobenen Mitglied der DDR-Friedensbewegung, Roland Jahn“
1985	TAZ	„Mir geht´s gut, ich will zurück - Gespräch mit Roland Jahn – bis 1983 Jena - heute West-Berlin“
12/1985	Kommune	„CIA-Agent dort, im Auftrag Moskaus hier - Gespräch mit Roland Jahn“ (Blockade vor dem NATO-Stützpunkt Bitburg September 1983)
1986		
1/86	Kassandra	„Roland Jahn - ein unbequemer Deutscher - Profile des Widerstandes“ (Blockade vor dem NATO-Stützpunkt Bitburg September 1983)
2. Hälfte 1986	Spiegel	„Strafbares Frühstück“ (Andreas Richter - Parole: Wer die Wahl hat, hat die Qual - wer nicht wählt, der wird gequält, 1. Spontanes Open-Air-Frühstück)

08.10.1986	NRZ	„Sprayer in Jena: Zwei Jahre Haft“ (Andreas Richter)
08.10.1986	KSA	„DDR zeigt in Jena Härte gegen mögliche Opposition“ (zu Andreas Richter, Offene Arbeit, 1. Open-Air-Frühstück)
08.10.1986	SN	„Drakonisches Urteil gegen junge Jenaer“ (Andreas Richter)
08.10.1986	RP	„Opposition soll im Keim erstickt werden - Abschreckung durch hohe Strafen für junge Jenaer“ (zu Andreas Richter, Offene Arbeit, 1. Open-Air-Frühstück)
06.10.1986	W	„Wer nicht wählt, wird gequält“ (Andreas Richter)
30.09.1986	FR	„Toleranz statt Schikane“ (Offener Brief von Gert Bastian und Petra Kelly zu Verhaftungen in Berlin und Jena, u. a. zu Andreas Richter)
08.10.1986	W	„Die Angst der SED vor einer Opposition in Jena. Friedensgruppe zeigt sich betroffen über Geraer Urteil“ (Informationen sollen von einem offenen Brief einer autonomen Friedensgruppe aus dem Thüringischen sein, zu Andreas Richter, Offene Arbeit, 1. Open-Air-Frühstück)
06.10.1986	FR	„Zwei Jahre für Wandparole“ (Andreas Richter)
07.10.1986	TS	„Fassadenmaler in der DDR erhält zwei Jahre Haft“ (Andreas Richter
06.10.1986	TAZ	„Wahl als Qual“ (Andreas Richter)
07.10.1986	SZ	Artikel zu Jenaer Ereignissen Andreas Richter, 1. Open-Air-Frühstück
08.10.1986	TS	„In Jena läßt der SSD die Muskeln spielen“
10/1986	BM	„Neue Verhaftungen in Jena - Freund des Festgenommenen wegen >Herabwürdigung des Staates< verurteilt“ (David Friese und Lars Matzke nach Andreas Richter verhaftet)
11.10.1986	BM	„Erneut junger Mann verhaftet“ (David Friese)
11.10.1986	TAZ	„Wieder Verhaftung in Jena“ (David Friese)
11.10.1986	TS	„Wieder Verhaftungen in Jena“ (David Friese)
12.10.1986	FR	„Wieder Verhaftungen in Jena“ (David Friese)
13.10.1986	TAZ	„Die Angst beim Stasi sitzt tief – 1. Jenaer Open-Air-Frühstück endete mit Geldstrafen / 8 Monate Haft für Collage“ (Lars Matzke)
14.10.1986	TS	„Jenaer wegen >öffentlicher Herabwürdigung< verurteilt“ (Lars Matzke)
14.10.1986	BM	„Acht Monate Haft für Jenaer“ (Lars Matzke)
20.10.1986	DPA 263	„Menschenrechte / DDR - Die Grünen fordern Freilassung zweier DDR-Bürger“ (Andreas Richter, Lars Matzke, 1. Jenaer Open-Air-Frühstück)

1987

03/87	APD 7649	„Nach Auftrittverbot in den Westen übergesiedelt - Viele Ausreiseanträge in Jena - wieder Verhaftungen“ (Ausreise Airtramp und als generelles Problem in Jena)
03/87	APD 7656	„Nach Auftrittverbot in den Westen übergesiedelt - Angst vor der >Großen Dampfwalze<“ (Andreas Richter, Airtramp, 1. Open-Air-Frühstück)
06.03.1987	FAZ	„Immer mehr junge Leute aus Jena wollen in den Westen“
06.03.1987	BM	„Jenaer Jugendliche wollen ausreisen“
09.04.1987	TS	„Zwei ehemaligen DDR-Bürgern Transit verweigert“ (Mitglieder der ehemaligen Musikgruppe Airtramp aus Jena)
09.04.1987	Bild-Zeitung	„Grepo-Rache wegen TV-Sendung: Zwei durften nicht durch Transit“
10.04.1987	TAZ	„Transitverbot - Nach ihrem Fernsehauftritt >Kontraste< wurde zwei Ex-DDR-Bürgern der Transit durch die DDR verweigert“

1988

29.04.1988	TAZ	„Abgang in Jena - Geschichten von Ausreißern und Ausgerissenen: Was ist geblieben von den unabhängigen Jugend- und Friedensgruppen?“

Index Operative Vorgänge (OV) und Operative Personenkontrolle 1970-1989

Folgende OV, AOV, ZOV, OPK, U-Vorgänge sowie AP sind im Zusammenhang mit der Offenen Arbeit Jena als Quellen bekannt und in die vorliegende Arbeit einbezogen worden. Sie sind Bestandteil des Matthias-Domaschk-Archivs Berlin und des Archivs für Zeitgeschichte „Matthias Domaschk“ im Verein „Künstler für Andere“ Jena.

Abkürzungen

AIM	Archivierter IM-Vorgang oder IM-Vorlauf Archiviert, wenn die Zusammenarbeit zwischen IM und MfS beendet wurde oder eine Umregistrierung zu einer anderen IM-Stufe erfolgte
AOV	Archivierter Operativer Vorgang Abgeschlossener OV
AP	Allgemeine Personenablage Registrierter Ablageplan bei Beendigung eines Vorganges
OPK	Operative Personenkontrolle In der Regel für eine Person angelegt zur „operativen Personenkontrolle“
OV	Operativer Vorgang In der Regel Sammelakte zu mehreren Personen. Wesentliches Ziel war die Zersetzung der Feindpersonen. Die Festlegungen dazu erfolgten über sogenannte Maßnahmepläne. Ein solcher Vorgang lief über längere Zeit bis zum vermeintlichen Erfolg der Zielstellungen.
PID	Politisch Ideologische Diversion Referat innerhalb einer MfS-Abteilung
PUT	Politische Untergrund-Tätigkeit Referat innerhalb einer MfS-Abteilung
TV	Teilvorgang Teilvorgang einer bestehenden oder neu angelegten Akte
U-Vorgang	Untersuchungsvorgang/ Gerichtsakte / Akte bei Strafverfahren
ZMA	Zentrale Material Ablage Zusammenfassende Informationssammlung zu besonderen Sachverhalten und Personen
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang Hier wurden zentrale oppositionelle Akteure erfaßt mit dem wesentlichen Ziel der „Kontrolle“, „Zersetzung“ und „Aufklärung“ von bestehende Kontakten, Beziehungen und Rückverbindungen ins Ausland

OV „Pegasus“: MfS Reg.-Nr. X/66/75, 4 Bände, 27.01.1975 - 06.12.1976
Jürgen Fuchs, Lutz Rathenow, Bernd Markowsky, Wolfgang Hinkeldey, Martin Hinkeldey, Thomas Auerbach, „Kulturopposition“ und Arbeitskreis Literatur, Lesekreis und Offene Arbeit

OV „Kanzel“: MfS Reg.-Nr. X/18/78, 3 Bände, 27.12.1977 - 07.05.1979
Renate Groß (Ellmenreich), Verbindungen zur Charta 77, Lesekreis und Offene Arbeit

OV „Qualle“: MfS Reg.-Nr. X/943/80, 2 Bände, 13.06.1980 - 28.05.1984
Peter Rösch, Gerold Hildebrand, Karsten Christ, Todesfall Matthias Domaschk, Offene Arbeit

OV „Opponent“: MfS Reg.-Nr. X/231/80, 13 Bände, 1980 - 1982
Siegfried Reiprich, Olaf und Jutta Tomaszewski, Detlef Pump, Klaus-Dieter Boost, Roland Jahn, Christine Thiele, Petra Falkenberg, Christine Reiprich, Lesekreis und Offene Arbeit

OV „Opponent“: MfS Reg.-Nr. XV/5752/82, 10 Bände, 1982 - 1984
Ev und Frank Rub, Lutz Leibner, Jürgen Fuchs, Friedensgemeinschaft Jena

OV „Parasit“: MfS Reg.-Nr. X/534/82, 1982
Wolfgang Diete, Lesekreis

OV „Wandzeitung“: MfS Reg.-Nr. XVIII/18/81, 6 Bände, 23.07.1981 - 29.09.1982
Thomas Kretschmer, Haftzeit und Offene Arbeit

OV „Exponent“: 1979 - 1981
Lutz Leibner, Arbeitskreis Literatur

OV „Opposition“: MfS Reg.-Nr. X/56/83, 1 Band, 31.03.1981 - 22.12.1983
Dorothea Fischer (Rost), Michael Rost, Ute Hinkeldey (Friedrich), Friedensgemeinschaft Jena und Offene Arbeit

OV „Apostel“: MfS Reg.-Nr. X/717/81, 2 Bände, 12.10.1981 - 20.05.1982
Christine Platzdasch (Klingenberg), Reinhard Klingenberg, Till Noack, Andreas Arndt, Herausgabe von Samisdat und Offene Arbeit

OV „Zettel“: MfS Reg.-Nr. X/22/84, 2 Bände, 1984 - 1985
Christian Karl (Mao), Michael Poneleit u. a., illegale Flugblattaktion 1984, Haftzeit und Offene Arbeit

OV „Meißel“: MfS Reg.-Nr. X/191/84, 2 Bände, 1984 - 1986
Frank Rub und Frau Eva, Kulturopposition

OV „Hammer“: 1 Band, 1985 - 1987
Frank Wendler, Gruppe Hoffnung Nicaragua (Esperanza) Friedensgruppen und Offene Arbeit, Kulturprojekt „Hinterhof-Vernissagen“

OV „Kreuz“: MfS Reg.-Nr. X/206/85, 2 Bände, 14.03.1985 - 28.12.1988
Jürgen Hoffmann, Thomas Grund, Henning Pietzsch, Offene Arbeit

OV „Schwarz“: MfS Reg.-Nr. X/216/87, 2 Bände, 1985 - 1988
Jugendpfarrer Ulrich Kasparick und Frau Anette, kirchliche Jugendarbeit, Altendorfer Friedenskreis

OV „Dach“: MfS Reg.-Nr. X/1486/88, 3 Bände, 1988 - 1989
Thomas Grund, Petra Grund, Offene Arbeit, Künstler für Andere, Leseladen

OV „Weinberg“: MfS Reg.-Nr. X/318/84, 4 Bände, 30.03.1984 - 1987
Roland Jahn und 14 weitere Personen, Öffentlichkeitsarbeit in West-Berlin, Rückverbindungen in die DDR

OV „Orkus“: MfS Reg.-Nr. IX/976/88, 1 Band, 1988 - 1989
Offene Arbeit Weimar und Jena

OV „Assistent“: MfS Reg.-Nr. XV/6114/80, 1980
Lutz Rathenow, Kulturopposition, Verbindungen zur westdeutschen Presse, Verbindungen zwischen West-Berlin und Jena, Offene Arbeit

OV „Gewalt“: 1984
Kay Osterloh, trotzkistisch-anarchistische Gruppenbildung und Offene Arbeit

OV „Mentor“: MfS Reg.-Nr. X/606/79, 1979
Udo Scheer, Arbeitskreis Literatur

OV „Spinne“: MfS Reg.-Nr. XV/3970/76, 1976
Jürgen Fuchs, Kulturopposition

OV „Kontakt“: MfS Reg.-Nr. XV/4074/77, 1977
Hannes Schwenger, „Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus“ West-Berlin, Lesekreis und Offene Arbeit

OV „Kreis“: MfS Reg.-Nr. Teilvorgang III im ZOV „Kreis“ X/957/85, 5 Bände, 1985 – 17.07.1989, Pfarrer Konrad Jahr, Studentengemeinde Jena, Altendorfer Friedenskreis und Offene Arbeit

OV „Reaktionär“: MfS Reg.-Nr. X/295/71, 04.05.1971 - 26.02.1975
Pfarrer Walter Schilling, Rüstzeitheim Braunsdorf, Offene Arbeit

OV „Plakat“: MfS Reg.-Nr. X/343/77, 1977
Andreas Steinbrücker, Walter Schilling, Johannes Borngässer, Offene Arbeit

OV „Spinne“: MfS Reg.-Nr. X/760/78, 1978 - 1989
Pfarrer Walter Schilling, Rüstzeitheim Braunsdorf, Offene Arbeit

AOV „Revisionist“: 1980
Henry Crasser, Arbeitskreis Literatur, Offene Arbeit

ZOV „Weinberg“: MfS Reg.-Nr. XV/5100/87, 21 Bände, 26.11.1987 - 1989
Roland Jahn, Peter Rösch, Jürgen Fuchs und mindestens weitere 11 Personen, personelle Rückverbindungen nach Jena sowie Berlin-Ost, Verbindungswege und Verbindungslinie zu West-Medien, Transportwege des „illegalen Informationsmateriales“, Offene Arbeit

ZOV „Kreis“: MfS Reg.-Nr. Teilvorgang I X/1323/82 Teilvorgang II, 5 Bände, 05.11.1982 – 1989, Pfarrer Uwe Koch/Rudolstadt, Pfarrer Martin Scriba/Altendorf, Pfarrer Konrad Jahr/Karlsdorf, IM Vikar Michael Stanescu/Jena, IM Pfarrer Siegfried Nenke/Jena (alle im Altendorfer Friedenskreis), Theatergruppe der Evangelischen Studentengemeinde Jena, Offene Arbeit

ZOV „Opponent”: MfS Reg.-Nr. XV/5752/82, 1982 - 1987
Jürgen Fuchs, Roland Jahn, Zersetzung in West-Berlin, Rückverbindung zur DDR-Opposition, Offene Arbeit

OPK „Goliath“: MfS Reg.-Nr. X/24/82, 1 Band, 1982 - 1983
David Dulitz, Frank und Cornelia Laske, Friedensgemeinschaft Jena und Offene Arbeit

OPK „Heizer”: MfS Reg.-Nr. X/824/83, 1 Band, 28.09.1983 - 12.03.1983
Frank Wendler, Gruppe Hoffnung Nicaragua, Offene Arbeit

OPK „Femina“: MfS Reg.-Nr. X/86/84, 1 Band, 02.02.1984 - 20.05.1985
Martina Arndt, Christine Schulze (Poneleit), Inken Reinert, Frauen für den Frieden, Offene Arbeit

OPK „Grün“: 1 Band 1984 - 1985
Till Noack, Ingrid Schröder, Gruppe Stadtökologie, Offene Arbeit

OPK „Detlef“: MfS Reg.-Nr. X/687/84, 1 Band, 07.07.1984 - 1987
Alf Heinecke, Arbeitskreis Homosexuelle Liebe, Evangelische Studentengemeinde Jena, Offene Arbeit, Arbeitskreis Wehrdienst

OPK „Gockel“: MfS Reg.-Nr. X/620/88, 1 Band, 1984 - 1988
Carsten Hahn, Verbindungen zur Internationalen Linken, DDR-weiter Arbeitskreis Wehrdienstverweigerer, Amnesty International, Die „Grünen“, Offene Arbeit, Friedensgemeinschaft Jena und Künstler für Andere

OPK „Esperanza“: MfS Reg.-Nr. X/481/84, 25.05.1984 - 22.06.1987
Annette Lunge, Gabriela Sorge, Ernst-Ulrich Schäfer, Gruppe Hoffnung Nicaragua (Esperanza), Friedens- und Ökokreise Jena, Offene Arbeit

OPK „Zentrum”: MfS Reg.-Nr. X/833/86, 1 Band, 02.10.1986 - 18.08.1987
Alexander Adameck, Oliver Jahn, Peter Mühlfriedel, Lothar Vollmann, Stefan Willebrand, Musikgruppe „Airtramp“, Kommune Zwätzengasse 7, Offene Arbeit

OPK „Rüste“: MfS Reg.-Nr. X/38/88, 1 Band, 1988 - 1989
Ralf Kleist, Projekt Rüstzeitheim Kunitz, Junge Gemeinde Melanchthon und Offene Arbeit

OPK „Geige“: MfS Reg.-Nr. X/1085/83, 1 Band, 27.12.1983 - 14.04.1989
Carsten Osse, Offene Arbeit und Friedensgemeinschaft Jena

OPK „Olsen“: MfS Reg.-Nr. X/179/86, 1 Band, 1986 - 1989

Harry Zöller, Ausreiseantrag, Arbeitskreis Ökologie, Leseladen, Offene Arbeit

OPK „Kittel“: MfS Reg.-Nr. X/708/81, 1 Band, 1981

Pfarrer Uwe Koch, Arbeitskreis Wehrdienstverweigerer, Offene Arbeit

OPK „Visitator“: MfS Reg.-Nr. X/429/87, 1 Band, 1987

Superintendent Udo Siebert Jena

OPK „Kritiker“: MfS Reg.-Nr. X/1055/83, 1983

Thomas Roßbach, Arbeitskreis Wehrdienstverweigerer

U-Vorgang: MfS Reg.-Nr. X/301/83, 1 Band, 28.03.1983 - 30.05.1983

Gerichtsakte Roland Jahn mit Haftbeschluß 01.09.1982 § 222

U-Vorgang: MfS Reg.-Nr. X/1149/82, 1 Band, 06.10.1982 - 30.05.1983

Gerichtsakte Manfred Hildebrand mit Haftbeschluß 24.09.1982 § 219 (2) Ziff. 1 und § 220 (2)

AP: MfS Reg.-Nr. IX/AP/1097/81, 1981 - 1982

Todesakte Matthias Domaschk

ZMA: MfS Reg.-Nr. XX/ZMA 3052006, 1982 - 12/1983

Michael Blumenhagen, Lutz Leibner, Sabine Weinz, Christine Klingenberg, Beate Sonntag, Uwe Sinnig, Heike Scholz, Lina Falkenberg, Edgar Hillmann, Alf-Karsten Heinecke, Jan Seifert, Ulrich Schlutter, Reinhard Wulfert, Frank Toepel, Helmut Döderlein, Andreas Greiner-Napp, Mario Dietsch, Ingo Günther, Ines Wrehl, Roberto Isnardy, Jochen Anton Friedel; Presseartikel zu den Jenaer Schweigeminuten, Verhaftungen von Michael Blumenhagen, Roland Jahn, Friedensgemeinschaft Jena, Solidaritätsbekundungen; MfS-Aktion „Gegenschlag“ - Ausbürgerung von Roland Jahn, Friedensaktionen, Weißer Kreis

ZMA: MfS Reg.-Nr. XX/ZMA 003035, 11/1976 - 1977

Matthias Domaschk, Renate Groß sowie weitere 43 Personen aus der Offenen Arbeit, Maßnahmepläne zu Verhaftungen und Zuführung von 45 Personen sowie Hausdurchsuchungen am 19.11. und 20.11.1976 im Zusammenhang mit der Unterschriftenaktion gegen Biermann-Ausbürgerung am 18.11.1976 in der Jungen Gemeinde Stadtmitte

Index: Inoffizielle Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit 1970 - 1989

Die aufgeführten IM, KP und GMS sind im Zusammenhang mit der Offenen Arbeit und deren Umfeld bekannt geworden. Zwei als IMV/VIM geführte Personen waren keine Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Es war nicht möglich, alle Klarnamen der Inoffiziellen Mitarbeiter zu identifizieren. Ein Teil der Inoffiziellen Mitarbeiter erschließt sich nur aus Opferakten. Hier fehlt aber zumeist die Aktenregistrierung des Ministeriums für Staatssicherheit. Der aufgeführte Aktenbestand ist belegt durch das Matthias-Domaschk-Archiv Berlin und das Archiv für Zeitgeschichte „Matthias-Domaschk“ im Verein „Künstler für Andere“ Jena.

Abkürzungen[856]

GMS Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit, Personen wie z. B. SED-Kader, Abschnittsbevollmächtigte der Volkspolizei oder deren Hilfskräfte sowie Hausmeister zur Abschöpfung von Informationen über verdächtigte Personen.

HIM Hauptamtlicher IM, Zur Lösung spezieller politisch-operativer Aufgaben langfristig eingesetzt und fortlaufend materiell und sozial versorgt

IM Allgemeine Bezeichnung für Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit Die IM wurden in die nachfolgend angeführten Kategorien eingeteilt.

IMB IM Abwehr mit Feindverbindung/-berührung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen. Ab Richtlinie 1/79 zusammengeführte Bezeichnung aus IMF und IMV.

IMS IM Sicherheit, Ab 1979 in Richtlinie Nr. 1/79: IM zur politisch operativen Durchdringung und Sicherung eines Objektes oder eines Verantwortungsbereiches.

IMV IM mit vertraulichen Beziehungen zu der/den im Vorgang bearbeiteten Person/en bis 1979 IMV, ab 1979 IMB.

IMV/VIM Vorlauf-IM, Vorlaufakte zur Anwerbung eines IM durch das Ministerium für Staatssicherheit.

KP Kontaktperson, Kontaktpersonen waren keine Inoffiziellen Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit, sondern eine andere Art gesellschaftliche Kräfte (GMS). Sie wurden in der Regel durch gezielte Befragung des Ministeriums für Staatssicherheit oder andere staatliche Organe abgeschöpft.

[856] Die aufgeführten Abkürzungen richten sich nach: Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit. Hg.: Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, 5. Aufl., Berlin 2002.

IM „Bruno Köhler“: MfS Reg.-Nr. X/460/75, 1975, Superintendent Christoph Thurm Jena bis 1978, danach Oberkirchenrat (OKR) in Eisenach, eingesetzt gegen Offene Arbeit

IM „Urte“: In OPK „Zentrum“, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Kommune „Zwätzengasse 7“

IM „Michael“: In OPK „Zentrum“, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Kommune Zwätzengasse 7

IM „Klaus“: In OPK „Zentrum“, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Kommune Zwätzengasse 7

HIM „Rose“: In OV „Pegasus, 1976, Hans-Peter Richter, Leiter des „Rosenkeller“, eigesetzt gegen Arbeitskreis Literatur, Studentenclub „Rose“

IMB „Frank“: MfS Reg.-Nr. X/275/79, 1979 - 1989, Jens Eisenberg, Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Kirche von Unten

IMB „Brenner“: MfS Reg.-Nr. X/643/62, 1962 - 1989, Pfarrer Siegfried Nenke, Pfarrer der Schillergemeinde und Kreisjugendpfarrer in Jena, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Altendorfer Friedenskreis

IMB „Nettelbeck“: MfS Reg.-Nr. IX/163/73, 27.03.73 - 29.11.83, Oberkirchenrat Wolfram Johannes, Eisenach, eingesetzt gegen Bischof Leich und Thüringer Kirchenleitung, Offene Arbeit, Pfarrer Walter Schilling

IMB „Mario“: MfS Reg.-Nr. X/657/84, 13.07.84 - 1987, Marcelo Rosson, Student an der Friedrich Schiller Universität Jena und chilenischer Politemigrant, eingesetzt gegen Oppositionelle Berlin-West, Offene Arbeit, Gruppe „Hoffnung Nicaragua“

IMS „Leonardo“ alias IMB „Frank“: MfS Reg.-Nr. X/275/79, 1979 - 1989, Jens Eisenberg, Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Kirche von Unten

IMS „Peter Weiß“ alias IMB „Brenner“: MfS Reg.-Nr. X/643/62, 1962 - 1979, Pfarrer Siegfried Nenke, Pfarrer der Schillergemeinde und Kreisjugendpfarrer in Jena, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Altendorfer Friedenskreis

IMS „Bartholomäus Runge“: MfS Reg.-Nr. X/645/69, 1969 - 1989, Michael „Konstantin“ Stanescu, Vikar in Bobeck und Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Arbeitskreis Literatur, Friedensgemeinschaft Jena und Kirche von Unten

MS „Carlo“: MfS Reg.-Nr. VI/21/80, 10.01.79 - 11.05.84, Wieland Hoffmann, Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Operativen Vorgang „Qualle“

IMS „Bernd Dürg“: MfS Reg.-Nr. X/3/78, 1978 - 1983, Bernhard Hirt, SED-Mitglied und Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Operative Vorgänge „Apostel“ und „Qualle“

IMS „Kruja“: In OV „Qualle“ 1978 - 1983, Fatme Gütscho, eingesetzt gegen Offene Arbeit

IMS „Robert Hanf“: MfS Reg.-Nr. X/351/84, 1984 - 1987, Peter Haufschild, Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit

IMS „Paulus“: MfS Reg.-Nr. X/955/84, 1984 - 1989, Roland Eschke, Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit

IMS „Lenz-Blümel“: MfS Reg.-Nr. X/574/68, 1968 - 1989, Frau Söchtig-Oelschlegel, eingesetzt gegen Offene Arbeit und OV „Qualle“

IMS „Krodel“: In OV Qualle“, 1981, Arbeitskollege von Peter Rösch, eingesetzt gegen Peter Rösch, Offene Arbeit

IMS „Julia Becker“: MfS Reg.-Nr. X/162/81, 1981, Buchverkäuferin, eingesetzt gegen Offene Arbeit und OV „Qualle“

IMS „Detlef Becher“: MfS Reg.-Nr. X/1048/84, 1984, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Künstler für Andere, Arbeitskreis „Homosexuelle Liebe“

IMS „Karin Dietzel“: MfS Reg.-Nr. X/1268/82, 1982, Constanze Schmidt, eingesetzt gegen Offene Arbeit

IMS „Ute König“: MfS Reg.-Nr. X/1018/86, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Künstler für Andere

IMS „Maria“: MfS Reg.-Nr. X/355/81, 1981,
eingesetzt gegen Offene Arbeit

IMS „Georg Reich“: MfS Reg.-Nr. X/594/84, 1984, Thomas Müller, Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit

IMS „Rita Schön“: MfS Reg.-Nr. X/213/81, 1981, Reha Faßler, eingesetzt gegen Offene Arbeit

IMS „Andy“: In OV „Reaktionär“, 1974, Andreas Jüngling, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Pfarrer Walter Schilling

IMS „Hörsel“: In OV „Reaktionär“, 1974, Oberkirchenrat Hans-Joachim Werneburg, Eisenach, eingesetzt gegen Walter Schilling

IMS „Harry Steinbach”: In OV „Reaktionär“, 1974, Joachim Neumann, eingesetzt gegen Walter Schilling

IMS „Walter Weber“: In OV „Reaktionär“, 1974, Superintendent Klaus Herden, Rudolstadt, eingesetzt gegen Walter Schilling

IMS „Raffelt“: MfS Reg.-Nr. X/130/68, 1968 - 31.12.1988, Manfred Rinke, Dresden, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Künstler für Andere, Kirche von Unten

IMS „Werner Tietz“: MfS Reg.-Nr. X/260/73, 1975, Leiter des „Zentrums Junger Autoren“ im Bezirk Gera, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur und OV „Pegasus“

IMS „Regina“: MfS Reg.-Nr. VIII/821/71, 1975, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur und OV „Pegasus“

IMS „Irmgard Dietzel“: In OV „Pegasus“, 1975, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur

IMS „Milan“: MfS Reg.-Nr. XVIII/1440/73, 1975, Mathias Wedel, Nachwuchs-Schriftsteller der DDR in den siebziger Jahren, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur und OV „Pegasus“

IMS „Ute Krahl“: In OV „Pegasus“, 1976, Kommilitonin von Lutz Rathenow im Studiengang für Deutsch und Geschichte an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur

IMS „Klaus Steiner“: MfS Reg.-Nr. X/613/79, 1981, Thomas Hasselmeier, eingesetzt gegen Siegfried Reiprich und OV „Revisionist“, OV „Pegasus“ und OV „Dach“

IMS „Muck“: In OV „Revisionist“, 1976, Bernd Rolle, Biologiestudent an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur, Siegfried Reiprich, Henry Crasser, Jochen Anton Friedel und OV „Pegasus“

IMS „Sascha“: MfS Reg.-Nr. A/396/76, 1976, Hans-Joachim Obst, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur und OV „Pegasus“

IMS „Schreiber“: In OV „Pegasus“, 1974, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur, Lutz Rathenow und Siegfried Reiprich

IME „Olaf Bong“: MfS Reg.-Nr. X/601/74, 1975, Jürgen Stoltenow, seit 1978 Hauptamtlicher Mitarbeiter (HIM) des MfS, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur und OV „Pegasus“

IME „Frank“: In OV „Reaktionär“, 1974, Oberkirchenrat Martin Kirchner, Eisenach, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Pfarrer Walter Schilling

IMV „Helmut Falke“: MfS Reg.-Nr. X/800/71, 1971 - 1989, Dietrich Große, Akteur der JG Stadtmitte, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Arbeitskreis Literatur, OV „Pegasus“ und OV „Parasit“

IMV „Peter“, seit 1979 als IME „Jürgen Junk“: MfS Reg.-Nr. X/325/70, 1975, Leiter des Studentenklubs „Rose“, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur, FDJ-Studentenklub „Rose“ und OV „Pegasus“

IMV „Coja“: MfS Reg.-Nr. X/630/71, 1971 - 1976, Pfarrer Konrad Jahr, Theologiestudent in Jena, 1976 MfS-Ausstieg, Pfarrer in Karlsdorf bis 1986, in den achtziger Jahren bis zur Ausreise Leiter der Theatergruppe der Evangelische Studentengemeinde Jena, 1982 Gründungsmitglied des Altendorfer Friedenskreises, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Arbeitskreis Literatur, Evangelische Studentengemeinde

IMV „Elke Knoll“: In OV „Pegasus“, 1975 - 1976, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur

IMV „Bauer“: In OV „Reaktionär“, 1974, Dieter Görgen, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Pfarrer Walter Schilling

IMV „Hans Klinger“: In OV „Reaktionär“, 1974, Oberkirchenrat Hartmut Mitzenheim, Eisenach, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Pfarrer Walter Schilling

IMV „Anton Meißner“: In OV „Reaktionär“, 1974, Dieter Möckel, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Pfarrer Walter Schilling

IMV „Heine“: In OV „Reaktionär“, 1974, Willi Lux, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Pfarrer Walter Schilling

IMV „Maria“: In OV „Reaktionär“, 1974, Eva Reichel, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Pfarrer Walter Schilling

IMV „Richard“: In OV „Reaktionär“, 1974, Superintendent Karl Ertel, eingesetzt gegen Offene Arbeit und Pfarrer Walter Schilling

IMV „Tilo Buchholz“: MfS Reg.-Nr. X/560/641, 1975 - 1976, Klaus Hermes, Maler, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur und OV „Pegasus“

IMV „Hans-Peter Bronsky“: MfS Reg.-Nr. X/156/74, AIM 396/83, 1974 - 1983, Georg Günther, Medizinstudent an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur und OV „Pegasus“

IMV „Andre“: In OV „Pegasus“, 1976, Aftandil Mikaberidse, sowjetisch-georgischer Student der Altertumswissenschaften an der-Friedrich-Schiller-Universität Jena, Doppelagent für KGB und MfS, eingesetzt gegen DDR-Kulturszene, Arbeitskreis Literatur und Offene Arbeit

IMV „M. Schneider“: MfS Reg.-Nr. I/511/73, 1973 - 1976, eingesetzt gegen Arbeitskreis Literatur, Offene Arbeit und „Pegasus“

IMV „Heinz Müller“: MfS Reg.-Nr. X/21/73, 1977, Sohn des DDR-Schriftstellers Michael Deicke, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Schutzkomitee Freiheit und Sozialismus in Berlin-West (Hans Schwenger) und OV „Kanzel“

IMV „Reiner Barth“: In OV „Pegasus“, 1976, Frank Günther, Philosophiestudent an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, eingesetzt zur Überwachung des Studenten Siegfried Reiprich

IMV „Kurt Resu“: In OV „Pegasus“, 1976, Herr Phillip, Lehrer des Faches Staatsbürgerkunde an der Friedrich-Schiller-Universität Jena, eingesetzt zur Überwachung der Studenten

VIM „Ralph“: Reg.-Nr. X/955/84, 1984, Roland Eschke, Akteur der JG Stadtmitte, Anwerbeversuch erfolgreich, Erfassung und Weiterführung als IMS „Paulus“, eingesetzt gegen Offene Arbeit

VIM „Kaplan“: Reg.-Nr. X/483/73, 22.10.1973 - 09.09.1974, Thomas Kretschmer, Akteur der Offenen Arbeit, Anwerbeversuch während Jugendhaftzeit wegen Republikflucht, Anwerbeversuch fehlgeschlagen

VIM „Meister“: Reg.-Nr. X/4083/79, 05.11.1979 - 1991, Bischof Dr. Werner Leich, Bischof der Thüringer Landeskirche 1979 - 1990, Vorlaufakte des Ministeriums für Staatssicherheit ohne konkrete erfolgreiche Anwerbung, Weiterführung des Bischofs als Kontaktperson „Meister“ durch das Ministerium für Staatssicherheit mit dem Ziel der Abschöpfung von kirchenpolitischen Ereignissen und der Offenen Arbeit

VIM „Dr. Schulze“: MfS Reg.-Nr. X/429/87, 1987, Superintendent Udo Siebert in Jena 1979 - 1991, Vorlaufakte des Ministeriums für Staatssicherheit ohne konkrete erfolgreiche Anwerbung, Weiterführung als Kontaktperson „Dr. Schulze“ durch das Ministerium für Staatssicherheit mit dem Ziel der Abschöpfung von kirchenpolitischen Ereignissen und der Offenen Arbeit

KP „Arthur“: In OPK „Zentrum“, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, Musikgruppe Airtramp und Kommune Zwätzengasse 7

KP „Klaus“: In OPK „Zentrum“, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, die Musikgruppe Airtramp und Kommune Zwätzengasse 7

KP „Langer“: In OPK „Zentrum“, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, die Musikgruppe Airtramp und Kommune Zwätzengasse 7

KP „Dietmar“: In OPK „Zentrum“, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, die Musikgruppe Airtramp und Kommune Zwätzengasse 7

GMS „Otto”: In OPK „Zentrum“, 1986, eingesetzt gegen Offene Arbeit, die Musikgruppe Airtramp und Kommune Zwätzengasse 7

GMS „Rolande”: In OV „Qualle“, 1981, Simone Faßler, eingesetzt gegen Peter Rösch und OV „Qualle“